

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 45/II. Jahrgang.

Erste Juliwoche 1935.

Um den Weg der Arbeiterklasse:

DIE ANTWORT VON THOREZ AN LEBAS.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wir haben in der letzten Nummer die Kritik besprochen, die der sozialistische Führer Lebas im "Populaire" vom 24. Juni gegen die Auffassung von der "Volksfront" erhoben hat, wie sie gegenwärtig von der KPF vertreten wird. Wir haben nachgewiesen, dass diese Kritik scheinbar von links in Wirklichkeit aber von rechts ausgeht.

Am 26. Juni antwortete der Generalsekretär der KPF Thorez Lebas in der Pariser "Humanité" in einem Artikel mit der Überschrift "Wohin geht die Arbeiterklasse", der auch von der Strasbourger "Humanité" abgedruckt wurde.

Der Kern der Antwort an Lebas ist in folgenden Sätzen enthalten:

"Vor dem Kriege, wie auch während des Jahre 1924 und 1925, in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus stellte die parlamentarische Politik des Blocks oder des Kartells die Arbeiterklasse unter den Einfluss und die Führung der Grossbourgeoisie. Sie schadete der Sache des Sozialismus, der Sache des Volkes.

Im Jahre 1935, in einer Periode des Wachstums der Arbeiterbewegung und parallel damit, der faschistischen Gefahr, sichert die Politik der Volksfront das Bündnis der Arbeiterklasse und der Werktätigen der Mittelschichten. Sie dient der Sache des Sozialismus.

Ein Marxist darf nicht das Abkommen mit einer demokratischen und fortschrittlichen Bewegung als eine Form der Klassenzusammenarbeit betrachten. Hat Engels sich nicht zu wiederholten Malen seiner Teilnahme an den Strassenkämpfen von 1848 an der Seite der Demokraten, während der Revolution in Deutschland gerühmt? Kann ein Sozialist eine solche "Zusammenarbeit" ablehnen?"

Thorez schliesst seinen Artikel mit folgenden Sätzen:

"Die Arbeiterklasse geht zur Volksfront. Sie geht zum Sozialismus, zu Sowjetfrankreich."

Die schwunghaften letzten Sätze werfen die ganze Beweisführung von Thorez über den Haufen.

Mit der radikalen Partei soll es zum Sozialismus, soll es zu Sowjetfrankreich gehen?

Mit der Partei, deren Führer Herriot usw. zusammen mit Laval den neuen Angriff gegen die Lebenshaltung der Werktätigen durchführen?

Mit der Partei, die während der letzten Regierungskrise sogar das Regierungsprogramm der SFIO ablehnte, das nicht einmal eine Spur vom Reformismus enthielt, sondern nur eine verwässerte Übertragung des Roosevelt'schen Programms öffentlicher Arbeiten ~~und~~ mit Hilfe staatlicher Kredite enthielt?

Das zu glauben ist völlig absurd. Die radikale Partei ist heute wie je eine Partei mit kleinbürgerlichen Anhang aber grossbürgerlicher Führung. Die kleinbürgerlichen Anhänger gehen nach links - ihre Führer aber machen die Politik der "nationalen Einheit".

Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache!

Laval bereitet seine neuen Notverordnungen vor. Über das Ziel und den wesentlichen Inhalt dieser Notverordnungen ist sich jeder klar: Neuer Abbau der Gehälter, Löhne, der Sozialpolitik usw. Die Radikalen haben es jederzeit in der Hand zusammen mit Sozialisten und Kommunisten Laval in der Kammer zu stürzen.

Aber sie lassen ihn gewähren, nicht nur Herriot, sondern auch Daladier.

Warum? weil sie Laval die Gelegenheit geben wollen, die Notverordnungen zu verordnen und mit der Durchführung zu beginnen!

Die kleinbürgerlichen Schichten kann man für den Sozialismus, ja auch nur für energische Reformmassregeln und gegen die radikale Partei, nur im schärfsten Kampf mit der radikalen Partei gewinnen.

Das schliesst Bündnisse mit lokalen radikalen Organisationen nicht aus. Bündnisse unter der Voraussetzung, dass diese Organisationen sich gegen die offizielle Politik ihrer Partei wenden und praktisch die Aktionen der proletarischen Einheitsfront unterstützen.

Ihr könnt den Block mit der radikalen Partei zehnmal "Volksfront" nennen, der neue Namen ändert nichts daran, dass es die alte Koalitionspolitik ist, die immer von den Kommunisten bekämpft worden ist und in steigender Masse auch vom linken Flügel der SFIO bekämpft wird.

Warum soll das 1935 richtig sein, was bis 1924 falsch, schädlich, grundsätzlich unzulässig war?

Thorez gibt dafür drei Gründe an: 1.) weil an Stelle der relativen kapitalistischen ~~KYKKE~~ Stabilisierung die Krise getreten ist, 2.) weil die faschistische Gefahr droht, 3.) weil die Arbeiterbewegung wächst.

Aber diese Gründe sprechen gegen Thorez! Die Krise, das Wachstum der faschistischen Gefahr und die Stärke der Arbeiterklasse ändern grundsätzlich nichts am Wesen der Radikalen Partei -praktisch aber ging die Änderung in der Richtung vor sich, dass sie ihre Verbündeten in der Regierung immer mehr nach rechts sucht und findet und dass sich ihre Politik immer schroffer gegen die Werktätigen wendet. Dagegen erleichtert es die Krise, die faschistische Gefahr und die Stärkung der Arbeiterklasse der Kommunistischen Partei, die kleinbürgerlichen Schichten gegen die Politik der radikalen Partei zu mobilisieren und zur Arbeiterklasse herüberzuziehen.

Die Citierung von Engels als Eideshelfer für die Koalitionspolitik mit der Radikalen Partei beweist nur, dass Thorez und mit ihm die Führung der KPF die Orientierung selbst in den grundlegendsten Fragen des proletarischen Klassenkampfes von heute verloren haben.

Engels hat 1849 Seite an Seite mit bürgerlichen Demokraten die sogenannte Reichsverfassungskampagne mitgemacht. Gewiss. Thorez hätte sogar noch erwähnen können, dass Marx und Engels organisatorisch der "Demokratie" als ihr linker Flügel angehörten.

Thorez hat nur die Kleinigkeit vergessen, dass es sich 1848/49 in Deutschland um die bürgerliche Revolution handelte!

Handelt es sich im Frankreich des Jahres 1935 noch um die Durchführung der bürgerlichen Revolution?

Natürlich nicht. Das ist längst besorgt, von 1789 -1848/49. Die Commune von 1871 ist bereits der Beginn der proletarischen Revolution. Dieser Beginn liegt bereits 64 Jahre hinter dem Jahre 1935.

So bedauerlich das ist, so ist es notwendig, den Generalsekretär der KPF daran zu erinnern, dass im Frankreich des Jahres 1935 nicht mehr die bürgerliche, sondern die proletarische Revolution an der Tagesordnung ist.

Um sie durchzuführen ist das Bündnis mit den kleinbürgerlichen Schichten notwendig, aber es ist nicht zu verwirklichen mit der radikalen Partei sondern nur gegen sie, nicht mit parlamentarischen Mandätern und parlamentarischen Koalitionen, sondern nur durch breite Einheitsfrontorgane, die die Arbeiterklasse und die übrigen Schichten umfassen.

Die Auffassung von Thorez, ist die Preisgabe die kommunistische Aufgabe in heutigen Frankreich, sie ist grober Opportunismus.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aussenpolitische Rundschau:

NACH EDENS RUMDREISE.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

In England selbst ist die Kritik am deutsch-englischen Flottenpakt zusehends im Wachsen. Sicherlich hat dazu beigetragen die Wirkung, die diese Extratour in Frankreich und Italien hervorgebracht hat. Die schlechten europäischen Auswirkungen sind nicht zu verwundern: hat doch England diesen Pakt abgeschlossen, um angesichts der sich verschärfenden Lage in Ostasien auf irgendeine Weise die Hände in Europa frei zu bekommen. England ist dabei von keinem blinden Glauben bewegt, dass Hitlerdeutschland dieses Abkommen besser einhalten werde als andere internationale Verträge, aber das Stück Papier, auf dem dieses Abkommen geschrieben ist, ermöglicht es der englischen Regierung, falls Deutschland es schliesslich auch zerreisst, mit grösserer Wirkung die öffentliche Meinung im Lande und ausserhalb zu mobilisieren als es ohne dieses Papier der Fall wäre.

Wenn Hitlerdeutschland sich einbildet, dass es damit England auf seine Seite gezogen oder auch nur neutralisiert habe, so wird es sich schwer täuschen.

I. Paris hat Edon Laval vorgeschlagen, Frankreich solle seinerseits mit Deutschland über die Landrüstungen separat verhandeln. Laval hat in allgemeinen Wendungen sich bereit erklärt, auch mit Deutschland zu sprechen, aber der Fall liegt hier ganz anders als bei den englisch-deutschen Flottenverhandlungen. Es ist nicht daran zu denken, dass Hitlerdeutschland sich jetzt noch auf eine Unterlegenheit zu Lande gegenüber Frankreich einlässt, noch dass Frankreich die Gleichheit oder Überlegenheit der deutschen Landstreitkräfte formell anerkennen wird. Deutsch-französische Verhandlungen über die Landstreitkräfte sind in Wirklichkeit aussichtslos.

Italien hat das englische Angebot für Abessynien abgewiesen und erklärt, dass es sich auf keinen Luftpakt einlassen werde ohne Donaupakt. In Bezug auf Abessynien hat Italien offen die Forderung nach einem italienischen Protektorat oder Mandat über ganz Abessynien gestellt. Es hat nicht ohne Grund das englische Angebot damit abgewiesen, dass England ja garnicht über das verfüge, was es anbiete. Der Negus von Abessynien hat verlauten lassen, wenn er sich schon auf ein Mandat einlasse, so sicher nicht auf ein italienisches. Sollte England an das Manöver denken, sich selbst ein Mandat über Abessynien vom Völkerbund zuweisen zu lassen, um Italien den Weg zu versperren?

Eine der Wirkungen des deutsch-englischen Flottenvertrags ist, dass Frankreich Italien in der abessynischen Frage noch mehr frei Hand lässt als bisher und aufgehört hat, England zu sekundieren.

England wird noch allerhand Manöver versuchen, um Italien vom Krieg gegen Abessynien abzuhalten, aber letzten Endes wird der weitere Vorlauf dadurch bestimmt werden, dass England wegen Abessynien keinen Krieg führen will. Deshalb ist das Wahrscheinlichste, dass England Italien schliesslich gewähren lässt, aber unter der Hand alles versucht, um den abessynischen Widerstand zu verstärken. Hartnäckig auftauchende Gerüchte wollen wissen, dass der Oberst Lawrence garnicht gestorben ist, sondern in Abessynien den Widerstand organisiert. Aber England hat schliesslich genug andere Agenten, die dasselbe tun können. Wenn England auch nur auf diese inoffizielle Weise Abessynien unterstützt, so wird Italien sich an Abessynien den Schädel einrennen. Wenn Italien, wie es nunmehr fast gewiss ist, den abessynischen Feldzug beginnt, so wird es damit den Niedergang des faschistischen Regimes einleiten, aber auch die Erhebung der eingeborenen Völker Afrikas gegen die europäische Kolonialherrschaft beschleunigen.

Die Berufung Englands auf den Völkerbund ist pure Heuchelei.

Über es sind nicht nur lokale Interessen Englands in Abessinien, die seinen Widerstand hervorrufen. Es handelt sich wieder einmal um den Verbindungsweg nach Indien. Es handelt sich weiter dazu, dass England mehr oder weniger deutlich das Gefühl hat, dass das eingeborene Afrika ein Pulverfass ist, das nur auf den zündenden Funken wartet. Abessinien kann dieser zündende Funke sein. Nicht nur die eingeborenen Völker Afrikas, sondern auch die Negerbevölkerung in Amerika und anderen Ländern fühlen sich eng mit dem Schicksal Abessyniens verbunden.

Die internationale Arbeiterklasse muss alles tun, um den abessinischen Volk gegen die imperialistischen Räuber beizustehen, nicht nur, weil sie der Totfeind aller kolonialen Unterdrückung ist, sondern auch, weil der Widerstand der Kolonialvölker seinen eignen Befreiungskampf erleichtert und weil der in Afrika entfesselte Kriegsbrand seine Funken nach Europa wirft.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem III. Reich:

DAS EXPORTDUMPING IN DEUTSCHLAND!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Schacht hat endlich gegen starke und hartnäckige Widerstände aus dem Unternehmerlager seinen Plan des Exportdumpings durchgesetzt. Die Durchführung des Plans wird tiefgehende wirtschaftliche und politische Wirkungen haben. Der Betrag, der durch Umlage auf die einzelnen industriellen Unternehmungen aufgebracht werden soll, wird auf 720 Millionen M^r angegeben, aber wahrscheinlich ist er bei weitem höher. Die Sätze die erhoben werden, bewegen sich von 2 - 15 % des jährlichen Umsatzes. Sie beginnen bereits bei einem jährlichen Umsatz von 20 000 Mark. Das sind ausgesprochene Kleinbetriebe, die also die Hauptlast zu tragen haben. Diese Umlage in Verbindung mit den anderen Lasten, die der faschistische Staat den Kleinbetrieben auferlegt, ist für diese erdrückend. Die höchsten Sätze werden von der chemischen Industrie und der Textilindustrie erhoben, die niedrigsten von der Maschinenindustrie und der schweren Industrie. Es ist also in der Hauptsache die Schwerindustrie, die auf Kosten der übrigen Industrie und der Kleinbetriebe wieder bevorzugt wird.

Die Inflation ist einstweilen wieder zurückgestellt. Das Danziger Beispiel hat abschreckend gewirkt.

Die neue Hilfe für die Schwerindustrie, die zugleich den Hauptteil der Rüstungsindustrie ausmacht, hat ihre besonderen Gründe. Die Kriegslieferungen können natürlich nicht ständig in gleicher Höhe weitergehen und zwar schon aus rein militärischen Gründen. Grosse Vorräte von Kriegsmaterial veralten. Die deutsche Wirtschaftspresse hat wiederholt in der letzten Zeit darauf aufmerksam gemacht, dass die Rüstungslieferungen in der nächsten Zeit zurückgehen werden und dass viele der Aufträge nur einmalig sind. Aber die Rüstungsindustrie muss dauernd beschäftigt werden, wenn sie im Augenblick des Kriegsausbruchs aktionsfähig sein soll. Deshalb springt der Staat ein, indem er ihr auf Kosten der übrigen Industrie und der Kleinproduzenten vermehrte Exportaufträge verschafft.

Die Exportprämie beträgt rund 25 %. Das ist, selbst wenn man von Gegenmassregeln der anderen Staaten absieht, nicht ausreichend, um einen allgemeinen industriellen und Handels-Aufschwung zu erzeugen. Das Exportdumping wird daher die kritischen Fragen der deutschen Wirtschaft nicht lösen. Es wird Erleichterungen höchstens für einige Monate bringen.

Die Dumpingumlage wird tiefgehende soziale Wirkungen haben. Die Unternehmer werden versuchen, die Umlage abzuwälzen. Bei dem Versuch, sie auf die Verbraucher im Lande abzuwälzen, werden sie auf starke Schwierigkeiten stossen. Was den Staat anbelangt, so wird er sich nicht ohne weiteres höhere Preise für die Rüstungslieferungen diktieren lassen. Was die übrigen Verbraucher anbelangt, so liegen die Dinge in Deutschland so, dass eine Steigerung der Preise für Waren des Massenverbrauchs einfach die Wirkung hat, dass der Verbrauch entsprechend zusammenschrumpft. Daraus geht hervor, dass die Unternehmer die Exportumlage in erster Linie auf die Löhne abwälzen werden. Auf diesem Gebiet aber hat der Nazistaat nur ein Prinzip: die Löhne dürfen nicht erhöht werden. Ein neuer umfassender Angriff auf die Löhne, die heute schon erschreckend niedrig sind, wird

also die Folge der Exportprämie sein.

In der letzten Zeit ist der Widerstand gegen den Lohnabbau in der Arbeiterklasse stark gewachsen. Er wird sich weiter steigern und mit wachsenden Widerstand aus den kleinbürgerlichen Schichten zusammentreffen. Schacht konnte nicht erreichen, dass die Unternehmer die Umlage freiwillig auf sich nahmen, er musste ein Zwangsgesetz erlassen. Die Durchführung des Gesetzes wird auf weitere Widerstände in den Gruppen der Industriellen stossen, die dabei besonders benachteiligt sind.

Dazu kommt, dass die Spannungen im Lager der herrschenden Klasse in der letzten Zeit wieder gewachsen sind und neuen Konflikten entgegen treiben. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Rede Goebels auf dem Nazi-parteitag in Berlin.

Zu einer Erschütterung werden die im Anzug befindlichen Konflikte aber nur führen, wenn die Arbeiterklasse beim Ausbruch solcher Konflikte von unten vorstösst. Die Voraussetzungen sind dafür besser als vor einem Jahr

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Rund um den Gemeinderat:

DIÄTEN/FÜR DEN QUARTORZE JUILLET/UM DEN FREMDENVERKEHR/
=.

DEBATTE UM DIE POLIZEIATTAKE ABGEWÜRGT.
=.

V r Fragen von allgemeinen Interesse beschäftigten den Gemeinderat neben anderen Punkten am verfloressen Montag.

Der Hr. Maire gab einen Antrag bekannt, nachdem aller Vertreter der Stadt in Aufsichts- und Verwaltungsräten ihre Tantiemen an die Stadtkasse abzuführen haben. Dahlet forderte, dass der betreffenden Vertretern der Stadt ein diesbezüglicher Revers zur Unterschrift vorgelegt werde, was der Hr. Maire für überflüssig erklärte, da er bereits angeordnet habe, dass die Gelder direkt an die Stadtkasse abzuführen seien und nicht erst die Betreffenden passieren. Die von Dahlet angeschnittene Frage der in der vorigen Legislaturperiode durch Vertreter der SFIO bezogenen und der Stadt vorenthaltenen Aufsichtsratsantienemen, ist damit allerdings immer noch nicht geregelt. Warum wurde nicht ein Zusatzantrag gestellt, durch den die Vertreter in Aufsichts- und Verwaltungsräten moralisch verpflichtet werden ihre bereits bezogenen Gelder an die Stadtkasse abzuführen?

Eine Diskussion entspann sich auch um die Bewilligung städtischer Mittel für den Quartorze Juillet. Die Volksfront liess durch Hinker erklären, dass sie aus Ersparnisgründen gegen die Bewilligung der geforderten Mittel sei. Also auch die Volksfront ist nicht prinzipiell gegen die Mittelbewilligung für den Nationalfeiertag, der der Geburtstag der bourgeoisien Republik und der Herrschaft der Bourgeoisie ist.

Aber auch Heck-Schluck-Heysch zeigten bei diesem Punkte, dass sie die von der Bourgeoisie beherrschte Republik im Namen der sogenannten Menschenrechte ihre Reverenz erweisen, obzwar die Enkel und Kinderkinder der Bourgeoisie von 1789 den republikanisch-bourgeoisien Staatsapperet zu wiederholten Malen offen und brutal gegen das Proletariat kehrten, wenn dieses sich anschickte seine Revolution zu vertreten. Vielleicht erinnert sich M. Heysch nicht nur an 1789, sondern auch an die Junischlächterei und an die Mauer der Förderierten.

Indem Heysch-Schluck-Heck unter dem freundlichen Lächeln der bourgeoisien Parteien eine Lanze für den bourgeoisien 14 Juillet brachen, wurde offenbar, dass sie vom kommunistischen Standpunkt auf den bürgerlich-demokratischen Boden abgerutscht waren. Wir fürchten, die drei Separatisten der Volksfront werden weiter rutschen, wenn sie keinen anschluss an eine kommunistische Organisation suchen, da sie bereits in der Volksfront -wie ja auch die Stellung Hinkers zeigt -wirklich kommunistischer Politik entwöhnt wurden.

Wir haben den Schritt der Drei mit der notwendigen Objektivität beurteilt und unsere Stellung zu ihnen von ihren Taten abhängig gemacht. Jetzt liegt eine Tat vor und unsere pflicht ist es, die allgemeine richt-

tung zu signalisieren, in der die drei Dissidenten der Volksfront marschieren, die nicht die Richtung des revolutionären Proletariats sein kann.

Die Debatte um "Fremdenverkehr und Registermark" glich dem Streit um des Kaisers Bart. Das III. Reich gibt seinen Reisenden und Touristen nach dem Elsass nur 10.-Mk mit und gibt den ausländischen Reisenden nach Deutschland einen aussergewöhnlichen Rabatt in Form der Reismark. Die Folgen daraus sind natürlich und folgerichtig.

Also wünschen die Hoteliers, dass der französische Staat eine Steuer von den mit Reismark nach Deutschland Reisenden erheben soll, die die Vorteile des Reismark aufhebt. Davon versprechen sich die Hoteliers eine Hebung des heimischen Fremdenverkehrs und eine Behebung der eignen Krise.

Dass Deutschland einer solchen Massnahme nicht gleichgültig gegenüberstehen würde, bedarf keiner Erwähnung. Es könnte die Reismark erst in Deutschland auszahlen oder den ausländischen Banken, deren eingefrorene Kredite in Deutschland durch die Reismark zu einem Teil aufgetaut worden, den Vertrag kündigen. Für die Arbeiter wäre das ziemlich gleichgültig. Durch keine dieser Massnahmen wird ihnen die Möglichkeit gegeben, selbst Ferienreisen nach den Vogesen zu machen.

Wenn die Volksfront in ihrem Gegenantrag forderte, dass der französische Staat zur Hebung des Fremdenverkehrs die gleichen Vergünstigungen wie Deutschland gewähren soll, so fragen wir für wen und auf wessen Kosten? Damit einige Schweizer und englische Bürger ihre Ferien in Frankreich verleben, soll der selbe Staat, der die Gehälter, Löhne, Unterstützungen und Renten abbaut, Geld an diese Herrschaften verschenken? Diese Methode angeblicher Behebung der Krise im Hoteliergewerbe auf Kosten der breiten Steuerzahler lehnen wir ganz entschieden ab.

Die Rezepte die von der Proporzfront und der Volksfront zur Behebung der Krise im Hotelgewerbe und zur Hebung des Fremdenverkehrs empfohlen werden lehnen wir ab. Die Krise des Fremdenverkehrs, wie des Hotelgewerbes ist nur ein Teilausschnitt aus der Gesamtkrise die der Kapitalismus erlebt. Ihre Lösung ist an die Lösung der Gesamtkrise gebunden. Wenn den Arbeitern und kahlen Beamten die Löhne und Gehälter gekürzt werden und die Arbeitslosigkeit zunimmt, dann muss ganz selbstverständlich auch der Fremdenverkehr sinken, denn die paar Bourgeois machen das Kraut nicht fett und gehen trotz Devisenbeschränkungen und trotz Krise dorthin in Ferien, wo sie es wünschen. Es gibt nur ein Rezept: den Kampf der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau, für Arbeitszeitverkürzung, für tariflich geregelte und vollbezahlte Ferien, kurz den Kampf gegen die Kapitaloffensive zu unterstützen. Für dieses Rezept aber hat im Gemeinderat niemand das Wort ergriffen und das ist bezeichnend für diesen Gemeinderat.

Typisch für die Hebung des Fremdenverkehrs war ja das Vorgehen der Garde Mobiles auf Anweisung des Prefekten gegen die Teilnehmer an der Pfingstolympiade der Arbeitermusiker - und Sänger. Wo blieb da die Hoteliervereinigung, wo die Stadtverwaltung mit ihren Protest? Es waren ja nur Arbeiter und dazu noch solche die die "Internationale" spielten! Die können zu Tausenden nach Strassbourg kommen, daran haben unsere so betrübt über die Krise im Fremdenverkehr redenden Herren anscheinend kein Interesse. Auf jeden Fall wurde die Debatte um die Polizeiattake wiederum abgewürgt, da die Herren von der Proporzfront immer noch nicht genügend informiert sind.

Und es ist bezeichnend, dass unsere Sozialisten auch diesmal wieder sich auf diese schäbige Art aus der Affaire zu ziehen versuchten, obzwar ihre Kameraden in Mülhausen schon längst ihr Urteil über das Verhalten des Prefekten gegenüber der Arbeitermusik- und Gesangsolympiade gefällt haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zur Krise in der Volksfront: Die "Neue Zukunft".

Die "Neue Zukunft" teilt in ihrer Ausgabe Nr. 26. v. 29. Juli mit, dass sie in Ermangelung einer gesunden finanziellen Grundlage ihr Erscheinen

als Wochenzeitung einstellt. Anstelle der Wochenzeitung wird die "Neue Zukunft" in Heftform einmal monatlich erscheinen.

Diese Umstellung der "Neuen Zukunft" fällt sicherlich nicht rein zufällig mit dem Ende der Volksfrontherrschaft auf der Straßburger Mairie zusammen. Die vorgesehene Umwandlung erscheint uns nun als ein Vorläufer weitertgehender Umgruppierungen und Veränderungen im Volksfrontlager bereits seit einiger Zeit erschienen in der "Neuen Zukunft" Satz, der vorher bereits in der "Elz" erschienen war. Die Abschiedsnummer enthält weit über eine Seite Satz aus vorausgegangenen Nummern der "Elz".

Das Schicksal der "NZ" ist in vieler Hinsicht symptomatisch für das voraussichtliche der "NW". Verlag und Redaktion der "NW" haben zwar mitgeteilt, dass die "NW" entgegen anders lautenden Gerüchten nach wie vor auch in der Zukunft weiter erscheinen wird. Wir erlauben uns dahinter einige Fragezeichen zu setzen. Heute bereits ist es so, dass die praktische Politik zu einem entscheidenden Masse von der "Elz" und zu einem anderen Teile vom "Elsässer Kurier" besorgt wird. Die bereits vollzogenen Entlassungen in der "Imprimerie Solidarité" zeugen von einer wachsenden Anpassung an die schwindenden finanziellen Grundlagen. Ja, man raunt sich bereits zu, dass die "NW" bereits zur Übernahme von Satz der "Elz" übergegangen ist, um der finanziellen Schrumpfung vorzubeugen.

Die eigentlichen Pläne der Volksfrontmache aber sollen noch weiter gehen. Vorerst setzt man die ganzen Hoffnungen auf den sogenannten heimattreuen Flügel der UPR im Rossé vom "Elsässer Kurier". Die Gemeinde- und Kreisberichte im "Elsässer Kurier" sind bereits offensichtliche Volksfrontberichte und nur ein Blinder vermag nicht zu sehen, dass sich bereits eine enge Zusammenarbeit mit dem Rossé-Flügel der UPR angebahnt hat, die auf eine fraktionelle Unterhöhlung der Position von M. Walter in Straßburger Kreisverein der UPR hinauszielt mit dem Ziel, die UPR wieder in die Volksfront einzureihen und auf diesem Wege wieder eine Volksfrontherrschaft auf der Straßburger Mairie zu etablieren.

Um diesem Ziele näher zu kommen, wird in letzter Zeit auch wiederholt von Fusionsbestrebungen in der Richtung der Umwandlung der "Elz" in eine Tageszeitung der gesamten Volksfront gesprochen. Wir wissen aus dem Wahlkampf, dass die Volksfrontparteien nur noch formal selbstständige Parteien sind, in Wirklichkeit aber verschiedene Sektionen oder Abteilungen einer Volksfrontpartei sind. Rossé und Schall haben auch wiederholt von der "Volksfrontpartei" gesprochen, ohne eine Zurückweisung von Seiten der "NW" zu erfahren. Auf jeden Fall erhält sich hartnäckig das Gerücht, dass zur Erleichterung dieser von den Spitzen angestrebten Fusion Camille Dahlet formal zum Schriftleiter der "Elz" gemacht werden soll, während Schall und Rossé mehr in den Hintergrund treten wollen. Die hitlerfreundliche Tendenz der "Elz" soll in diesem Zweck etwas in den Hintergrund rücken, womit man gleichzeitig die Wirksamkeit des sogenannten heimattreuen Flügels in der UPR zu erleichtern gedenkt. Indem Schall, als den theoretische Begründer des autonomistisch-hitlerischen Kurses in der Landespartei und "Elz" hinter dem Rücken von Dahlet in Deckung gehen lässt und Rossé sich im vermeintlichen Interesse einer einheitlichen Heimatrechtsfront auf sogenannten administrativ-geschäftliche Dinge verlegt, hofft man auch die Hueberanhänger zu dupieren und sie noch stärker als bisher der antifaschistischen Front zu entziehen.

Wir signalisieren bereits heute diese in einzelnen Kreisen der Volksfront erörterten Dinge und werden nicht verfehlen diese Entwicklung weiter aufmerksam zu verfolgen, da wir nicht wollen dass die wirklich antifaschistisch und proletarisch orientierte Anhängerschaft Huebers auf diese Weise an den bürgerlich-klerikalen Autonomismus verschachert wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wo steht der "linke" Flügel der UPR?
.....

"L'Humanité" hat die Entscheidung der UPR-Instanzen in der Frage des Heimatbundes einen Sieg des heimattreuen Volkes und des "linken" Flügels der UPR genannt. In der weiteren Folge hat "L'Humanité" diesen Flügel zur Zusammenarbeit mit der KP auf dem Boden der nationalen Frage aufgefordert und ausdrücklich diese Zusammenarbeit als leicht herstell-

bar bezeichnet.

Da ist es wohl angebracht einmal kurz die wesentlichsten Auffassungen dieses "linken" Flügels an Hand des "Elsässer Kurier" Revue passieren zu lassen.

Der "linke" Flügel der UPR steht der innerfranzösischen Einheitsfront gegen den Faschismus ausgesprochen feindlich gegenüber, während er an den Feuerkreuzlern alle möglichen anerkennenswerten Seiten entdeckt. Die Sozialisten werden ausdrücklich in einem besonderen Artikel als Hauptfeind der UPR bezeichnet, mit dem es im Elsass keine Gemeinschaft geben kann, weil sie antiklerikal eingestellt ist.

Und wir fragen:

War es nicht der "linke" Flügel der UPR der die faschistische Propaganda im Bauernbund begünstigte und unterstützte?

War es nicht der "linke" Flügel der UPR um Rossé der die Wahlniederlage des berühmten faschistischen Agitators der grünen Front Drogères gegenüber "Rot-Front" betrauerte?

War es nicht der "linke" Flügel der UPR, der die Legende Bilgers und der innerfranzösischen faschistischen Damagogen unter den Bauern propagierte, wonach die Weizenkrise in Frankreich durch den Juden Dreyfuss verschuldet sei und nicht durch den Kapitalismus? Ist es nicht bezeichnend, dass nachdem selbst Seltz diese faschistische Legende an Hand von Tatsachen entlarven muss, der "linke" Flügel um den "Elsässer Kurier" mit keinem Wort seinen damaligen groben Schwindel widerruft, sondern sich über die Richtigstellung im "Elsässer" beschwert?

Ist es nicht der "linke" Flügel der UPR der angesichts der neuen Dekretvollmachten den gleichen faschistischen Dreh versucht, in dem er erklärt, die Verständigung mit Hitler würde Frankreich vor neuen Notverordnungen bewahren? Hitler als einziger Retter vor den neuen Notverordnungen!

Ist es nicht der "Elsässer Kurier" der dem Volke einzureden versucht, man käme nur zur Abrüstung wenn man sich Hitler an den Hals wirft?

Angesichts dieser Tatsachen fragen wir, was kann uns diesen sogenannten linken Flügel der UPR sympathisch machen und auf Grund welcher Voraussetzungen hält "L'Humanité" diesen Flügel für die zu schaffende Volksfront bündnisfähig? Wir sehen keinen Berührungspunkt, der uns gestattet und mit uns der Arbeiterklasse, mit diesem Flügel gegen Kapitalismus, Faschismus und gegen den französischen Imperialismus einen gemeinsamen ausserparlamentarischen Kampf zu führen.

=====

HERAUS ZUR MASSENKUNDGEBUNG

=====

gegen Kriegsgefahr und faschistischen Terror, für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller inhaftierten Antifaschisten.

ERSCHEINT RESTLOS

am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags um 2 Uhr im Erholungsheim der Arbeitersamariter am Kleinen Rhein (Tramlinie Nr. 1. gegenüber dem Konsum).

Es sprechen namhafte Redner! Sorgt für Massenbesuch!

=====

IVKO - KAMERADEN!

Montag abend 8 Uhr, findet unsere Zusammenkunft im bekannten Lokal statt. Tagesordnung: Die pol. Lage und die Politik der Arbeiterklasse.

Daneben werden noch eine Reihe wichtiger interner Fragen behandelt.

Wir erwarten pünktliches und restloses Erscheinen.

Der Vorstand.

=====

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 46/II. Jahrgang

Zweite Juliwoche 1935.

DER 14. JULI UND DAS FRANZÖSISCHE PROLETARIAT. oo

Wie verteidigen wir die demokratischen Freiheiten.

Am 14. Juli werden diesmal radikalsozialistische Kleinbürger, sozialistische, kommunistische und gewiss auch parteilose Arbeiter in Frankreich aufmarschieren. Die Trikolore und die Rote Fahne werden neben einander erscheinen und vielleicht werden die Marseillaise und die Internationale neben einander oder nacheinander ertönen. Wozu das? Für die "Verteidigung der Republik", für die Verteidigung der "demokratischen Freiheiten", zur Abwehr des Faschismus in einer möglichst breiten Front.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass die beteiligten Arbeiter in ihrer Mehrzahl den neuen Zustrom begrüßen werden, der unter den Fahnen der radikalsozialistischen Partei zu ihnen stösst, dass sie glauben werden, dass die antifaschistischen Kräfte dadurch gewaltig gestärkt werden.

Manchen Kommunistischen und Sozialistischen Arbeiter wird aber merkwürdig dabei zumute sein. Seit Jahren haben sie die radikalsozialistische Partei bekämpft - und im Handumdrehen soll sie plötzlich zum Bündnispartner der Arbeiterparteien gegen den Faschismus und das Grosskapital geworden sein? All die vergangenen Jahre sassen radikalsozialistische Minister in den Regierungen und führten dort die kapitalistische Politik durch und augenblicklich sitzen sie in einer Regierung der "nationalen Einheit" und bereiten mit den Flandin, Laval, Marin neue Notverordnungen vor ...

Die Verwandlung der Rolle der radikalsozialistischen Partei geht ein bisschen zu schnell, ein bisschen zu leicht - sie sieht dem Trick eines Zauber Künstlers sehr ähnlich ...

In der Tat, es handelt sich um eine Art Zaubertrick und die kommunistischen und sozialistischen Arbeiter tun gut daran, sich nicht täuschen zu lassen oder sich selber zu täuschen.

Gewiss, die Arbeiterklasse braucht das Bündnis mit den Kleinbürgern und Kleinbauern, die ganze werktätige Masse, das Volk im breitesten Sinne des Wortes muss zusammenstehen, wenn die Mächte geschlagen werden sollen, die den Faschismus im Lande fördern. Denn es sind die herrschenden Mächte im Lande: die grossen Industriellen, die Bankiers, die Grossgrundbesitzer, die Generale, die Kirche ...

Aber solch ein Bündnis ist nicht a la Hokuspokus zu schaffen. Es ist nicht dadurch zu schaffen, dass die Kammerfraktionen der Radikalsozialisten, der Sozialisten und der Kommunisten sich zu Beratungen zusammensetzen und dass das von der Kammer auf das Land übertragen wird. Sollten die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter glauben, sie hätten in der "Volksfront", so wie sie am 14. Juli in Erscheinung treten wird, das Bündnis mit dem Kleinbürgertum bereits verwirklicht, wie es für den Sieg der Arbeiterklasse notwendig ist, so wird es eines schönen Tages ein böses Erwachen geben. (Hoffentlich kommt es nicht zu spät.)

Warum das? Weil es nicht darauf ankommt, dass Arbeiterklasse und Klein-

Bürgertum einfach zusammen gehen. Dies Zusammengehen ist ja eine uralte Sache, nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern. Wie lange ist es denn her, dass die radikalsozialistischen Regierungen, zuletzt die des Herrn Daladier, von der sozialistischen Partei unterstützt worden sind? Und was war die Politik der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik andere als ein Zusammengehen mit bürgerlich-demokratischen Parteien, wie dem Zentrum und den Demokraten?

Was jetzt in Frankreich gemacht wird unterscheidet sich davon wesentlich nur dadurch, dass auch die kommunistische Partei mit von der Partie ist, dass sie ihren Segen dazu gibt und dass lang und breit den Arbeitern erklärt wird, dass die "Volksfront" etwas ganz anderes sei, als die sozialdemokratische Koalitionspolitik.

Warum soll die Politik, die in Deutschland zum Zusammenbruch der Weimarer Republik, zum Sieg des Faschismus geführt hat zu anderen Ergebnissen führen, wenn sie statt von Reformisten allein von Reformisten und Kommunisten gemeinsam betrieben wird?

Wir sehen keinen Grund, warum das jetzt anders sein soll.

Und warum? Bündnis und Bündnis ist nicht dasselbe. Es kommt darauf an, auf welcher Grundlage es zustande kommt, welches die gemeinsamen Ziele sind. Es fragt sich "wer wen" führt: ob die Arbeiterklasse das Kleinbürgertum, oder das Kleinbürgertum die Arbeiterklasse. Oder mit anderen Worten, ob es sich um ein Bündnis auf bürgerlicher Grundlage handelt, oder um ein Bündnis auf proletarischer und revolutionärer Grundlage.

Italien, Deutschland, Österreich, alle diese Länder haben uns die Erfahrung übermittelt, dass man den Faschismus nur auf revolutionärer und proletarischer Grundlage schlagen kann. Das heisst, um den Faschismus zu schlagen muss die Arbeiterklasse die Wirtschaftskrise revolutionär überwinden, die dem Faschismus die Rekruten liefert. Dazu muss man von der Blosser-Verteidigung zum Angriff übergehen - zur Eroberung der Macht, zum Sturz des Kapitalismus, zum Aufbau des Sozialismus.

Wie steht es nun damit bei dem Bündnis zwischen Radikalsozialistischer Partei, Sozialisten und Kommunisten, das sich Volksfront nennt?

Die radikalsozialistische Partei erklärt sich bereit, die "Republik zu verteidigen". Die bürgerliche Republik wohlverstanden! Im 5. Pariser Bezirk wurde in einer gemeinsamen Versammlung, in der Daladier, Léon Blum und Thorez sprachen ein "Minimalprogramm" verkündet, das nichts weiter enthielt als die Verstaatlichung der Banque de France, die (staatliche) Kontrolle über die grossen kapitalistischen Gesellschaften, die "gerechtere Verteilung der Steuern". Die Radikalsozialisten sind auch bereit, an einer Art von Republikenschutzgesetz mitzuwirken, das auf dem Papier gegen links und rechts unparteiisch ist und in der Praxis wie Deutschland bewiesen hat - in der Hand der bürgerlichen Justiz ausschliesslich gegen die Arbeiterklasse angewandt werden wird.

Und gleichzeitig hilft dieselbe Partei durch ihre Minister mit Laval und Flandin zusammen den neuen Angriff auf die Werktätigen, neue Notverordnungen durchzuführen.

Kann das eine Grundlage sein, auf der die Arbeiterklasse zusammen mit dem Kleinbürgertum den Faschismus schlägt? Nimmermehr! Ist es nicht klar, dass entweder dieses Bündnis sogleich zusammenbricht, wenn die Arbeiterklasse ihre Lebensinteressen verteidigt gegen die neuen kapitalistischen Angriffe oder dass die Arbeiterklasse, um das Bündnis aufrechtzuerhalten, auf diese Verteidigung verzichtet?

Dies letztere ist die grosse Gefahr, die die Arbeiterklasse läuft. Die demokratischen Freiheiten der Werktätigen lassen sich nur auf revolutionärer Grundlage verteidigen, nicht mit der radikalsozialistischen Partei, sondern nur gegen sie. Nicht mit den "Jakobinern" von der Art Herriot und Daladier, sondern nur auf der Grundlage des Jakobinertums des 20. Jahrhunderts - auf der Grundlage des revolutionären Marxismus, des Kommunismus!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Klarheit und Festigkeit im politischen Kampf ist heute von nöten. Deshalb liess und abonniere die "Arbeiterpolitik".

HERRIOT UND DIE VOLKSFRONT.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Der Exekutivausschuss der Radikalsozialistischen Partei mit Herriot an der Spitze hat, was manchem überraschend kam, einstimmig seine Zustimmung zum gemeinsamen Aufmarsch mit der KPF und SFIO gegeben.

Die "Humanité" hebt diese Tatsache freudigst als einen grossen Sieg der kommunistischen Taktik hervor.

Was sie hervorzuheben vergisst, ist aber folgendes. In seiner Rede vor dem Exekutivausschuss trat Herriot ohne jede Beschränkung für die bevorstehenden neuen Notverordnungen der Regierung Laval ein, die einen neuen Abbau der Gehälter, der Löhne und der Sozialpolitik usw. bringen. Er erklärte, man kann nicht gegen die "Gläubiger", d.h. das Großkapital kämpfen, die man täglich und stündlich braucht. Der Exekutivausschuss hat diese Erklärungen Herriots einstimmig und vollständig gebilligt. Er hat sich also mit der Notverordnungs politik Laval's solidarisiert.

Tatsache
 Wir können uns nicht denken, dass die "Humanité" diese kapitale unabsichtlich übersah. Sollte sie im Interesse der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit den Radikalen geneigt sein den Kampf gegen die Notverordnungen abzuschwächen? Fürchtet sie davon bereits eine Sprengung der Volksfront? Hat sie deshalb darauf verzichtet die Losung des Kampfes gegen die neuen Hungernotverordnungen in die Programmforderungen der Volksfrontdemonstrationen des 14. Juli aufzunehmen? Es wäre unausbleiblich, dass eine solche Haltung den Kampf gegen den Faschismus in seiner Wurzel treffen würde. Eine Erweiterung des Volksfront unter dem Preis der Abschwächung des Kampfes gegen die Kapitaloffensive und die Offensive der Regierung gegen das arbeitende Volk, wäre keine Stärkung, sondern eine Schwächung der antifaschistischen Front.

Die KPF hat wegen dem Verhalten der Regierung Laval gegenüber den Croix de feu einen Brief an die Parteien der Volksfront geschrieben. Aber ein Teil der Volksfront, nämlich die Radikalsozialistische Partei ist in der Regierung Laval vertreten und stellt sogar den verantwortlichen Minister des Inneren. Muss man nicht erwarten, dass die KPF die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen der Radikalsozialisten verpflichtet ist gegen ihre Führung und ihre Minister aufzurufen, die Laval's Spiel mit den faschistischen Ligen begünstigen und unterstützen?

Die Wirkungen des Bündnisses mit der Radikalen Partei haben bereits in den Losungen ihren Niederschlag gefunden, die das nationale Organisationskomité für den 14. Juli ausgegeben hat, die allein im Zuge zugelassen sind und die einstimmig, also auch von Sozialisten und Kommunisten angenommen worden sind. Sie lauten:

"Für die demokratischen Freiheiten -Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände -Entreissung des Staates aus den Händen der wirtschaftlichen Feudalitäten -Für die Organisierung des Friedens und der gleichzeitigen progressiven und kontrollierten Abrüstung - Brot für alle; den Bauern die Früchte ihrer Arbeit; Arbeit für die jungen -Für die Zerstörung aller Bastillen - Die Jugend will durch Arbeit in Frieden und Freiheit leben."

Die verschwommenen Redensarten, aus denen die wirtschaftlichen Losungen bestehen, verhüllen nur schlecht, dass man um der Volksfront, d.h. um der Radikalen willen den Kampf auch nur um die dringendsten Tagesforderungen der Arbeiter und der Kleinbürger, geschweige denn, den Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise zurückstellt, unterlässt.

Das symptomatische an dieser Lage ist, dass die Komm. Partei diese Politik nicht angreift, sondern sie unterstützt, mit Begeisterung vertritt und sich stolz als ihr Initiator bezeichnet.

Einstweilen herrscht darüber Begeisterung, selbst unter kommunistischen Arbeitern, weil man damit grosse Massen auf die Beine bringt. Aber der Augenblick scheint garnicht mehr fern, wo klar wird, dass diese Sammlung auf faulen Grunde aufgebaut ist. Die Seifenblase wird dann platzen, die Massen werden um eine Illusion ärmer sein und die Folgen werden verheerend sein.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung dass wir diese Politik, die das

opportunistische Gegenstück zur ultralinken Politik der KPD in den entscheidenden Jahren vor der Machteroberung Hitlers ist, entschieden abzulehnen. Die Aufgabe aller klarblickenden Kommunisten besteht jetzt darin, die unvermeidlichen Wirkungen dieser Politik zu signalisieren und ihnen unerschrocken entgegen zu arbeiten.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

DIE WENDUNG IM STREIT UM ABESSYNIEN.
 ooo

In unserem letzten Artikel über den Streit um Abessinien wiesen wir darauf hin, dass England trotz seines augenblicklich starken Auftretens gegen den imperialistischen Raubzug Italiens in Abessinien wahrscheinlich letzten Endes doch Italien werde gewähren lassen, weil es um Abessyniens Willen keinen Krieg mit Italien führen wolle. Nun ist in den letzten Tagen überraschend schnell eine Änderung in dieser Richtung eingetreten. Sie wurde durch Frankreich verursacht. Laval erklärte dem englischen Gesandten in Paris rundweg, dass Frankreich nicht daran denke, in Genf England gegen Italien zu unterstützen. Da England so sicher eine böse Niederlage in Genf erlitten hätte und da es nicht zugleich Italien und Frankreich brüskieren wollte, so hat es eine schnelle Wendung vorgenommen. Es verzichtet jetzt auf eine Völkerbundsaktion, ökonomische Sanktionen gegen Italien im Kriegsfall zu erzielen. England verzichtet auch auf seine Absicht, die es eine Zeitlang hatte, den Suezkanal im Kriegsfall für die italienischen Schiffe zu schliessen oder sie nach Kriegsmaterial durchsuchen zu lassen. D.h. nicht anderes, als dass England jetzt Italien den Weg zum Krieg freigibt. Es bedeutet aber nicht, dass England nun sich ein für allemal mit dem abessinischen Krieg abgefunden hat, es wartet jetzt auf günstigere Gelegenheit und Mittel zum Eingreifen. Der Konflikt mit Italien ist vertagt, aber nicht aufgehoben. England wird nach erprobtem Rezept warten, bis Italien durch den Krieg genügend geschwächt ist, um ihm dann die Beute abzujaagen. Einstweilen aber hat England Italien den Weg zum Krieg freigegeben und trägt dafür die Verantwortung. Die Weigerung der Vereinigten Staaten, auf das Ersuchen Abessyniens einzugehen, dass Amerika auf Grund des Kelloggpaktes eingreife, hat zweifellos diese Wendung erleichtert.

Das schroffe Auftreten Frankreichs gegenüber England ist die Folge des englisch-deutschen Flottenabkommens, noch mehr aber der in der letzten Woche zwischen dem französisch-italienischen Generalstab getroffenen militärischen Abmachungen. Diese Abmachungen kommen einem Militärbündnis nahe. Sie laufen darauf hinaus, dass Frankreich und Italien sich derartige Zusicherungen in Bezug auf die italienisch-französische Grenze gegeben haben, dass Italien von dieser Grenze Truppen wegziehen kann, um sie an die österreichische Grenze oder nach Abessinien zu werfen, während Frankreich eine entsprechende Truppenzahl an die Ostgrenze werschickt kann.

Abessinien bezahlt also den verstärkten Aufmarsch Italiens und Frankreichs gegen Hitlerdeutschland.

Aber zur gegebenen Zeit werden Frankreich und England dafür zu bezahlen haben, dass sie den Weg für den abessinischen Krieg freigegeben haben.

Die französische bürgerliche Presse redet jetzt wieder von einem "lokalen Krieg", um den es sich in Abessinien handle. Aber wir unterstreichen hier abermals, dass diese Auffassung eine kurzsichtige Illusion ist. Dies aus zwei Gründen: einmal ist im Gefolge der Wirtschaftskrise das ganze eingeborene Afrika mit Zündstoff geladen, zum anderen ist Europa selbst voll von Spannungen. Der abessinische Krieg wird Kräfte in Bewegung setzen, von denen die europäische Diplomatie, die von der Hand in den Mund lebt, sich nichts träumen lässt.

Die französische Presse behauptet ferner, das Vorgehen Frankreichs habe den Völkerbund gerettet, den die Sprengung durch den Austritt Italiens drohte. Aber was bedeutet diese "Rettung" des Völkerbundes? Der Preis dafür ist der Verzicht auf die Erfüllung seiner elementarsten Aufgabe, der Sicherung des Friedens. Man kann von dieser Operation sagen: Operation glänzend verlaufen, Patient tot.

Wenn der Beitritt der Sowjetunion in den Völkerbund vielleicht hier

und dort übertriebene Auffassungen von seiner Fähigkeit als Friedensinstrument erregen konnte, so sind Tatsachen, die die vorliegende sehr geeignet, die wirkliche und grundlegende Schwäche dieses Instruments zu zeigen. Auch der Beitritt der Sowjetunion hat daran nichts geändert, dass der Völkerbund nur eine höchst unsichere und schwache Rolle bei der Sicherung des Friedens spielt und dass dieser sein Grundcharakter durch nichts geändert werden kann.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

EIN NEUES MANÖVER GEGEN DEN OSTPAKT.
oo

Bei den Berliner Verhandlungen zwischen Hitler und dem polnischen Außenminister Beck ist nicht alles so glatt gegangen, wie es die Nazipresse in Deutschland auf Befehl darstellt. Die Nazis haben Polen zum zweiten Male vorgeschlagen, Litauen zu besetzen und es dann unter sich zu teilen. Polen hat diese Einladung zu einem halbsbrecherischen Abenteuer wieder abgelehnt. Die Polen erhoben ferner Beschwerde wegen der verstärkten Propaganda im polnischen Gebiet.

Für die weitere europäische Entwicklung ist aber vor allem bedeutsam, dass Hitler und Beck ein neues Manöver gegen den Ostpakt ausgeheckt haben. Danach will Deutschland den Ostpakt nur gelten lassen für den Fall, dass die Sowjetunion direkt von Hitlerdeutschland angegriffen wird. Es will aber die Fälle ausschliessen, wo Deutschland einen baltischen Staat angreift. Dieser Vorbehalt deckt die Absichten Hitlerdeutschlands auf und es ist bezeichnend dass die "Elz" und die UPR-Blätter darüber nicht ein Wort verlieren. Ferner sollen nach der Absicht Hitlers Rumänien und die Tschechoslowakei aus Hilfspakten mit der Sowjetunion ausgeschlossen sein. Der Grund ist auch hier klar. Über Rumänien und die Tschechoslowakei hat die Rote Armee den Zugangsweg an die deutsche Grenze. Dieses Manöver offenbart das Bestreben Hitlerdeutschlands und Polens, den Ostpakt, soweit es abgeschlossen ist, auszuhöhlen und wirkungslos zu machen. Es zeigt auch, was die angeblichen Bemühungen Englands bedeuten, um Deutschland und Polen zum Anschluss an den Ostpakt zu bewegen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

JAPANS VORGEHEN GEGEN DIE MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK.
oo

Japan hat jetzt eine Reihe seiner übrigen Forderungen an die mongolische Volksrepublik, die sogenannte äussere Mongolei gerichtet, die mit der Sowjetunion eng verbündet ist. Würde Japan sich militärisch dort festsetzen -worauf die von ihm gestellten Forderungen abzielen--so würde das eine höchst gefährliche Bedrohung für Sibirien bis zum Baikalsee bedeuten. Es ist anzunehmen, dass diese Forderungen nicht durchdringen. Japan versucht, wie weit es hier gehen kann. Stösst es auf festen Widerstand, so ist anzunehmen, dass es noch einmal zurückweicht. Einstweilen hat es genug damit zu tun, seine Stellungen in der Mandchurei und in Nordchina auszubauen. Auf jeden Fall müssen die Arbeiter die Vorgänge im Fernen Osten mit ganzer Aufmerksamkeit und aktiver Bereitschaft verfolgen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wo steht die Jugend der UPR?
=. =.

Am verflorbenen Sonntag fand das Landestreffen der UPR-Jugend in Colmar statt. Die Tagung erhielt ihre Bedeutung durch die Anwesenheit fast aller führenden Persönlichkeiten der Partei und durch die in Aussicht gestellte Präzision der Haltung der Jungvolkspartei zu den brennenden Fragen der Gegenwart. Ein Referat des Hagenauer Redakteurs Ritter umschrieb die Haltung der UPR-Jugend im allgemeinen, eine einstimmig angenommene Resolution fasste diese Haltung zusammen.

Die Tagung stand im Zeichen des Bekenntnisses der Jungvolkspartei zu den Gedanken des Heimatbundes und enthielt eine ziemlich unverblühte Absage an jene Tendenzen im Schosse der UPR, deren Exponent M. Walter in der UPR ist. Es wird sogar gemeldet, dass M. Walter Gegenstand lebhafter Missfallenskundgebungen wurde. Die Jungvolksparteitagung bedeutet also einen Sieg der Rossé-Richtung, was auf die Haltung der Gesamtpartei nicht ohne Einfluss bleiben wird.

Zum Problem Faschismus und Kapitalismus äusserte sich die Tagung soviel wie garnicht. In der Resolution wird zwar die faschistische Diktatur abgelehnt, aber die Staatsreform im Sinne einer autoritären Demokratie das Wort geredet und ihr die Forderung nach Verwaltungsautonomie für Elsass-Lothringen angehängt. Die sogenannte autoritäre Demokratie liegt in der Richtung der faschistischen Diktatur, wodurch auch die Entwicklungstendenz in der UPR angedeutet ist.

Irggäcine Kampfstellung gegen den Faschismus kam daher auf der Tagung nicht zum Ausdruck. Von einer Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf für die bedrohten demokratischen Rechte der Werktätigen und den Kampf gegen die Kapitaloffensive, war nicht das mindeste zu verspüren.

Die Front, in der die UPR zu kämpfen bereit ist, ist eine spezifisch elsässische Front mit engbegrenzten regionalen Programm ohne Klassenforderungen, aber mit ausgesprochen klerikaler Tendenz, wie die Forderung nach verfassungsrechtlicher Sicherung der Privilegien und Vorrechte der Kirche in der allgemeinen französischen Verfassung beweist.

Es bedarf keiner besonderen Beweisführung dafür, dass der Kampf gegen die Assimilierungspolitik keine Grundlage für eine einheitliche Kampffront gegen Faschismus und Kapitaloffensive, für die revolutionäre Lösung der Krise ist.

Die katholische Jugend, soweit sie zum Proletariat und zum werktätigen Volke gehört, gehört in die antifaschistische, in die revolutionäre Front. Sie wird aber nur zu dieser Front gehören, wenn sie erkennt, dass die UPR-Führung sie unter dem Deckmantel der Religion für bürgerliche Zwecke und Ziele und damit für die Erhaltung der sozialen Ordnung - die Herrschaft des Kapitals - einsetzt und durch Züchtung eines spezifisch elsässischen Chauvinismus vermengt mit Hitlers Rassentheorie - siehe die Ausführungen Ritters gegen die Polaken, Tschechen usw. - sie von dem grundlegenden sozialen Gegensatz ablenken will, der da lautet: Hie Kapital - hie Arbeit.

Auf dem Boden der Entscheidungen der Jungvolksparteitagung gibt es keine Einheitsfront mit der revolutionären Arbeiterklasse, will die letztere sich nicht selbst aufgeben. Die arbeitende katholische Jugend kann die auch in ihrem Interesse liegende antifaschistische Einheitsfront mit der marxistisch orientierten Arbeiterschaft und Arbeiterjugend nur ausserhalb der Entscheidungen der Jungvolksparteikundgebung und nur im Gegensatz zur UPR-Führung verwirklichen. Alles andere ist Schaumschlägerci und übler Opportunismus, auch dann, wenn er in der "Humanité" unter dem Motto "Für eine glückliche Jugend in einem glücklichen Elsass" dargeboten wird. Wenn die Stellungnahme der "Humanité" in der gesamten UPR-Presse als Zustimmung zu den Entscheidungen der Jungvolksparteitagung abgedruckt wird, dann man die KP darin einen begrüssenswerten Schritt sehen, wir nicht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die faschistischen Provokationen am Thälmannstag!

ES IST GENUG!
oooooooooooooooo

Die Vorfälle am 7. Juli in Strasbourg werfen ein grelles Licht auf die derzeitige Lage. Unter den Augen der Polizei - wie der "Elsässer Bote" lobend erwähnt - wurde die faschistische Mordpropaganda durch das Abbrennen einer Puppe - Pierre Cot darstellend - praktisch demonstriert. Dann formierten sich die faschistischen Söldlinge und marschierten nach der Mauresse, wo die Thälmannkonferenz tagte, um dort gegen die antifaschistischen Delegierten und gegen Pierre Cot zu manifestieren. Und da sie weder auf dem Bahnhof noch sonst irgendwo Cots habhaft werden konnten, um ihr in geheimen Führer-Konventikel ausgehecktes Strafgericht an ihm zu vollstrecken, erschienen sie nachmittags, geleitet und dirigiert von den Armbruster, Feig und Consorten am Kleinen Rhein auf der antifaschistischen Kundgebung selbst. Als ihr Opfer auch hier nicht aufzufinden war, suchten sie sich an der erschienen radikalsozialistischen Rednerin schadlos zu halten. Als man ihren Provokationen Einhalt gebieten wollte, setzten sich die Burschen mit ihren mitgebrachten Schlag- und Stechwerkzeugen in Bewegung und schlugen einfach auf die antifaschis-

tischen Manifestanten ein, obwohl sich unter ihnen zahlreiche Frauen und Kinder befanden.

Die Garde-Mobiles nahm einige der Mordegesellen fest, aber ihre vorgesetzten Behörden - die einem Radikalsozialisten als Innenminister unterstehen - liessen die Herrchen nach einem Verhör wieder frei. Selbst der Royalist, der mit einer Schusswaffe angegriffen wurde, konnte noch am gleichen Abend nachhause zurückkehren. Man vergleiche dieses Verhalten der verantwortlichen Polizeiorgane und des Préfekten mit dem anlässlich der Arbeiter-Gesang- und Musikolympiade und man ist über die republikanische und demokratische Zuverlässigkeit der Organe des bürgerlichen Staates vasiert.

Ein besonderes Kapitel ist das Verhalten der bürgerlichen Presse zu den faschistisch-royalistischen Provokationen. Hätten Arbeiter sich erlaubt was sich die bezahlten Soldknechte faschistischer Prägung erlaubten, die bürgerliche Ordnungspolizei wäre in den Zustand der Raserei versetzt worden und die gesamte bürgerliche Pressemeute hätten sich vor Entrüstung über das "rote Gesindel" überschlagen. So aber handelte es sich um friedlich manifestierende Arbeiter, die ihren bedrängten, geschlagenen und gepeinigten Brüdern jenseits des Rhons moralisch und politisch ihre Solidarität bekunden wollten und die Angreifer waren die Söldlinge jener Herren, die bei uns Herrn Hitler kopieren und uns dem gleichen Schicksal entgegenführen möchten. Das genügt dem überwiegenden Teile unserer bürgerlichen Presse - auch der autonomistisch und regionalistisch geprägten den Mantel der Nächstenliebe über die Taten der Mordegesellen zu breiten. Der "Elsässer Bote" aber ist ganz Feuer und Flamme für die heroische Tat der Royalisten. Ein Beweis was sich alles in der vermaldeiten Proporzfront zusammengefunden hat.

So bedauerlich die Vorgänge vom verflorbenen Sonntag sind, so haben sie doch der breiten Masse der antifaschistischen Bevölkerung von Strasbourg gezeigt, was gespielt wird. Sie haben gezeigt, dass es an der Zeit ist dem physischen Terror der Faschisten, die bei ihren Provokationen der Sympathien der grossbürgerlichen Parteien und der Toleranz der Staatsorgane sicher sind, zu begegnen. Zulange haben die Arbeiter damit gerechnet - Regierung und Staat werden dem wiederholt in überwältigender Weise manifestierten Willen des arbeitenden Frankreichs auf Unterdrückung, Auflösung und Entwaffnung der diversen faschistischen Ligen folgen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Regierung und der Staat ermuntern die Faschisten. Die Havasagentur und die grossbürgerliche Presse betätigen sich bereits als Mundstück der faschistischen Propaganda de la Roques, der seine Bürgerkriegsübungen und seine Diktaturgelüste am hellen Tage und unter den Augen der Regierung zur Schau stellt. Das Organ des Generalstabs lässt keinen Zweifel über seine Sympathien und betätigt sich als wohlgesinnter Ratgeber der faschistischen Ligen.

Für die Arbeiterschaft müssen die Vorgänge vom verflorbenen Sonntag praktische Folgerungen haben. Die Arbeiterschaft muss den Schutz ihrer Veranstaltungen, Einrichtungen und Personen in ihre eignen Hände nehmen.

Es gibt in Strasbourg und Umgegend 25 Arbeitersportvereine. Sie haben sich unter der Devise "Gegen den Faschismus" in einer einheitlichen Organisation zusammengefunden. Sie haben ohne Unterschied der Partei der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass es im Kampfe ~~gegen~~ gegen den Faschismus für die Arbeitersportler keine Neutralität geben kann, weil ihr Schicksal mit dem der Gesamtarbeiterbewegung unlösbar verbunden ist.

Jetzt müssen aus den Bekenntnissen praktische Folgerungen gezogen werden. Die Leitungen der Arbeitersportorganisationen müssen getragen von der Sympathie und aktiven Solidarität der Gesamtarbeiterschaft die Initiative zur Organisierung des proletarischen Selbstschutzes übernehmen. Wenn jeder Verein seine Pflicht erfüllt, dann wird Strasbourg sehen, was die Arbeiterschaft dem Faschismus entgegenstellen vermag und die faschistischen Provokationen werden schon im Keime erstickt sein.

Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen, dass ist jetzt die Alternative der Stunde. Arbeitersportler beginnt, die Gesamtarbeiterschaft wird Euch folgen!

Eine Zuschrift:

Arbeiter, Arbeitersportler aufgepasst!

==,==,==,==,==,==,==,==,==,==,==,==,==,==,==,==

Man schreibt uns: Der Arbeiter Turnverein "L'Avenir" beteiligte sich am verflorenen Sonntag an der antifaschistischen Kundgebung am Kleinen Rhein. In schönster Ordnung, die Claironsektion an der Spitze ging es vom Börsenplatz nach dem Festplatz. Aber kaum war ein flotter Marsch angestimmt und schon sauste ein Auto heran, welches direkt vor den Marschierenden anhielt und schon entstieg in 2 Commissaire special. Und schon war jegliches Singen und Spielen verboten. Erst etwa 100 m vor dem Festplatz war es gestattet. Stolz und diszipliniert marschierte trotzdem die müntere Schar ihrem Bestimmungsort zu, ohne sich allerdings dazu hinzureißen das Verbot zu überschreiten.

Und nun das sonderbare. Fast zu gleicher Zeit marschierte eine Sektion der "Vogesia" unter Clairon und Trommelklang mitten durch die Stadt. Kein Auto, kein Commissaire special, kein Verbot! Das ist die sogenannte "Gleichheit und Freiheit".

Kürzlich wurde ebenfalls ein Arbeiter-Verein, es war die "Esperance" in der Blauwolkengasse angehalten, als sie von einem Sportsfest aus Bischheim heimkehrte. Wieder ein Beweis, dass mit zweierlei Mass gemessen wird.

In der "Humanité" wurde ein Faschistenhauptideur namens Fleyk genannt. Es handelt sich in Wirklichkeit um einen Herrn Fleig Robert, Depositaire de Bières, Generalvertreter von Bières de Colmar, Burien am Schirmecke - ring.

Dieser genannte "Herr" macht sich breit als Royalist ersten Grades. Er hat auch sicher Recht dazu; denn sein Stammbaum liegt in Hitlers heiligen Landen. Sein Vater war einst ein biederer Schulmeister im badischen Ländel. Nebenbei gesagt, ein Mann, der, wäre er noch am Leben, sich seines zum Faschisten gewordenen Sohnes schämen würde.

Das schönste aber ist noch, dass dieser Arbeiter- und Antifaschistenhasser bei dem stattgefundenen Arb.-Musik- und Sängereest sein Bier draussen auf dem Wacken an diese, die er am Sonntag durch seine Banden niederschlagen liess, absetzte. Die Arbeiter und auch die Arbeitersportler werden es nicht vergessen und diesen Herrn Fleig Robert in Zukunft die gebührende Antwort geben, wenn er sich u.a. bei Gelegenheit den Arbeiterorganisationen wieder als Bierverleger vorstellen sollte. Es sei auch noch erwähnt, dass dieser "Herr" am Pfingstmontag sogar die Frechheit und Heuchelei besass und sich zu den Arbeitersängern setzte.

Am vergangenen Sonntag stand er oben auf der Strasse bei denen, die den Überfall dirigierten aus der Vogelschau und ihre gekauften Subjekte auf friedliche, für ihre Ideen feiernden Antifaschisten hetzten. Also der Arbeiter denkt daran, vergesse es nie.

Was die Schreibweise des frommen und gottesfürchtigen "Elsässer Boten" anbelangt, so muss man sagen, das ist die richtige Sprache, die solche frommen Leute führen. Aufhetzen zum Mord an andersgesinnte Mitmenschen gehört scheinbar zur Moral dieser Mustermenschen in Christo. Nun ja, ihre Herren und Meister, die Päpste des Mittelalters haben es ihnen ja vorge macht. Alle ihre Nachfolger und Repräsentanten haben ja im verflorenen imperialistischen Kriege den Mordstahl gesegnet und den Massenmord gesegnet. Und sie sind mitverantwortlich, wenn es wieder zum frisch-fröhlichen Kriege kommt und die Erde wieder in ein Schlachthaus verwandelt wird, denn diese Herren stehen heute an der Spitze des Kampfes gegen jene, die gegen einen neuen imperialistischen Krieg kämpfen. Man sehe nur das Verhalten des Papstes anlässlich des imperialistischen Raubkrieges Italiens gegen Abyssynien, wo er sich weigerte seine Stimme gegen das imperialistische Italien zu erheben, wo er eben erst gesagt hat Gott mögen die Völker vernichten, die zum Krieg greifen.

Darum sollten alle Arbeiter, alle Antifaschisten und wahren Friedensfreunde nicht zögern, endlich aus alle offenen und verkappten Faschistenorganisationen auszutreten, die bewusst oder unbewusst den Faschismus predigen und propagieren.

Schafft endlich auch in Strasbourg die antifaschistische Front!

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat für 2-
Gemeindefremde: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 47/II. Jahrgang.

Dritte Juliwoche 1935.

DIE VOLKSPRONT AN EINEM KRITISCHEN PUNKT:

VOM 14. JULI ZU DEN LAVALSCHEN NOTVERORDNUNGEN.

-o-

Am 14. Juli erlebte Paris einen gewaltigen Aufmarsch der "Volksfront"-der Koalition der Radikalen, Sozialisten und Kommunisten. Der Zug selbst der sich vom Bastille-Platz über den Place de la Nation bis zur Porte de Vincennes bewegte, zählte rund eine halbe Million und Hunderttausende säumten die Strassen und Plätze, an denen der Zug vorbeikam. Die Begeisterung war echt und gross. Das Gefühl einer gewaltigen Sammlung von Kräften gegenüber dem Faschismus beherrschte die Massen.

Gleichartige Demonstrationen fanden in ganz Frankreich statt.

Was war der Inhalt und der Sinn dieser Demonstrationen?

Die Massen leisteten einen feierlichen Schwur auf die Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Sie schworen zusammen zu bleiben, bis sie gesichert seien. Die offiziellen Losungen waren klar und bestimmt nur in Bezug auf die Verteidigung der politischen Freiheiten im bürgerlichen Staat, sie waren völlig unbestimmt und richtungslos in Bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Losungen.

Diese Unbestimmtheit drückt die Unzulänglichkeit der heutigen Volksfront aus. Bis jetzt konnten sich noch nicht einmal KPF und SFIO auf ein gemeinsames soziales und wirtschaftliches Aktionsprogramm einigen. Was aber die radikale Partei anbelangt, so haben sich ihre Spitzen, die Minister der Regierung Laval und der Exekutivausschuss der Partei kurz vor dem 14. Juli auf das Programm Lavals festgelegt, dass -wie die jetzt vorliegenden Notverordnungen zeigen -einen weitreichenden Angriff auf das gesamte werktätige Volk beinhaltet. Die Masse der kleinbürgerlichen und proletarischen Anhänger der Radikalen mag darüber anders denken, aber sie ist zersplittert, sie ist einstweilen noch keine selbstständig organisierte Kraft.

Der Demonstrationenzug in Paris zeigte aber, dass die wirkliche Stimmung der Massen der Volksfront über den offiziell durch die Spitzen festgelegten Rahmen hinaus ist. Der Zug wurde beherrscht vom Gesang der Internationale und der Carmagnole. Der Gruss wurde geleistet mit erhobener Faust. Die roten Fahnen dominierten.

Jetzt aber steht die antifaschistische Bewegung vor einer entscheidenden Probe.

Die Regierung Laval hat die Verkündung ihrer Notverordnungen absichtlich bis nach dem 14. Juli verschoben. Sie sind am 16. Juli beschlossen und am 17. Juli veröffentlicht worden. Sie enthalten einen neuen massiven Angriff auf die werktätigen Klassen. Gehälter und Löhne der Staatsbeamten werden mit Ausnahmen der untersten Klassen -unter 10 000 Frs im Jahre -erneut um 10 % abgebaut. Dieser Abbau wird der Ausgangspunkt werden für einen entsprechenden Angriff auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Privatindustrie. Ebenso werden abgebaut die Rente der Kriegsveteranen, der Kriegshinterbliebenen, der Sozialrentner, der kleinen Inhaber von Staatspapieren. Auch die Angestellten und Be-

ämtern der Gemeinden werden direkt und unmittelbar von dem Gehalts- und Lohnabbau betroffen. Die Leistungen des Staats an die Gemeinden und Departements werden um 10 % gekürzt, was einen entsprechenden Abbau aller sozialen und kulturellen Leistungen der Gemeinden für die werktätigen Klassen bedeutet.

Um diesen massiven Abbau etwas schmackhafter zu machen, hat die Regierung einige Massregeln zur Senkung der Preise des Brotes, von Gas, Elektrizität und Wasser, der Mieten und der Hypothekenzinsen angekündigt. Ferner eine Steigerung der Einkommensteuer für die Einkommen über 80 000 Frs. jährlich und einiger anderer Steuern, die auch den Besitz (aber auch die kleinen Produzenten) treffen.

Die Hauptlast der Deflation tragen die Arbeiter, die kleinen Beamten, die Kleinbauern, Kleinhändler, Handwerker und die Kriegsoffer. Der Abbau der Gehälter, Löhne usw. tritt sofort und reell in Kraft. Die zugesagten Verbilligungen der Lebenshaltung sind erst zugesagt, ob, wann und in welchem Umfange sie verwirklicht werden, steht noch dahin. Insgesamt sollen rund 7 Milliarden beim Staatsbudget, bei den Budgets der Departements und der Gemeinden rund 3 1/2 Milliarden erspart werden.

Es ist klar, dass dieser gewaltige Abbau der Kaufkraft der Massen kein wirklicher Ausweg aus der Krise ist. Arbeiter und Kleinbürger werden unmittelbar betroffen und werden und müssen sich wehren. Die Lage der Kleinbauern wird durch die Senkung der Kaufkraft der Massen weiter verschlechtert. Die Führer der SFIO, Léon Blum, weist richtig darauf hin, dass die Wirkungslosigkeit dieses Schrittes der Deflation die Stimmung vorbereiten wird für eine neue Inflation. Auch die Bourgeoisie wird von dieser Politik nicht befriedigt sein. Die ihr zugemuteten Opfer, so gering sie relativ sind, reizen sie, aber ohne sie wirklich zu treffen. Es ist klar, die von Laval begonnene Aktion ist kein Ende, sondern lediglich ein Anfang. Sie muss entweder im Sinne der Massen oder im Sinne der Bourgeoisie weitergeführt werden.

Die entscheidende Aufgabe für den weiteren Verlauf des Kampfes gegen den Faschismus ist jetzt eng mit der erfolgreichen Durchführung des Kampfes gegen den Notverordnungen Lavals verbunden.

Der Faschismus in Frankreich macht gegenwärtig eine Krise durch. Diese Krise hat aber nicht nur negative Seiten. Ein derjenigen, die jetzt innerhalb der Croix de Feu zum Angriff auf ihre jetzige Führung, den Oberst de la Rocque und seine Umgebung vorgegangen sind, fordern eine stärkere soziale Demagogie und die Einstellung des Kampfes auf längere Sicht. Das ist diejenige Seite der Krise bei den Croix de Feu, die höchst gefährlich werden kann, denn die demokratischen Freiheiten können nur verteidigt werden, wenn sie zur Verteidigung der wirtschaftlichen Existenz der Massen verwendet werden, wenn die Werktätigen sich auf revolutionäre Weise einen Ausweg aus der Krise bahnen und wenn sie den Rahmen der bürgerlichen Demokratie sprengen.

Dieser Aufgabe aber ist die Volksfront, so wie sie jetzt ist nicht gewachsen. Ja sie ist sogar ein Hemmnis dafür.

Die KPF hat jetzt noch einmal eine Gelegenheit aus der falschen Volksfront herauszukommen.

Ihr fällt jetzt die Initiative zu, 1) ein Aktionsprogramm auszuarbeiten bestehend aus Tagesforderungen und revolutionären Übergangslösungen (wofür das Programm der CGTU als Grundlage benutzt werden kann) und es bei der SFIO und der CGT durchzusetzen; 2) die Gewerkschaften als Organisationen in diesen Kampf einzubeziehen; 3) die Radikale Partei vor die Frage zu stellen, gemeinsam mit der Einheitsfront den Kampf gegen die Notverordnungen und für den revolutionären Ausweg aus der Krise zu führen; 4) Falls die Radikale Partei sich weigert mit zu machen, zur Organisierung der antifaschistischen Front auf der Basis breiter Einheitsfrontorgane der Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger überzugehen.

Die Lage erfordert eine kühne, entschlossene und weitsichtige Initiative von der KPF. Dazu gehört, dass sie das Operieren auf der Linie des geringsten Widerstandes aufgibt, weil diese Linie in den opportunistischen Sumpf führt.

Nur den Übergang zum ausserparlamentarischen Massenkampf und in Verbindung damit zur Schaffung breiter Einheitsfrontorgane, die ein Bündnis der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums auf revolutionären Grundlage schaffen - nur dieser Übergang kann die Voraussetzungen schaffen, um aus dem bürgerlich-demokratischen Geleise herauszukommen und im weiteren Verlauf die Regierungsfrage als die Frage einer Räteregierung praktisch aufzuwerfen. Solange Räte, wenn auch erst in ihren Keimformen noch nicht gebildet sind, solange schwebt die Lösung der Sowjets in der Luft und solange wird die Regierungsfrage immer nur als die Frage einer beseiten parlamentarischen Linkskorllition aufgeworfen werden.

Davon, ob die Kraft gefunden wird die Volksfront auf dieser Linie zu organisieren, hängt letzten Endes das weitere Schicksal des antifaschistischen Kampfes in Frankreich ab.

Pflicht unserer Kameraden ist es die Partei bei der Organisation des ausserparlamentarischen Massenkampfes zu unterstützen und die Initiative für die Organisation des Abwehrkampfes auf breitester Basis zu entwickeln.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um die Volksfrontregierung:

"DALADIER AN DIE MACHT"!

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Nach dem Bericht der "Humanité" war einer der häufig gehörten Rufe, bei der grandiosen Manifestation am 14. Juli in Paris der Ruf: "Daladier au Pouvoir - Daladier an die Macht"!

Der Berichterstatter des "Populaire" erzählt, dass ein Radikaler, der den gewaltigen Zug mit ansah, daraus den Schluss zog, dieser Tag habe die Regierungsfähigkeit der Volksfront bewiesen. Sie werde nach dem Wiedersammentritt der Kammer im Oktober an die Macht kommen.

Der Sinn ist hier wieder "Daladier an die Macht". In den Tagen vor dem 14. Juli schrieb Léon Blum im "Populaire" eine lange Artikelreihe, um einen solchen Schritt in seiner Partei vorzubereiten.

Léon Blum sucht zweierlei zu beweisen. Erstens, dass es neben der "Eroberung der Macht" durch die Arbeiterklasse, die mit der Durchführung sozialistischer Massregeln verbunden sein müsse, auch eine einfache "Besetzung" der Macht gebe, die lediglich den Zweck habe, die Faschisten daran zu hindern, dass sie die Macht nehmen und die keineswegs dazu verpflichtet, einschneidende revolutionäre Massregeln durchzuführen. Zweitens sucht er zu beweisen, dass es neben der Sozialisierung, der entschädigungslosen Enteignung der Kapitalisten und Grossgrundbesitzer, auch eine "Nationalisierung" gebe, bei der die Kapitalisten entschädigt werden, die sich noch im Rahmen der kapitalistischen Ordnung bewege, bei der also die Radikalen mitmachen können.

Es handelt sich bei einer solchen Regierung um eine solche des Linkskartells, der Léon Blum die Wege zu ebnen sucht. Dabei handelt es sich um die wohlbekannte Theorie "des kleineren Übels", auf Grund deren die deutsche Sozialdemokratie die Regierung Brüning unterstützte, mit Brüning den Kapitalsangriff auf die Werktätigen durchführte, um schliesslich dem Faschismus zu unterliegen, dem sie durch die Preisgabe der wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen den Weg hatte bahnen helfen.

Eine Linksregierung nach dem Rezept Léon Blums wäre nur eine andere Form der Regierung "des kleineren Übels". Sie würde im Interesse der Einheit von Sozialisten, Radikalen und Kommunisten auf einschneidende Massregeln gegen die Kapitalisten verzichten und sogar den Kapitalsangriff durchführen helfen.

Die "Nationalisierung" im bürgerlichen Staat ist nichts, was den Werktätigen hilft. Sie ist nichts anderes als einfache Verstaatlichung. Sie bedeutet nur eine stärkere Konzentration der kapitalistische Wirtschaftsmacht.

Die Folgen, wenn eine Regierung Daladier mit Unterstützung von Sozialisten und Kommunisten an die Macht käme - mit einem Programm, das die Ra-

dikal angenommen würden -lassen sich schon heute ziemlich voraussehen. Die eine Folge wäre eine sichere Enttäuschung und Entmutigung der Werktätigen. "Ein Schelm, der mehr gibt als er hat" Keine radikale Regierung kann die Bedürfnisse der Werktätigen befriedigen, weil sie keine einschneidenden Massregeln gegen die Kapitalisten wagen wird. Sie könnte bestensfalls eine Wiederholung der Roosevelt-Politik versuchen. Die Roosevelt-Politik in Amerika hat aber bereits gezeigt, dass sie kein Ausweg ist.

Die andere Folge wäre, dass die Kapitalistenklasse, ebenfalls unbefriedigt, sie immer weiter drängen würde auf dem Wege der Angriffe auf die Werktätigen, um sie schliesslich, nachdem sie und damit die Volksfront genügend diskreditiert wäre, bei Seite zu stoßen. Gleichzeitig aber hätte die Bourgeoisie damit die Voraussetzungen gewonnen, um die faschistischen Kräfte auf breiter Basis aufzubauen und mit ihnen zu neuen verstärkten Angriffen vorzugehen.

Was ergibt sich daraus?

Man muss jetzt den Kampf gegen die Notverordnungen organisieren. Man muss die radikale Partei zwingen bereits jetzt Farbe zu bekennen. Man wird sehr schnell sehen, dass die radikale Partei als solche hier nicht bis zu Ende mitgeht. Man muss dann versuchen, die Werktätigen, die der radikalen Partei angehören, ohne und gegen den Willen ihrer Führung mit sich zu führen.

Das heisst, man muss versuchen, die "Volksfront" in ihrer bisherigen Form, wo sie ein Kartell zwischen der radikalen, sozialistischen und kommunistischen Partei ist, zu ersetzen durch eine Volksfront anderer Art -eine Volksfront, die sich in breiten Einheitsfrontorganen verwirklicht.

Erst wenn eine solche breite und feste Massenbasis geschaffen ist, die entschlossen den Kampf gegen die Notverordnungen und für den revolutionären Ausweg aus der Krise führt -erst dann sind wirkliche Grundlagen geschaffen für eine wirkliche "Volksfrontregierung", die aber mit einem parlamentarischen Linkskartell nichts gemein hat.

Der Ruf "Daladier an die Macht" wird dann vergebens ertönen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Vor dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale:

WARUM SIEGTE DER FASCHISMUS?

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Die Bilanz der kommunistischen Weltbewegung zwischen dem VI. und VII. Weltkongress weist folgende Hauptposten auf: Erstens erfolgreiches, gewaltiges Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus und daher auch der politischen und militärischen Macht der Sowjetunion; zweitens erfolgreiche Verteidigung der Sowjetmacht in China gegenüber den wiederholten Anstürmen der Konterrevolution; drittens Sieg der faschistischen Diktatur in Deutschland und Österreich. Die Bilanz ist aktiv für die Sowjetunion und Ostasien, sie ist passiv in Mitteleuropa, d.h. für das hochkapitalistische Gebiet. Daraus folgt die Notwendigkeit, die für das hochkapitalistische Gebiet angewandte Taktik einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Tatsächlich findet der VII. Kongress von der Taktik, die der VI. Kongress für das hochkapitalistische Gebiet festgelegt hat, nur noch Trümmer vor. Aufgabe des Kongresses wäre, planmässig und vollständig die Fehler zu analysieren und den Grund zu legen für verbesserte Arbeit und verbesserte kommunistische Parteien. Kein Kongress kann aus dem Nichts schaffen. Er kann nur aus dem bereits geleisteten Vorarbeiten die Summe ziehen.

Damit aber sieht es nicht sehr erfolgversprechend aus. Nehmen wir als ein hervorstechendes Beispiel die Bilanz, die Gen. Wilhelm Pieck aus der Tätigkeit der KPD zieht, indem er die Frage stellt "warum konnte der Faschismus in Deutschland siegen?" (Kommunistische Internationale, Heft 7 vom 5. April 1935, Seite 533 bis 569).

Gen. Pieck kommt zu folgendem allgemeinen Schluss:

"Die Einschätzung der Lage in Deutschland durch die Komintern und die KPD, wie auch die politische Linie der KPD war zweifellos richtig. Aber

bei der Durchführung dieser politischen Linie zeigten sich ernste Schwächen und Fehler."

Die "richtige Linie" wird dem Gen. Thälmann zugeschrieben. Die mangel- und fehlerhafte Anwendung oder "Durchführung", die ihren Erfolg verhinderte der Gruppe "Neumann-Remmele". Die Liste der Fehler und Mängel in der Anwendung der "richtigen Linie", die als Sünden der Neumann-Remmele figurieren, umfassen in der Hauptsache folgendes:

- 1.) "Gleichstellung von Faschismus und Sozialdemokratie";
- 2.) "Opportunistische Unterschätzung des Hitlerfaschismus";
- 3.) Die "These Neumanns", dass die Brüning-Regierung bereits die faschistische Diktatur sei";
- 4.) Die Ablehnung der Einheitsfronttaktik, als die erstens von Pick ausgehen wird, die Aufforderung Thälmanns an die soz. Arbeiter zum Übertritt in die KPD (Rede Thälmanns im Berliner Spirtspalast v. 11. VI. 31.), zweitens die Opposition gegen das aus der Pistole geschossene Spitzenangebot der Partei an die Leitungen der SPD und Gewerkschaften v. 20. VII. 1932 und 30. Januar 1933. Inbezug auf diese Spitzenangebote muss Pick selbst zugeben:

"Wenn das Spitzenangebot vom 20. Juli keinen genügenden Widerhall in den Massen fand, so war in der Hauptsache daran der Umstand schuld, dass die Partei insgesamt durch ihre bisherige Politik noch nicht die massenmässigen Voraussetzungen für die Herstellung der Einheitsfront gegen den Faschismus geschaffen hatte."

5.) Keine genügende Verankerung der Partei in den Betrieben. Schwäche der Betriebszellenarbeit.

6. Schwäche der Partei auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeit. Worin diese "Schwächen" im Wesen und in den Einzelheiten bestanden, wird nicht klargestellt.

7.) Mangel an innerparteilicher Demokratie, falsche Methoden des Kommandierens, der zu einem Zustand führte, wo es den unteren Parteieinheiten an selbstständiger Initiative mangelte.

8.) Schwäche der KPD in der nationalen Frage, die angeblich in ihrer Unterschätzung, in "Abstinenzpolitik" ihr gegenüber bestand (in Wirklichkeit lagen die Dinge umgekehrt. Die Partei wieder und wieder den Gesichtspunkt des revolutionären Internationalismus aus dem Auge und versuchte den Faschisten den Rang im Nationalismus abzulaufen).

Übersieht man diese Liste und die Schilderung der tatsächlichen Politik der KPD durch Gen. Pick, soweit sie zutreffend ist, so fragt man erstaunt: Wo war die richtige politische Linie ausserhalb dieser falschen und mangelhaften "Durchführung" oder "Anwendung"? Worin bestand die führende Rolle des ZK im Unterschied von der Gruppe Neumann-Remmele?

Tatsächlich deckt sich die "Durchführung" oder "Anwendung" mit dem, was man im gewöhnlichen Sprachgebrauch die politische Linie selbst nennt: die Taktik. Zieht man das, was Pick "Durchführung" nennt, ab, so bleiben als Rest nur die Grundsätze und Ziele, die einer kommunistischen Partei von ~~HEUTE~~ vorher ein und fertig gegeben sind. Weiter! Die Darstellung Picks selbst ergibt, dass das ZK eine andere politische Linie als die, die jetzt mit der Etiquette "Neumann-Remmele" versehen wird, nicht durchzuführen vermocht hat. Wie kann man von einer politischen Führung sprechen, die sich von Neumann-Remmele unterschied? Die Zitate aus Reden und Artikeln des Gen. Thälmann, aus denen Pick die politische Linie nachzuweisen versucht, die sich nicht durchgesetzt hat, sind nur Blendwerk. Es sind in der Regel (unzulängliche) Kritiken -hinterher-, die auch niemals wirklich eingreifende Änderungen gebracht haben.

Eine solche Art "Selbstkritik" ist schlimmer als gar keine. Sie läuft auf feige und ängstliche Vertuschung und Verdrehung der Wahrheit, auf die reine Sophistik hinaus, geleitet von fraktionellen Rücksichten. Legenden usw. Ein solches Verhalten ist nicht würdig des Heldenmuts der in Deutschland kämpfenden Kommunisten. Das ist gerade das Gegenteil von dem, was die Partei zur Erfüllung ihrer ungeheuren revolutionären Aufgaben braucht -den unerbittlichen Mut zur vollen und ungeschminkten Wahrheit. Es ist daher auch keine angemessene Vorbereitung des VII. Weltkongresses.

Wollen wir noch in aller Kürze und summarisch die Antwort geben auf die Frage "Warum konnte der Faschismus in Deutschland siegen?", so erscheint uns folgendes ausschlaggebend:

1. Objektiv gesehen; dass die noch überwiegend unter sozialdemokratischen Einfluss stehende Arbeiterklasse nicht mehr bereit war, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen, aber noch nicht bereit war, die proletarische Diktatur zu erobern. Dieser "tote" Punkt ermöglichte dem Faschismus den Sieg.

3. Subjektiv gesehen; dass es in Deutschland noch keine kommunistische Partei gab, die der Lage theoretisch und praktisch gewachsen war. Dies gilt für Führung und Mitglieder.

Wir hätten kürzer sagen können: keine bolschewistische Partei im Sinne derer, die die Oktoberrevolution von 1917 vorbereitet und durchgeführt hat, wenn nicht mit dem Worte "bolschewistisch" in Mittel- u. Westeuropa jahrelang grober Unfug getrieben worden wäre. Die mechanische Kopie der bolschewistischen Partei der Sowjetunion, d.h. die Karikatur der Sache war reichlich da. Die Sache selbst fehlte. Diese Sache worin bestand sie? In der Fähigkeit, die Grundsätze und Ziele des Kommunismus, die heute gegeben sind, auf die konkreten Verhältnisse des eignen Landes selbstständig, lebendig, schöpferisch anzuwenden oder mit anderen Worten, eine richtige kommunistische Taktik und Strategie anzuwenden und durchzuführen. Das muss erst noch geschaffen werden und es wird geschaffen werden. Aber damit es geschaffen werden kann, müssen Picky Methoden (die durchaus nichts persönliches sind) überwunden werden!

-o-

Ein 14. Juli wie er nicht sein soll.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Strasbourg machte am 14. Juli wieder, wie bei den Gemeinderatswahlen eine Ausnahme. Während überall der 14. Juli gemäss den Anweisungen des zentralen Organisationskomitees in Geschlossenheit und mit grösster Wirkung begangen wurde, gilt dies für Strasbourg nicht.

SFIO und Radikale hatten unter Missachtung und Umgehung der KP gemäss den Anweisungen des zentralen Organisationskomitees und unter seinen Losungen eine eigne Kundgebung arangiert.

Die KPD berief darauf SFIO, Radikale, KPO, Fortschrittspartei und einige andere Organisationen - darunter auch die UPR-Jugend - zu einer Sitzung zusammen, um festzustellen ob die genannten Organisationen entsprechend den Instruktionen des zentralen Organisationskomitees für den 14. Juli und unter seinen Losungen eine einheitliche Kundgebung dieser Organisationen möglich sei.

An der Sitzung, an der auch die IVKO vertreten war, nahmen KPF, CGTU, Vereinigte Arbeitersportler, KOF Fortschrittspartei, Radikale und einige andere Organisationen teil.

Die SFIO liess in einem Briefe Imbs in der "FP" ihre ablehrende Haltung begründen: mit Autonomisten zusammen machen die keine einheitliche Kundgebung.

Die Radikalen schlossen sich in der Sitzung diesem Standpunkt an und erklärten, solange nicht mit den Kommunisten gemeinsam zu manifestieren, solange diese hier im Lande Leute unterstützen die Frankreich lassen."

Mourer erklärte im Namen der Volksfront sein Einverständnis mit den Losungen und mit einer einheitlichen Kundgebung und brachte die Volksfront seiner Prägung als antifaschistisches Bollwerk in Empfehlung.

Unser Vertreter erklärte, dass die nationale Frage nicht mit der Aktion verknüpft werden dürfe, dass die Einheitsfront mit den sozialistischen Arbeitern das primäre sei und für die Aktion alle herangezogen werden sollen, die bereit sind gegen Faschismus und kapitalistische Krise zu kämpfen.

Die Konferenz beschloss einen gemeinsamen Aufruf, indem neben den Forderungen des zentralen Organisationskomitees noch der Kampf gegen die bevorstehenden Notverordnungen, für 40 Stundenwoche mit vollen Lohnaus-

gleich usw. entsprechende Berücksichtigung fand. Um klärend zu stellen, dass die unterzeichneten Organisationen mit der gleichen Entschlossenheit auch den deutschen Faschismus ablehnen, wurde auch die Losung gegen den Hitlerterror in den Aufruf aufgenommen.

Um keine zweite Kundgebung zu veranstalten und um gemeinsam mit den sozialistischen Arbeitern den Willen zum entschlossenen Kampfe gegen den Faschismus zu bekunden, wurde beschlossen die Anhänger nach dem Jardin Dollé zu rufen.

Imbs, als der Organisator der Kundgebung der Radikalen und Sozialisten wurde vom Beschluss verständigt und nach einige abweisenden Bemerkungen erklärte er dennoch, dass einem Vertreter der KP auf dem Jardin Dollé das Wort erteilt werde.

Am 13. Juli veröffentlichten SFIO und Radikale eine gemeinsame Erklärung, worin sie zum Ausdruck brachten, dass sie jeder Störung ihrer Kundgebung entgegentreten werden. Der KP und der CGTU reichen sie nochmals die Hand, aber nur ihr allein und nicht den Autonomisten.

Am Jardin Dollé erklärte dann Naegelen am Kundgebungstage, dass sie nicht dulden werden, dass ein Vertreter der KP spricht. Die Mehrzahl der Anwesenden, die aus Anhängern der Organisationen bestand, die mit der KP gemeinsam aufgerufen hatten, forderten dass Mohn das Wort ergreift. Naegelen verhinderte dies durch das Geschmetter der von ihm dirigierten Sektion, obwohl selbst zahlreiche soz. Militanten forderten, dass man so wie überall auch in Strassbourg einem Vertreter der KP das Wort gebe.

Um unangenehme Weiterungen aus dem Wege zu gehen, forderte dann Kad. Mohn die revolutionären Arbeiter und Sympathisierende auf die Kundgebung zu verlassen.

Wir brauchen nicht zu betonen, dass die SFIO und noch viel weniger die Radikalen - wir denken nur an die Artikel von Fritz Hecker zur letzten Regierungskrise, die eine deutliche antiparlamentarische Spitze trugen - ein Recht haben der KP Bedingungen zu diktieren. Solange die SF in Strassbourg eine eindeutig gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Bündnispolitik mit den Parteien der Notverordnungen und offensichtlichen Schützlingen und Wegbereitern des französischen Faschismus macht, hat sie jedes Recht verlorren der KP wegen des Zusammengehens mit KPO und Fortschrittspartei Vorwürfe zu machen.

Unsere Forderung der Trennung der KPO von den Elzianern als eine elementaren Voraussetzung für die Herstellung einer proletarischen Einheitsfront in Strassbourg ist bekannt.

Wenn wir mit den KPO-Arbeitern und Dahlet am 14. Juli zusammengingen, dann deshalb, weil die Aktion auf einer Grundlage erfolgte, die nichts enthielt, was nicht akzeptabel war. Die Losungen waren klar und eindeutig. Sie enthielten nichts, was nicht von jedem unterschrieben werden kann, der den Kampf gegen den Faschismus zugleich als einen Kampf gegen die Kapitaloffensive betrachtet. Die Abgrenzung gegenüber dem Hitlerfaschismus war klar.

Für uns war dieses einmalige Zusammengehen mit KPO und Fortschrittspartei kein Grund der Aktion fernzubleiben. Unsere Kritik an den genannten Organisationen ist damit nicht verstümmt und eingestellt.

Das ein Bündnis mit der Landespartei für uns nicht in Frage kommt, haben wir oft genug betont. Ein Zusammengehen mit Teilen dieser Organisation kann nur auf dem Boden des tatsächlichen Bruchs mit der von dieser Partei vertretenen Politik erfolgen.

Von der SFIO haben wir bisher nicht bemerkt, dass sie von ihren Koalitionspartnern auch nur ähnliche Voraussetzungen forderte, wie sie sie der KP stellt.

Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade die neuesten Notverordnungen auch den sozialistischen Arbeiter die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Aktionseinheit begreiflich machen. Auf jeden Fall dürfen die kommunistischen Militanten nicht ruhn, bis die Aktionseinheit auch in Strassbourg verwirklicht ist.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzelkemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 48/II. Jahrgang.

Vierte Juliwoche 1935.

"Démission Laval!":

WELCHE REGIERUNG ?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

"Démission Laval -Abdankung Laval!"-das war einer der allgemeinen Rufe, die bei den Demonstrationen der Beamten und Staatsarbeiter gegen die Notverordnungen Lavals überall, in Paris sowohl als auch in Strasbourg und an anderen Orten ertönten.

Diese Losung hat ein merkwürdiges Echo im Pariser Organ der radikalen Linken gefunden: Das Organ wendet sich entschieden gegen diese Losung!

Warum? Die radikale Linke entwickelt eine ganze Reihe von Gründen dagegen, jetzt Laval zu stürzen. Sie sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen.

Erstens, die Radikalen denken nicht daran, einfach das Erbe der Regierung Laval zu übernehmen, wenn diese mit ihren Notverordnungen abgewirtschaftet hat. Die radikale Linke protestiert dagegen, dass man sie geradezu mit Gewalt in die Regierung drängen wolle, um sich durch die Durchführung der Lavalschen Notverordnungen unpopulär zu machen und dann, mit dieser Unpopularität belastet in die Wahlen zu gehen.

Zweitens, erklären die linken Radikalen, um nach Laval die Regierung zu übernehmen, müsste die Linke im Parlament einen Plan haben, was sie an die Stelle der Lavalschen Notverordnungen setzen will. Aber ein solcher "Plan" ist noch nicht da. Man muss ihn ausarbeiten und dann in allgemeinen Wahlen einer Art Volksabstimmung unterwerfen. Nur gestützt auf eine solche Volksabstimmung könnte die "linke" Regierung den "Plan" durchführen.

Was bedeutet das? Dass die Radikalen den Dingen einstweilen ihren Lauf lassen wollen.

Von einer klaren und entschiedenen Stellungnahme des linken Flügels der radikalsozialistischen Partei hat man bis zum heutigen Tag noch nichts gehört und gesehen. Ebensowenig von einer Betätigung der radikalen Partei an der Aktion gegen die Notverordnungen. Die Volksfront vom 14. Juli ist plötzlich in der Form, wie sie an diesem Tage in Erscheinung trat, in der Versenkung verschwunden.

Und noch etwas kann man beobachten.

Weder in der kommunistischen noch in der sozialistischen Presse wird diese Tatsache erster Ordnung auch nur erwähnt, geschweige denn, dass die radikale Partei klipp und klar vor die Frage gestellt wird, am Kampfe gegen die Notverordnungen teilzunehmen. Im Gegenteil, man verwischt die Tatsache, dass die radikale Partei in Gestalt ihrer Minister mitverantwortlich ist für die Notverordnungen.

Der Sekretär Milhaud der radikalen Partei ist offen für die Notverordnungen eingetreten.

Dazu bemerkt der Sekretär der KPF, Jacques Duclos, in der Humanité:

"In Schosse der radikalen Partei haben gewisse Parlamentarier ihre

Aufregung bekundet und Herr Albert Milhaud, der als Radikal-Konservativer betrachtet wird, ist sehr isoliert in der Verteidigung des Herrn Laval. Wir sind sicher, dass unsere Meinung von der ungeheuren Masse der Leute der Linken geteilt wird".

Das ist alles.

Das läuft hinaus auf eine Dämpfung des Kampfes gegen die radikale Partei in Sachen der Notverordnungen, -Dämpfung, weil sie nun einmal zur "Volksfront" gehören.

Wir halten das für einen schweren Fehler.

Gerade weil die Radikalen zur "Volksfront" gehören, muss man sie zentral, bezirklich und örtlich klipp und klar vor die Frage stellen, ob sie den Kampf gegen die Notverordnungen mitmachen wollen oder nicht. Lehnen sie das ab, so ist der denkbar beste Ansatzpunkt gegeben, um die kleinbürgerlichen Anhänger der radikalen Partei, die schwer getroffen sind durch die Notverordnungen, gegen ihre Partei zu mobilisieren und sie in breiten Einheitsfrontorganen direkt mit der Arbeiterklasse zum Kampf zu verbinden.

Eine Regierung, die Laval ersetzt, kann nur dann eine Regierung im Interesse der werktätigen Massen sein, wenn sie aus dem aufs höchste gesteigerten Kampf - den ausserparlamentarischen Massenkampf - gegen die Notverordnungen und den darauf gestützten Kapitalsangriff hervorgeht. Und bereits aus der jetzigen Haltung der radikalen Partei im Ganzen, und ihres linken Flügels im Besonderen, geht hervor, dass dies keine parlamentarische Linkskartellregierung sein kann.

Es genügt natürlich nicht, das einfach festzustellen. Man muss vor den Massen die Probe aufs Exempel machen, indem man die radikale Partei nötigt, zum Kampf gegen die Notverordnungen Stellung zu nehmen.

Die radikale Partei möchte den Kampf gegen die Notverordnungen möglichst verschleppt und im parlamentarischen Geleise gehalten wissen. Auf diese Weise würde er sich nämlich sicher totlaufen.

Nichts wäre aber gefährlicher für die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Faschismus. Selbst ein Mann wie der Neosozialist Déat ist sich vollkommen klar, dass, wenn der Kampf gegen die Notverordnungen erfolglos ausgehen würde, dies in erster Linie dem Faschismus zugute käme, der die unausbleibliche Enttäuschung der Kleinbürger und Arbeiter für sich auszunützen versuchen würde.

Der Kampf gegen die Notverordnungen hat mit kraftvollen Demonstrationen in Paris und im übrigen Frankreich begonnen. Diese Demonstrationen werden jetzt zentral über das ganze Land vereinheitlicht und es ist erfreulich, dass sich auch die christlichen Gewerkschaften in die Abwehrfront einzureihen beginnen. Der Kampf gegen die Notverordnungen aber darf nicht auf die direkt davon Betroffenen beschränkt bleiben. Die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie müssen sich in die Abwehrfront aktiv einreihen. Sie müssen den Versuch der Regierung, erst die eine Front aufzurollen und danach die andere, durch die volle Solidarität mit den von den Notverordnungen direkt betroffenen Schichten und die aktive Unterstützung ihres Kampfes vereiteln.

Die ganze bisherige Erfahrung des Kampfes gegen die früheren Notverordnungen aber zeigt, dass blosse Demonstrationen nicht zum Ziele führen. Sie sind notwendig zur Mobilisierung der Massen, aber man muss entschlossen sein und daran arbeiten, stärkere Mittel anzuwenden, wenn man die Notverordnungen zu Fall bringen will. Deshalb muss man die nächste Etappe, den Massenstreik ins Auge fassen und ihn propagandistisch und organisatorisch vorbereiten. Dazu ist gemeinsames Auftreten der Kommunisten und Sozialisten in den Gewerkschaften in dieser Richtung notwendig. Dazu ist es notwendig, die Sympathie und gegebenenfalls die Teilnahme auch der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen zu gewinnen. Dafür muss man in breiten Einheitsfrontorganen die Kampfmittel schaffen. Dafür muss man sich über gemeinsame Kampfmittel verständigen im Sinne des Aktionsprogramms der CGTU.

Wird dieser Kampf entfaltet und mit ihm die für seine Durchführung er-

forderlichen Kampforgane geschaffen, die sich über die ganze Breite der werktätigen Klassen erstrecken, dann wird klar werden, dass die Losung der Sovjets, der Räte, die einzige "praktische" und "reelle" Formel für eine Regierung ist, die Laval ablöst - im Interesse der Werktätigen!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um die Volksfront in Elsass-Lothringen:

Voraussetzungen und Grenzen.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

In Ergänzung der "Volksfrontpolitik" der KPF, hat die Regionalleitung für Elsass-Lothringen in Anwesenheit von Thorez den Versuch unternommen die Übertragung der innerfranzösischen Volksfront auf die spezifischen Bedingungen und Parteiverhältnisse Elsass-Lothringens vorzunehmen. Das Ergebnis war die These, dass die Zentralachse der gesamten Aktivität der KP in Elsass-Lothringen die nationale Frage zu sein hat. Von dieser Feststellung ausgehend, verwarf der Regionalsekretär Walch die in Colmar befolgte Wahltaktik und stellte die Taktik der KP in Strasbourg zum II. Wahlgang als die richtige Anwendung der neuen Thesen dar. In der Folge wurde dann zur Wiederherstellung der Volksfront, wie sie nach dem Komplottprozess in Colmar 1929 zustande kam, aufgerufen und die Bereitschaft ausgesprochen gemeinsam mit UPR, Fortschrittspartei, Hueberpartei und Landespartei unter Einschluss der sogenannten ehrlichen Sozialisten die antifaschistische und heimatrechtliche Volksfront herzustellen.

Bald darauf erschien eine Artikelserie Jakob Lienharts in der "Humanité" "Hände weg von den Heimatrechten", in der ein neuer Versuch unternommen wurde den Begriff der "Volksfront" und der "Heimatrechtlichen Front", wie sie die KP versteht in revidierter Fassung zu interpretieren. Wesentlich am Artikel von J.L. war, dass die Landespartei nicht mehr als bündnisfähig bezeichnet wurde, von der UPR der Flügel um Michel Walter als koalitionsunfähig ausgeschieden wurde und zur Beruhigung der Sozialisten die Heimatrechte mehr oder minder mit den sogenannten allgemeinen demokratischen Volksrechten identifiziert wurden.

Wir haben unsere Stellung zu der neuen Linie wiederholt präzisiert und können im wesentlichen zur der neusten Volksfrontpolitik der KP für Elsass-Lothringen nur das sagen, was wir zur innerfranzösischen Volksfrontpolitik an dieser Stelle gesagt haben.

Da die Regionalleitung inzwischen den Versuch macht in Colmar und Mülhausen die Parteiorganisation auf die für Elsass-Lothringen präzisierte Volksfrontpolitik festzulegen und dagegen eine sogenannte "sektiererische Opposition" (siehe Bericht der "Humanité" v. 25. Juli über die Rayonkonferenz Mülhausen) auftritt, auf der anderen Seite aber im Interesse der Herstellung eines Bündnisses mit Hueberpartei und Fortschrittspartei in Strasbourg Konzessionen an die Landespartei gemacht werden, wodurch die Anstrengungen zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront mit der SFIO in ihrer Wirkung auf die sozialistischen Arbeiter abgeschwächt werden, ist es notwendig nochmals kurz unsere Auffassung zur Frage der antifaschistischen Volksfront für Elsass-Lothringen zu präzisieren.

Dies ist umso mehr notwendig als die sogenannten Volksfrontparteien in Strasbourg (Hueberpartei, Fortschrittspartei und Landespartei) neuerdings bestrebt sind, den kleinbürgerlichen Autonomismus der verschiedensten Prägung als antifaschistisch auszugeben. So versuchte Mourer auf der Konferenz, die von der KP zur Organisation einer einheitlichen Kundgebung am 14. Juli arrangiert wurde, die autonomistische Bewegung mit Einschluss der UPR unter Ausschaltung des Flügels um M. Walter als antifaschistisch hinzustellen. Sein Hauptargument war der Hinweis, dass die autonomistische Bewegung vom französischen Faschismus nur die Gleichschätzung zu erwarten habe und daher wohl oder übel antifaschistisch sein müsse. Da die KP-Führung zu dieser Erklärung schwieg und sie damit stillschweigend sanktionierte, ist völlige Klarstellung nötig.

Ein weiterer Umstand, der eine Klarstellung der Volksfrontpolitik für Elsass-Lothringen notwendig macht, ist die Tatsache, dass Imbs in Paris ausdrücklich betonte, dass die Volksfront in der drei Ostdepartements

wegen dem Festhalten der KP am Plebiszit für Elsass-Lothringen scheiterte.

Dadurch ist die Frage nach Form und Inhalt der antifaschistischen Einheitsfront in Elsass-Lothringen erneut aufgeworfen. Es steht die Frage, kann trotz des Gegensatzes zwischen KPF und SFIO in der elsass-lothringischen Frage die proletarische Einheitsfront hergestellt werden und wie kann die Arbeiterklasse, in der Aktionseinheit vereint, das Bündnis mit den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten verwirklichen.

Wir behalten uns vor zu den einzelnen Fragen in ausführlicher Form Stellung zu nehmen. Heute seien nur die entscheidenden Gesichtspunkte von unserem Standpunkt skizziert. Unserer Ansicht nach muss die Volksfrontpolitik für Elsass-Lothringen von folgenden Gesichtspunkten ausgehen und inspiriert werden:

1.) Die antifaschistische Einheitsfront in Elsass-Lothringen muss nicht nur gegen den französischen Faschismus, sondern auch gegen den deutschen Faschismus, wie gegen einen spezifisch elsässischen Klerikofaschismus kämpfen. Dies vor allem deshalb, weil in Elsass-Lothringen die nationale Frage akut ist und weil wir hier auch mit Strömungen und Bewegungen zu kämpfen haben, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den französischen Imperialismus die Geschäfte Hitlers betreiben. Dazu kommt die Tatsache, dass der Klerikalismus in der Form der UPR in Anlehnung an das österreichische und spanische Beispiel Elsass-Lothringen in dieser oder jener Form (regionalistisch oder autonomistisch) für den Gedanken eines christlichen Ständestaates einsetzen will.

Das Bestreben die "breiteste antifaschistische Einheitsfront" herbeizuführen, darf nicht zur Negation dieser Tatsachen und zur Dämpfung des Kampfes gegen die Parteien führen, die Träger der erwähnten Auffassungen sind.

2.) Die antifaschistische Front in Elsass-Lothringen muss sich als Teil der gesamtfranzösischen Einheitsfront betrachten, sie muss organisatorisch und politisch mit ihr und ihren Aktionen verbunden sein. Dies zu betonen ist deshalb notwendig, weil der von der KP für bündnisfähig erklärte Teil der UPR aus seiner Kampfstellung gegen die innerfranzösische Einheitsfront keinen Hehl macht.

3.) Die antifaschistische Einheitsfront in Elsass-Lothringen muss auf dem Boden der Ziele und Kampfmethoden der Arbeiterklasse organisiert werden, d.h. sie muss den Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen die kapitalistische Krise und die Kapitaloffensive, für deren Überwindung im revolutionären Sinne verbinden. Sie muss den Kampf ausrichten auf den Kampf für den revolutionären Sturz der Kapitalherrschaft und für eine von uns hier wiederholt präzisierete revolutionäre Volksfrontregierung. Sie muss also nicht nur wissen, was sie nicht will, sie muss auch zu einem einheitlichen positiven Programm in Verbindung mit der innerfranzösischen Volksfront kommen. Sie muss sich für den einheitlichen ausserparlamentarischen Kampf organisieren und zu diesem Zweck die breiten Massen des werktätigen Volkes in breiten Einheitsfrontorganen zusammenschliessen.

4.) Es muss völlig klargestellt werden, dass die Volksfront in Elsass-Lothringen gegen jeden Versuch kämpfen wird, unter der Maske der Heimatrechte eine antifranzösische und prodeutsche Bewegung aufzuziehen, auch dann, wenn sie sich eine antifaschistische Etikette zulegen, soweit der französische Faschismus in Frage kommt, aber aus ihrer Sympathie zu Hitlerdeutschland keinen Hehl machen.

5.) Die KP muss zur Schaffung der grundlegenden Voraussetzung für die Schaffung der Volksfront - der Herstellung der proletarischen Einheitsfront jeder Missdeutung ihrer Haltung in der Frage des Plebiszits für Elsass-Lothringen vorbeugen. Sie muss eindeutig erklären, dass für sie die Lösung der elsass-lothringischen Frage nur im Bunde mit der französischen Arbeiterklasse und nur auf dem Wege des Sturzes der Bourgeoisie möglich ist. Der Sturz der französischen Bourgeoisie schafft die Voraussetzungen für die Lösung der nationalen Frage im Rahmen der französischen Räterepublik, auf dem Wege der Bildung einer autonomen Räterepublik Elsass-

Lothringen im Rahmen der französischen Räterepublik. Erst der Sturz der Hitlอร์ดiktatur in Deutschland und deren Ersetzung durch die deutsche Räterepublik kann vom Standpunkt der Kommunisten die Frage des Plebizits über die staatliche Zugehörigkeit des deutschsprechenden Teils von Elsass-Lothringens aktuell machen. Solange die erwähnten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, werden die Kommunisten gegen jede Form der nationalen Unterdrückung in Elsass-Lothringen mit der innerfranzösischen Arbeiterklasse im Rahmen Frankreichs kämpfen.

Damit grenzen sich die Kommunisten von allen bürgerlich-autonomistischen Plebizitforderungen ab und schlagen damit auch der SFIO-Führung jenes Argument aus der Hand, mit dem die Imbs-Naegelen-Weill bisher ihre Politik der Sabotage der Aktionseinheit bei ihren Anhängern zu rechtfertigen suchten.

6. Die KP muss ihr Verhältnis zur U-R völlig klarstellen. Der von ihr konstruierte prinzipielle Gegensatz zwischen dem Walter - und dem Rossé-Flügel ist nur ein taktischer Gegensatz. Die Gleichstellung der UPR mit den innerfranzösischen Radikalen ist falsch, da letztere immerhin bürgerlich-demokratische Antifaschisten sind. Die Gleichstellung des Rossé-Flügels mit dem linken Flügel der innerfranzösischen Radikalen um Daladier ist eine künstliche Konstruktion. Beide Flügel der UPR streben dem christlichen Ständestaat zu und sind bereit jede innerfranzösische Bewegung zu unterstützen die eine österreichische Lösung im Gegensatz zur deutschen Lösung in Frankreich erstrebt, bei entsprechender Berücksichtigung einer regionalistischen Lösung des elsass-lothringischen Problems innerhalb dieser Lösung. Deshalb kann die UPR weder als Ganzes, noch kann der Rossé-Flügel als Ganzes in die Volksfront einbezogen werden. Das Problem der Mittelschichten und ihrer Einbeziehung in die antifaschistische Volksfront kann nur gegen die Führung der UPR und zwar beider Flügel, auf dem Wege der direkten Wendung an diese Schichten gelöst werden.

Der Versuch die christlichen Elemente, die mit Sowjetstern und Christenkreuz gemeinsam mit der antifaschistischen Front in Paris an der Mauer der Förderierten demonstrierten, mit der UPR gleichzustellen, ist lächerlich und entbehrt jeder Beweiskraft.

Die Kommunisten, die nicht wollen dass die Partei um zur breitesten antifaschistischen Volksfront zu gelangen, in den opportunistischen Sumpf gerät, müssen mit uns für die völlige Klarstellung der Voraussetzungen und Grenzen der Volksfrontpolitik kämpfen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

VOM ANTIFASCHISMUS DER ELZ.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wir haben bereits an anderer Stelle den neuesten "Antifaschismus" der Volksfrontparteien gewürdigt. Da Mourer in seiner Erklärung in der "Glocke" von den Volksfrontparteien und damit auch im Namen der Landespartei sprach, ist es notwendig kurz auf die Problematik des neuesten "Antifaschismus" der Elz zu verweisen.

Dass der Antifaschismus der Elzianer von der gleichen Gattung ist wie der Antifaschismus der österreichischen Nazis gegenüber dem Dollfuss-system, ist inzwischen von der "ELZ" indirekt bestätigt worden.

In einem Artikel v. 12. Juni "Antifaschismus im Elsass" heisst es:

"Man muss sich aber vor Schlagwörtern hüten, denn bei den Rechtsparteien handelt es sich weniger um eine faschistische Bewegung, wie man sie in Italien und Deutschland erlebt hat, als um ein Auftreten der alten Reaktion im neuen Gewande. In den beiden vorgenannten Ländern haben die nationalen Bewegungen die alten Parteien, auch die bürgerlichen entfernt - man denke an das Schicksal der Deutschnationalen unter Hugenberg - während in Frankreich bis heute die reaktionären-bürgerlichen Parteien das Heft in den Händen haben und die Bünde oder Ligen, wie die Feuerkreuzler vor ihren Wagen spannen."

Man beachte genau diese Formulierungen. Danach ist der sogenannte reine Faschismus nicht ein Auftreten der alten bürgerlichen Reaktion im neuen Gewande und keine bürgerliche Konterrevolution. Also doch wohl etwas ganz anderes und revolutionäres. Mit diesem "reinen" Faschismus Hitlerischer Prägung fühlt sich die "Elz" bekanntlich bestens verbunden, ist sie doch

die elsässische Ablagestelle des Deutschen Nachrichten Büros. Den Faschismus in Frankreich aber lehnt die "ELZ" ab, da er sich von den bürgerlichen Rechtsparteien ins Schlepptau nehmen lässt und von ihm deshalb nichts für die Heimatrechte zu erwarten ist. Da der vermeintliche Gegensatz zwischen dem französischen und dem deutschen Faschismus nur ein eingebildeter oder zweitwelliger ist, denn der deutsche Faschismus ist lange Zeit vor seiner Machteroberung in der gleichen Rolle gegenüber den bürgerlichen Rechtsparteien gewesen, wie heute der französische Faschismus, kann die "ELZ" immer noch ihren neuerdings entdeckten Antifaschismus zur gegebenen Zeit einer entsprechenden Revision unterziehen ohne mit sich selbst in Widerspruch zu kommen. Das nennt man Taktik!

Auf welch brüchigen Boden der "Antifaschismus" der "ELZ" begründet ist, zeigt eine Buchbesprechung in der gleichen Nummer der "ELZ", in der sie zum neusten Geistesprodukt Tardieus, des Mannes der handelnden Minderheiten Stellung nimmt. Das Buch Tardieus ist die Absage an das bürgerlich-demokratische Regimes vom Standpunkt eines Grossbourgeois, der sich aus den materiellen Bedürfnissen seiner Klasse zum Faschismus durchgemausert hat. Was sagt die "ELZ" zu den Erkenntnissen dieses für Frankreich typischen Vertreters des Grosskapitals? Man höre:

"Seine Analyse des Regimes scheint uns in vielen Punkten richtig, richtiger noch die ausgezeichnete Darlegung der Ursachen der derzeitigen Weltwirtschaftskrise auf dem Kongress der Gesellschaft für Sozialökonomie, aber sie entbehrt der letzten Überzeugungskraft, weil Tardieu sich vom politischen Schlachtfeld, wo die Entscheidungen fallen, auch wenn es liegen sein sollten, in die Studierstube zurückzieht."

Das soll eine antifaschistische Kritik sein? Nein! Das ist eine Stellungnahme, die nur als faschistisch bezeichnet werden kann.

Wir unsererseits danken daher bestens für den unter der biedereren Maske eines Heimatrechtlers auftretenden "antifaschistischen" Bundesgenossen von der ELZ! Die Stellungnahme der "ELZ" zum französischen Faschismus wird letzten Endes davon abhängen, in welchem Verhältnis er zum deutschen Faschismus steht.

Die "ELZ", die es bei uns dämmern sieht, möge daher zur Kenntnis nehmen, dass der Antifaschismus bedingungslos, ohne Vorbehalte, Einschränkungen und Ausnahmen sein muss, wenn er von der revolutionären Arbeiterklasse ernst genommen werden soll.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Frey, die Notverordnungen und die SFIO.
 =.

Herr Maire Frey gehört bekanntlich zu den Stützen der Regierung Lava und zu den Befürwortern der Dekret-Vollmachten. Daneben hat der Député-Maire Frey sich für die Renovation des Parlamentarismus unter Anwendung illegaler Methoden (also einen Staatsstreich a la 6 Februar) ausgesprochen.

Jetzt soll die SFIO-Fraktion im Gemeinderat beabsichtigen, eine Protestresolution gegen die Notverordnungen einzubringen. Wir sind damit völlig einverstanden -als Anfang -, empfehlen aber den Protest auch gegen den Notverordnungsminister an der Spitze der Stadtverwaltung zu richten und ihm das weitere Vertrauen der SFIO-Fraktion zu entziehen. Nur so vermag unserer Ansicht nach der sozialistische Protest mehr zu sein, als blosse Spiegelfechtere.

Darüber hinaus aber müssen die Militanten der SFIO für die Herstellung der Aktionseinheit eintreten, da sie die elementarste Voraussetzung für den Kampf um eine Arbeitermehrheit und für die Sicherstellung einer Arbeiterpolitik im Gemeinderat unter Ausschaltung aller Notverordnungsminister und Handlanger des Faschismus aus der Gemeindeverwaltung ist.

Die KP muss durch völlige Klarstellung ihrer Stellung zum Plebiszit für Elsass-Lothringen und der Frage des Bundesgenossen im antifaschistischen Kampf jener durchsichtigen Agitation an der Spitze der SFIO den Boden entziehen, die zur Deckung ihrer Zusammenarbeit mit den Notverordnungsministern in der Gemeindeverwaltung der KP unterstellen, dass sie für

die Lostrennung Elsass-Lothringens von Frankreich und damit für die Begünstigung der hitlerischen Propaganda nach einem Grossdeutschland mit Anschluss Elsass-Lothringens eintritt.

Die Militanten der Kueberpartei aber müssen durch den entschiedenen Durch mit den Elsiern, durch eine entschlossene und kühne Politik der proletarischen Einheitsfront von sich aus alle Voraussetzungen für die Annäherung an die sozialistischen Arbeiter schaffen und so jenen Kräften in der SFIO den Kampf erleichtern, die den Bruch mit der Bündnispolitik mit der bürgerlichen Parteien und die Aktionseinheit der Arbeiter erstreben.

Unsere Kameraden dürfen nicht erlahmen auch auf diesem Gebiete die Wegbereiter und Pioniere der Aktionseinheit der Strassburger Arbeiterschaft zu sein.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wo bleiben die Arbeitersportorganisationen.
=. .=. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =.

Nach dem faschistisch-royalistischen Überfall am Thälmanntage schien es als würde von der gesamten antifaschistischen Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Organisierung der physischen Abwehr gegen den faschistischen Terror in der Form überparteilicher Abwehrformationen begriffen.

Wir setzten dabei unsere Hoffnungen insbesondere auf die Arbeitersportbewegung, deren Wiedervereinigung im Zeichen der Aktionseinheit gegen den Faschismus stand und appellierten an sie, ihren wiederholten Bekenntnissen zum antifaschistischen Kampf jetzt auch praktische Taten folgen zu lassen.

Auf was wartet man noch?

Wer kann gegen die Organisierung einer überparteilichen Abwehr sein, die den Schutz und der Verteidigung aller Einrichtungen und Veranstaltungen der Arbeiterbewegung dient?

Wenn die Initiative von oben ausbleibt muss sie von unten kommen?

Arbeitersportler stellt die Frage in Buren Vereinen!

Zeigt, dass Euer Bekenntnis zum antifaschistischen Kampf keine nichts-sägende Demonstration ist!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Warum musste man nach dem Union?
=. .=. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =.

Die Kundgebung der Beamten und Staatsbediensteten usw. am verflossenen Montar auf dem Brogliplatz war eindrucksvoll. Sie zeigte, dass die Opfer der De...ationpolitik eines Laval, auch vor dem Polizeiknüppel keine Furcht haben. Allgemeines Unverständnis und zum Teil Erbitterung aber rief die Tatsache hervor, dass die verantwortlichen Organisatoren die Demonstranten aufforderten ins Union-Theater abzurücken. Der überwiegende Teil der Demonstranten schüttelte den Kopf und blieb. Ein anderer Teil bekam die Lösung überhaupt nicht zur Gehör, da er von der Polizei nach dem Platz de la Republique abgedrängt war.

Nachträglich erfuhr man dann, dass die verantwortlichen Organisatoren mit dem Préfekten verhandelt hatten und ihm die Zusicherung gegeben haben, dass sie die Manifestanten nach dem Union-Theater leiten würden.

Die Folge war ein Ineinander, die Schwächung der Wirkung der Manifestation. Da nur ein Bruchteil der Masse der Demonstranten und zwar ein winziger, nach dem Union ging, konnten die bürgerlichen Zeitungen behaupten dass sich nur 500 Protestler im Union-Theater eingefunden hatten.

Das sollte eine Warnung für die Zukunft sein!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Député Rossé geschlagen.
=. .=. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =. =.

Der "Elsässer Kurier" berichtet empört, dass der Député Rossé bei der Protestkundgebung gegen die Notverordnungen in Colmar tödlich angegriffen worden sei. Im gleichen Atemzug meldet sie jedoch, dass die besonnenen E-

Elemente Weiterungen des Zwischenfalls vermieden und Rossé seine Rede halten konnte.

Wir verurteilen die übereifrige und handgreifliche Handlungsweise einiger erregter Beamter nachdrücklichst, ohne uns auch nur einen Augenblick mit der jetzt von Rossé erneut an den Tag gelegten Demagogie zu solidarisieren. Wir begrüßen die Einbeziehung der UGB in die gewerkschaftliche Aktionseinheit, ohne daraus den Schluss zu ziehen, dass daraus eine Dämpfung unserer Kritik an Rossé und der UPR folgen muss. Die Haltung des "Elsässer Kurier" und des "Elsässers" zu diesem Zwischenfall zeigen zur Genüge, dass die Herren mit ganzer Kraft bestrebt sind, aus diesem bedauerlichen Zwischenfall Kapital zu schlagen und die christlichen Arbeiter aus der Front gegen die Notverordnungen heraus zu manövrieren. Diese beabsichtigten Folgerungen, die sich sowohl gegen die nichtchristlich organisierten, als die christlich organisierten Opfer der Notverordnungen richten, lassen berechnete Zweifel in die aufrichtige Gegnerschaft Rossés gegen die Notverordnungen aufkommen.

Bestärkt werden wir in dieser Auffassung, durch verschiedentliche Äußerungen des "Elsässer Kuriers" gegen die antifaschistische Kampffront. So heisst es in einem Artikel vom 19. Juni dieses Jahres zum Kampfe gegen Faschismus und für die Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Ligen:

"So greifen sie (die antifaschistische Volksfront) jenen farnosen Bericht über die Auflösung der politischen Verbände, die sie als "faschistisch" bezeichnen, ein Begriff, der erfahrungsgemäss ziemlich elastisch ist, auf und verlangen dessen sofortige Diskussion. Es ist klar, dass die Diskussion eines solchen Berichtes die politischen Leidenschaften wieder entfesseln, den Bürgerfrieden zerstören und die Regierungsformation torpedieren würde. Grund ihrer Empörung sollen die zahlreichen Kundgebungen der "Croix de Feu" in Alger sein. Haben diese Leute eine Angst vor der "faschistischen Gefahr" und dabei erklärt Colonel de la Roque tagtäglich, dass er sich resolut und loyal zum demokratischen Regime bekennt, allerdings nicht zu jenen Methoden, die einen Stavisky-Skandal ermöglichten."

Rossé nimmt also hier offen für die "Croix de Feu" Partei. Er beschuldigt die Antifaschisten den "Bürgerfrieden" zu stören, also den Bürgerfrieden und die "union nationale". Er befürchtet von der Besprechung des Berichts der 6. Februar-Kommission eine "Torpedierung der Regierungsformation", also einen Sturz der Regierung der Notverordnungen.

Wir fragen da: Ist eine solche Tatsache, wie diese Stellungnahme des "Elsässer Kurier" nicht geeignet darauf hinzuweisen, dass Herr Rossé in seltener Demagogie macht und sein jetziger Kampf gegen die Notverordnungen schwerlich ernst genommen werden kann?

Gestattet die Stellungnahme des "Elsässer Kurier" nicht anzunehmen, dass Herr Rossé die christlichen Arbeiter nur widerwillig in die gewerkschaftliche Abwehrfront gegen die Notverordnungen eintreten sah, da ihm ein billiges parlamentarisches Theater gegen die Notverordnungen lieber ist, als der wirkliche ausserparlamentarische Kampf dagegen?

Wenn Herr Rossé aus dem von allen Seiten bedauerten Zwischenfall die angedeuteten Folgerungen zieht, dann wissen wir, dass sein Kampf gegen die Notverordnungen nichts als Schaumschlägerei und nur ein taktischer Schachzug zur Ireführung der christlichen Arbeiter war.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus Hitlerdeutschland:

Kamerad Link-Göppingen erschlagen.

"L'Humanité" v. 19. 7. bringt folgende eigne Meldung aus Stuttgart:
"Der frühere Landtagsabgeordnete Link ist den Folterungen, denen er im Konzentrationslager (Zur Kenntnis des Herrn Schall!) Kuhberg unterworfen war, nach qualvollen Leiden erlegen!"
Die internationale Leitung der IHV teilt uns dazu mit: Gen. Link war seit 1928 Mitglied der KPD-Opposition, für die er trotz seines Alters unermüdet in seinem Heimatsort Göppingen tätig war. Wenn der Hitlerfaschismus diesen uneigennütigen Kämpfer und Proletarier traf, wusste er warum. Die deutschen Arbeiter werden auch diese Rechnung begleichen.

-Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel-exemplar: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 49/II. Jahrgang.

Erste Augustwoche 1935.

ZUM KAMPFPROGRAMM GEGEN DIE NOTVERORDNUNGEN. oo

Wir haben an dieser Stelle wiederholt und ausführlich mit den Methoden des Kampfes gegen die Notverordnungen Lavals beschäftigt, die Mängel kritisiert und Vorschläge gemacht, um den Kampf zum Erfolg zu führen.

Wir wollen uns jetzt mit dem Programm beschäftigen, das diesem Kampf gegeben werden sollte.

Zunächst ist für alle, die diesen Kampf ernstlich führen wollen, klar, dass sein unmittelbares Ziel sein muss, die Notverordnungen Lavals rückgängig zu machen. Das ist die erste Etappe, die erreicht werden muss.

Aber ebenso ist sich jeder Kämpfer gegen die Notverordnungen klar, dass man dabei nicht stehen bleiben kann. Denn wenn die Notverordnungen zu Fall gebracht sind, ist nur eine weitere Verschlechterung der Lage der Werktätigen abgewahrt, aber es ist noch nichts getan, um die Lage zu verbessern, um die Wirtschaftskrise und das durch sie verursachte Elend aufzuheben. Die Notverordnungen Lavals dienen dem Zwecke, aus der Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden Krise der Staatsfinanzen und Bedrohung des Franken zum Besten der Kapitalistenklasse und auf Kosten der werktätigen Klassen herauszukommen. Dies versucht Laval zu erreichen durch weitere Senkung der Gehälter und Löhne der öffentlichen Beamten & Arbeiter, sowie der sozialpolitischen und kulturellen Leistungen des Staates, sowie durch die Senkung der kapitalistischen Selbstkosten von der Seite der Lebensmittelkosten her. Dadurch soll die französische Industrie instand gesetzt werden, die Preise auf dem Weltmarkt zu senken und dem Ausland gegenüber wieder konkurrenzfähig zu werden. Gleichzeitig soll dadurch das Gleichgewicht im Staatshaushalt wieder hergestellt werden und das wiederhergestellte Gleichgewicht im Staatshaushalt soll den Franken sichern.

Wir wollen hier nicht im einzelnen untersuchen, ob die Lavalschen Notverordnungen imstande sind, diese Zwecke zu erreichen. Selbst eine Anzahl bürgerlicher Ökonomen bestreitet das. Aber das ist nicht das Entscheidende. Selbst wenn die Lavalschen Notverordnungen geeignet wären, die Ziele zu erreichen, die mit ihnen erreicht werden sollen, so wäre den werktätigen Klassen damit nicht geholfen. Die kapitalistischen Profiteure würden weitweilig vermehrt auf Kosten der Herabdrückung der Lebenshaltung der werktätigen Klassen. Für die werktätigen Klassen ist das keine annehmbare Lösung. Es ist die Verlängerung ihres Elends, um den kapitalistischen Ausbeutern eine Atempause zu verschaffen.

Daher müssen die werktätigen Klassen dem kapitalistischen Versuch, einen Ausweg aus der Krise auf Kosten der werktätigen Klassen zu bahnen, ihre Anstrengungen gegenüberstellen, den Ausweg aus der Krise auf Kosten der Ausbeuterklassen und zu Gunsten der werktätigen Klassen zu gehen. Nur das ist auch ein wirklicher Ausweg.

Von Seiten der Parteien, Organisationen und Gruppen, die gegen die Notverordnungen Lavals kämpfen, liegen eine Reihe von Vorschlägen und "Plänen" in dieser Richtung vor. Man einheitlicher Plan oder Aktionsprogramm liegt noch nicht vor, aber es muss so schnell wie möglich geschaffen werden.

Aussenpolitische Rundschau:VOR DER TAGUNG DES VÖLKERBUNDSRATS.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Am Vorabend der Tagung des Völkerbundsrats konzentriert sich das allgemeine Interesse auf die Behandlung des italienisch-abessinischen Konflikts in Genf. Nur nach langwierigen diplomatischen Verhandlungen hat Italien eingewilligt, zu der Genfer Tagung zu erscheinen, und zudem noch die Bedingung gestellt, dass in Genf nicht das Gesamtproblem der italienisch-abessinischen Beziehungen, sondern nur der Grenzzwischenfall von Wal-Wal und die Wiederaufnahme von Schiedsgerichtsverhandlungen zu seiner Beilegung behandelt werde. Für den Fall, dass diese Bedingung nicht erfüllt werde, d. h. dass in Genf die Kriegspläne des italienischen Imperialismus erörtert würden, droht Mussolini mit dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund.

Die französische Regierung, die die italienische Unterstützung in den europäischen Fragen nicht verlieren will, hilft Italien in dem Bestreben, eine ausführliche Diskussion über die abessinische Frage vor dem Völkerbund zu verhindern. Die Taktik Davals geht dahin, Zeit zu gewinnen, die Behandlung des italienisch-abessinischen Konflikts durch den Völkerbund um einen Monat durch die Einsetzung einer neuen Schiedsgerichtskommission zu vertagen und inzwischen durch diplomatische Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien zu einem Kompromiss zu gelangen. Mussolini wäre mit einer solchen Vertagung sehr einverstanden, da sie ihm eine neue Zeitspanne brächte, die ihm erlaubte seine Kriegsvorbereitungen in Äthiopien zu verstärken.

Aber gerade diese Pläne sucht der englische Imperialismus zu durchkreuzen. Der englische Imperialismus betrachtet mit grosser Besorgnis die Zuspitzung der italienisch-abessinischen Beziehungen. Seine Unruhe rührt nicht nur daher, dass der Vorstoss Italiens in Abessinien wichtige britische Interessen im Süden, in Ägypten, im Gebiet des Roten Meeres bedroht, sondern auch daher, dass er Rückwirkungen eines Krieges zwischen Italien und Abessinien auf die unterdrückten Kolonialvölker des britischen Imperiums befürchtet, dass der Unabhängigkeitskampf der Abessinier die revolutionäre Bewegung in seinen Kolonien neu entfachen wird. Bereits haben die Sympathieumgebungen der farbigen Völker in der ganzen Welt für das abessinische Volk stattgefunden. Deshalb scheint die englische Regierung nur bereit zu sein, einer Vertagung der Behandlung der gesamten abessinischen Angelegenheit zuzustimmen, wenn Mussolini sich verpflichtet, die Kriegsvorbereitungen in der Zwischenzeit einzustellen.

UM DEN DONAUPAKT.
oooooooooooooooooooooooooooo

In den letzten Tagen gingen Meldungen über neue Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien über den Donaupakt durch die Presse. Der französische Imperialismus ist bestrebt, den Donaupakt unter Dach und Fach zu bringen, ehe Italien sich in das abessinische Kriegsabenteuer stürzt.

Das neue Projekt des Donaupakts sieht eine Verpflichtung der beteiligten Mächte zur Achtung der Unabhängigkeit Österreichs und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs vor. Im Falle eines Angriffs auf Österreich soll eine Konsultation der Unterzeichner des Paktes stattfinden und der ~~angreifenden~~ angreifenden Macht keine Hilfe gewährt werden. Das neue Paktprojekt enthält keine zweiseitigen militärischen Bündnisverträge zum Schutze der Unabhängigkeit Österreichs, wie sie von Frankreich ursprünglich angestrebt wurden. Frankreich sah sich wohl angesichts der Spannung zwischen Italien und Jugoslawien gezwungen, auf militärische Bündnisverträge im Rahmen des Donaupakts zu verzichten. Obwohl Frankreich als Gegenleistung von Italien für seine Unterstützung in der abessinischen Frage eine Aussöhnung Italiens mit Jugoslawien gefordert hat, haben sich die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien in der letzten Zeit nicht gebessert. Im Gegenteil ist infolge der Auflösung der Frage der Erbsburgerrestauration in Österreich, die von Mussolini begünstigt, von Jugoslawien jedoch energisch abgelehnt wird, eine neue Verschlechterung eingetreten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

VERSCHÄRFUNG DES TERRORS IN DEUTSCHLAND!
 ooo

In Deutschland nimmt die Verfolgung der Juden, Katholiken, des Stahlhelms und der illegalen Arbeiterbewegung immer schärfere Formen an. Die Nazis sind jetzt sogar dazu übergegangen, Todesstrafe wegen "Hochverrat" zu verhängen. Am 25. Juli wurde in einem Hochverratsprozess gegen 5 Kommunisten vor dem Volksgerichtshof in Berlin der Hauptangeklagte Claus zum Tode verurteilt. Die Anklage warf ihm vor, nach der Machtübernahme durch die Nazis sich innerhalb der Reichsleitung der "Roten Hilfe" führend betätigt zu haben. Dafür wurde Claus zum Tode verurteilt. Das ist das erste Todesurteil wegen "Hochverrats". Der Staatsanwalt kündigte in seiner Rede an, dass die Zeiten der "Milde" vorüber seien. Es ist damit zu rechnen, dass die Nazis von jetzt an Todesurteile en masse wegen "Hochverrats" verhängen werden. Wenn man bedenkt, dass zur Anklage wegen "Hochverrats" schon der Besitz eines antifaschistischen Flugblatts oder eine nagifeindliche Äusserung genügt, so kann man ermessen, welchen legalen Massenmord der deutsche Faschismus plant. Nur eine mächtige internationale Protestbewegung ist imstande, den braunen Henkern in den Arm zu fallen. Das Wutgeschrei der Nazis über die hitlerfeindlichen Kundgebungen in New-York beweist, wie empfindlich die Hitlerregierung gegenüber einer Massenprotestbewegung des Auslands ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Proteste gegen die Notverordnungen:

SERVICE PUBLIC DER CGTU.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Die Versammlung am Freitag, den 26. Juli in der "Glocke" wies keinen besonders guten Besuch auf. Kaum 200 Personen waren anwesend, als Kmd. Scyller die Versammlung eröffnete.

Kmd. Mohn rügte die Saumseligkeit eines grossen Teils der Mitglieder und kritisierte ebenfalls das einheitsfeindliche Verhalten der SFIO und der CGT, die am Tage vorher im gleichen Saale eine eigne Versammlung durchgeführt haben und so eine einheitliche Veranstaltung verhinderten. Dieses Verhalten stellte die prächtige Haltung der CGT und CGTU im Interieur gegenüber. Mohn unterzog dann die Politik Lavals einer scharfen und grundsätzlichen Kritik und forderte die vollständige Annullierung dieser Abbaunotverordnungen.

In der anschliessenden Diskussion unterstrich Kmd. U. im Namen der Strassenbahner die schlechte Lage derselben und zeigte an einzelnen Beispielen, dass die eintretenden Abzüge sich bei ihnen auf 265 Frs. im Monat belaufen.

Unser Kmd. M. vom Port Autonome zeigte an Hand der Regierungsverordnungen die deutliche Absicht, die Arbeiter der Privatindustrie durch angebliche Erleichterungen in einen Gegensatz zu den Staats- und Gemeindegewerkschaften zu bringen, um so die einheitliche Abwehrfront und ihr Zustandekommen zu erschweren. Kmd. M. forderte die Einbeziehung aller Gewerkschaften in die Abwehrfront, auch der christlichen Arbeiter und die Bildung von örtlichen und zentralen Aktionsausschüssen um gemeinsam mit den kleinen Geschäftsleuten den Kampf zu führen.

Er forderte weiter, dass die Volksfrontparteien - insbesondere die Radikalen - gezwungen werden müssen, endlich Farbe zu bekennen, wo sie im Kampfe gegen die Notverordnungen stehen, da der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist.

Kmd. Bergthold fragte an, wo die Arbeitervertreter Mourer und Weill bei dem Meeting auf dem Broglie waren.

Nachdem Kmd. Pf. vom Einheitskomitee der Gasarbeiter die unerhört hohen Gewinne der grössten Betriebe aufgezeigt hatte, von denen man das notwendige Geld holen könne, überbrachte Kmd. Fassnacht im Namen der Union Locale die volle Sympathie der Privatarbeiter, was sehr begrüsst wurde.

Nach der Annahme von zwei Protestentschlussungen nahm die Versammlung um 10 Uhr ihr Ende.

 Kamerad! Wenn Du die Zeitung gelesen, wirf sie nicht weg, gib sie weiter.

Solidarität der Strasbourger Holzarbeiter mit den Opfern
der Notverordnungen.

In ihrer letzten Mitgliederversammlung haben die Strasbourger Holzarbeiter auf Verlangen unserer Kameraden u.a. auch Stellung genommen zu den jüngsten "Sparmassnahmen" der Laval-Regierung. Nach einleitenden Ausführungen des Sekretärs Kam. Bergthold, der die allgemeinen Auswirkungen der Dekret-Lois vom proletarischen Standpunkt behandelte, setzte eine rege Diskussion ein.

Wir müssen offen gestehen, dass die Diskussion unbefriedigt war, da ein Teil der Kameraden die Stellungnahme zu den Notverordnungen vom Standpunkt des von der Bourgeoisie bewusst gezüchteten Gegensatzes zwischen Privatarbeiter und Beamten vornahm. Unser Kamerad R. warnte eindringlich vor der falschen und nur im Interesse des Kapitals gegenehen Schadenfreude, die aus den Ausführungen einzelner Kameraden herausklang.

Die in der Diskussion aufgetretene Tendenz ist für uns Gewerkschaftler erneut ein Beweis dafür, dass wir die Tagesfragen nicht unpolitisch behandeln können; ebensowenig wie wir unsere Hoffnungen auf eine parlamentarische Lösung der Krise setzen dürfen.

Unser Kam. R. forderte ein offenes und klares Bekenntnis der Solidarität mit den unmittelbar von den Notverordnungen betroffenen Schichten der werktätigen Bevölkerung. Die Beamten müssten sehen, dass die Arbeiter sich mit ihnen verbunden fühlen und daraus werde auch die Verbundenheit des Beamten mit dem Arbeiter und die gegenseitige Solidarität im Existenzkampf und im Kampfe gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat erwachsen. Die Notverordnungen - das zeigte Kam. R. ebenfalls auf - sind ja nur die allgemeine Einleitung eines neuen Lohnabbaus auch in der Privatindustrie. Kämpfen wir an der Seite der Beamten für die Rückgängigmachung der Notverordnungen, so kämpfen wir zugleich wirksam gegen einen weiteren Angriff auf unsere eignen Löhne.

Nachdem in einer ziemlich erschöpfenden Diskussion die unrichtigen Auffassungen gründlich wiederlegt waren, wurden am Schluss der Versammlung einstimmig eine von unserem Kameraden eingebrachte Resolution angenommen, in der die Holzarbeiter den Opfern der Notverordnungen ihre volle Solidarität und Unterstützung im Kampfe gegen die Dekrets-Lois versichern, von der Volksfront den einheitlichen und geschlossenen Kampf für die Rückgängigmachung des Lohn- u. Gehaltsabbaus fordern. Am Schluss der Resolution heisst es:

"Verlangen die unverzügliche Herstellung der Gewerkschaftseinheit und den Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel, um den mit den Notverordnungen ausgelösten Lohnraub und seiner Ausdehnung auf die Privatindustrie, wenn notwendig durch den Massenstreik abzuwehren.

Sie ruft alle Gegner der Notverordnungen auf, sich allerorts zusammenzuschliessen, um der Aktion jene Breite und Tiefe zu geben, die ihren Erfolg sicher stellt."

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zwischen Mülhausen und Strasbourg:

"Frey redet die Sprache eines Hitler!"

==

Der "Republikaner", das Organ der SFIO für das Oberelsass führt einen hartnäckigen Kampf gegen die Partei, deren Haupt im Unterelsass, der von der Strasbourger SFIO gewählte Strasbourger Maire Ch. Frey, und deren Repräsentant in Mülhausen der Député Wallach ist.

Der "Republikaner" wirft dem Organ der Mülhauser Fabrikantenpartei vor, dass es sich "zum Wortträger der in der "demokratischen" Partei verschanzten Faschisten" macht, aber nicht wagt, offen seinen faschistischen Gedanken Ausdruck zu verleihen.

Wörtlich heisst es dann:

"Ehrlicher ist dafür das unterelsässische Parteorgan der "Demokraten", die "Neue Zeitung". Sie hat zumindestens den Mut aufgebracht, den neuen Kurs der elsässischen Fabrikantenpartei bekanntzugeben, und zwar dadurch

dass sie die vom Strassburger Parteiführer der "Demokraten", Député Charles Frey, gemachten Erklärungen wiedergab. Herr Frey verlangte nichts weiter als die Diktatur."

Der "Republikaner" zitiert dann die folgende Sätze aus der Rede des Strassburger Maire Ch. Frey:

"Wir müssen den Mut haben, auf die sogenannte demokratische Freiheit eine Zeitlang zu verzichten, damit die Reformen durchgeführt werden können, die erlauben, die demokratischen Ideale, von denen Herr Scheer sprach, sich wieder auswirken zu lassen."

Der "Republikaner" erklärt dann zu diesen Auslassungen des von dem Naegelen-Imbs gewählten Strassburger Maire:

"Auf die demokratischen Freiheiten eine zeitlang verzichten? Das ist genau die Sprache eines Hitler! Das ist der Ruf nach der Diktatur! Das ist Faschismus in Reinkultur!"

Nach diesen Auslassungen des Bruderorgans der "Freien Presse" dürfen wir wohl mit Fug und Recht und in voller Übereinstimmung mit der SFIO vom Oberelsass sagen: Die SFIO-Führung in Strasbourg hat unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, unter Bruch des Aktionspakts und der zentralen Anweisungen der eignen Partei, einen Hitlerianer französischer Prägung zum Maire von Strasbourg gewählt.

Es wird gut sein, den sozialistischen Arbeitern immer wieder an Hand der Äusserungen des "Republikaners" zu zeigen, dass sie mit einer Politik, die unter dem Motto "Gegen die Hitlerianer" einen Mann an die Spitze der Stadtverwaltung gebracht hat, der "die Sprache Hitlers" spricht, endlich und gründlich brechen müssen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Gemeinderat:

Die Proporzfront im Wanken?

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Das widernatürliche Gebilde der Proporzfront hat anlässlich der letzten Debatten um die Notverordnungen im Gemeinderat sein erstes Damaskus erlebt. Bei der Abstimmung blieb Herr Frey mit seinen Demokraten, der Apna und dem Radikalen allein als Anhänger der Notverordnungen zurück.

Die Sozialisten benutzen den Auseinanderfall der Proporzfront als einen Beweis dafür hinzustellen, dass sie ungehindert des Wirkungen für ihre Koalition fest und entschlossen die Interessen der breiten Massen vertreten.

In Wahrheit zeigte die Debatte im Gemeinderat, dass das Haupt der Stadtverwaltung ein getreuer und gelähriger Schüler des Herrn Laval ist und keineswegs darauf verzichtet seinen Wegen auch in der Gemeindepolitik zu folgen.

Die Haltung der SFIO-Fraktion zu den Lavalschen Bekundungen des Herrn Maire in der Gemeindepolitik aber, lässt den Schluss zu, dass die Ausführungen von Imbs über die Notverordnungs politik leerer Schall und Rauch sind, sobald daraus bestimmte Konsequenzen für die Gemeindepolitik zu ziehen sind.

Herr Frey hat in den Debatten der letzten Gemeinderatssitzung offen zu erkennen gegeben, dass er sich mit der Lavalschen Abbaupolitik nicht zufrieden geben will. Er griff offen die städtischen Mindestlöhne an und bezeichnet deren Abbau als ein Mittel zur Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Auch Herr Abbe Schiess schlug in die gleiche Kerbe. Dieser Herr will unter dem Motto der "sozialen Gerechtigkeit" das Hungerniveau der am schlechtest bezahlten Privatarbeiter zum Gesamtniveau der Arbeiterschaft machen, damit um keinen Preis die Besitzenden die Kosten der Krise zu tragen brauchen.

Schiess und Frey aber sitzen neben den Sozialisten in der Stadtverwaltung und ihre Auslassungen haben daher besondere Bedeutung. Die SFIO-Fraktion hat gegenüber den Auslassungen der genannten Herren geschwiegen. Sie hat damit die Abbautendenzen begünstigt und zweifel darüber gelassen, ob sie gewillt es den Abbau als den Bruch der eingegangenen Ko-

alition mit den Demokraten usw. zu betonen.

Solange die Sozialisten ihre praktische Politik im Gemeinderat nicht in volle Übereinstimmung mit ihren Deklamationen gegen die Laval'sche Politik bringen, müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich in Strasbourg zum Steigbügelhalter der Sozialpolitiker und der Wegbereiter des Faschismus machen.

Auch wir fordern die öffentliche Arbeitsbeschaffung, aber ohne Antastung der städtischen Mindestlöhne, ohne Senkung der Löhne und Gehälter der Gemeindefunktionäre, der Angestellten und unteren Beamten. Das Geld dafür muss von den Reichen geholt werden! In diesem Punkte aber bricht der Klassengegensatz hervor. Die Fabrikantenpartei will die Kosten eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms den arbeitenden Schichten aufbürden. Will die SFIO hier mitmachen? Ja oder Nein!

Wir sind in Übereinstimmung mit den sozialistischen Arbeiter der Meinung die SFIO darf nicht den Spuren der Fabrikantenpartei folgen, sondern muss der Laval-Politik des Herrn Frey in der Gemeinde den Kampf ansagen. Dazu ist nötig die Auflösung der Proporzkoalition, die Wiederherstellung der Aktionseinheit, die Einbeziehung der Hueberpartei in diese Front und der gemeinsame Kampf für eine Arbeitermehrheit im Gemeinderat auf der Grundlage eines proletarischen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Im Hinblick auf die Ankündigungen des Herrn Frey sollte die KPF auf der Grundlage eines solchen Programms SFIO und Hueberpartei vor die Frage stellen.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

Mourer'sche Rezepte zur Behebung der Finanzkrise.

=====
=====

Unsere Herren von der Volkfront, Mourer-Schall-Rossé haben den Schlüssel zur Lösung des Defizitsproblems gefunden. Man verständige sich mit Hitler und alles ist in bester Ordnung. Dann kann Frankreich seine Festungsbauten zerstören, seine Tanks ins Museum schicken, seine Kriegsschiffe einstampfen, seine Armee auflösen und nachhause schicken und seine Generale und Offiziere zu nützlichere Beschäftigung zuführen.

Die Finanzkrise ist dann gelöst, die Decrets-lois können ohne die Besitzenden anzutasten wieder aufgehoben werden und das ganze französische Volk kann ein idyllisches und beschauliches Leben führen; alle ohne Ausnahme. Die kapitalistische Krise verliert dann alle schlechten Eigenschaften, der Kapitalismus und die Kapitalisten werden zu friedfertigen Tümmern. Die Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern brauchen dann keine Autobusse ihrer Kaufkraft erleiden, niemand wird mehr auf seinen Produkten aufsitzen oder sie unter den Produktionskosten verkaufen müssen.

Diese wunderwürdige Wirkung soll uns durch eine Verständigung mit Hitler beschieden sein. Wir brauchen nur Mourer's Ratschläge zu folgen, uns mit Adolf den Grossen verständigen und der gewaltlose, ausgerüstete, entmilitarisierte Kapitalismus wird fix und fertig auf uns nieder fallen.

"An die Stelle der Kriegs- und Rüstungspolitik muss die Politik der Verständigung treten. Verständigung vor allem mit unserem unmittelbaren Nachbarstaat Deutschland, dessen derzeitiges innerpolitisches Regime, so verwerflich es uns erscheinen mag, die französische Aussenpolitik nicht beeinflussen darf. Hat sich Frankreich nicht Italien zugewandt, wenn auch reichlich spät, ohne am Mussolini-Regime Anstoss zu nehmen? Also!"

So lässt sich J.P. Mourer vernehmen. Durch diese Verständigung soll die Finanzkrise in Frankreich ohne Antastung von Reich oder Arm beseitigt werden. Wo hat denn Mourer entdeckt, dass die Verständigung zwischen Italien und Frankreich der Völkerverständigung, dem Frieden und der Abrüstung gedient hat? Wir haben davon das gerade Gegenteil entdeckt! Diese imperialistische Verständigung, die nach Custos-Mourer, wenn auch reichlich spät endlich zustandekam, heute noch als einen Akt zur Sicherung des Friedens und als einen Schritt zur Abrüstung auszugeben, ist schmeichelhaft ausgedrückt, höherer Blödsinn.

Es erwarten, dass eine Verständigung mit Hitler der Anfang der Abrüstung

und die Einleitung der Pazifizierung des Kapitalismus und Beziehungen der imperialistischen Grossmächte ist, dazu muss man schon besonders veranlagt sein. Zu behaupten dass die Verständigung mit Hitler das Mittel zur Behebung der Finanzkrise in Frankreich und zur Aufhebung der Decrets-lois ist, ist höherer Blödsinn - wenn nicht dahinter mehr steckt.

Der Friede und seine Sicherung hängt einzig und allein von der Kraft des revolutionären Proletariats und seinem Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und ihren Sturz ab, im Bunde mit den revolutionären Staaten der Arbeiterklasse, die heute existieren.

Die Rückgängigmachung der Decrets-Lois hängt vom gleichen Faktor ab, d.h. vom breitesten Kampf der arbeitenden Massen für die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Schultern der Besitzenden und für die revolutionäre Lösung der Krise.

Mourer-Rossé-Schall wollen aus durchsichtigen und allbekannten Gründen den Kampf gegen die Notverordnungen mit dem Kampf um die Verständigung Hitlers verbinden. Die revolutionäre Arbeiterklasse bedankt sich bestens für diese Rezepte, sie kämpft für ihre Rezepte, die keine Aussöhnung mit dem Faschismus diesseits und jenseits des Rheins kennen.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

Kleinigkeiten:

Autonomisten und Francisten.

==,==,==,==,==,==,==,==,==,==

Die "FP" veröffentlicht unterm 30. Juli einen Brief des Etat-Mayors de 20 Region-Alsace der Francisten an einen Pfarrer. In diesem Brief wird für September der erste öffentliche Vortrag des Faschistenhüptlings Bucrad in Strasbourg angekündigt.

Im weiteren Teil des Briefes wird behauptet, dass einige sehr bekannte Autonomisten (zwei davon waren im Colmarer Prozesse angeklagt) zu den Francisten übergetreten seien, wodurch von dieser Seite ziemlicher Zulauf eingetreten sei.

In Bälde soll ein ehemaliger Angeklagter von Colmar an die Spitze der Section Hagenuy der Francisten treten und daneben sei der Übertritt des ehemaligen Adjoint Ph. Heil zu erwarten.

Unter Hinweis auf eine Abhandlung über die Sprachenfrage, wird von dem Francistenhüptling betont, dass die Francisten in diesem Punkte völlig mit den Autonomisten einig gehen.

Von besonderem Interesse ist noch, dass der ehrenwerte Francistenführer seine Ferien in Deutschland verlebt und mitteilt, dass die deutsche Regierung den Francisten das Recht zugestanden habe in Deutschland ihre Parteiabzeichen und ihre Uniform zu tragen.

Der von der "FP" veröffentlichte Brief - für den die Redaktion der "FP" die volle Verantwortung übernimmt - zeigt die Francisten in der richtigen Beleuchtung. Das sind die Burschen, die die Führer der proletarischen Einheitsfront als Agenten Hitlers bezeichnen, während sie selbst mit der faschistischen Diktatur in Deutschland im intimsten Verhältnis stehen.

Dass die Francisten sich besonders um die Autonomisten bemühen, ist symptomatisch. Wenn die "ELZ" behauptet, dass kein Autonomist zu den Francisten übergetreten sei, so zeigen die konkreten Angaben im Briefe doch, dass die Francisten bereits autonomistischen Zuwachs erhalten haben. Bei den freundlichen Beziehungen der Francisten zu Hitlerdeutschland und ihrem Kampf gegen die französisch-russische Verständigung für die Verständigung mit Hitler und den hitlerdeutschen Tendenzen im einem Teile der Autonomisten ist es nicht verwunderlich, wenn einige Autonomisten daraus die Konsequenz gezogen haben zu den Francisten überzugehen.

Wenn die "FP" etwas aus dem Briefe lernen könnte, dann das, dass es Aufgabe der Arbeiterschaft sein muss unter schärfster Zurückweisung aller hitlerischer Tendenzen mit ganzer Kraft für die Zweisprachigkeit im Elsass zu kämpfen. Indem die "FP" die Haltung der Kommunisten in der nationalen Frage zum Anlass nimmt um die Einheitsfront zu sabotieren und auf jeden Kampf gegen die Assimilationspolitik zu verzichten, erleichtert sie den Faschisten das Handwerk im Elsass.

Ercheint wöchentlich

Verlagspreis pro Monat 125 2.-
Einzelhefte: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlentplan 6 STRASBOURG

N° 50/II. Jahrgang.

Zweite Augustwoche 1935.

Zum Kampf gegen die Notverordnungen:

DIE RADIKALEN UND DIE NOTVERORDNUNGEN.

oo

Am 31. Juli fanden erneut Verhandlungen in der "Gruppe der Linken" statt, also zwischen Radikalen, Kommunisten, Sozialisten und den kleineren "unabhängig-sozialistischen" Gruppen.

Worum drehten sich die Verhandlungen?

Aus der offiziellen Mitteilung, die von der Gruppe der Linken selbst herausgegeben wurde war so gut wie nichts zu entnehmen.

Jedoch machte die Rechtspresse folgende Mitteilungen:

Die kommunistischen und sozialistischen Vertreter stellten an die Radikalen die Forderung, von den Unterschriften, die bei der Vertagung des Parlaments gesammelt worden waren, Gebrauch zu machen, um schleunigst das Parlament zusammenzuberufen, damit es die Notverordnungen (und damit natürlich auch die Regierung Laval) zu Fall bringe. Die Zahl der gegebenen Unterschriften war dafür ausreichend. Die Radikalen erklärten aber die Unterschriften seien dafür nicht gegeben worden. Sie seien nur gegeben worden, um im Falle, wenn ein faschistischer Staatsstreich die Republik in Gefahr bringe, schnell das Parlament zusammenberufen zu können. Man gebe es keinen faschistischen Staatsstreich, die Republik sei nicht in Gefahr. Man müsse also zunächst die Sache an die einzelnen parlamentarischen Gruppen zurückverweisen, deren Mitglieder unterschrieben haben und sie fragen, ob sie der Einberufung des Parlaments zur Beseitigung der Lavaleschen Notverordnungen zustimmen. Léon Blum sei dann beauftragt worden, eine offizielle Mitteilung über die Sitzung zu verfassen, die den wirklichen Sachverhalt verschleierte.

In der Tat, ist aus der offiziellen Mitteilung nichts Greifbares über den wirklichen Verlauf der Sitzung zu entnehmen.

Die Presse der linken Gruppen antwortet auf diese Mitteilungen mit verlegenen Schweigen, das eine Bestätigung beäugt.

Eine Bestätigung anderer Art kann man in einem Artikel erblicken, den der Parteisekretär Duchos der KPF in der "Humanité" vom 1. 8. 35. schrieb "Die Volksfront wird leben."

In dem Artikel heisst es unter anderem:

"Wir werden uns bemühen, die Übereinstimmung aller über die Aktion zu erzielen, die gegen die Notverordnungen zu führen ist und das mit der Ausdauer und Zähigkeit, die unsere Partei auszeichnet. Aber wir kündigen Herrn Laval an, dass selbst wenn es uns nicht gelingt, eine mit den Radikalen über diese Punkte zu einigen, wir an der Volksfront nicht wären INSSER."

Das ist eine Bestätigung dafür, dass die radikale Partei sich bis jetzt weigert, an der Aktion gegen die Notverordnungen mitzuwirken.

Wir halten es für unzulässig und schädlich, dass gegenüber den Massen, die sich zur Volksfront zählen, eine solche "diplomatie" betrieben

wird, wie sie aus der Mitteilung über die Besprechung vom 31. Juli hervorgeht.

Wir halten es für notwendig, dass in dieser Sache, die die Werktätigen angeht, eine offener Sprache geführt wird und nicht entscheidene Tatsachen verschleiert werden.

Wir halten die Stellungnahme von Ducloux für unzulässig und schädlich, denn sie bedeutet den Verzicht darauf, eine wirkliche Volksfront für den Kampf gegen die Notverordnungen zu bilden, sie hemmt und dämpft diesen Kampf.

Man kann die demokratischen Rechte der Werktätigen nicht verteidigen, wenn man darauf verzichtet, diejenigen offen und scharf anzugreifen, die die Notverordnungs politik Lavals aktiv oder passiv unterstützen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

UM EINEN AKTIONSPLAN DER VOLKSFRONT.

oo

Die sozialistische Presse macht die Mitteilung, dass sich am 3. August am Sitze der CGT unter dem Vorsitz ihres Generalsekretärs die der Volksfront angeschlossenen Organisationen zu einer Sitzung zusammenfanden. Der Zweck der Sitzung war, zu prüfen, ob unter den verschiedenen Organisationen eine Verständigung auf der Basis des Planes der CGT als gemeinsame Aktionsbasis möglich ist.

Es wird weiter mitgeteilt, dass bis auf die Vertreter der Nationalen Moderation ehemaliger Frontkämpfer, die ihre Antwort bis nach Rücksprache mit der Generaldirektion zurückstellten, Einstimmigkeit erzielt worden sei.

Es wurden vier Kommissionen ernannt, die die Aufgabe haben die im Plan der CGT vorgesehenen Realisierungen in vier folgenden Punkten in ihren Einzelheiten festzulegen:

- 1.) Beseitigung der Krise; Programm öffentlicher Arbeiten und Kampf gegen die Not der Bauernschaft;
- 2.) Nationalisierung des Kredits und Organisation der Banken;
- 3.) Nationalisierung der Schlüsselindustrien;
- 4.) Nationaler Wirtschaftsrat.

Die Arbeiten der Kommissionen sollen innerhalb eines Monats (bis Ende August) beendet sein. Die nächste Vollversammlung wurde demzufolge auf Samstag, den 31. August festgesetzt.

Wir haben unsere Stellungnahme zum Plan der CGT, der eine Anlehnung an die Roosevelt'schen Planpolitik ohne Antastung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ohne Machteroberung durch das Proletariat bedeutet, hier wiederholt dargelegt. Wir werden sobald der erwähnte Aktionsplan der Volksfront vorliegt, dazu unsere Stellung im einzelnen präzisieren. Wenn die Vertreter der CGTU und der KPF sich entgegen ihrer früheren Stellungnahme nunmehr mit dem Plan der CGT als gemeinsame Aktionsplattform der Volksfront einverstanden erklärt haben sollten, so wäre dies eine erneute Bestätigung für unsere Kritik, die wir hier laufend an der Art und dem Inhalt der Volksfrontpolitik der KPF üben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.

oo

Das Genfer Kompromiss.

Das Ergebnis der Genfer Tagung des Völkerbundsrats liegt auf der Linie des von Frankreich angestrebten Kompromisses in dem abessinisch-italienischen Konflikt. Der Völkerbundsrat trat in keine Debatte des abessinisch-italienischen Gesamtproblems ein, sondern vertagte diese auf eine neue Sitzung, die für den 4. September vorgesehen ist. In der Zwischenzeit sollen 1.) die Schiedsgerichtskommission, durch einen fünften Vertreter erweitert, ihre Arbeiten fortsetzen, die aber ausdrücklich auf den Streitfall von Ual-Ual unter Ausschaltung der Frage, auf welchem Territorium sich der Grenzzwischenfall zugetragen hat, beschränkt wer-

den; 2.) Verhandlungen zwischen Grossbritannien, Frankreich und Italien als Unterzeichner des Vertrages von 1906 in bezug auf Abessinien stattfinden.

Die Beschlüsse der Genfer Tagung des Völkerbundsrates zeigen, dass der italienische Imperialismus weitgehendst seine Forderungen durchgedrückt hat. Er hat nicht nur erreicht, dass keine Diskussion über seine abessinischen Raubpläne geführt wurde, dass die Schiedsgerichtskommission sich nur mit einer Nebenfrage beschäftigen darf, dass die Dreimächteverhandlungen nicht im Rahmen des Völkerbundes geführt werden, sondern er hat auch nicht die von England angestrebte Erklärung, dass Italien in der Zwischenzeit nicht zu Gewaltmassnahmen greifen werde, abgegeben. Schliesslich hat sich Italien in bezug auf die einzige Entschliessung, die ihm unangenehm ist, freie Hand gelassen: der italienische Vertreter hat sich bei der Abstimmung über den Beschluss, auf der Tagung des Völkerbundsrates am 4. September das italienisch-abessinische Gesamtproblem zu diskutieren - ein Beschluss, den England durchgesetzt hat - der Stimme enthalten.

Die Genfer Tagung hat in keiner Weise eine Verminderung der Kriegsgefahr gebracht. Im Gegenteil. Der italienische Faschismus setzt seit Genf seine Kriegsvorbereitungen in verstärkter Masse fort. Es besteht keinerlei Garantie, dass nicht Italien noch vor Abschluss der diplomatischen Verhandlungen seinen Raubkrieg gegen Abessinien beginnen wird.

Der Konflikt Danzigs mit Polen.

Zwischen Danzig und Polen ist ein regelrechter Wirtschaftskrieg ausgebrochen. Der polnische Imperialismus sucht die durch die Bankerottwirtschaft der Nazis hervorgerufene Notlage der Freien Stadt Danzig dazu auszunutzen, sich Danzig wirtschaftlich vollständig zu unterwerfen. Um den Widerstand der Danziger Naziregierung gegen die polnischen Pläne zu brechen, hat Polen vor kurzem einen schweren Schlag gegen die Danziger Wirtschaft geführt, in dem es die Einfuhr auswärtiger Waren über Danzig nach Polen durch eine neue Zollverordnung unterband. Diese Massnahme bedeutet für den Danziger Hafen, der sowieso einen verzweifelten Konkurrenzkampf gegenüber dem polnischen Hafen Gdingen zu führen hat, und damit für das gesamte Danziger Wirtschaftsleben den Ruin. Der Danziger Nazisenat hat als Antwort auf die polnische Massnahme angeordnet, dass Lebensmittel, Arzneien, Futtermittel und Kohle zollfrei nach Danzig eingeführt werden dürfen, d. h. die Nazis haben die mit Polen bestehende Zollgemeinschaft Danzigs aufgehoben und praktisch einen Boykott über polnische Waren verhängt. Die bisherigen Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Beilegung des Konflikts haben zu keinem Resultat geführt. Die Nazis versuchen, aus dem Streitfall Kapital für ihre Anschlusskampagne "Zurück zum Reich" zu schlagen. Aber die Chancen der Nazis innerhalb der Danziger Bevölkerung verschlechtern sich infolge der nationalsozialistischen Katastrophenpolitik von Tag zu Tag.

Der Danziger Konflikt wird nicht ohne Rückwirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis bleiben. Er zeigt wieder einmal, welche tiefgehenden imperialistischen Gegensätze trotz aller "Freundschaftsabkommen" zwischen Deutschland und Polen bestehen.

Streiksieg auf Kreta.

Auf der Insel Kreta traten die Arbeiter der Rosinenfabriken in den Generalstreik, um die Durchsetzung ihrer Forderungen: 8 Stundentag und Lohnerhöhung zu erkämpfen. Es kam zu blutigen Zusammenstössen zwischen den streikenden Arbeitern, die 6 Tote zu beklagen haben, und den Regierungstruppen. Unter dem Druck der streikenden Massen sahen sich die Unternehmer gezwungen, einen Teil der Forderungen der Arbeiter anzunehmen, so eine 15 %ige Lohnerhöhung, 50 % Zuschlag für Nachtarbeit und stufenweise Einführung des 8 Stundentages.

Der Generalstreik auf Kreta steht im Zusammenhang mit einer grossen Streikbewegung, die in der letzten Zeit in Griechenland vor sich geht, und deren Ziele nicht nur wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter, sondern der Kampf gegen die reaktionäre Tsaldaris-Kondylisregierung und die Wiederherstellung der Monarchie sind.

DIE BEDINGUNGEN VON BENEŠ AN DIE KPTsch.
oo

Die KP der Tschechoslowakei hat nach dem Vorbild der KP Frankreichs die linken Parlamentsgruppen aufgefordert, eine Vereinigung der Linken zum Kampfe gegen den Faschismus zu bilden. Diese Linken umfassen neben der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie, auch die Partei des Aussenministers Beneš, die sich nationalsozialistisch nennt, aber mit dem Hitlerischen Nationalsozialismus nichts zu tun hat, sondern eine bürgerlich-demokratische Partei ist. Beneš hat auf die Aufforderung der KP mit folgenden Bedingungen geantwortet: die KPTsch müsse die Einheit und Integrität der Tschechoslowakei anerkennen, das Staatsbudget bewilligen, ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Linksregierung bekunden und mit der kommunistischen Zersetzungsarbeit aufhören.

Die KPTsch erklärt in ihrem Angebot, dass sie bereit ist mit den sozialdemokratischen Parteien auch dann eine Einheitsfront zu bilden, wenn die SP in der Regierung bleiben, wenn sie nur bereit sind, mit den Kommunisten zusammen gegen den Faschismus zu kämpfen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Protestwelle wächst.
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

Der Widerstand der breiten Massen gegen die Hungerdröckete der Lavalregierung hat in den letzten Tagen an Umfang und Kraft zugenommen. Am Tage der ersten gekürzten Gehalts- und Lohnauszahlungen kam es im ganzen Lande zu grossen Massenmanifestationen. Dort wo zu den Gehaltskürzungen noch offenen Provokationen kamen, wie in Brest, ging der Protest in den Streik über und führte zu schweren Zusammenstössen mit der Polizei und Militär, die zur Unterdrückung der Streik-, Versammlungs- und Demonstrationseinheit für die Opfer der Notverordnungen eingesetzt wurden.

Wie die Regierung Laval die Lage einschätzt ergibt sich auch daraus, dass den Polizisten und Gendarmen die 10% ige Kürzung ihrer Gehälter durch Bewilligung einer Zulage wieder rückvergütet werden soll. Wenn die Regierung eine solche Massnahme trifft, so bestätigt sie damit indirekt, von welcher einschneidender Bedeutung für die Lebenshaltung die verordneten Abzüge für die breiten Massen der Betroffenen sind, und dass sie willens ist den steigenden Protest des arbeitenden Volkes gegen die Hungerpolitik mit Polizei, Gendarmerie und Militär niederzuschlagen.

Wenn die gesamte Rechtspresse aus durchsichtigen Gründen für die Zusammenstösse die Kommunisten verantwortlich zu machen versucht, so muss mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass der von der Regierung Laval verordnete Raub elementarster demokratischer Rechte und der eindeutig ausgesprochene Wille zur Unterdrückung des Widerstandes der vom Lohn- und Gehaltsraub Betroffenen mit logischer Konsequenz zu blutigen Zusammenstössen führen muss.

Wenn jemand für die Brester Vorfälle verantwortlich ist, dann ist es die Hungerpolitik Lavals und seine provokatorischen Polizeimassnahmen zur Unterdrückung des Widerstandes der Massen.

Die breiten Massen, die heute der Volksfront folgen, werden sich durch die von der Reaktionspresse eingefädelt Kommmunistenhetze nicht irritieren lassen. Das arbeitende Volk steht restlos auf der Seite seiner Brester Kameraden und wird Herrn Laval und die Regierung des Lohn- und Gehaltsabbaus für das in Brest vergossene Arbeiterblut zur Verantwortung ziehen.

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o

Was gedenken die Sozialisten zu tun?

Der Angriff auf die Mindestlöhne.
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

Die "Frei Presse" bemüht sich im Schweiße ihres Angesichts um den Nachweis, dass nicht die neue Stadtverwaltung, sondern die voraufgegangene sich am Lohnabbau hervorragend beteiligt hat. Wir haben nicht die Ab-

nicht uns in diesen Streit einzumischen. denn selbst wenn das wahr wäre was die "Freie Presse" der Huberpartei vorwirft, würde dasz auf keinen Fall die Berechtigung für die Sozialisten erwachsen, nun auch ihrerseits kräftig mit Herrn Frey am Lohn- und Gehaltsabbau mitzuwirken. Schliesslich darf man doch von einer Partei, in deren Mitte namhafte Gewerkschaftsführer tonangebend sind, erwarten, dass sie sich nicht der Proporzkoalition angeschlossen hat, um der Fabrikantenpartei des Herrn Frey als wirksame Deckung bei Abbau zu dienen.

Alles Geschrei der "Freien Presse" wischt die Tatsache nicht ab, dass die sozialistische Fraktion im Gemeinderat einer Senkung der Empfänger städtischer Bezüge um 5 % zugestimmt hat, soweit diese ausserhalb der Stadtgrenze wohnen. Dies tat die soz. Fraktion im gleichen Atemzuge, da Laval seine Abbaudokrete erlassen hatte. Sie wirkte somit entgegen ihren theoretischen Bekenntnissen praktisch an der Verschärfung dieser Abbaudokrete mit.

Eine weitere Tatsache ist, dass im Schosse der Stadtverwaltung und durch den Herrn Maire vor dem Erlass der Lavalschen Dekrete ein Lohn- und Gehaltsabbau geplant wurde. Die UPR-Fraktion hat dies in einer öffentlichen Erklärung zugeben müssen. Wenn dieser Abbau nicht Tatsache wurde, so nur deshalb weil Herr Laval Herrn Frey und seiner Proporzstadtverwaltung zugekommen ist, was sich wiederum aus der Erklärung der UPR-Fraktion eindeutig ergibt.

In der letzten Gemeinderatssitzung hat der Herr Maire, unterstützt vom Herrn Abbe Schiess den Angriff auf die städtischen Mindestlöhne propagiert. Tatsache ist, dass die sozialistische Gemeinderatsfraktion zu dieser Propaganda schwieg, woraus Herr Frey nicht mit Unrecht den Schluss zog, dass es für die Sozialisten in wesentlichen darauf ankommt, wie man die Sache fingert ohne die Sozialisten direkt mit der Verantwortung zu belasten. Für die Sozialisten mag es von einiger Bedeutung sein, wie die Sache gefingert wird. Für die Arbeiter ist das belanglos.

Damit die Sozialisten, die trotz ihrer Anwesenheit in der Stadtverwaltung nicht wieder völlig überrascht und ahnungslos tun können, verweisen wir sie darauf, dass bereits in dieser Woche der Abbau der städtischen Mindestlöhne praktisch in Angriff genommen werden soll. Die für die Festsetzung der städtischen Mindestlöhne vorgesehene Kommission - in der bekanntlich drei Abbättnnehmer- und drei Arbeitgebervertreter neben dem städtischen Vertreter sitzen - ist einberufen und ihr liegt ein Vorschlag auf eine einschneidende Senkung der städtischen Mindestlöhne um rund 1.50 frs. pro Stunde vor. Die Sozialisten sind in dieser Kommission nicht vertreten. Der Vertreter der Stadtverwaltung ist ein hinreichend bekannter Herr der Fabrikantenpartei des Herrn Frey, der selbst Unternehmer ist und daher den Wünschen des Unternehmertums bereitwillig Rechnung tragen wird. Auf diese Weise ist also ohne besondere Schwierigkeiten und ohne Befragung des Gemeinderats der Abbau der städtischen Mindestlöhne durchzusetzen.

Wir fragen die sozialistische Gemeinderatsfraktion: Was gedenkt sie zu tun um diesen weitreichenden Angriff, der sich auf das gesamte Lohnniveau der Strassbourger Arbeiterschaft verhängnisvoll auswirken wird, entgegen zu treten?

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Republikaner an die SFIO-Strasbourg:

...Ein bisschen zu denken ..
 =.=.=.=.=.=.=.=.=.=.

Die Schreiberlinge der Fabrikantenblätter im Oberelsass sind laufend damit beschäftigt, den oberelsässischen Sozialisten ihre Strassbourger Parteifreunde als Vorbild sehr aufdringlich in Empfehlung zu bringen.

Der "Republikaner", das Organ der SFIO für Oberelsass ist darob ein wenig in Harnisch geraten und schreibt den Herren von der Fabrikantenpartei folgendes ins Stammbuch:

"Schaut nach Strassburg, ruft er aus, dort sind die Sozialisten andere Kerle; die wollen nichts wissen von den Kommunisten, sie lehnen im Gegenteil jede Zusammenarbeit mit ihnen ab! Wir haben nicht die Absicht, uns

hier in die Taktik unserer Strasbourger Kameraden einzumischen. Vielleicht aber gibt ihnen das Lob aus "demokratischen" Munde doch ein bisschen zu denken ... "

Wenn der "Republikaner" seine Strasbourger Parteifreunde ob des nimmer ruhenden Lobes der Fabrikantenpartei ob ihrer "weisen" und "klugen" Politik endlich einmal daran erinnert, über das Lob ein bisschen nachzudenken, dann darauf wohl angenommen werden, dass selbst den Mülhauser Sozialisten die Politik ihrer Strasbourger Parteifreunde langsam über die Hutschnur geht.

Sorgen wir dafür, dass auch die sozialistischen Arbeiter von Strasbourg ihren Führern endlich das "bischen Denken" über das Lob aus "demokratischen" Munde beibringen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine Wirkung der Einheitsfront:

Rossés Bekenntnis zum Antifaschismus.

==,==

Herr Deputé Rossé war bis vor kurzen ein offener Gönner des Faschismus. Am 6. Februar 1934 stand er offen auf der Seite der faschistischen Staatsstreicher und bekundete seine Sympathie mit den Staatsreformplänen eines Doumergue.

Deputé Rossé war es, der in Bilgerschen Bauernbund die Propaganda faschistischer Gedankengänge begünstigte und seine Jungvolkspartei zum Schutze des faschistischen Bauernführers Drogeres mobilisierte.

Herr Deputé Rossé war es auch, der fortlaufend und systematisch eine Kampagne gegen "Rotfront" im "Elsässer Kurier" betrieb und reichlich Tränen vergoss, als der faschistische Drogeres bei den Kammerersatzwahlen infolge des taktischen Verhaltens der proletarischen Einheitsfront geschlagen wurde.

Herr Deputé Rossé war es übrigens auch, der in der UPR als Verfechter des christlichen Ständestaates auftrat und seine Sympathie für Dollfus und Gil-Robles nicht unter den Scheffel stellte.

Herr Deputé Rossé aber war es auch der sich mit allen und jeglichem reaktionären Gelichter zum Kampf gegen die proletarische Einheitsfront verband, dem jederman als Bundesgenosse gegen "Rot-Front" und die "Volksfront" willkommen war, die für ihn die Front der Freimaurer, der Laikalisten und der anonymen Kräfte der internationalen Hochfinanz war.

Erst als dem Herrn Deputé Rossé zwei gründliche Lektionen von der proletarischen Einheitsfront in Form von Wahlniederlagen erteilt wurde, erst als ihm auf diese Weise bewusst wurde, dass mit faschistischen Gedankengängen und mit den prinzipienlosesten Koalitionen mit allen und jeden kein Rennen zu machen ist, entsagte Herr Rossé dem Bündnis mit den offen reaktionären grossbürgerlichen Parteien, mit denen im Bunde er "Rot-Front" zur Strecke bringen wollte.

Nachdem der gute Rossé so durch gründliche Lektionen erfahren hatte, dass man im Bunde mit der Fabrikantenpartei usw. der proletarischen Einheitsfront die Massen nicht wirksam streitig machen kann, sagte er dem Bündnis mit den zentralistisch orientierten grossbürgerlichen Parteien Valét, proklamierte laut und deutlich "die UPR ist und bleibt eine Volkspartei" und rief unter Hinweis auf das Vermächtnis des Abbe Haegy zur Wiederherstellung des Bündnisses mit den Elzianern, Dahletianern und Huebrianern.

Aber Herr Rossé war noch immer den Sozialisten und Kommunisten spinnefeind und beide waren für ihn auf Grund ihrer atheistischen Weltanschauung bündnisunfähig.

Als die neue Linke der KP - nationale Frage Zentralachse der Gesamtkativität - inauguriert wurde, witterte Deputé Rossé Morgenluft. Er sah eine Möglichkeit, die ihm so verhasste proletarische Einheitsfront zu sprengen. Der 14. Juli zeigte ihm die wahre Kräfteverteilung zwischen Faschismus und Antifaschismus. Er zeigte ihm auch im Oberelsass, dass die Einheitsfront im wachsenden Masse kleinbürgerliche Massen anzog

und die Hoffnungen auf eine Sprengung der Einheitsfront vorerst Illusionen bleiben würden.

Noch am 19. Juni liess der "Elsässer Kurier" des Herrn Rosse sich über den Kampf gegen den Faschismus und für die Auflösung der faschistischen Ligen folgendermassen vernehmen:

"So greifen sie (die antifaschistische Volksfront) jenen famosen Bericht über die Auflösung der politischen Verbände, die sie als "faschistisch" bezeichnen, ein Begriff, der erfahrungsgemäss ziemlich elastisch ist, auf und verlangen dessen sofortige Diskussion. Es ist klar, dass die Diskussion eines solchen Berichts die politischen Leidenschaften wieder entfesseln, den Bürgerfrieden zerstören und die Regierungsformation torpedieren würde. Grund ihrer Empörung sollen die zahlreichen Kundgebungen der "Croix de Feu" in Alger sein. Haben diese Leute eine Angst vor der "faschistischen Gefahr" und dabei erklärt Colonel de la Rocque tagtäglich, dass er sich resolut und loyal zum demokratischen Regime bekennt, allerdings nicht zu jenen Methoden, die einen Stavisky-Skandal ermöglichten."

Hier zeigte sich Herr Rosse noch als offener Schützling der "Croix de Feu" als Lobredner für den Bürgerfrieden, als Agent des Laval-Regimes.

Aber die Notverordnungen und die dagegen auftretende Protestwelle, ausgelöst und geführt von der proletarischen Einheitsfront, liessen erkennen dass die Massen der Politik ihrer Verleumdung ein nachdrückliches Dementi entgegengesetzten und die Abrechnung mit allen offenen und versteckten Faschisten und Befürwortern der Notverordnung forderten.

Und siehe da! Herr Deputé Rosse fühlte den Boden unter den Füssen wanken und aus dem Paulus entwickelte sich mehr und mehr ein Saulus. Deputé Rosse erschien in der ersten Zungobung gegen den Notverordnungen und sekundete in Namen seiner Partei den Opfern Sympathie und Solidarität. Bei der zweiten Manifestation wirkte die UPR bereits als Partei, neben KP und SFIO mit.

Und im "Elsässer Kurier" vom 7. August erscheint zum ersten Mal unter der Überschrift "Diktatur ist kein Heilmittel" eine Absage an den Faschismus und ein Bekenntnis zum Antifaschismus.

Dieses Bekenntnis ist allerdings in Watte gepackt. Es hebt die vielerlei Vorschläge der UPR zur Staatsreform nicht auf, sondern sucht zu beweisen, dass sie im Rahmen der jetzigen Staatsreform verwirklicht werden können.

Wir wollen uns hier mit diesen UPR-Vorschlägen zur "Erneuerung der Demokratie" nicht auseinandersetzen. Auf jeden Fall liegt die geforderte Stärkung der Staatsautorität, die grössere Stabilität der Regierung", der "wichtige Ausbau der Ständevertretungen" uws auf dem Wege der Einschränkung und des Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Ob diese Reform auf legalen oder illegalen Wege verfolgt wird ist Jäcke wie Kose.

Im Hinblick auf diesen Umstand nehmen wir das Bekenntnis Rosse's zum Antifaschismus zur Kenntnis als ein Ausdruck der Wirksamkeit der proletarischen Einheitsfront, als eine Konzession an die Stimmung der breiten Massen, ohne uns auch nur einen Augenblick über Herrn Rosse einer Illusion hinzugeben. Herr Rosse sucht Wahlhilfe für die Zukunft und er hat an zwei praktischen Beispielen erfahren, woher der Wind weht.

Wenn der "Elsässer Kurier" schreibt:

Wir wohnen momentan einer umfassenden Kampagne gegen die Demokratie und die Republik bei. Beide sollen verschwinden... Es ist sind besondere Organisationen gebildet worden, um die Republik zu zerschlagen und durch eine Diktatur zu ersetzen und stellenweise entfalten sie eine Riesenpropaganda. Das alles darf uns nicht irre machen. Wir sind und bleiben Anhänger der Demokratie und der republikanischen Staatsform... Wir brauchen keine Diktatur! Wir wollen keine. Denn sie ist kein Heilmittel. Und erst recht nicht in wirtschaftlicher Beziehung... Aus diesen und anderen Gründen... sind wir Demokraten und Republikaner und stehen wir in der grossen Front der Antifaschisten"

so sagen wir, die antifaschistische proletarische Einheitsfront im Oberelsass hat Herrn Rosse die bürgerliche Demokratie für erste wieder ein-

mal lieben gelernt. Dabei vergessen wir nicht den Satz von Engels, dass die Konturrevolution sich im Angesicht der proletarischen Revolution um das Banner der reinen Demokratie scharen wird.

Wenn Herr Rossé meint mit einem formalen Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie ist es getan und hinterherum weiter für seine Doumergueschen Staatsreformpläne Propaganda zu machen gedenkt, so irrt er. Wenn er glaubt mit einem Lippenbekenntnis zum Antifaschismus mit Vorbehalten sich die Wahlhilfe der Einheitsfront gegen die zentralistisch orientierten bürgerlichen Parteien einzuhandeln, so muss ihm gezeigt werden, dass er sich auch hier im Irrtum befindet.

Aufgabe der proletarischen Einheitsfront ist es Rossé zu klaren und eindeutigen Entscheidungen zu zwingen. "Hic Rhodus-hic salta" - ist auch hier die Losung.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um die Generalratswahl im Kanton Winzenheim:

KP für Rossé ?

==.==.==.==.==.

Die Ersatzwahl zum Generalrat im Kanton Winzenheim am verflossenen Sonntag brachte folgendes Ergebnis: Meyer-Grad (Apna) 1211, Rossé (UPR) 1 187 und Hammer (KP) 248 Stimmen. Am kommenden Sonntag findet eine Stabswahl statt.

Die KP hat beschlossen "alles zu ungernehen, um den Kandidaten der riser Regierung zu schlagen, um auch in Elsass-Lothringen eine breite antifaschistische, antiimperialistische Volksfront zu realisieren". Zu diesem Zweck hat sie unterm 5.8. einen Brief mit 10 Forderungen an die UPR gerichtet, von deren Annahme sie die Zurückziehung ihres Kandidaten zugunsten Rossés abhängig macht.

Bis zur Stunde ist die Stellungnahme von Rossé nicht bekannt. Wir werden sobald die Antwort vorliegt, zu der von der KP bezogenen Linie Stellung nehmen. Wir sind fest davon überzeugt, dass sich Rossé von jeder Verpflichtung drücken wird und durch ein allgemeines Herumgerede seine ablehnende Haltung zu den Forderungen der KP verschleiern wird.

Wenn die patriotische Presse ob des Schrittes der KP in Aufregung geraten ist, so mögen sich die Herren beruhigen. Herr Rossé stand noch gestern mit den Prozentpatrioten von der Fabrikantenpartei des Herrn Ch-Frey im besten Einvernehmen, solange es gegen die proletarische Einheitsfront ging.

Wenn die sog. Presse die Losung ausgibt: Rossé muss unter allen Umständen geschlagen werden, so sieht das ganz danach aus, als sollte der Apnakandidat den Wählern als das kleinere Übel suggeriert werden.

Dabei weiss doch jedes Kind, dass die Apna mit Herrn Marin liiert ist und wer Herr Marin ist, sollte doch auch in den Redaktionsstuben der SFIO bekannt sein.

Kleinigkeiten:

Der oberelsässische Delegiertentag der UPR hat in einer Resolution zu den Lavalschen Notverordnungen Stellung genommen. Die Resolution ist ein echt jesuitisches Machwerk. Die Rückgängigmachung der Notverordnungen wird trotz aller Protesterei nicht gefordert, nicht einmal der sofortige Zusammentritt des Parlaments. Das erinnert ganz an die Haltung des UGB, die ihre Mitwirkung an den gemeinsamen Manifestationen gegen die Notverordnungen von allen möglichen Bedingungen abhängig machte, um nicht offen die Sabotage der gemeinsamen Aktion zu proklamieren.

Die Problematik des Antifaschismus unserer Radikalen ist durch die Haltung des Gemeinderats Becker wieder ins rechte Licht gestellt worden. Herr Becker, der sich am 14. Juli als glühender Antifaschist ausgab, hat im Gemeinderat die Lavalschen Notverordnungen gedeckt. Man wird sich das merken.

Die Herren Heil und Schweitzer-Hagenau erklären zum Francistenbrief der "FP", dass sie selbst nichts mit den Francisten zu tun haben. Warum gibt die "FP" denn eigentlich den Namen des Briefschreibers nicht bekannt?

Verantwortlich: EMIL HERTZEL

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzel exemplar: 50 Centimes

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei- Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlentplan 6 STRASBOURG

N° 51/II. Jahrgang.

Dritte Augustwoche 1935.

Die zweite Serie:

LAVALS NEUE NOTVERORDNUNGEN.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Lavals Regierung hat ein zweites Bündel neuer Notverordnungen herausgegeben. Es sind alles zusammen genommen über 80.

Der erste Teil der Lavalschen Notverordnungen brachte den massiven Abbau der Gehälter der Staatsbeamten und der öffentlichen Arbeiter, der Pensionen der Kriegsoffer, der Einkünfte der kleinen Rentner, der sozialpolitischen Leistungen. Der Gesamtbetrag der "Ersparnisse" betrug rund 11 Milliarden Franken. Die jetzt herausgegebenen Notverordnungen sollen als Gegengewicht eine Herabsetzung der Lebenshaltungskosten und eine Herabsetzung der Zinsrate bringen, einige Pflaster auf die Wunden, die die ersten Verordnungen den Kleinrentnern und den Bauern geschlagen haben, sowie ein Programm öffentlicher Arbeiten.

Im Ganzen gesehen ähnelt der Lavalsche Plan dem Plan Brüning, den dieser seinerzeit zur "Krisenüberwindung" vertrat. Wie in Deutschland, so zielt auch in Frankreich der Abbau der Beamtengehälter darauf ab, der Privatindustrie eine Grundlage für den Angriff auf Löhne und Gehälter zu geben. Wie Brüning, macht auch Laval den Versuch auf diesem Wege die Abwehr der Beamten und Arbeiter voneinander zu trennen, sie gegeneinander auszuspielen. Wie Brüning stellt auch Laval einen Abbau der Lebensmittelpreise als Gegengewicht gegen den Abbau der Löhne und Gehälter in Aussicht. In Deutschland hiess der Preiskommissar Goerdeler. Dieser Preiskommissar scheiterte am Widerstand der grossen Kartelle, der Trusts und Grossagrarien. Seine Tätigkeit war Theater zur Beruhigung der werktätigen Klassen. Das Nettoresultat war die tatsächliche Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Massen. Die Preise blieben, wie sie waren, oder stiegen.

Laval hat keinen Preiskommissar ernannt; er hat die Präfekten zusammenberufen und ihnen aufgetragen, alle möglichen Initiativen zu entfalten, um auf Grund der entsprechenden Dekrete Preissenkungen durchzuführen. Man kann bereits heute sagen, dass das Ergebnis ein brüningisches sein wird, weil der Versuch mit untauglichen Mitteln unternommen wird. Um eine wirkliche Preissenkung durch den Staat durchzuführen, bedarf es zweier grundlegender Voraussetzungen: 1.) muss der Staat über die gesamte oder den ausschlaggebenden Teil der Produktion und Verteilung frei verfügen können. Das aber ist nur möglich, wenn er der Besitzer der entscheidenden Mittel der Produktion und Verteilung ist, d.h. auf der Grundlage sozialistischer Wirtschaft. 2.) Muss an dieser Aktion nicht nur der staatliche Beamtensapparat, sondern die breite Masse der Werktätigen in organisierter Form teilnehmen. Diese Voraussetzungen existieren nur in der Sowjetunion, in Frankreich ist dies ebensowenig der Fall wie in Deutschland. Die Regierung Laval ist ebenso wie die Regierung Brüning seinerzeit in Deutschland ein Instrument des Kapitals und ein hartnäckiger Gegner aller sozialistischen Massregeln.

Dazu kommt, dass in Frankreich zwischen den kleinen Produzenten, vor allen den Kleinbauern, und den Konsumenten eine aussergewöhnlich breite

parasitäre Schicht des Zwischenhandels eingeschoben ist. Worauf wird also die Freissenkungsaktion Laval hinauslaufen? Gegen den Grosshandel, der der entscheidende Faktor der Verteuerung ist, wird die Aktion wirkungslos sein, sie wird dagegen die Kleinbändler und die Kleinproduzenten angriffen, eine breite Schicht, die selbst in sehr gedrückter Lage ist. Sie wird dadurch in ständiger Unruhe gehalten und verärgert - ohne für die Konsumenten Ergebnisse zu erzielen, die dadurch auch ihrerseits enttäuscht und verärgert sein werden.

Hieraus folgt, dass die Einheitsfront oder die Volksfront alle Kräfte einsetzen muss um das ganze Gebäude der Lavalschen Notverordnungen über den Haufen zu werfen und die Lasten der Krise auf die Besitzenden abzuwälzen. Dazu muss sie auch die Kleinbauern, die kleinen Geschäftsleute in den Abwehrkampf einbeziehen und den Kampf gegen das Grosskapital und die Regierung Laval eindeutig ausrichten. Sonst besteht die Gefahr, dass der Faschismus sich auf Grundlage der enttäuschten Schichten des Kleinbürgertums und Teilen der Arbeiterklasse eine Massengrundlage schafft, die er heute noch nicht besitzt.

Hier aber bestehen bestimmte Gefahren.

Die radikale Partei, auch ihr linker Flügel, hat sich bis heute unter den verschiedensten Vorwänden geweigert, an der Aktion gegen die Notverordnungen teilzunehmen. Die radikale Partei tut vielmehr alles, um diese Aktion zu hemmen und zu sabotieren. Wir haben hier laufend darüber berichtet. Die Vorfälle von Brest und Toulon werden von den Radikalen benützt, um gegen die "Exzesse" der Arbeiter aufzutreten, um gegen Streiks Stimmung zu machen, um die Arbeiter und Beamten zur "Ordnung", zur "Ruhe" und "Würde" zu ermahnen, d.h. dazu, dass sie von der einzigen wirksamen Waffe, der Waffe des Streiks keinen Gebrauch machen.

Auf der anderen Seite hat die CGT, sehr wenig Neigung gezeigt zur Streikwaffe gegen die Notverordnungen zu greifen. Auch sie hemmt hier die wirksame Massenaktion.

Nach den Vorfällen von Brest und Toulon beschränkt sich die Volksfront darauf, die "Provokationen" anzuklagen, deren Opfer die Arbeiter geworden seien, aber man verächtete darauf, die Masse der Arbeiter und Werktätigen zu Sympathie-Aktionen aufzurufen und liess die Sache in die Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission auslaufen ...

Es bedarf keiner langen Beweisführung, um zu begreifen, dass es verhängnisvoll wäre, wenn dieser Zustand weiter fort dauern würde. Die KP muss alles tun um die Widerstände zu brächen, sie muss an die breiten Massen appellieren, sie in breiten Einheitsfrontorganen zusammenfassen und zum Druck gegen diese Hemmnisse von oben einsetzen.

Seien wir uns klar, der erfolgreiche Kampf gegen die Notverordnungen wird für die Massen der städtischen Kleinbürger und der Klein- und Mittelbauern, die heute noch an den Traditionen der bürgerlichen Demokratie festhalten, der Prüfstein sein für die Kraft der Einheitsfront und der Volksfront, der Prüfstein zugleich für ihre Anhänglichkeit an die bürgerliche Demokratie selbst.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER VII. WELTKONGRESS UND DIE REFORM DER KOMMUNISTISCHEN
oo

INTERNATIONALE .
oooooooooooooooooooo

Der Beschluss des 7. Weltkongresses der Komm. Internationale zu dem von Gen. Pieck erstatteten Bericht des Exekutivkomitees liegt jetzt im Wortlaut vor und es ist daher möglich und geboten, dazu Stellung zu nehmen. Der Beschluss enthält zweierlei. Erstens die Bestimmung der taktischen Grundlinie der KI und ihrer Sektionen für die nächste Zukunft, zweitens Anweisungen über eine grundlegende Reform der Kommunistischen Internationale, die zugleich eine Reform des Regimes in den Sektionen bedingt. Mit der erstgenannten Seite dieses Beschlusses wollen wir uns hier nicht eingehend beschäftigen, - um dies zuverlässig zu können muss die Gesamtheit der Beschlüsse, der dazugehörigen Referate und Diskussionen vorliegen. Es genügt hier zu sagen, dass diese Seite des Beschlusses auf die Liquidation des ultralinken Kurses hinausläuft.

Dagegen wollen wir uns hier mit der genannten zweiten Seite der Resolution beschäftigen, die auf eine grundlegende Reform der KI hinausläuft.

Vor wenigen Monaten noch wurde in einem offiziellen Artikel der Zeitschrift der Kommunistischen Internationale die von den "Brandlerianern" seit Beginn ihres Kampfes erhobene Forderung nach einer grundlegenden Reform der KI mit selbstzufriedenen Hohn abgetan.

Es genügt, sich zu erinnern, worin die Hauptforderungen der Komm. Opposition in Bezug auf die Reform der KI bestanden, um zu sehen, dass die in der genannten Resolution festgelegten Weisungen Punkt für Punkt dem entsprechen, was die Komm.-Opposition verlangt, wofür sie unter den schwersten Verhältnissen, mit eiserner Ausdauer gekämpft hat.

Wir beschränken uns darauf, anzuführen, was dazu in der Plattform der KPD-Opposition gesagt ist.

Auf die Frage "Wie muss der gegenwärtige Zustand der KI geändert werden, wenn die Krise überwunden werden soll", wird geantwortet:

1.) Das Monopol der KPdSU (Komm. Partei der Sowjetunion) in der Führung der KI ist ein Hemmnis geworden, ist überholt. Es muss fallen. Die KPdSU kann nicht mehr die alleinige Führerin der KI sein, sondern nur noch die Erste unter Gleichen. Diese Stellung sichert ihr die Tatsache, dass sie die einzige Partei ist, die die Macht in einem proletarischen Staate ausübt, nicht weniger gebührt ihr, nicht mehr ist mit der Erhaltung und dem Fortschritt der internationalen kommunistischen Bewegung vereinbar.

2.) Die Führung der KI muss eine wirklich kollektive internationale Führung werden, in der die Erfahrungen ihrer einzelnen Sektionen zur Geltung kommen und durch die kollektive Arbeit verwirklicht werden. Das normale Mittel der internationalen Einwirkung auf die nationalen Sektionen soll die kameradschaftliche Hilfe und nicht der bürokratische Stockprügel oder die fraktionelle Hetze sein.

3.) Die Fragen der KPdSU müssen in der Internationale diskutiert werden, aber sie müssen aufhören, das einzige und ausschliessliche Kriterium der revolutionären Qualität zu sein. An erster Stelle müssen die Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung selbst stehen.

4.) Bei der Herausarbeitung der spezifischen Fragen der einzelnen Länder muss den Parteien dieser Länder die wichtigste und führende Rolle zufallen. Die internationale Führung hat darauf zu achten, dass sie sich im Rahmen der Grundsätze des Kommunismus und der taktischen Hauptsätze bewegen. Aber die internationale Führung darf die ~~ihre~~ Selbsttätigkeit der komm. Parteien weder ersetzen noch unterdrücken wollen.

5.) Die Voraussetzungen für eine solche Reform der KI, die ihr ermöglichen die Aufgaben zu erfüllen, die durch die zweite Etappe der proletarischen Revolution gestellt werden, sind:

a.) Die Unterwerfung der internationalen Führung der laufenden Kritik und der wirklichen Kontrolle der Sektionen und zwar durch die Masse der Mitglieder;

b.) die Wahl der Leitungen der einzelnen Sektionen ausschliesslich von unten durch die Mitgliedschaft. Ebenso kann die Wahl der Delegierten zu den internationalen Kongressen nur von unten durch die Mitgliedschaft nach ausgiebiger und freier Diskussion der zu behandelnden Fragen erfolgen;

c.) Zusammensetzung der Exekutive aus den reifsten, kritischsten und selbstständigsten Kräften der einzelnen Sektionen. Die Funktionäre der Exekutive sollen aus solchen Genossen zusammengesetzt werden, die die internationale Arbeiterbewegung oder grosse Teile von ihr aus eigener Anschauung und Mitarbeit kennen."

Die entscheidenden Stellen der Resolution des 7. Weltkongress, die die Reform der KI beinhalten, besagen im Wesentlichen folgendes:

a.) Das Schwergewicht der internationalen Leitung soll gelegt werden auf die Ausarbeitung der grundlegenden politischen und taktischen Einstellungen, wobei von den konkreten Verhältnissen und Besonderheiten jedes einzelnen Landes auszugehen ist.

Es wird weiter ausdrücklich betont, dass "in der Regel ein unmittelbares Eingreifen in die internen organisatorischen Angelegenheiten der Komm. Parteien zu vermeiden ist".

b.) Die Leitung der KI soll systematisch mithelfen an der Schaffung und Schulung der Kader, sowie wahrhaft bolschewistischer Führer in den komm. Parteien "damit die Parteien imstande seien, auf der Grundlage der Beschlüsse der KI und der Plenartagungen des Ekki bei jähen Wendungen der Ereignisse rasch und selbstständig die richtige Lösung der politischen und taktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung zu finden".

c.) Die Leitung der KI soll den komm. Parteien "in ihrem ideologischen Kampfe mit den politischen Gegnern wirksame Hilfe leisten",

d.) sie soll den komm. Parteien helfen, "sowohl ihre eigne Erfahrung, als auch die Erfahrung der internationalen komm. Bewegung zu verwerten, dabei jedoch vermeiden, dass die Erfahrungen des einen Landes mechanisch auf ein anderes übertragen werden und die konkrete marxistische Analyse durch Schablonenhaftigkeit und allgemeine Formeln ersetzt wird".

e.) Für eine engere Verbindung der leitenden Instanzen der KI mit den Sektionen der KI durch noch aktivere Beteiligung massgebender Vertreter der wichtigsten Sektionen an der täglichen Arbeit des Exekutivkomitees der KI zu sorgen.

Die Übereinstimmung erstreckt sich teils ausdrücklich, teils auf dem Wege der Folgerung auf alle wesentlichen Punkte. Nämlich

a.) kollektive Führung der KI

b.) Beschränkung der internationalen Leitung auf Herausarbeitung der taktischen Grundlinien, ideologische Hilfe, grundsätzliche und taktische Kontrolle

c.) Bruch mit dem System des bürokratischen Zentralismus, politisch und organisatorisch

d.) Kurs auf die Erziehung der Sektionen zur Selbstständigkeit in der politischen Orientierung und Führung in den Fragen ihrer Länder.

Von der notwendigen Kritik und Kontrolle der internationalen Leitung durch die Sektionen, von der innerparteilichen Demokratie in den Sektionen ist in dem Beschluss nicht ausführlich die Rede. Das ergibt sich aber als Bedingung für die wirkliche Durchführung. Ebenso ergibt sich aus der Forderung, dass die internationale Leitung normalerweise sich nicht in die innerorganisatorischen Angelegenheiten der komm. Parteien einmischen soll, die Ersetzung und Absetzung der leitenden Funktionäre durch die Mitglieder als das Normale.

Die Ursachen dieser grundlegenden Wendung im Regime der KI und ihrer Sektionen sind klar. Es sind die negativen Auswirkungen der bisherigen Methode, die Erfordernisse der Schaffung komm. Parteien, die "Revolution" in ihrem Lande wirklich vorbereiten und führen können und die durch harte Tatsachen, durch schwere Niederlagen bestätigt ~~ist~~ Kritik der kommunistischen Opposition.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Der Beschluss des 7. Weltkongresses schafft eine neue Lage.

Ein Beschluss ist natürlich noch keine Durchführung. Und auf die Durchführung kommt es entscheidend an.

Aber der Beschluss als solcher schafft eine Grundlage, damit die Komm. Opposition nunmehr mit der Partei in der Partei an der Durchführung mithelfen kann.

Und in dem Masse, wie dieser Beschluss in die Tat umgesetzt wird, werden auch die Bedingungen geschaffen, um die Reste des ultralinken Kurses zu liquidieren und neu auftauchende Fehler, ultralinken und opportunistischer Art, möglichst rasch und leicht zu überwinden.

Die kommunistische Opposition, das zeigt dieser Beschluss, hat ihren schweren Kampf nicht vergebens geführt. Sie kann auf die Ergebnisse ihrer Arbeit stolz sein. Sie haben eine neue fortgeschrittenere Etappe in der Entwicklung der komm. Weltbewegung herbeiführen helfen.

Dieses sachliche Ergebnis ist entscheidend.

Die praktischen Folgerungen aus dieser Lage für sich zu ziehen, wird, zu gegebener Zeit, die Sache der internationalen u. nationalen Organisation der Komm. Opposition sein, nach gründlicher Prüfung unter Beteili-

gang der gesamten Mitgliedschaft, im organisierter Weise.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUßENPOLITISCHES RUNDSCHAU.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Schwierigkeiten des Hitlerregimes.

Die wachsenden Schwierigkeiten, mit denen die faschistische Diktatur in Deutschland zu kämpfen hat, sind sowohl wirtschaftlicher wie politischer Natur. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hängen aufs engste mit dem besonderen Charakter der Wirtschaftsbelebung in Deutschland als einer Staatskonjunktur zusammen. Die Folge der Rüstungskonjunktur ist eine starke staatliche Verschuldung. Nach den Angaben der "Frankfurter Zeitung" (11.8.35) beläuft sich die Gesamtverschuldung des Reiches auf etwa 18 Milliarden Mark und betragen die kurz- und mittelfristigen Schulden (Arbeitsbeschaffungswechsel) 8,5 - 9,5 Milliarden Mark. Diese Angaben sind sicher noch zu niedrig. Die Abtragung, Konsolidierung der Milliardenschuld und die weitere Finanzierung der Aufrüstung ist das grosse Problem, das der Hitlerregierung schwere Sorgen bereitet. Der Reichshaushalt ist bereits bis 1940 mit ca. 5-6 Milliarden vorbelastet, zu deren Abdeckung die Steuereingänge auf Jahre hinaus verwandt werden müssen. Da die Verfechter der Idee einer Inflation als Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich bisher in den führenden Nazikreisen nicht haben durchsetzen können, sind weitere deflationistische Massnahmen im Sinne des Schachtschen Wirtschaftsprogramms (neue Steuern, neue Laster, Einschränkung der öffentlichen Ausgaben (ausser für Rüstungszwecke und den fasch. Machtagerrat) und neue Lohnsenkungen zu erwarten.

Die Hauptleittragenden dieser Wirtschaftspolitik der Nazis sind die werktätigen Massen Deutschlands. Die Nazis versuchen, das mit dem Hinweis auf den Rückgang der Zahl der Arbeitslosen (von 6.4 am 15.2.33 auf 1.7 Millionen am 31.7.35) zu bestreiten. Aber es steht fest, 1) dass diese Zahl durch aussichtslose Ausmerzung in Vorhunderttausenden von Erwerbslosen aus der Arbeitslosenkategorie (die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit) gekürzt ist; 2) dass mehr als eine Million ehemaliger Arbeitsloser im Arbeitsdienst, in der Landhilfe usw. zu Löhnen arbeiten, die niedriger als die Arbeitslosenunterstützung sind; 3) dass die Arbeiter die Mehrinstellungen mit Lohnsenkungen bezahlen mussten. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts betrug der Durchschnittswochenlohn eines deutschen Arbeiters im Jahre 1934 nur 22 Mark, in Ostpreussen sogar nur 18 Mark. Für die Bergarbeiter des Ruhrgebiets beginnt am 15. August eine Unterstützungsaktion der Nat.-soz. Volkswohlfahrt, weil sie infolge der grossen Zahl von Feierschichten nicht mehr ihr Existenzminimum verdienen.

Die Verelendung der werktätigen Bevölkerung Deutschlands kommt auch in den Angaben über den Massenkonsum zum Ausdruck. Der Tabaksteuereingang blieb im Juni gegenüber dem Vorjahre um ein Siebtel zurück, der Gasabsatz liegt niedriger als im vorigen Jahre, die Einzelhandelsumsätze im 1. Halbjahr 1935 liegen, wie die "Frankfurter Zeitung" schreibt, "zwar summenmässig um 3 % über der gleichen Vorjahrszeit, .. aber wahrscheinlich ist keine mengenmässige Zunahme des Absatzes" damit verbunden. Die Zunahme der Konkurse und Zahlungseinstellungen (Juli 1935: 305, Juli 1934 254) weist auf die verzweifelte Lage, in der sich das städtische Kleinbürgertum befindet, hin.

Die schwierige Situation der werktätigen Massen wird seit einigen Wochen noch durch eine empfindliche Lebensmittelknappheit und Teuerung verschärft. Nach Nazi-Angaben sind die Lebensmittelpreise um 25 %, der Index für landwirtschaftliche Produkte um 61 - 100 Punkte gestiegen. Es mangelt an Tieren, Schweinefleisch, Gemüse, Citronen usw. Kartoffeln kosten 11 - 13 Pfennige pro Pfund (gegenüber 6 - 7 Pfg. im Vorjahr), Eier 13 Pfennig das Stück (8 - 9 Pfg.), Gemüse und Obst sind für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich. Die Schweinezufuhr in den Berliner Schlachthöfen (1 Augustwoche) wies mit 8.804 Stück ein Defizit von 1.115 Stück auf, die Hammelzufuhr mit 4.490 Stück ein Defizit von 1.835 Stück. Die Hausfrauen hamstern Fleischkonserven, die infolgedessen um 10 % gestiegen sind. Die Ursachen dieser Ernährungsschwierigkeiten liegen einmal

darin begründet, dass die Naziregierung die Devisenzuteilung für die Einfuhr von Lebensmitteln stark einschränkt, zum anderen darin, dass die Bauern, verärgert durch die Preispolitik und die Zwangswirtschaft der Nazis, ihre Erzeugnisse zurückhalten.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer Lage kommt in mannigfachen Formen zum Ausdruck: in der wachsenden Aktivität der illegalen antifaschistischen Bewegung, in der protestantischen und katholischen Kirchenopposition, im Stahlhelm, in vereinzelten Streiks. Die Nazis suchen dieser wachsenden Oppositionsbewegung mit den brutalsten Terrormassnahmen Herr zu werden. Den Stahlhelm, in dem sie die "Reaktion", die mit dem Naziregime unzufriedenen Schichten der Bourgeoisie, die hohe Bürokratie, Teile der Reichswehrführung zu treffen suchen, lösen sie nach und nach auf. Der katholischen Kirche, die ihnen als Sammelbecken der unzufriedenen katholischen Bauern im Rheinland und in Süddeutschland, der katholischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besonders gefährlich erscheint, kündigen die Nazis einen Kulturkampf an (nachdem sie sich bisher mit Rücksicht auf die Saarabstimmung geschont hatten). Die kommunistische Bewegung wollen die Nazis durch Massenverhaftungen und Todesurteile (siehe Claus und Kaiser) einschüchtern. Ihre eignen missgestimmten Anhänger sollen durch Antisemitismus und Judenprogrome abgelenkt und "beschäftigt" werden.

Ob die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der Nazis zu einer wirklichen Gefahr für das Hitlerregime werden, hängt einzig und allein davon ab, inwieweit die Arbeiterklasse imstande ist, diese Schwierigkeiten für den antifaschistischen Kampf auszunutzen. Die bisherigen Widerstandsaktionen in den Betrieben gingen nicht über den Rahmen der passiven Resistenz hinaus - was sich auch aus dem Fehlen von illegalen Gewerkschaftskadern in diesen Betrieben erklärt. Will die Arbeiterklasse Deutschlands einen Schritt weiter tun, von der passiven Resistenz zum Streik (zum wirtschaftlichen und politischen Streik) übergehen, so muss sie sich ihre Kampforgane in den Betrieben, d.h. illegale Gewerkschaftsgruppen schaffen. Angesichts der schwierigen Situation der Nazidiktatur ist das heute dringender als je.

Polens Sieg in Danzig.

Der Konflikt zwischen Polen und dem Danziger Nazis-Senat hat mit einem Sieg Polens geendet. Die Danziger Nazis haben die Forderung der Polen, für die Danziger Zoll-, Hafen- und Eisenbahngebühren die Zlotyzahlung einzuführen, annehmen, die Öffnung der Zollgrenze gegenüber Deutschland für Lebensmittel, Kohlen usw. zurücknehmen und sich mit der Einleitung von Verhandlungen der beiderseitigen Notenbanken über das Verhältnis von Zloty und Danziger Gulden, d.h. über die Einführung des Zlotys als Danziger Währung, einverstanden erklären müssen. Damit ist ein weiterer Schritt auf dem Wege der wirtschaftlichen Angliederung Danzigs an Polen gemacht worden. Die Danziger Nazis mussten auf Befehl der Hitlerregierung, die weder gewillt ist, Danzig materiell zu unterstützen, noch die Freundschaft mit Polen, welche sie gerade für die Bildung einer Oppositionsfront gegen den Ostpakt dringend braucht, aufs Spiel zu setzen.

Zur Verstärkung der deutsch-polnischen Opposition gegen den Ostpakt hat der polnische Aussenminister Beck in diesen Tagen eine Reise nach Finnland unternommen. Beck soll dort nicht nur Unterstützung im Kampfe gegen den Ostpakt gesucht, sondern ein Flottenabkommen Deutschlands, Polens und Finnlands vorgeschlagen haben, das den drei Mächten die Vorherrschaft im Baltischen Meer sichern würde. Die Reise Becks nach Finnland hat die Gefahr, die die Sowjetunion von Seiten des faschistischen Deutschland und Polens droht, noch erhöht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nach den Mindestlöhnen die Pensionen:

Ein neuer Anschlag der Proporzverwaltung.
 =.

In der vorigen Nummer kündigten wir den bevorstehenden Abbau der städtischen Mindestlöhne der Frey'schen Stadtverwaltung an. Dieser Abbau ist nunmehr am Freitag, den 9. August durch die städtische Lohnkommission gegen die Stimmen der 3 Arbeitervertreter, mit der Stimme des Bauunternehmers und Adjoints Maechling beschlossener worden.

Nach demselben Beschluss soll in Zukunft bei städtischen Arbeiten der Maurer 4.80 statt bisher 5.80, der Hilfsarbeiter 3.80 statt bisher 5.20 frs erhalten. Dieser Beschluss würde im Falle seiner Realisierung dem weiteren Lohnabbau in der Privatindustrie einen kräftigen Auftrieb verleihen und gerade jene Politik Vorschub leisten, gegen die sich auch die CGT-Bauarbeiter und Imbs bisher gewehrt haben und die sie wiederholt als verbrecherisch bezeichneten.

Typisch für die Politik der Proporzstadtverwaltung ist, dass sich die Unternehmervertreter unterstützt vom Adjoint Maechling mit Händen und Füßen dagegen wehrten, dass die Frage des Abbaus der städtischen Mindestlöhne vor das Forum des Gemeinderats gebracht wird. Wir wissen nicht ob hier ein stillschweigendes Abkommen zwischen der Fabrikantenpartei des Herrn Frey und den Chefs der SFIO vorliegt, nachdem die "unangenehmen Sachen" im Interesse der Aufrechterhaltung der Koalition auf solche Art dem Gemeinderat vom Halse geschafft werden sollen.

Auf jeden Fall begrüßen wir die Entscheidung der Arbeitervertreter, die Angelegenheit allen Gemeinderatsfraktionen zwecks Behandlung im Gemeinderat zu unterbreiten.

Daneben ist es notwendig dass die CGTU sich zur Verhinderung dieses Lohnabbaus sowohl an die CGT direkt, als auch an die CGT-Bauarbeiter im Besonderen wende. Wir haben in grossen Strichen bereits die Form angeordnet, in der diese Aktion mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und deren Finanzierung zu verbinden ist.

Der nächste Schlag der Proporzstadtverwaltung richtet sich gegen die bezieher städtischer Pensionen. Es ist bereits ein Vorschlag ausgearbeitet, nachdem die Pensionsempfänger, die neben ihrer Pension noch irgendeine Rente beziehen, von ihrer Pension die Hälfte dieser Rente abgezogen erhalten sollen.

Auch dieser Vorschlag ist typisch für Herrn Frey und entspricht ganz dem Programm der Fabrikantenpartei, die alles tut um die Laval'schen Massnahmen noch zu verschärfen.

Es ist an der Zeit, dass sich die sozialistischen Arbeiter auch für Strassbourg auf die Losung besinnen "Die Reichen sollen zahlen" und die Abwehrfront gegen Laval auch auf seinen Strassbourger Adjudanten, den Zufalls-Maire und Doppelverdiener an gros Ch. Frey ausdehnen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um die Volksfront:

Winzenheim und Forbach.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Am Sonntag, den 11. August fanden im Kanton Winzenheim im Oberelsass und im Kanton Forbach in Lothringen Generalratsersatzwahlen im II. Wahlgang statt.

Im Kanton Forbach stand der Linkskandidat Hoffmann (Radikalsozialist) dem rechtsbürgerlichen Kandidaten Meyer gegenüber, zu dessen Gunsten sich der royalistische Kandidat zurückgezogen hatte.

Im Kanton Winzenheim stand der Apna-Kandidat Meyer dem UPR-Kandidat Deputé Rossé gegenüber, zu dessen Gunsten die KP ihren Kandidaten zurückgezogen hatte.

Im Kanton Forbach unterstützte die KP den Linkskandidaten (ein Vertreter der Volksfrontparteien), aber die "Humanité" lehnte ausdrücklich jede Propaganda für ihn ab, da er auch vom Deputé Doeble unterstützt wurde. Die "Humanité" erklärte offen, dass sie es ablehne für den Kandidaten Propaganda zu machen.

Im Kanton Winzenheim dagegen trat die KP mit voller Unterstützung der "Humanité" und auf Initiative der Regionalleitung der Partei für den UPR-Kandidaten Rossé ein und bezeichnete ihn auf Grund seiner Antwort an die Partei als den Kandidaten der wahren Volksfront.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass der Apna-Kandidat in keinem Fall als sogenanntes kleineres Übel gegenüber dem UPR-Kandidat im Kanton Winzenheim in Frage kam, wie dies die Radikalen direkt und die Sozi-

alisten im "Republikaner" indirekt taten. Die Ablehnung des Appa-Kandidaten schloss aber keineswegs die Verpflichtung ein, dass die Kommunisten auf Grund eines rein platonischen und jesuitischen Bekenntnisses Rossés zum Antifaschismus ihren Kandidaten zurückziehen und Herrn Rossé zum Vertreter der wahren Volksfront stempeln mussten.

Wir haben nachgewiesen, dass Herr Rossés Bekenntnis zum Antifaschismus kein Abrücken von den Doumergueschen Staatsreformplänen der UPR, kein Verzicht auf den "ständisch-christlichen" Gedanken enthielt, sondern deren Bejahung und Verwirklichung betonte. Mithin steht Herr Rossé in der Frage des Antifaschismus auf einer ähnlichen Linie wie die Partei des Herrn Wallach und Ch. Frey.

In der Antwort auf die zehn Forderungen der KP hat sich Herr Rossé in echt jesuitischer Weise um eine klare Antwort herumgedrückt. Rossé ist nicht für die Auflösung der faschistischen Ligen, für die sogar die Radikalen eintreten, er ist nur für die Auflösung aller bewaffneten Organisationen. Herr Rossé hat sich gehütet klar zu sagen, dass er für die sofortige Einberufung des Parlaments und den Sturz der Regierung Laval ist. Herr Rossé hat sich keineswegs verpflichtet gegen jede Regierung der union nationale oder union sacrée einzutreten.

Trotz dieser Tatsachen, hat die Regionalleitung ihren Kandidaten zurückgezogen und ist mit Begeisterung für Herrn Rossé als wahren Volksfrontkandidaten eingetreten.

Wenn wir uns nach den Ursachen dieser äussersten Wendung fragen, so liegt sie in der Wendung beschlossen, nach der die nationale Frage zur Zentralachse der Gesamtaktivität der Partei in Elsass-Lothringen zu werden hat. Die Haltung zur Forbacher und Winzenheimer Wahl ist dafür ein Beweis.

Wir haben an dieser Stelle die unvermeidlichen Wirkungen dieser neuen Linie wiederholt aufgezeigt. Wenn die Partei glaubt auf diesem Wege von der proletarischen Einheitsfront zur Volksfront zu kommen, wenn sie glaubt auf dem Winzenheimer Wege das Bündnis der Arbeiterklasse mit den städtischen und ländlichen Mittelschichten herzustellen, so wird sie das Gegenteil erreichen. Sie wird die erste und grundlegende Voraussetzung für die Schaffung einer Volksfront auf dem Boden der Ziele und Kampfmethoden der Arbeiterklasse, die proletarische Einheitsfront zerstören und wird in der Folge auf ein Anhängsel jener bürgerlich-autonomistischen Kräfte herabgedrückt, die in engster Bundesgenossenschaft mit den hitlerischen Elzianern stehen.

Es ist an der Zeit, dass die Parteimitglieder die taktische Linie der Regionalleitung einer kritischen Diskussion unterwerfen und Voraussetzungen und Grenzen der Volksfrontpolitik unter den spezifischen Bedingungen Elsass-Lothringens herausarbeiten.

Es hat keinen Zweck den Kopf in den Sand zu stecken. Führt die Regionalleitung fort auf den beschrittenen Wege die Volksfrontpolitik zu praktizieren, dann wird in Bälde der Aktionspakt auch im Oberelsass in die Brüche gehen, ohne dass die Komm. Partei bei den soz. Arbeitern die SFIO mit der Verantwortung für diesen Bruch belasten kann.

-o-

ENTREISST KAISER UND CLAUS DEM HENKER!

Mit dem Erwachen der ersten aktiven Kampfhandlungen des deutschen Proletariats, verschärft die Regierung der Reichstagsbrandstifter den Terror gegen die illegalen kommunistischen Organisationen und ihre Funktionäre und Militanten.

Claus, ein langjähriger Funktionär ist von dem faschistischen Gericht wegen Betätigung im Sinne der Roten-Hilfe zum Tode verurteilt.

Kaiser, ehemaliger kommunistischer Reichstagsabgeordneter, ist nur deshalb zum Tode verurteilt, weil er trotz Hitler Kommunist geblieben und für seine kommunistische Überzeugung eingestanden ist.

Nichts vermag die Beiden dem Henker zu entreissen, als Eure Solidarität und Euer Protest.

Fallt den Henkern in den Arm. Protestiert! Sendet Protesttelegramme an die Hitlerregierung! Zögert nicht! Nehmt noch heute Stellung!

Verantwortlich: Emil Hirtzel.

Erscheint wöchentlich

Bezugpreis pro Monat bis 2-
Einzeltentative: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op~~osition~~ Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 52/II. Jahrgang.

Vierte Augustwoche 1935.

DEM ABESSINISCH-ITALIENISCHEN KRIEG ENTGEGEN.

oo

Frankreich hat bei den Verhandlungen, aus denen das Abkommen von Rom hervorging, Italien den Weg zu kolonialer Eroberung Abessiniens freigegeben, um es von der Verfolgung seiner imperialistischen Pläne im östlichen Mittelmeer abzuhalten. Offenbar war dies anfänglich auch der englische Gesichtspunkt. Frankreich wandte hier gegenüber Italien dieselbe Politik an, die ihm gegenüber Bismarck nach dem Krieg 1870/71 angewandt hatte. Bismarck ermunterte und erleichterte damals die französische Kolonialpolitik, um Frankreich von Europa abzulenken.

Die Berechnung Frankreichs und Englands gegenüber Italien war dabei folgende: Ein Konflikt im Balkan wird sofort ganz Europa in Brand setzen. Abessinien aber ist weit vom Schuss. Ein abessinischer Krieg wird ein "Lokalkrieg" sein.

Wir deckten an dieser Stelle vom ersten Augenblick an die Illusion vom "Lokalkrieg" auf. Heute ist die Kurzsichtigkeit und Verkümmtheit mit Händen zu greifen.

Es ist heute jedermann klar, dass der abessinische Krieg weitweirte Wirkungen haben wird. Erstens rollt er, bei jedem Ausgang, die Frage der europäischen Kolonialherrschaft in ganz Afrika auf und darüber hinaus, die der unterdrückten "farbigen" Völker in der ganzen Welt. Zweitens berührt der abessinische Krieg traditionelle Lebensfragen des britischen Empire - Bedrohung des Weges nach Indien, Gefahr für die englische Herrschaft über "farbige" Völker von rund 350 Millionen. Drittens greift der abessinische Krieg auch indirekt, aber sehr fühlbar, auf Europa über - Aufrollung der Machtfragen im Mittelmeer, Aufrollung der Kolonialfrage durch Deutschland, Erleichterung der Gelegenheit für Hitlerdeutschland um Österreich zu überfallen oder das kleriko-faschistische Regime von innen her in die Luft zu sprengen. Viertens rührt der abessinische Krieg wieder die Negerfrage in Amerika auf.

Daraus lassen sich einige wichtige Schlüsse ziehen.

Einmal auf die "Weisheit" und "Weitsichtigkeit", mit der heute imperialistische Politik gemacht wird. Ihre Kurzsichtigkeit und Torheit schlägt alle Rekorde. Es ist eine Politik die von der Hand in den Mund lebt, die einem Konflikt nur ausweicht, um einen anderen hervorzurufen. Zweitens beleuchten die Auswirkungen des abessinischen Krieges den tatsächlichen Zustand der imperialistischen Welt. Die Spannungen sind bereits so gross, die Grundlagen des imperialistischen Herrschaftssystems sind bereits so unterwühlt, dass es keine "lokalen" Kriege mehr gibt, dass ein Unternehmen, das noch vor 40 oder 50 Jahren wirklich ein "lokales" Unternehmen hätte sein können, heute das ganze morsche Gebäude des Weltimperialismus erschüttert.

Die negative "Weisheit", mit der heute imperialistische Politik gemacht wird, hängt sehr eng mit dem tatsächlichen Zustand dieser Welt zusammen. Es gibt keine "richtige" imperialistische Politik mehr. Was auch gemacht wird und wie es auch gemacht wird, so ist es falsch und beschwört Katastrophen herauf. Ein Symptom dafür, dass der Untergang nahe ist.

Die englische Politik stellt es so dar, als ob Mussolini sich beharrlich weigere zu sagen, was er wolle. Er hat es aber klar genug gesagt. Er will aus Abessinien eine italienische Kolonie machen und es zu diesem Zweck erobern.

Die englische Politik schlägt Italien "edelmütig" vor, Abessinien ohne Gewalt zur italienischen Kolonie zu machen. England weist Italien auf das englische Muster in Aegypten. Aber Mussolini weiss, dass die englischen "Berater" in Aegypten nur deshalb als wirkliche Herrscher des Landes funktionieren, weil England zuvor Aegypten militärisch unterworfen hat, weil es seine Truppen in Aegypten hat und jederzeit seine Flotte vor der ägyptischen Küste auffahren lassen kann. Das scheinbare weitgehende englische Angebot ist also in Wirklichkeit eine hohle Müss, ein demagogisches Manöver, dass den demagogischen Manövern Mussolinis gleichwertig ist.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

Heuchelei und Lüge ist hier auf allen Seiten. Mussolini will angeblich Krieg führen, um italienische Bauern in Abessinien anzusiedeln. Die übrige imperialistische Welt tut so, als ob sie das für bare Münze nehme. Es handelt sich hier in Wirklichkeit um die gewöhnliche imperialistische Demagogie, die das kapitalistische Ausbeutungsinteresse maskiert und populär zu machen sucht, indem sie an den Landhunger der Bauern appelliert. Die italienischen Bauern werden in Abessinien Landbesitz wahrscheinlich nur in Gestalt von Gräbern kennen lernen.

Wenn Italien der halbfeudale parasitäre Grossgrundbesitz, besonders in Südtarot gestört wird, ist für die italienischen Bauern Land genug da.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

England entdeckt jetzt plötzlich, dass das faschistische Regime in Italien erschüttert ist, dass der afrikanische Krieg beim italienischen Volk nicht populär ist und dass Mussolini als Herrscher Italiens schliesslich auch entbehrt werden könnte.

Das deutet darauf hin, dass die englische Diplomatie so wie 1916/17 im zaristischen Russland jetzt auch in Italien "revolutionäre" Sympathien entwickeln und betätigen wird.

Hoffen wir, dass die italienische Arbeiterklasse dem englischen Imperialismus denselben Dank abstatten wird, wie es seinerzeit die russische Arbeiterklasse getan hat.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

Italien hat bereits einmal einen Krieg gegen Abessinien verloren. Das braucht sich nicht zu wiederholen. Der abessinische Krieg kann ein "Abnützungskrieg" werden. Dabei wird sich aller Voraussicht Italien schneller abnützen als Abessinien. Die Stärke Abessinien sind eben seine barbarischen Verhältnisse, Lebensgewohnheiten, Sitten. Die Waffen werden ausser England und anderen, vor allem die Italiener selber liefern.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

Bis jetzt sind noch vor Beginn des Krieges beinahe 8 000 Mann des italienischen Heeres krank zurück geschickt worden. Ein englisches Blatt meldete das in der ironischen Weise, es seien "nur" 3 000. Das sind schon nahezu 10 % der italienischen Mannschaften!

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

Die abessinische Diplomatie und Propaganda arbeitet mit Raffinement. Sie stellt die europäische weit in den Schatten. Auch ein Beweis dafür, wie die urwüchsige Barbarei des Landes gegenüber der Barbarei des verfaulenden imperialistischen "Zivilisation" noch überlegen ist.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

Frankreich fordert Italien auf, seine marckanische Eroberungsmethode auf Abessinien anzuwenden. Dabei würde aber Italien längst die Luft ausgehen und es ist sehr fraglich, ob selbst das heutige Frankreich sich ein zweites Marckko leisten könnte.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

Die Lage Englands ist widerspruchsvoll. Ein Sieg der Abessinier über Italien wird dem Selbstbewusstsein der unterdrückten afrikanischen einge-

borenen Völker einen mächtigen auftrieb geben. Ein Sieg der Italiener mit passiver Duldung oder aktiver Hilfe Englands würde die Empörung und das Raubebedürfnis aller farbigen eingeborenen Völker des englischen Empire entfachen.

Also muss man den Krieg zu verhindern suchen. Aber um ihn zu verhindern, müsste England selbst bereit sein, Italien mit Krieg zu drohen und ihn gegebenenfalls führen. Das will es aus den verschiedensten Gründen nicht. Es will den Krieg nicht zulassen und es will auch nicht die Mittel anwenden, die notwendig wären, um ihn zu verhindern und andererseits erklärt es sich bereit, Italien Zugeständnisse zu machen, die nur durch Krieg zu verwirklichen sind.

Unter solchen Umständen vom imperialistischen England eine klare und eindeutige politische Linie zu fordern, heisst mehr verlangen als menschenmöglich ist.

Eine eindeutige und klare Linie in diesen Fragen ist nur noch der Arbeiterklasse möglich, deren sozialer Befreiungskampf vollkommen harmonisiert mit dem nationalen Befreiungskampf der farbigen eingeborenen Völker Afrikas und der von diesem Kampf eine starke Unterstützung erhält. Ähnlich wie die Widersprüche der englischen Politik in der abessinischen Frage sind die der französischen Politik.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wird der Völkerbund den abessinischen Krieg überleben? Ob er ihn formell überleben wird oder nicht, mag noch fraglich sein. Sicher ist, dass er dann nur noch ein Scheinleben führen wird. Die Eroberung der Mandschurei durch Japan war der erste starke Schlag, den der Völkerbund erhalten hat. Der Austritt Deutschlands war der zweite Schlag. Der dritte Schlag, der ihm durch den abessinischen Krieg versetzt wird, wird die Wirkung der vorhergehenden Schläge noch vervielfachen. Die eine Niederlage des Völkerbundes hat die andere nach sich gezogen. Die Sowjetunion hat natürlich Recht, wenn sie auch die minimalsten Möglichkeiten, die der Völkerbund noch gewähren kann, um Kriege zu verhindern oder auch nur ihren Ausbruch zu verzögern, ausnützt. Die internationale Arbeiterklasse aber muss sich klar sein, dass diese Möglichkeiten schon nahezu Null geworden sind und dass die Hauptkraft, die den Frieden erhalten kann, heute die eigne revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse ist. Davon allein hängt Krieg und Friede der Welt heute ab.

-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-

Aus Hitlerdeutschland:

DIE REDE SCHACHTS.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Reichsbankpräsident Schacht hielt kürzlich in Königsberg eine Rede, in der er offen gegen die antijüdische Boykottkampagne der Goebels und Streicher und den antikatholischen Feldzug Rosenbergs polemisierte. Das Goebelssche Propagandaministerium verhinderte die Verbreitung der Schachtschen Rede durch die Presse.

Englische Zeitungen küssen die Ansicht, dass Schachts Rede dem Bestreben entsprang, in den Augen des kapitalistischen Auslands "weise", "gemässigt" und infolgedessen kreditwürdig zu erscheinen, um so für ausländische Anleihen an Deutschland zu werben, ohne die die Hitlerdiktatur trotz aller finanziellen Geschicklichkeit Schachts auf die Dauer nicht eine offene Infaltion vermeiden kann.

Andererseits zeigt aber die Rede Schachts, dass ebenso wie seinerzeit vor dem 30. Juni 1934 auch heute die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus zu scharfen Konflikten innerhalb der deutschen Bourgeoisie und der regierenden Oliguen des Nazistaates geführt haben. Die Gerüchte, dass von gewissen Nazikreisen die Ernennung Gottfried Feders zum Nachfolger von Schacht betrieben werde und Schachts nachdrückliche Warnung vor einer offenen Infaltion deuten daraufhin, dass sich hinter dem gegenwärtigen Redekrieg der Nazigrössen ein Kampf der Infaltionsanhänger und der Gegner der Infaltion, oder besser der Gegner des Übergangs von der versteckten zur offenen Infaltion, verbirgt. Natürlich suchen beide faschistisch-kapitalistischen Oliguen durch demagogische Mittel ihr besonderes Programm möglichst populär zu machen.

Im Winzenheim:

Unsere Kritik und die Kritik der Anderen.

=====

"Wir dürfen uns nicht davor fürchten, dass wir unsere Fehler vor dem Feinde blossstellen. Wer das fürchtet, ist kein Revolutionär."

(Lenin auf dem III. KI-Kongress)

Wir, die der IVKO angeschlossene Kommunistische Opposition haben jahrelang einen schweren und harten Kampf gegen den ultralinken Kurs der KI und ihrer einzelnen Sektionen geführt. Das Kern- und Glanzstück dieses Kurses war die Theorie des Sozialfaschismus. Diese Theorie lief auf die Gleichstellung zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur hinaus, bezeichnete die Sozialdemokratie als eine faschistische Kraft und führte deshalb zur Ablehnung der Taktik der Einheitsfront, auf gewerkschaftlichen Gebiet zum praktischen Verzicht auf den Kampf um die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften usw. Die Verwirrung, die diese Theorie insbesondere in Deutschland ~~verursacht~~ bewirkt hat, ist zu bekannt, als dass es notwendig wäre sie hier im einzelnen zu schildern.

Im dem VII. Weltkongress der Komintern ist diese Theorie sang- und klanglos beerdigt worden und selbst ihre schärfsten Verfechter haben ihr keine Träne nachgeweiht. Stattdessen hat Gen. Dimitrow betont, dass die Kommunisten für die Herstellung der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie nicht einmal den Bruch mit der Politik der Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie in der Form der Koalitionspolitik fordern.

In Verfolg der Liquidation des ultralinken Kurses vollzog die KP in Elsass-Lothringen auch eine entschiedene Wendung in der nationalen Frage. 1932, als der Autonomismus eine Massenbewegung war, war die KP selbst gegen die Ausnutzung dieser Massenbewegung im kommunistischen Sinne. Kueber, der diesen Versuch mit untauglichen Mitteln machte, wurde als Renegat aus der Partei ausgeschlossen und 5 Jahre lang auf das Witendste bekämpft.

Heute, wo der bürgerliche Autonomismus eine politische Mäuserung von der bürgerlichen Demokratie in Richtung zum Faschismus durchmacht und sein extremster Flügel sich in eine Propagandafiliale Hitlerdeutschlands verwandelt hat, wo der Autonomismus keine Massenbewegung mehr ist, erklärt die KP-Führung, dass die Zentralachse der Gesamtaktivität der Partei in Elsass-Lothringen die nationale Frage zu sein hat.

Wir haben von der Partei keine Aufgabe des kommunistischen Standpunktes in der nationalen Frage verlangt, aber wir haben uns entschieden dagegen gewandt, dass die nationale Frage zur Grundlage der Einheitsfront und Volksfront gemacht wird, dass sie zum entscheidenden Kriterium für das Verhältnis der KP zu den anderen Parteien genommen wird. Die faschistische Gefahr, die drohende Kapitaloffensive, die Gefahr eines imperialistischen Krieges erforderten, dass diese Fragen zur Grundlage der Einheits- und Volksfrontpolitik der KP genommen werden.

Wir haben gleichzeitig betont, dass die KP alles tun müsse, um der bürgerlich-autonomistischen und der bürgerlich-zentralistischen Front die Klassenfront entgegensetzen müsse.

Aus diesem Grunde haben wir von Anbeginn die Politik bekämpft, die im vermeintlichen Interesse der breitesten Volksfront alles, von den Elzianern über die Sozialisten bis zur UPR sammeln wollte.

Wir haben dieser Politik ein unvermeidliches Fiasko vorausgesagt und darauf hingewiesen, dass ihre Praktizierung die proletarische Einheitsfront auch im Oberelsass in Gefahr bringen müsse.

Als die KP im Kanton Winzenheim ihren Kandidaten zu Gunsten Rossé zurückzog, ohne dass dieser ein klares und eindeutiges Bekenntnis zur antifaschistischen Volksfront abgelegt hatte und sich von der Doumergueschen Staatsreformpläne der UPR lossagte, haben wir Rossé gezeigt wie

er ist und zugleich die Konsequenzen aufgezeigt, die sich aus der Verallgemeinerung der Winzenheimer Linie für die proletarische Einheitsfront im Oberelsass daraus ergeben. Dabei haben wir nie einen Zweifel darüber zugelassen, dass wir in keinem Fall den Agna-Kandidat als die kleinere Übel gegenüber Rossé anerkennen, sondern es die Aufgabe der KP gewesen wäre, an die SFIO als Partner des Aktionspaktos heranzutreten, um mit ihr gemeinsam für den einzig wirklichen antifaschistischen Kandidaten und für die Popularisierung einer wirklich antifaschistischen Volksfront vor die kleinbürgerlichen und kleinbürgerlichen Wähler des Kantons Winzenheim zu treten.

Da die SFIO des Oberelsass offen erklärte, dass sie die taktische Linie der KP im Kanton Winzenheim als einen Bruch des Aktionspaktos betrachten müsse, mussten wir laut und vernehmbar unsere Stimme erheben.

Es war zu erwarten, dass ein Teil der zentralistisch eingestellten bürgerlichen Parteien, fussend auf ihrem Gegensatz zum Autonomismus und Regionalismus unsere Kritik an der Parteilinie in ihrem Sinne ausnutzen würden. Da dies im besonderen auf die Radikalen zutraf, die einige Auslassungen der "Arbeiterpolitik" aufgriffen und sie gegen Rossé und die KP verwerteten, glaubt "L'Humanité" an uns folgende Mahnung richten zu müssen:

"Es ist doch komisch, das ausgerechnet die "Republique" sich so viel Mühe gibt, die Aktionseinheit zwischen kommunistischer und sozialistischer Partei gegen die breite Volksfront und die Kommunisten zu retten! Allerdings müssten sich die sozialistischen Redaktionen im Elsass, auch die Kameraden der IVKO, dennoch Rechenschaft davon ablegen, wenn ein anerkanntes Polizeiblatt ihre Argumente zu den seinen macht. Das kann nicht alles richtig sein ..."

Wir finden das garnicht komisch! Jedermann weiss, dass die Radikalen im Elsass innerhalb der bürgerlich-zentralistisch eingestellten Parteien die schärfsten Gegner des Autonomismus sind und am entschiedensten für die eine und unteilbare Republik eintreten. Da die Taktik der KP die bürgerlich autonomistisch-regionalistische Bewegung stärkt, sind die Radikalen gegen die Taktik der KP und stürzen sich auf jedes Wort, dass diese Taktik, wenn auch von einer ganz anderen Ebene angreift, wie aus den gerade entgegengesetzten Gründen die "Elszianer" die Wendung der KP als den Sieg der "wahren" Volksfront bezeichnen, weil sie davon den endgültigen Bruch der antifaschistischen Volksfront im Oberelsass erwarten und sich davon allerhand für sich versprechen.

Wenn "L'Humanité" den Eindruck erwecken wollte, als wäre "La Republique" zum entschiedenen Verteidiger der proletarischen Einheitsfront geworden, so genügt ein Blick auf die Auslassungen Fritz Heckers, um jeden vom Gegenteil zu überzeugen.

Wir sind nicht gegen die Erweiterung der proletarischen Einheitsfront zu einer wirklichen antifaschistischen Volksfront. Aber wir sind entschieden gegen die Erweiterung der Volksfront, die von der KP auf dem Wege über die UPR im Kanton Winzenheim erstrebt wurde, weil sie zur Zerschlagung der proletarischen Einheitsfront, der grundlegenden Voraussetzung jeder wirklichen und wahren Volksfront führt.

Vielleicht ist "L'Humanité" so liebenswürdig und gibt das ihren Lesern zur Kenntnis, denn es sind garnicht wenige Militanten der KP die unsere Kritik billigen und für richtig halten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Proporzfront, Abbau der städtischen Mindestlöhne und die

Aktionseinheit.

Der Abbau der städtischen Mindestlöhne in Strasbourg, der auf Initiative der Proporzstadtverwaltung und mit aktiver Unterstützung des Vertreters der Stadtverwaltung beschlossen wurde, hat dem Lohnabbau in der Privatindustrie einen mächtigen Auftrieb verliehen. Die unmittelbar davon betroffenen Bauarbeiter haben sich ohne Unterschied von Partei- und Gewerkschafterichtung dagegen zur Wehr gesetzt.

Selbst die "Freie Presse" muss der wachsenden Empörung der CGT-Dauar-
beiter Ausdruck verleihen und kündigt an, dass die SFIO-Fraktion in der
nächsten Gemeinderatssitzung eine Interpellation wegen der Mindestlöhne
einbringen werde.

Dazu kommt, dass der mit den Stimmen der SFIO gewählte zuständige Adjoint
Macchling, eine Delegation der Bauarbeiter mit Spott und Hohn abgefer-
tigt hat.

Wie weit die Erregung unter den Bauarbeitern mit der Proporzpolitik der
SFIO gediehen ist, zeigte auch die Protestkundgebung gegen die Notver-
ordnungen im Alten Bahnhof. Imbs wurde als Vertreter der CGT durch die
Bauarbeiter einfach am Sprechen gehindert. Dass der Protest sich gegen
die Proporzpolitik der SFIO wandte, ging aus daraus hervor, dass die an-
deren Vertreter der CGT ungehindert ihre Rede halten konnten. Nichts ist
lächerlicher als der Versuch, den Protest gegen Imbs in einen Protest
verhetzter Hueberianer und Autonomisten umzubiegen. Jeder derartige Ver-
such ist eine grausame Selbsttäuschung und ein Beweis dafür, dass die
SFIO-Führung jedes Fingerspitzengefühl verloren hat.

Die Politik der Naegelen-Imbs im Gemeinderat ist offensichtlich in ei-
ne Sackgasse geraten. "Man kann nicht zweien Herren dienen"; man kann nur
das eine oder das andere.

Der bisherige Anschauungsunterricht, den die Proporzpolitik den Militan-
ten der SFIO und der CGT geliefert hat, sollte gezeigt haben, dass es auf
dem von der SFIO- und CGT-Führung beschrittenen Wege nicht geht.

Soll die Lage der Strassbourger Arbeiterbewegung nicht weiter heillos
verwirrt werden, sollen nicht weiter die Fabrikantenpartei und die die-
versen faschistischen Ableger profitieren, dann ist ein entschiedener
und entschlossener Kurswechsel in der SFIO vonnöten.

Wir wollen so wenig wie die soz. Militanten, dass die Stadtverwaltung in
die Hände der hitlerisch orientierten Autonomisten gelangt. Aber wir wol-
len auch nicht, dass sie wie gegenwärtig ein Werkzeug der Fabrikanten-
partei ist.

Deshalb haben wir die Aktionseinheit aller Arbeiterorganisationen gegen
Faschismus und Kapitaloffensive propagiert und deren Anwendung auf die
Gemeinderatswahlen mit dem Ziele einer Arbeitermehrheit gefordert.

Der Schlag gegen die Mindestlöhne stellt die soz. Arbeiter erneut vor
die Frage, ob ihre Partei auch weiterhin den Frey, Macchling usw. das
Ruder der Stadtverwaltung überlassen darf, ob ihre Vertreter weiter der
Proporzverwaltung angehören dürfen, die sich durch ihre praktischen Ta-
ten als Büttel der Unternehmer und der Lavalschen Verelendungspolitik
erweist.

Genug des grausamen Spiels! Soll der Kampf gegen den Abbau der Mindest-
löhne nicht ein Scheinkampf sein, dann müssen die Vertreter der SFIO
in der Stadtverwaltung ihre Demission geben, dann muss in Verbindung
mit der ausserparlamentarischen Aktion der Kampf für die Auflösung des
Gemeinderats, für die Ausschreibung von Neuwahlen geführt werden. Zu die-
sem Zweck muss die Aktionseinheit aller Arbeiterorganisationen ver-
wirklicht werden.

Dafür muss jetzt eine Bewegung in allen Massenorganisationen eingelei-
tet werden, eine Bewegung, die die Spitzen zwingt dem Willen der arbei-
tenden Massen Rechnung zu tragen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Dem Gesetz Genüge getan:

Ein Emigrant Hitler überantwortet!
==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Der IHV-Pressedienst meldet: Im Februar dieses Jahres wurde die erste
grosse Abschiebung von Saaromigranten aus dem Strassbourger Lager vorge-
nommen. 43 Emigranten wurden, nachdem sie sich kaum einige Wochen im Stras-
bourger Lager aufgehalten hatten, per Schub an die Saargrenze gebracht.
Bei der Vertreibung an der Hanweiler Brücke spielten sich erschütternde
Scenen ab.

Unter diesen 43 Abgeschobenen befand sich auch das IHV-Mitglied Alfred
Steinhage aus Elberfeld.

Warum wurde Steinhage ausgewiesen? Lange Zeit gelang es nicht, sich darüber Aufklärung zu verschaffen. Endlich wurde in Erfahrung gebracht, dass Steinhage mit Frau und Kind wegen einer Bagatelle Frankreich verlassen musste und seinen Haken ausliefert wurde.

Die Frau des Kam. Steinhage hatte zu Erfahrung gekommt im Korsettsticken und hatte sich bei einer Saargemünder Firma um eine Stellung beworben. Diese Firma war bereit, Frau Steinhage einzustellen. Da einem Aufenthalt in Lothringen durch die Behörden wahrscheinlich Schwierigkeiten gemacht würden, kam die Kameradin Steinhage mit der Firma überein, eine Vertretung für die Firma in Toulouse zu übernehmen. Die Frau St. hatte nun vor ihrer Übersiedlung von Saargemünd nach Strasburg einige Wochen bei der Firma gearbeitet, um den Nachweis ihrer Fähigkeit zu erbringen. Diese kurze probeweise Tätigkeit sollte der ganzen Familie Steinhage durch die Rücksichtslosigkeit der französischen Behörden zum Verhängnis werden. Wegen dieser unerlaubten Arbeitsaufnahme wurde die Familie Steinhage aus dem Strasburger Lager ausgewiesen und in das Saargebiet abgeschoben.

Diese Abschiebung hat dem Kam. Steinhage und wohl auch seiner Frau das Leben gekostet. Nach kurzem Aufenthalt im Saargebiet ging Kam. Steinhage nach Elberfeld und wurde dort verhaftet. Er kam nach dem Konzentrationslager Granienburg und wurde hier von den Schergen Hitlers erschlagen. Über den Aufenthalt von Frau Steinhage ist seither nichts mehr zu erfahren, sie ist verschwunden. Nach den bisherigen Erfahrungen muss man mit Gewissheit annehmen, dass auch die Kameradin Steinhage von den Nazis umgebracht wurde. Die 16 Jahre alte Tochter des Kam. Steinhage wurde zwangsweise in ein Arbeitsdienstlager gebracht.

Dem Gesetz der französischen Republik wurde Genüge getan, - und eine ganze Familie wurde dem Untergang ausgeliefert. Zwei Menschen im besten Alter sind erschlagen, ein junges Menschenkind mehr schmachtet in den Klauen der Faschisten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Die "EKS" nimmt auch zur Winzenheimer Wahl Stellung. Sie schreibt: "Die Frage stellte sich, was die Kommunisten im zweiten Wahlgang machen würden. Rossé zu Fall zu bringen... oder ob es ihnen mit ihrem Kampf für eine wahre Volksfront ernst sei. Damit wurde auch die Frage der sozialistisch-kommunistisch-radikalen Front im Oberelsass berührt. - Man kennt die Verhandlungen, die dann von Kommunisten und Volkspartei geführt wurden. Die komm. Partei hat dabei verschiedene Bedingungen gestellt, deren zweck wohl nur ein taktischer gewesen ist. Dann die KP hat in Winzenheim eine Schwenkung vorgenommen, in der die grösste Bedeutung dieser Wahl ist... Die KP hat das schon bei den Strasburger Gemeinderatswahlen erlebt... Sie musste sich der elsässischen Volksfront anschliessen und zwar bedingungslos.... Man weiss, dass die "Humanité" vor kurzem auch Rossé einen Faschisten nannte und ihn... mit all den Liebenswürdigkeiten bedachte, die sie sonst für die Landespartei bereit hält. Trotzdem hat sie Rossé in Winzenheim unterstützt, weil sie musste!"

Vielleicht gibt die "Humanité" diese Meinung auch ihren Lesern bekannt!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Rossé, der Kandidat der "Volksfront" in Winzenheim, gibt bekanntlich auch den "Elsässer Kurier" heraus. In seiner Nr. v. 19. Aug. druckt der "EK" eine Resolution des Bilgerschen Bauernbundes ab, in der sich dieser völlig mit dem faschistischen Bauernführer Drogées und dem Faschismus solidarisiert.

Bilger ist ein Mann Rossés. Wenn die "Humanité" in einer Polemik gegen den "Republikaner" behauptet mit ihrer Winzenheimer Taktik dem Junker Drogées die Bauern abspenstig zu machen, so kann man über solche Naivität nur staunen. Ist der "Humanité" denn nicht bekannt, dass Rossé der Freund Bilgers ist und seine faschistische Propaganda im Bauernbund begünstigt? Und diesen Rossé stellt die KP als Kandidaten der wahren Volksfront vor!

Da kommen wir und viele kommunistischen Militanten einfach nicht mehr mit...

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat für 2-
Bindeexemplare: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Oppektion Elsass (Section der IVKO)

Adresse: E. GEORGES Mühlenplan 6 STRASBOURG

N° 53/II. Jahrgang.

Fünfte Augustwoche 1935.

DER ITALIENISCHE FASCHISMUS BESTEHT AUF SEINEN KRIEGSPÄNEN.
oo

Vor einigen Tagen erteilte Mussolini dem Korrespondenten der englischen Zeitung "Daily Mail" ein Interview, in dem er die italienischen Raubpläne in bezug auf Abessinien mit dem grössten Zynismus darlegte. Mussolini erklärte, dass er keine Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konflikts mehr sehe und dass die 200 000 Gewehre des nach Afrika entsandten italienischen Expeditionskorps "von selbst losgehen würden". Da die italienischen Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, die man nach Ostafrika geschleppt hat und die dort in dem mörderischen Klima an Krankheiten und Entbehrungen leiden, sicher nicht von dem Wunsch erfüllt sind, sich um des Ruhmes der faschistischen Blutdiktatur und der Kolonialinteressen des italienischen Finanzkapitals willen abschlagen zu lassen, bedeutet die Redensart Mussolinis von den Gewehren, die "von selbst losgehen würden", dass der italienische Imperialismus fest entschlossen ist, die nötigen Grenzzwischenfälle und Zusammenstöße zu provozieren, um seinen Raubkrieg beginnen zu können und so den Völkerbund und die anderen Mächte vor fertige Tatsachen zu stellen.

Das Interview Mussolinis war für die englische Öffentlichkeit bestimmt. Er benütete es, um zu drohen, dass Italien etwaigen Sanktionen, besw. der Sperrung des Suezkanals bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, d.h. auf alle Schritte des Völkerbundes mit kriegerischen Massnahmen antworten werde. Gleichzeitig erklärte Mussolini, dass in diesem Falle ein allgemeiner Krieg entbrennen würde, bei dem sich alle "unbefriedigten Ansprüche" melden würden. Mit einem Worte: Mussolini versucht, die englische Regierung und die englische Bourgeoisie vor einem Widerstand gegen seine abessinischen Kriegspläne und vor einem energischen Auftreten im Völkerbund dadurch zurückzuhalten, dass er ihr mit einem Krieg im Bunde mit Hitlerdeutschland, das ja der hervorragende Repräsentant der "unbefriedigten" imperialistischen Ansprüche ist, droht.

Hinter diesen Drohungen verbirgt sich natürlich eine gehörige Dosis Bluff. Erstens wird Mussolini, selbst wenn England die Sperrung des Suezkanals und andere Sanktionen gegen Italien wirklich ernsthaft durchzuführen wollte, es sich schmal überlegen, ob er einen Krieg gegen England wagt, denn obwohl der britische Imperialismus nicht mehr über die frühere unbestrittene Machtstellung im Mittelmeer verfügt, ist er noch immer eine Macht ersten Ranges. Zweitens wird es Mussolini schwerlich gelingen, Hitlerdeutschland zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen England zu gewinnen, denn bei aller Kriegselust des deutschen Faschismus ist dieser wenig geneigt, gerade mit England anzubinden. Andererseits wird der italienische Faschismus schwerlich die direkt oder indirekt gegen Frankreich gerichteten Pläne der Nazis unterstützen, denn augenblicklich ist die stillschweigende Unterstützung des französischen Imperialismus der stärkste Trumpf Mussolinis bei der diplomatischen Vorbereitung seines Überfalls auf Abessinien.

In der Tat deutet alles daraufhin, dass Lavola Tätigkeit im italienisch-abessinischen Konflikt darauf hinaus läuft, zu bewirken, dass Mussolini bei der Entfesselung des Krieges gegen Abessinien vom Völkerbund und insbe-

sondere von England keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. In dem erwähnten Interview für die "Daily Mail" hat Mussolini unzweideutig behauptet, dass Laval ihm seinerzeit bei seinem Aufenthalt in Rom freie Hand für die Eroberung Abessinien zugesichert hat. Laval hatte zwar vor einiger Zeit im Parlament erklärt, dass in Rom keinerlei Abmachungen über Abessinien getroffen worden seien. Nachdem aber jetzt Mussolini das Gegenteil gesagt hat, schweigt Laval beharrlich, obwohl die kommunistische und sozialistische Presse ihm daraufhin weist, dass sein Schweigen zu der Behauptung Mussolinis das Eingeständnis bedeute, dass er, Laval, seinerzeit das Parlament angelogen habe. Offenbar ist Laval der Ansicht, dass er auch in bezug auf die Handhabung der Wahrheit Pleins provoires habe.

Bei den diplomatischen Verhandlungen, die Laval jetzt am Vorabend der Völkerbundstagung führt, ist er bestrebt, der englischen Regierung die Anwendung von Sanktionen gegen Italien auszureden. Nach der von Laval beeinflussten Presse zu urteilen, geht sein Plan dahin, dass die Behandlung der abessinischen Frage vor dem Völkerbund in die Länge gezogen wird, indem es dem italienischen Faschismus gestattet wird, sich als das unschuldige Opfer abessinischer "Angriffspläne" hinzustellen, indem die Formalitäten der Prozedur möglichst ausgesetzt werden; so hofft Laval, das Gesicht des Völkerbundes zu wahren, Frankreichs Verbundenheit mit Genf nach aussen hin zu betonen und gleichzeitig Mussolini einen Liebesdienst zu erweisen; denn während der Völkerbund dann hin- und herberät, können die 200 000 italienischen Gewehre an der abessinischen Grenze, so wie das Mussolini angekündigt hat, "von selbst losgehen", der Krieg kann in Gang kommen - worauf dann Laval wahrscheinlich vorgeschlagen ward, dass der Völkerbund eine mehrmonatliche oder mehrjährige Untersuchung veranstaltet, welches Gewehr zuerst losgegangen ist und weshalb.

Was den britischen Imperialismus anbelangt, so zeigt es sich deutlich, dass er die abessinischen Pläne Mussolinis als eine schwere Bedrohung seiner kolonialen Machtstellung betrachtet. Auch der englische Imperialismus macht drohende Gesten gegen Italien. Auf die Verstärkung der Garnisonen in den an Abessinien grenzenden englischen Kolonialgebieten folgt jetzt die Verstärkung der englischen Garnisonen in Malta und in Äden. Andererseits ist anzunehmen, dass England auf Sanktionen gegen Italien verzichten wird, weil es dazu des Beistandes Frankreichs bedarf und die französische Regierung in der abessinischen Frage mit Mussolini mehr oder weniger unter einer Decke steckt. Es ist aber anzunehmen, dass der englische Imperialismus, ohne sich selbst offiziell zu engagieren, den italienischen Faschisten in jeder Weise Knüttel zwischen die Beine werfen wird. Es wird den militärischen Widerstand Abessinien gegen Italien materiell unterstützen, es wird dort, wo die Interessen des italienischen Imperialismus mit denen anderer Imperialisten zusammenstossen, diese Gegensätze schüren.

Die "Lokalisierung" eines evtl. italienisch-abessinischen Krieges, wie sie von Mussolini und Laval erstrebt wird, würde keineswegs die Wahrung des Friedens in Europa und in der Welt bedeuten, sondern würde im Gegenteil die bestehenden imperialistischen Gegensätze verschärfen, neue imperialistische Kriegsgelüste entfachen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Bei Gelegenheit des Kampfes gegen den drohenden Krieg in Abessinien zeigen sich die Lücken und Schwächen der proletarischen Einheitsfront, wie sie heute in Frankreich besteht. Auf wiederholte Aufforderungen zur Organisation gemeinsamer Protestaktionen gegen die Kriegsgefahr hat die SFIO nicht geantwortet. Die SFIO organisiert ihre Kundgebungen gegen die italienischen Kriegspläne ohne die KPF und ausschliesslich im Rahmen der II. Internationale. Die SFIO benutzt die Gelegenheit zu einem Manöver, das objektiv darauf hinaus läuft, die Verantwortung der imperialistischen Mächte für die traurige Rolle, die der Völkerbund jetzt spielt, zu vertuschen, indem sie, wie z. B. Léon Blum im "Populaire" fordert, dass die Sowjetunion die Schiedsrichterrolle im italienisch-abessinischen Konflikt übernehmen müsse. Leider hat die "Humanité" auf das Manöver L. Blums nicht mit der genügenden Klarheit geantwortet. Was dazu zu sagen ist, das ist, dass sich bei Gelegenheit des abessinischen Konflikts wiederum zeigt: 1) dass es in der Welt nur zwei Kräfte gibt, die entschieden und konsequent den imperialistischen Krieg zu bekämpfen imstande sind, nämlich die Sowjetunion und die kämpfende Arbeiterschaft in den kapi-

balistischen Ländern; 2) dass der Völkerbund trotz dem Eintritt der SU eine imperialistische Institution bleibt und dass die SU, obwohl sie alles tut, um den Völkerbund für die Erhaltung des Friedens anzunutzen wie sie im allgemeinen versucht, die kapitalistischen Staaten durch den Gebrauch des proletarischen Staates auf eine Politik des Friedens festzulegen - nicht in der Lage ist, die Tatsache zu ändern, dass die imperialistischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes eine imperialistische Politik betreiben und dass sie deshalb eine so schmutzige Rolle in der abessinischen Frage spielen; 3) dass die SU als einziger proletarischer Staat im Völkerbund einen schweren Kampf für ihre Friedenspolitik zu führen hat und dass es die Aufgabe des internationalen Proletariats ist, ihr in diesem Kampfe beizustehen, indem es gegen die den Krieg organisierende oder begünstigende Politik der Imperialisten kämpft; Léon Blum aber versucht in seinen Artikeln die Illusion zu verbreiten, als ob die Existenz der SU und ihre Zugehörigkeit zum Völkerbund es dem internationalen Proletariat ersparen könnte, seine Imperialisten unter Druck zu setzen und zu bekämpfen. Was den Arbeitern gesagt werden muss, das ist, dass es ihre Pflicht ist, wenn sie wirklich der SU in ihrer Friedenspolitik helfen und den Raubüberfall der italienischen Faschisten auf Abessinien verhindern wollen, energisch auftreten müssen, um die Laval und ähnliche zu zwingen, ihre Heulerrolle gegenüber Mussolini aufzugeben. Dazu ist aber notwendig, dass die Verantwortung der imperialistischen Mächte durch keinerlei Manöver vertuscht wird.

---o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o---

Aussenpolitische Rundschau.

==,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.

Ein antibolschewistischer Vorstoss des amerikanischen Imperialismus.

Die amerikanische Regierung hat den VII. Weltkongress der KI zum Vorwand genommen, um einen aussenpolitischen Vorstoss gegen die Sowjetunion zu unternehmen. Sie hat eine Protestnote an die Sowjetregierung gerichtet, in der die Verhandlungen des VII. Kongresses als ein Bruch der von der SU seinerseits übernommenen Verpflichtung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Amerikas einzumischen, bezeichnet werden. Die Sowjetregierung hat diesen antibolschewistischen Vorstoss in feister und würdiger Weise zurückgewiesen, indem sie es ablehnte, die Note der amerikanischen Regierung zur Kenntnis zu nehmen, weil die KI von der Sowjetregierung unabhängig sei.

Die Gründe für den Schritt der amerikanischen Regierung sind wohl in erster Linie darin zu suchen, dass Roosevelt das Bedürfnis empfindet, sich angesichts der Kampagne, die die kapitalistischen Stockreaktionäre gegen ihn führen, der amerikanischen Bourgeoisie als Kommunistenfresser zu empfehlen. Dass die amerikanische Regierung im Augenblick einen diplomatischen Bruch mit der SU herbeiführen will, wie das verschiedene Zeitungen meldeten, ist wenig wahrscheinlich. Jedoch ist der sowjetfeindliche Vorstoss der Rooseveltregierung eine Ermunterung für alle Sowjetfeinde in der ganzen Welt und insbesondere für Hitlerdeutschland, das ja offen auf einen Krieg gegen die SU hinarbeitet.

Eine neue "Anleihe" in Deutschland.

Ein Zeichen der wachsenden Finanzschwierigkeiten des "Dritten Reiches" ist die neue sogenannte Anleihe, die jetzt im Betrage von einer Milliarde Mark zuigelagt wird. Davon sollen 500 Millionen Mark durch einen neuen Raubzug auf die Sparkassen aufgebracht werden; 500 Millionen Mark werden von den Grossbanken übernommen die alle dann bei den einzelnen ~~Mark~~ Zeichen unterbringen sollen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Zwangsanleihe, die wie im Kriege den Zeichnern aufgedrängt wird, wie im Kriege wird es die Masse der Bevölkerung sein, die die Kosten dieser Anleihepolitik tragen wird.

In welcher Finanzklemme die Nazidiktatur steckt, geht aus dem Tempo hervor, in dem jetzt die verschiedenen Zwangsanleihen und ähnliche Finanzoperationen aufeinander folgen. Anfang dieses Jahres wurden schon einmal die Sparkassen um ein paar Hundert Millionen Mark erleichtert. Anfang Juli wurde die Exportabgabe im Betrage von Dreiviertel Milliarden Mark erhoben, jetzt braucht Schacht schon wieder eine neue Milliarde.

Um den Abbau der städtischen Mindestlöhne:

Öffentliche Bauarbeiterversammlung der beiden CGTs.
g.....

Die von beiden CGTs am 23. August einberufene öffentliche Protestversammlung der Strasburger Bauarbeiter hätte noch besser besucht sein dürfen. Nach einleitenden Referaten der beiden Sekretäre, Fassnacht (CGTU) und Hinker (CGT), die besonders die Auswirkungen der Notverordnungen auf die Privatindustrie und den kürzlich vollzogenen Abbau der städtischen Mindestlöhne behandelten, setzte eine interessante Diskussion ein. Unter anderem sprach auch der Sekretär des UGB Wirtz, der im Milieu der Proleten sich dem Protest der übrigen Bauarbeiter anschloss. Er erklärte, dass der UGB und seine Partei (UPR) ebenfalls antifaschistisch eingestellt sind, ohne näher den Antifaschismus 555 zu definieren.

Als Vertreter der Holzarbeiter sprach unser Kam.R., der eingangs den streikenden Plattenlegern die vollste Sympathie der Holzarbeiter aussprach, um dann kurz auf die allgemeine Verarmung der werktätigen Klassen einzugehen, die nicht allein mit wirtschaftlichen Mitteln beseitigt werden kann.

In der Frage des Abbaus der städtischen Mindestlöhne solidarisierte sich Kam.R. mit den Forderungen der Referenten und gab der Ansicht Ausdruck, dass alle proletarischen Organisationen zugleich die grössten Anstrengungen machen müssten, um die heutige Ratsmehrheit im Strasburger Gemeinderat zu Fall zu bringen. Zu diesem Zwecke müsste man seine Demission offen fordern. (Allgemeiner Beifall). Es würde nicht beim Abbau der Mindestlöhne bleiben, auch das Genter System ist in Gefahr. Daneben verwies Kam.R. auf das Beispiel der Beamten-, Staats- und Gemeindebediensteten, die sich zu einem Kartell aller Richtungen zusammengeschlossen haben mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm. Dies gelte es auch bei den Privatarbeitern zu tun. Es müssten auch hier alle wirtschaftlichen Organisationen in einem einheitlichen Organ zusammengefasst werden, um dann weiter schreitend eine Aktionsgemeinschaft zwischen Beamten und Arbeitern herzustellen. Dadurch würde auch die rasche Herstellung der notwendigen Gewerkschaftseinheit nur begünstigt.

Zum Schluss wandte sich Kam.R. an den Sekretär des UGB, dessen antifaschistisches Bekenntnis mit Vorsicht aufzunehmen sei, da das Organ der UPR bereits einmal geschrieben hat "Wir hätten gar nichts dagegen einzuwenden, wenn morgen auch bei uns ein Hitler käme". Die anwesenden Proleten brachten ihre Entrüstung gegenüber solchen Aussprüchen der UPR offen zum Ausdruck.

Kam. Fassnacht ging im Schlusswort kurz auf die Diskussion ein. Er wehrte sich dagegen, den Abbau der städtischen Mindestlöhne auf ein politisches Geleise zu schieben. Uns ist das unverständlich, da ja die Bauarbeiterversammlung selbst vom politischen Ortsparlament die Aufhebung des Abbaus forderte und die Gewerkschaften im Kampf gegen die Notverordnungen auch den Sturz der Regierung Laval fordern. Ist der Kampf gegen den Faschismus nicht auch ein politischer Kampf? Genügt die dreimonatige Tätigkeit der heutigen Ratsmehrheit nicht, um auch die Gewerkschaften zu veranlassen im Interesse der Arbeiter den Kampf für die "Demission" und für den Kampf um eine Arbeitermehrheit aufzunehmen?

Mit der Annahme von 2 Resolutionen, die die Zurücknahme des Abbaus durch den Gemeinderat, den Abschluss eines Tarifvertrages und den Streik im Falle des weiteren Abzuges fordern, wurde die Versammlung geschlossen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wegen Raummangel verspätet:

„Aus unserer Bewegung.“

Auf den 16. August hatte unsere IVKO-Gruppe einen Vortragsabend einberufen, der einen vollen Erfolg aufzuweisen hatte. Trotz des ungünstigen Tages (Freitag), an dem gleichzeitig die Beamtenkundgebung am Alten Bahnhof stattfand, ebenso die Übungsabende der Sportvereine, fanden sich 34 Kameradinnen und Kameraden ein. Während 2 Stunden verstand es der Referent die anwesenden zu fesseln, wobei er den heldenmütigen Kampf der Antifaschisten in Hitlerdeutschland und die Aufgabe der Kommunisten im besonderen behandelte.

In der anschließenden Diskussion wurde auch zur Wärsenheimer Wahltaktik der KP Stellung genommen. Der von uns eingenommene Standpunkt wurde von den Anwesenden für richtig befunden.

Zur elsass-lothringischen Frage werden wir in einem besonderen Vortragsabend Stellung nehmen. Für heute möchten wir auf unseren nächsten Vortragsabend hinweisen, der das gegenwärtig aktuelle Thema "Vom VI. zum VII. Weltkongress der KI" behandelt. Er findet am 4. September im bekannten Lokal statt.

Eine am Schluss der Versammlung stattgefundene Tellersammlung ergab den Betrag von 37.25 frs, wofür wir von dieser Stelle aus allen unseren Dank aussprechen. Besucht unsere Zusammenkünfte und bringt Sympathisierende mit!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem Volksfrontlager:

Hueber und die antifaschistische Volksfront.

==.==

Wie unehrlich die Hueber und Co. es mit der Herstellung der wirklich antifaschistischen Volksfront meinen, beweist uns erneut eine am Donnerstag, den 22. August stattgefundene Volksfront-Sitzung, aus der wir unseren Lesern das wesentlichste nicht vorenthalten wollen. Zur Sprache stand u.a. das Angebot der KP zur Herstellung der alten Volksfront, wie sie anno 1929 bestand. Es ist wirklich schade, dass kein Vertreter der KP der Sitzung beiwohnte, um seine Partei über die Schaumschlägereien eines Hueber-Mourer usw. zu unterrichten. Auf jeden Fall kam die KP schlecht von der Parade. Hueber lehnte kategorisch eine Aufnahme der KP in seine Volksfront ab, und zwar nicht nur für den Moment, sondern auch für die Zukunft.

Wir stellen also fest, dass Hueber seinem einmal begangenen Verrat treu bleibt. Wir erinnern uns hierbei eines Ausspruchs von ihm; "Niemals wurr ich mich nahe d'Linie oder d'Sozialischte setze, so lang ich läb".

Wir haben unseren Standpunkt in der Frage des Volksfront von 1929 bereits präzisiert. A'propos, warum lässt die KP die Hueberpartei so in Ruh, warum macht sie sich überall zum Verteidiger der Hueberschen Volksfront? Stimmt es nicht mehr, was man 6 Jahre gegen Hueber geschrieben und gesprochen hat?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Scheinkampf gegen die Teuerung.

q.q.q.==

Die Regierung Laval sucht den Eindruck zu erwecken, als bemühe sie sich um die Senkung der Lebenshaltungskosten. Sie hat allerhand Notverordnungen erlassen, die Präfekten instruiert, sie hat die von ihr abhängige Presse angewiesen, phantasievollle Schilderungen über den Kampf zu veröffentlichen, den das Ministerium angeblich gegen die Teuerung führt. Jedoch wird es immer klarer, dass dieser sogenannte Kampf der Regierung gegen die Teuerung nichts als ein demagogisches Manöver ist, dazu bestimmt, die Empröng der Massen über den Raubzug, der gegen ihre Löhne und Gehälter im Namen der Deflation unternommen wurde, abzulenken und das halbdictatorische Verfahren der Notverordnungen populär zu machen.

Auch der Prefét des Unterelsass hat der Presse eine Erklärung über die Verbilligung der Lebenshaltung übermittlelt, in der der Eindruck erweckt wird, als seien die Detailpreise wichtiger Lebensmittel herabgesetzt worden. In Wirklichkeit kann jede Hausfrau feststellen, dass seit Erlass der décret Lois auch die Wurstpreise keine Ermässigung erfahren haben. Es zeigt sich im Gegenteil, dass eine ganze Reihe wichtiger Gebrauchsartikel im Preise gestiegen sind, da die jedem Geschäftsmann ins Haus geflatterten Steuerzettel auch ihre Rückwirkungen auf die Detailpreise haben.

Die Aktion Lavals und der Präfekten richtet sich eben nicht gegen die grossen Spekulanten, die im Zwischenhandel Riesengewinne einheimen, indem sie den Bauern für seine Produkte lächerlich geringe Preise bezahlen, die dann der Konsument zu überteuerten Preisen kaufen muss, sondern gegen den Kleinhändler, dessen Verdienst durch Steuern, Miete ect, ohnehin stark reduziert ist. Dieser Kleinhändler wird jetzt als der Preistreiber hingestellt. Auf diese Weise kann natürlich keine wirkliche Preissenkung

erreicht worden. Während die Prefekten triumphierend eine Verbilligung der Fleisch- und Wurstpreise melden, gehen Preise für andere Lebensmittel dank der Tätigkeit des Grosshandels lustig in die Höhe.

Bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder einmal, dass der kapitalistische Staat eine sehr gut arbeitende Maschine ist, wenn es sich darum handelt, den Werktätigen etwas zu nehmen, dass aber dieser Staat, auch wenn er mit Notverordnungen "stark" gemacht wird, kein Mittel ist, die kapitalistische Profitmacherei zu bekämpfen.

Zu einem wirklichen Kampf gegen die Teuerung ist notwendig, dass die Werktätigen sich ihre eignen Organe schaffen, um die kapitalistischen Spekulanten zu entlarven, unter Druck zu setzen und zu bekämpfen. Dazu gehört die Kontrolle der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten über die Produktion, zur Feststellung der wirklichen Produktionskosten, zur Feststellung der Profite und der Gewinne des Grosshandels. Dazu gehört der Kampf für die Aufhebung des kapitalistischen Geschäftsgeheimnisses, dass der Begaunerung und dem Betrug der Konsumenten Tür und Tor öffnet und den Kapitalisten gestattet den Steuerbetrug in grosszügiger Weise zu organisieren.

Aufhebung des sogenannten Geschäftsgeheimnisses, Offenlegung der Steuerlisten, Arbeiterkontrolle der Produktion, Besitznotopfer der Reichen zur Deckung des Staatsbudgetsdefizit, sind die Forderungen, um die Arbeiterklasse alle vom Grosskapital ausgebeuteten Schichten sammeln muss. Zu diesem Zweck müssen sich die breiten Massen der Konsumenten, in engster Verbindung mit den Kleinhändlern, kleinen Geschäftsleuten und Kleinbauern in Preiskontrollausschüssen zusammenschliessen und den Kampf gegen die Notverordnungen mit dem Kampf um ein wirkliches Kontrollrecht und um einen wirklichen Preisabbau zu Lasten der Finanzmagnaten, Grossunternehmer, Grossagrarien und des Grosshandels durchzusetzen,

Es wäre Aufgabe der Gewerkschaften hierzu die Initiative zu ergreifen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Verantwortlichkeiten:

Zum Leihhauskandal.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Der Leihhauskandal, der jetzt zur Verhaftung des Direktors Schmitt und des Kassierers Scheer geführt hat, schlägt hohe Wellen. Die Pressefehde zwischen Proporzfront und Volksfront ist im besten Gange, während die UPR-Presse aus begreiflichen Gründe den stillen Beobachter markiert. Die Proporzpresse sucht die ehemalige Volksfrontgemeindevverwaltung, als die für das Leihhaus zuständige Kontroll- und Aufsichtsinstanz mit der Verantwortung zu belasten, während die Volksfront darauf hinweist, dass die verantwortlichen Beamten gute Patrioten sind und vom Prefekten genannt wurden und daher er die Verantwortung zu tragen haben.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, dass der Prefekt die Entscheidung für die Bestimmung der Beamten traf, dass Kontroll- und Aufsichtsrecht aber dem vom Gemeinderat bestimmten Verwaltungsrat zustand. Dieser Verwaltungsrat aber setzte sich nicht nur aus Volksfrontlern, sondern auch aus Proporzlern zusammen. Sie alle ohne Ausnahme tragen insofern ein Stück Verantwortung, da sie trotz wiederholter kommunistischer Interventionen über die Zustände im Leihhaus entweder schwiegen oder auf eine wirkliche Untersuchung der angeprangerten Misstände verzichteten.

Als wir im April dieses Jahres in einem besonderen Artikel die Geschäftspraktiken im städtischen Pfandhaus auf Grund einwandfreier Unterlagen beleuchteten und als Wucher bezeichneten, nahm als einzige Zeitung die "Humanité" Notiz, deren Vertreter im früheren Gemeinderat bereits in einer anderen Angelegenheit den Fall Pfandhaus näher beleuchtete. Wir wiesen damals an Hand zweier konkreter Beispiele nach, dass die Pfandhausverwaltung die Unkosten pro Jahr und Pfand auf die Hälfte des Betrages festsetzte, dem sie dem Verpfänder des Pfandes gab. Wir wiesen daraufhin, dass nur fast neue Sachen als Pfand entgegengenommen werde und dass daher zu einem erheblichen Teile Leute Sachen verpfänden, die das Material als Händler unterschlagen oder selbst gestohlen haben. Wir forderten damals in diesem Punkte eine strenge Kontrolle, die "zwar vorgeschrieben, aber nicht ausgeführt wird!"

Am Schluss unseres damaligen Artikels forderten wir, dass die Aufsichtsbehörde die Verhältnisse auf dem Pfandhaus umgehend in Augenschein nimmt und eine grundlegende Änderung derselben vornimmt.

Sowohl die Volksfront-als auch die Proporzpresse schwiegen sich damals in allen Tonarten aus. Ob etwas und was von der damaligen Aufsichtsbehörde veranlasst wurde, ist uns bis heute nicht bekannt geworden.

Wir sind sogar der Meinung, dass Strasbourg um seinen Leihhausskandal gekommen wäre, wenn nicht der Herr Direktor in peinliche Weibergeschichten verwickelt gewesen wäre. Nach unseren Informationen verdanken wir den Leihhausskandal nicht der Kühnheit der heutigen Stadtverwaltung, sondern einem reinen Zufall. Oder entspricht es nicht der Wahrheit, dass das Gespund des Herrn Direktor (auch in der Leihhausverwaltung) ein so ausführliches Tagebuch führte und so unvorsichtig war, es beim letzten Ferienaustzug mit dem Herrn Direktor nach Dagsbourg liegen zu lassen? Ist es nicht allein dem Umstand zu verdanken, dass in diesem Tagebuch auch geschäftliche Dinge aus dem Leihhaus notiert waren und dieses Tagebuch auf dem bezeichneten Wege auch der jetzigen Stadtverwaltung bekannt wurde, dass jetzt endlich eine gründliche Untersuchung eingeleitet wurde?

Diese Tatsache ist von einiger Bedeutung. Sie zeigt, dass die verschiedensten Interventionen der kommunistischen Presse weder den Prefakten, noch die Stadtverwaltung, noch die gesamte übrige Presse samt der "NN" Grund und Veranlassung waren, einmal nach dem rechten zu sehen. Und das ist bezeichnend und zeigt, dass hier etwas faul im Staate Danemark ist.

Nicht die Volksfront und nicht die Proporzfront haben das Recht, jetzt mit hochtönenden Anklagen aufzutreten. Sie haben die wiederholten Anklagen der kommunistischen Presse solidarisches Schweigen entgegengebracht. Alle Verdrehungskünste von dieser und jener Seite ändern nichts an dem Tatbestand, dass weder der Prefekt, noch die Stadtverwaltung, die den Verwaltungsrat für das Leihhaus bestimmte, etwas gemerkt haben.

Ungetreue Beamte hat es gegeben und wird es noch eine ganze Weile geben. Das ist nicht das entscheidende. Entscheidend ist, dass die Beamten (Direktor und Kassierer) wahrscheinlich noch jahrelang weiter ihre eigenartigen Geschäftspraktiken hätten fortsetzen können, wenn der Herr Direktor etwas enghaltener gewesen wäre, als er war.

Daraus folgt: die entscheidende Ursache für den Skandal liegt darin, dass das Leihhaus aus einem gemeinnützigen Unternehmen in ein kapitalistisches Unternehmen umgewandelt wurde, dass nach den höchstmöglichen Profit strebte, dass die Kontrolle nicht oder nicht scharf genug erfolgte, dass Pfänderverwaltung und Versteigerung nicht scharf voneinander getrennt waren und die Kritik, selbst die auf Tatsachen fussende, tauben Ohren predigte, weil alle Organe vor allen auf die Rentabilität des Unternehmens, nicht aber an den dachten, der das Pfandhaus aus Not in Anspruch nimmt.

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat in dem Froschmäusekrieg weder für die Volksfront, noch für die Proporzfront Partei zu ergreifen. Sie legt allein den Finger in die Wunde, die es auszubrennen gilt und die allein das revolutionäre Proletariat ausbrennen wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nochmals Winzenheim:

Schlechte Argumente:

Der "Republikaner", das Organ der SFIO für Oberelsass hat als Beitrag zur Winzenheimer Taktik der KP einen Teil unseres Artikels "Unsere Kritik und die Kritik der Anderen" abgedruckt. Statt auf die darin enthaltene sachliche Kritik einzugehen, gefällt sich Ch. Friedrich in der "Humanité" darin in echt bürokratischer Überheblichkeit von den 3 Männlein der IVKO zu reden. Es wäre an der Zeit, dass der Kam. Friedrich die von Dimitrow angebrangerte Denkfaulheit ablegt und auf den Gebrauch eines solchen Verlegenheitsarguments - das erstunken und erlogen ist - gegenüber den IVKO-Kameraden verzichtet. Es ist nicht gut sich aufs hohe Ross zu setzen, wenn man weiss wie der organisatorische Zustand der Strasbourger Parteiorganisation beschaffen ist.

Im übrigen stellen wir unsere folgende Übereinstimmung, mit folgenden Ausführungen Dimitrows auf dem VII. Kongress fest, wo er sagt:

"Die antifaschistische Volksfront hat das Ziel, das Kleinbürgertum in Stadt und Land mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Unter bestimmten Umständen können dazu Abkommen mit kleinbürgerlichen und christlichen Parteien dienen; aber unabhängig davon, ob dies möglich ist, müssen wir unter allen Umständen bestrebt sein, das Kleinbürgertum und Landvolk in die antifaschistische Volksfront hineinzuziehen."

Wo hat die KP im Winzenheimer Fall ein wirkliches Abkommen für die antifaschistische Volksfront mit der UPR erreicht?

Friedrich möge nochmals aufmerksam die Antwort Rossés durchlesen.

Wo hat sich Rossé für die Einbeziehung der christlichen Werktätigen in die antifaschistische Volksfront eingesetzt und welche Forderungen ist er in diesem Punkte eingegangen?

Ist für Friedrich die Tatsache völlig belanglos, dass Rossé auf dem Ferienkursus der UPR über das Thema "Jung-Volkspartei als Träger und Werber für die Idee der berufständigen Ordnung" spricht?

Die UPR als Ganzes, wie auch ihr sogenannter Rossé-Flügel stehen der antifaschistischen Volksfront feindlich gegenüber. Der Klerikalismus vollzieht auch in Frankreich und im Elsass fessend auf den päpstlichen Enzyklischen "Rerum Novarum" und "Quaeragesimo Anno" seine Evolution zum Faschismus klerikaler Prägung, wie die Soziale Woche in Angers und das Schulungsprogramm der UPR beweisen.

Deshalb ist die Gewinnung der christlichen Werktätigen für die antifaschistische Volksfront nicht durch Wahlhilfe für die UPR-Führer, sondern nur im Kampf gegen die UPR-Führer möglich.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Fritz Hecker und der antifaschistische Kampf

Fritz Hecker hat in "La République" v. 25. August auf unsere Notiz "Fritz Hecker und die Volksfront" geantwortet. Er unterstellt uns darin, wir wären der Meinung gewesen, die Strasbourger Radikalen oder auch sonst welche, seien für die kommunistische Weltordnung zu haben. Fritz Hecker betont uns, dass er sich, vor die Wahl zwischen der bolschewistischen Diktatur der Minderheit und der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, immer für die letztere entscheiden werde.

Fritz Hecker irrt, wenn er meint, wir hätten ihn je für fähig gehalten ein Kommunist zu werden. Unser Thema lautet nicht "Fritz Hecker und die proletarische Diktatur", sondern "Fritz Hecker und die Volksfront". Die antifaschistische Volksfront, -zu der sich am 14. Juillet auch Fritz Hecker und die Strasbourger Radikalen bekannten, mit der bolschewistischen Diktatur der proletarischen "Minderheit" zu verwechseln, ist etwas arg viel Demagogie. Oder hat sich die Volksfront irgendwo und irgendwann für die Erhängung der Diktatur der proletarischen Minderheit ausgesprochen? Wir hätten sicher dabei etwas bemerkt. Die Volksfront ist unseres Wissens eine Front zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten schlechthin und zur Entfaltung und Auflösung der faschistischen Lügen, wofür ~~er~~ Fritz Hecker und Hr. Becker am 14. Juillet im "Jardin Dollé" einen feierlichen Schwur ablegten. Wenn Fritz Hecker -wie wir nachweisen- jetzt auf die Radikalen schlägt, die auch nach dem 14. Juillet zu ihrem Schwur stehen, hat das gar nichts mit der bolschewistischen Diktatur und noch weniger mit der Diktatur der proletarischen Minderheit zu tun. Man könnte daraus höchstens den Schluss ziehen, dass Fritz Hecker im Interesse seiner Linie, die objektiv Vorarbeit für den Faschismus ist, sehr schnell unter die Meineidigen gegangen ist. Oder etwa nicht?

Kleinigkeiten:

"Courrier d'Obernai", ein Organ der UPR schreibt über Rossés Handel mit der KP-Führung: "...wären die paar Hundert Kommunistenstimmen vielleicht auf dem Schachbrett einfach so liegen gelieben, wenn nicht Rossé vorsichtig gewesen wäre?... Über Wahlbündnisse kann man verschiedener Meinung sein. Sie kommen meist im zweiten Gang, der darum längst "le tour de corruption" heisst. Sie sind also oft nicht ästhetisch, nur taktisch."

Es handelte sich also bei Rossé nur um ein taktisches Manöver. Deshalb hielt er sich auch alle Hintertüren offen. Er handelte wie ein Jesuit.

Vorantwortlich: EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Frs 2.-
Einzeleremplar 50 ct m.

ARBEITERPOLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der JVKf)

No. 54/II. Jahrgang.

Erste Septemberwoche 1935.

DIE ARBEITERKLASSE UND DIE KRIEGSGEFAHR. oo

Es ist noch nicht abzusehen, zu welchem Ergebnis die gegenwärtige Tagung des Völkerbunds, auf der der italienisch-abessinische Konflikt zur Behandlung steht, führen wird. Es ist aber klar, dass die Dinge auf des Messers Schneide stehen.

Der italienische Imperialismus treibt offen und zynisch zum Kriege. Es ist die auswegslose wirtschaftliche Lage des italienischen Kapitalismus, der Bankrott der faschistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Mussolini und die Seinen jetzt veranlasst, ein kriegerisches Abenteuer zu versuchen. Es ist kein Zufall, dass die Presse des deutschen Faschismus betont, alle Argumente, die die italienischen Faschisten zur Begründung ihrer Eroberungspläne in Bezug auf Abessinien ins Feld führten, träfen auch für Deutschland zu und seien eine Rechtfertigung der Aussenpolitik der Nazis. Die Kriegslust der italienischen Faschisten fecat die kriegerischen Gelüste der Nazis an, umsomehr als auch in Deutschland die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die faschistische Diktatur auf die Dauer immer mehr dazu treiben werden, in der Entfesselung eines Krieges einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu suchen.

Die Wirkung, die die italienischen Kriegsvorbereitungen auf Hitlerdeutschland ausüben, ist eine gute Illustration dafür, dass die Behauptung, durch eine Duldung eines "lokalisierten" italienisch-abessinischen Krieges könnte der Frieden in Europa erhalten werden, nicht nur eine verbrecherische Begünstigung der afrikanischen Raubpläne des italienischen Faschismus hinausläuft, sondern auch eine dumme Illusion ist. Mit dieser Behauptung aber sucht die Regierung Laval ihre traurige und schäbige Rolle im italienisch-abessinischen Konflikt zu begründen, eine Rolle, die nicht mehr und nicht weniger als die eines Hehlers bei dem geplanten Raubüberfall Mussolinis auf Abessinien ist.

Die Hehlerdienste der Lavalregierung für Mussolini bestehen nicht nur darin, dass sie ihr diplomatische Rückendeckung verschafft, sondern auch darin, dass sie -wie aus einer Reihe von Pressemeldungen hervorgeht- es unterstützt, dass die französische Industrie Italien mit Kriegsmaterial verorgt. Bekanntlich ist die Zahlungsunfähigkeit Italiens gegenüber dem auslande Musserst fragwürdig. Und wenn heute französische Kapitalisten Bestellungen auf Kriegsmaterial nach Italien entgegennehmen, so heisst das nicht nur, dass die französische Regierung wissentlich diese Verletzung ihrer feierlichen Erklärung des Verbots der Waffenausfuhr nach Italien und Abessinien zulässt, sondern gibt auch allen Grund zu der Annahme, dass sie, die französische Regierung, für diese italienischen Bestellungen Garantien übernommen hat, denn es ist nicht anzunehmen, dass die französischen Unternehmer bei all ihrer Begeisterung für Mussolini diesem bei seiner gegenwärtigen Finanzklemme ohne eine solche Garantie irgendetwas verkaufen würden. Schon seiner Zeit, als Laval in Rom war, wurde von französischen Krediten an Italien gemunkelt. So wie die Dinge heute liegen, ist es schwer, sich des Verdachtes zu verwehren, dass Laval auf Kosten der Massen der werktätigen Steuerzahler Frankreichs die Ausrüstung des italienischen Faschismus mit Mordwerkzeugen zur Niederknüpfung des abessinischen Volkes kreditiert.

Aus dieser Haltung der Lavalregierung ergibt es sich, dass der französischen Arbeiterschaft eine besonders wichtige und verantwortungsvolle

Rolle im Kampfe gegen die italienischen Kriegspläne in Afrika zufällt. Die französische Arbeiterklasse muss durch ihr Auftreten Laval zwingen, seine Liebedienste für Mussolini aufzugeben, sie muss überall in den Betrieben darauf achten, dass kein Kriegsmaterial für Italien produziert wird und dass eventuelle Transporte von derartigen Material nach Italien unterbunden werden.

Die Presseorgane Mussolinis und auch die mussolinifreundliche französische Presse arbeiten mit dem Argument, dass der Widerstand gegen die Eroberungspläne Italiens in Wirklichkeit nur auf eine Unterstützung der imperialistischen Interessen Englands in Afrika hinauslaufen. Nun ist es klar, dass die italienische Raubpolitik dadurch um keinen Deut besser wird, wenn sie sich darauf beruft, dass auch die britischen Imperialisten keine Heiligen seien, und dass diese Argumentation Italiens und der italienfreundlichen Lavalpresse oberfaul ist. Es ist aber notwendig zu unterstreichen, dass das internationale revolutionäre Proletariat keinesfalls im Schlepptau des britischen Imperialismus marschiert. Der Standpunkt der englischen Labourpartei, der auch von den anderen Parteien der II. Internationale übernommen wird, dass es nämlich der britischen Regierung im abessinischen Konflikt nicht um irgendwelche kolonialen Interessen gehe, sondern lediglich um die strikte Einhaltung des Völkerbundspakts, kann nicht vom internationalen revolutionären Proletariat geteilt werden.

Der Standpunkt des Weltproletariats deckt sich mit dem Standpunkt der Sowjetregierung, wie er im "Journal de Moscou" entwickelt wird. Das "Journal de Moscou" brandmarkt die Eroberungspläne Mussolinis, weist aber gleichzeitig daraufhin, dass es dem britischen Imperialismus nicht so sehr darum gehe, den Frieden und die Unabhängigkeit Abessiniens zu sichern und dass die Vermittlungsvorschläge Englands darauf hinauslaufen, dass Abessinien so aufgeteilt wird, dass dem britischen Imperialismus dabei der Löwenanteil zufällt. Das "Journal de Moscou" wendet sich dann gegen die Auffassung, dass es möglich sei, einen Krieg in Abessinien zu lokalisieren und schliesst mit der Forderung nach einer kollektiven Aktion des Völkerbunds gegen kriegerische Angriffe in diesem Fall wie in allen anderen Fällen. Die Sowjetregierung lohnt es also ab, irgendwelche imperialistischen Bestrebungen Englands zu unterstützen. Sie ist aber bereit, den Völkerbund so weit und nur insoweit zu unterstützen, als dieser wirksame Schritte zur Erhaltung des Friedens und zur Vereitelung der italienischen Kriegspläne ergreift.

Es ist die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse ihre Aktion im abessinischen Konflikt Seite an Seite mit der Sowjet-Union zu entfalten. Die internationale Arbeiterklasse muss die imperialistischen Regierungen unter Druck setzen, sie darf sich mit keinerlei imperialistischen Interessen identifizieren, sie muss die Aktion der Sowjet-Union im Völkerbund unterstützen, ohne sich, ebenso wie die Sowjetregierung, über die imperialistischen Völkerbundsregierungen Illusionen zu machen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die affaire Rickett. Kurz vor der Völkerbundstagung, die sich jetzt mit dem abessinischen Konflikt beschäftigt, gab es einen Theatercoup. Es kam die Nachricht, dass der Negus von Abessinien mit einem "grossen" Mister Rickett einen Vertrag abgeschlossen habe, wonach das von Rickett vertretene Konsortium Konzessionen für die Ausbeutung aller Mineralschätze in der grösseren Hälfte Abessiniens erhalten sollte. Es wurde gleichzeitig mitgeteilt, dass hinter Rickett englisch-amerikanisches Kapital stehe. Die Presse Mussolinis erklärte, Italien könne diese Konzession nicht anerkennen, die einen Bruch des Vertrages von 1906 über die Aufteilung Abessiniens in Interessensphären zwischen England, Frankreich und Italien darstelle. Der englischen Regierung war die Bekanntgabe dieser Konzession sehr unangenehm, weil auf diese Weise klar wurde, dass England selbst imperialistische Interessen in Abessinien vertritt. Schliesslich erklärte Rickett, nachdem die englische Regierung offiziell bekannt gegeben hatte, dass sie von der Konzession nichts wisse, dass hinter ihm kein englisches, sondern nur amerikanisches Kapital stehe; nun annullierten die

amerikanischen Hintermänner Ricketts die Konzession auf Veranlassung der amerikanischen Regierung. Diese Anullierung bedeutet aber keineswegs, dass nunmehr die jungfräuliche Unschuld und materielle Uninteressiertheit des britischen Imperialismus in der abessinischen Frage bewiesen sei. Dass dem nicht so ist, zeigt eine Mitteilung, die nicht dementiert worden ist, dass nämlich die ~~Ägyptische~~ Ägyptische Regierung mit Abessinien über eine Konzession des Tanasees verhandelt. Die Ägyptische Regierung ist in diesem Falle nur die Kulisse des britischen Imperialismus.

Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe.

Der am vorigen Sonntag in den katholischen Kirchen Deutschlands verlesene Hirtenbrief der deutschen Bischöfe bezeichnet eine weitere Zuspitzung des Konflikts zwischen der Hitlerregierung und der katholischen Kirche. Die entscheidenden Stellen des Briefes sind die Anweisung an die Katholiken, keine Bücher und Zeitungen zu lesen und keine Versammlungen zu besuchen, in denen der katholische Glaube angegriffen wird; ferner die Anweisung an die katholischen Eltern, ihre Kinder nicht in Organisationen zu schicken; in denen der katholische Glaube nicht geachtet und die moralische Reinheit der Jugend gefährdet wird. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet das, dass die Bischöfe die Katholiken auffordern, nationalsozialistische Versammlungen, die nationalsozialistische Presse und die nationalsozialistischen Jugendorganisationen zu boykottieren. Das wird unterstrichen durch die Aufforderung, solchen Gesetzen, die dem "Naturrecht und den Geboten Gottes" widersprechen, keine Folge zu leisten. Die deutschen Bischöfe sind erzreaktionäre Herren und gewiss keine Antifaschisten. Das geht auch aus ihrem Hirtenbrief hervor, in dem sie ausdrücklich jeden gewaltsamen Widerstand gegen das Hitlerregime und jedes Zusammengehen von Katholiken und Kommunisten ablehnen. Aber dass die Bischöfe heute diese Sprache gegen die Nazis führen und dass sie zum Boykott der Naziorganisationen aufrufen, zeigt, unter welchem Druck von unten sie stehen, zeigt, welche Erbitterung und welcher Hass gegen die faschistische Blutherrschaft heute die breiten Massen der katholischen Bevölkerung Deutschlands, die katholischen Arbeiter, Kleinbürger und Bauern beseelt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

SENATSWAHLEN? EINHEITSFRONT UND VOLKSFRONT:

oo

Die KPF hat vorgeschlagen, bei den bevorstehenden Senatswahlen im Département der Seine eine gemeinsame Liste der Volksfront bereits im 1. Wahlgang aufzustellen. Sie begründet diesen Vorschlag mit der Notwendigkeit, unter allen Umständen die Wiederwahl von Laval zu verhindern. Dieser Aufforderung der KPF haben zwar die verschiedenen linksbürgerlichen Gruppen, die Radikalen und Ähnliche zugestimmt, aber die SFIO hat sie abgelehnt und erklärt, sie werde im 1. Wahlgang eigne Kandidaten aufstellen und erst im 2. Wahlgang eventuelle Wahlbündnisse eingehen. Nun hat die "Humanité" insofern recht, als sie der SFIO vorhält, dass die Senatswahlen, bei denen der Wahlkörper hekanntlich aus den Abgeordneten, Generalräten und Gemeinderäten besteht, etwas anderes seien als direkte Wahlen, an denen die gesamte Masse der Wähler teilnimmt. Aber bei dieser Gelegenheit zeigen sich die Schwächen der Volksfrontpolitik, denn die sozialistische Führung benützt die Gelegenheit, um sich als Hüterin des proletarischen Klassenstandpunktes aufzuspielen und zu erklären, dass es unzulässig sei, um blosser Wahlsiege willen Wahlbündnisse abzuschliessen, dass zu einem Wahlbündnis ein gemeinsames Kampfprogramm gehöre und dass deshalb ein Zusammengehen mit der Radikalen Partei nicht möglich sei, weil diese Partei sich um eine Stellungnahme zu den Notverordnungen drücke, beziehungsweise diese Notverordnungen mitmache. Selbstverständlich liegen die Dinge in Wirklichkeit so, dass die sozialdemokratische Führung keineswegs das Zusammengehen mit den Radikalen und Wahlgeschäfte mit ihnen ablehnt und dass ihre jetzige Prinzipientreue von dem Wunsch diktiert ist, die Kommunisten zu diskreditieren. Aber dieses Beispiel zeigt von neuem, wie die opportunistische Volksfrontpolitik der KPF die Manöver der sozialistischen Führung erleichtert.

oooooooooooooooooooo
 ooooooooooooooooooooo
 HENRI BARBUSSE
 ooooooooooooooooooooo
 ooooooooooooooooooooo

Das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus und das französische Nationalkomitee haben anlässlich des Todes Henri Barbusses eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der es u.a. heisst:

Der Tod hat uns einen Mann entzogen, der im Bewusstsein der Nachwelt als einer der edelsten Kämpfer, als ein Symbol der Menschheit und Menschlichkeit fortleben wird.

Im Jahre 1914 war er als Freiwilliger in den Krieg gezogen, im Glauben, es sei ein Krieg für Recht und Zivilisation. Doch schon im Jahre 1916 enthüllte er das ganze Grauen dieses Mordens in dem unvergänglichem Werk "Das Feuer", das zur unerbittlichen Anklage gegen das Gemetzel von Millionen Menschen und zur Flamme wurde, die über die Stacheldrahtfronten hinweg ein hingeopfertes Geschlecht aufrüttelte und ihrem Weg voranleuchtete.

Aus tiefster Erkenntnis heraus bekannte er sich zum Sozialismus und wurde einer seiner mächtigsten Streiter. Unermüdlich trachtete er, die unzähligen Opfer einer Gesellschaftsordnung zu sammeln, welche durch die Geschichte verdammt ist und deren letzte Etappen von dem Blute der Völker besudelt sind, die in den Krieg geschleudert und vom Faschismus gekreuzigt werden.

Henri Barbusse war der Gründer des Republikanischen Verbandes der ehemaligen Kriegsteilnehmer und ihrer Internationale, der Internationalen Arbeiterhilfe, der Antiimperialistischen Liga, der Vereinigung der revolutionären Schriftsteller und Künstler. Er war der Urheber, die treibende Kraft und der grosse Führer der Weltbewegung gegen Krieg und Faschismus.

Henri Barbusse ist tot, doch sein grosses Werk lebt. Die Millionen seiner Mitkämpfer und Schüler werden es fortsetzen!

Unseren letzten brüderlichen Gruss dem grossen Menschen Henri Barbusse!

Weltkomitee Gegen Krieg und Faschismus

oooooooooooooooooooo

Aus dem Leserkreis:

Zum Kapitel "Polizeiblatt".

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

"L'Humanité" hat vor Kurzem geschrieben, ob sich "die Kameraden der IVKO Rechenschaft darüber ablegen wenn ein "anerkanntes Polizeiblatt" wie "La République" ihre Argumente zu den seinen macht! Uns scheint, also ob der Mann, der dies geschrieben hat die letzten 6 Jahre auf dem Mond gelebt hätte. Waren doch gerade diese Jahre von 1929 - 1935 die Periode des schärfsten Kampfes von seiten der "Huma" gegen die Volksfront (die nebenbei bemerkt die "Huma" vor kurzen wieder gefordert hat). Wir erinnern uns hierbei an die Presseschau der "Neuesten Nachrichten" und an das "anerkannte Polizeiblatt" "La République", die mit grossen Wohlgefallen und innerer Genugtuung die oft sehr "delikatsten" Artikel der "Huma" gegen die Volksfront in ihren Spalten reproduzierten.

Wenn sich nun die "Huma" der Hueberschen Argumente uns gegenüber bezieht, findet es seine Begründung im blinden Eifer der Partei der alten Volksfront Sanitätsdienste zu erweisen. Das ihr Argument gegen uns hinkt, besser gesagt, dahin sinkt, beweist die Nr. vom 3. September der "Rep.", in der man den Versammlungsbericht der "Huma" über die Volksfrontversammlung in der Aubette abdruckt. Uns fällt deshalb nicht ein "Huma" und "La République" zu identifizieren.

Es ist aber wohl empfehlenswert für die "Huma" mit ihren Argumenten gegen die IVKO etwas vorsichtiger zu sein, umsomehr verschiedene Organisationen, Kartelle usw., in denen die Partei wesentlichen Einfluss hat, das "anerkannte Polizeiblatt" als Publikationsorgan benutzt haben. Die IVKO kann auf jeden Fall für sich in Anspruch nehmen, auch den Leuten um die "Republik" ihre Meinung gesagt zu haben.

Wir sind überzeugt, dass wenn Morgen die KP den Kampf gegen die alte Volksfront wieder aufnimmt, die Spalten des "anerkannten Polizeiblattes" wieder weit geöffnet sind. Warten wir mal ab.

An einen bürgerlichen Demokraten:

Bürgerliche Demokratie und Antifaschismus.

=====

Fritz Hecker hat uns in "La Republique" 7.3. September eine längere Antwort auf unsere Antwort in Nr. 53 der "Arbeiterpolitik" gewidmet. Darin bestätigt er im wesentlichen die Tatsachen, die wir an dieser Stelle feststellten und auf Grund deren wir ihn bezichtigten, objektiv Vorarbeit für den Faschismus zu leisten.

F.H. bekannt sich zwar zu dem Sprichwort "Nur die Dummen wechseln ihre Gesinnung" nicht, aber er wehrt sich dennoch gegen unsere Meineidsanklage, da er nichts beschworen hat und von Anfang an der Eingliederung der Radikalen in die antifaschistische Volksfront ablehnend gegenüberstand. Wir nehmen davon Akt, ohne zu vergessen, dass die Strasbourger Radikalen trotz F.H. am 14. Juillet den Schwurfinger für die antifaschistische Volksfront erhoben, um nachträglich in ihrem Organ fast täglich wider ihren geleisteten Schwur zu schreiben, zu reden und zu handeln. Das ist eine Tatsache, die durch die Heckersche Distanzierung von der Volksfront nicht aus der Welt zu schaffen ist und aus der jene Radikalen die Konsequenzen ziehen müssen, die sich auf Grund ihrer materiellen und geistigen Interessen mit dem Proletariat und nicht mit der Grossbourgeoisie verbunden fühlen, und die wissen, dass Frankreich nur von faschistischer Barbarei bewahrt, von der Herrschaft des Groskapitals befreit und aus den Niederungen der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise - die eine kapitalistische Krise ist - herausgeführt werden kann, wenn die Interessen Frankreichs die Interessen seines arbeitenden Volkes werden, wenn die Interessen der Nation ausschliesslich mit den Interessen des arbeitenden Volkes harmonisieren.

Das aber ist nur möglich, wenn die Anhänger der demokratischen Rechte, die zum Kleinbürgertum gehören, an die Stelle des Bündnisses mit den Parteien der Grossbourgeoisie und auf dem Boden der Verteidigung des Kapitalismus, das Bündnis mit dem revolutionären Proletariat setzen und mit ihm das Interesse des arbeitenden Volkes gegen das Interesse des grossen Kapitals mit Entschlossenheit und Konsequenz vorfechten.

Diese Linie steht mit der Fritz Heckers im diametralen Widerspruch. F.H. meint mit seiner Linie, die die Radikale Partei im Interesse einer vermeintlich disziplinierten Demokratie zu einem Werkzeug der Kapitaloffensive gegen das arbeitende Volk macht, die Demokratie zu festigen und Frankreich vor dem Faschismus zu retten. In Wahrheit löst er die Demokratie von den materiellen Interessen der Massen, bringt das Interesse der Erhaltung der Demokratie mit den materiellen Interessen der Massen in Gegensatz, ordnet die Demokratie den Erfordernissen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft unter, schimpft wie ein Rohrspatz auf jene, die seiner Weisheit beharrlich und konsequent die Gefolgschaft verweigern und meint, es ginge uns bei unserem Kampfe gegen die Radikalen nur darum, ihnen im kommenden Frühjahr einige Député-Sitze abzugeben. F.H. möge sich an die eigene Nase fassen, denn die Député-Sitze, die die Radikalen an die proletarische Einheitsfront verlieren werden, verlieren sie dank der Politik, zu deren Sprecher in "La Republique" sich F.H. macht.

Fritz Hecker meint, der Faschismus in Frankreich habe noch kein Programm, keinen Führer und keine Massenbasis. Das ist etwas übertrieben, da die objektiven Interessen der grossen Bourgeoisie in der Krise in steigender Masse Tendenzen in der Richtung zum Faschismus auslösen. Die Entwicklung in den grossbürgerlichen Parteien ist dafür ein Beweis und F.H. selbst ein sprechendes Beispiel dafür. Wenn die Krise eine solche Schärfe erreicht hat, dass die herkömmlichen parlamentarisch-demokratischen Mittel im steigenden Masse für die Realisierung der Interessen des Kapitals untauglich werden und die Stimmung für den starken Mann geschaffen ist, reicht eine einfache Blechfigur als Diktatur aus, die die Erfahrungen bestätigt.

Im übrigen sind die Radikalen vom Schlage eines F.H. mit ganzer Kraft daran, ganz nach dem Vorbild ihrer deutschen Freunde, die Voraussetzungen für die Entfaltung einer faschistischen Massenbewegung zu schaffen, wenn

Ja wenn die proletarische Einheitsfront sich nicht zum entschiedenen Verfechter und Organisator des Massenwiderstandes gegen die Kapitaloffensive auf die breiten Massen machen würde.

F.H. nennt diese Tätigkeit der proletarischen Einheitsfront Demagogie, und bezieht sie der Verantwortungslosigkeit und des Mangels an Courage. Wir kennen das. Wer die Interessen des grossen Kapitals nicht als die Interessen Frankreichs und der Allgemeinheit betrachtet, ist in den Augen jedes guten Durchschnittsbürgers ein Demagoge. In den Augen F.H. ist jeder ein Demagoge, der der Meinung ist, Frankreich und die bürgerliche Ordnung sind nicht ohne weiteres identisch und dem "verwegenen" Gedanken anhängen, Frankreich könnte auch ohne die bürgerliche Ordnung auskommen und ein Rätefrankreich wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts zu einer schöneren und besseren Zukunft des arbeitenden Volkes.

F.H. ist eben zu erst ein Verteidiger der bürgerlichen Ordnung und in zweiter Linie ein Anhänger der demokratischen Rechte des Volkes. Wenn die parlamentarische Ordnung die bürgerliche Ordnung und ihre reibungslosen Funktionieren nicht mehr garantiert, schimpft er auf die, die die demokratischen Rechte dazu verwenden, dass Interesse der von der bürgerlichen Ordnung Geschöpften gegenüber der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zu vertreten. Dann erschallt sein Ruf nach dem Maulkorbgesetz, das heisst nach der Einschränkung der demokratischen Rechte der Massen. Und das nennen wir objektiv Vorarbeit für den Faschismus leisten. F.H. ist kein Faschist und er würde unter der Herrschaft des Faschismus möglicherweise mit uns gemeinsam das Konzentrationslager sieren. Aber er ist die Verkörperung des Widerspruchs, dem jeder bürgerliche Demokrat unterliegt, wenn die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Krise sich zur Krise der parlamentarischen Demokratie auswachsen. Seine Anhänglichkeit an die bürgerlich-kapitalistische Ordnung erweist sich dann als solider, als seine Liebe zu den demokratischen Rechten und er ist bereit die letzteren im Interesse der bürgerlichen Ordnung stückweise zu opfern, bis er selbst geopfert wird, auf dass die soziale Herrschaft des Kapitals gerettet wird. Vor die Wahl gestellt zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur entscheidet sich F.H. nach eignen Eingeständnis für die erstere. Vor die Wahl zwischen der bürgerlichen Ordnung und den demokratischen Rechten der Massen gestellt, entscheidet er sich objektiv und praktisch für die bürgerliche Ordnung und findet Trost in dem Spruch: "il n'y a que les imbéciles qui ne changent pas d'opinion!"

Die Anhänger der Radikalen, die den wirklichen Kampf gegen den Faschismus und des Grosskapitals wollen, dürfen sich durch den bolschewistischen Kinderschreck nicht einschüchtern lassen. Das Kleinbürgertum kann im Zeichen der Niedergangsperiode des Kapitalismus sein politisches Bündnis mit der Grossbourgeoisie nur noch aufrechterhalten, wenn es sich restlos vom Grosskapital ausbeuten und unterdrücken lässt. Es kann seine Interessen nur an der Seite und im Bündnis mit der Arbeiterklasse verteidigen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

J.P.Mourers Frontenbildung .

==.

In der Aubette-Versammlung der Hueberschen Volksfrontversammlung liess sich J.P.Mourer wie folgt vernehmen:

"Es gibt in Elsass-Lothringen nur zwei Fronten: Die imperialistisch-avvinistische Front der Assimilationspolitiker und die Front der Heimatrechtbewegung, die Volksfront! Ein Dazwischen gibt es nicht.

Wer nicht bei der Volksfront ist, kann nur zum Gegner überlaufen. Das haben erst jüngst wieder die drei Überläufer Heysch, Schluck und Heck bewiesen. Sie sind beim Gegner gelandet und gehen in der Schande des Verrats an der Arbeiterschaft, an Volk und Heimat unter.

Als die KP-Linie sich zwischen diese zwei Fronten stellen wollte, da stand sie auch schon, gewollt oder ungewollt, im chauvinistischen Lager.

Wir haben also Recht behalten und die etwas reichlich späte Umkehr der KP bestätigt uns das. Und wir bleiben bei unserer Auffassung: Die Interessen der Arbeiter und Werktätigen und die Interessen unseres Volkes und unserer Heimat sind eins und unteilbar."

Also liess sich J.P.Mourer vernommen,obzwar er weiss,dass seine Volksfront ein überwiegend lokales Gebilde ist und garkeinen Anspruch darauf erheben kann,eine elsass-lothringische Volksfront zu sein.

Wenn J.P.Mourer so tut,als wäre ausser seiner Strasbourger Volksfront nur noch die Front der imperialistisch-chauvinistischen Assimilationspolitiker möglich,so brauchen wir nur auf die proletarische Einheitsfront in Oberelsass und auf die von der proletarischen Einheitsfront getragene Abwehrfront gegen die decret-lois in ganz Elsass-Lothringen verweisen,um seine Versammlungsphrasen adabsurdum zu führen.

Die Mourerschen Beweismittel -Heck-Schluck-Heysch-,sind ja nur ein Beweis dafür,dass es für Volksfrontler von der Kapo leichter ist zur Proporzfront,als zur proletarischen Einheitsfront zu gegangen,was nicht wundernimm, wenn man ausser der Front mit den Propagandisten des Hitlerismus(siehe die früheren Feststellungen der "Neuen Welt" über ihre Bundesgenossen und die Schällschen Auslassungen über "Das Ende der Demokratie"),nur noch die Front der Chauvinisten und Imperialisten französischer Prägung kennen will.Wenn das Haupt der Kapo erklärt:"Niemals wurr ich mich nève d'Linie oder d'Sozialische setze,so lang ich läb' ir den kann und wird es keine Klassenfront geben und der wird sich zehnmal lieber mit einem Roos,Schall und Co. zu einer Interessen- und Wohlgemeinschaft auf Lebenszeit verbinden,als jemals wieder auf den Boden der kommunistischen Grundsätze zurückzukehren.

J.P.Mourer,der als Député einmal seine Stimmkarte für Daladier und ein andermal für Doumergue abgibt,der um den Prefekten scharwenzelt und bei der Wahl zwischen einer"imperialistisch-chauvinistischen" und einer proletarischen Veranstaltung bedenkenlos für die erstere optiert,einem solchen Mann ist und bleibt die Einheitsfront der Arbeiterklasse auf dem Boden ihrer dringlichsten Interessen und gegen den Faschismus jeder Fabrikmarke ein Buch mit sieben Siegeln.

Deshalb haben sich seine Parteifreunde in Colmar,auf seine und seiner engoren Freunde Rat,auch bei den Gemeinderatswahlen lieber mit der Front der Chauvinisten und Imperialisten von der Assimilationspolitik zu einer "heimatrechtlichen" Front zum Kampfe gegen die proletarische Einheitsfront zusammengefunden.Nicht wahr Herr Député?

Wir sind überzeugt, die Arbeiter,Kleinbürger und Kleinbauern Elsass-Lothringens würden sehr schnell begreifen,dass sie sich ohne Unterschied ihrer Stellung zur nationalen Frage zur Verteidigung ihrer Existenz und zum Kampf gegen den Faschismus zusammenfinden müssten,wenn die KP beharrlich und Konsequenz die proletarische Einheitsfront verwirklicht. Und wir sind davon überzeugt,dass auch die Hueberanhänger früher oder später begreifen werden,dass es ausser der Front mit den Elzianern und der Front mit Charles Frey noch eine Front gibt,die das Interesse sowohl der kommunistischen,als auch der sozialistischen Arbeiter erfordert.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Keine Verdrehung:

Dimitrow und die els.loth.Kommunisten.

Oh.Friedrich sieht sich veranlasst in "L'Humanité" v.30.8.Dimitrow gegen jene Militanten und Funktionäre der KP ins Feld zu führen,die mit der Winzenheimer Taktik der Regionalleitung nicht einverstanden sind.

C.Friedrich,der noch vor kurzen ein blinder und begeisterter Anhänger der Theorie vom Sozialfaschismus war und dessen Feder die fulminantesten Artikel gegen die Huebersche Volksfront hervorbrachte,findet es sonderbar,dass die Mehrheit der Parteimitglieder zwar bereit sind,ohne Bedenken sich an die Soz.Partei zwecks Bildung der Einheitsfront zu wenden,aber sich noch nicht entschliessen können,an die Organisationen der UPR.KPO,der christlich-sozialen Volkspartei,an die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen usw.heranzutreten.

Friedrich nennt die Haltung dieser Parteigenossen sektiererisch.Erster aber ist es noch -so fährt er fort -,wenn in irgend einem Kanton wie in Winzenheim,eine wirklich richtige Wahltaktik im Sinne der Dimitrowschen Rede angewandt wird,es Genossen gibt,die ihr Nichteinverständnis

nie damit noch mit Demission usw. bekräftigen wollen.

Wir finden es gar nicht sonderbar, dass Militanten, die 6 Jahre lang das Gegenteil von Volksfront und Einheitsfront hörten, nicht im gleichen Galopp zum Friedrichen Standpunkt übergehen können. Wir stimmen mit der taktischen Grundlinie des 7. Weltkongresses vollkommen überein, aber wir meinen, dass, soll diese Grundlinie wirklich Gemeingut der gesamten Parteimitgliedschaft werden, es notwendig ist, die Fehler der Vergangenheit offen blosszulegen, auch dann, wenn dabei einem oder einigen Führern eine Perle aus der Krone fällt.

Friedrich zitiert Dimitrow als Zeugen für die Richtigkeit der Winzenheimer Wahl. Aber Friedrich zitiert unvollständig und überträgt die Ausführungen Dimitrows bedenkenlos und verständnislos auf die UPR, nur weil sie kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Anhänger hat.

Dimitrow hat sich in seiner Rede, soweit sie der antifaschistischen Volksfront gewidmet war, dahin ausgedrückt, dass das Grundlegende für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront nicht das Herantreten an die bürgerlichen Parteien und Organisationen ist, sondern die Verteidigung der Forderungen des Kleinbürger- und Kleinbauerntums, die den Grundinteressen der Arbeiterklasse entsprechen.

Dann hat er vom richtigen Herangehen an jene Organisationen gesprochen, wobei die Kommunisten von der Erkenntnis ausgehen müssen, dass diese Organisationen noch unter dem Einfluss der Bourgeoisie stehen und die Führung in ihnen, den Agenten des Grosskapitals gehört. Dimitrow hat deshalb vom Herantreten in verschiedener Weise gesprochen und hinzugesetzt, dass wir unter bestimmten Umständen unsere Anstrengungen darauf richten müssen, diese Parteien und Organisationen oder einzelne Teile von ihnen, trotz ihrer bürgerlichen Führung für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen. Dimitrow hat die Frage offen gelassen, ob Aussichten für die Gewinnung solcher Parteien und Organisationen bestehen und legte deshalb das Schwergewicht darauf, dass unsere Taktik unter allen Umständen darauf gerichtet sein muss, die diesen Organisationen angehörenden Kleinbauern, Gewerbetreibenden usw. in die antifaschistische Volksfront hineinzuziehen.

Wir stimmen dieser Grundlinie restlos zu. Worauf es ankommt ist, diese allgemeine Linie auf die konkreten Verhältnisse Elsass-Lothringens gewissenhaft und unter Zuhilfenahme des eignen Kopfes anzuwenden.

Dabei gilt es von der grundlegenden Tatsache auszugehen, dass die antifaschistische Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront - wie Dimitrow sagt - geschaffen werden muss. Das ist das erste. Zweitens muss man sich klar darüber werden, dass die antifaschistische Volksfront in Elsass-Lothringen nicht auf der Grundlage der nationalen Frage aufgebaut werden kann, respktiv, dass die nationale Frage nicht das Kriterium für die Zugehörigkeit zur Volksfront sein darf, sondern solche Forderungen, die alle werktätigen Schichten ohne Unterschied ihrer Stellung zur nationalen Frage in Bewegung setzen und in überparteilichen Klassenorganen, als die beste Form der Herstellung, Erweiterung und Stärkung der Einheitsfront, zusammenzuschliessen vermögen. Beachtet man diese Tatsache nicht, so wird in dem Bestreben eine Volksfront auf Basis der nationalen Frage zustande zu bringen, die proletarische Einheitsfront in Elsass-Lothringen kaputt gehen. Drittens muss man sich darüber klar werden, dass man nicht um den Preis eine imaginäre Volksfront unter allen Umständen zustande zu bringen, auf die grundlegenden Forderungen im antifaschistischen Kampf gegenüber dem zu gewinnenden Partner verzichten darf, wie dies bei Rosse geschah. Viertens darf es in Bezug der UPR-Führung keine Illusionen geben, die ganz offen die Propaganda für den christlichen Ständestaat entfaltet. Daraus folgt, dass man das Herantreten an UPR-Organisationen in Übereinstimmung mit dem Teilnehmer des Aktionspaktes festlegt und solche Forderungen formuliert, die die antifaschistische Zuverlässigkeit der jeweiligen UPR-Leitungen wirksam auf die Probe stellen. Fünftens darf man sich nicht von den UPR-Führern hereinlegen lassen, in der naiven Meinung auf diesem Wege zur antifaschistischen Volksfront zu gelangen. Wir meinen, Dimitrow wird damit vollkommen einverstanden sein.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Fr. 2.-
Einzelheft: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der K.P.F.)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 55/II. Jahrgang.

Zweite Septemberwoche 1935.

Ergebnisse des VII. Weltkongresses der K.I. :

ZUR RESOLUTION ÜBER DIE OFFENSIVE DES FASCHISMUS.
oo

I.

Die Resolution zum Referat Dimitrows liegt jetzt im Wortlaut vor. Die Resolution stellt im Vergleich zum Referat in verschiedenen Punkten eine Verbesserung vor, obwohl auch sie noch eine Reihe ernster Mängel enthält, die sich praktisch gefährlich auswirken können, wenn die Kritik sie nicht aufdeckt und auf ihre Korrektur drängt.

Die Resolution anerkennt die "zeitweilige Niederlage des Proletariats im Zentrum Europas". Die späte offizielle Anerkennung dieser Tatsache ist ein nicht unwichtiger Schritt nach vorwärts, denn sie ist eine Voraussetzung dafür, dass die Notwendigkeit eingesehen wird, aus der Niederlage zu lernen.

Der Faschismus wird doppelt definiert. Einmal richtig als eine besondere Form der Diktatur des Finanzkapitals. Das andere Mal falsch als "die offene terroristische Diktatur der am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Die letztere Definition lässt die Möglichkeit offen, dass es andere weniger chauvinistische, imperialistische Elemente des Finanzkapitals gibt, die gegen die faschistische Diktatur sind. In der Tat sind in den Veröffentlichungen der KP-Deutschlands wiederholt Äusserungen zu verzeichnen gewesen, die mit der Möglichkeit rechneten, dass Teile der Bourgeoisie gewillt seien, sich der faschistischen Diktatur zu entledigen. Für die deutsche Sozialdemokratie gar ist die Spekulation auf die antifaschistische Aktion der Reichswehr, der hohen Bürokratie und eines Teils der kapitalistischen Klasse geradezu charakteristisch. Deshalb ist es notwendig solche Schwankungen und Irrungen durch eine eindeutige und klare Definition der faschistischen Diktatur die theoretische Grundlage abzuschneiden.

Die Warnungen "vor dem gefährlichen Illusionen über einen automatischen Zusammenbruch des Faschismus" kommt nicht von ungefähr. Diese Illusionen waren in den kommunistischen Parteien weit verbreitet und sie hängen eng zusammen mit der Vorstellung der "dritten Periode".

Die Einheitsfrontbewegung, heisst es richtig, ist "noch im Anfangsstadium der Entwicklung". In Frankreich ist es gelungen "die ersten Vorstösse des Faschismus zurückzuschlagen". Damit wird der, in der französischen Arbeiterbewegung und zum Teil auch in der Kommunistischen Partei Frankreichs verbreiteten Vorstellung begegnet, als ob dem Faschismus hier bereits endgültig "der Weg versperrt sei". Andererseits ist damit gesagt, dass das gegenwärtige Stadium der Einheitsfront in Frankreich noch nichts Endgültiges vorstellt, sondern erst einen anfang.

Was in der Resolution fehlt, das ist eine konkrete Analyse der Schwächen und Fehler der Einheitsfronttaktik in Frankreich. Sie wäre umso notwendiger, weil heute die französische Taktik als internationales Muster hingestellt wird. Die in der Resolution zum Bericht des EKKI enthaltene Warnung von schablonenhafter und mechanischer Übertragung der Taktik eines Landes auf ein anderes ist, wie die Diskussionen des VII. Kongresses gezeigt haben, leichter ausgesprochen als durchgeführt. Aber die Vorausset-

zung dafür, dass ein solches schablonenhafte Übertragungen nicht erfolgen ist, dass die Erfahrungen und die Praxis der Einheitsfronttaktik in Frankreich selbst vom internationalen Zentrum gründlich kritisch geprüft werden. Nur auf Grund einer solchen kritischen Prüfung ist eine nicht schablonenhafte Verallgemeinerung der Erfahrungen dieses Landes möglich. Im Falle Frankreich ist diese kritische Prüfung noch keineswegs in ausreichendem Masse erfolgt.

Die Herstellung der Einheitskampffront wird in der "gegenwärtigen historischen Etappe" als "die wichtigste nächstliegende Etappe der internationalen Arbeiterklasse" erklärt.

Nach sieben Jahren des ultralinken Kurses, nach den schweren Niederlagen in Deutschland und Österreich, die mit der Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik aufs engste zusammenhängen, war es zweifellos notwendig, die grundlegende Bedeutung der Einheitsfronttaktik als einer Wendung an die reformistischen Organisationen stark zu betonen. Aber wenn nicht die taktische Umkehr in der Frage der Einheitsfronttaktik zu schweren Fehlern in opportunistischer Richtung führen soll, so muss man gleichzeitig die Grenzen und das Ziel der Einheitsfronttaktik bestimmen. Ein Kongress der KI legt nicht Richtlinien nur für einige Monate fest, sondern für längere Sicht. "Die gegenwärtige historische Etappe", von der hier die Rede ist, ist nicht näher bestimmt, sie soll doch wohl die Verhinderung des Sieges des Faschismus in Ländern, wie Frankreich und der Sturz der faschistischen Diktatur in Ländern, wie Deutschland usw. umfassen. (Und umfasst sie tatsächlich auch!) Die Anwendung der Einheitsfronttaktik ist hier die nächstliegende und umfassende Aufgabe, aber sie muss auch in dieser Periode bereits ihre Grenze, ihr Ende erreichen. Die Einheitsfronttaktik kann an die Eroberung der Macht herangeführt werden. Die wirkliche Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ist jedoch nicht durch die Einheitsfront möglich. Sie setzt voraus, dass die Kommunistische Partei sich bereits die Führung der grossen Mehrheit der Arbeiterklasse erobert hat, d.h. ihre Führung zum Zwecke der Eroberung der proletarischen Diktatur auf dem Wege des revolutionären Aufstandes (nicht nur ihre Führung für Teilziele). Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus ist eines der grundlegenden Ziele der Taktik der Einheitsfront. Wenn dieses Ziel erreicht ist, so ist damit auch die Einheitsfronttaktik überholt, erschöpft. Das muss man jetzt schon sagen, nicht erst, wenn Illusionen darüber wrweckt worden sind, dass die Einheitsfront unbegrenzte Perspektiven der Arbeiterklasse eröffnet und wenn diese Illusionen zu praktischen Fehlgriffen oder schweren Niederlagen geführt haben werden. Die Aufzeigung dieser Grenzen kann die Werbekraft und den Schwung der Einheitsfront nicht schwächen, denn innerhalb dieser Grenzen hat die Einheitsfront gewaltige positive Aufgaben zu erfüllen, die im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegen.

(Schluss folgt)

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der Naziparteitag:

Der diesjährige Naziparteitag, der dieser Tage in Nürnberg begonnen hat, bringt die Kriegslust der deutschen Faschisten noch mehr zum Ausdruck als ihre sonstigen Paraden. Weit über 100 000 Mann Reichswehr sollen auf dem Parteitag aufmarschieren. Hess, der Stellvertreter Hitlers benutzte seine Eröffnungsrede, um gegen die Sowjetunion zu hetzen und bewies so von neuem, dass die Nazidiktatur einen Überfall auf den Staat der proletarischen Diktatur vorbereitet. In der Proklamation Hitlers wird vom Recht der "Starken", sich die "Schwachen" zu unterwerfen gesprochen, d.h. die Eroberungslust des deutschen Imperialismus offen proklamiert. Was die innerpolitischen Ausführungen der Proklamation Hitlers anbelangt, so sind sie ein Versuch, die verschiedenen, einander befehdenden Cliquen in den regierenden Kreisen der faschistischen Diktatur auf eine Linie zu bringen. In wirtschaftlicher Hinsicht bekümmert sich Hitler zum Programm Schachts, der bekanntlich eine offene Inflation vermeiden oder jedenfalls solange als möglich hinauszuziehen will. Dagegen hat Hitler -im Gegensatz zu Schacht, der gegen die Katholikenverfolgungen polemisierte- in der Parteitagsproklamation neue Verfolgungen der katholischen Kirche

angekündigt. Im übrigen sind die wütenden Drohungen, mit denen Hitler die Opposition bedachte, die sich in Deutschland gegen das faschistische Hungerregime regt, ein Eingeständnis dessen, dass die Unzufriedenheit mit dem Nazaregime immer weitere Kreise des deutschen Volkes ergreift.

Das Plebisit über die Verfassungsänderung in der Schweiz.

Am verflorbenen Sonntag fand in der Schweiz ein Plebisit über den Vorschlag einer Totalrevision der Verfassung statt, der von verschiedenen faschistischen und halbfaschistischen Gruppen eingebracht worden war. Das faschistische Projekt wurde mit 510 000 gegen 195 000 Stimmen abgelehnt. Dabei ist bemerkenswert, dass in den Gebieten, wo die offen faschistischen, sogenannten "Frontisten" (Freunde unserer "ELZ") ihren Hauptsitz haben, besonders wenig Stimmen für die Verfassungsrevision abgegeben wurden; die stärkste Position der Anhänger der Verfassungsrevision sind einige Kantone, wo die katholischen Konservativen dominieren, wie Wallis, Freiburg und Unterwalden ab dem Wald. Das Ergebnis des Plebisits ist eine Schlappe der Schweizer Faschisten und Halbfaschisten. Jedoch zeigen die beinahe 200 000 Stimmen, die sie erhalten haben, dass die faschistische Gefahr in der Schweiz keineswegs verschwunden ist und dass es ein schwerer Fehler wäre, wenn die Schweizer Arbeiterschaft jetzt diese Gefahr auf die leichte Schulter nehmen wollte.

Die polnische Wahlkomödie.

Die faschistischen Diktatoren Polens haben eine Wahlkomödie organisiert, bei der sie ähnlich wie Hitler und Mussolini sich den Schein einer Zustimmung der Massen zu ihren Regierungsmethoden holen wollten. Diese Absicht ist ihnen missglückt. Die von allen Oppositionsparteien, darunter auch der Kommunistischen Partei Polens, gegebene Parole, die "Wahlen", bei denen nur Kandidaten der faschistischen Regierung zur Abstimmung standen, zu boykottieren, wurde von breiten Wählermassen befolgt. Nur 46,5 Prozent, d. h. eine Minderheit der Wähler, beteiligten sich an der Abstimmungskomödie. In einigen Stimmbezirken in den Arbeitervierteln Warschaus gingen nur 20 % der Wähler zur Wahl.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DER WINZERSTREIK IM SÜDEN SIEGREICH BEENDET.
oo

Der grosse Winzerstreik, der im Süden mit Narbonne als Zentrum, stattfand, hat mit einem Siege der Streikenden geendet, die ihre Lohnforderungen zum grössten Teil durchgesetzt haben. Die streikenden Winzer haben geschlossen im Kampfe ausgeharrt, obwohl die Regierung Gendarmen gegen sie einsetzte, die Aufstellung von Streikposten zu verhindern suchte und es offensichtlich auf Provokationen abgesehen hatte.

Der Kampf der Winzer im Süden ist ein neuer Beweis dafür, dass die Arbeiter zu ausserparlamentarischen Kampfmitteln greifen müssen, wenn sie angesichts der Offensive des Patronats, der Deflationspolitik der Regierung und der Teuerung ihre Lebenshaltung verteidigen wollen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

"SCHWANKUNGEN" UND KORREKTUREN IN DER KRIEGSFRAGE!
oo

In seinem Referat zur Kriegsfrage auf dem VII. Weltkongress der KI bemerkte der Berichterstatter Ercoli, es habe in einigen Parteien in der Kriegsfrage "Schwankungen" gegeben; diese Parteien hätten sich dann aber zurecht gefunden. Auf Grund dieser ~~Kamarkung~~ Erfahrungen, bemerkte er weiter, dass nicht zu erwarten sei, dass es bei Kriegsausbruch in allen kommunistischen Parteien ohne Fehler abgehen wird. Mit "Schwankungen" sind die von uns scharf kritisierten Fehler, die der KPF und KPTsch vorgekommen sind, sehr schonend bezeichnet.

Worin bestanden diese gefährlichen "Schwankungen"?

Erstens in der Erklärung von Thorez, dass ein Krieg, den das bürgerliche Frankreich als Verbündeter der Sowjetunion führe von Seiten Frankreichs kein imperialistischer Krieg mehr sei. Zweitens, dass die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg in einem solchen Falle für Frankreich nicht mehr anwendbar sei. Drittens in den Erklärungen der KP der Tschechoslowakei, die es als möglich erscheinen lies-

sen, dass die böhmischen Kommunisten im Kriegsfall auf den Kampf gegen ihre eigene Regierung verzichten.

Da es sich hier um eine Lebensfrage der internationalen Arbeiterklasse handelt, so war die schärfste Kritik an Platze, wobei es aber nicht gelangte, einfach die Formeln zu wiederholen, die auf den Krieg von 1914/18 angeschliffen waren, sondern wobei die neuen Tatsachen zu berücksichtigen waren, die darin bestehen, dass ein proletarischer Staat einen revolutionären Verteidigungskrieg führt. Ferner darin, dass vielleicht der Fall eintritt, dass imperialistische Staaten an der Seite der Sowjetunion gegen andere imperialistische Staaten Krieg führen und dass beide Fälle taktisch nicht auf dieselbe Weise behandelt werden können.

Das Referat Ercolis zeigt, dass die einsetzende Kritik ihre Wirkung getan hat. Die Stellung im Referat Ercolis zu den bezeichneten Punkten, deckt sich nicht mit der Stellungnahme von Thorez und Sverma vor dem Kongress.

Worin bestehen die Korrekturen?

Erstens darin, dass in dem Referat Ercolis keine Rede davon ist, dass ein Krieg, den das bürgerliche Frankreich an der Seite der Sowjetunion führt, von Seiten Frankreichs aufhört, ein imperialistischer Krieg zu sein. Zweitens, dass die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg allgemein und ausnahmslos für alle kapitalistischen Staaten aufgestellt wird.

Ercoli gibt folgende Linie der revolutionären Strategie im Kampf gegen den Krieg an:

Konzentration der Kräfte gegen die japanischen Militaristen und den deutschen Faschismus. Ausnützung der Unterschiede in den Positionen der einzelnen kapitalistischen Mächte. Dabei ist keine Minute ausser Acht zu lassen, den Hauptschlag gegen die Feinde im eigenen Lande, gegen den eigenen Imperialismus zu richten. Wir verbergen nicht nur nicht die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, der im Kriegsfall die Grund- und zentrale Losung der Bolschewiki bleibt usw.

Ferner:

"Jetzt aber führt uns die objektive Analyse der internationalen Lage und ihre Perspektiven unvermeidlich zu dem Schluss, dass der Beginn des Krieges für alle kapitalistischen Länder das Einsetzen der revolutionären Krise bedeuten wird; während dieser Krise werden wir an der Spitze der Massen mit allen Kräften für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg kämpfen!"

Hier ist also ausdrücklich die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg für alle kapitalistischen Länder aufgestellt.

Gleichzeitig wird gesagt, dass die Existenz der Sowjetunion ein neuer Faktor von welthistorischer Bedeutung ist und dass unsere Taktik im Kriegsfall unter Berücksichtigung dieses Faktors bestimmt werden muss. "Die Kommunisten müssen im Falle eines reaktionären Krieges gegen die Sowjetunion alle Werktätigen auffordern, mit allen Mitteln und um jeden Preis der Roten Armee zum Siege über die imperialistischen Armeen zu verhelfen".

Der Nachdruck liegt hier auf Taktik zum Unterschied von der grundsätzlichen Stellungnahme.

Ercoli stellt richtig fest, dass in den Grundsätzen und Zielen zwischen der Stellungnahme der Partei der SU, die an der Macht ist und der der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern in der Frage des Krieges Übereinstimmung herrscht. "Doch bedeutet diese Identität durchaus nicht, dass in jedem gegebenen Moment in allen Aktionen und in allen Fragen Übereinstimmung der Taktik des noch um die Macht ringenden Proletariats und der kommunistischen Partei mit den konkreten und taktischen Massnahmen der Sowjet-Politik der KPdSU, die schon ihre Macht in der Sowjetunion verwirklicht, bestehen müsse".

Damit ist in allgemeiner Form klargestellt, dass die Erklärung Stalins keine Weisung an die komm. Parteien der kapitalistischen Länder in Bezug auf die Politik, die sie gegenüber ihren bürgerlichen Regierungen zu führen haben, vorstellt, worauf wir an dieser Stelle gleich hingewiesen haben

Wie wir ihn sehen:

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
X Jaques Peirotés X
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Jaques Peirotés ist zu Grabe getragen worden. Mit ihm ist wohl die merkanteste Figur der reformistisch und profranzösisch orientierten Arbeiterbewegung Elsass-Lothringens von dannen gegangen.

J. Peirotés war ein Kämpfer, aber kein Revolutionär. Er war ein starker Polemiker, der überall seine Blumen pflückte und ein Volkstribun im jakobinisch-jaureschen Sinne, aber kein Marxist. Er liebte die Arbeiterklasse, aber höher als sie und ihre Interessen stand ihm das bürgerlich-republikanische Frankreich. J. Peirotés Stellung zur nationalen Frage, seine Haltung zur Assimilierungspolitik des französischen Imperialismus in Elsass-Lothringen ist dafür ein Beweis.

J. Peirotés gehörte in der alten deutschen Sozialdemokratie zur Schule der Revisionisten um Vollmer-Bernstein und wenn er im Kriege zum rechten Flügel der Sozialdemokratie in Gegensatz geriet und gegen die Ebert-Scheidemann opponierte, so nicht aus Liebknechtschen und Leninschen Motiven, sondern aus Abneigung gegen das kaiserliche Deutschland und aus Zuneigung zum bürgerlich-republikanischen Frankreich. Er war also auch kein proletarischer Internationalist, für den der Weltkrieg ein imperialistisches Unternehmen war, das mit der Organisation der proletarischen Revolution in allen Ländern beantwortet werden musste. Er sah im Weltkrieg eine Gelegenheit Elsass-Lothringen wieder mit dem republikanisch-bürgerlichen Frankreich zu verbinden. Seine Haltung zur Vaterlandsverteidigung im bürgerlich-republikanischen Frankreich zeigte, dass er kein französischer oder elsässischer Liebknecht, sondern ein französischer Ludwig Frank war und seine Haltung im Weltkrieg nicht auf einem prinzipiellen Gegensatz zum Imperialismus schlechthin, sondern lediglich auf seinem Gegensatz zum deutschen Imperialismus im wilhelminischen Gewande fasste.

J. Peirotés Sozialismus war kleinbürgerlicher Prägung. "Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts"; dieser Satz Bernsteins konnte auch auf ihn angewandt werden. Die russische bolschewistische Revolution war für ihn eine barbarische Angelegenheit, die allein aus den barbarischen Verhältnissen des Zarismus Erklärung, aber keineswegs Billigung finden konnte und die ihm keine allgemeingültigen, auch für Frankreich gültigen Lehren übermittelte. Für das "zivilisierte" Frankreich mit seiner ausgebildeten bürgerlichen Demokratie lehnte er die Anwendung bolschewistischer Methoden entschieden ab. Peirotés glaubte an eine evolutionäre, in parlamentarischen Formen sich vollziehende Machteroberung und an eine schrittweise Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Sozialreform. Deshalb kämpfte er mit allen Mitteln gegen den Anschluss an Moskau, und die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale waren ihm die Ausgeburt asiatischen Geistes, aber nicht die Zusammenfassung der russischen und internationalen Erfahrungen über die Rolle der Partei im Kampfe der Arbeiterklasse um die Macht.

Die Ereignisse seit der Spaltung der Sozialistischen Partei in Tours, wie der gewaltige sozialistische Aufbau in der Sowjetunion haben die beiden Grundauffassungen, um die damals in der Sozialistischen Partei gerungen wurde einer wiederholten geschichtlichen Probe unterworfen. Immer nachdrücklicher wurden die kommunistischen Grundsätze in ihrer Richtigkeit bestätigt und Peirotés wiederlegt.

Bräute Massen sozialistischer Arbeiter haben durch die Erfahrungen belehrt die Peirotéschen Stellungen verlassen und sich den kommunistischen Grundsätzen genähert. Der Aktionspakt und das Auftreten des linken Flügels um Pivert-Zyromsky in der SFIO sind Ausdruck dafür. Wenn im Unterelsass der Pakt nur eine Episode war und statt der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die Zusammenarbeit mit den zentralistisch orientierten bourgeois Parteien in den Mittelpunkt der politischen Linie der SFIO trat, dann nicht zuletzt deshalb, weil hier der Peirotésche Geist in der SFIO vorherrschend war und die Traditionen der Vergangenheit sich mit Macht gegen die Erfordernisse der Stunde zur Wehr setzten.

Dies wird heute anscheinend auch in jenen Kreisen der SFIO des Elsass erkannt, die im Hinblick auf die Krise des kapitalistischen Systems und der faschistischen Gefahr die Notwendigkeit erkennen, die ausgefahrenen

Geleise der traditionellen Politik der SFIO im Elsass im bestimmten Umfange zu verlassen. In diesem Sinne werten wir folgenden Satz in einem Nekrolog des "Republikaners" auf J. Peirotos:

"Infolge seiner Krankheit von der direkten Verbindung mit der Bewegung etwas getrennt, trafen seine Artikel in den letzten Jahren nicht immer das Richtige -welcher Journalist wollte übrigens von sich behaupten, immer richtig gesehen und geurteilt zu haben?-, aber immer legten sie Zeugnis ab von der grossen Kultur, die der ehemalige Schriftsetzer errungen hatte."

J. Peirotos war einstmals eine progressive Kraft in der Arbeiterbewegung seiner engeren Heimat. Von den letzten Jahrzehnten seiner Tätigkeit kann nur das Gegenteil gesagt werden.

Der Aufwand und die Ehre, die die Spitzen der Bourgeoisie und der staatlichen Behörden J. Peirotos am Grabe erwiesen, die Tatsache, dass das Rot der Arbeiterklasse von der Trikolore der bürgerlichen Republik bei seinem Leichenbegängnis erdrückt wurden, sind symbolisch für J. Peirotos und seinen Weg.

Am Anfang gehörte er auch uns revolutionären Arbeitern. Am Ende gehörte er denen, die seinem Leichenbegängnis die Staatliche Weihe gaben. J. Peirotos ist in die Grube gefahren, aber sein Geist lebt noch, zum Schaden der Arbeiterbewegung. Indem wir die Unzulänglichkeit und Verkehrtheit dieses Geistes für den Fortschritt der Arbeiterbewegung im Hinblick auf ihre Gegenwarts- und Zukunftsinteressen aufzeigen, dienen wir jener Aufgabe, der einst Peirotos diente, da er den Arbeitern lehrte, sich unabhängig vom Bürgertum und selbstständig als Klasse für den Kampf für ihre soziale und politische Befreiung zu organisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um Rossé und die UPR:

Soll deshalb die Einheitsfront gesprengt werden?

.....

"L'Humanité" berichtet, dass die Mülhauser Sektion der KP einstimmig die Volksfronttaktik der Parteileitung in Elsass-Lothringen und die Unterstützung des Kandidaten der UPR im Kanton Winzenheim gebilligt habe.

Der "Republikaner" erklärt dazu, dass die verantwortlichen Instanzen der SFIO zum "Rossé-Kurs" der KP ihr Wort sagen werden und die K.P. nicht darum herumkommen werde, zwischen der Einheitsfront mit der SFIO und dem autonomistischen Klerikalismus zu wählen, den die Sozialisten nie in einer von ihnen unterstützten Volksfront als Instrument des Kampfes gegen den Faschismus annehmen werden.

Der "Kurier" des "Antifaschisten" Rossé setzt inzwischen seine Artikel für die berufsständische Ordnung (Klerikofaschismus) fort. "L'Humanité" ist darob etwas chokiert und hofft Herr Rossé werde sich nach der überwiegend ablehnenden Haltung der Wähler der katholischen Kantone der Schweiz gegenüber der Initiative auf Totalrevision der Verfassung wieder einmal auf seine demokratischen Gelübde besinnen.

Der "Kurier" folgt dieser "Mahnung" der KP auf dem Fusse. Er kommentiert die Schweizer "Mahnzeichen" so deutlich, dass daraus hervorgeht, dass der "Antifaschist" Rossé mit Herz und Hand auf Seiten der Anhänger der faschistischen Initiative auf Totalrevision der Verfassung und auf Seiten der Führer der schweizerischen katholischen konservativen Volkspartei steht, die diese faschistische Initiative unterstützten. Nachdem der "Kurier" seinen Ärger gegen Marxisten und Liberale abregiert hat, stellt er resigniert fest:

"Da die Schweiz die Totalrevision verworfen hat, wird man so es nottut, die Verfassung weiter "ritzen" müssen. Die Schweiz zeigt uns, dass man lieber im alten, wenn auch verlotterten, doch vertrauten Geleisen weitertrötet. Würde man in Frankreich auf dem Wege des Referendums die Verfassung von 1875 total abändern wollen, käme voraussichtlich zum gleichen Ergebnis. Also "geritzt" und gewurstelt nach dem Gesetz der Trägheit!"

Das ist immerhin eine erstaunliche Feststellung für das Blatt des von der KP im Kanton Winzenheim unterstützten "Antifaschisten" und Kandi-

daten der antifaschistischen Volksfront, Herrn Député Kossé!

Und um eines imaginären Bündnisses mit diesem klerikofaschistischen Flügel der UPR, ist anscheinend die KP bereit die Sprengung der proletarischen Einheitsfront im Oberelsass in Kauf zu nehmen.

Herr Imbs lacht sich darob ins Prustchen, hofft er doch durch die Sprengung der proletarischen Einheitsfront im Oberelsass wegen der Frage der Volksfront mit dem Kossé-Flügel der UPR auf eine Kräftigung seiner Position in der Strasbourger SFIO, in der sich im steigenden Masse der Widerspruch gegen die Proporz-Abbaupolitik erhebt.

Wir meinen, dass es an der Zeit wäre sich der Worte Dimitrows zu erinnern, dass die proletarische Einheitsfront die Grundlage der Schaffung der antifaschistischen Volksfront ist. Und ebenso notwendig ist die Erkenntnis, dass die klerikofaschistische Führung der UPR kein antifaschistisches Element ist und die katholischen Kleinbauern und Kleinbürger nicht mit, sondern gegen diese Führung in die antifaschistische Volksfront eingereicht werden müssen.

Weil wir verhindern wollen, dass um der taktischen Manöver eines Kossé zuliebe die proletarische Einheitsfront in die Binden geht, erheben wir unsere Stimme gegen die Fortsetzung der Winzenheimer Taktik. Man möge handeln ehe es zu spät ist!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aufregungen der "Freien Presse":

Die "bösen" Kommunisten und die "guten" Sozialisten.

==.

Herr Frey hat den Gemeinderat nach dem Vorbild seines Herrn und Meister in Ferien geschickt. Inzwischen regiert und diktiert die Proporz-Troika den Abbau der Mindestlöhne. Die Volksfrontfraktion hat durch Rueber in einem Antrage die unverzügliche Einberufung einer Gemeinderatssitzung gefordert. Die Bauarbeiterorganisationen haben neben anderen Forderungen die gleiche Forderung erhoben. Herr Frey aber behandelt den Antrag der Volksfrontfraktion, wie den der Bauarbeiter als Luft und unsere Sozialisten schweigen wie ein Grab, obzwar sie sonst ganz gehörig die Klappe aufreissen können. Wenn es ihnen mit der Rückgängigmachung des Beschlusses auf Abbau der Mindestlöhne so ernst wäre, wie sie vorgeben, dann sollte es ihnen nicht schwer fallen gemeinsam mit der Volksfrontfraktion den Herrn Maire zur Zusammenberufung des Gemeinderats zu zwingen. Oder stehen die Chefs der SFIO auf den Standpunkt, dass man die Hilfe der Volksfrontfraktion zur Abwehr eines Angriffes auf die Arbeiter nicht in Anspruch nehmen darf? Das wäre "nette" Prinzipien, denen da die Labs-Naegelen huldigen!

Neben der Frage der Mindestlöhne stehen die Nöte der Erwerbslosen im Vordergrund. Ein Maire-Député als Doppelverdiener kennt natürlich die Sorgen der Erwerbslosen nicht, aber man sollte meinen die Vertreter der SFIO sollten sie kennen. Aber die Chefs der Strasbourger SFIO sind von einer Schafsgeduld, wenn es sich um die Zurückweisung von Provokationen der Staatsgewalt und um Angriffe der Freyverwaltung handelt, aber empfindlich wie alte Jungfern, wenn sie an ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft ermahnt werden.

Haben sich da die Erwerbslosen am 9. September auf dem Broglieplatz zu einer Kundgebung für ihre Forderungen versammelt. Garde-mobile und Polizisten standen bereit den Arbeitslosen durch Stockprügel auf den Magen ihre Wünsche auszutreiben und ihnen verständlich zu machen, dass für die Vertretung ihrer Forderungen das demokratische Recht der Demonstrationsfreiheit entsprechend den Freyschen Forderungen bis auf weiteres suspendiert ist. Die Arbeitslosen meinten, sie dürften öffentlich bekunden: "Kauft unsere Arbeitskraft oder unterstützt uns anständig!" Derartiges tun, aber heisst nach der "Freien Presse":

"Die Kommunisten brauchen um zur Geltung zu kommen, die Hilfe der Prefektur, d.h. Zusammenstösse mit der bewaffneten Macht!"

"Die Kommunisten brauchen"; natürlich, Herr Imbs-Naegelen, haben die Kommunisten den Herrn Prefekt flehentlich gebeten, auf jeden Fall Garde-mobile auf die Erwerbslosen loszulassen. Wie wäre es anders möglich, dass auf dem Broglieplatz Arbeitslose hätten verhaftet werden können! So und

nichts anders kann es sein, da doch die demokratischen Rechte unantastbar sind, widrigenfalls Hr. Imbs nach seiner Rede am 14. Juillet zu den Waffen greifen werde.

Und dann noch ein Stein des Anstosses für Imbs-Nagelen. Fassnacht hat in der Erwerbslosenversammlung in der Glocke, an die CGT-Mitglieder die Aufforderung gerichtet, ihre Vertreter zu zwingen, für die Forderungen der Erwerbslosen einzutreten. "Es geht eben nie ohne Massenvergiftung ab", stellt darauf resigniert die "FP" fest. Ja, ja! Man stelle sich vor, Imbs-Nagelen sollen gezwungen werden die Forderungen der Erwerbslosen mit durchzusetzen. Welche Massenvergiftung!

Imbs-Nagelen mögen beruhigt sein. Wir empfehlen ihnen ein probates und sofort wirksames Gegengift zur Entgiftung zur Anwendung zu bringen; Sich für die Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen resolut einzusetzen. Wir versichern ihnen, dass das Mittel hilft und von allen Arbeitern freudig begrüsst werden wird. Also, ran an den Feind!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus unserer Bewegung.

==.==.==.==.==.==.==.==.==

Die allmonatlichen Versammlungen unserer IVKO-Gruppe erfreuen sich stets eines guten Besuches. Dies kann ebenfalls von dem am 4. Sept. stattgehabten Vortragsabend gesagt werden. Als Thema war gewählt "Vom VI. zum VII. Weltkongress der KI". Der Referent verstand es in seinen 1 3/4 stündigen Ausführungen die Periode vom VI. zum VII. Kongress und die in dieser Zeit verfolgte taktische Linie der KI gründlich zu analysieren. In gut verständlicher Form liess er Ereignisse und taktische Fehler der Partei revue passieren, um daraus die Lehren zu ziehen. Die sachliche und konkrete Kritik der IVKO hat durch den VII. Kongress z.T. ihre Bestätigung gefunden. Da jedoch die gefassten Beschlüsse noch nicht vorlagen, soll in einer späteren Versammlung beschlussfassend dazu Stellung genommen werden.

In der anschliessenden Diskussion wurde neben der Paktspolitik der SU, besonders die Frage des Verhaltens der Kommunisten im Kriegsfall aufgeworfen. Es zeigte sich die Notwendigkeit einer gründlichen Aufklärung in dieser wichtigen Frage, die in einem späteren Abend besonders behandelt werden soll.

Eine Tellersammlung ergab den Betrag von 21.55 Frs. Den Spendern unseren besten Dank. In den kommenden Wintermonaten wird die IVKO ihre Schulungsarbeit fortsetzen, um zur Schaffung der so dringend nötigen Kader beizutragen. Der nächste Vortrag finden am 3. Oktober statt.

Noch ein Wort an unsere Mitglieder und Abonnenten; Zahlt regelmässig ihre Beiträge und die Zeitung. Erleichtert den Unterkassierern die Arbeit und kommt restlos in die Versammlungen. Je mehr man versucht uns totzuschweigen, je aktiver müsst ihr werden. Das ist unser Wille. Deshalb, vorwärts Kameraden!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Bedenkliche Äusserungen:

==.Gegen den Opportunismus:==

In "L'Humanité" v. 7.9. wird unter Saargemuend eine Auseinandersetzung mit dem "Courrier de la Saare" geführt. Da der "Courrier" auch Belehrungen im Punkt Landesverteidigung an die Kommunisten richtet, gibt "L'Humanité" dem "Courrier" folgendes zur Kenntnis:

"Wir finden die Haltung der Kommunisten und die Stellung der Sowjetunion zu diesem Problem voll und ganz richtig. Wenn letzten Endes das elsass-lothringische Volk sich zur Wehr gegen eine Annexion von seiten Hitlerdeutschlands in Bewegung setzt, wird man uns Kommunisten an der Spitze dieser Heimat- und Zivilisationsverteidigung finden."

Hier wird also erklärt, dass im Falle eines Krieges zwischen Hitlerdeutschland und dem bürgerlichen Frankreich die Kommunisten dann an der Spitze der Landesverteidigung stehen werden, wenn Hitler Elsass-Lothringen durch diesen Krieg anektieren will. Das ist eine ganz neue, früher mit dem Ausdruck Sozialpatriotismus belegte Stellungnahme. Eine Stellungnahme die durchaus nicht den Thesen des VII. Weltkongresses entspricht. Ist es ein Lapsus oder ist es nun die Linie?

Verantwortlich, EMIL HIRTZEL.

Erscheint wöchentlich

Bezugspreis pro Monat Fr. 2.-
Einzelnummern: 50 Centimes

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op~~po~~sition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 56/II. Jahrgang.

Dritte Septemberwoche 1935.

Zu den Ergebnissen des VII. Weltkongresses:

DIE FRAGE DER VOLKSFRONT.

oooooooooooooooooooooooooooo

angesichts der Bedeutung, die die Frage der Volksfront gegenwärtig in der Politik der Sektionen der KI, und insbesondere in der KPF hat, hätte man erwarten können, dass die Beschlüsse des VII. Weltkongresses diese Frage klar und ausführlich behandelten. Aber die politische Resolution des Kongresses, die zum Referat Dimitrow angenommen wurde, ist gerade in dieser Frage lückenhaft und zweideutig. Das Wort "Volksfront" wird nur benutzt im Zusammenhang mit der Frage einer antiimperialistischen Volksfront in den Kolonialländern; bei der Behandlung der Taktik der Kommunisten in den anderen Ländern aber taucht dieses Wort nur an einer Stelle in der Resolution auf, nämlich dort, wo davon die Rede ist, dass die Kommunisten unter gewissen Umständen auf die Schaffung einer "Regierung der antifaschistischen Volksfront" hinarbeiten müssen. Dabei hat die Frage der Volksfront auf dem Kongress eine grosse Rolle gespielt und die Vertreter aller Sektionen bekannten sich zu einer Volksfrontpolitik in ihren Ländern. In der gegenwärtigen Politik der KPF, sowie in den Reden der Vertreter des EKKI und der einzelnen Sektionen der KI auf dem Kongress wird die Volksfront als ein Bündnis mit nichtfaschistischen bürgerlich-kapitalistischen Parteien ausgelegt, So erklärte z.B. Dimitrow in seinem Referat:

"Von grosser Bedeutung für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront ist das richtige Herangehen an jene Organisationen und Parteien, denen die werktätigen Bauern und die Hauptmassen des städtischen Kleinbürgertums in grosser Zahl angehören... Die soziale Zusammensetzung dieser Parteien und Organisationen ist nicht einheitlich. In ihnen befinden sich reiche Grossbauern neben landlosen Bauern, grosse Geschäftsleute neben kleinen Kämern, aber die Führung in ihnen gehört den ersteren, den Agenten des Grosskapitals... Unter bestimmten Umständen können und müssen wir unsere Anstrengungen darauf richten, diese Parteien und Organisationen oder einzelne Teile von ihnen trotz ihrer bürgerlichen Leitung für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen. So steht es z.B. gegenwärtig in Frankreich mit der Radikalen Partei:..."

Dimitrow lässt also Bündnisse mit solchen bürgerlich-kapitalistischen Parteien, wie es z.B. die Radikale Partei in Frankreich ist, zu, In der Resolution, die zu seinem Referat angenommen wurde, wird von solchen Bündnissen nicht gesprochen, derartige Bündnisse werden aber auch nicht verboten. Über das Verhältnis zu den nichtproletarischen Werktätigen heisst es in der Resolution lediglich:

"Indem die Kommunisten sich bestreben, den Kampf der werktätigen Bauernschaft, des städtischen Kleinbürgertums und der werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten unter der Führung des Proletariats zusammenzufassen, müssen sie sich auf die Schaffung der proletarischen Einheitsfront hinarbeiten, indem sie für alle jenen besonderen Forderungen dieser werktätigen Schichten eintreten, die mit den grundlegenden Interessen des Proletariats in einer Linie liegen."

Dieser Passus ist an sich absolut richtig. Bei der Schaffung der proletarischen Einheitsfront als einer Klassenfront gegen die Bourgeoisie

müssen sich die Kommunisten bemühen, auch die nichtproletarischen werktätigen Schichten in den Kampf gegen die Bourgeoisie einzubeziehen und unter die Führung der Arbeiterklasse stellen. Aber dass in dieser Zusammenhang die Politik der Volksfront in der Form, wie sie heute von den Sektionen der KI vertreten wird, nicht behandelt worden ist, bedeutet eine gefährliche Zweideutigkeit, denn dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die Forderung der Resolution nach Gewinnung der nichtproletarischen werktätigen Schichten im Sinne eines Bündnisses mit den kapitalistischen Parteien, denen diese Werktätigen angehören, auszulegen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang nur auf die Politik des RK der KP-Elsaas-Lothringens gegenüber der UPR, die nicht einmal als nichtfaschistische Partei angesprochen werden kann.

Bündnisse mit Parteien, deren Mitgliedschaft nicht nur aus Werktätigen, sondern auch aus kapitalistischen Elementen besteht und die von solchen geführt werden, sind ein verhängnisvoller Fehler, eine opportunistische Entstellung der Einheitsfronttaktik, die zu sehr schädlichen Folgen führen muss. Die Kommunisten wenden gegenüber der Sozialdemokratie und anderen reformistischen Organisationen die Einheitsfronttaktik an, weil diese Organisationen trotz dem bürgerlichen Inhalt ihrer Politik ihrer sozialen Zusammensetzung nach keine Organisationen von kapitalistischen Elementen sind, sondern Organisationen von Werktätigen und weil die Einheitsfront ein Mittel ist, diese Werktätigen vom Reformismus loszulösen d.h. von der Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Ein Bündnis, in das kapitalistische Elemente hineinbezogen werden, muss die Kommunisten in ihrem Kampfe schwächen, es liefert den Reformisten Argumente für ihre Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Ein Bündnis mit solchen Parteien, wie es die Radikale Partei Frankreichs und auch die UPR ist, dient nicht der Schaffung einer Klassenfront der Arbeiter, die die kleinbürgerlichen Schichten mit sich reißt, sondern verwischt die Klassenfronten, schafft in den Reihen der Arbeiter und Kleinbürger Verwirrung und fördert zum Schaden der kommunistischen Parteien die Koalitionsversuche der Reformisten und der linksorientierten kapitalistischen Politiker. Das Mittel, um die kleinbürgerlichen werktätigen Massen in den Kampf gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive einzubeziehen, sind nicht Abkommen mit den kapitalistischen Politikern, denen diese Massen folgen, sondern die Entfaltung der ausserparlamentarischen Aktion der Einheitsfront, die Schaffung breiter Einheitsfrontorgane.

Diese Einheitsfrontorgane, deren Schaffung die Resolution des Kongresses selbst fordert, können nicht zusammen mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien und deren Führer, sondern nur im Kampfe gegen sie geschaffen und gefördert werden. Bündnisse mit diesen Führern hemmen nur den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter, wie sich das in Frankreich bereits jetzt in der Praxis zeigt. Es ist eine Illusion, zu glauben, wie das verschiedene Vertreter der KI-Sektionen tun, man könne Bündnisse mit kapitalistischen Parteien unter der Hegemonie der proletarischen Einheitsfront, unter Führung der Arbeiterklasse abschliessen. Bei solchen Bündnissen ist die Arbeiterklasse immer der Geprellte.

In der Resolution wird ferner gesagt, dass die Kommunisten unter gewissen Umständen auf die Schaffung einer "Regierung der antifaschistischen Volksfront" hinarbeiten und eine solche Regierung unterstützten müssten. (Die Resolution unterscheidet zwischen einer "Regierung der antifaschistischen Volksfront" und einer "Regierung der Einheitsfront"). Was unter einer Volksfrontregierung zu verstehen ist, zeigt das Angebot der KPF, unter gewissen Umständen eine Regierung der radikalen Partei zu unterstützen. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied, ob die Kommunisten (wie das Lenin im Jahre 1917 gegenüber den Menschewiki und den Sozialrevolutionären getan hat, wie das die KPD beim Kappputsch und bei späteren Gelegenheiten der SPD und der USPD vorschlug, eine sozialdemokratische Regierung unter gewissen Voraussetzungen zu unterstützen, um die reformistischen Arbeiter von der Koalitionspolitik und der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie loszulösen oder ob durch die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung die reformistischen Illusionen der Arbeiter über die Möglichkeit eines Bündnisses mit der Bourgeoisie gefördert werden. Das Erste ist richtig und zulässig, das Zweite ist falsch und unzulässig.

Das Gesagte schließt natürlich nicht die Zusammenarbeit mit einzelnen Anhängern und einzelnen Gruppen solcher Organisationen aus, wie so die Radikale Partei Frankreichs ist, wenn diese Personen und Gruppen mit der Politik ihrer Organisationen brechen. Auch muss diese Frage in solchen Ländern, wo die bürgerlich-demokratische Revolution noch auf der Tagesordnung steht, wo also bürgerliche Kräfte unter gewissen Umständen eine fortschrittliche Rolle spielen können, anders gestellt werden.

Die Unklarheit und Lückenhaftigkeit der Beschlüsse des VII. Weltkongresses in der Frage der Volksfront öffnet dem gefährlichsten Opportunismus Tür und Tor. Auf dem Kongress trat im Namen der KPD Walter für die Schaffung einer "Volksfront" in Deutschland auf und bot den Führern der katholischen Katholiken, d. h. den deutschen Pfaffen die Teilnahme an dieser Volksfront an. Walter erklärte ferner, dass die KPD nach dem Sturz Hitlers unter Umständen eine "Volksfrontregierung", d. h. eine bürgerlich-demokratische Regierung unterstützen werde. Die opportunistischen Fehler der KPD wurden auf dem Kongress und in seinen Beschlüssen nicht offen und konkret kritisiert, vielmehr wurde die KPD als die Musterpartei der KI außerhalb der Sowjetunion hingestellt. Das führt dazu, dass die Führung der KPD jetzt nach dem Kongress ihre opportunistischen Fehler noch vergrößert. So sprach sich z. B. Duclos in einer Rede vor der Pariser Organisation gegen eine Politik, die auf die Spaltung der Radikalen Partei abzielt, aus, weil dadurch ein Teil der Radikalen nach rechts abgedrängt werden würde. Duclos meint hier offenbar Herriot und seine Anhänger, deren "Linkheit" sie nicht hindert, die Politik Laval's offen mitzumachen.

Damit ein solcher Opportunismus nicht noch weiter einreißt, sondern aus der Politik und der KI ausgemerzt wird, müssen die Beschlüsse des VII. Weltkongresses in der Frage der Volksfront auf Grund einer gründlichen Diskussion präzisiert und dort, wo sie zu Missdeutungen Anlass geben, korrigiert werden. Das ist notwendig, damit die von VII. Weltkongress geforderte Einheitsfrontpolitik und Gewerkschaftsarbeit mit Erfolg durchgeführt werden kann.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der italienisch-abessinische Konflikt.

Die Rede, die Laval auf der Völkerbundstagung zur Frage des italienisch-abessinischen Konflikts gehalten hat, zeigt, dass die französische Regierung sich veranlasst sah, ihrer mussolinifreundlichen Politik einen Dämpfer aufzusetzen. Angesichts der Gefahr einer aussenpolitischen Isolierung Frankreichs, unter dem Druck fast aller Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, insbesondere Englands, und angesichts des Protestes der breiten Massen Frankreichs gegen Laval's Liebesdienste für Mussolini war dieser gezwungen, zu erklären, dass Frankreich für die Anwendung des Paktes eintreten und sich nötigenfalls nicht von diesem Pakte erwachsenden Verpflichtungen entziehen würde. Das bedeutet, dass die französische Regierung sich grundsätzlich bereit erklärt, im Falle eines italienischen Angriffs gegen Abessinien die Anwendung von Sanktionen gegen Italien zu unterstützen. Es wäre jedoch falsch, wenn die französische Arbeiterklasse jetzt glauben würde, Laval hätte endgültig auf seine mussolinifreundliche Politik verzichtet. Das, was sich bei der Abfassung der Vorschläge der Fünferkommission abgespielt hat, zeigt, dass die Lavalregierung sich nach wie vor als Helfershelfer Mussolinis betätigt. Laval wollte in der Fünferkommission durchsetzen, dass diese eine Regelung vorschlug, die faktisch das Protektorat über ganz Abessinien bedeutet hätte. Laval spekulierte dabei darauf, dass Abessinien, wenn es einen solchen Vorschlag abgelehnt hätte, das Odium des Friedensbrechers auf sich genommen und dadurch den Vorwand für eine "Legalisierung" des von Mussolini geplanten Krieges durch den Völkerbund geliefert hätte. Der Laval'sche Dreh ist vorbeigelungen, aber Laval wird sicher noch ähnliche Stückchen dieser Art versuchen, und es ist gleichfalls anzunehmen, dass er die Versorgung Italiens mit Krediten und Waffen nicht obnes weiteres einstellen wird. Deshalb darf der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Förderung der faschistischen Kriegspläne durch die französische Regierung nicht abgeschwächt werden, deshalb müssen die Arbeiter den Kampf gegen die Aussenpolitik der Lavalregierung fortsetzen. In diesem Kampfe dürfen sich die Arbeiter durch keinerlei Illusionen hemmen lassen, so z. B. nicht durch die von der KPD

im Zusammenhang mit der Volkstraitorpolitik geübte Hoffnung dass Herrlich, Paul Boncour oder eine andere linksbürgerliche Grösse dieser Art Caval schon unter dem nötigen Druck setzen werde. Solche Leute wie Herrlich und Paul Boncour sind schwache Jungebläuter, zudem hat Herrlich als Mitglied der Cavalregierung bisher alle Massnahmen dieser Regierung mitgemacht, so dass gar keine Veranlassung besteht, sich auf ihn zu verlassen.

Im Namen der Sowjetunion hat Litwinow in der Völkerbundesversammlung eine grosse Rede gehalten, in der er forderte, dass der Völkerbund die nötige Vorsorge treffe, um nicht nur in Afrika, sondern auch in Europa zum Schutze des Friedens einzugreifen. Bekanntlich hat die englische Regierung anlässlich des italienisch-äbessinischen Konflikts zwar erklärt, dass sie für die allgemeine Anwendung des Völkerbunds Paktes eintrete, sich jedoch strikt geweigert, eine eindeutige Stellung für den Fall von europäischen Konflikten, insbesondere Kriegshandlungen der Hitlerregierung zu beziehen. Litwinow erklärte ferner, dass die Sowjetunion die Kolonialpolitik als grundsätzliche Gegnerin des Imperialismus grundsätzlich ablehne. Die Sowjetunion wird im äbessinisch-italienischen Konflikt keiner Regelung und keinen Handlungen zustimmen, die diesem Grundsatz widersprechen und die die Unabhängigkeit Abessiniens zugunsten irgendwelcher imperialistischer Interessen verletzen. Die Sowjetregierung hat damit zu verstehen gegeben, dass sie zwar bereit ist, alles zu tun, um die Eroberungsabsichten des faschistischen Italiens zu vereiteln, dass sie aber keineswegs geneigt ist, sich etwa in den Dienst der Kolonialinteressen des britischen Imperialismus zu stellen.

Der Nürnberger Naziparteitag.

Im vorigen Jahre organisierten Hitler und die Seinen die Morde des 30. Juni, um die wachsende Unzufriedenheit der Massen zu ersticken und um die Claquekämpfe im eignen Lager zu beenden. Die Unzufriedenheit der Massen ist aber nicht schwächer, sondern stärker geworden und die Claquekämpfe im Lager der Nazis und der Kapitalistenklasse überhaupt sind im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur in diesem Jahre von neuem heftig entbrannt, wie das die vor dem Nürnberger Parteitag gehaltenen Reden von Goebels, Schacht und anderen zeigten.

Jetzt hat Hitler versucht, die Stellung der Nazis in den verschiedenen Fragen in einer langen Reihe von Reden festzulegen, die er auf dem Nürnberger Parteitag gehalten hat. Was bedeuten diese Reden und was bedeuten die jetzt auf der Tagung des Reichstags in Nürnberg angenommenen Gesetze?

Sie bedeuten: 1) die Ankündigung einer neuen Terrorwelle gegen die illegale Arbeiterbewegung; es ist zu befürchten, dass nach den wilden Drohungen Hitlers in Nürnberg die deutsche Henkersjustiz neue Todesurteile gegen illegale Kämpfer fällt, dass die Folterungen der Gefangenen noch schlimmer werden. Hitler hat aber nicht nur der illegalen Arbeiterbewegung den Kampf angesagt, er hat auch einen Feldzug gegen die Katholiken angekündigt und die neuen Schandgesetze gegen die Juden bedeuten, dass die antisemitischen Verfolgungen, die bisher unter der Maske von "Einzelaktionen" stattfanden, nunmehr ganz offiziell von staatswegen durchgeführt werden. 2) in wirtschaftlicher Hinsicht hat sich Hitler unverhüllt zur grosskapitalistischen Scharfmacherpolitik bekannt, indem er sich gegen jede Lohnerhöhung erklärte und dadurch alles damagogische Geschwätz der Ley und Konsorten über "gerrechte Löhne" usw. Lügen strafte. Hitler erklärte sich ferner für die Bestrebungen Schachts, die offene Inflation so lange als möglich hinauszuschieben; 3) aber obwohl Hitler sich rücksichtslos für die wirtschaftlichen Forderungen Schachts und für die militärischen Forderungen der Reichswehrgenerale erklärte, lehnte er es ebenso strikt ab, den Forderungen der Generale nach einem Abbau der Nazipartei und den Forderungen Schachts nach einer Einschränkung der Nazidemagogie stattzugeben. Er betonte noch einmal nachdrücklich den Anspruch der Nazipartei auf das politische Monopol im faschistischen Staat. 4.) Die Gesetze über die Fahnen und über die Staatsbürgerschaft im "Dritten Reich" sind ein Versuch, diese Ansprüche der Nazipartei gesetzlich zu verankern. Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft, das nur zuverlässigen Nazis die politischen Rechte zuspricht, bedeutet die Schaffung eines gesetzlichen Wählermonopols (besser Futtergrippenmonopols) für die Anhänger der Nazipartei. 5.) Dieses Gesetz hat allerdings noch eine andere Seite. Es zeigt zugleich, dass die Nazis Angst vor der wachsenden Unzufriedenheit der Mas-

sen, die auch ihre eigenen Anhänger ergreift, haben. Das Staatsbürgergesetz ist der Versuch, die Anhänger der Nazis, die keinen Posten haben, durch die Verteilung eines schönen Titels über die Nöte hinwegzutäuschen und bei der Stange zu behalten. Das Staatsbürgergesetz soll ferner den Erfolg neuer Wahlkomödien dadurch garantieren, dass von nun an von vornherein nur die Ja-Sager Stimmrecht haben. 6.) Der Nürnberger Parteitag zeigte, dass die faschistischen Diktatoren Deutschlands nur auf eine Gelegenheit lauern, um einen imperialistischen Krieg vom Zaune zu brechen. Der Parteitag stand im Zeichen der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der militärische Klimbim war noch aufdringlicher als bei früheren Naziparaden. Alle Redner, angefangen mit Hitler, machten in unverhüllter Kriegshotze gegen die Sowjetunion. Hitler fügte dem noch Kriegsdrohungen gegen Litauen hinzu. Die kriegerischen Töne, die die Nazis gegen die S.U. und gegen Litauen anschlugen, sind umso ernster zu nehmen, als es klar ist, dass der deutsche Faschismus jetzt nur auf eine Verschärfung des italienisch-abessinischen Konfliktes wartet, um selbst loszuschlagen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

LAVAL VERWEIGERT SOWJETGEWERKSCHAFTLERN DIE EINREISE!
 ooo

Die Lavalregierung hat den Vertretern der Sowjetgewerkschaften, die an dem bevorstehenden Kongress der CGTU teilnehmen wollten, die Einreise verweigert. Dieselbe Lavalregierung hat nichts dagegen einzuwenden, wenn die Nazis und die französischen Faschisten sich gegenseitig Besuche abstaten. Alle Arbeiter müssen die sofortige Aufhebung der Willkürmassnahmen der Lavalregierung gegen die Delegierten der Sowjetgewerkschaften fordern.

DER NEUE PLAN DER CGTU.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Leitung der CGTU hat für den bevorstehenden Kongress der CGTU den Entwurf eines "Plans der wirtschaftlichen Rettung und der sozialen Verteidigung" ausgearbeitet. Wir werden diesen Plan in der nächsten Nummer ausführlich behandeln. Hier sei nur soviel gesagt, dass dieser Plan zwar die wichtigsten Tagesforderungen der Werktätigen enthält, darüber hinaus jedoch einen Rückschritt gegenüber den bisherigen Aktionsprogrammen darstellt. Während die CGTU vor einigen Monaten den Versuch machte, Forderungen aufzustellen, die in der Linie der Propaganda und des Kampfes für die Arbeiterkontrolle der Produktion im Gegensatz zu den wirtschafts-demokratischen Plänen der Reformisten lagen, verrät ihr neuer Plan eine gefährliche Tendenz der Anpassung an den bekannten Plan der CGT. Der Plan der CGT ist bekanntlich eine nicht einmal besonders gute Kopie des Deman-Plans. Die CGTU fordert jetzt, dass der "nationale Wirtschaftsrat" alle "produktiven Kräfte des Landes" im Verhältnis zu ihrer Bedeutung in der Bevölkerung repräsentiere, und zwar nicht nur die Lohnarbeiter, die Konsumenten, die werktätigen Bauern, die Handwerker und kleinen Kaufleute, sondern auch die Vertreter der Unternehmer und der Regierung, deren Einordnung in die Kategorie der "produktiven Kräfte" Frankreichs in einem Dokument der CGTU sehr eigentümlich anmutet. Wir sind der Ansicht, dass die Schaffung einer derartigen wirtschaftsdemokratischen Institution nur schädliche Illusionen unter den Arbeitern erzeugen kann. Der Plan der CGTU fordert ferner die Nationalisierung der Bank von Frankreich, der Rüstungsindustrien und anderer Industriezweige. Im Gegensatz zum Plan der CGT wird hier die entschädigungslose Enteignung gefordert. Die Verstaatlichung im bürgerlichen Staat schafft aber keine neuen Produktionsverhältnisse, sie beseitigt nicht die Ausbeutung, es ist unter Umständen sogar möglich, dass die Bourgeoisie im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus Verstaatlichungen ohne Entschädigung der Eigentümer der verstaatlichten Betriebe vornimmt, nämlich in dem Fall, wenn dieser Eigentümer infolge der Wirtschaftskrise bankrott sind. Deshalb ist es notwendig die Frage des Kampfes für die Enteignung der Kapitalisten in Verbindung mit dem Kampf für die Arbeiterkontrolle der Produktion und für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie zu stellen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um die Senatswahlen:

Will die KP die UPR unterstützen?

Am verflorenen Sonntag sind in Strassburg vom Gemeinderat die Senats-

wähler für die am 20. Oktober stattfindenden Senatswahlen getätigt worden. Die Proorzfront funktionierte auch diesmal: sämtliche 24 Senatswähler, die vom Gemeinderat zu wählen waren, sind Angehörige der Proorzpartei.

In Oberelsass haben die Demokraten der UPR ein Angebot auf Bildung eines Ordnungsblocks gegen die Rote-Front gemacht, dass von der UPR prinzipiell angenommen wurde. Selbst die Tatsache, dass die KP Herrn Rossé zum Anhänger der Volksfront stempelte und zum antifaschistischen Kandidaten ernannte, ist kein Grund für Demokraten und UPR zu einem Übereinkommen für die Senatswahl.

Diese Haltung der oberelsässischen UPR zeigt die Winzenheimer Taktik in netter Beleuchtung. So wie gestern zur Erlangung der kommunistischen Stimmen im Kanton Winzenheim Rossé den Kommunisten ein nichtssagendes und zu nichts verpflichtendes antifaschistisches Bekenntnis servierte, so folgt er und die UPR-Führung jetzt dem Ruf zur Bildung des Ordnungsblocks gegen die Rote-Front, also gegen die antifaschistische Front, um ein paar Senatsitze zu schnappen.

Es hat aber den Anschein, also ob das Verhalten der UPR auf "L'Humanité" gar keinen Eindruck macht, denn sie begrüsst den Beschluss der UPR des Oberelsass, worin sie ausdrückt, dass ein Zusammengehen zwischen ihr und der APNA unmöglich sei. Andererseits aber glaubt sie feststellen zu müssen, dass die UPR nicht entsprechend dem Volkswillen handelt, wenn sie an die Möglichkeit einer gemeinsamen Liste mit der demokratischen Partei glaubt.

Nun, wir wissen, dass die UPR nicht nur an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Demokraten glaubt, sondern dazu bereit ist, wenn die Demokraten an der Ausschaltung der APNA mitwirken. Im übrigen wäre dies nur eine konsequente Fortsetzung der bereits bei den Gemeinderatswahlen getätigten Zusammenarbeit mit den Demokraten.

Wenn "L'Humanité" der naiven Ansicht huldigt, es sei im Elsass möglich der Regierung Laval eine Niederlage bei den Senatswahlen zu bereiten, so können wir sie nur bedauern. "Wenn die Parteien, welche die Interessen des elsässischen Volkes verteidigen, die Parteien, welche die Politik Lavals verurteilen und für Brot, Frieden und Freiheit kämpfen wollen", sich von dieser Notwendigkeit leiten lassen, dann soll nach "L'Humanité" Laval eine Niederlage erleiden. Wir erlauben uns da einige Fragen: Welcher bürgerlichen Partei im Elsass kann das Recht zuerkannt werden, dass sie die Interessen des werkstätigen Volkes verteidigt? Welche bürgerliche Partei hat die Absicht im Elsass der Regierung Laval eine Niederlage bei den Senatswahlen zu bereiten? Welche bürgerliche Partei im Elsass will für Brot, Frieden und Freiheit im Sinne der Arbeiterklasse kämpfen? Die zur Senatswahl aufmarschierenden bürgerlichen Parteien im Elsass sind trotz ihrer taktischen Gegensätze allesamt daran interessiert, dass möglichst kein Anhänger der "Roten Front" als Senateur gewählt wird. Sie sind allesamt daran interessiert Herrn Laval keine, nicht einmal eine armselige parlamentarische Niederlage zu bereiten.

Der Ruf nach einer Volksfront mit bürgerlich.kapitalistischen Parteien bei den Senatswahlen ist nicht nur ein Ruf in die Wüste, sondern ein Ausdruck jeher opportunistischen Gesinnung in der KP-Führung, die wir für verhängnisvoll für die ganze weitere Entwicklung halten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Viel Lärm um Nichts:

Kampf und Bluff im Kampfe gegen die Teuerung.

..=.

Die gross angekündigte Aktion der Regierung gegen die Teuerung hat sich als Bluff erwiesen. In Strassburg sind wichtige Lebensmittel, wie Erbsen, Speiseöl, Essig, Schmalz, Eier und Tafelbutter im Preise gestiegen. Die Wurst und Fleischwaren haben formal einen Preisabschlag erfahren, aber tatsächlich hat davon nur die Regierungspresse Notiz genommen, während die Konsumenten davon noch nichts erfahren haben.

Mit welchen Krampfmethode die Regierungsvertreter und die ihnen botmässigen Parteien eine Preisherabsetzung vortäuschen wollen, zeigt ja mit besonderer Eindringlichkeit, die prefektorale Einflussnahme auf die Strassburger Indexzifferkommission zur Berechnung der Lebenshaltungs-

Wir Sektierer:

Eine Antwort an Kam. Mohn.

In der, von der KP einberufenen Antikriegskundgebung ergriff im Namen der IVKO auch unser Kam. W. das Wort, um den Standpunkt unserer Gruppe zum italienisch-abessinischen Konflikt zu präzisieren. Kam. Mohn sah sich in seinen Schlusserklärungen veranlasst, die Nichteinladung der IVKO nicht damit zu entschuldigen, dass ihr Platz nach dem VII. Weltkongress nicht mehr aussohlt, sondern innerhalb der Partei sein müsse, da für ein sektiererisches Dasein jetzt keine Berechtigung mehr vorliege.

Da wir in der erwähnten Versammlung keine Möglichkeit der Antwort besaßen, wollen wir auf diesem Wege Kam. Mohn eine kurze Antwort widmen:

1.) Wenn die Partei eine Aussprache mit uns mit dem Ziele der Wiedervereinigung wünscht, so stehen wir dazu jederzeit zur Verfügung. Mohn und die Partei wissen, dass wir bereits einmal die Initiative zu Verhandlungen ergriffen und das Ergebnis ein negatives war, da das formale Bekenntnis der Parteileitung zum demokratischen Zentralismus eben nicht die Möglichkeit einschloss, die auftretenden taktischen Meinungsverschiedenheiten im Rahmen und in den Organen der Partei zu diskutieren. D.h. die Parteileitung war nicht geneigt und das Recht zu zugestehen taktische Fehler mit dem normalen Mittel der Parteidemokratie und unter Heranziehung der Mitgliedschaft einer Korrektur zu unterziehen.

Wir fragen daher: Wie steht die Parteileitung heute - nach dem VII. Kongress praktisch und nicht nur theoretisch zur innerparteilichen Demokratie?

2.) Unsere Stellungnahme zu den Beschlüssen des VII. Weltkongresses liegt mit aller Deutlichkeit vor. Jederman wird anerkennen müssen, dass sich sachlich und verantwortungsbewusst ist, so wie man es von einem Kommunisten, der kein hohler Schwätzer und Phrasieur ist, verlangen muss. Wir haben nicht nur mit dem Kopf "Ja" genickt, sondern entsprechend der Aufforderung Dimitrows auch auf die unserer Ansicht nach noch vorhandenen Unzulänglichkeiten und Zweideutigkeiten in einzelnen Teilen der Beschlüsse hingewiesen.

Wir fragen daher: Sieht die Parteileitung in einer solchen Stellungnahme, im Rahmen und in den Organen der Partei vorgetragen, eine parteischädigende Handlung oder ein dem Parteimitglied zustehendes Recht?

3.) Es wird dem Kam. Mohn und der Parteileitung nicht entgangen sein, dass unsere Zustimmung zu den Beschlüssen des VII. Kongresses nicht gleichbedeutend ist, mit der vom R.K. erfolgten Anwendung dieser Beschlüsse auf die spezifische Lage Elsass-Lothringens, soweit es sich um die Taktik zur Herstellung einer Volksfront handelt. Wir meinen hier die These, von der nationalen Frage als der Zentrachse der Gesamtaktivität der Partei und die Bündnispolitik mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien, die wie die UPR nicht einmal als nichtfaschistische Parteien angesprochen werden können.

Wir fragen daher: Ist unsere Stellungnahme zur UPR und zur Taktik ihr gegenüber ein Hindernis für die Rückkehr in die Partei und darf unsere Kritik im Rahmen der Partei vorgetragen werden?

Dies für heute. Um baldige Antwort wird gebeten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wohin will Hueber?

Auf dem Wege zur Liquidation.

=====
=====

In der "NW" v. 18. Sept. veröffentlicht die Kapo-Leitung (gezeichnet Hueber) den Beginn einer Artikelserie Mourers zum bevorstehenden Landeskongress der Hueberpartei unter der bezeichnenden Überschrift "Heraus aus der Sackgasse". Soweit aus dem ersten Artikel zu entnehmen ist, handelt es sich um die Vorbereitung der Liquidation der Hueberpartei und ihre Verschmelzung mit der hitlerisch orientierten Landespartei. Der Leitgedanke ist; die nationale Frage ist die Hauptfrage, wer die Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung anerkennt, kommt logisch und konsequent auch zur Unterstützung des sozialen Kampfes der Arbeiter. Die Landespartei sei keine bürgerliche und keine kleinbürgerliche Partei usw.

D.h. Hueber und Mourer bereitet den Übergang zum Faschismus vor.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 57/II. Jahrgang.

Vierte Septemberwoche 1935.

Um die Aktions- und Gewerkschaftseinheit:

ZWEI AKTIONSPROGRAMME.

=====

Nach dem neuen Plan der CGTU, den wir bereits in unserer vorigen Nummer kurz behandelt haben, ist jetzt auch "die Plattform der gemeinsamen Aktion der sozialistischen und der kommunistischen Partei" veröffentlicht worden. Ebenso wie im neuen Plan der CGTU figurieren auch in dieser Plattform eine Reihe von staatskapitalistischen Forderungen, wie sie von der SFIO und CGT bisher schon immer vertreten wurden, wie sie die KPF aber früher abgelehnt hat. So wird z.B. die "Nationalisierung der grossen kapitalistischen Monopole" gefordert, von der offenbar auf Verlangen der KPF gesagt wird, dass sie "ohne als ein Element der Errichtung des Sozialismus betrachtet werden zu können, im Rahmen des gegenwärtigen sozialen Systems verwirklicht" sei. Ferner wird verlangt, dass "die Souveränität der Nation über die Bank von Frankreich durch die Absetzung des Conseil de régence dieser Bank hergestellt" wird. (Das ist noch weniger als die im neuen Plan der CGTU geforderte Verstaatlichung der Bank von Frankreich.) Ausserdem wird in der Plattform verlangt, dass den Bauern angemessene Preise beim Verkauf ihrer Erzeugnisse "namentlich durch die Schaffung öffentlicher Landwirtschaftsämter", d.h. staatlicher Einkaufs- und Verkaufszentralen gesichert werden.

Wenn die Kommunisten bisher die staatskapitalistischen Forderungen der Reformisten kritisiert haben und wenn auch z.B. der VII. Kongress der Komintern die Kritik der reformistischen Pläne à la de Man fordert, so hat das seine guten Gründe. Auch wenn die Bank von Frankreich von einer bürgerlichen Regierung ohne den heutigen Regentenrat geleitet wird, bleibt sie ein Instrument des Kapitals. Die Verstaatlichung der Industrien hat sich in der Weltkrise als ein Mittel erwiesen, bankerotte Teile der kapitalistischen Wirtschaft auf Staatskosten wieder flott zu machen und so den Gesamtkapitalismus zu retten. Die staatlichen Einkaufszentralen für landwirtschaftliche Produkte funktionieren in einer Reihe von kapitalistischen Ländern. Es hat sich dabei gezeigt, dass solche Institutionen im bürgerlichen Staat zu Werkzeugen der Grossagrarier gegen die Masse der Konsumenten, aber auch gegen die werktätigen Bauern werden.

Es kann unter Umständen notwendig sein, um der einheitlichen Aktion willen dem Aktionspartner Konzessionen zu machen. Ein gemeinsames Programm wird immer ein Kompromiss sein. Wenn aber die KPF um der Erhaltung der Einheitsfront willen die Nationalisierungsforderungen der SFIO angenommen hat, so hätte sie darauf dringen müssen, dass in der Plattform Forderungen aufgenommen werden, die in der Richtung des Kampfes um die Produktionskontrolle durch die Arbeiter liegen, die Schaffung von Organen, die diesen Kampf führen sollen usw., um so zu verhüten, dass sich in den Massen schädliche Illusionen über die Wirksamkeit und die Konsequenzen einer Kontrolle der Wirtschaft durch den bürgerlichen Staat und seine Organe ausbreiten. Die KPF hat das offenbar nicht getan, denn auch in dem neuen Plan der CGTU fehlen solche Forderungen, statt dessen figuriert dort die Forderung nach einer Ausgestaltung des nationalen Wirtschaftsrats im Sinne der reformistischen Wirtschaftsdemokratie.

Zum mindestens müsste die KPF jetzt die Agitation für die gemeinsame Aktionsplattform durch eigne revolutionäre Propaganda ergänzen, zu der vor allem die Propaganda des Kampfes für die Arbeiterkontrolle der Produktion gehören müsste.

Allerdings erfordert das, dass die KPP sich auf den ausserparlamentarischen Kampf orientiert, statt die Verwirklichung der Forderungen der Einheitsfront von einer parlamentarischen Kombination, die die Basis für eine bürgerliche Linkeregierung abgeben soll, zu erhoffen. Die gemeinsame Aktionsplattform klingt leider auch in diese Hoffnung aus, während die Anwendung ausserparlamentarischer Kampfmittel in ihr nicht erwähnt wird. Dabei ist es klar, dass die Kraft der Arbeiterklasse im Parlament, dass parlamentarische Erfolge der Einheitsfront im Sinne der Erfüllung der Forderungen der Massen nur eine Folge der Kraft sein kann, die die Arbeiterklasse im ausserparlamentarischen Kampf entfaltet.

-o-o-c-c-o-o-o--o-o-c-o-o-o-

Zu den Ergebnissen des VII. Weltkongresses!

ZUR VOLKSFRONTREGIERUNG.
oooooooooooooooooooooooooooo

Eine Überschreitung der Grenzen der Einheitsfronttaktik stellt die sogenannte "Einheitsfrontregierung" dar (früher auch jahrelang "Arbeiterregierung" genannt), falls die Möglichkeit offen gelassen wird, dass Kommunisten Teilnehmer einer sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierung auf bürgerlich-demokratischer parlamentarischer Grundlage sind. Diese Möglichkeit wird aber in der Resolution zum, wie im Referat Dimitroff selbst offengelassen. Die kommunistischen Parteien sollen auf Grund der konkreten Lage in ihrem Lande entscheiden, ob sie eintreten können oder nicht. Die Resolution sagt ausdrücklich, dass die "Einheitsfrontregierung" noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, womit gesagt ist, dass sie "noch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" gebildet wird. Es ist hier nicht möglich, diese Frage in ihrem ganzen Umfange auf Grund der russischen und deutschen Erfahrungen aufzurollen. Wir beschränken uns auf folgende summarische Bemerkungen:

Die Widerlegung der Vorstellung einer "Einheitsfrontregierung" mit kommunistischer Beteiligung ergibt sich schlagend aus ihrer Begründung. Als eine der wesentlichen Bedingungen für ihre Schaffung wird in der Resolution angegeben, dass eine solche Lage vorhanden sei, "in der die breiten Massen der Werktätigen sich stürmisch gegen den Faschismus und die Reaktion auflehnen, aber noch nicht bereit sind, den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen." Wenn auf Grund einer solchen Lage eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung gebildet wird, so wird erstens eine solche Regierung keinerlei wirkliche revolutionäre Massregeln durchführen können, zweitens wird die Bourgeoisie sofort zum Vernichtungskampf gegen sie vorgehen und sie wird schmachlich zusammenbrechen, da ja vorausgesetzt ist, dass die Arbeiter noch nicht bereit sind, für die Sowjetmacht zu kämpfen. Das aber heisst nichts anderes, als dass die Arbeiter noch nicht bereit sind zum Aufstand. Das ist der Kern der Lehren der Ereignisse von 1923 in Deutschland. Es rächt sich, dass die KI bis heute versäumt hat, diese Erfahrungen wirklich kritisch zu verarbeiten. Die kommunistische Opposition hat dies getan, aber statt davon Gebrauch zu machen, fällt man mit neuen Benennungen, die an der Sache nichts ändern, in alte Fehler zurück.

Die "Volksfrontregierung" wird zwar in der Resolution erwähnt, aber es wird gar nichts Näheres über sie gesagt. Sie kann nichts anderes sein, als eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien. Der Name "Volksfrontregierung" ändert nichts daran. Im Falle einer solchen Volksfrontregierung ist es nicht nur nicht ausgeschlossen, dass die Kommunisten ihr angehören, sondern sie können auch nicht ihre Bildung veranlassen und sie unterstützen.

Es ist notwendig hinzuzufügen, dass sowohl Einheitsfrontregierung als Volksfrontregierung in der Resolution nicht als obligatorisch vorgeschrieben werden, sie werden nur als Möglichkeit zugelassen. Aber die Eröffnung dieser Möglichkeiten gibt für die kommunistische Partei in der Praxis die Anreize, dass sie sich in "banale parlamentarische" Regierungsbildungen einlassen und sich damit blamieren.

Die Losung der Einheitsfront- oder Volksfrontregierung für Länder der faschistischen Diktatur ist vollkommen zu verwerfen.

Was die bisherigen Erfahrungen und die theoretische Analyse lehrt, ist eine sehr eng begrenzte Möglichkeit, die darin besteht, dass unter bestim-

ten Voraussetzungen die Kommunisten sozialdemokratische Parteien, reformistische Gewerkschaften auffordern, im Zusammenhang mit erfolgreichen Massenaktionen, die Regierung auf Grund eines bestimmten Aktionsprogramms zu übernehmen und sich bereit erklären, sie zu unterstützen, soweit sie dieses Programm durchführt und der Kommunistischen Partei volle Bewegungsfreiheit gewährt.

Richtig wird gefordert, dass bei der Einheitsfronttaktik von der Defensive zur Offensive übergegangen wird. Aber hier fehlt der entscheidende Punkt. Dieser Übergang muss politisch und organisatorisch von der kommunistischen Partei vorbereitet werden. Dafür ist entscheidend die Propaganda revolutionärer Übergangslösungen: der Räte, der Arbeiterkontrolle der Produktion, usw. und zwar nicht erst in der Zeit der offenen und scharfen politischen Krise, sondern bereits vorher. Dieser Übergang ist nicht möglich, wenn die Kommunistische Partei sich auf die Aufstellung blosser Teilforderungen beschränkt. Die Propaganda revolutionärer Übergangslösungen zur Vorbereitung des Überganges von der Defensive zur Offensive ist ein absolut unentbehrliches Kettenglied der revolutionären Strategie.

Schluss folgt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.

oooooooooooooooooooooooooooo

Verschärfung im italienisch-abessinischen Konflikt.

Die italienische Regierung hat die Vermittlungsvorschläge der Fünferkommission abgelehnt. Was die Fünferkommission vorschlug, war die Errichtung eines internationalen Regimes in Abessinien, ähnlich wie es z. B. seiner Zeit China aufgezwungen wurde. Bei einer solchen Verwandlung Abessiniens in eine internationale Kolonie hätte dort natürlich der englische Einfluss dominiert. Mussolini begünstigte die Ablehnung des Vorschlages: der Fünferkommission mit Gegenforderungen, die die faktische und ausschliessliche Auslieferung von ganz Abessinien an Italien bezweckten. Unter diesen Umständen beschloss die Fünferkommission ihre Arbeiten abzuschliessen und die Behandlung des italienisch-abessinischen Konflikts dem Völkerbundsrat zu übergeben.

Diese Ereignisse zeigen, dass die faschistische Regierung Italiens zum Kriege entschlossen ist. Die Konzentration der englischen Flotte im Mittelmeer hat anscheinend Mussolini und den Seinen etwas Angst eingejagt, offenbar aber fürchten die faschistischen Machthaber, dass ihre Herrschaft schweren Erschütterungen ausgesetzt sein würde, wenn sie jetzt nach ihren ebenso heuten wie kostspieligen Kriegsvorbereitungen klein beigeben und auf ihre abessinischen Eroberungspläne verzichten.

Auf der anderen Seite verlangt die englische Regierung ein energisches Auftreten des Völkerbundes gegen einen etwaigen Überfall Italiens auf Abessinien. Zwar versucht Laval immer wieder, neue Konzessionen des Völkerbundes an Mussolini herauszuschlagen; zwar bemüht er sich jetzt nach dem Rücktritt der Fünferkommission, die Erledigung des italienisch-abessinischen Konflikts möglichst so lange hinauszuschieben, bis Mussolini seinen Krieg begonnen und den Völkerbund vor fertige Tatsachen gestellt hat, aber Lavals Haltung stösst im Völkerbund auf keine Gegenliebe. Die englische Regierung verlangt die Anwendung von Sanktionen gegen Italien, falls dieses den Krieg beginnt und auch innerhalb der französischen Bourgeoisie selbst regt sich der Widerstand gegen die Liebeshandlung Lavals für Mussolini. So hat sich z. B. Herriot in einer Rede vor den Völkerbundsjournalisten öffentlich und ziemlich deutlich von der Aussenpolitik Lavals abgegrenzt.

Vor einigen Tagen veröffentlichte der bekannte antifaschistische Schriftsteller Jean-Richard Bloch im "Oeuvre" einen Artikel, in dem er sich gegen die Anwendung militärischer Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien aussprach. In der "L'Humanité" wandte sich Peri gegen die Auffassung Blochs und wies ihm nach, dass sein pazifistischer Standpunkt faktisch nur eine Ermunterung der kriegslüsternden Imperialisten à la Mussolini und Hitler, eine Prämie für ihre kriegerischen Angriffsabsichten bedeutete. Aber Peri beschränkt sich darauf, die Anwendung des Völkerbundesstatuts gegen einen eventuellen Angreiferstaat zu fordern, unter Umständen auch militärische Sanktionen; Peri unterlässt es aber völlig darauf einzugehen, dass die internationale Arbeiterklasse gegenüber den kapitalisti-

seher Regierungen der Völkerbundsstaaten und deren Handlungen ihren selbstständigen Klassenstandpunkt wahren und auch im Falle einer Völkerbundsaktion gegen einen Angreiferstaat ihren Klassenkampf gegen diese Regierungen weiterführen muss. Die Sowjetunion hat sich in Genf mit aller nötigen Schärfe von der imperialistischen Kolonialpolitik und von den imperialistischen Hintergründen der Politik des britischen Imperialismus in der abessinischen Frage abgegrenzt. Die Sowjetregierung hat ferner zu verstehen gegeben, dass sie solche Pläne, wie die von der Rünferkommission vorgeschlagene Verwandlung Abessiniens in eine internationale Kolonie nicht mitmachen wird. Die Sektionen der KI, darunter auch die KPR, haben die Pflicht, in ihrer Agitation diesen Standpunkt der Sowjetunion gegenüber den imperialistischen Völkerbundsregierungen auszuwerten. Sie haben darüber hinaus die Pflicht, die Erklärungen der Sowjetregierung in Genf in ihrer Agitation durch das zu ergänzen, was sie Sowjetdiplomatie nicht sagen kann, weil es nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehört. Wenn die Sowjetdiplomatie kollektive Aktionen des Völkerbunds fordert und unterstützt, so hat sie es mit den bürgerlichen Regierungen zu tun. Aber die Sektionen der Kommunistischen Internationale müssen, wenn sie ein kollektives Vorgehen des Völkerbundes fordern, gleichzeitig erklären, dass das keineswegs ein Vertrauensvotum für die bürgerlichen Regierungen der Völkerbundsstaaten bedeutet, sondern dass im Gegenteil die Arbeiterklasse zugleich den Kampf für den Sturz dieser Regierungen der Bourgeoisie führen muss, weil diese Regierungen jede Völkerbundsaktion ausnutzen werden, um ihre eignen imperialistischen Raubinteressen zu befriedigen.

Die Nazis und Memel.

am 29. September finden im Memelgebiet Landtagswahlen statt. Die Hitlerregierung versucht mit Hilfe der von ihr beherrschten Memelländischen Einheitspartei, diese Wahlen nach dem Muster der Saarabstimmung zu einem Plebiszit für den Anschluss Memels an das "Dritte Reich" zu machen. An der Grenze des Memelgebiets sollen erhebliche Reichswehrkräfte versammelt sein; man spricht von etwa 100 000 Mann. In Nürnberg hat Hitler eine scharfe Drohrede gegen Litauen gehalten. Nach der ganzen Kampagne der Nazipresse ist damit zu rechnen, dass die Nazis unter Umständen einen Putsch im Memelgebiet versuchen werden, der dann von der Reichswehr unterstützt werden soll. Die Nazis sollen sich bereits mit der polnischen faschistischen Regierung über die Aufteilung Litauens geeinigt haben. Ein deutsch-polnischer Überfall auf Litauen wäre der erste Schritt zur Verwirklichung der imperialistischen Revisionspläne der deutschen und polnischen Faschisten im Osten Europas, zum kriegerischen Angriff auf die Sowjetunion. Es ist kein Zufall, dass die Drohungen der Nazis gegen Memel mit der Verschärfung des italienisch-abessinischen Konflikts zusammenhängen. Die Kriegspolitik Mussolinis wirkt sich als eine Ermunterung Hitlers zum kriegerischen Abenteuer aus.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Abbau der Mindestlöhne:

Arbeiterfeindliche Manöver der Imbs-Nägelien.
 =.

Am verflorenen Montag tagte nach langem Ferienschlaf wieder einmal der Gemeinderat. Die wichtigste und entscheidendste Frage für die Arbeiterschaft war die Frage der Mindestlöhne. Die Proporzler offenbarten bei der Stellungnahme zu dieser Frage wieder einmal ihr arbeiterfeindliches Gesicht und die Sozen ihre damagogische Advokatenrolle für die Frey-Gurri-walter-Becker.

Wie unsere Leser wissen, hat die städtische Lohnkommission unter dem Vorsitz des Vertreters der Stadtverwaltung, des Bauunternehmers Macchling, gegen die Stimmen der arbeitervortreter und mit der Stimme des genannten Herrn Adjoints, den Abbau der städtischen Mindestlöhne von 5.80 Frs. auf 4.80 Frs. für gelernte, und von 5.20 Frs. auf 3.80 Frs. für ungelernte Arbeiter beschlossen.

Die Bauarbeiterorganisationen forderten darauf die Behandlung dieser Frage durch den Gemeinderat, die Wiederherstellung der alten Mindestlöhne und den Abschluss eines allgemeinen Tarifvertrags für das ganze Baugewerbe.

Die städtischen Mindestlöhne waren infolge des Nichtbestehens eines allgemeinen Tarifvertrages im Baugewerbe gerade in der gegenwärtigen Zeit

der Krise neben der gewerkschaftlichen Organisation ein Hemmschuh für den allgemeinen Abbau der Bauarbeiterlöhne. Während die Bauarbeiter also an der Erhaltung der städtischen Mindestlöhne interessiert waren und sie als Basis und Ausgangspunkt für die Lohngestaltung im gesamten Baugewerbe ausnutzten, war das Patronat im Interesse des weiteren zügello- sen Lohnabbaus am Abbau der städtischen Mindestlöhne interessiert.

Da die SFIO anstelle der von uns propagierten Arbeitermehrheit im Gemeinderatswahlkampf den Proporz mit den bürgerlichen Parteien einging, Hueber aus Liebe zu den hitlerisch orientierten Autonomisten ebenfalls den Kampf um einer Arbeitermehrheit und das Zusammenwirken der Arbeiterparteien im II. Wahlgang der Gemeinderatswahl sabotierte, kamen wir zur Proporzkoalition, in der die Fabrikantenpartei und die UPR tonange- bend ist.

Dank dieser Tatsache sahen die Unternehmer endlich die Gelegenheit ge- geben die städtischen Mindestlöhne auf das ihnen erwünschte Hungerniveau herabzudrücken.

Um die Sozialisten von der direkten und unmittelbaren Verantwortung von diesem Schandstreich gegen die Arbeiterschaft zu entlasten, wurde die Sache in der städtischen Lohnkommission mit Herrn Maechling geschoben. Der Protest der Arbeiterschaft aber bewirkte, dass die Sozialisten um eine Stellungnahme zu diesem Problem im Gemeinderat nicht herumkamen.

Dies geschah am verflossenen Montag. Die SFIO hatte durch Imbs einen An- trag eingebracht -der auch von den Parteien des Patronats unterstützt wurde-, wonach die Frage der städtischen Mindestlöhne erneut an die städtische Lohnkommission verwiesen wird, "um alle geeignet erscheinenden Schritte zu unternehmen zwecks Abschluss eines allgemeinen Tarif- vertrages für das Baugewerbe". Mit keinem Wort wird also dem zuständi- gen Adjoints die Anweisung gegeben, bis zum Abschluss eines allgemeinen Tarifvertrages die städtischen Mindestlöhne wieder auf der alten Basis herzustellen. Mit keinem Wort wird gefordert, dass die städtischen Min- destlöhne in der früheren Höhe Ausgangspunkt der Tarifverhandlungen sein sollen und ein Tarifvertrag auf dieser Basis anzustreben sei.

Dieser von den Proporzparteien angenommene Antrag ist ein elender bluff und ein Schlag ins Gesicht der auch in der CGT- organisierten Bauarbei- ter, die wie alle anderen Bauarbeiter keine Lohnabbau wollen. Wenn die Imbs und Naegelen die Kühnheit und Unverfrorenheit besitzen ihren an- trag als einen Erfolg auszugeben, so werden diese elenden Manöverchen schon sehr bald an der rauhen Wirklichkeit zerplatzen.

Man schaue sich nur die Reden der Proporzler etwas näher an. Da ist der christlichste aller Christen, der Herr Abbe Schiess. Dieser von sozialen Empfinden tiefende Herr wettete gegen die Privilegien der an der städ- tischen Mindestlöhnen partizipierenden Arbeiterschicht und forderte im Namen der "sozialen Gerechtigkeit" den Tarifvertrag, der für ihn gleich- bedeutend ist mit dem Abbau der Privilegien, also mit dem Lohnabbau und der Herstellung eines allgemeinen Lohnniveaus im Baugewerbe auf der Grundlage der am schlechtesten bezahlten Bauarbeiter.

Es wäre angebracht gewesen dieser Art "Gerechtigkeitsaposteln" ihre scheinheilige Maske vom Gesicht zu reißen und in einem Antrag zu for- dern, dass die erlauchten Herren der Proporzfront und ihr Anhang im In- teresse der Abschaffung der sozial völlig unverständlichen Privilegien ihrer Person ab sofort nur noch Einkünfte in der Höhe der von der städ- tischen Lohnkommission festgesetzten Mindestlöhne beziehen dürfen, und eine aus Arbeitern zusammengesetzte Kontrollkommission die Durchführung diese segensreichen Werkes "christlicher" Nächstenliebe sichert. Die ü- berschüssenden Beträge könnten dann einem besonderen Fonds zur Unter- stützung Erwerbsloser usw. verwandt werden.

So und nicht anders hätte eine Arbeiterpartei auf die Schwindelargumen- te dieser Herren reagieren müssen.

Das es sich bei dem Antrag der SFIO für die Proporzparteien nicht um den Abschluss eines Tarifvertrages auf Basis der alten Mindestlöhne handelt, sondern um einen Tarifvertrag auf Basis von Hungerlöhnen, hat auch der Herr Maire-Député Frey bestätigt, indem er darauf hinwies, dass die Stadt durch den Beschluss der städtischen Lohnkommission vor us-

sichtlich 4 1/2 Millionen Frs. erspart werden. Also der Lohnabbau und immer wieder der Lohnabbau und nichts anderes steckt hinter den wohlmeinenden Vorschlägen auf Schaffung eines allgemeinen Tarifvertrags.

Die Bauarbeiter wollen einen Allgemeinen Tarifvertrag, aber keinen auf Basis der jetzt dekretierten Mindestlöhne. Indem die Sozialisten in ihrem Antrage auf die Forderung auf Wiederherstellung der alten Mindestlöhne verzichteten, haben sie einen Schlag gegen die Bauarbeiter geführt. Sie haben diesen Schlag geführt, weil ihnen das Bündnis mit den bürgerlichen Proporzparteien wichtiger ist, als die Vertretung der Arbeiterinteressen. In dem naiven Wahn auf diesen Wegen die Etablierung einer neuen Volksfrontheerrschaft auf dem Rathause zu verhindern, opfern sie die Arbeiterinteressen dem Kapital.

Die CGT-Bauarbeiter müssen gegen diese Politik Sturm laufen. Ihre Antwort auf diesen Vertrat der SFIO-Führer muss sein: politisch den Bruch mit diesen Führern vorzunehmen und in der SFIO den Kurs auf die Aktions-einheit mit den Kommunisten sicherzustellen, die auch eine Kursänderung in der Gemeindepolitik bewerkstelligen wird; gewerkschaftlich muss die Gewerkschaftseinheit unverzüglich hergestellt, müssen alle Bauarbeiter restlos der Organisation zugeführt und der Streik für die Durchsetzung menschenwürdiger Löhne organisiert werden, d.h. für den Abschluss eines Tarifvertrages im Interesse der Bauarbeiter und nicht des Patronats.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Konferenz der SFIO-Oberelsass:

Für die Aktionseinheit, aber gegen Bündnis mit den Klerikalen.
=.

Am verflorenen Sonntag tagte in Milhausen die Konferenz der SFIO für Oberelsass, deren Ergebnisse mit Interesse erwartet wurden.

Die Konferenz brachte insofern eine angenehme Überraschung, als sie keineswegs den von Imbs-Nägelen erwarteten Bruch der Aktionseinheit für das Oberelsass brachte. Trotzdem spielte auf der Konferenz die neue taktische Linie der KP (Winzenheim) eine aussergewöhnliche Rolle. Der Förderationsvorstand legte eine Entschliessung zur Frage der "Aktionseinheit und gegen die Winzenheimer Linie der KP" vor, die einstimmig angenommen wurde.

In der Entschliessung wird die Fortsetzung der Aktionseinheit für unbedingt notwendig gehalten, aber darauf hingewiesen, dass die Gefahr für die Aktionseinheit darin liege, dass die KP die Frage des Selbstbestimmungsrechts "zur zentrale Achse der kommunistischen Aktion" gemacht habe. Es heisst dann wörtlich:

"Wenn jedoch die KP nun ihrerseits die Basis des Aktionseinheitspakt) -der Kampf gegen den Faschismus - vorlässt, um zum Kriterium ihrer Taktik die Einstellung der Parteien zur Frage der autonomie von Elsass und Lothringen zu machen, dann ist es klar, dass dies das Ende der Aktionseinheit bedeutet."

Betont wird dann noch, dass die SFIO "nicht gegen die Erweiterung der Volksfront auf alle jene Parteien und Organisationen ist, die als anti-faschistische Elemente betrachtet werden können" und ihre eigenen Anstrengungen auf dieses Ziel gerichtet seien.

Danach werden die Gründe aufgeführt, weshalb die UPR nicht als anti-faschistisches Element betrachtet werden kann und die im wesentlichen mit den von uns hier mehrfach angeführten Argumenten übereinstimmen. Die Konferenz erwartet, dass die KP ihr Verhältnis zur UPR einer Prüfung unterzieht und erklärt, dass die Aufnahme neuer Parteien, nur von sämtlichen Parteien und Organisationen, die am 14. Juli den Schwur für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus ablegten, gemeinsam geprüft und beschlossen werden kann.

Wir begrüssen den Beschluss, soweit er sich für die Fortsetzung der Aktionseinheit ausspricht. Mit diesem Beschluss betont die SFIO des Oberelsass, dass sie keineswegs gewillt ist in die Fusstapfen der unterelsassischen SFIO-Führung zu treten. Wenn die Resolution erklärt, dass die Haltung der KP zur nationalen Frage für die SFIO kein Grund zur Aufgabe der Aktionseinheit ist, solange die KP nicht ihrerseits dieser Frage zum Kriterium der Aktionseinheit macht, so sehen wir in dieser Haltung eine eindeutige Distanzierung von der Haltung der Strasbourger

SFIO-Führung, die bekanntlich ihre Sabotage der Aktionseinheit mit dem Hinweis auf die Haltung der KP in der nationalen Frage begründete und die neberdings auch die Frage der Gewerkschaftseinheit mit diesem fadenscheinigen Argument zu hintertreiben sucht.

Wenn auf der Konferenz J. Wagner die kommunistische Kritik an der Strassbourger Proporzpolitik der SFIO als "vielleicht" zu recht bestehend erklärte, um sie im gleichem Atemzug mit der Haltung der Kommunisten von 1929 zu rechtfertigen (Haust du meinen Juden, hau ich Deinen Juden); so halten wir eine solch oberfaule Diplomatie als den Interessen der Arbeiterklasse völlig abträglich. Wenn die Aktionseinheit in Frankreich notwendig ist, wenn "ähm" Aufhören die Aussichten des Faschismus nicht unwesentlich verbessern würde, dann gilt dies auch für das Unterelsass. Und wir halten es für verderblichen Opportunismus, wenn aus völlig falsch verstandenen Parteiinteresse feige Diplomatie anstelle offener Kritik gegenüber der SFIO-Führung in Strassbourg betrieben wird. Entweder ist das Interesse der Arbeiterklasse das richtig verstandene Parteiinteresse, -dann erfordert dies Interesse, dass die SFIO-Führung des Unterelelsass -unsrer wegen -kameradschaftlich, aber deutlich an das Interesse der Arbeiterklasse erinnert wird. Solange die SFIO nur in Kritik an Winzenheim macht, aber den Balken im eignen Auge nicht sehen will, solange muss die Ehrlichkeit ihrer Motive gegenüber ihrer Kritik an der KP-Linie in Zweifel gezogen werden.

In der Frage der Volksfront sind wir nur in der Ablehnung der UPR mit der SFIO des Oberelsass einverstanden. Unseré Stellung zu der auch von ihr gebilligten und unterstützten Bündnispolitik mit den Radikalen hatten wir an dieser Stelle schon so oft formuliert, dass wir hier nur darauf zu verweisen brauchen, um unsere Differenz zur Einstellung der SFIO deutlich zu machen.

Da die SFIO-Oberelsass die Frage der Volksfront im wesentlichen in einem Bündnis mit bürgerlich-kapitalistischen, aber nichtfaschistischen Parteien für parlamentarische Zwecke sieht, konnte sie das Problem der Einbeziehung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten in die Aktionseinheit auch nicht im Sinne der Schaffung von ausserparlamentarischen Kampforganen sehen.

Wir meinen, dass es die Aufgabe der KP wäre hier richtunggebend aufzutreten, und in diesem Sinne unter Berufung auf das gemeinsame Aktionsprogramm sollte sie mit konkreten Vorschlägen an die SFIO-Oberelsass herantreten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

7 den Senatswahlen:

UPR dankt für die Volksfront und geht mit den Demokraten.

.....
was wir voraussagten ist eingetreten. Die UPR von Oberelsass hat sich für das Zusammengehen mit den Wallach-Frey-Demokraten ausgesprochen und die Angebote der "Humanité", nicht einmal eines Blickes gewürdigt. Die Rossépresse wird nun also treu und brav das Gegenteil dessen machen, wozu sie von der KP aufgefordert wurde und wofür sie sich nach Meinung der KP im Zusammenhang mit Winzenheim festgelegt hat. Der Ordnungsblock gegen die Rote Front ist also trotz Winzenheim intakt und der Volksfrontkandidat Rossé wird im trauten Einvernehmen mit der Fabrikantenpartei gegen Marxismus, Liberalismus, Freimaurertum und Laikalismus seine Pamphlete verfassen.

Im Unterelsass geht die UPR im I. Wahlgang allein und im zweiten Wahlgang wird sicher auch das Zusammengehen mit den Freyschen Demokraten in Funktion treten.

Wielange will die Partei angesichts dieser Tatsachen noch der dummen Illusion nachlaufen mit der UPR eine "wahre" antifaschistische Volksfront zu bilden?

Keine Regel ohne Ausnahme:

B. Jacob und unsere Autonomisten:

B. Jacob ist frei. Da er trotz seines Aufenthalts im Columbiahaus wieder lebend und ohne zum Krüppel geschlagen zu sein Deutschland verlassen hat, muss unsere bürgerlich-autonomistische Presse (Kurier und ELZ) die-

ses Ereignis gebührend würdigen und jene der unverantwortlichen Hetze bezichtigen, die da auf Grund allgemeiner Erfahrungen B.J. als verloren betrachteten.

Der Sinn dieser Kampagne ist offensichtlich. Da Einer mit heiler Haut der Gestapo entrückte, möchten die Herren Autonomisten den Fall Berthold Jacob verallgemeinern; es ist also doch nicht so schlimm, wie da immer behauptet wird!

Diese Herren müssen sehr nachdrücklich an das Sprichwort erinnert werden; "Keine Regel ohne Ausnahme". Dieses Sprichwort aber lässt sich völlig auf den Fall B.J. anwenden.

B.J. verdankt die ihm von der Gestapo widerfahrene Behandlung und seine Freilassung aussergewöhnlichen Umständen, die nur bei wenigen mit der Gestapo in Berührung kommenden Antifaschisten gegeben sind. Für B.J. hat sich ein, wenn auch kleiner, aber für Hitlerdeutschland wichtiger Staat eingesetzt, unterstützt von der öffentlichen Meinung fast der ganzen Welt. Der an B.J. vollzogene Menschenraub erfolgte nachweislich auf fremden Territorium unter Bruch aller internationalen Verträge. Diesen Umständen verdankt B.J. sein Leben und seine wiedergewonnene Freiheit. Wäre B.J. illegal nach Deutschland gegangen, so wie es viele revolutionäre Kämpfer gegen die faschistische Diktatur es tün, und wäre er dort der Gestapo in die Hände gefallen, keine bürgerliche Regierung des Auslandes hätte von ihm Notiz genommen. Sein Leben wäre in diesem Falle keinen Pfifferling mehr wert gewesen.

Deshalb sagen wir: In der Regel wird in der faschistischen Diktatur nicht nach dem Rezept verfahren, das gegenüber B.J. angewandt wurde, sondern nach dem Rezept, das an den Vielen erprobt wurde, die heute der grüne Käsen deckt.

Auf jeden Fall werden die freiwilligen oder unfreiwilligen Helfer des Maulaufreissers Goebels kein Glück haben, wenn sie das Missgeschick des III. Reiches im Falle B.J. als Paradestück und Ausdruck nationalsozialistischer Humanität in der Welt herumreichen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

NOTIZEN.

==.==.==.

Der Staatsanwalt und die "Humanité" Im Kölner Kommunistenprozess gegen Karl Marx hat sich der preussische Polizeibeamte Stieber ein wenig rühmliches Denkmal gesetzt und ebenso wenig die preussische Polizei.

Unsere Strasbourger Polizei und Staatsanwaltschaft hat das Bedürfnis sich im gleichen Sinne der Nachwelt zu erhalten, wie jener preussische Polizeibeamte.

Sind da zwei Menschen (ein Mann und eine Frau) verhaftet worden. Der Mann soll einen gefälschten dänischen Pass auf sich getragen haben, der auf den Namen Nielsen lautet. Nach der neuesten Variation soll der Mann als ein kommunistischer Führer Dänemarks entlarvt worden sein. Beide Personen sollen im Dienste der russischen Spionage stehen und gleichzeitig mit einem anständigen Batzen Geld für die "Humanité" versehen gewesen sein.

Unsere Staatsanwaltschaft ist auf dieses Märchen prompt herein gesprungen und hat eine grosse Staatsaktion gegen Verlag und Redaktion der "Humanité" eingeleitet. Dieses Aktion erfolgte völlig gesetzwidrig, aber das scheint bei den republikanischen Behörden Kommunisten gegenüber zum guten Ton zu gehören.

Nach dem ganzen Roman, der um die Affaire gewunden wird, kann es sich nur um zweierlei handeln: entweder um Gestapoagenten, die der Polizei und Staatsanwaltschaft diesen Roman erzählt haben, um von ihren Auftragsgebern auf die Kommunisten abzulenken (siehe die Informiertheit und Interessiertheit des Stuttgarter Senders), oder um eine wohlüberlegte Aktion von Kreisen die nicht unweit der Regierung zu suchen sein dürften.

Auf jeden Fall erheben wir unseren Protest gegen diesen Schildbürgerstreich der Staatsanwaltschaft. Das alles erinnert uns ganz an Stieber!

Heraus aus der Sackgasse. Die so betitelte Artikelserie der "NW" ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Redaktion hat aber mitteilen lassen, dass das Ende vom Liede keineswegs die formelle Verschmelzung mit Ross ist.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 58/II. Jahrgang.

Erste Oktoberwoche 1935.

DIE WIEDERHERSTELLUNG DER GEWERKSCHAFTSEINHEIT.

oo

Das Ergebnis der Kongresse der CGT und der CGTU ist, dass die Gewerkschaftseinheit im Prinzip wiederhergestellt ist und dass es sich nur noch darum handelt, die Verschmelzung der beiden Organisationen praktisch zu verwirklichen. Was die organisatorischen Modalitäten der Vereinigung anbelangt, so hat die CGTU sich im Grossen und Ganzen den Forderungen der CGT unterwerfen müssen. Das war der unvermeidliche Preis, der nach den schweren Fehlern des ultralinken Kurses gezahlt werden musste. Die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit muss im Interesse der französischen Arbeiterbewegung begrüsst werden. Sie bietet den Kommunisten, den revolutionären Gewerkschaftern, die bisher in der CGTU organisiert waren, neue Möglichkeiten der Arbeit innerhalb der nunmehr geeinten Organisation. Es ist klar, dass durch die Vereinigung die Werbekraft der Gewerkschaften unter den unorganisierten Arbeitern gestärkt wird und dass die Mitglieder der Gewerkschaften jetzt ein grösseres Kraftbewusstsein und infolgedessen auch eine grössere Kampfbereitschaft an den Tag legen werden.

Leider aber hat der Kongress der CGTU den revolutionären Gewerkschaftern kein klares Programm gegeben, wie sie es brauchen, um nach der Vereinigung die neuen Möglichkeiten, die sich einer revolutionären Gewerkschaftspolitik eröffnen, auszunutzen. Der Kongress der CGTU stand im Zeichen der opportunistischen Volksfrontpolitik der KPF, er nahm einen Plan von wirtschaftlichen Forderungen an, der eine bedenkliche Anpassung an die wirtschaftsdemokratischen Vorschläge der CGT-Reformisten bedeutet. Es ist doch wohl klar, dass die Jouheaux und die übrigen Führer der CGT sich der Vereinigung mit der CGTU nicht aufhören werden, Reformisten zu sein. Wie Jouheaux sich die Zukunft vorstellt, zeigt seine Rede, in der er die Verschmelzung als die Rückkehr zu der "guten, alten" Zeit vor 1914 feierte. Vom Boden der Volksfrontpolitik wird es nicht möglich sein, zu verhindern, dass die Vereinigte CGT zu einem Instrument des Jouheaux'schen Reformismus wird. Im Gegenteil. Die opportunistischen Fehler, die die CGTU zusammen mit der KPF begeht, gestatten es Jouheaux seine Position in den Gewerkschaften zu stärken, insbesondere auch gegenüber denjenigen Elementen der CGT, die mit dem Jouheaux'schen Reformismus unzufrieden sind. Jouheaux benutzt die Losungen der Volksfront und der Volksfrontregierung, um mit seiner Politik der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Regierungen, die er bisher vornehmlich hinter den Kulissen betrieben hat, ans Tageslicht zu treten. Dass unter den CGT-Mitgliedern starke Kräfte vorhanden sind, die für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu gewinnen wären, zeigt einmal die Ablehnung eines Eintritts von Vertretern der CGT in eine sogenannte Volksfrontregierung in der Resolution des CGT-Kongresses und zweitens die Erklärung Jouheaux dass bei Nationalisierungsmassnahmen eine Kontrolle von unten durch die Arbeiter notwendig sei. Das ist ein Beweis dafür, dass innerhalb der Mitgliedschaft der CGT ein starker Widerstand gegen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie vorhanden ist und dass auch die wirtschaftsdemokratischen Rezepte der Reformisten von den Mitgliedern der CGT skeptisch aufgenommen werden; wie dies die natürlich nicht ernst gemeinte Verbeugung Jouheaux vor der Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion zeigt. Umso schlimmer ist in dieser Lage die opportunistische Konfusion, die auf dem CGTU-Kongress zum Ausdruck kam.

In den vereinigten Gewerkschaften gilt es, nicht für parlamentarische

Kombinationen mit bürgerlichen Parteien einzutreten, sondern für die Organisation des außerparlamentarischen Widerstandes gegen Kapitalsozialismus und Faschismus, nicht für wirtschaftsdemokratische Rezepte, sondern dafür, dass der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion vorbereitet wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Weshalb nimmt die KPF die Forderung des VII. Weltkongresses nach Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes nicht auf?

Die faschistischen Banden haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Croix de feu veranstalten mit der stillschweigenden Unterstützung der Polizeiorgane und der Regierung Laval militärische Aufmärsche, bei denen ihre Führer für den Fall des Sturzes Lavals einen neuen 6. Februar ankündigen. Die sogenannte Bauernfront des Faschisten Drogères regt sich gleichfalls. Im Zentrum von Paris haben die Prügelkolonnen der Solidarité française bereits einen regelrechten kleinen Judenprogramm nach dem Muster der Nazis veranstaltet. Wie froch und bedrohlich das Auftreten der Faschisten geworden ist, zeigt der Ausspruch des früheren Ministers Lamoureux, dass die faschistischen Ligen im gegenwärtigen Augenblick die innerpolitische Gefahr darstellen. Lamoureux ist alles andere als ein kämpferisch gesinnter Antifaschist, er steht auf dem äußersten rechten Flügel der radikalen Partei und ist ein strammer Anhänger der Laval'schen Notverordnungen.

In der vom VII. Weltkongress der KI beschlossenen Resolution über die Aufgaben der Kommunisten im Kampfe für die Einheitsfront, gegen Krieg und Faschismus wird als eine der wichtigsten Losungen der Einheitsfront die Forderung nach Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes erwähnt. Die KPF hat bekanntlich vor dem Kongress diese Losung ausdrücklich abgelehnt und erklärt, dass die Schaffung antifaschistischer Abwehrorganisationen lediglich das Spiel der Provokateure erleichtern würde. Nachdem der Beschluss des VII. Weltkongresses vorliegt, können die Instanzen der KPF sich nicht mehr auf dieses Argument berufen, denn es ist wohl klar, dass der Kongress der KI keineswegs die Absicht hatte, Polizeiprovokationen zu erleichtern. Aber die KPF denkt nach wie vor nicht daran, den Beschluss des VII. Weltkongresses in der Tat umzusetzen, obwohl die heutige Lage in Frankreich geradezu nach der Schaffung einer antifaschistischen Abwehr der Werktätigen schreit. Die Presse der KP begnügt sich damit, von der Regierung das Verbot und die Entwaffnung der faschistischen Ligen zu fordern. Nun ist klar, dass erstens eine bürgerliche Regierung nur dann ein solches Verbot aussprechen wird, wenn sie gehörig unter Druck gesetzt wird und das heisst in diesem Falle, dass die Werktätigen, um die Regierung zum Vorgehen gegen die Faschisten zu zwingen, selbst ohne auf irgendwelche Massnahmen der bürgerlichen Regierung zu warten, die Abwehr gegen die faschistischen Banden organisieren müssen; zweitens würde selbst im Falle eines offiziellen Verbots der faschistischen Organisationen der von Faschisten beeinflusste und durchsetzte bürgerliche Staatsapparat die Durchführung dieses Verbots sabotieren und ein solches Verbot wäre nur wirksam, soweit die Arbeiterschaft mit Hilfe ihres antifaschistischen Massenselbstschutzes diese Sabotage durchkreuzen würde.

Dass die Führung der KPF hier versagt und einen klaren Beschluss des VII. Weltkongresses ignoriert, ist eine der verderblichen Folgen ihrer opportunistischen Volksfrontpolitik. Die KPF vernachlässigt um parlamentarischer Kombinationen mit den Radikalen willen völlig die Organisation der außerparlamentarischen Aktion der Massen. Mit den radikalen Führern, mit den Radikalsozialisten als Partei kann natürlich kein antifaschistischer Massenselbstschutz geschaffen werden, denn er kann nur gegen sie zustande kommen.

Wir fordern die Mitglieder der KPF auf, ihre Instanzen vor die Frage zu stellen, ob sie den Kongressbeschluss über den antifaschistischen Massenselbstschutz durchführen wollen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kamerad Mohr hat uns auf unsere Anfrage noch immer nicht geantwortet. Warum ist es so schwer, uns eine Antwort zu geben? Ihr verhandelt ja mit Rossé, mit Dahlet usw., warum fällt es Euch dann so schwer, uns eine Antwort zu geben?

Von den Gemeindearbeitern:Arbeiterrauschusswahl und Gewerkschaftseinheit.
§. = = = = =

Nur die Arbeiterrauschusswahlen bei der Stadt Strasbourg hat der Unitarische Gemeindearbeiterverband dem Syndikat der CGT eine Einheitsliste auf der Grundlage des Kampfes gegen die Sozialreaktion, wie sie in den Notverordnungen und in den Angriffen der Stadtverwaltung gegen die Gemeindearbeiter zum Ausdruck kommt.

Die CGT hat auf diesen Vorschlag ausweichend geantwortet und eine endgültige Stellungnahme von den Entscheidungen des Nationalkongresses der CGT abhängig gemacht. In Wahrheit handelt es sich hierbei nur um eins der von Imbs beliebten Manöverchen zur Hintertreibung der Gewerkschaftseinheit.

Nachdem nun die Gewerkschaftseinheit prinzipiell beschlossen wurde, fand am 1. Okt. erneut eine gemeinsame Zusammenkunft der beiden Syndikatsleitungen statt, wo von der CGTU unter Hinweis auf die Entscheidungen beider Nationalkongresse die Realisierung der Einheit bei den bevorstehenden Arbeiterrauschusswahlen in der Form einer gemeinsamen Liste gegen die Christen vorgeschlagen wurde.

Die CGT-Vertreter lehnten diesen Vorschlag ab und verwiesen auf die über die Realisierung der Gewerkschaftseinheit zu treffenden Entscheidungen der departementalen und lokalen Leitung der CGT, von denen ihre weitere Stellung zu dieser Frage überhaupt abhängen werden.

Nach der Ablehnung des CGTU-Vorschlages präziserte die Leitung des CGT-Syndikats ihrerseits einen angeblich im Interesse der Einheit gelegenen Vorschlag, nach dem jede Organisation ein Flugblatt herausgibt, dass sich jedes gegenseitigen Angriffs enthält und zu diesem Zweck einer beiderseitigen Kontrolle unterworfen wird.

Die Syndikatsleitung der Unitären nahm diesen Maulkorbvorschlag unverständlichlicherweise an, ohne auch nur eine feste Zusage über die Realisierung der Gewerkschaftseinheit zu erhalten, an deren Sabotage Imbs und Nae-gelen im Interesse ihrer Zusammenarbeit mit den Parteien des Patronats systematisch arbeiten.

Nachdem die CGT-Syndikatsleitung den grundlegenden Vorschlag der CGTU auf Einheitsliste trotz des prinzipiellen Beschlusses beider Nationalkongresse auf unverzügliche Realisierung der Gewerkschaftseinheit abgelehnt hatte, musste auch der Burgfriedensantrag der CGT abgelehnt werden, der ja nur darauf hinausläuft deren Mitwirkung an der Propörzpolitik ausserhalb jeder Kritik zu stellen.

Die Einheit auf einer solchen Grundlage ist gleichbedeutend mit der Kapitulation vor dem Reformismus. Wir aber wollen die organische Einheit nicht um vor dem Reformismus und seinen Strasbourger Auswüchsen zu kapitulieren, sondern zur Erhöhung der Kampfkraft der Arbeiter im Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen. Die Einheit hat gar nichts mit der sachlichen notwendigen und im Interesse der Arbeiter gelegenen Kritik an den Handlungen der Gewerkschaftsleitungen, denn dieses Recht ist das verbriefte Recht jedes Gewerkschaftsmitgliedes.

Die Leitung des Unitären Gemeindearbeiterverbandes hat unter der Aera Hueber zur Gewerkschaftseinheit lange Zeit eine von uns kritisierte ultralinke Haltung eingenommen und die Beseitigung der heutigen CGT-Führer als Voraussetzung der Gewerkschaftseinheit proklamiert. Wenn sie heute ins entgegengesetzte Extrem fällt und um der Einheit willen die Kritik am Reformismus der CGT-Führung aufgeben will, so müssen wir auch dagegen auftreten. Wir wollen nicht diese äusserste Wandlung untersuchen und ihre Motive im einzelnen feststellen, den wirklich revolutionären Gemeindearbeitern aber wollen wir sagen: Macht diese Kapitulation vor dem Reformismus nicht mit, denn die Gewerkschaftseinheit darf im Interesse der gesamten Arbeiterklasse nie und nimmer mit der Aufgabe der Kritik am Reformismus verbunden werden.

Trotz trotz Imbs, Gabel u. Genossen für die Gewerkschaftseinheit ein, aber verwechselt die Gewerkschaftseinheit nie mit der Aufgabe der Kritik an der Imbschen und Gabelschen Politik!

AUSSENPOLITISCHE RUNDschau.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Der abessinische Krieg hat begonnen.

Die italienischen Truppen haben die abessinische Grenze überschritten. Mussolini hat seinen Eroberungskrieg begonnen. Die internationale Arbeiterklasse steht vor einer äusserst ernsten Situation. Nichts wäre falscher als wenn die französischen Arbeiter der reaktionären Presse Glauben schenken, die jetzt den Eindruck zu erwecken versucht, als könne der Friede Europas dadurch gesichert werden, dass man Mussolini seinen "kleinen" Kolonialkrieg führen lässt. Dieser "kleine" Kolonialkrieg wird Tausenden und Abertausenden das Leben kosten, vor allem aber müssen sich alle Arbeiter darüber im klaren sein, dass, wenn jetzt die Kanonen in Abessinien losgehen, die allergrösste Gefahr besteht, dass morgen auch in Europa Granaten, Bomben und Giftgase wüten.

In diesem Augenblick kommt es darauf an, dass die Arbeiterschaft sich als Klasse über ihre Aufgaben im klaren ist. Sie kann weder, wie das die Minderheit der englischen Arbeiterpartei tut, gegen Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien auftreten, oder wie es in der Resolution des CGT-Kongresses heisst, militärische Sanktionen grundsätzlich ablehnen, noch kann die Arbeiterklasse so wie die Mehrheit der englischen Arbeiterpartei eine Politik betreiben, die praktisch zum Burgfrieden im Falle militärischer Sanktionen führen muss. Die Haltung der Arbeiterklasse muss sein:

1.) Unvorbrüchliche Solidarität mit der Sowjetunion, Unterstützung des Kampfes der SU im Völkerbund, denn nur die SU vertritt im Völkerbund das Klasseninteresse des Proletariats, die Arbeiterklasse unterstützt den Völkerbund nicht als solchen, sondern nur insofern, als er von der SU im Interesse des Friedens und im Interesse der Bändigung des imperialistischen Angriffes ausgenutzt wird. 2.) Bei der Durchführung wirtschaftlicher Sanktionen, wie sie jetzt gegen Italien trotz den Machinationen Laval's und seiner Presse gefordert werden müssen, Kontrolle durch die Arbeiterschaft und Ergänzung durch die selbstständige Klassenaktion der Arbeiter (Verhinderung von Transporte etc.). 3.) Falls die wirtschaftlichen Sanktionen nichts ausreichen, lehnt die Arbeiterklasse auch militärische Sanktionen nicht ab (natürlich ist sie gegen alle Sanktionen die ohne die Mitwirkung der SU beschlossener werden), aber bei militärischen Sanktionen, die den Krieg bedeuten, kann es keinen Burgfrieden geben, die Arbeiterklasse hat dann die Pflicht, auch diesen Krieg zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie auszunutzen, nur so kann verhindert werden, dass die Regierungen der bürgerlichen Völkerbundsstaaten militärische Sanktionen für ihre imperialistischen Zwecke ausnutzen; der Gedanke, bei militärischen Sanktionen eine imperialistische Politik der Bourgeoisie durch eine "Kontrolle" durch die Arbeiter zu verhüten, wie das von der Führung der englischen Arbeiterpartei gekussert wird, ist lächerlich; um eine imperialistische Kriegführung zu verhindern, muss man die Bourgeoisie stürzen.

Die französisch-englischen Verhandlungen

Die jetzt stattfindenden englisch-französischen Verhandlungen zeigen, dass die englische Regierung mit dem unmittelbaren Ausbruch des Krieges in Europa rechnet. In seiner Antwort auf die Anfrage der französischen Regierung, wie England sich im Falle eines kriegerischen Angriffs in Europa verhalten würde, hat der englische Aussenminister, allerdings mit allerlei Wenns und Abers, erklärt, dass England, wenn dann der Völkerbund noch bestehe, die aus dem Völkerbundspakt erwachsenen Verpflichtungen erfüllen und an der kollektiven Abwehr des Angreifers teilnehmen werde. Trotz allen Einschränkungen und Hintertürchen zeigt diese Erklärung, dass die englische Regierung unter dem Eindruck der abessinischen Ereignisse eine grosse Schwenkung in ihrer Stellung zu evtl. europäischen Konflikten vornimmt. Die englische Anfrage, wie sich Frankreich im Falle eines italienischen Angriffes auf die englische Flotte verhalten werde, zeigt, dass die englische Regierung mit kriegerischen Verwicklungen im Mittelmeer rechnet, sie ist angeblich sogar bereit, mit Frankreich im Falle einer Zusage der Hilfeleistung gegen Italien eine durch Generalstabsabmachungen ergänztes Abkommen über automatische Hilfeleistung für den Fall eines deutschen Angriffes zu schliessen.

Die französische Regierung wird ihre Antwort auf die englischen Vorschläge in der für Freitag angesetzten Kabinettsitzung beschliessen. Es ist anzunehmen, dass sie sich mit England einigt, nachdem Laval's Bemühungen, ein Kompromiss in der abessinischen Frage zustande zu bringen, gescheitert sind.

Die Reisen von Gombos und Beck.

Der ungarische Ministerpräsident Gombos und der polnische Aussenminister Beck waren dieser Tage in Berlin und haben dort mit den Nazigrössen verhandelt. Der Zweck dieser Verhandlungen ist die Schaffung eines in erster Linie gegen die Sowjetunion und die Kleine Entente gerichteten mitteleuropäischen Blocks. Ungarn steht in engen Beziehungen zu Italien. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch Mussolini in gewisser Beziehung an der diplomatischen Faschistenverschwörung in Berlin beteiligt ist. Es wurde bereits davon gesprochen, dass im Falle von Völkerbundssanktionen gegen Italien Ungarn und Polen zusammen mit Italien aus dem Völkerbund austreten werden. Die diplomatischen Kriegsvorbereitungen der Nazis zeigen, dass, wenn das faschistische Italien nicht schnell durch Sanktionen gezwungen wird, von Abessinien abzulassen, die ganze kriegslüsterne faschistische Meute Europas loszubringen droht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Apropos Initiative.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Der Bund werktätiger Frauen gegen dem imperialistischen Krieg und Faschismus hat vor ein paar Wochen eine öffentliche Frauenversammlung gegen die Lavaldekrete veranstaltet, die einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen hatte. Es wurde ein Komitee gebildet, das ausschliesslich den Kampf gegen die Dekretgesetze organisieren sollte. Tatsächlich hat sich das Komitee auch an die Arbeit gemacht und an sämtliche Frauenorganisationen einen Brief gerichtet, in dem sie ersucht werden, zwecks Organisation einer öffentlichen Versammlung gegen die Notverordnungen, je eine Delegation in eine Sitzung zu senden.

Von allen Frauenorganisationen Strasburgs war nur eine vertreten: die Frauengruppe der Hueberpartei. Kam hatte sich diese Delegation aber das Komitee angeschaut und schon erhob sich die Führerin derselben und erklärte: "Wir glaubten es wirklich mit einer überparteilichen Initiative zu tun zu haben. Da es sich nun herausstellt, dass dahinter die KP-Linie steht, lehnen wir jede Mitarbeit ab! Man fragte nach dem Grund einer solchen Erklärung. Die Antwort lautete: "Wir wurden schon ein Mal von dem B.W.Fr. zu einer Sitzung eingeladen. Als aber unsere aus zwölf Frauen bestehende Delegation in Saal erschien, hat die gleiche Person die heute den Vorsitz führt erklärt: "Die Polizeispitzel sind auch schon da. Wir haben das mit eignen Ohren gehört!"

Nach dieser Erklärung verliess die Delegation den Saal, trotzdem sich die Mamoradin W. zur offenen Abbitte herabliess.

Initiative ergreift, - wer?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Mourers Artikelserie "Heraus aus der Sackgasse..." ist noch immer nicht abgeschlossen. Wir werden darauf zurückkommen, obzwar alle Zeichen darauf hindeuten, dass das Bündnis mit den Elzianern noch fester wird und die politische Linie darauf abgestellt sein soll, die KP unter Druck zu setzen, damit sie restlos in die Huebersche Volksfront - auch mit der Elz - einschwenkt, und daher keine gründliche Auseinandersetzung nicht nötig scheint.

Im Oberelsass hat sich nur die gemeinsame Front der UPR mit den Demokraten endgültig gebildet. Will die KP dann auch zwischen der Apnaliste und der Einheitsliste der Demokraten und der UPR gemäss Winzenheimer Rezept im Falle einer Stichwahl handeln? Was gedenkt die Partei überhaupt zu tun? Will sie nicht wenigstens eine eigne Liste aufstellen oder will sie entsprechend den Elz-Rezepten für den Grafen v. Andlau und den Prof. Müller im Unterelsass eintreten? Denn aus der Volksfront zu den Senatswahlen gemeinsam mit der UPR ist ja nun nichts geworden.

Port autonome rührt sich:

Auf richtigem Wege vorwärts.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Die Kameraden des Port autonome hatten sich vor kurzen erneut in einer gut besuchten Versammlung zusammen gefunden, um ihren Protest gegen den ungerechten Lohnabzug zu bekämpfen. Die Klagen gegenüber der Direction waren zahlreich und besondere Empörung löste aus, dass sie nicht einmal auf einen Brief der Delegation reagierte. Rücksichtslos werden die Kameraden entlassen, wo doch die Möglichkeit besteht sie in anderen Betrieben unterzubringen. Wer ist hierfür verantwortlich, die Direction oder die einzelnen Chefs?

Berechtigte Empörung herrschte über die Form der Krisenbekämpfung durch die Lavalregierung. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit heisst ihre Parole, und in staatlichen Betrieben werden Familienväter entlassen. Kampf gegen die Teuerung ist ihre Lösung, in Wahrheit bleibt es beim Lohnabbau. Dazu kommt, dass mit den Kameraden vom Port-autonome ein verwerfliches Spiel getrieben wird. Wenn Verbesserungen für die städtischen Arbeiter erfolgen, dann sind wir nach der Direction staatlich, befiehlt aber die Stadtverwaltung eine Verschlechterung, dann unterstehen wir städtischen Regime.

Es ist an der Zeit dass alle Kameraden des Port-autonome die Lage erkennen, sich zu einem einheitlichen Widerstandsblock zusammen fügen und zu ihrem Teil an der Herstellung einer allgemeinen Abwehrfront arbeiten.

Der Wille der Versammlung, wurde in einer vom Kam.M. eingebrachten Resolution einstimmig zum Ausdruck gebracht. In dieser Entschliessung wird das Verhalten der Direction gebrandmarkt und der Bankrott der Laval'schen Deflationspolitik festgestellt. Wörtlich heisst es dann:

"Angesichts dieser Tatsachen hält die Versammlung für nötig:

- a.) die Schaffung eines betrieblichen Kampfausschusses im Einvernehmen mit den Kameraden der CGT zur wirksamen Vertretung der betrieblichen Forderungen;
- b.) fordert, die Steigerung der Aktion im Kampfe gegen die Notverordnungen und fordert zu diesem Zweck die Erweiterung des Kartells der öffentlichen Diensteweige durch Einbeziehung der Organisationen der Privatarbeiter u. Angestellte und des Kleinhandels;
- c.) ist der Meinung, dass der Kampf gegen die Notverordnungen mit dem Kampf um einen wirklichen Preisabbau verbunden werden muss, der nur zu Lasten des Grosshandels, der Grossagrarien und der Grosskapitalisten gehen kann.

... diesem Zweck sei eine organisierte Kontrolle der Arbeiter über die Produktion nötig, um die wirklichen Gesteungskosten der Produktion festzustellen und die Profiteure festzustellen.

Die Versammlung begrüsst die Steuervorschläge der Kammerfraktion der KPF zur Abwälzung der Lasten der Krise auf die Reichen, fordert die Offenlegung der Steuerlisten zum Kampf gegen die organisierte Steuerhinterziehung der Reichen, die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, dass nur eine staatliche Sanktion der Wucher- und Gaunerpraktiken des Monopolkapitals ist und die Bildung von Preiskontrollausschüssen, die um ihre Anerkennung und die Erweiterung ihrer Befugnisse im Interesse einer wirksamen Kontrolle der Produktion mit dem Ziele der Übernahme der Produktion im Interesse einer sozialistischen Bedarfswirtschaft kämpfen müssen.

Die Versammlung richtet an die Leitung aller Arbeiterorganisationen den Appell zur notwendigen breiten ausserparlamentarischen Aktion aller Opfer der kapitalistischen Krise die Aktionseinheit zu verwirklichen und fordert alle Betriebe auf, durch die Verwirklichung der betrieblichen Aktionseinheit und der Wahl von Betriebsdelegierten die Kampforgane zu schaffen, die zur Führung der breiten Massen des ausgebeuteten Volkes über die Grenzen der einzelnen Partei und Gewerkschaft hinaus berufen sind."

Wir schliessen uns dem Appell der Kameraden vom Port-autonome an, die den Weg gezeigt haben, der in Strassbourg zur Aktionseinheit beschritten und überall gegangen werden muss.

Volksfront auf "breitester Basis"Einheitsfront mit den Elzianern?

Die KP-Strasbourg "setzt alles daran", die antifaschistische Volksfront auf "breitester Basis" herzustellen. Zu diesem Zwecke hatte sie die Initiative zu einer Zusammenkunft sämtlicher in Strasbourg vorhandenen bürgerlich-demokratischen Parteien, einschliesslich der hiesigen Sozialisten, ergriffen, um über die in Frage kommende Front zu diskutieren und eventuell auch eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten. Sie hatte an sämtliche in Frage kommenden Parteien ein Rundschreiben gerichtet und um die Entsendung von Delegierten ersucht. Die IVKO war allerdings davon ausgeschlossen! Ausgeschlossen wurde allerdings die Landespartei. Mit Ausnahme des Herrn Dahlet von der Fortschrittspartei war niemand dem zweifellos gut gemeinten Ruf der KP gefolgt.

Es hat sich ein übrigesmal herausgestellt, dass man sich das Recht auf politische Initiative, soll sie erfolgreich sein, erst im harten und politisch richtig geführten Kampfe gewinnen muss. Die Art und Weise wie man die leninistische Politik versteht und wie man sie im praktischen Kampf anwendet, entscheidet über führen oder geführt werden. Wenn die Partei aber diese Dingenwahrheit missachtet, kann es sehr leicht passieren, dass sie gleich dem Don Quixote, den Irrtum büsst, die fahrende Kitterschaft mit der gesetzmässigen Aktivität der politischen Mühle gleich verträglich zu wännen. Zum Beispiel: Der Herr Dahlet ist nicht nur der Führer der Fortschrittspartei, sondern auch Mitglied der "Elz'schen Volksfront". Wenn dieser Hr. Dahlet, gerade dieser, dem Ruf der KP Folge leistete, so gewiss nicht um der KP entgegenzukommen und sich zu ergeben, sondern gerade umgekehrt; um den Marsch der Partei dem Takt des Klappern der politischen Mühle der "ELZ" anschliessen zu lassen. Wie wahr dies ist, beweist uns die Diskussion die sich in dieser Sitzung entspannte. Eine massgebende Stimme der Partei erklärte, dass es ein "taktischer Fehler" sei, die "ELZ" aus der zu bildenden antifaschistischen Volksfront auszuschliessen. Es ist zwar wahr, dass diese Partei im Solde Hitlerdeutschlands steht, also eine faschistische Partei sei, aber in Anbetracht der Tatsache, dass sie ihre politische Tätigkeit nur bei Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheiten führen kann, ist eben diese Partei genötigt, konsequent gegen den ... Faschismus in Frankreich zu kämpfen. Die Konsequenz dieser Redensart wäre: gemeinsam mit der "Elz" und Hitler gegen den Faschismus!

Don Quixote hat seinen Irrtum doch noch rechtzeitig erkannt und ist heil davon gekommen. Ob eine solche Donquixoterie auch so harmlos ablaufen würde? Wir rechnen damit, dass sie erst garnicht begonnen wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Bratenphantasien:Viel Lärm um nichts. :-

Der "Elsässer Bote" im Einvernehmen mit einigen reaktionär-chauvinistischen Zeitungen Innerfrankreichs setzt seine Fieberphantasien über Nielsen-Sackenreuter munter fort. Inzwischen soll der geheimnissvolle Nielsen als der deutsche Kommunist Hugo Eberlein "entlarvt" worden sein. Nachdem der Spionageroman elend zusammengebrochen ist, wird vom "Elsässer Bote" eine neue Kombination für den politischen Hausgebrauch zusammenphantasiert. Danach soll Hugo Eberlein mit dem autonomistischen Clan in Verbindung gebracht werden. Die Sache ist so naiv-kindlich-dumm, dass ein ernsthaftes Daraufeingehen diesen schwulstigen und widernatürlichen Räuberpistolen, die da im Interesse der Regierung der union nationale herumgereicht werden, nur Bedeutung geben würde.

Wenn der Verhaftete tatsächlich Hugo Eberlein ist, so hat er weder mit irgendwelchen Spionageplänen irgendwelcher Staaten, noch auch nur das geringste mit den Autonomisten und erst recht nichts mit der Hitlerregierung zu tun.

Der Fall Eberlein wird sich als die harmloseste Sache der Welt herausstellen und die chauvinistische und reaktionär-faschistische Presse wird am Ende der Blamierte sein. Es wird sich im Falle Nielsen-Sackenreuter wieder einmal drastisch demonstrieren, mit welcher "Wahrheitsliebe" die christlichen Botenblätter die Öffentlichkeit bedienen und mit welcher Ungeschicklichkeit die Agenten der französischen Regierung Komplott

gegen andere schmieden wollen.

Die Verwendung eines falschen Passes H. Eberlein wird sich so klären, dass er als deutscher Kommunist von der Hitlerregierung keinen erhält.

Seine Anwesenheit in Strasbourg wird sich möglicherweise dahin aufklären, dass H.E. hier mit bestimmten Verlagen oder Druckereien zwecks Herstellung von antifaschistischer Literatur für Deutschland zu verhandeln hatte. Dies deshalb, weil H.E. seit vielen Jahren Druck- und Verlagsfachmann der KPD und zeitweilig auch andere Sektionen war.

Der breiten Masse der werktätigen Bevölkerung aber wird wieder einmal demonstriert werden, wie talentlos gewisse von der Regierung subventionierte Blätter Lügen in die Welt setzen, um der Sache Frankreichs, in Wahrheit der Regierung und dem französischen Kapital zu dienen, und den Kommunismus den Bürgern als Kinderschreck vorzustellen.

Die Regierung möge ihr Geld, d.h. das Geld des arbeitenden Frankreichs gefälligst anders verwenden. Die Komplottrieberei hängt uns zum Halse heraus.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Unsere Radikalen:

Für die union-nationale, gegen Volksfront.

==.==

Was unsere Polemik mit Fritz Hecker über die Haltung der Strasbourg Radikalen bereits bestätigte, hat jetzt die Jahresgeneralversammlung und der Förderationskongress der Radikalen von Strasbourg und Bas-Rhin erneut unterstrichen.

Lediglich drei Delegierte, unter ihnen Prof. Cerf nahmen gegen die Billigung der Haltung der radikalen Minister Stellung und forderten eine Zusammenarbeit mit der Volksfront.

In die vom Förderationskongress angenommene Entschliessung musste auf Drängen einiger Delegierter ein Absatz gegen die faschistischen Organisationen hereingenommen, der aber völlig unverbindlich ist und im Zusammenhang mit den anderen grundlegenden Entscheidungen zum Nationalkongress wie eine verbindliche Phrase an die antifaschistischen Elemente unter den Radikalen wirkt.

Es steht nur die Frage, ob unsere Radikalen, die die Volksfront als eine Regierungskombination ablehnen, die Volksfront als ein Kampfinstrument für beschränkte und vorübergehende gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus betrachten. Nach ihrer Haltung muss auch dies verneint werden. Man weiss nun eindeutig wohin es sie zieht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus Hitlerdeutschland:

Vier KPD-O Kameraden verurteilt.

==.==

Am 16. September fand vor dem Oberlandesgericht in Jena (Thüringen) ein Prozess gegen 6 Genossen der KPD-Opposition aus Gera und Greiz statt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, dass sie sich für die KPD-Opposition illegal betätigt und z.T. Material aus dem Auslande transportiert und vortrieben haben.

Die Verhandlung über 12 Stunden. Wegen Gefährdung der Öffentlichkeit Sicherheit wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Angeklagten hatten Officialverteidiger. Ein Referendar lehnte eine Minute vor Prozessbeginn die Verteidigung für den angeklagten K. Körner, sodass dieser ohne Verteidiger blieb.

Verurteilt wurden die Kameraden Beierlein zu 8, Körner zu 6, Spangleitner zu 4 Jahren Zuchthaus und die 50 jährige Mutter des Kameraden Körner, weil sie einmal einen Brief eines Kameraden nach der Tschechoslowakei mitnahm ohne seinen Inhalt zu kennen, erhielt 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Die Höhe des Strafmasses zeigt, mit welchen Strafen sich der Faschismus gegen die einfache illegale kommunistische Propagandatätigkeit zur Wehr setzen zu müssen glaubt. So schwach fühlt sich das III Reich, dass sie sich sogar an alten Frauen vergreift.

Immer und immer wieder protestieren darin liegt unsere Hilfe für die deutschen Kameraden.

verantwortlich: EMIL BIRTZEL

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 59/II. Jahrgang.

Zweite Oktoberwoche 1935.

AM BEGINN DES ABESSINISCHEN KRIEGES.

oo

1. Der Krieg hätte verhindert werden können!

Der abessinische Krieg hat begonnen. Der Völkerbund hat seinen Ausbruch nicht verhindern können. Er hat ihn nicht verhindern können, weil die den Völkerbund beherrschenden imperialistischen Mächte nicht den einheitlichen Willen dazu aufbrachten.

Mit Beginn des Jahres schickte Mussolini ununterbrochen Truppen und Kriegsmaterial nach Ostafrika. England als seebeherrschende Macht konnte im eigenen Namen oder im Namen des Völkerbundes den italienischen Aufmarsch an den Grenzen Abessiniens leicht von vornherein verhindern. Dazu genügte die Sperrung des Suezkanals und der Meerenge von Gibraltar für italienische Schiffe. Wenn England dies nicht tat, dann nur, weil es es nicht wollte. Der italienische Aufmarsch an den Grenzen Abessiniens trieb automatisch den Negus in die Arme Englands.

Es liegt hier ein klassisches Beispiel der Methode des englischen Imperialismus vor, Andere zu seinem eigenen Besten fechten zu lassen. Wir sagen das nicht, um Mussolini in irgendeiner Weise zu entlasten, sondern um in der Arbeiterklasse das unerlässliche Misstrauen gegen die Absichten aller imperialistischen Faktoren wach zu halten. England, d.h. der englische Imperialismus war aber diejenige Macht, die von allen am meisten daran interessiert war, dass Abessinien nicht in die Hände des italienischen Imperialismus fällt. Gleichzeitig aber ist England daran interessiert, die Gelegenheit zu benutzen, um Abessinien seinem eigenen Einfluss in irgendeiner Form zu unterwerfen, um es als unabhängige Macht zu schwächen.

Die französische Regierung hat ihrerseits (offenbar ebenfalls in zweideutiger Form) Mussolini im Januar dieses Jahres in den Glauben versetzt, er habe freie Hand in Abessinien. Sie erkaufte sich dafür die Möglichkeit, dass sie die französischen Truppen von der italienischen und die Ostgrenze werfen konnte.

Von den Grossmächten, die im Völkerbund vertreten sind, war die Sowjetunion die einzige, die ausschliesslich auf die Erhaltung des Friedens und die Unabhängigkeit Abessiniens abzielte.

Für die Arbeiterklasse ergibt sich daraus, dass sie verstehen muss, dass sie kein Schatten des Völkerbundes sein darf, sondern als selbstständige Macht mit ihren eigenen antiimperialistischen Klassenzielen im Gegenteil übertreten, ihn unter Druck setzen und ihn mit dem grössten Misstrauen überwachen muss.

2. Die Schwenkung der französischen Aussenpolitik.

Die französische Aussenpolitik ist jetzt mit allerhand Grimassen und Hommissen, in die englische Linie eingeschwenkt. Entscheidend dafür war sicher die Überlegung, dass die militärischen Kräfte Italiens im abessinischen Krieg so stark in Anspruch genommen werden, dass es als Kraft gegen Hitlerdeutschland usw. fortlaufend abnimmt und dass die englische Hilfe auf die Länge wertvoller ist.

Ein Teil der reaktionären Presse hat diese Schwenkung mitgemacht, während die ausgesprochen faschistische Presse aus überwiegend innerpolitischen Gründen nicht mitmacht. Sie benutzt die Gelegenheit, um sich als

Verteidiger des Friedensaufzuspielen gegenüber den Linken, die die der Kriegstreiberei beschuldigt. Diese Demagogie spekuliert auf das Bostreben des grossen Masse des französischen Volkes aus jedem Kriege herauszubleiben. Daneben fürchten die französischen Faschisten, dass das faschistische Regime in Italien sich am abessinischen Abenteuer das Gonick brechen könnte, wenn der Völkerbund ihm in den Arm fällt und dadurch die eignen Chancen in Frankreich sich verschlechtern.

3. Manöver Hitlerdeutschlands.

Hitlerdeutschland deutet bereits in seiner Presse an, dass es Angebote dafür erwartet, wenn es Sanktionen gegen Italien nicht hindert. Gleichzeitig arbeitet es fieberhaft an der Herstellung eines Blocks mit Polen, Ungarn und Italien, für den es auch Österreich zu gewinnen hofft.

Europa teilt sich wieder in zwei grosse Lager zur Vorbereitung der neuen imperialistischen Gesamtabrechnung, des neuen Weltkrieges.

4. Statt Beschlüsse - "Feststellungen".

Um, um die Notwendigkeit einstimmiger Beschlüsse herumzukommen, hat man im Völkerbund überhaupt auf einen Beschluss juristischer Art über den Angreifer verzichtet, sondern sich mit einer einfachen "Feststellung" begnügt, aus der sich von selbst Sanktionen ergeben sollen. Die Mitglieder des Völkerbundes sollen im Einzelnen selbst bestimmen, ob und wie weit sie sich an Sanktionen praktisch beteiligen.

Das ist einerseits das Eingeständnis der Schwäche des Völkerbundes als einer kollektiven Kraft, andererseits entsteht so ein gefährliches Halbdunkel, das den einzelnen imperialistischen Mächten ermöglicht, mehr oder weniger, selbstständig und unkontrolliert ihre imperialistischen Sonderziele zu verfolgen, sei es durch den Abschluss fauler Kompromisse, sei es durch einseitigen Übergang zu kriegerischen Massregeln.

5. Zur militärischen Lage in Abessinien.

Die Besetzung von Adua, Axum usw. an der abessinischen Nordgrenze hat militärisch sehr wenig zu bedeuten.

Sie erfolgte aus politischen Prestigegründen. Rein militärisch musste die Aktion auf möglichst rasche Abschneidung der Bahn Djibouti-Adis-Abeba abzielen.

Aber aus den ersten militärischen Aktionen der Italiener ergeben sich bereits einige wichtige Schlüsse für den weiteren Verlauf.

Die Entfernung Aduas von der italienischen Basis in Erythrea beträgt nur 30 Kilometer. Die Italiener hatten angekündigt, dass sie in einigen Stunden in Adua sein würden. Es steht fest, dass nur einige Tausend Mann abessinischer Truppen den Vormarsch zu stören versuchten. Trotzdem rückten die Italiener nur rund 10 Kilometer im Tag vorwärts - unter Bedingungen, die viel leichter sind, als die beim weiteren Vordringen ins Land.

Die Italiener hatten damit gerechnet, dass sie Abessinier in grossen Haufen massiert, sich vor ihre Maschinengewehre, Geschütze und Flugzeuge stellen. Sie hatten behauptet, dass die Abessinier keine andere Kampfweise kennen. Die Tatsachen zeigen, dass dies eine Fehlspekulation war und ist. Diese Tatsache wird entscheidend sein, für den Charakter der Kriegführung überhaupt. Wenden die Abessinier die zerstreute Kampfweise des Guerilla- oder Partisanenkrieges an, für das die geographischen Verhältnisse des abessinischen Hochlandes besonders geeignet sind, so werden die modernen Waffen grösstenteils entwertet, da die "lohnenden Ziele" fehlen.

Zeigt der Anfang der Operationen, dass die Abessinier bei alledem ihre Kräfte planmässig einzusetzen verstehen, dass sie grosser und schneller strategischer Manöver mit grösseren Heereskörpern fähig sind. Sie haben eine grosszügige Umgehung der Italiener ~~an der Nordfront eingeleitet~~, die sie bereits in den Rücken der Italiener nach Italienisch-Erythrea geführt hat. Diese Kombination von Partisanentaktik mit grossen strategischen Manövern von abessinischer Seite kann den Italienern noch allerhand Überraschungen bringen.

Der Anfang des Feldzuges deckt bereits den grundlegenden Widerspruch der militärischen Operationen der Italiener auf. Mussolini braucht vor-

hältnismässig rasche und theatralische Erfolge.

Die Unterwerfung Marokkos hat Frankreich rund zwanzig Jahre gekostet. Abessinien mit entsprechenden Methoden behandelt erforderte nicht weniger Zeit, aber weit mehr an Menschenmaterial und Geld. Abessinien ist weiter entfernt und verfügt über weit mehr Krieger. Die Franzosen hatten gegen die 2 500 Mann Abdel-Krims zeitweilig 70 000 Mann einzusetzen. Man überträgt diese Verhältnisse auf Abessinien, so wird klar, dass Mussolini weder die Zeit, noch die Mittel dazu hat, um den Feldzug so durchzuführen, wie es rein militärisch zweckmässig wäre. Damit wiederholt sich derjenige grundlegende Faktor, der für die italienische Niederlage in Adua 1896 bestimmend war. Damals forderte Crispi einen raschen Erfolg zur Rechtfertigung seiner Ausgaben für die Kolonien. Jetzt sind es die inneren Schwierigkeiten des faschistischen Regimes, die wirtschaftliche und finanzielle Misere, die Mussolini nicht erlauben, die Methoden anzuwenden, die Frankreich bei der Eroberung Marokkos anwandte. Der militärische Misserfolg braucht nicht dieselben Formen anzunehmen. Das neue Adua kann auch weiter landeinwärts liegen, es braucht nicht in einem oder einigen vernichtenden Schlägen, es kann in der Zermürbung bestehen

6. Eine ominöse Formulierung. In Genf hat Eden darauf gedrängt, dass nicht von "Italien", sondern von der "italienischen Regierung" festgestellt wird, dass sie die Bestimmungen des Völkerbundsvertrages verletzt habe.

Das weist darauf hin, dass die englische Regierung die Schrauben auch in Italien gegen das faschistische Regime anwendet, Das erleichtert die Aufgabe der italienischen Arbeiterklasse, vorausgesetzt, dass sie richtig geführt wird.

7. Sanktionen welcher Art und mit welchem Ziel?

Art und Methoden der Anwendung von Sanktionen sind wesentlich bestimmt durch die Ziele der beteiligten Mächte. Die Regierung Laval drängt auf friedliche und "stufenweise" Anwendung von Sanktionen, um möglichst lange ihre Vermittlerrolle bei Mussolini beibehalten zu können. England wünscht zunächst wirksame und rasche ökonomische Sanktionen, erstens um Mussolini eine scharfe Lektion zu erteilen, zweitens aber, um gleichzeitig den militärischen Druck der Italiener auf Abessinien in dem Umfange und solange weiter wirken zu lassen, wie nötig ist, damit der Negus reif wird, um sich ein tatsächliches englisches Protektorat zu fügen oder in irgendeiner anderen Form England den Löwenanteil an der abessinischen Beute zu verschaffen. Aus diesem Grunde hat England auch bis zum Ausbruch des Krieges das Waffenausfuhrverbot gegenüber Abessinien aufrechterhalten und so verhindert, dass Abessinien sich ausreichend und rechtzeitig bewaffnen konnte. Der englische Imperialismus ist nicht daran interessiert, dass Abessinien militärisch wirklich stark und unabhängig bleibt.

Die Arbeiterklasse hat nur Interesse an einer Anwendung solcher Sanktionen gegen Italien, die möglichst schnell die Italiener zwingen, das Land vollständig zu räumen und die militärische Kraft und die politische Selbstständigkeit Abessiniens stärken.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist erforderlich:

1.) die sofortige Schliessung des Suezkanals und der Meerenge von Gibraltar für italienische Schiffe;

2.) die Blockade der Häfen von Italienisch-Somaliland und Erithrea;

3.) möglichst rasche und umfassende Belieferung Abessiniens mit Waffen und Munition, Gewährung der dafür notwendigen Kredite;

4.) Zulassung der Verstärkung Abessiniens durch die benachbarten Eingeborenenvölker (Sudan, Keniya, Bantustämme der südafrikanischen Union usw.).

Da die Frage der Sanktionen entscheidend bestimmt wird durch die Ziele, die damit erwirkt werden, so ergibt sich daraus, dass die Arbeiterklasse auch in dieser Frage ihre Forderungen selbstständig aufstellen und den imperialistischen Mächten gegenüber vertreten muss.

-o-

Kamerad! Gib die "Arbeiterpolitik" Deinem Arbeitskameraden und werbe auf diese Weise neue Leser für Deine Zeitung.

DIE AUTONOMISTEN, ELSASS-LOTHRINGEN UND WIR.

-o

Vorbemerkung: J. P. Mourer hat in seiner, noch immer nicht abgeschlossenen Artikelserie erklärt, dass die Zentralachse der Gesamtaktivität der Arbeiterklasse die nationale Frage zu sein hat. Die soziale Frage wird nach Mourer nur im Zusammenhang mit der nationalen Frage gelöst und nicht umgekehrt, wie dies die wirklichen Kommunisten behaupten. Da für Mourer und seinesgleichen aus dem Primat der nationalen Frage in Elsass-Lothringen, für die Arbeiterklasse die Aufgabe ~~erfolgt~~, sich mit dem kleinbürgerlichen Autonomismus zu einem Block zusammenzuschließen, ist eine gründlichere Auseinandersetzung über das Verhältnis der Kommunisten zu den Autonomisten notwendig, zumal die KP bedenkliche Schwankungen in dieser Frage zeigt, die von der Hueberpartei ausgenutzt werden.

(Die Redaktion)

I.

Die Landespartei hat auf einem ausserordentlichen Delegiertentag ihre Stellung zur Senatswahl präzisiert und in diesem Zusammenhang eine wirt programmatische Erklärung zur Lage abgegeben.

Nach dieser Erklärung besteht die Taktik der Autonomisten von der "Elz" und ihres kommunistisch frisierten Anhängsels im wesentlichen darin, "über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg zur elsässischen Solidarität aufzurufen", um "die 1918 unterbrochene Entwicklung der Autonomie" zurückzugewinnen. In diesem Sinne will die Landespartei mit allen elsässisch eingestellten Parteien zusammenarbeiten und solche Kandidaten unterstützen, die

- a.) für Volk und Heimat im Sinne einer wahren elsässischen Volksfront (siehe Honlein-Front im sudetendeutschen Gebiet der Tschechoslowakei) eintreten wollen;
- b.) in allen elsass-lothringischen Lebens- und Kulturfragen (Konkordate) eine geschlossene, einheitliche Front bilden wollen, gegenüber allen Assimilationstendenzen;
- c.) für den Umbau des Senats in eine Ständekammer positiv eintreten wollen (also Verfassungsreform in faschistischer Richtung).

Die Landespartei erklärt weiter: "Elsass-Lothringen leidet Not, weil seit dem Weltkrieg (also erst seit es zu Frankreich gehört) sein Wirtschaftsleben nicht mehr den Platz erhielt, der seiner Bedeutung nach Ausrüstung und Arbeitskraft zukommt".

Die Landespartei behauptet weiter, dass Elsass-Lothringen eher und schwerer von der Krise getroffen wurde als andere Gebiete und dass die unglückliche Lage noch durch die Wirkungen verschärft wurde, die die nachlässige Haltung der frz. Regierung gegenüber "unseren" Saarinteressen zur Folge hatte und durch die neue Last der Militär-Servituten in unserem zum Festungsgürtel gewordenen Lande usw.

Die Elzianer sagen daher, dass die Autonomie für Elsass-Lothringen das Mittel sei, um sich von all dem erwähnten zu bewahren, wobei die Staatsform oder das unter der Autonomie herrschende Regime ihnen angeblich völlig gleichgültig ist. Anscheinend haben sie die Absicht sich mit der jeweiligen Staatsform Frankreichs zu wandeln, wenn ihnen nur die Autonomie beschert wird.

Für die Autonomisten ist also die Autonomie die Wunderkiste. Sie löst alle Probleme, ohne Veränderung der Klassenverhältnisse, ohne Systemänderung.

Ohne uns des näheren mit dem demagogischen Salat auseinander zu setzen, den die Elzianer in programmatischen Erklärung zur Lage servieren, wollen wir uns auf folgende grundsätzliche Bemerkungen beschränken:

Die Kommunisten kämpfen für das Selbstbestimmungsrecht des elsass-lothringischen Volkes, aber mit anderer Zielsetzung und mit anderen Kampfmethoden. Die Autonomie löst die soziale Frage des arbeitenden Volkes nicht. Die soziale Frage wird nur durch den Sozialismus-Kommunismus, d. h. durch den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems, aber nicht durch die Änderung der Fassade gelöst.

Indem die Landespartei für gegen den Kommunismus und Marxismus kämpfen, kämpfen sie mithin gegen die Lösung der sozialen Frage im Interesse des arbeitenden Volkes.

Die Autonomisten sagen nichts genaues darüber, wie sie die Autonomie für Elsass-Lothringen erkämpfen wollen. Sie möchten das ganze elsässische Volk ohne Unterschied der Klasse zu einer Front für die Autonomie zusammenschliessen. Für sie verwandelt sich der Gutsbesitzer Graf v. Andlau -wahrscheinlich infolge von Informationen durch Herrn Keppi -über Nacht in das Gegenteil eines Ausbeuters, ohne seine soziale Stellung, Funktion und Gesinnung zu ändern, wenn er nur für die Heimatrechte eintritt. Deshalb ist der soziale Kampf der Landespartei pure Demagogie. Da sie die Lösung der nationalen Frage nicht mit dem sozialen Befreiungskampf der französischen Arbeiterklasse verbinden, da sie die unvermeidliche Verbundenheit zwischen Imperialismus und nationale Unterdrückung nicht sehen wollen, müssen sie dem Phantom nachjagen, alle Schichten des elsässischen Volkes in einer sagenhaften Volksgemeinschaft zusammenzuschliessen, um es geschlossen gegen den französischen Imperialismus einzusetzen.

Deshalb kopieren sie den hierarchischen Organisationsaufbau und das Führerprinzip Hitlers, deshalb vertreten sie ein verschwommenes, nichtsagendes und vorlogenes soziales Programm, deshalb reden sie von Blut und Boden.

Da aber das ~~französische~~ elsässische Volk eine verschwindene Minderheit gegenüber dem französischen Volk ist und da mit der Zentralisation des Kapitals auch die Zentralisation der kapitalistischen Staatsgewalt wächst und ein Teil des elsässischen Kapitals und der elsässischen Bourgeoisie und damit auch der öffentlichen Meinungsfabriken mit dem französischen Kapital und der französischen Bourgeoisie verschmilzt, im gewissen Sinne wirtschaftlich, politisch und kulturell von der französischen Bourgeoisie assimiliert wird, sind die aussichten auf die Realisierung selbst des erstrebten Zusammenschlusses des elsass-lothringischen Volkes entsprechend den Plänen der Elzianer unreal.

Bei dieser Lage muss der bürgerliche Autonomismus, Elzischer Prägung nach Bundesgenossen ausserhalb des Landes Ausschau halten. Denn ein autonomes oder gar selbstständiges Elsass-Lothringen kann bei der Haltung der Elzianer gegenüber dem Befreiungskampf der französischen Arbeiterklasse, nur im Bündnis mit einer anderen, Frankreich ebenbürtigen imperialistischen Macht erreicht werden. Diese Macht aber kann nur Hitlerdeutschland sein. Die Stellung der Elzianer zu Hitlerdeutschland zeigt, dass sie sich auch völlig darüber im klaren sind. Und d.h., der bürgerliche Autonomismus kann seine Ziele letzten Endes nur auf dem Wege eines imperialistischen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland verwirklichen. Anders wird die elsass-lothringische Frage im Rahmen des Imperialismus und Kapitalismus nicht "gelöst".

Es verhält sich mit der elsass-lothringischen Frage ebenso wie mit der Frage des Versailler Vertrages. Es gibt zwei Lösungen; die imperialistische und die proletarische. So wie wir der imperialistischen Revision des Versailler Vertrags, die zum imperialistischen Kriege führt, die revolutionäre Liquidation durch die internationale Aktion der Arbeiterklasse entgegensetzen, so setzen wir der bürgerlich-autonomistischen Lösung der elsass-lothringischen Frage, die zum Kriege führt, die revolutionäre Lösung im Bundes mit der französischen und deutschen Arbeiterklasse entgegen.

Indem die Autonomisten an die Stelle des Bündnisses des arbeitenden Volkes von Elsass-Lothringen mit der französischen Arbeiterklasse für den Sturz der französischen Bourgeoisie, die sogenannte Volksgemeinschaft des elsass-lothringischen Volkes setzen wollen und mit Hitlerdeutschland als zusätzlichen Bundesgenossen kokettieren, kämpfen sie nicht für die Lösung der nationalen Frage, sondern für die Fortdauer der sozialen Unterdrückung, ~~fr&ss&ss&ss&ss&ss~~ und letzten Endes für die Auslieferung des elsass-lothringischen Volkes an die Hitlerdiktatur.

Das elsass-lothringische Volk wird seine Autonomie erhalten, ohne einen neuen imperialistischen Krieg und zwar an dem Tage, das das französische Proletariat die bourgeoiss Herrschaft gestürzt und die Räterepublik errichtet hat.

Imbs unterwirft sich!

Die Gewerkschaftseinheit wird auch im Unterelsass vollzogen.
=.=.=.=.=

Die Union Locale der CGTU und der CGT nahmen in der verflossenen Woche zu den Ergebnissen der beiden Nationalkongresse und zur Realisierung der Gewerkschaftseinheit Stellung.

Die Union Locale der CGTU begrüßte einmütig die Beschlüsse auf Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit und legte allen Syndikaten die Pflicht auf, sich mit den jeweiligen Vorständen der CGT-Syndikate zwecks Durchführung gemeinsamer Berichterstattungsversammlungen in Verbindung zu setzen, sowie die Modalitäten der Verschmelzung und die Wahl der Syndikatsleitungen nach dem Proporz mit ihnen zu vereinbaren.

Mit einer gewissen Spannung sah man der Sitzung der CGT entgegen, da Imbs noch in der vorausgegangenen Sitzung als Voraussetzung für die Realisierung der Gewerkschaftseinheit im Elsass, von der CGTU die ausdrückliche und öffentliche Zurückweisung des kommunistischen Standpunktes in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts für Elsass-Lothringen forderte. Nach dem Ergebnis der Sitzung zu urteilen hat Imbs eine Revision an seiner früheren Stellung vorgenommen, oder eingesehen, dass seine Winkelzüge zur Sabotage der gewerkschaftlichen Einheit kein Verständnis mehr finden. Nach dem Sitzungsbericht erklärte Imbs: "die Einheit zwischen CGT und CGTU ist vollzogen und haben wir uns diesem Spruch zu unterwerfen!" Er forderte alle Militanten auf, mit allen Mitteln die Einheit zu fördern, die bis zum 31. Dezember perfekt sein muss.

Imbs unterwirft sich also!

Die gewerkschaftliche Einheit wird also, allen Hoffnungen der Scharfmacher zum Trotz auch in Elsass-Lothringen realisiert. Diese Einheit wird uns muss auch auf politischem Gebiete ihren Niederschlag finden. Die in den einheitlichen Gewerkschaften organisierten revolutionären Arbeiterpartei auf dem politischen Gebiete zustande kommt. Sie werden und dürfen nicht zulassen, dass die Führer der vereinigten CGT sich politisch mit dem Klassengegner koalieren und die Pläne des Patronats gegen die Arbeiter auf wirtschaftlichen Gebiete begünstigen, gegen die zu kämpfen gerade die gewerkschaftliche Einheit realisiert wurde.

Mögen die revolutionären Gewerkschaftler im Rausche der Begeisterung über die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit keinen Augenblick vergessen, dass die Einheit die Erhöhung der Kampf- und Schlagkraft der Arbeiter im Kampfe gegen alle Formen der Kapitaloffensive zur Folge haben muss. In diesem und nur in diesem Sinne dürfen die rev. Gewerkschaftler die Wiedervereinigung vollziehen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Arbeiterausschusswahlen bei der Stadt:

Ein Erfolg der Unitären.

=.=.=.=.=

Die Arbeiterausschusswahl bei der Stadt Strasbourg hat den Christen eine Niederlage, der CGTU einen Erfolg und der CGT eine Schlappe eingetragen. Obzwar die CGTU den CGT-Vorschlag auf Abschluss eines Nichtangriffspakts angenommen hatte, konnte die CGTU ihre Stimmenzahl erhöhen und fast 100 Wähler mehr als im Vorjahr auf ihre Liste buchen. 428 Wähler mit 3 376 Stimmen entfielen auf die CGTU, während die CGT 468 Wähler mit 3 701 Stimmen auf sich vereinigte. Die CGT büßte gegenüber dem Vorjahr 163 Wähler ein. Ein Beweis dass im Vorjahr Christen für die CGT gestimmt haben. Die Christen brachten nur 51 Wähler mit 408 Stimmen auf die Beine, so dass ihnen auch diesmal wieder kein Sitz im Arbeiterausschuss zufiel. Die Sitzverteilung erfolgt also wie bisher zwischen CGT und CGTU in Verhältnis 4 zu 4.

Das Wahlergebnis ist auch eine Lektion an die Adresse der CGT-Syndikatsleitung. Die Ablehnung des CGTU-Vorschlages auf der Basis 4 zu 4 eine Einheitsliste aufzustellen, erfolgte ja in der Erwartung, dass die eingetretene Änderung in der Stadtverwaltung die CGT stärken und die CGTU

schwächen wurde. Aber die Syndikatsleitung der CGT hatte übersehen, dass die Mitwirkung namhafter CGT-Führer an der Proporzerei und ihrem Abbauprogramm in wirksamer Weise für die CGTU warb, die gegen diese Offensive der Stadtverwaltung in Opposition stand. Diese Tatsache hat die Hoffnung der CGT auf die schwankenden Gestalten in der CGTU zerstört, wie vorauszusehen war.

Von der CGT sind die Kameraden Hill, Fuger, Gillmann und Dörr, von der CGTU die Kameraden Concin, Seiler, Jos, Hiss und Weber gewählt.

Der baldige Zusammenschluss der beiden Syndikaten zu einer einheitlichen Gewerkschaft wird also die grosse Masse der Gemeindearbeiter umfassen. Die angekündigten Verschlechterungen der Stadtverwaltung und der weitere Kampf gegen die decret-Lois erfordert diese Einheit und bei richtigen und wirksamen Auftreten der revolutionären Gemeindearbeiter wird die Verschmelzung sich auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet nur vorteilhaft auswirken.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Hueber liquidiert doch:

Elsässische Arbeiter- und Bauernpartei.

==.

Obzwar J. P. Mourer seine Artikelserie über die angekündigte Neuorientierung der Hueberpartei noch immer nicht beendigt hat und in den Gruppenversammlungen zur Wahl der Delegierten zur Parteikonferenz kein offenes Wort über die in Aussicht gestellte Neuorientierung gesagt wird, ist die Parteileitung doch bereits die Liquidationsthese fertig.

In einer allgemeinen Mitgliederversammlung liess Mourer die Katze aus dem Sack und gab bekannt, dass die bevorstehende Parteikonferenz auch über die Namensänderung zu beschliessen habe. Der Name KPO soll abgelegt werden und durch die Bezeichnung "Elsässische Arbeiter- und Bauernpartei" ersetzt werden.

Den Mitgliedern wurde dies mit den agitatorischen Erfordernissen plausibel gemacht. Die 5.-frs, die jetzt pro Mitglied eingetrieben werden, mit der Begründung man müsse jetzt aufs Land gehen und die Bauern aufklären, waren also nichts als das Eintrittsbillet in einen neuen Laden, der sich jetzt auch öffentlich und im Namen vom Kommunismus distanziert.

Der Hinweis auf die Bauern, die man mit einem neuen Namen besser erfassen könne, besagt natürlich mehr, als offiziell eingestanden wird. In Wahrheit bedeutet die Ablegung des Namens KPO den offiziell sanktionierten Bruch mit dem Kommunismus. Er bedeutet den dauernden und unwiderruflichen Bruch mit der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale. Mit der Namensänderung wird ein für allemal dokumentiert, dass man nicht nur taktische, also zweitwellige und abänderliche Differenzen mit der kommunistischen Partei hat, sondern grundsätzliche, d.h. dass man sich vom Kommunismus überhaupt abwendet.

JP. Mourer mag den Mitgliedern sagen, was heute die Hueberpartei noch von den Elzianern trennt, nachdem sie nach dem Bruch mit der IVKO auf jede internationale Orientierung verzichtet hat und jetzt durch die Namensänderung auch ihr bewusste Beschränkung auf das Elsass zum Ausdruck gebracht hat? JP Mourer wird trotz seiner Wendigkeit die Antwort auf eine solche Frage schwer fallen. Deshalb ist die Namensänderung auch nach aussen hin der Abschluss der Hueberpartei als einer kommunistischen Organisation, der Beginn einer Etappe an deren Ende nichts anderes stehen kann als der Untergang im kleinbürgerlichen Autonomismus, im Nationalismus elsässischer Prägung.

Darüber muss in der Mitgliedschaft der Hueberpartei vollkommene Klarheit geschaffen werden, um alle dem Kommunismus wirklich verbundenen Elemente für die IVKO zu gewinnen, die jetzt wieder mit Stolz ihren alten Namen für die alte Sache verwenden kann.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Wie sich die Zeiten ändern:

"Wir Sektierer" =

"L'Humanité" hat geruht im Zusammenhang mit der Ausnutzung unserer Kritik an der Winzenheimer Linie der Partei durch den "Republikaner" hier

und da einige abfällige Bemerkungen über uns zu machen. Ein besonders zugkräftiges und wirkungsvolles Argument sollte der Vorwurf sein, dass wir einen eignen "Verein" aufgemacht haben und uns in der Rolle von Sektierern gefallen.

Danach haben sich also die Rollen gründlich vertauscht. In der Zeit des ultralinken Kurses der Partei waren wir "Rechte", "Opportunisten", "Ver-räter" und "Renegaten" des Kommunismus. Das glaubt heute kein Mensch mehr, also auch nicht die Humanité.

Nachdem die Partei sich gewendet hat - wir brauchen uns nicht zu wenden - sind aus uns hoffnungslosen Opportunisten auf einmal Sektierer geworden.

Als wir bei den Verhandlungen im Dezember vorigen Jahres die Propagan-da der Arbeiterkontrolle der Produktion als notwendig betonten und den Sozialfaschismus verwarfen, nannte Walch dies eine unzulässige Anpassung an den Reformismus. Mit erhobenen Zeigefinger wurde uns bescheinigt, dass die Arbeiterkontrolle der Produktion eine Annäherung an den Plan der CGT und die Wirtschaftsdemokratie bedeute.

Heute tritt Walch und Mohn für staatskapitalistische und wirtschafts-demokratische Forderungen ein - siehe Plan der CGTU - und sie sind und bleiben dabei natürlich die einzig richtigen Kommunisten.

Was soll man zu solcher Grundsatzfestigkeit sagen? Es scheint uns, diese "Grundsatzfesten" wandeln auf allen Wegen, wenn sie von der hohen Obrig-keit genehmigt und die offizielle Verbotstafeln entfernt sind.

Da kommen wir grundsatzlosen "Opportunisten" und heutigen Sektierer e-ben nicht mit, da wir meinen, Grundsätze seien etwas bleibendes und un-veränderliches.

Wir haben dem Kamerad Mohn auf seine Bemerkungen in der Aubette-Versamm-lung über die IVKO einige Fragen gestellt. Wir wollen in die Partei, aber wir wollen in ihr das Recht an der Klarstellung der politischen Linie mitzuarbeiten. Welche Klarstellungen, Ergänzungen und Änderungen wir not-wendig halten, haben wir gesagt. Dimitrow hat sogar die Parteilosen ar-beiter dazu aufgefordert. Wir steht es nun damit? Mit oberflächlichen und inhaltslosen Phrasen ist niemand gedient.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

"La Republique" hat gefunden und Max Braun, der ehemalige Führer der sassländischen ~~Kommunisten~~ Sozialisten hat sie daraufgebracht, dass Hugo E-berlein ein Gestapoagent ist. Dieser Eberlein soll im Saargebiet mit dem später zu den Nazis gelaufenen KP-Bezirksleiter Lorenz in Verbindung gestanden haben. Ergo muss er doch auch ein Gestapo-Sitzel sein.

Fabelhaft, diese Beweisführung. Wir wissen nicht ob H. Eberlein im Saar-gebiet war. Wenn er dort war, hat er selbstverständlich als Kommunist auch mit dem dortigen Bezirksleiter der KP Verbindung haben können. Aus der Tatsache, dass dieser Bezirksleiter später, um seine Haut vor nazis-tischen Beschuldigungen zu bewahren, zu den Nazis übergelaufen ist, zu fol-gern H. Eberlein muss ein Gestapo-Agent sein, muss man schon Fritz Hecker heissen und mit allen Kräften bemüht sein, die Kommunisten mangels an-derer Argumente, mit armseligen Verdächtigungen zu bewerfen.

Wenn Max Braun durch die Veröffentlichung solcher "Schlager" wieder ein-mal von sich reden macht, so zeigt das nur, wohin ein Emigrant kommen kann, wenn er sich auf jeden Fall seinen weiteren Gastgebern ~~an jedem~~ ~~Ort~~ als unabkömmlich erweisen will. Das der "Republikaner" diese Ente ihres Parteifreundes in ihren Spalten einen Platz einräumte, lässt im günstigsten Falle annehmen, dass sie schlecht informiert ist, wer Hugo Eberlein ist. Oder will sie sich jetzt an diesem "edlen" Wettbewerb beteiligen?

La Republique hält das Mussolinische Blutvergiessen in Abessinien nur dann nicht für gerechtfertigt, wenn Mussolini seine imperialistischen Räubergelüste auch ohne Blutvergiessen erreichen könnte. D.h. soviel, der Raub eines Banditen ist vor seinem "Gewissen, vor seiner Nation, vor der Geschichte und der Menschheit (Frei nach La Republique)" gerechtfertigt, wenn der Überfallene dem Banditen nicht freiwillig seine Habe gibt.

Vorantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: USCHÉ - Mollierstrasse 3 - STRASEOURG

N° 60, II. Jahrgang.

Dritte Oktoberwoche 1935.

Zum italienisch-abessinischen Krieg:

DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE.

oo

Die grundlegenden Aufgaben der Arbeiterklasse im abessinischen Krieg bestehen darin: a) den italienischen Faschismus zu zwingen, so schnell als möglich, Abessinien zu räumen; b) für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit des abessinischen Volkes einzutreten gegenüber allen imperialistischen Absichten, denen Italiens, wie auch denen Englands und Frankreichs; c) die Niederlage des italienischen Faschismus auszunutzen für Beförderung der proletarischen Revolution in Italien; d) den abessinischen Konflikt auszunutzen zur Beförderung des Freiheitskampfes der afrikanischen eingeborenen Bevölkerung gegen die imperialistische Kolonialherrschaft überhaupt; e) Ausbützung des Konfliktes zur Steigerung des Klassenkampfes gegen die eigenen imperialistischen Regierungen; f) Kampf dagegen, dass aus dem abessinischen Konflikt ein neuer imperialistischer Weltkrieg entsteht.

Aus diesen Aufgaben ergibt sich die Art der Mittel, die die Arbeiterklasse dafür anwenden muss. Sie gruppieren sich folgendermassen: a) Unterstützung der Aktion der Sowjetunion im Völkerbund; b) darüber hinaus selbstständige Aktionen der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien aller kapitalistischen Länder; c) Mobilisierung der Massen zum Druck auf die imperialistischen Regierungen entsprechend den Zielen der Arbeiterklasse.

Die internationale Arbeiterklasse kann nicht darauf verzichten, an die imperialistischen Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes sind, die Forderung zu richten, Sanktionen solcher Art anzuwenden, die den italienischen Faschismus möglichst schnell und gründlich mattsetzen und gleichzeitig die Unabhängigkeit und Freiheit des abessinischen Volkes unangestastet lassen und stärken. Daraus ergibt sich, dass die Arbeiterklasse weder sich mit der Politik irgendeiner der imperialistischen Mächte identifizieren kann, sondern ihnen allen ihre eigne selbstständige Klassenpolitik gegenüberstellen muss, noch dass sie sich auf den Standpunkt des reinen Pazifismus begeben und gegen Sanktionen durch den Völkerbund und seiner Mitglieder überhaupt auftreten kann. Solche Sanktionen, die von imperialistischen Motiven und Zielen frei sind, wären nur dann möglich, wenn in England, Frankreich usw. die Arbeiterklasse die Macht bereits in Händen hätte. Solange das nicht der Fall ist, können Sanktionen nur von den imperialistischen Mächten ausgeführt werden (wenn man von der Sowjetunion absieht). Das ist der gegebene tatsächliche Ausgangspunkt. Indem aber die Arbeiterklasse Englands, Frankreichs usw. ihren Regierungen die eigenen Ziele, Grundsätze und Forderungen in der abessinischen Frage gegenüberstellt, schafft sie die Voraussetzungen, um die revolutionären Kräfte in diesen Ländern gegen die imperialistischen Regierungen des eigenen Landes zu entwickeln und zu mobilisieren. Der Ausgangspunkt ist zu nehmen von dem Punkt aus, wo die Klasseninteressen des internationalen Proletariats und der unterdrückten Kolonialvölker und die imperialistischen Interessen bestimmter imperialistischer Staaten sich im gegebenen Falle schneiden: Die schnelle Beendigung des Krieges, die Niederlage des italienischen Faschismus.

Aus dem Vorstehenden ergeben sich folgende konkrete Aufgaben für die internationale Arbeiterklasse:

- a.) Forderungen an den Völkerbund und seine imperialistischen Mitglieder:
- 1.) Schliessung des Suezkanals und der Meerenge von Gibraltar für italienische Schiffe. Blockade der Küsten von Italienisch-Somaliland und Eritrea. Strenge Durchführung der Verhinderung jeglichen Handelsverkehrs mit Italien, sowie jeder finanziellen Unterstützung Italiens.
 - 2.) Umfassende und schnelle Versorgung Abessiniens mit Kriegsmaterial. Gewährung ausreichender Kredite an Abessinien zu diesen Zwecke.
 - 3.) Zulassung der bewaffneten und anderen Hilfeleistung der dazu gewillten eingeborenen Bevölkerung Afrikas und anderer Kolonialvölker an Abessinien. Ausrüstung dieser Völker mit Kriegsmaterial.
 - 4.) Garantie der völligen Unabhängigkeit und Freiheit des abessinischen Volkes, annullierung aller auf imperialistische Ziele gerichteten internationalen Verträge, die Abessinien betreffen (z.B. des Vertrages von 1896).
 - 5.) Kampf für die Abwälzung der Lasten der Sanktionen auf die besitzenden Klassen (Entschädigung derjenigen Arbeiter, die durch die Sanktionen arbeitslos werden auf Kosten der Unternehmer usw.)

B.) Rückhaltlose Unterstützung der Völkerbundspolitik der Sowjetunion in Bezug auf Abessinien. Unterstützung der Forderung der SU, dass bei imperialistischen Angriffen in Europa und in anderen Erdteilen kollektive Unterstützung der Angegriffenen in bindende Form gegeben wird, insbesondere Unterstützung der Forderung, dass der englische Imperialismus Verpflichtungen zur Sicherung der SU gegen imperialistische Angriffe einget.

c.) Selbstständige Aktionen der Arbeiterklasse:

- 1.) Verhinderung der Durchführung von Aufträgen für Kriegslieferungen an Italien. Verhinderung aller Transporte von Kriegsmaterial für Italien. Schaffung von Arbeiterkontrollausschüssen für diese Zwecke.
- 2.) Boykott aller italienischen Waren, insbesondere muss sich dieser Boykott gegen die Sabotage der ökonomischen und finanziellen Sanktionen des Völkerbundes durch die Regierungen richten.
- 3.) Stärkste materielle und moralische Unterstützung des antifaschistischen Kampfes in Italien. Verbrüderung mit den italienischen Emigranten. Ablehnung jeder chauvinistischen Hetze gegen das italienische Volk.

Für alle diese Zwecke ist die Herstellung der nationalen und internationalen Einheitsfront notwendig, die heute noch von den massgeblichen Parteien der II. Internationale sabotiert wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zu den Ergebnissen des VII. Kongresses der KI:

Zur politischen Resolution:

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Die Resolution wiederholt die von Dimitrow bereits in seinem Referat formulierten Bedingungen für die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei des Proletariats. Diese Bedingungen laufen auf die Annahme der kommunistischen Grundsätze und Ziele hinaus. Der Vorschlag deckt sich sachlich mit der vor mehr als einem Jahr von der KPD(O) für Deutschland herausgegebenen Losung der Schaffung einer "Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands". Diese Losung hatte und hat den Zweck bei den sozialdemokratischen Arbeitern, die zum Kommunismus streben, die Hemmungen zu beseitigen, die in der Forderung des einfachen Übertritts zur KP bestehen. Es erleichtert diesen Prozess, wenn anstelle des Übertritts die Vereinigung mit gleichen Rechten auf der Grundlage des kommunistischen Programms gesetzt wird. Das ist der Kern der Sache. Wenn in den Vorschlägen der KP Frankreichs und des VII. Kongresses der Name "Kommunistisch" für die zu schaffende Partei ausgelassen wird, so ist das eine ganz überflüssige Geste, die höchstens einige Kommunisten selber irreführen kann.

Die unrichtigen Ausführungen im Referat Dimitrows, die darauf hinauslaufen, dass jetzt nicht mehr die Wahl stehe zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur und dass die Kommunisten bei einer solchen Lage, die bürgerliche Demokratie verteidigen müssen, sind in der Re-

Resolution nicht wiederholt. Wir finden hier folgende Formel:

"Für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und der Errungenschaften der Werktätigen gegen den Faschismus, sowie für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpfend, entwickelt das Proletariat seine Kräfte, festigt die Kampfverbindungen mit den Bundesgenossen und richtet den Kampf auf das Ziel der Eroberung der wirklichen Demokratie der Werktätigen, die Sowjetmacht."

Diese Formulierung ist nicht unrichtig, aber angesichts der Verwirrung, die in der Frage des Verhältnisses des Kommunismus zur bürgerlichen Demokratie geschaffen worden ist, unzureichend.

Es ist notwendig zu sagen, dass die Kommunisten nicht die bürgerliche Demokratie schlechtweg verteidigen, auch dann nicht, wenn sie Angriffen der Faschisten und der Reaktion gegen die demokratischen Rechte der Werktätigen abwehren. Dass selbst beim Kampf gegen den Faschismus noch im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staates keine Rücksicht genommen werden darf, auf die Einhehlung der demokratischen Spielregeln gegenüber den Faschisten. Dass die demokratischen Rechte der Werktätigen nur verteidigt werden können durch revolutionäre Liquidierung der bürgerlichen Demokratie, die der Mutterboden des Faschismus ist. Dass der Übergang vom Geleise der bürgerlichen Demokratie in das der proletarischen Diktatur, propagandistisch und organisatorisch vermittelt wird, durch breite von den Massen gewählte Einheitsfrontorgane, die sich in der weiteren Entwicklung zu Räten auswachsen. Ferner, dass die Räte unentbehrliche Organe sind zur Vorbereitung und Durchführung des revolutionären Aufstandes.

Trotz aller dieser Fehler, Mängel, Lücken usw. könnte diese Resolution der Ausgangspunkt für eine richtige kommunistische Politik bilden, wenn die innerparteiliche Demokratie verwirklicht würde. Wird diese Voraussetzung nicht geschaffen, so wird die Resolution in einer Reihe Länder zu schweren opportunistischen Entgleisungen führen. Werden diese Voraussetzungen aber geschaffen, so kann die Resolution mit Hilfe der reifsten und kritischsten Elemente der kommunistischen Bewegung - also der Opposition - ein Ausgangspunkt für die Sicherstellung einer richtigen kommunistischen Politik werden.

(Schluss)

Für die Gewerkschaftseinheit:

Eine Initiative der unitären Holzarbeiter des Bas-Rhin.

Die jüngste Spaltung erlebten bekanntlich vor knapp einem Jahre die unterelsässischen Holzarbeiter. Hervorgerufen wurde dieselbe durch ein Misstrauensvotum gegenüber ihrem bisherigen reformistischen Sekretär K. in einer ordentlichen Generalversammlung. K. macht darauf einen eignen Laden auf. Diese von reformistische Seite provozierte Spaltung blieb logischerweise nicht ohne nachteilige Wirkungen für die Holzarbeiter. Teilweise Lohnabzüge in einzelnen Betrieben, Abschaffung des Tarifvertrages der Parquetiere usw. sind die Resultate.

Es war besonders in jener Stunde Hueber und seine "NW", die ihre offene Freude dieser Spaltung gegenüber zum Ausdruck brachten und sogar die dumme Behauptung aufstellten, dass daran einzig u. allein die IVKO-Kameraden Schuld seien. In allen Versammlungen benutzte Hueber dieses "Argument" um zu beweisen, dass die Einheitsfront doch eine Gemeinheitsfront sei. Zum Schaden für Hueber und zum Nutzen der Holzarbeiter dauerte dieser Zustand nicht für alle Zeiten.

Auf Grund der Resultate der beiden CGT-Kongresse wandte sich das unitäre Syndikat sofort an die CGT-Syndikatsleitung. Am Freitag, den 11. Okt. trafen sich beide Leitungen um über die möglichst rasche Verwirklichung der Einheit zu diskutieren. Leider konnte auf Grund eines Zirkulars der Föderation der Bauarbeiter CGT, dass den einzelnen Syndikaten verboten mit den Unitären vor Erhalt genauer Instruktionen zu verhandeln, wenig positives zustande kommen. Dass das betreffende Schreiben selbst bei den anwesenden CGT-Kameraden einiges Kopfschütteln hervor rief, konstatierten wir mit Befriedigung.

Nichts destoweniger einigte man sich auf die Wahl einer gemischten Kommission, Festlegung der ordentlichen Verschmelzungsversammlung und Arbeitsgemeinschaft bis zu diesem Tage. Wir sind überzeugt, dieser Tag ist nicht mehr fern.

Franz.

SFIO-Kongress Bas-Rhin:Front populaire und Linksregierung.=====
=====

Am Sonntag, den 13. Okt. tagte in Straßburg der Föderationskongress der SFIO von Unterelsass. Im Mittelpunkt stand neben der Behandlung der Agrarfrage, die politische Lage und die damit zusammenhängende Frage der Front-populaire.

Deputé Weill hielt das Referat. Wir beschränken uns hier darauf, die wesentlichsten Gesichtspunkte wieder zu geben, die dann in einer Resolation ihren Niederschlag fanden.

Für Weill ist die Volksfront nichts als eine parlamentarische Kombination, für die Sicherung der Republik, die Abwehr des Faschismus und die Schaffung einer Linksregierung auf dem Boden eines Mindestprogramms, das sich mit Hilfe staatskapitalistischer Massnahmen das Ziel setzt, die Krise im Rahmen des kapitalistischen Systems zu bändigen. Für ausserparlamentarische Aktionen soll die Volksfront nur soweit in Frage kommen, als sie zur Abwehr eines faschistischen Staatsstreichs erforderlich sind.

Trotzdem Weill erklärt, dass die Politik der SFIO auf den Erfahrungen der letzten Jahre in Deutschland, Italien usw. beruht und Wahlerfolge nichts nützen, wie die Jahre 1924 und 1932 mit ihren Linkssiegen in Frankreich beweisen, spricht sich Gg. Weill erneut für die Wiederholung des Experiments einer bürgerlich-demokratischen Linksregierung unter Einbeziehung aller Parteien und Linksdelegationen der Volksfront aus. Dieses Experiment sei zwar unter den obwaltenden Verhältnissen der kapitalistischen Krise nicht verlockend, es würde den ganzen faschistischen Ansturm auslösen mit dem Ziele, der Linken die Verantwortung aufzuladen. Andersorts aber, -so erklärt Weill- würde die Reaktion die Regierungsübernahme durch die Linke wünschen, damit sie sich abnützt, diskreditiert. Weill hält im Hinblick auf diese Absichten die Befragung der Wähler über das Programm einer Linksregierung für zweckmässig.

Die Aufgabe der Linksregierung, bestünde nach Weill darin, den Faschismus niederzuwerfen und danach die Forderungen des Mindestprogramms zu verwirklichen. Weill forderte und der Föderationskongress machte sich diese Forderung zu eigen, dass auch die Kommunisten in einer solchen Linksregierung vertreten sein müssten.

Zur Frage der Front-populaire im Elsass erklärte Weill, dass die Kommunisten, die angeblich ihre Stellungnahme in zahlreichen Fragen grundsätzlicher Natur geändert haben, sich nichts vergeben würden, wenn sie in der Frage des Selbstbestimmungsrechts ihre Haltung änderten. Deshalb schlug der Föderationskongress den Kommunisten die Rückkehr zum gemeinsamen Programm von 1919 vor, dass damals die Plattform der noch vereinigten Partei in der els.-loth. Frage war.

Dann sprach sich die Konferenz dagegen aus, Rechtsstehende, wie Dorgères, Rosse ua. in die Front populaire einzubeziehen und lehnte die Bildung einer Einheitsfront mit Elementen wie Hueber, Schall usw. ab.

Schon allein die Tatsache, dass die Konferenz mit keiner Silbe die Frage der Bildung ausserparlamentarischer Kampforgane stellte, zeigt, dass es sich bei der Frage der Linksregierung um nichts anderes, als um die Wiederholung der Experimente von 1924 und 1932 auf erhöhter Stufenleiter -Einbeziehung von Sozialisten u. Kommunisten in die Regierung -und unter weit fortgeschrittenen Klassenverhältnissen infolge der Tiefe der kapitalistischen Krise und der dadurch ausgelösten Klassenspannungen handelt.

Die Konferenz sah daher auch nicht, dass zur Brechung des Widerstandes der Kapitalisten, zur Lahmlegung ihre Sabotage usw. alle Schritte vorbereitet werden müssen, um die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Leitung der Produktion durch die Arbeiterkontrolle der Produktion zu brechen. Allein die Unterbänkung der Kapitalflucht und der Steuerhinterziehung kann nicht ohne die Unterstellung der Kapitalisten unter die Kontrolle der Arbeiter geschehen. Dazu aber ist die Bildung von Kampf-

genen in jedem Betrieb, gewählt durch die Betriebsbelegschaften, ist die Zusammenfassung der kleinen Bauern und Landarbeiter in speziellen Bauern- und Landarbeiterräten zur Brechung des Widerstandes der Dorfbereichen und zur Organisierung des direkten Austausches zwischen Stadt und Land auf dem Wege über die Genossenschaften und die Klein Händler nötig.

Die Niederringung des Faschismus, das Verbot, die Auflösung und Unterdrückung der faschistischen Ligen ist ohne das aktive Eingreifen der Arbeitermassen, ohne deren Kontrolle über die Organe der Staatsgewalt, nicht möglich. Die demokratischen Rechte für den Faschismus aufzuheben, ihm jede Bewegungsmöglichkeit zu nehmen, ihm jeden Organisationskristallisationspunkt zu zerschlagen, die geheimen Waffenlager aufzudecken und zu konfiszieren, die Sabotage der oberen und unteren Staatsorgane zu brechen, dazu ist die Schaffung von breiten Kampforganen der Einheitsfront, dazu ist die Schaffung von Arbeiterabwehrformationen nötig, die von der aktiven Sympathie des arbeitenden und antifaschistischen Volkes getragen und unterstützt werden.

Die SFIO-Konferenz hat diese Fragen nicht einmal gesehen, geschweige sie in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit gerückt. Deshalb kann das Experiment einer Linksregierung nur mit einer Pleite enden, worauf heute bereits der Faschismus spekuliert. Weill und Genossen fühlen das selbst und sie wollen daher die Kommunisten - die bei den letzten Regierungskrisen die Bildung einer Linksregierung mit Herriot an der Spitze aufrollten - unter allen Umständen mit der Verantwortung für dieses Experiment belasten und zu diesem Zweck mit in einer solche Linksregierung einbeziehen.

Wir haben im Zusammenhang mit der Präzisierung unserer Stellungnahme zu den Beschlüssen des 7. Weltkongresses der Komintern auch unsere Stellung zur Bildung einer bürgerlichen Linksregierung umschrieben. Wir sind nach wie vor der Meinung - Mohn mag dies steril nennen -, dass die Kommunisten nicht die Bildung einer Linksregierung veranlassen dürfen. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, die Massenbewegung gegen Faschismus und Kapitaloffensive zu entfesseln und die Massen mit Hilfe der proletarischen Einheitsfronttaktik in ausserparlamentarischen Kampforganen zusammenzufassen. Wenn als Ergebnis einer solchen Massenbewegung eine bürgerliche Linksregierung zustande kommt, besteht die Aufgabe der Kommunisten darin, eine solche Regierung unter den Druck der Massenbewegung zu setzen und die Massen an Hand der praktischen Erfahrungen mit einer solchen Regierung für den Kampf um die wirkliche Machtübernahme durch das arbeitende Volk zu gewinnen. Keineswegs aber kann es die Aufgabe der Kommunisten sein, sich mit der Verantwortung für ein solches Experiment zu belasten, dessen Ausgang heute schon feststeht. Wenn die Massen nochmals die Erfahrung mit einer Linksregierung nötig haben, gut! Aber die Kommunisten können den Massen die Erfahrung nicht dadurch vermitteln, dass sie selbst das Experiment als Lösung empfehlen, um am Ende durch die doch die Erfahrung belehrten Massen mit der Verantwortung belastet zu werden.

Es ist schon heute klar, dass die faschistischen Organisationen fieberhaft an ihrem Ausbau und ihrer Verstärkung arbeiten, um in engster Verbindung mit der bürgerlichen Rechten und dem Monopolkapital eine kommende Linksregierung unter ihren Druck zu setzen, ihr in jeder Form die Dauenschrauben anzusetzen. Eine Regierung mit dem Radikalen ohne ausserparlamentarische Kampforgane, wird diese Widerstände nicht überwinden, sondern infolge ihrer heterogenen und widersprüchsvollen Zusammensetzung an ihnen zerbrechen. Wenn die Kommunisten dann mit dieser "banalen parlamentarischen Komödie" belastet werden können, dann wird der faschistische Weizen blühen.

Diese Stellungnahme, die wir hier zu einer Linksregierung präzisieren, schliesst nicht aus, dass die Kommunisten im Falle eines faschistischen Angriffs - eben so wie am 6. Februar - auch mit bürgerlichen Demokraten gegen den Faschismus gehen, aber indem sie in die Abwehrbewegung ihre Klassenziele hineinbringen und versuchen sie über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinauszutreiben. Wir verweisen hier auf die Stellung Lenins zum Kornilowputsch und auf die Haltung der Kommunisten im Kappputsch.

Leider hat "L'Humanité" zu diesen Fragen der SFIO-Konferenz ebenso wenig Stellung genommen, wie zur SFIO-Konferenz des Oberelsass. Unsere Stellung-

zu den SPJO-Vorschlägen für die Bildung des Front-populaire im Unterclasse worden war in der nächsten Nummer präzisieren.

Nach der Bewegung bei den "Neuesten Nachrichten";

Die Lehre: Wehret den Anfängen.

Die Direktion der "NN" hatte am Samstag, den 12. Okt. ihr Personal, soweit es die Entlassung der Unorganisierten aus dem Betrieb forderte, ausgesperrt.

Die Ursache für den Konflikt war darin zu suchen, dass die Direktion systematisch an der Sprengung des Syndikats der Arbeiter arbeitete, indem sie einzelne Belegschaftsmitglieder privilegierte und daran die Bedingung des Austritts aus dem Syndikat knüpfte. So sollte durch die Korumpierung Einzelner die Belegschaft gespalten und in ihrer Geschlossenheit und Kampfkraft gegenüber dem Patronat geschwächt werden. Auf diese Weise gelang es dann auch der Direktion einer zuverlässige Streikbrechergerde zu schaffen.

Leider hat die ganze grundlegende Einstellung der Syndikatsleitung der graphischen Arbeiter ~~zurückzuführen~~ dazu geführt, diesem Treiben mit ver-schränkten Armen gegenüber zu stehen. "Wehret den Anfängen", musste hier die unabwiesbare Devise der Verbandsleitung und der graphischen Arbeiter sein. wäre die Direktion bei den ersten Korumpierungsversuchen auf den entschlossenen Widerstand gestossen, dann wäre es ihr nicht möglich ge-wesen stetig neue Objekte für ihre durchsichtigen Operationen zu find und sich so eine technische Nothilfe (Stahlhelm) für alle Fälle zu sichern.

Die graphischen Arbeiter der "NN" haben jetzt die Nachlässigkeit ihrer Verbandsorgane, die sich aus mangelnden Kampfbewusstsein und einfacher Missachtung aller gewerkschaftlichen Erfahrungen ergab, bezahlen müssen. Es gelang der Direktion den Betrieb gestützt auf ihren Stahlhelm fortzu-führen und die Herausgabe der Zeitungen sicherzustellen. Ein Versuch durch Einbeziehung der Buchbinder des Betriebs den Bewegung auszuweiten und den Druck auf die Direktion zu verstärken, scheiterte an der Haltung der Buchbinder. Diese Entscheidung veranlasste das Aktionskomitee den Kameraden vorzuschlagen, die Arbeit ohne Erfüllung der Forderung auf ent-lassung des Stahlhelms wieder aufzunehmen.

50 Kameraden bleiben ausserhalb des Betriebes. Die Arbeiter des graphi-schen Gewerbes haben mit diesem Ausgang der Bewegung eine Niederlage er-litten. Eine Niederlage, die zu vermeiden war, wenn die Verbandsleitung rechtzeitig und energisch das bisher unantastbare Prinzip der Organisa-tion vertreten hätte und ihre Handlungen davon bestimmt worden wären.

Die Lehre aus der Bewegung ist: "Wehret den Anfängen!" Wacht in allen Be-trieben darüber, damit auch der schüchternste Versuch ähnliche Method, wie sie in der "NN" eingeführt wurden, anzuwenden, sofort im Keime erstickt wird. In den "NN" aber gilt es, alles zu tun, damit diejenigen, die sich ge-gen die syndikatskameraden missbrauchen liessen, aufgeklärt und zur soli-darität mit ihren Arbeitskameraden erzogen werden. Für die auf der Strasse verbliebenen Kameraden aber gilt es unablässig ihre Wiedereinstellung zu fordern.

In der 9. Woche:

Der Streik der Plattenleger ungebrochen.

Neun Wochen währt der Streik der Plattenleger. Alle Versuche der Unter-nehmer die Streikfront zu erschüttern sind an der Standhaftigkeit und dem Opfermut der Streikenden gescheitert. Einstimmig wurde am Montag in der Streikversammlung die Fortsetzung des Streiks beschlossen, um die be-rechtigten Forderungen der Plattenleger durchzusetzen,

Die Behörden haben sich bisher nur darin hervorgetan, den Wünschen der Unternehmer bereitwilligst nachzukommen. Zwei Kameraden wurden bereits in Ausübung ihrer Funktion als Streikposten zu je fünf und ein Kamrad zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das alles vermochte die Streikfront nicht im geringsten zu beeinflussen; im Gegenteil, eine Reihe missbrauch-ter und irreführter Arbeiter haben die Streikarbeit eingestellt. Not-wendig aber ist es, die Aufmerksamkeit auf jene wenige zu lenken, die sich

noch zum Verrat an ihren Kameraden missbrauchen lassen. Es sind dies: Tomasini und Pagani aus Mülhausen, L. Morini und der Fussballer Rasstetter. Diese Elemente müssen von der Arbeiterschaft ausgemerzt werden.

Die Streikleitung fordert die Arbeiterschaft auf, die Plattenleger in ihrem berechtigten Kampfe zu unterstützen und überall dort, wo Streikbrecher beschäftigt werden, die Arbeit einzustellen, bis die faschistische Brut von den Baustellen verjagt ist.

Die eingeleitete Sammlung hat bisher den Betrag von 2 692 Franken ergeben. Die Streikleitung dankt allen Gebern und erwartet die Steigerung der Sammelaktion in jedem Betrieb und auf jeder Baustelle,

Der Streik der Plattenleger ist ein Vorpostengefecht für die gesamten Bauarbeiter, vor denen jetzt der Kampf um einen allgemeinen Tarifvertrag steht. Die Bauarbeiter sind am Ausgang dieses Vorpostengefechts unmittelbar interessiert. Deshalb ist die verstärkte moralische und materielle Unterstützung (eventuell liessen sich Mittagstische usw. einrichten) durch die gesamte Arbeiterschaft dringend geboten. Dem Patronat muss gezeigt werden, dass die Arbeiterschaft aller Branchen und Berufe restlos hinter den Plattenlegern steht und bereit ist, ihre Solidarität noch zu steigern.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kamerad Mohn antwortet:

Er geht wie die Katze um den heissen Brei herum.
=. =.

Kam. Mohn hat sich herabgelassen und uns trotz unserer "Bedeutungslosigkeit" eine letzte und unwiderrufliche Antwort in der "Huma" v. 12. Okt. gewidmet. Wir hatten bekanntlich an Kam. Mohn und die Parteileitung im Anschluss an die Antikriegskundgebung in der Aubette drei Fragen zur Beantwortung gerichtet. Sie lauteten:

- 1.) Wie steht die Parteileitung heute -nach dem VII. Weltkongress- praktisch und nicht nur theoretisch zur innerparteilichen Demokratie? Konkret ausgedrückt hiess das: Ist die Parteileitung geneigt uns -wie allen Parteimitgliedern- das Recht zu zugestehen, taktische Fehler mit dem normalen Mittel der Parteidemokratie und unter Heranziehung der Mitgliedschaft einer Korrektur zu unterziehen?
- 2.) Sieht die Parteileitung in unserer Stellungnahme zum VII. Weltkongress, im Rahmen und in der Organen der Partei vorgetragen, eine parteischädigende Handlung oder ein dem Parteimitglied zustehendes Recht?
- 3.) Ist unsere Stellungnahme zur UPR und zur Taktik ihr gegenüber ein Hindernis für die Rückkehr in die Partei und darf unsere Kritik im Rahmen der Partei vorgetragen werden?

Man nehme die Antwort des Kam. Mohn zur Hand und man wird trotz der vielen Worte vergeblich einige klare Worte suchen, die sich auf unsere Fragen beziehen. Dafür um so mehr Hochnäsigkeit und Aufgeblasenheit. Weil wir in den Beschlüssen des VII. Weltkongresses einige Lücken, Unzulänglichkeiten und Fehler erblicken -wie haben sie klar und exakt benannt- und da Kam. Mohn der Meinung ist, dass die Beschlüsse volle Klarheit in allen Problemen gebracht haben, haben wir natürlich den praktischen Sinn für die Wirklichkeit verloren und bewiesen, dass wir eben keine Bolschewiki sind, sondern uns im "Wolkenkuckusheim" selbst genügen. Er, der Kam. Mohn lehnt es selbstverständlich ab, sich mit den "Theoretikern" der IVKO in sterile Diskussionen einzulassen. Steril ist natürlich alles, woran das Gemüt des Kam. Mohn nicht erinnert sein will.

Nun, Kam. Mohn weiss sicherlich, dass Lenin wegen eines Wortes im § 1 des Parteistatuts eine Spaltung durchgeführt und mit diesem Akt den Bolschewismus organisatorisch begründet hat. Aber Kam. Mohn würde sicherlich eine Diskussion um eine solche Frage als den Gipfelpunkt der Sterilität bezeichnen, und Leute, die sich um so etwas streiten, unbeschwert von jeder Erdennähe und selbstgenügsame Wolkenkuckusheimer nennen.

Aber wir baten nicht um die Wertschätzung des Kam. Mohn. Wir wollten nicht wissen wie er über uns denkt und wir wollten auch garnicht wissen, wie er zu Winzenheim usw. steht. Das konnten wir uns bei seiner Erdverbundenheit und seiner Wirklichkeitsnähe ohnehin denken. Wir wollten von ihm

ein "Ja" oder ein "Nein" auf unsere Fragen hören, und wenn er und die Parteileitung es für nötig hielten, konnte dann noch eine Begründung dazu gegeben werden. Aber Kam. Mohn liebt solche klaren Antworten anscheinend nicht, sondern hält es für zweckmäßiger sich hinter grosse Worte und ihm genehme Vergleiche zu verkräbeln, und im Übrigen wie die Katze um den heissen Brei um unsere Fragen herum zu gehen.

Wir dürfen nach der Mohnschen Antwort wohl annehmen, dass die Parteileitung zwar gern die IVKO-Kameraden als Militanten der Partei gewinnen möchte, aber ohne das Recht ihre kritischen Einwände zur Geltung zu bringen. Das Mohnsche Gerede kann auf keinen Fall die Tatsache aus der Welt schaffen, dass die Parteileitung die Kritik an der sogenannten Volksfronttaktik - die wir einen ultrarechten Kurs nennen - unter Strafe stellt. Das tut uns sehr leid und wir hielten es auch im Interesse der Partei für richtiger, wenn unsere kritischen Einwände gegen einzelne Beschlüsse des 7. Weltkongresses im Rahmen der Partei hätten vorgebracht werden dürfen.

Vor dem 7. Weltkongress konnte unseren Kritiken noch ein Schein von Berechtigung zugesprochen werden; sagt Kam. Mohn, aber heute auf keinen Fall. Wir wollten nicht wissen ob Kam. Mohn unsere Kritiken für berechtigt hält, sondern ob wir das Recht haben, diese Kritik im Rahmen der Partei vorzutragen. Anscheinend nicht! Dies ist uns ein erneuter Beweis, dass die Parteileitung noch nicht daran denkt, die in der Resolution des 7. Kongresses zum Rechenschaftsbericht des EKKI angekündigte Reform der KI zu verwirklichen. Daraus folgt die betrübliche Annahme, dass anscheinend erst die Pleite der französischen Volksfrontpolitik mit der Radikalen und der Linkenregierung eintreten muss, ehe man völlig begreift, dass es bei unserem Streit nicht um sterile Diskussionen, sondern um Lebensfragen der kommunistischen Bewegung geht. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann hat anscheinend unsere Kritik am ultrarechten Kurs einen ebensolchen "Schein" von Berechtigung, als die vorausgegangene am ultralinken oder sektiererischen Kurs.

Wir gestehen, dass wir für eine solche Art "Bolschewismus" kein Verständnis haben. Wir möchten, dass die Partei begreift, dass die positive Kritik, die wir vortragen, in der Partei eine Heimstätte haben muss, ehe das Kind in den Brunnen gefallen ist. Da die Parteileitung - trotz der Aufforderung Dimitrovs an alle Arbeiter, ihre Einwände und Ergänzungen zu den kongressbeschlüssen vorzubringen, die damit zur Phrase wird - diesen Standpunkt ablehnt, werden wir unsere historisch notwendige Aufgabe an der Partei weiter im Rahmen der IVKO erfüllen, bis die Voraussetzungen erfüllt sind, die der 7. Kongress theoretisch fixiert, aber, wie die Antwort zeigt, ins praktische Leben der Sektionen der KI nächst nicht eingeführt werden soll.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Zu den Senatswahlen.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Die Fronten zu den Senatswahlen haben sich jetzt formiert. Im Oberelsass marschiert die UPR mit der Fabrikantenpartei des Herrn Wallach-Brey mit einer Einheitsliste. Die APNA geht selbstständig. Ebenso die SFIO und die KP, die noch im letzten Moment eine eigne Liste aufgestellt hat. Dann kommen die Radikalen und der Bilgersche Bauernbund, beide ebenfalls mit eigner Liste.

Im Unterelsass haben sich UPR, APNA und Demokraten mit eigner Liste vorgestellt, aber für die weiteren Wahlgänge einen Proporz untereinander vereinbart, um den Parteien der Union nationale den Erfolg zu sichern. Von Interesse ist, dass die UPR-Leute um den "Unterländer" - auf die ja die Huebersche Volksfront immer spekuliert - sich ebenfalls für diesen Proporzvorschlag ausgesprochen haben. Die Radikalen und Sozialisten, die bei der Gemeinderatswahl beim Proporz berücksichtigt wurden, sind diesmal übergangen worden. Sie ziehen beide mit eigner Liste in die Wahl, wobei die Sozialisten durch die Aufstellung von Sorgus als einzigen Kandidaten anscheinend versuchen wollen, doch noch von den Proporzparteien berücksichtigt zu werden. Die Huebersche Volksfront tritt ebenfalls mit eigner Liste auf. Im zweiten Wahlgang will sie anscheinend für einige ihr genehme UPR-Leute votieren. Die KP hat eine Liste mit Bernard, Oster, Loeffler und Haag aufgestellt. Die Partei bedauert sehr, dass es zu keiner sogenannten Volksfrontliste gekommen ist, obzwar sie zu allen Opfern bereit war.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der KPD)

Adresse: USCHÉ - Mollenstrasse 3 - STRASBOURG

N° 11/II. Jahrgang.

Vierte Oktoberwoche 1935.

DIE SENATSWAHLEN IM SEINE-DEPARTEMENT UND DIE VOLKSFRONT.

Bei den Senatswahlen in der Seine sind von der Volksfrontliste zwei kommunistische Kandidaten nicht gewählt worden. Statt ihrer wurden Laval und der frühere Sozialist und jetzige Handlanger von Chiappe, Piancette, gewählt. Der Misserfolg der zwei kommunistischen Kandidaten der Volksfrontliste Clamamus und Piginier ist darauf zurückzuführen, dass eine Reihe der Wahlberechtigten der Volksfront statt für die Vertreter der KPF zu stimmen, für Laval und Piancette gestimmt, bzw. sich bei der Wahl dieser Kandidaten der Stimme enthalten haben. Die "Humanité" brandmarkt das Verhalten Doriots, der nach einer schmutzigen antibolschewistischen Kampagne gegen die KPF, die mit ihm verühten Wahlberechtigten davon abgehalten hat, für die kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Der Fall Doriot ist so weit klar. Doriot, der die kommunistische Partei mit schmutzigen nationalistischen Argumenten bekämpft, der die SU verleumdete und der für eine Verständigung mit Hitler eintritt, ist eine verachtungswürdige Renegatenfigur. Aber die "Humanité" vergisst darauf hinzuweisen, dass nicht nur die 40 von Doriot abhängigen Delegierten von M-Denis nicht für die kommunistischen Kandidaten gestimmt haben, sondern auch eine Reihe von anderen Delegierten und zwar, wie das die Presse der SFIO behauptet, Radikale. Die Radikalen lassen also die Volksfront so auf, dass sie bereit sind, die Stimmen der Kommunisten mitzunehmen, um Radikale in den Senat zu bekommen, dass sie aber ihre Stimmen nicht den Kommunisten sondern Laval und seinem reaktionären Anhang geben.

Dieses Beispiel zeigt, was von dem Bündnis mit den Radikalen zu erwarten ist. Wenn diese schon bei einer einfachen Wahl Verrat an ihren kommunistischen Bundesgenossen aus der Volksfront üben, wie wird es dann erst in ernsteren Situationen sein

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Faschistische Bürgerkriegsübungen und die Volksfront.

=====

Die faschisten, vor allem die Croix de feu treten unter Ausnutzung des italienischen-abessinischen Konfliktes immer frecher und provokativer auf. In demagogischer Weise suchen sie sich als Friedensgestalten aufzuspielen. Alles was heute faschistisch oder faschistisch gesinnt ist, schlägt sich auf die Seite Mussolinis und missbraucht den tiefen und echten Friedenswillen des französischen Volkes, um die Parteien der Volksfront als Kriegstreiber hinzustellen. Dabei wissen die reaktionären Kreise, die nicht nur Demagogie, zu treiben haben, sondern auch die wirkliche Politik des Landes mitzubestimmen haben, dass eine hundertprozentige Mussolini-freundliche Politik vom Standpunkt der Interessen des französischen Imperialismus schon aus militärischen Gründen unsinnig wäre. Die führenden militärischen Kreise haben nicht umsonst auf Laval in einem englandfreundlichen Sinne eingewirkt. Diese Kreise gehen dabei von der einfacher, aber durchschlagenden Erwägung aus, dass Italien, solange es in Abessinien engagiert ist, als militärische Kraft in Europa immer weniger ins Gewicht fällt.

Die faschistische und reaktionäre Demagogie lässt sich dadurch aber nicht hemmen. Sie verfolgt zwei Ziele: Erstens die Ausnutzung des Friedenswillens der Massen zugunsten des Faschismus. Zweitens lässt ihnen daran, mit allen Mitteln das faschistische Regime in Italien zu retten,

da seine Niederlage im Gefolge des abessinischen Krieges für die Entwicklung der faschistischen Kräfte in Frankreich ein schwerer Schlag wäre.

Aber die faschistischen Banden bleiben nicht nur bei der Propaganda stehen. In der letzten Zeit häufen sich die Bürgerkriegsdrohungen- und Übungen. Die Bürgerkriegspläne der Croix de feu sind in den letzten Tagen in der Linkspresse in aller Ausführlichkeit veröffentlicht worden. Ihre Echtheit wurde nicht abgestritten. Die Pläne sehen die Konzentration der faschistischen Kräfte gegen die Hauptzentren der Arbeiterbewegung in der Provinz, die "Neutralisierung" der sogenannten roten Bannmeile von Paris durch Zusammenziehung der Faschisten aus der weiteren Umgebung von Paris vor. Der Hauptschlag soll in Paris selbst erfolgen. Erst in den letzten Tagen kam es in einem der Arbeitervororte von Paris zu einer regelrecht durchgeführten Übung der Croix de feu zur Abriegelung der roten Bannmeile, bei der mehrere Brücken besetzt, stundenlang die Passanten angehalten, die telefonischen Verbindungen der roten Mairie abgeschnitten wurden usw.

Die Regierung Laval, deren Innenminister ein linker Radikalsozialist ist, hat diese Dinge ruhig gewähren lassen. Oberst de la Rocque rühmt sich sogar, in ständiger Verbindung zu Laval zu stehen und hat offen erklärt, gewaltsam einzugreifen, falls versucht werde, Laval durch eine Linksergierung zu ersetzen.

Allerdings will die Masse des französischen Volkes heute nichts von den Faschisten wissen. Aber wenn diese Bürgerkriegsübungen gegen die Arbeiterklasse und gegen die Republik ungehindert weiter gehen können, so ist das von grosser politischer Bedeutung für die Stärkung der Kräfte des Faschismus. Die republikanischen Kleinbürger verlieren dann den Glauben an die Widerstandskraft der Republik gegen den Faschismus. Sie gewöhnen sich an den faschistischen Gewaltstreich und daran, dass ihnen kein Widerstand entgegengesetzt wird.

Wie steht es mit der Arbeiterklasse?

Man sollte denken, dies wäre der gegebene Augenblick, wo die KP die Führung der Arbeiterklasse übernimmt zur Organisierung des Massenselbstschutzes. Man sollte denken, dass die KP-Führung, die vom VII. Kongress der KI ausgegebene Losung der Organisierung des antifaschistischen Selbstschutzes für aktuell ansieht.

Dies ist aber keineswegs der Fall.

Aus Anlass des letzten Bürgerkriegsmanövers der Croix de feu in der Pariser Banlieue konnte man in der Pariser "Humanité" v. 22. Okt. lesen:

"Es handelt sich hier nicht darum, wie gewisse Leute es fordern, bewaffnete Arbeitermilizen zu organisieren, "Kadernanöver" zu veranstalten oder häufige "Alarmübungen". Wir denken im Gegenteil, dass diese Parodie von militärischen Übungen in der gegenwärtigen Periode schädlich ist, denn im selben Augenblick, wo die Volksfront mit so viel guten Gründen die Auflösung der bewaffneten und militärisierten (faschistischen) Verbände fordert, werden die in gewissen Gegenden organisierten "Kadernanöver" der Regierung Laval erlauben, zu proklamieren - fälschlicherweise übrigens - dass rechts wie links paramilitärische Organisationen existieren und dass man deshalb nicht zu einer teilweisen Auflösung dieser Organisationen schreiten kann."

Stattdessen verweist der Artikel die Arbeiter darauf, dass die Bürgermeister der roten Gemeinden auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen das Recht haben, im Falle von faschistischen Überfällen die Bürger, die Polizei und das Militär zu requirieren... (Im Übrigen wird diese Rechtsauslegung von anderer Seite bestritten).

Es genügt die Frage zu stellen, was sollen die Arbeiter dort tun, wo es keine roten Bürgermeister gibt, wo ihnen die Verfügung über die Polizei entzogen ist und was dann, wenn Polizei und Militär auf die Requisitionsgesuche nicht eingehen?

Was nutzt z. B. der Aufruf der Stasbourger "Humanité" - nach dem Überfall der Faschisten auf die Druckerei - an die Arbeiter, ihre Zeitung zu schützen, wenn man die Organisierung des Massenselbstschutzes ablehnt?

Die linken Sozialisten der Pariser Region verhalten sich in dieser Frage weniger negativ. Die Seineföderation der SFIO ist öffentlich eingetreten für die Bildung von Organisationen der Arbeiter zur Abwehr gegen faschistische Überfälle und Marcel Pivert hat eine solche Organisation bereits gebildet.

Jetzt setzt die Lavalregierung unter dem Druck der radikalen Minister eine Verordnung vorbereitet, die sich darauf beschränkt, die vorherige Anmeldung faschistischer Bürgerkriegsübungen an die Behörden zu verlangen und diesen das Recht zu geben, sie zu verbieten. Von einer Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Verbände ist keine Rede. Der Entwurf ist offenbar zu nichts anderem bestimmt, als auf den radikalen zionistischen Parteikongress im Sinne Levalls Einfluss auszuüben. Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass eine solche Verordnung ein Schlag ins Wasser ist.

Die merkwürdige Haltung der KP in der Frage der Organisation des Massen Selbstschutzes hängt offenbar sehr eng mit der Geistesverfassung zusammen, die in der Führung der Partei durch die Rücksichtnahme auf die radikalsozialistischen Bundesgenossen in der Volksfront entstanden ist. Es liegt an den Militanten der KP sie zu überwinden.

die Krise in der Landwirtschaft:

ZWEI AGRARPROGRAMME.

oooooooooooooooooooo

Ende September hielt die SFIO in Limoges einen Sonderkongress ab, der sich eigens mit der Agrarfrage befasste. Ungefähr zu der gleichen Zeit veröffentlichte die KPF ein "Programm zur Rettung der französischen Landwirtschaft".

Der sozialistische Kongress in Limoges hat zunächst eine Reihe von Teilforderungen aufgestellt, wie ein Moratorium der Schulden der Bauern (wobei allerdings die Schulden an die ~~Banken~~ ~~ausgenommen~~ werden), eine Einstellung der Pfändung, eine ausgedehnte Kreditpolitik, eine Revision der Pachtzinse, eine Reform der Teilpacht (Metayage), eine Verbilligung des Kunstdüngers, eine Senkung der Steuern usw.

Die Aktion für diese Forderungen stellt sich die SFIO jedoch rein parlamentarisch vor; sie verspricht, entsprechende Anträge im Parlament zu stellen. Was aber heute besonders angesichts der demagogischen Versuche der Faschisten, die Bauern für ihre Zwecke auszuschlachten, notwendig ist, (es ist, dass den Massen der werktätigen Bauern gezeigt wird, wie sie zusammen mit den Arbeitern den ausserparlamentarischen Kampf für ihre Forderungen führen sollen. In den Reden und Dokumenten des Kongresses von Limoges wird zwar die Feststellung öfters wiederholt, dass das Elend der werktätigen Bauern nicht endgültig beseitigt werden könne, solange der Kapitalismus herrsche, jedoch werden entsprechend dem Geiste des Reformismus als Mittel zur Beseitigung des Kapitalismus staatskapitalistische Massnahmen, wie die Verstaatlichung des Handels mit Getreide, Wein etc. empfohlen.

Das "Rettungsprogramm" der KPF leidet unter einem entscheidenden Mangel. In einem Kommentar zu diesem Programm schreibt J. Duclos: "Alles das, was wir fordern, kann sofort verwirklicht werden. Es handelt sich nicht darum, was eine Arbeiter- und Bauernregierung tun würde. Es handelt sich darum, was eine kapitalistische Regierung tun kann." Aber gerade dieser Umstand, dass das Programm der KPF unter dem Gesichtswinkel ihrer opportunistischen Volksfrontpolitik formuliert worden ist, die auf die Bildung einer bürgerlichen Linksregierung abzielt, bildet die Schwäche des neuen Programms der KPF. Sicher ist es notwendig, Teilforderungen aufzustellen, die an sich noch nicht den Rahmen des Kapitalismus übersteigen, die noch nicht die Beseitigung des Kapitalismus voraussetzen. Aber es heisst sich auf die schiefe Ebene des Opportunismus begeben, in reformistische Gedankengänge einzutreten, wenn man bei der Aufstellung und beim Kampf um solche Teilforderungen versucht, unbedingt auszuklugeln, wie zugleich der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft ungestört weiter laufen soll. Das ist nicht unsere Sache, nicht die Sache der Werktätigen. Die Kommunisten haben die dringenden Forderungen der werktätigen Massen zu ver-

treten, ganz gleich, ob sie für eine bürgerliche Regierung tragbar sind oder ob durch ihre Verwirklichung die kapitalistische Wirtschaft, d. h. die kapitalistische Profitmacherei, in ihrem Gleichgewichte gestört wird. Sie haben vielmehr, daraus, dass der Kapitalismus und die kapitalistischen Politiker sich immer mehr auch gegen die geringsten Forderungen der Werktätigen sperren, in der kommunistischen Agitation die Folgerung zu ziehen, dass es notwendig ist, vom Kampf um Teilforderungen zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus überzugehen.

Die Verfasser des "Rettungsprogramms" der KPF aber, die davon ausgehen, was eine bürgerliche Regierung "tun kann", zerbrechen sich den Kopf, um herauszufinden, wie innerhalb des Kapitalismus die Überproduktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen beseitigt werden könnte. Es ist aber eine Utopie, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft aus der Landwirtschaft einen Naturschutzpark machen zu wollen, in dem es keine Krise gibt. Es ist notwendig, den werktätigen Bauern zu sagen, dass zur endgültigen Beseitigung der Krisenerscheinungen in der Landwirtschaft der Kapitalismus beseitigt werden muss. Die KPF schlägt jedoch allen Ernstes Massnahmen zur Einschränkung der Produktion von Getreide und Wein vor, um die ~~permanente Überproduktion zu vermeiden~~. Wenn der Kapitalismus gezwungen ist, zur Einschränkung der Produktion, zur Fesselung der Produktivkräfte zu schreiten, um den Kreislauf der Wirtschaft notdürftig aufrechtzuerhalten, so zeigt das, wie verrottet die kapitalistische Wirtschaft ist. Die Kommunisten dürfen keineswegs die Verantwortung für solche Massnahmen übernehmen. Die Sache wird dadurch nicht besser, dass die Einschränkung der Produktion nur für die Grossgrundbesitzer, nicht aber für die kleinen Bauern gefordert wird. Die Grossgrundbesitzer werden entweder die Bestimmungen zur Einschränkung der Produktion einfach umgehen (Beispiele liefert z. B. die Einschränkung des Baumwollanbaus in Amerika) oder zu anderen Kulturen übergehen, was nur einer Verlagerung der Überproduktion bedeuten würde oder schliesslich ihr Land brach legen, ihre Landerbeiter entlassen; eine solche Brachlegung eines Teils der Landwirtschaft muss sich innerhalb des Kapitalismus in der Weise auf die Industrie auswirken, dass die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produktionsmitteln etc. abnimmt und die Krise der Industrie verschärft wird.

Das Agrarprogramm der KPF übernimmt die Forderung der SFIO nach Schaffung staatlicher Einkaufsstellen, die auf Kosten einer Besteuerung der Grossgrundbesitzer den Landwirten einen lohnenden Preis für ihre Erzeugnisse garantieren sollen. Die KPF "vertieft" die Forderungen, der SFIO durch die bereits erwähnten Vorschläge zur Einschränkung der Produktion.

Ferner fordert das Programm der KPF die Einstellung der Versteigerungen, ein Moratorium für die Schulden der Bauern, Senkung des Pachtzinses, Reform der Teilpacht, Besteuerung der Reichen, Abschaffung der Grundsteuern etc. Dann wird ganz allgemein eine Kontrolle der Spekulation mit Agrarprodukten der Zuckerfabriken, der Kunstdünger-, Landmaschinen- und Elektrizitätsindustrie gefordert. Offenbar ist eine Kontrolle durch eine kapitalistische Regierung gemeint. Wie so etwas aussieht, haben wir ja bei der Preissenkungsaktion traurigen Andenkens, die die Regierung Leval vor einiger Zeit unternommen hat, beobachten können.

Was heute zu tun ist, das ist, die werktätigen Bauern für eine Reihe von dringenden Teilforderungen (inbezug auf Steuern, Schulden, zinslose Kredite etc.), für den ausserparlamentarischen Kampf an der Seite der Arbeiter zu gewinnen und gleichzeitig daraufhin zu weisen, dass eine endgültige Beseitigung der Bauernnot nur durch den Sturz des Kapitalismus, durch die Enteignung der Kapitalisten, der Grossgrundbesitzer, Industriellen, Grosshändler und Bankiers erfolgen kann und dass der Weg dazu ist, dass die werktätigen Bauern und Landerbeiter zusammen mit den Arbeitern für die Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die werktätigen kämpfen, dass sie sich die Organe für diesen Kampf schaffen und dass sie diesen Kampf vorbereiten, in dem sie die Praktiken der Grosshändler und Grossspekulanten entlarven und versuchen, ihre eignen Forderungen inbezug auf die Preise etc. durchzusetzen.

~~Das Programm der KPF schliesst mit dem Apell zur Aktionseinheit aller Bauern, "ganz gleich, ob sie links oder rechts stehen". In der Tat hat die KPF versuche gemacht, auf dem Lande Bündnisse sogar mit Gruppierungen wie die Agrarpartei und ähnlichen Organisationen abzuschliessen, deren~~

Haltung gegenüber dem Faschismus entweder zweideutig oder gar sympathisch ist. Die Reformisten der SMIO benutzen dieser Fehler der KPF um sich radikal aufzuspielen (siehe auch Wülhaussen über Versuch mit reaktionären oder halbfaschistischen agrarischen Politikern Bündnisse abzuschliessen, wird es der KPF keineswegs erleichtern, Masseneinflüsse auf der Lande zu gewinnen, vielmehr nur dazu beitragen, in den Kreisen antisowjetischer Werktätiger in Stadt und Land Misstrauen gegen die KPF zu säen.

DER ITALIENISCH-ABESSINISCHE KRIEG UND DIE SANKTIONEN.

oo

Nachdem der Völkerbund den Angriff Abessinien auf Italien verurteilt hat, sind von einer dazu eingesetzten Völkerbundskommission die einzelnen gegen Italien zu ergreifenden Massnahmen beraten und beschlossen worden. Dabei hat es sich gezeigt, dass die machtpolitischen und geschäftlichen Interessen der kapitalistischen Mitgliedsstaaten einer geschlossenen Anwendung von solchen wirtschaftlichen Sanktionen, die geeignet wären, den Krieg in Abessinien zu verhindern, die grössten Hindernisse entgegensetzen. Österreich, ~~und~~ Ungarn u. Albanien, die in grösseren oder geringeren Masse Vasallenstaaten Italiens sind, haben es überhaupt verweigert, sich an Sanktionen gegen Italien zu beteiligen.

Die vom Völkerbund beschlossenen Sanktionen sind, soweit sie finanzielle Massnahmen (Sperrung von Krediten) oder die Sperrung der Zufuhr von Kriegsmaterial und kriegswichtigen Rohstoffen betreffen, nach Ansicht von Sachverständigen keineswegs dazu geeignet, Italien besonders schwer zu treffen. Das Verbot der Einfuhr italienischer Waren nach den Völkerbundsstaaten, das Italien empfindlich treffen würde, ist einstweilen noch nicht in Kraft gesetzt worden, u. zwar im Zusammenhang mit diplomatischen Verhandlungen zwischen Paris, London und Rom.

Laval versucht, von neuem, einen Kompromiss mit Mussolini zustandezubringen, aber während Laval bereit ist, Abessinien dem italienischen Imperialismus auszuliefern, will die englische Regierung, wie zu erwarten war, von einer solchen Regelung nichts wissen. Andererseits hat die englische Regierung bei der französischen anfragen lassen, ob sie im Falle eines italienischen Angriffs auf die britische Flotte auf französische Unterstützung für diesen Fall rechnen kann. Die französische Regierung hat darauf ihre Unterstützung für den Fall zugesagt, dass es sich um Massnahmen handelt, die die britische Flotte auf Grund eines Mandats des Völkerbundes unternimmt. Die englische Regierung erklärt jetzt, sie dachte an keine isolierte militärische Aktion gegen Italien und sei mit der französischen Antwort einverstanden. In Wirklichkeit hat die englische Anfrage aber den Zweck gehabt, die Möglichkeiten einer solchen militärischen Aktion gegen Italien festzustellen. In seiner neuesten Rede hat der englische Aussenminister Hoare dem Sinne nach erklärt, dass England sich in seiner zukünftigen Politik völlig freie Entscheidung vorbehalte. Aus dem ganzen diplomatischen Hin und Her ergibt sich als Folgerung für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des schärfsten Kampfes gegen alle imperialistischen Regierungen. Die internationale Arbeiterklasse muss sowohl die Politik Laval bekämpfen, der den italienischen Imperialismus bei seinem Raubkrieg faktisch unterstützt, als auch den englischen Imperialismus, der selbst Abessinien in die Tasche stecken möchte. Laval verdeckt mit besonderen Redensarten über Treue zum Völkerbund seine Liebesdienste für Mussolini, hinter der Völkerbundstreue des britischen Imperialismus verbirgt sich s. T. das Bestreben, eine Blankovollmacht für einen Krieg gegen Italien zu erhalten. Die diplomatischen Verhandlungen der letzten Zeit haben auch gezeigt, dass die imperialistischen Mächte das Völkerbundsstatut und alle sonstigen Verträge immer so auslegen, wie das mit ihren augenblicklichen Interessen übereinstimmt, dass es also verderblich wäre, wenn die Arbeiterschaft sich von den Reformisten einreden liesse, Pakte und Verträge seien an sich ein Instrument des Friedens. Umso notwendiger ist es, dass die Arbeiterklasse sich in ihrem Kampfe eng an die einzige Macht anschliesst, die im Völkerbund eine wirkliche Friedenspolitik betreibt, nämlich die Sowjetunion. In diesem Zusammenhang ist der schärfste Kampf gegen die Tendenzen einer Annäherung an Hitlerdeutschland notwendig, die gegenwärtig sowohl in der Politik des britischen als auch des französischen Imperialismus zum Ausdruck kommen. Laval will, um aus der

Zwickmühle herauszukommen, in die der transösische Imperialismus zwischen Italien und England geraten ist, eine Politik der direkten Verständigung mit Hitler versuchen. (Wofür Schell in der "BDZ" schon die Formel führt.) Es ist notwendig, dass die Arbeiter Probiersteine einer solchen Politik, deren Kosten die Sowjetunion und die internationale Arbeiterklasse zu tragen hätten, von Anfang an auf das schärfste entgegentritt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Mülhäuser Gemeinderäte Walliser, Oansenstetter u. Bolten aus der KP ausgetreten!

Sie appellieren an das ZK gegen die Region.

=====
=====

In Mülhausen sind drei kommunistische Gemeinderäte mit Kam. Walliser an der Spitze mit einer Erklärung aus der KP ausgetreten. Der Ausserer, aber keineswegs der eigentliche Grund für den Austritt, war eine vom "Führer" Bilger verursachte Schlägerei in einer Versammlung der faschistisch tendierten Bilgerschen "Arbeitsfront".

In dieser Versammlung war die proletarische Einheitsfront vertreten und in der Mehrheit. In ihrem Namen beantragte zur Sicherung der gegnerischen Diskussion Kam. Bolten von der KP die Wahl eines Versammlungsbüros, wobei er hervorhob, dass sich die Antifaschisten dem Mehrheitsbeschluss - gleichgültig wie er ausfalle - bedingungslos unterwerfen werden. Ein Vertreter der Bilgerschen Arbeitsfront erklärte sich mit dem Antrage einverstanden, gab aber dem Wunsche Ausdruck, dass auch die Arbeitsfront eine Vertretung in der Versammlungsleitung erhalte. Nachdem die Mehrheit von Kam. Bolten mit der Versammlungsleitung beauftragt hatte und er das Podium bestiegen wollte, wurde er von Bilger von der Puhne herunter geworfen. Die antifaschistische Mehrheit liess diese Provokation nicht ohne Antwort, um den mit dem Faschismus christlicher Prägung Liebäugelnden Bilger zu zeigen, dass solche Methoden in einer Arbeiterstadt wie Mülhausen kein Gastrecht geniessen.

Im Anschluss an die auf diese Weise missglückte Versammlung der Arbeitsfront, fand eine Versammlung der antifaschistischen Einheitsfront statt, in der auch Kam. Walliser das Wort ergriff und die faschistische Tendenz der Bilgerschen Organisation aufdeckte und zugleich ihre Verbundenheit mit der UPR feststellte.

Der Rayonvorstand nahm mit Unterstützung der Regionalleitung gegen die an dieser Aktion beteiligten Kameraden Stellung. Er entschuldigte sich am nächsten Tage bei Bilger und schob damit die Schuld an der Schlägerei der Arbeiterschaft in die Schuhe, was von der gesamten Kosséresse weidlich ausgenutzt wurde. Gleichzeitig missbilligte sie das Auftreten des Kam. Walliser in der gemeinsamen Versammlung im Anschluss an die Bilger Versammlung, dass sie als eine flagrant Verletzung und Missachtung der von einer Rayonversammlung gebilligten politischen Linie (Volksfront mit der UPR usw.) der Partei bezeichnet und kündigte gegen die betreffenden Kameraden Sanktionen an. Zugleich desolidarisierte er sich mit den in der Bilger-Versammlung angewandten Methoden. Elz, Kurier und NW registrierten diese Erklärung mit Befriedigung, rachen sie doch schon lange mit dem aus der Parteilinie folgenden Bruch der Aktionseinheit auch in Obereisass, von der ja nur der Klerikalismus profitieren würde.

In einer weiteren Erklärung des Rayonvorstandes der KP wurde dann der Schleier gelüftet und bekannt gegeben, dass die Bilgerversammlung zum Anlass genommen werden soll, um die Parteikameraden aus der Partei herauszuwerfen, die mit der mit Winzenheim praktizierten Linie nicht einverstanden waren. In der Erklärung wird gesagt, dass den Elementen, die gegen die von der Partei angestrebte Erweiterung der Volksfront in Elsass-Lothringen (mit der UPR) auftreten, das Handwerk gelogt würde. "Sie werden fürderhin diese Rolle innerhalb der KP nicht spielen. Ihre Zersetzungsarbeit innerhalb der KP, welche derjenigen der Trotzlisten verheerend ähnlich ist, wird ein jähes Ende finden!" Diese Erklärung war nichts anderes als der Ausschluss aus der Partei.

Der "Elsässer Kurier" begrüßte diese "Reinigungsaktion" der KP unversehrt und gestand, "dass Uneingeweihte nicht im Entferntesten solche Massnahmen erwartet hätten!"

Noch dieser Ankündigung sind die in der Erklärung des Rayonvorstandes der KP visierten Gemeinderäte mit einer Erklärung aus der KP ausgeschieden. In dieser Erklärung wird gesagt, dass die Haltung der "Huma" faktisch eine Rechtfertigung Bilgers und eine Verurteilung des Kam. Balten usw. bedeutet. Die Rechtfertigung Bilgers beruht auf einer Verkenntung der Doppelrolle, die die klerikale Partei und der mit ihr verbundene Bauernbund spielen. In der Frage der Gemeinderatsmandate behalten sich die Unterzeichner die endgültige Stellungnahme vor und betonen, dass sie sich nach wie vor für das Programm der antifaschistischen Volksfront einsetzen.

Diese Stellungnahme ist sehr ungenügend, um sich ein wirklich abschließendes Bild über die ausgeschiedenen Kameraden zu machen. Wir halten auf jeden Fall ihr freiwilliges Ausscheiden aus der Partei für einen bedauerlichen Fehler, da auf diesem Wege die durchaus notwendige Klärung der Volksfronttaktik - die bereits zu einer heillosen Verwirrung geführt hat und weiter führen wird - in den Reihen der KP-Mitgliedschaft nicht erreicht wird. Wir begrüßen daher, dass die Kameraden inzwischen diesen Fehler korrigiert haben und das ZK der KPF um eine Entscheidung in dem Streitfalle angerufen haben. Es kann nur gut und nützlich sein, wenn das ZK - das ja durch den Mund des Kam. Thorez die jetzige Volksfronttaktik in Elsass-Lothringen in grossen Zügen inspiriert hat - auf die eingetretenen Auswirkungen der Parteilinie erneut seine Stellung zur Politik in Elsass-Lothringen im einzelnen präzisiert. Wir geben uns in diesem Punkte allerdings keinen Illusionen hin, weil die Volksfrontpolitik in Elsass-Lothringen im Grunde genommen nur eine schlechte Kopie der innerfranzösischen Volksfrontpolitik mit den Radikalsocialisten ~~ist~~ ist.

Aus der Erklärung der Kam. Walliser usw. ergibt sich nicht, für welche Volksfrontpolitik sie sind. Anscheinend solidarisieren sie sich mit ihrem Bekenntnis zur Volksfrontpolitik mit der innerfranzösischen und lehnen nur ihre Konkretisierung auf die spezifischen Parteiverhältnisse in Elsass-Lothringen in der von der Regionalleitung vertretenen Form ab. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, dass wir eine solche Stellungnahme für falsch halten und die Gefahr des Abrutschens zum Reformismus der SPIO in sich birgt.

Wie das ZK der KPF auch in dem Streit entscheiden mag, von Bedeutung wird vor allen sein, ob es das Recht der innerparteilichen Kritik vom Boden der kommunistischen Grundsätze aus, durch seine Entscheidung sichern wird. Nach der Haltung des Rayonvorstandes ist jede Kritik gegen die politische Linie, wie sie zur Zeit in Elsass-Lothringen von den Instanzen der Partei praktiziert wird, ein Grund "diesen Elementen ihr zersetzendes Handwerk zu legen". Es wird für die Arbeiter von nicht geringer Bedeutung sein, ob die theoretischen Bekenntnisse des VII. Weltkongress über die Reform der KI im Sinne der innerparteilichen Demokratie Theorie bleiben sollen, oder ob sie das innere Parteeleben wirklich bestimmen sollen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um die Senatswahlen im Elsass.

=====
 =====

Die Senatswahlen sind indirekte Wahlen. Die Entscheidung über ihren Ausgang und ihre Resultate trifft mit Ausnahmen überwiegend industrieller Departements das Dorf. Das Dorf im Elsass aber ist heute noch schwarz, klerikal und die Wahlmänner bestimmen noch immer die Dorfspitzen, aber nicht die werktätigen Bauern und die Landarbeiter.

Entsprechend diesen Umständen sind die Senatswahlen im Elsass ausgefallen. Es ist weder ein Kommunist, noch ein Sozialist, noch ein linksbürgerlicher, mit der antifaschistischen Volksfront verbundener Vertreter gewählt worden. Es sind nur rechtsbürgerliche Politiker gewählt worden, die direkt oder indirekt Stützen der Lavalpolitik sind. Wenn die Wahl von Sigrist und Müller von der "Huma" so dargestellt wird, als habe damit auch die Arbeiterschaft und insbesondere das werktätige Landvolk einen Erfolg errungen, so plappert sie hier einfach nur bedenkenlos nach, was ihr die Hueber, Ross usw. verplappern. Die Arbeiterschaft empfindet natürlich Genugtuung darüber, dass ein Mann wie Frey in den Sand gestreckt

wurde, aber sein Ersatzmann, ist dadurch, dass er einmal eine Rede für die Zweisprachigkeit gehalten hat, noch kein Antifaschist. Kein Vertreter der Arbeiterschaft oder des werktätigen Landvolkes geworden. Im übrigen hiesse es sich Dunst vormachen, wenn man übersehen wollte, dass Frey nur Dank der Uneinigkeit unter den rechtsbürgerlichen Parteien selbst unter den Schlitten geraten ist.

Die Senatswahl im Elsass zeigt, dass sich das Dorf zu regen beginnt. Aber wie regt es sich? Es regt sich in dem Sinne, dass zwar einige repräsentative Figuren der alten parlamentarischen Parteien vom Dorfe abgelehnt werden, um an ihre Stelle Vertreter zu bestimmen, die sich zwar als ausschliessliche Vertreter landwirtschaftliche Interessen repräsentieren, aber programmatisch sich in nichts von einem Frey und M. Walter unterscheiden. Zugleich aber zeigt sich, dass die alten Dorfspitzen gemeinsam mit dem Pfarrer und den Agrarkapitalisten (Graf D'Andlau, Graf de Leusse usw.) noch das Dorf politisch beherrschen. Denn nicht die werktätigen Bauern, sondern die Dorfreichen haben gemeinsam mit dem Klerus die Wahl zum Senat ~~wahllos~~ entschieden. Und dort wo sich die werktätigen Bauern von den Grossbauern und den Gutsbesitzern zu distanzieren beginnen, vollzieht sich diese Distanzierung überwiegend noch nicht in der Richtung eines Kampfbündnisses mit der Arbeiterschaft. Ein klarer Beweis dafür ist der Bilgersche Bauernbund, der das im Kern richtige Streben der kleinen Bauern durch den Gebrauch faschistischer Schlagworte in ein Bett zu leiten sucht, wo es wiederum in den Dienst der alten reaktionären Kräfte und gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden kann.

Die neugewählten Vertreter zum Senat, die samt und sonders Anhänger des Kapitalismus sind, die die Interessen der Landwirtschaft - in Wahrheit nur die Interessen der Dorfspitzen - nur im gemeinsamen Interessenausgleich mit dem Industrie- und Agrarkapital auf Kosten der Werktätigen des ganzen Landes sehen, werden den werktätigen Bauern und Landarbeitern keine Hilfe bringen. Die Enttäuschung im Dorfe wird weiter wachsen und der Faschismus wird versuchen den alten parlamentarischen-bürgerlichen Parteien die Bauern abspenstig zu machen. Es ist Sache der Arbeiterklasse unter Vermeidung eines engstirnigen Antiklerikalismus die brunnendsten Teilforderungen des werktätigen Bauerntums zu vertreten und den Kleinbauern und Landarbeiter aus der Gefolgschaft der Dorfspitzen zu befreien, ihn für das Bündnis mit der Arbeiterklasse in dem hier wiederholt entwickelten Sinne zu gewinnen. Erst und insoweit dies gelingt wird das Dorf wirklich erwachen und mit dem städtischen Proletariat gemeinsame Siege erringen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Die Hueberpartei hält am Sonntag ihre Parteikonferenz ab. Nachdem die Gewerkschaftseinheit trotz Imbs-Nagelen realisiert wird, hat die Hueberpartei, die einstmals die Gewerkschaftseinheit als Voraussetzung für ihre aktive Mitwirkung an der Herstellung der proletarischen Einheitsfront bezeichnet, kein Wort in ihren spaltenlangen Artikeln zur Konferenz über den Kampf gegen den Faschismus und die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront verloren. Stattdessen hat sich Mourer in acht Artikeln über die nationale Frage ausgelassen, um am Schluss den unabänderlichen Bruch mit dem internationalen Kommunismus und die Bildung einer "Elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei" zu proklamieren.

Die Juden, die am vergangenen Sonntag von den Francisten belästigt wurden, sollen durch eine Delegation beim Prefekten ihre Erbitterung über dieses ungehinderte Treiben der faschistischen Lummels ausgedrückt haben. Sie sollen erklärt haben, dass wenn der Prefekt sie vor solchen Belästigungen nicht schützen kann, sie zur Selbsthilfe greifen werden. Das ist nur zu begrüssen.

Faschistische Jünglinge sollen auch die Absicht gehabt haben die Druckerei der Humanité anzugreifen. Die KP ruft jetzt die Arbeiter zum Schutz auf. Aber dieser Schutz muss organisiert werden. Warum unterstützt die KP-Leitung nicht unsere Forderung, dass aus den Reihen der Arbeitersportler ein proletarischer Selbstschutz organisiert wird? Von selber wird sich nichts organisieren und ein blosser Apell an die Arbeiter wird resultatlos bleiben.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Möllerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 62/II. Jahrgang

Fünfte Oktoberwoche 1935.

DER PARTEITAG DER RADIKALSOZIALISTEN UND DIE ARBEITER.

Wer sich der Mühe unterzog, die Artikel der Presse der verschiedenen politischen Richtungen Frankreichs durchzugehen, in denen der radikalsozialistische Kongress besprochen wurde, hat eine sehr eigenartige Tatsache feststellen können. Alle fanden in den Ergebnissen dieses Kongresses G- und zur Zufriedenheit. Die kommunistischen und sozialistischen Zeitungen freuten sich über das Bekenntnis der Radikalen zur Volksfront; die radikalen Zeitungen waren nicht nur aus Parteipflicht begeistert, sondern auch infolge der Tatsache, dass die verschiedenen Strömungen ihrer Partei sich so gut vertragen hatten; die Rechtspresse schliesslich stellte mit Befriedigung fest, dass der radikale Parteitag der Regierung Laval keineswegs ultimative Forderungen in der Form gestellt habe, wie das seiner Zeit die Radikalen gegenüber Poincaré und Doumergue getan hatten, sondern die Frage zur Stellung der union nationale offen gelassen und somit Herriot und seinen Freunden in dieser Beziehung die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit mit den Rechten gewährt habe.

Bei jedem, der nur ein wenig politische Erfahrung hat, muss diese eigenartige einmütige Zufriedenheit der Presse in bezug auf die Ergebnisse des radikalen Parteikongresses sofort den Verdacht aufkommen lassen, dass hier etwas nicht stimmt, dass entweder die Zeitungen der Arbeiterparteien oder die der Reaktionäre sich getäuscht haben müssen. In der Tat zeigt uns eine eingehendere Prüfung der Reden und Beschlüsse des radikalen Parteikongresses, dass die kommunistische und sozialistische Presse bei ihrer Einschätzung des radikalen Parteikongresses die Dinge schönfärbt und das Faule und Reaktionäre an der Haltung der Radikalen verkleinert, wenn nicht ganz verschweigt. Die falsche und opportunistische Volksfrontpolitik führt dazu, dass die Politik der Radikalen nicht so gesehen wird, wie sie ist, sondern dass die KPF und die SFIO Illusionen über den Charakter dieser Politik verbreiten, was bei den SFIO-Reformisten zwar unverzeihlich, aber nicht überraschend, bei der KPF jedoch nicht nur unverzeihlich, sondern auch für eine revolutionäre Partei völlig unnatürlich ist.

Untersuchen wir die Stellung der Radikalen zu den einzelnen Fragen der Politik.

Die Stellung der Radikalen zu den Notverordnungen.

Es muss da vor allem festgestellt werden, dass die Radikalsozialisten sich auf ihrem Parteikongress auf den Boden der Lavalschen Notverordnungen gestellt haben. Sie verlangen nicht die Rückgängigmachung dieser Notverordnungen, vielmehr soll das, was sie an sozialen Reformen versprechen, die Lavalsche Notverordnungs politik zur Grundlage haben. Der radikale Parteikongress forderte lediglich, "Korrekturen" der schlimmsten unsozialer Bestimmungen der Notverordnungen, jedoch im Rahmen der Beibehaltung der Notverordnungen als eines Ganzen. Es ist eine Irreführung der Arbeiter, wenn die Presse der KPF und der SFIO die Haltung der Radikalen zu den Notverordnungen Lavals entweder überhaupt nicht behandelt oder als angeblich unerheblich für die Beurteilung des radikalen Parteikongresses hinstellt. Wenn die "Humanité" die Forderung der Radikalen nach einem Ausgleich der Lasten als eine Annäherung an die kommunistische Forderung, dass die Reichen zahlen sollen, deutet, so zeigt das ein völliges Unver-

ständnis für das, worauf es in diesen Dingen ankommt. Die Forderung, dass die Reichen zahlen sollen, bedeutet, dass die Lasten der Krise auf die Besitzenden abgewälzt werden sollen. Die radikale Forderung des Ausgleichs der Lasten unter den verschiedenen Klassen aber, ist nichts anderes als ein demagogischer Versuch, den Werktätigen die Senkung der Gehälter, Löhne usw. dadurch schmackhaft zu machen, dass den Besitzenden "symbolische" Opfer auferlegt werden, die unter diesen Umständen den Kapitalisten nicht wehe tun und nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, dass die Werktätigen den Hungerriemen enger schnallen müssen. In der Delegation der Linken und dann in der Finanzkommission der Kammer haben die Radikalen jetzt einer Milderung der Notverordnungen zugestimmt (Nichtbelastung der Kleinrentner mit einem Einkommen bis 15 000 frs, Schaffung einer Freigrenze von 10 000 frs für die Beamtengehälter, Wiederherstellung der alten Kriegsoffizierspensionen). Der Fehlbetrag, der durch diese Reform im Budget entsteht, soll durch Steuermassnahmen gegen die Besitzenden aufgebracht werden. Die Arbeiterklasse muss selbstverständlich jede, auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lage unterstützen. Aber die Werktätigen dürfen den neuen radikalen Vorschlag nur als Abschlagszahlung betrachten und müssen den Kampf für die vollständige Aufhebung der Lavalischen Hungerdekrete, für die Abwälzung aller Krisenlasten auf die Besitzenden fortsetzen, die dürfen sich nicht auf das Manöver der Radikalen einlassen, das darin besteht, durch solche Abschlagszahlung die Beibehaltung der anderen unsozialen Massnahmen Laval's zu sichern.

Wenn die SFIO und die KPF trotz der Haltung der Radikalen zu den Notverordnungen die Volksfrontpolitik fortführen und gar eine radikale Regierung unterstützen, so ist das nur möglich, indem sie den Kampf gegen die Notverordnungen, den Kampf gegen die Kapitalsoffensive, den Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen und Forderungen der Massen im Namen einer angeblichen Sicherung der demokratischen Freiheiten zurückstellen. Schon bisher hat die Volksfrontpolitik sich in der Weise ~~unheilvoll~~ ~~ausgewirkt~~, dass um des Bündnisses mit den Radikalen willen der ausserparlamentarische Kampf für die unmittelbaren sozialen Interessen der Massen, gegen die Notverordnungen und die Kapitalsoffensive vernachlässigt wurde, denn dieser ausserparlamentarische Kampf konnte und kann nicht im Bündnis mit den Radikalen, weder mit Herriot, noch mit Daladier geführt werden, Vernachlässigen aber die Arbeiterorganisationen den Kampf für die unmittelbaren sozialen Interessen der Massen, dann eröffnen sie erst den faschistischen Kapitalsschergen breitere Möglichkeiten für deren soziale Demagogie, dann gestatten sie den blutigen Lakaien des Grosskapitals sich als Vorteidiger der notleidenden Massen aufzuspielen und ermöglichen es ihnen, nach dem Muster der italienischen Faschisten und der deutschen Nazis in grösserem Umfange an rückständige Schichten von Werktätigen heranzukommen.

Die Radikalen und die faschistischen Ligen.

Die Verteidiger der Volksfrontpolitik preisen als besonderen Erfolg die Stellung der Radikalsozialisten zur Frage der faschistischen Ligen. Nun kann aber erstens ein wirksamer Kampf gegen die faschistischen Organisationen nur dann geführt werden, wenn dieser Kampf verbunden ist mit einem Kampf gegen die Kapitalsoffensive, deren Werkzeug der Faschismus ist. Die Radikalen haben sich aber in dieser Hinsicht auf den Boden der Laval'schen Politik der Kapitalsoffensive gestellt, Zweitens aber schwächt allen Radikalen vom linken Daladier bis zum rechten Herriot als Mittel des Kampfes gegen die Faschisten ein Gesetz vor, dass alle militärähnlichen Organisationen verbietet, das feststellt, dass allein die Armee und die Polizei das Recht habe, als militärischer Körper aufzutreten, Waffen zu tragen etc. Ähnliche Gesetze hat es schon in anderen Ländern gegeben, so das sogenannte Republikenschutzgesetz in Deutschland von Weimar. Es hat sich dabei herausgestellt, dass ein solches Gesetz in der Hand der bürgerlichen Polizei, der bürgerlichen Justiz etc. ein Instrument ist, um gegen Abwehrversuche der Arbeiter vorzugehen, dass aber die Faschisten dank ihren Stützpunkten im bürgerlichen Staatsapparat stets die Möglichkeit haben, solche Gesetze zu umgehen. Nur dann kann das Verbot der Faschisten im bürgerlichen Staat einigermaßen wirksam gemacht werden, wenn antifaschistische Selbstschutzformationen der Werktätigen vorhanden sind, die über die Durchführung dieses Verbots wachen und die

durch ihre selbstständige Aktion verhindern, dass die Faschisten sich mit Duldung der Polizei und Justiz trotz den formellen Verboten breitmachen. SFIO und KPF stehen den Radikalen in dieser Frage völlig unparteiisch gegenüber. L. Blum aber ist damit einverstanden, dass auch die Arbeiterklasse auf Selbstschutzorganisationen verzichtet, wenn die faschistischen Organisationen verboten werden. Die KPF lehnt trotz dem Beschluss des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale den antifaschistischen Selbstschutz ab und fordert eine défense populaire, die darin bestehen soll, dass antifaschistische Bürgermeister Polizeikräfte rekrutieren. Juristische Fachleute, so u. a. Gaston Jéze, haben gleich darauf hingewiesen, dass dieses Requisitionsrecht der Bürgermeister in der Praxis völlig illusorisch ist.

Der radikale Parteikongress hat nun in der Frage der faschistischen Ligen die Léval'schen Notverordnungen, von denen de la Roque zynisch erklärte, dass sie eine gute Waffe gegen die Volksfront seien, nicht abgelehnt, sondern lediglich ihre "Ergänzung" gefordert. Er hat zwar angedeutet, dass die weitere Haltung der Radikalen zur Regierung Laval von dieser Frage abhängig sei; jedoch lässt die Formulierung der Beschlüsse des Parteikongresses einen Kuhhandel über die Art der "Ergänzung" der bisherigen Notverordnungen Lavals zu, so dass Herriot frei Hand für die Weiterführung der "union nationale" hat und nicht unter allen Umständen zum Bruch mit den Rechtsparteien gezwungen ist.

Zur Aussenpolitik der Radikalen.

In aussenpolitischer Hinsicht hat Herriot sich für das Zusammengehen mit England und der Sowjetunion, sowie für die Anwendung des Völkerbündpakts ausgesprochen. Zu den Lobeshymnen der "Humanité" zu Herriots Rede ist nur zu sagen, dass Herriot, der seine Politik als die Fortführung der traditionellen Aussenpolitik des imperialistischen Frankreichs bezeichnete, dadurch selbst festgestellt hat, dass er trotz seiner Sympathien für die Sowjetunion ein Vertreter des französischen Imperialismus bleibt. Die Stellung der Arbeiterschaft zur Aussenpolitik Herriots darf nicht die einer kritiklosen Verhimmelung sein, sondern muss im Gegenteil von der Notwendigkeit einer selbstständigen Klassenaktion des Proletariats diktiert sein, um so den notwendigen Druck zu erzeugen, der notwendig ist, damit die französische Bourgeoisie nicht wieder ins Fahrwasser einer sowjetfeindlichen Aussenpolitik gerät. Dass ein solcher Druck auch gegenüber Herriot notwendig ist; zeigen seine zweideutigen Erklärungen in Bezug auf den italienischen Faschismus und seine grundsätzliche Bereitschaft auch zu einer Verständigung mit Hitlerdeutschland.

Das Bekenntnis des radikalen Parteikongresses zur Volksfront ist in erster Linie in Hinblick auf die Kammerwahlen des nächsten Jahres abgelegt worden. Die Radikalen wissen, dass sie nur im Bunde mit den Arbeiterparteien auf einen Wählerfolg rechnen können. Was die Regierungsfrage anbelangt, so behalten sie sich freie Hand. Sie werden vielleicht, wenn SFIO und KPF ihnen weiteren Konzessionen machen, mit der Rechten brechen, haben sich aber auf diesen Bruch noch nicht festgelegt.

Der radikale Parteitag zeigt, dass mit der Volksfrontpolitik kein wirksamer Kampf gegen den Faschismus geführt werden kann, dass diese Politik zur Vernachlässigung der ausserparlamentarischen Aktion gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive führt. Das kommt ganz deutlich zum Ausdruck in der Erklärung des Parteisekretärs des ZK der KPF Duches, wonach die KPF bereit ist, eine radikale Regierung zu unterstützen, falls diese Neuwahlen durchführt und die faschistischen Ligen verbietet. Die KPF verzichtet also darauf irgendwelche Bedingungen in Bezug auf die wirtschaftlichen Forderungen der Massen zu stellen, sie verzichtet darauf, die Aufhebung der Notverordnungen zu verlangen. Das ist eine Politik, die dem Kommunismus nur schaden kann.

Kameraden!

Hueber-Mourer haben jetzt endlich den Namen KPO abgelchnt. Werbt für die alte KPO, klärt die kommunistischen Elemente in der Hueberpartei auf und sorgt für Stärkung unserer Reihen.

Zur "elsässischen Arbeiter- u. Bauernpartei"

Das kommunistische Gewand abgelegt.

=====

Nachdem Hueber-Mourer-Goetz auf Grund ihres Kampfes gegen die proletarische Einheitsfront und wegen ihres Festhaltens am politischen Block mit den hitlerisch orientierten Autonomisten und mit der UPR aus der IVKO ausgeschlossen waren, haben sie nach dem Hinauswurf der mit der IVKO verbundenen Militanten Schritt für Schritt die KPO als ~~xxxx~~ kommunistische Organisation liquidiert. Die Konferenz der Hueberpartei am Sonntag, den 27. Oktober hat unter diese Entwicklung den Schlusspunkt gesetzt. Nachdem die Wahl der Delegierten in den Gruppen zumeist auf dem Wege der Ernennung erfolgte und das kritisch-kommunistische Element mit der IVKO ausgeschiedet ist, konnte der langgehegte Traum von der "elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei" endlich verwirklicht werden:

Derselbe J.P. Mourer, der wiederholt wegen seiner unkommunistischen Handlungen mit Zustimmung des verstorbenen Georges Schreckler und Charles Hueber gerügt und verurteilt wurde, der bereits einmal vor seinem unmittelbaren Ausschluss stand, hat jetzt das politische Ruder fest in seinen Händen. So steuert er er denn, befreit von allen internationalen Bindungen gemeinsam mit Hueber und Goetz-Kasputin das Parteschifflein restlos in die Gewässer des kleinbürgerlich und hitlerisch orientierten Autonomismus. Einstimmig wurde am Mast des Schiffes die kommunistische Fahne eingeholt und durch die rot-weiße Fahne der elsässischen Autonomie ersetzt. Damit haben die Hueber-Mourer-Goetz auch die Musseren Wehrzeichen ihrem politischen Inhalt angepasst, dem Verrat an den kommunistischen Grundsätzen die "Krone" aufgesetzt und die Embleme angepasst.

Hueber-Mourer waren beide auf der Konferenz bemüht ihren Untergang im kleinbürgerlichen Autonomismus in den Augen ihrer Militanten zu verkleinern und herabzusetzen. Das Programm bleibe das alte, nur der Name werde geändert; so wurde den Delegierten gesagt. Damit können sie aber nur die betrügen, die betrogen sein wollen. Gerade weil sie Schritt für Schritt ihr Programm änderten, haben sie jetzt den Namen geändert; denn der Name ist ein Symbol. Lenin und der revolutionäre Flügel der internationalen Sozialdemokratie haben nach dem Verrat der Sozialdemokratie bewusst den Namen Sozialdemokraten abgelegt und sich Kommunisten genannt, getreu dem ersten internationalen Programm der Arbeiterklasse, dem kommunistischen Manifest. Auch das war symbolisch. Indem die Hueberpartei jetzt den kommunistischen Namen streicht und ihn durch den nichtssagenden Namen "Arbeiter- und Bauernpartei" ersetzt, hat sie sich nunmehr auch durch eigenes Eingeständnis aus einer taktischen Richtung im Kommunismus, zu einer antikomunistischen Partei erhoben und das kommunistische Programm öffentlich verleugnet.

Nichts ist dafür beweiskräftiger, als die Ausführungen J.P. Mourers gegenüber den anfänglichen Widerständen der Colmarer Militanten auf der Konferenz. So wie die Sabotage der Einheitsfront gegen den Faschismus von Hueber-Mourer vom angeblich reinen kommunistischen Standpunkt erfolgte, so wurde jetzt die Außenpolitik der Sowjetunion und die daraus angeblich erfolgte Aufgabe des Programms der KP, benutzt, um den Militanten den völligen Bruch mit den kommunistischen Grundsätzen, den Untergang im kleinbürgerlichen Autonomismus - gegenüber dem man nicht mehr auch nur eine einzige Grenzlinie gezogen hat - als eine Ehrenrettung darzustellen.

Denn derselbe Hueber und Mourer, die da auf der Konferenz formale Bekenntnisse zum alten Programm ablegten, die sich vom Standpunkt des angeblich reinen und kompromisslosen Kommunismus gegen die Paktpolitik der SU mit dem französischen Imperialismus wandten, kommen in ihrer praktischen Politik immer zu den gleichen Folgerungen wie die Hitleragenten. Ihre Ablehnung der sowjetrussischen Paktpolitik, die angeblich aus ihrer unverwundlichen Feindschaft zum Imperialismus resultiert, führt sie an die Seite jener, die da im Interesse des Friedens für die Verständigung des französischen mit dem deutschen Hitlerimperialismus eintreten, also an die Seite von Leuten, deren Hitlerneigung selbst Hueber u. Mourer früher nicht bestritten.

Das "Programm" der neuen Elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei ist das Programm der Programmlosigkeit, der Programmlosen und politischen Konjunkturritter. Die Mourer-Hueber wettern in Strasbourg gegen die Ircporzler und gegen M. Walter mit Recht. Aber sie gehen im gleichen Atemzug in Colmar mit den in Strasbourg verdammten Frey-Demokraten, mit der UTR und mit dem gesamten reaktionären Gelichter gegen die proletarische Einheitsfront. Hier wie dort wandelt alles unter dem feierlichen Wort "Heimatrechte". Sie toben - mit Recht - gegen das Bündnis M. Walters mit Frey, aber im Oberelsass finden sie es vollkommen in Ordnung wenn ihr Spiessgeselle Rossé mit dem Frey-Demokraten und Grosskapitalisten Jourdain eine gemeinsame Liste zum Senat macht, obzwar es - nach dem Eingeständnis der "Elz" - dieses Mandat nur für die Wahrnehmung seiner kapitalistischen Interessen gebraucht. Das hat mit proletarischer Klassenpolitik garnichts zu tun und mit Politik nur noch sehr wenig.

Das Ziel der "elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei" ist nicht mehr die Diktatur des Proletariats in der Form der Räte, ist nicht die sozialistische Räterepublik, in der das Bündnis mit der armen Bauernschaft und dem städtischen Kleinbürgertum unter Führung der Arbeiterklasse auf dem Boden des Sozialismus verwirklicht wird, sondern eine imaginäre "Arbeiter- und Bauernrepublik" über deren Klasseninhalt garnichts ausgesagt wird und deren Staatsform in den Wolken geschrieben steht. Unter dieser "Arbeiter- und Bauernrepublik" kann also jeder das verstehen was ihm beliebt, denn jedermann weiss, dass auch unsere Faschisten sich zu einer "Arbeiter- und Bauernrepublik" bekennen, wie sie sie verstehen.

Der Präsident der "elsässischen Arbeiter- u. Bauernpartei" sagt in seiner "programmatischen" Erklärung, dass seine Partei antikapitalistisch eingestellt sei, aber er vermeidet geflissentlich zu sagen, dass seine Partei für den Sozialismus im marxistisch-leninistischen Sinne ist. Wer aber bezeichnet sich heute noch offen als kapitalistisch? Wer legt sich heute nicht das nichtssagende Etikett "antikapitalistisch" zu? Seit Hitler und seit Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ist der "Antikapitalismus" grosse Mode und selbst die Grosskapitalisten wollen keine Kapitalisten mehr sein, legen doch alle von ihnen ausgehenden Bewegungen sich alle möglichen sozialistisch klingenden Phrasen zu. Hitler nennt sich Nationalsozialist und seinen Kapitalismus deutschen Sozialismus. M. Walter und Rossé wettern gemeinsam gegen den liberalistischen Kapitalismus und räsonieren vom berufsständischen "Sozialismus", der für sie in erster Linie ein moralisches Problem, ein Problem der Erziehung der Kapitalisten zum angeblich wahren Christentum ist. Sogar Herr Peter - dieser den Bauarbeitern bestens bekannte Scharfmacher - schwärmt für die Ablösung des zügellosen, auf der Gewerbefreiheit und der Freiheit der Konkurrenz beruhenden Kapitalismus durch den kooperativen Staat und die berufsständige Ordnung. Und Herr Bilger mit seiner volksständischen Arbeitsfront ist nicht minder bestrebt seinen Antikapitalismus, seine Phrasen gegen die Börsenjobber, gegen das "anonyme" Grosskapital, gegen die Juden, unter sozialistischen und antikapitalistischen Vorzeichen an den Mann zu bringen. Alle aber sind sich darüber einig, dass ihr "Antikapitalismus" nichts mit dem Marxismus, nichts mit dem Bolschewismus, also nichts mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und daher nichts mit der Beseitigung des Kapitalismus zu tun hat. Im Gegenteil, sie alle verkünden laut und deutlich, dass ihr "Antikapitalismus" im schroffsten und unversöhnlichsten Gegensatz zum Marxismus stehe. Entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten, Arbeiterkontrolle über die Produktion, dass alles ist natürlich Marxismus, und hat mit ihrem "Antikapitalismus" absolut nichts zu tun. Hueber und Co. sind mit ihrem "Antikapitalismus" in der richtigen Gesellschaft. Sie deuten damit an, wohin ihr Sinn steht, wenn die Konjunktur für diese Art "Antikapitalismus" günstig werden sollte.

In der Mourerschen Artikelserie und in der auf dem Gründungskongress der "elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei" angenommenen Entschliessung steht bezeichnenderweise kein Wort gegen den Faschismus, obwohl diese Frage heute Frankreich in zwei Lager teilt. Eine Stellungnahme zu dieser Frage ist für die "elsässische Arbeiter- u. Bauernpartei" anscheinend ebensowenig erwähnenswert, wie für die Autonomisten. Für die letzteren hat ja Schell verkündet, dass sie eine Scheidung in Faschisten und Antifaschisten nicht annehmen können, da ihre Stellungnahme zu

den übrigen Parteien, durch deren Stellung zur Frage der Autonomie für Elsass-Lothringen und die Heimatrechte bestimmt werde. Nachdem die Hueber-Mourer die elsass-lothringische Frage zum A und O ihrer Politik gemacht haben, sind sie auf dem schallschen Standpunkt gelandet und die Frage des Kampfes gegen den Faschismus hat für ihre praktische Politik keine überragende Bedeutung mehr. Warum aber sollen sich Faschisten nicht für die Heimatrechte aussprechen? Warum sollen sie nicht versuchen damit bei den Bauern Proselyten zu machen? Hitler hat ihnen ja gezeigt was man alles versprechen kann. Wenn man erst einmal an der Macht ist, die demokratischen Rechte liquidiert und die öffentlichen Meinungsfabriken monopolisiert hat, dann schweigen alle Flöten. Und die kritiklose Verbundenheit der Hueberianer mit den Elzianern, den Bilgerleuten und den Rossé-Klerikalen zeigt ja, warum der Kampf gegen den Faschismus für die "elsässische Arbeiter- und Bauernpartei" nicht mehr erwähnenswert ist.

Der so laut verkündete Antimperialismus der Hueberpartei ist in Wirklichkeit nichts als üble Franzosenfresserei. Klar wird dies aus der ausdrücklichen Beschränkung auf Elsass-Lothringen, aus der Ablehnung des Bündnisses mit der französischen Arbeiterklasse, aus ihrer Propaganda für die Verständigung mit dem Hitlerimperialismus unter der Stichmarke für die deutsch-französische Verständigung.

Das alles zusammen genommen ist der Bruch mit dem Kommunismus. Wen wundert es da, dass neben der Hetze gegen die KI und die KII, die Hetze gegen die 13 "Nichtraucher" der IVKO. Warum musste Hueber auf der Konferenz zur Lüge und Verleumdung in seinem Kampfe gegen die IVKO Zuflucht nehmen. Warum musste er die IVKO als eine Einrichtung des Herrn Valot denunzieren? Warum musste er die IVKO als mit der "Republique" liiert bezeichnen? Warum musste er die überall festzustellende Wühlarbeit der IVKO signalisieren und vor ihr warnen? Weil Hueber selber weiss, dass er mit der Etablierung seiner "elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei" alle Voraussagen der IVKO über seine politische Entwicklung bestätigt hat. Deshalb muss er seinen Militanten Lügen, statt Tatsachen über die IVKO versetzen. Sie sollen nicht merken wohin die Reise geht. Sorgen wir dafür das Marschroute und Ziel Huebers in den breitesten Arbeiterkreisen bekannt wird, zum Nutzen einer wirklichen und heute bitter nötigen KPO.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Strassenbahndirektion pfeift auf den Verwaltungsrat:

Die Strassenbahner sollen gepöbelt werden!

==.

Kaum hat nach wiederholten Demarchen der Vertreter der Strassenbahner der Verwaltungsrat der Strassenbahn den Beschluss gefasst, die durch die Notverordnung vom 16. Juli, 1935 durchgeführte Lohnreduzierung von 10 auf 5 % herabzusetzen, da zeigt die Direktion, dass sie mit allen Mitteln daran denkt, die Strassenbahner um diesen bescheidenen Erfolg zu betrügen.

In einer Mitteilung macht die Direktion der Strassenbahngesellschaft bekannt, dass mit Wirkung vom 1. November ein neuer Lohnabbau von 5 % auf Grund der gleitenden Lohnskala eintritt. Die gefälschten und nach Bedarf zurecht gemachten Indexziffern sollen jetzt dazu herhalten, um den eben erreichten Erfolg der Strassenbahner zunichte zu machen und sie voll und ganz den Segnungen der Lavalschen Notverordnungen auszusetzen.

Die Strassenbahner haben diese Mitteilung mit heller Empörung zur Kenntnis genommen und haben den Willen sich auf keinen Fall von der Strassenbahndirektion betrügen zu lassen. Selbst der Unabhängige Strassenbahnerverband hat bereits seinen Protest erhoben und zum Ausdruck gebracht, dass er willens ist eine gemeinsame Front gegen diesen drohenden Abzug herzustellen und nötigenfalls mit den kassersten Mitteln diese empörende Massnahme der Strassenbahndirektion bekämpfen wird.

Die Strassenbahner, soweit sie der CGTU und CGT angeschlossen sind, müssen unverzüglich mit ihren christlichen Kameraden die Einheitsfront zur Abwehr dieses Anschlages realisieren. Sie müssen durch Delegationen bei der Stadtverwaltung und dem Verwaltungsrat den sofortigen Zusammenritt

des-Verwaltungsrat und die Aufhebung der Verfügung der Direktion fordern. Sie müssen unverzüglich in einem Flugblatt die Fahrgäste der Strassenbahn und die gesamte Einwohnerschaft Strasbourgs vom dem Anschlag der Direktion in Kenntnis setzen, sie im Falle des Kampfes zur Solidarität auffordern und einmal die Gehaltspolitik der oberen Verwaltung der Öffentlichkeit denunzieren, damit die Bevölkerung weiss worauf die angeblichen finanziellen Schwierigkeiten der Strassenbahngesellschaft zurückzuführen sind und dass die Herren Aktionäre die Strassenbahn als melkende Kuh betrachten.

Daneben muss unverzüglich von allen Gewerkschaften eine Urabstimmung unter den Strassenbahnern für die Ablehnung des Direktionsdiktats und für den notfalls eintretenden Streik durchgeführt werden, damit die Herren im Verwaltungsrat sehen, dass die Strassenbahnern mit überwältigender Mehrheit willens sind das Direktionsdiktat mit den äussersten Mitteln zurückzuweisen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

UPR und Front populaire.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Der "Elsässer" äussert sich jetzt endlich zu einem Artikel der "FP", der dort unter dem Titel "Front populaire oder Front der Neinsager" erschien. In diesem Artikel wurde erklärt, dass eine Einbeziehung der Klerikalen in die Front populaire nicht in Frage kommen könne.

Von Wichtigkeit ist folgender Absatz aus dem Antwortartikel des "Elsässer":

"Zunächst sei festgestellt, dass, wenn die Elsassische Volkspartei es ablehnt "Volksfrontpolitik" zu machen, dies deshalb geschieht, weil wir die elsassische Politik vom nationalen Standpunkt aus anders auffassen als die Parteien der Volksfront, und zweitens weil wir ein Zusammengehen mit den Moskau-Kommunisten (Hueber ist ja Gottseidank kein Kommunist mehr, nicht wahr Herr M. Walter?) als unseren Prinzipien widersprechend für unmöglich erachten. Die Sozialisten können also beruhigt sein. Wenn sie den Wunsch hegen, auch im Elsass mit den Linienkommunisten zusammenzugehen trotz deren Forderung vom "Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung von Frankreich", dann werden sie die UPR sicher nicht auf ihrem Wege kreuzen!"

Das ist sehr deutlich. Wenn der "Elsässer", deren Kumpan Rossé trotz des "Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung von Frankreich" von den Linienkommunisten Wahlhilfe entgegennimmt, so wird er wohl nicht annehmen, dass sein Hinweis auf die kommunistische Losung des Selbstbestimmungsrechts auf die sozialistischen Arbeiter erschreckend wirken wird. In Oberelsass ist es trotz dieser grundsätzlichen Differenz in der Frage des Selbstbestimmungsrechts zwischen Sozialisten und Kommunisten zur Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront gekommen. Die Mehrheit der Delegierten der drei Ostdepartements auf dem CGT-Kongress hat ebenfalls unverblümt die Stellung der Kommunisten zum Selbstbestimmungsrecht nicht als ein Hindernis für die Realisierung der Gewerkschaftseinheit in Elsass-Lothringen angesehen. Wenn die Klerikalen bereitwillig die linienkommunistische Wahlhilfe annehmen, wo sie ihnen angeboten wird, was kann da die sozialistischen Arbeiter hindern mit ihren kommunistischen Klassengenossen gemeinsame Sache gegen die Kapitaloffensive und gegen den Faschismus zu machen? Nichts! Deshalb müssen sie auch endlich in der Frage der proletarischen Einheitsfront versuchen mit dem Imbs-Nagelschen Standpunkt eben so fertig zu werden, wie in der Frage der Gewerkschaftseinheit.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die "Prinzipienfesten":

Die Freie Presse und die Senatswahl.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Die "Freie Presse" hat in einer Polemik gegen die "Huma" die Kommunisten des Prinzipienverrats wegen der Stimmenabgabe für den UPR-Parteipräsident Muller angeklagt. Sie hat dabei auch auf ihre prinzipienreine Haltung hingewiesen und entschieden die kommunistische Unterstellung zurückgewiesen, als ob sie im zweiten Wahlgang für Herrn Frey und nicht nur für ihren Kandidaten Sorgus gestimmt hätte.

Wir wollen mit der "FP" darüber keinen Streit führen. Aber wir erlauben uns die Anfrage:

1. Für wen hat die SFIO im dritten Wahlgang gestimmt?
2. War sie nicht daran interessiert Herrn Frey in den Senat zu bugsieren um sich für die Kammerwahl im Kanton Nord einen lästigen Konkurrenten vom Halse zu schaffen, nachdem bekannt war, dass Herr Frey im Falle seiner Nichtwahl als Senator sich im Kanton Nord um ein Kammermandat bewerben werde?
3. Ist die Aufregung der "FP" über die Disziplinlosigkeit der Proporzparteien nicht allein aus diesen Gründen zu erklären.

Wenn die "FP" diese Fragen gewissenhaft beantwortet hat, kann die Berechtigung ihrer Anklagen gegen die KP erneut untersucht werden. Vorher hat es keinen Zweck.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Schlechte Argumente:

Um die Gewerkschaftseinheit bei den Gemeindearbeitern

Kam. Seyller, der Vorsitzende des unitären Syndikats der Gemeindearbeiter legt einen nicht zu überbietenden Eifer für die Gewerkschaftseinheit an den Tag. Wir sind sehr damit zufrieden. Aber er ist uns doch ein klein wenig zu konzessionsbereit. So meinen wir, ist es nicht nötig bis zur Verschmelzung restlos auf die Abhaltung selbstständigen Sitzungen und Versammlungen der unitären Gemeindearbeiter zu verzichten, zumal Kam. I. solche Abmachungen ziemlich selbtherrlich trifft. Es scheint uns sehr nützlich, dass sich die roten Gemeindearbeiter sehr gründlich über alle Fragen der Gewerkschaftseinheit aussprechen.

Für unrichtig aber halten wir auch die hie und da auftretende Stimmung, dass man sich erst verschmelzen dürfe, nachdem das neue städtische Budget vorliege und man feststellen kann, was die Proporzverwaltung den Gemeindearbeitern da beschert. Dieses Argument läuft doch praktisch darauf hinaus, die Verschmelzung letzten Endes davon abhängig zu machen, wie das städtische Budget aussieht. Wenn die SFIO an einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse- und Bedingungen mitwirkt, so muss es die Aufgabe aller Gemeindearbeiter sein den Einheitsverband gegen diese Politik der SFIO zu mobilisieren. Wenn es stimmt, dass weitere Verschlechterungen der Proporzstadtverwaltung die CGT-Gemeindearbeiter zur CGTU treiben werden, warum soll dies dann nicht der Fall sein, wenn CGT- und CGTU-Kameraden gemeinsame Syndikatskameraden sind?

Der Sinn der Gewerkschaftseinheit soll und muss sein die Kampfkraft der Gemeindearbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu steigern. Nur wer etwas anderes in der Gewerkschaftseinheit sieht, kann befürchten, dass die Einheit eine Stärkung der Position der Imbs-Naegelen zur Folge haben muss.

Kleinigkeiten:

Die Huebersche Volksfront beabsichtigt zu den Kammerwahlen folgende Kandidaturen aufzustellen: Mourer in Süd-West, Hueber in Nord-Ost, Roes in Strasbourg-Land und Hauss in Hagenu.

Der "Republikaner" und die "Humanité" sind auf Grund einer Beleidigungsklage des Deputé Wallach von den Frey-Demokraten verurteilt worden. Der "Republikaner" zu 5000 und die "Humanité", die die angeblich beleidigenden Artikel zuerst brachte gar zu 20 000 frs. Die "ELZ" ist mit diesem Urteil sehr zufrieden und wünscht, dass es allen - nicht nur den Deputés - möglich gemacht werde, auf diese Weise gegen "Verleumder" vorzugehen. Sie möchte wohl, dass alle die ebenso bestraft werden, die sie Hitleragenten nennen?

Stiftungsfest der "Aurora" am 9. November.

Am 9. November findet im Salle de fleur die Feier des 25-jährigen Bestehens des Arbeitertouristenvereins "Aurora" statt. Die Veranstaltung bietet ein reichhaltiges und lebhaftes Programm. Alle Kameraden und Kameradinnen werden aufgefordert die Veranstaltung zu besuchen.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 63/II. Jahrgang.

Erste Novemberwoche 1935.

Zur Rede des Kameraden Thorez:

DIE POLITIK DER KPF UND WIR.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Fragen, die ein Kamerad der KPF (IVKO) in der Aubette-Versammlung dem Kameraden Thorez stellte und die Antworten, die der Kam. Thorez darauf gab, zeigen, wie dringend notwendig es ist, dass die gegenwärtige Politik der KPF in den Reihen der Kommunisten durchdiskutiert wird.

Kam. Thorez erklärte in bezug auf die Stellung der KPF zur sogenannten Volksfrontregierung: "In der Frage der Volksfrontregierung ist unsere Auffassung eine andere als die Brandlers; wir verstehen darunter kein Kartell à la Brandlerregierung 1923 in Sachsen, sondern eine Regierung, die die Reichen zahlen macht." In seinem Referat auf der Tagung des ZK der KPF vom 17. Oktober hat Thorez zu derselben Frage ausgeführt, dass es sich bei der Volksfrontregierung nicht wie in Sachsen im Jahre 1923, um eine förmliche Koalition, einen prinzipienlosen Block, der sich lediglich auf eine Parlamentsmehrheit stützt, handeln werde. Kam. Thorez erklärte dann noch, dass die KPF sich eventuell an einer Volksfrontregierung beteiligen werde, dass das aber nicht bedeute, dass eine solche Regierung nach dem Aufstand gebildet werden würde.

Zunächst wollen wir dem Kam. Thorez, wie überhaupt den Kameraden der Partei, falls sie das nicht wissen sollten, mitteilen, dass wir von der IVKO und insbesondere unsere deutschen Kameraden von der KPD-O, darunter auch Brandler, keineswegs behaupten, dass der Eintritt der KPD in die sächsische Regierung im Jahre 1923 richtig war. Im Gegenteil; unsere Kameraden von der KPD-O haben aus der sächsischen Erfahrung von 1923 die Lehre gezogen (und das in ihrer Plattform schon seit Jahren niedergelegt), dass die Kommunisten sich erst dann an einer Regierung beteiligen dürfen, wenn sie die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus gewonnen und den bewaffneten Aufstand erfolgreich durchgeführt haben. Wenn aber das sächsische Experiment von 1923 ein Fehler war, so gilt das erst recht in bezug auf die von Thorez entwickelten Pläne einer Volksfrontregierung in Frankreich unter Beteiligung der Kommunisten. Wenn Thorez behauptet, dass die von ihm in Aussicht gestellte Volksfrontregierung im Vergleich zu der sächsischen Regierung von 1923 sehr Revolutionäres sein werde, so ist diese Behauptung einfach ein schlechter Witz. Die Volksfrontregierung, wie sie von Thorez ausgemalt wird, würde keineswegs revolutionärer handeln können als die sächsische Regierung von 1923, sondern nur eine beispiellose Vergrößerung der opportunistischen Fehler von 1923 bedeuten. 1923 waren die Regierungspartner der Kommunisten linke Sozialdemokraten, während Thorez und die KPF in ihrer Volksfrontregierung bis zum rechten Flügel der radikalsozialistischen Partei gehen, bis zu Herriot, der Minister von Doumergue und Flandin war, der als Minister von Laval bis heute für alle Notverordnungen Lavals mitverantwortlich ist. Die sächsische Regierung von 1923 stützte sich nicht nur, wie Thorez behauptet, auf eine Mehrheit im Parlament, sondern auf eine breite und tiefgehende ausserparlamentarische Massenbewegung und auf Organe dieser Bewegung, nämlich Betriebsräte, Kontrollausschüsse, antifaschistische Selbstschutzformationen (proletarische Hundertschaften) usw. Die Volksfront in Frankreich beruht heute auf der Zusammenarbeit der Parlamentsfraktionen der Linksparteien und auf einer lokalen Zusammenfassung der Parteikomitees zwecks Durchführung von

Wahlen, Versammlungen und Demonstrationen. Breite, von den Massen selbstgewählte Einheitsfrontorgane, wie sie 1923 in Deutschland bestanden, versucht die KPF nicht zu schaffen, antifaschistische Selbstschutzformationen lehnt sie z. B. ganz offen ab. Aus dem Gesagten geht hervor, dass, wenn der Regierungseintritt der deutschen Kommunisten 1923 zu einem Misserfolg führte, bei einer Volksfrontregierung in Frankreich, wie sie Thorez ins Auge fasst, die Folgen noch schlimmer sein würden. Es zeigt sich jetzt, dass diejenigen, die jahrelang gegen den "brandleristischen Opportunismus" wetteten, aus der deutschen Erfahrung von 1923 nicht gelernt haben, während die verlästerten "Brandlerianer" die revolutionären Lehren aus dieser Erfahrung gezogen haben.

Auf die von unserem Kameraden gestellte Frage, unter welchen Bedingungen die KPF eine Regierung der radikalen Partei, an der sie sich selbst nicht beteiligt, unterstützen wolle, hat Kam. Thorez in der Aubette-Versammlung nicht geantwortet. Auf der Tagung des ZK hat er aber erklärt, dass die KPF, wenn eine Volksfrontregierung noch nicht möglich sei, bereit sei "ohne an der Regierung mitzuarbeiten, nicht nur alle Massnahmen für das Volk, sondern auch die Regierung selbst zu unterstützen." Thorez erklärte weiter: "Wir werden eine radikale Regierung unterstützen, die sich verpflichtet, ihr Programm durchzuführen." Was die radikalen Programme anbelangt, so ist ihre hervorragendste Eigenschaft stets die gewesen, dass sie dehnbar sind wie Gummi. Das Programm des letzten radikalen Parteikongresses ist ein Musterbeispiel dafür. Die Erklärung von Thorez bedeutet, dass die KPF um der trügerischen Hoffnung willen, dadurch dem Linkschismus Abbruch tun zu können, bereit ist, eine bürgerliche Linksregierung zu unterstützen, deren Politik ebenso schädliche Wirkungen haben würde wie die früheren radikalen Regierungen.

Kam. Thorez hat in der Aubette-Versammlung ferner erklärt: "Was die Frage des Selbstschutzes betrifft, den die IVKO vorschlägt, so beabsichtigen wir keineswegs in Frankreich das Soldatenspielen der österreichischen Sozialisten zu wiederholen. Wir wollen wie die russischen Bolschewiki die ganze Masse politisch gegen den Faschismus erziehen und erheben. Wir werden uns nicht von den Faschisten provozieren lassen."

Der Kam. Thorez müsste wissen, dass der Selbstschutz nicht nur von der IVKO vorgeschlagen wird. In der Resolution des VII. Kongresses der KI zum Referat Dimitrows heisst es im Kapitel IV, Absatz 7: "Die Kommunisten müssen die Initiative zur Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes als dauerhaften, erprobten Elementen der Einheitsfrontbewegung gegen die Überfälle faschistischer Bänden ergreifen." Kam. Thorez polemisiert also hier nicht gegen uns, sondern gegen einen Beschluss des VII. Weltkongresses der KI. Wir fragen: Haben nicht nur die Sprecher der Parteiführung, sondern auch alle Mitglieder der KPF das Recht, diejenigen Beschlüsse des VII. Weltkongresses zu kritisieren, mit denen sie nicht einverstanden sind? Wir fragen ferner: Seit wann haben führende Instanzen, wie das ZK der KPF das Recht, die Durchführung von Beschlüssen der Komm. Internationale zu sabotieren? Die kommunistische Disziplin verlangt, dass solche Beschlüsse durchgeführt werden, auch wenn Parteimitglieder mit ihnen nicht einverstanden sind.

Nun zur Sache selbst: Nach der Auffassung des Kam. Thorez war es also der Fehler der österreichischen Sozialdemokratie, dass sie den Schutzbund organisiert hat, denn das ist doch unter dem "Soldatenspielen" gemeint. Das ist eine Auffassung, die unter Kommunisten ganz neu ist. Die Komm. Partei Österreichs führt heute den Schutzbund illegal weiter. Vielleicht versucht Kam. Thorez seine Auffassung vor österreichischen Kommunisten zu vertreten, sie werden ihm eine deutliche Antwort geben. Sie werden ihm sagen, dass der Fehler der österreichischen Sozialdemokraten ein ganz anderer war als der sogenannte "Soldatenspielen", nämlich der, dass infolge der reformistischen Gesamtpolitik der Otto Bauer etc. die heldenmütigen Kämpfer des Schutzbundes im Februaraufstand isoliert dastanden. Die Ansicht, die Thorez entwickelt, ist bisher nur von ganz rechtsstehenden Sozialdemokraten geäussert worden, z. B. vom Verfasser der berühmten Broschüre "Grenzen der Gewalt", hinter der man Karl Kautzky vermutet. Dieser reformistische Schriftsteller zog allerdings konsequenterweise aus seiner Ablehnung des wehrhaften Kampfes gegen den Faschismus, des "Sol-

detenspiolens" den Schluss, dass die Wiener Arbeiter im Februar 1934 nicht zu den Waffen hätten greifen sollen.

Kam. Thorez ist auch in der Gewerkschaftsfrage nicht mit uns einverstanden. "Wir haben, meint er, bei der Bildung der Gewerkschaftseinheit auf die kommunistischen Fraktionen verzichtet und wir werden dies loyal einhalten."

Aber wir verlangen keineswegs, dass die Kommunisten den Vereinbarungen zuwiderhandeln sollen. Unsere Frage bezog sich auf etwas ganz anderes. Die KPF verlangt die Gewerkschaftsdemokratie. Gewerkschaftsdemokratie bedeutet, dass die Mitglieder der Gewerkschaften dort ihre Auffassungen frei vertreten können, d.h. die kommunistischen Auffassungen. Nach der Auffassung, die wir vom Wesen der kommunistischen Partei haben, kann diese es nicht ihren einzelnen Mitgliedern überlassen, wie diese sich innerhalb der Gewerkschaften verhalten sollen, sondern muss ihnen ein bestimmtes Auftreten empfehlen. Nach der Erklärung des Kam. Thorez könnte es scheinen, als ob die KPF auf diese selbstverständliche Sache verzichten wollte. Das wäre absolut falsch und widerspräche den Interessen der Arbeiter.

Auf unsere Frage, ob die KPF gedenke, eine Bewegung zum Kampf für die Preis- und Produktionskontrolle durch die Arbeiter propagandistisch einzuleiten, ist Kam. Thorez garnicht eingegangen. In seiner Rede auf der ZK-Tagung aber hat er z.B. erklärt, dass die Forderung der Nationalisierung der Waffenfabrikation aus dem Grunde unterstützt werden könne, da dies "eine wirksame Kontrolle durch die republikanischen Institutionen ermögliche". Die "republikanischen Institutionen", das ist der bürgerliche Staat. Thorez spricht sich also für die Kontrolle der Wirtschaft durch den bürgerlichen Staat aus, was eine Anpassung an die reformistischen "Pläne" nach Art des de Man-Planes oder des CGT-Plans bedeutet. Inbezug auf diese Pläne fordert bekanntlich die Resolution des VII-KI-Kongresses, dass ihr "demagogischer Charakter" aufgedeckt werden soll. Diese Aufdeckung ist natürlich unmöglich, wenn man eine Stellung einnimmt, wie Thorez auf der ZK-Tagung.

Kam. Thorez hat in der Aubette-Versammlung ferner ausgeführt, dass "Kritik der Kommunisten innerhalb der Partei nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht" sei. Wir begrüßen diese Erklärung. Wenn aber diese Erklärung ernst gemeint ist, dann geht es nicht an, dass Kam. Thorez, wie er das getan hat, die Kameraden der IVKO als Spalter bezeichnet. Kam. Thorez weiss, dass die Kameraden der IVKO im Elsass und in den anderen Ländern jederzeit zur Vereinigung mit der KI auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie bereit sind. Es geht nicht an, in einem Atem eine kommunistische Kritik zu begrüßen und die Kritiker als Spalter hinzustellen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

UNSERE FRAGEN AN KAMERAD THOREZ.

oo

Nachstehend bringen wir die Fragen, die unser Kam. W. in der Aubette-Versammlung an den Generalsekretär der KPF, den Kam. Thorez gestellt hat, damit jeder Arbeiter die Antworten des Kam. Thorez ihnen gegenüberstellen kann.

- 1. Was meint Kam. Th., wenn er von der Übernahme aller Verantwortlichkeiten gegenüber einer Volksfrontregierung spricht. Heisst das,
 - a.) dass die Kommunisten mit Herriot und den Radikalsozialisten eine gemeinsame Regierung bilden, also auch in eine solche Regierung eintreten wollen?
 - b.) Heisst das, dass die Kommunisten ohne selbst in die Regierung einzutreten eine neue linkskartellregierung, in der eventuell SFIO-Vertreter sitzen, im Gegensatz zum Verhalten der Kommunisten zu einer solchen Linkskartellregierung 1932 jetzt unterstützen?

Was für Bedingungen stellt die KPF für eine solche Unterstützung?
Werden die Kommunisten eine solche Unterstützung von der Anerkennung, z.B. der elsass-lothringischen "Heimatrechte" abhängig machen oder nicht?

Werden sie auf der Aufhebung der Notverordnungen bestehen?

Werden sie die Bedingung stellen, dass die faschistischen Verbände aufgelöst werden?

a.) Der 7. Weltkongress der KI fordert die Schaffung breiter überparteilicher Massenselbstschutzformationen gegen die faschistischen Banden. Warum hat die KP nicht die Initiative ergriffen um einen solchen antifaschistischen Massenselbstschutz zu organisieren? Oder ist Kam. Thorez der Meinung, dass die Volksfrontregierung mit der staatlichen Polizei - ohne proletarischen Massenselbstschutz - ein solches Verbot durchführen kann?

Weshalb soll einer französischen Volksfrontregierung - ohne proletarischen Massenselbstschutz- gelingen mit dem Faschismus fertig zu werden, also das Gelingen, was einem Severing, der als preussischer Polizeiminister die Schutzpolizei glaubte als angebliche Machtposition gegen den Faschismus auszunutzen zu können, nicht gelungen ist?

2. Bezüglich der Einheitsfront und Volksfront in Elsass-Lothringen möchten wir folgende Fragen an Kam. Thorez stellen:

a.) Wie gedenkt die KPF das Hindernis zu beseitigen, dass im Bas-Rhin der Bildung der proletarischen Einheitsfront mit der SFIO durch die Differenz zwischen dem kommunistischen und dem reformistischen Standpunkt in der Frage des Selbstbestimmungsrechts besteht?

b.) Hält die KPF die Einheitsfront mit den kleinbürgerlichen Autonomisten (Rossé usw.) auf der Grundlage der Heimatsrechtsforderungen (trotzdem ein Teil dieser Elemente faschistischen Gedanken, wie dem Ständestaat huldigt) für wichtiger, als die Einheitsfront mit den reformistischen Arbeitern im Kampfe gegen Faschismus und Kapitaloffensive, trotz ihres falschen Standpunktes in der nationalen Frage?

3. Hat die Regionalleitung der KPF schon ein konkretes Programm für die vereinigten Gewerkschaften ausgearbeitet, wie z.B. bei den Holzarbeitern die Lohnreduzierungen erfolgreich abgewehrt werden können, bei den Bauarbeitern der Abbau der Mindestlöhne rückgängig gemacht werden kann, bei den Eisenbahnern und staatlichen u. kommunalen Arbeitern usw. die vereinigten Gewerkschaften den Kampf führen sollen, um die decret Lois-Auswirkungen rückgängig zu machen? Was schlägt die KPF vor um das solidarische Handeln zwischen den von den Notverordnungen zuerst betroffenen und den Arbeitern der Privatindustrie anzubahnen?

4. Was gedenkt die KPF im Kampfe gegen die Teuerung zu tun? Hat sie Vorschläge ausgearbeitet um eine Bewegung zum Kampf gegen um die Preis- und Produktionskontrolle durch die Arbeiter wenigstens propagandistisch einzuleiten? Oder ist die KPF der Meinung, dass die Forderungen der SFJ und CGT auf Staatskontrolle und "Planwirtschaft" genügen?

5. Was gedenkt die KPF zu tun um die Einheitsfront fähig zu machen, um ausserparlamentarische Massenkämpfe zu organisieren? Glaubt die KPF, dass das Spitzenabkommen mit der SFIO genügt, oder will sie zur Organisation von Einheitsfrontkomitees übergehen, die aus den Betrieben auf Grund konkreter Aufgaben gewählt werden?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE LAVALSCHE NOTVERORDNUNG ZUM SCHUTZE DES FASCHISMUS.

oo

Einen Tag nach den 385 Notverordnungen der Lavalregierung wurde eine 386. veröffentlicht, die die Beleidigung von ausländischen Regierungschefs und Aussenministern unter Strafe stellt. Was diese Notverordnung bezweckt, ist klar. In erster Linie soll Laval's Freund Mussolini vor Pressangriffen geschützt werden. Gleichzeitig mit Mussolini dürfen jetzt auch die anderen ausländischen faschistischen Machthaber in Frankreich nicht kritisiert werden. Diese Notverordnung ist ein schwerer Schlag gegen die Pressefreiheit. Für diese Notverordnung sind übrigens die radikalen Minister mit Herriot an der Spitze mitverantwortlich.

Am Samstag, den 9. Nov. geht alles zum 15. Stiftungsfest der "Aurora" im Saale de fleur in Neudorf!

strömen, in der immer mehr und immer reichhaltigere Produkte zur Vermehrung des Wohlstandes des ganzen Volkes, zur Befriedigung seiner stetig wachsenden Bedürfnisse produziert werden. Und dies alles ohne Bank-, Industrie-, Handels- und Agrarkapitalisten, die als ökonomische Kategorien ins Grab gesunken sind.

In einer Zeit, wo in den kapitalistischen Ländern Kunst und Wissenschaft einen nie gekannten Niedergang erleben, erleben wir einen bisher nie gekannten kulturellen Aufschwung in der Sowjetunion.

Während in Europa der Faschismus die demokratischen Rechte der Werktätigen vernichtet hat ~~und~~ oder zu vernichten droht, entfaltet die Sowjetunion auf der Grundlage der Beseitigung der Klassen die neue und wahre Demokratie.

Während in den faschistischen Ländern das ganze Volk für den imperialistischen Krieg gedrillt wird, zeigt die sozialistische Sowjetunion, dass sie der Willensvollstrecker der Friedenssehnsucht der Massen und der Feind aller imperialistischen Eroberungskriege ist.

Das alles ist das Ergebnis der einen Tatsache, dass die russische Arbeiterklasse es ablehnte, den anscheinend leichteren Weg der Sozialdemokratie zum "Sozialismus" zu gehen, dass sie in allen Lagen den Grundprinzipien des revolutionären Marxismus treu blieb und unberührt allen Schwierigkeiten zum Trotz ihren starken Willen zur Macht und zum Sozialismus durchsetzte.

Die russische Arbeiterklasse vermochte dies allein deshalb, weil sie schon in langen Jahren, durch Sieg und Niederlage die bolschewistische Partei schuf, unter deren Führung allein das Proletariat zu siegen vermag. Diese Partei fiel nicht fix und fertig vom Himmel, sie war das Ergebnis der fortwährenden kritischen Überprüfung aller Kampferfahrungen des Proletariats und ihrer Aneignung durch die revolutionäre Partei und deren konkrete Verarbeitung auf die spezifischen Klassenverhältnisse Russlands.

Wir als Kommunistische Opposition führen heute unseren Kampf in der kommunistischen Bewegung um nichts anderes, als darum, auch in Mittel- und Westeuropa, in allen kapitalistischen Ländern die Voraussetzungen für die Entwicklung solcher bolschewistischer Parteien zu schaffen. Dem ist einzig und allein auch unser Kampf um die Reform der Kommunistischen Internationale gewidmet. Dieser Kampf kann uns zeitweilig mit unseren russischen Kameraden in einen taktischen Gegensatz bringen, erleidet trotzdem ein Kampf auch um die Erhaltung und Festigung der Sowjetunion, deren Sicherheit, deren friedlichen Vorwärtsentwicklung letzten Endes durch die internationalen Kräfteverhältnisse zwischen Revolution und Konterrevolution bestimmt wird. Jede Niederlage, mitverschuldet durch Fehler der kommunistischen Internationale in den einzelnen Ländern ist letzten Endes auch eine Niederlage der Sowjetunion auf dem internationalen Terrain.

Indem wir für die Reform des Regimes der KI kämpfen, kämpfen wir für die günstigsten Bedingungen für die Schaffung und Entwicklung wahrhaft bolschewistischer Parteien und damit für die Stärkung der internationalen Macht der Sowjetunion.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Tarifvertrag im Baugewerbe:

Das Patronat lehnt ab, was soll nun geschehen?

Was wir als Ergebnis des von der SFIO im Gemeinderat inspirierten Antrages in bezug auf die städtischen Mindestlöhne voraussagten, ist jetzt eingetroffen. Die Verhandlungen über einen allgemeinen Tarifvertrag für das Baugewerbe sind gescheitert. Unter Führung und auf Initiative des berüchtigten Herrn Peter hat das Patronat den Abschluss eines Tarifvertrages abgelehnt. Die Bauerbeiter stehen nunmehr, infolge der Wirksamkeit der Proporzstadtverwaltung und infolge der Imbs'schen Winkelzüge bei der Behandlung des Beschlusses der städtischen Lohnkommission auf Abbau der städtischen Mindestlöhne vor folgenden Tatsachen:

1.) die städtischen Mindestlöhne sind durch die Entscheidung des Vertre-

ters der Proporzstadtverwaltung gesenkt,

2.) die Bauunternehmer lehnen den Abschluss eines allgemeinen Tarifvertrages ab, weil sie den Rückgang der Baukonjunktur und den Wegfall der städtischen Mindestlöhne zum weiteren Lohndruck benutzen wollen.

Das sind die Tatsachen, an denen die Imbs-Maegelen infolge ihrer Bindungen an die bürgerlichen Parteien ihr gerüttelt Mass Schuld tragen. Mit der Feststellung dessen aber ist es nicht getan. Unsere Haltung bleibt unverändert die alte:

1.) Wir fordern nach wie vor den Bruch der SFIO mit den bürgerlichen Proporzparteien im Interesse der Arbeiter;

2.) wir fordern nach wie vor die Herstellung der Aktionseinheit zwischen KP und SFIO und das gemeinsame Herantreten an die Hueberpartei, um diese auf der Grundlage des Kampfes gegen Faschismus und Kapitaloffensive zur Schaffung der Arbeiteraktionseinheit und ihrer Ausdehnung auf die Gemeindepolitik für eine Arbeitermehrheit aufzufordern;

3.) wir fordern den Apell der vereinigten Bauarbeiter in diesem Sinne an die politischen Arbeiterparteien und die Unterstützung dieses Apells durch die gesamten Gewerkschaften. Die Ablehnung eines solchen Apells unter Hinweis auf die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften würde nur bedeuten, die Geschäfte des Patronats und der Proporzstadtverwaltung zu betreiben;

4.) die Bauarbeitergewerkschaften müssen mit Unterstützung der Arbeitervertreter der städtischen Lohnkommission sofort bei der union locale der CGT und CGTU eine Demarche unternehmen, um gemeinsam mit ihnen die politischen Vertretungen der Arbeiter aufzufordern, im Gemeinderat die Wiederherstellung der städtischen Mindestlöhne zu beantragen und dem Vertreter der Stadt in der städtischen Lohnkommission bindende Direktiven in dieser Richtung zu geben. Diese parlamentarische Aktion muss in entsprechender Weise ausserparlamentarisch unterstützt werden. Wir regen hier nur an: Entsendung von Delegationen der Bauarbeiter zu den Parteivertretungen, Versammlungen, Demonstration und eventuell ein befristeter Proteststreik.

Der Kampf um die Wiederherstellung der städtischen Mindestlöhne, ist die erste grundlegende Voraussetzung für den Kampf um einen allgemeinen Tarifvertrag im Baugewerbe. Dieser Kampf ist durchaus erfolgreich zu führen, wenn er auf der Basis geführt wird, die wir hier skizziert haben.

Die Bauarbeiter mögen ihre Gewerkschaftsleitungen und die politischen Parteien der Arbeiterklasse vor die Frage stellen. Nur dann wird sich zeigen, wer wirklich nur Demagogie zu Wahlzwecken und wer wirklich den Kampf um Lohn und Brot der Arbeiter ehrlich vertritt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Ein Vorschlag an die KP:

Um die Einheitsfront mit den Sozialisten.
=. =.

Die SFIO hat auf ihrem Förderationskongress von Bas-Rhin erklärt, dass sie die Verwirklichung der Front populaire auch im Unterelsass wünsche. Zur Bereinigung der Differenzen mit der KP in der nationalen Frage, forderte sie die KP auf ihr "separatistisches" Programm aufzugeben und sich mit der SFIO auf der Grundlage des gemeinsamen Programms von 1919 zu verständigen.

Unsere Haltung zur Front populaire ist bekannt. Was wir wünschen ist die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zur ausserparlamentarischen Aktion und das Bündnis mit den Mittelschichten unter Ablehnung des Bündnisses mit den bürgerlichen Parteien. Daraus ergibt sich, dass wir an der Herstellung der Aktionsgemeinschaft mit der SFIO so lebhaft interessiert sind, wie die gesamte Arbeiterschaft.

Kam. Thorez hat mit Recht in der Aubette-Versammlung die Preisgabe der kommunistischen Losung vom Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung als Voraussetzung für die Anwendung des Aktionspaktes im Unterelsass abgelehnt. Er hat klar und eindeutig auseinandergesetzt, dass die Kommunisten heute nicht für die Lostrennung Elsass-Lothringens von Frank-

reich eintreten. Er forderte die besondere Berücksichtigung der anders gelagerten Situation in Elsass-Lothringen und präziserte in der nationalen Frage eine Reihe von Teilforderungen. Die "FP" hat diese Forderungen als ihre eignen Forderungen reklamiert. D'accord! Darüber zu streiten wäre wirkliche Zeitverschwendung. Es kommt darauf an diese Forderungen in die allgemeinen Forderungen der proletarischen Einheitsfront einzureihen.

Wir meinen daher, dass es an der Zeit wäre, dass die KP erneut an die SFIO zur Wiederherstellung der Aktionseinheit herantritt. Wenn wir die Partei wäre würden wir folgenden Brief an die SFIO-Strasbourg schreiben:

"Ihr nehmt unsere Stellung zum Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung zum Anlass um zu erklären, dass die jetzt in ganz Frankreich zwischen SFIO und KPF -trotz dieser unserer Programmforderung -verwirklichte Aktionseinheit in Strasbourg nicht hergestellt werden kann. Wie aus Euren schriftlichen und mündlichen Äußerungen zu entnehmen ist, scheint Ihr der Meinung zu sein, dass das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung für die Kommunisten die Pflicht einschliesst, für die Lostrennung Elsass-Lothringens von Frankreich einzutreten. Wir verweisen Euch in diesem Zusammenhang auf die wiederholten Erklärungen unseres Generalsekretärs, Kam. Thorez, aus denen unzweideutig hervorgeht, dass das Recht zur Scheidung keinswegs die Scheidung bedeutet. Ergänzend fügen wir hinzu, wir anerkennen das Recht zur Selbstbestimmung, aber dieses Recht bedeutet nicht, dass wir dieses Recht in dem Sinne verwenden wollen, das elsass-lothringische Volk von Frankreich loszutrennen und es direkt oder indirekt Hitlerdeutschland auszuliefern. Wir denken garnicht daran, das arbeitende Volk vom Regen in die Traufe zu führen und werden jede derartige Tendenz, wo sie auch auftritt mit allen Mitteln bekämpfen.

Wir wissen zugleich, dass die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für Elsass-Lothringen vom Siege der französischen Arbeiterklasse abhängig ist. Dieser Sieg aber schafft die Voraussetzungen für die Lösung der nationalen Frage im Rahmen Frankreichs, wie die Sowjetunion beweist, Daraus folgt, dass wir zwar im Fall des Sieges der französischen Arbeiterklasse über die Bourgeoisie auf das Selbstbestimmungsrecht verzichten, aber auf keinen Fall für die Lostrennung Elsass-Lothringens von Frankreich eintreten werden. Erst wenn neben der französischen Räterepublik die deutsche Räterepublik getreten ist, werden wir die Entscheidung in dieser Frage freistellen.

Wir glauben diese Haltung ist so klar, dass sie jeden Versuch unsere Stellung im hitlerfreundlichen oder bürgerlich-autonomistischen Sinne auszulegen, zuschanden macht.

Ihr erklärt in der "FP", dass die von Kam. Thorez für Elsass-Lothringen erhobenen Teilforderungen Euren eignen Forderungen entsprechen. Wir begrüssen diese Erklärung und fragen Euch:

1.) Seit Ihr bereit den Aktionspakt zwischen SFIO und KPF nach dieser hier erfolgten Erklärung auch in Strasbourg und im Bas-Rhin zur strikten Anwendung zu bringen;

2.) Seit Ihr bereit die von Euch anerkannten Forderungen in der nationalen Frage in die gemeinsamen Kampfforderungen der Aktionseinheit einzubeziehen?

In der Überzeugung, dass die sozialistischen Arbeiter im gleichen Masse an der unverzüglichen Realisierung der Aktionseinheit interessiert sind, wie ihre komm. Klassengenossen, erwarten wir umgehend den Zusammentritt bevollmächtigter Vertreter beider Parteien zur Wiederherstellung der Aktionseinheit."

Diesen Brief würden wir an die Leitung der SFIO schreiben und ihn gleichzeitig allen Arbeiterorganisationen zur Kenntnisnahme und Unterstützung übermitteln. Die Kommunisten und alle revolutionären Arbeiter müssten es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, diesen Schritt durch das zustimmende Votum der Massenorganisationen zu bekräftigen. Die Kameraden der KPO würden die KP dabei tatkräftig und soweit es in ihrer Kraft liegt, unterstützen.

Wir empfehlen daher unseren Vorschlag allen KP-Militanten ihrer Beachtung.

Verantwortlich: Emil Hirtzel.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op~~osition~~ Elsass (Section der IVKO)

Adresse: USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 64/II. Jahrgang.

Zweite Novemberwoche 1935.

Mit verdecktem Gesicht:

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

NACH DEM 11. NOVEMBER.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Presse der KPF und der SFIO feiert den Verlauf der Demonstrationen vom 11. November als einen Riesenerfolg des antifaschistischen Kampfes. Nun hat der 11. November sicher gezeigt, dass die breiten Massen der arktätigen Frankreichs und zwar nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Bauern, sondern auch grosse Teile des städtischen Kleinbürgertums gegenwärtig von Abneigung und Abscheu gegenüber dem Faschismus erfüllt sind. Aber der 11. November hat zugleich mit erschreckender Deutlichkeit die Fehler und Schwächen und verhängnisvollen Illusionen offenbart, die die Politik nicht nur der SFIO, sondern auch der revolutionären KPF in den Fragen des antifaschistischen Kampfes kennzeichnen.

Wenn die breiten Massen der früheren Kriegsteilnehmer ihre Gegnerschaft gegen den Faschismus und die im Interesse des Grosskapitals erlassenen Notverordnungen demaskieren wollen, so ist das zweifellos begrüssenswert und man kann von dieser kleinbürgerlichen Masse nicht erwarten, dass sie ihre kleinbürgerlichen, reaktionären Illusionen und Vorurteile mit einem Schlag preisgibt. Aber das heisst keineswegs, dass die KPF um der Annäherung an diese kleinbürgerlichen Schichten willen auf ihr selbstständiges Auftreten als Klasse, als Arbeiterpartei Verzicht leisten und noch weniger, dass sie sich die reaktionären Illusionen und Vorurteile dieser Kleinbürger zueigen machen darf. Was aber sahen wir? Als die Faschisten ihre Absicht ankündigten, auch am 11. November zu demonstrieren, antwortete die "Humanité" nicht mit der Forderung, dass dann auch die Arbeiterorganisationen aufmarschieren müssten, um zu zeigen, dass die Strasse nicht den Faschisten sondern ihnen gehört, sondern betonte immer wieder, dass der 11. November ausschliesslich den Frontkämpfern gehöre, dass dieser Tag nicht für Parteizwecke ausgenutzt werden dürfe. Aber die Auffassung, dass die Frontkämpfer etwas Besseres seien, ist keine proletarische, keine kommunistische Auffassung. Wir müssen den Massen der früheren Frontkämpfer sagen, dass sie ebensolche Opfer des Kapitalismus sind wie alle Ausgebeuteten und dürfen den nationalistischen Schwundel, dass der Kriegsdienst für den Imperialismus eine besondere Ehre bedeute, nicht unterstützen, sondern müssen ihn entlarven, müssen zeigen, dass die Frontjahre im Dienste des Imperialismus der fürchterlichste Missbrauch der Massen der zum Kriegsdienst Mobilisierten waren. In Deutschland hat die SPD versucht, dem Faschismus dadurch entgegenzuwirken, dass sie auf die kriegerischen "Verdienste" ihrer Mitglieder verwies. Sie hat damit nur die chauvinistische Stimmung verstärkt, die sich der Faschismus nutzbar machte.

Am 11. November marschierten die revolutionären früheren Frontkämpfer der ARAC nicht unter eigenen Losungen auf, die Organisationen der Frontkämpfer marschierten durcheinander - "Vereint wie an der Front" sagt das radikalsozialistische Blatt "Oeuvre", womit es ungewollt die politische Konfusion, das Fehlen der Losungen der Arbeiterklasse, das Untertauchen der Kommunisten in der kleinbürgerlichen Masse kennzeichnet. Kommunistische Führer, wie Vaillant-Couturier marschierten in den Reihen der republikanischen Reserveoffiziere, die sich in ihre galonierten Uniformen geworfen und mit ihren Orden geschmückt hatten. "Es lebe die republikanische Armee" - schreibt die "Humanité" am Tage nach der Demn-

gemeinen, gleichen und direkten Wahl. Wir sind überzeugt, dass die schweren Bedingungen des Hitlerfaschismus für alle freiheitsliebenden Menschen in Deutschland eine grosse Lehre sein werden, nicht den Fehler der Nationalversammlung von 1919 zu wiederholen und die erkämpften demokratischen Freiheiten erneut preiszugeben."

Die hier von der KPD für die Volksfront ausgegebene Generallosung lässt sich kürzer und schlagender zusammenfassen in die Worte: Zurück zu Weimar. Darauf läuft die Lösung der Nationalversammlung auf Grund des freien, gleichen und allgemeinen Wahlrechts hinaus. Die Nationalversammlung ist eine bürgerlich-demokratische parlamentarische Körperschaft. Der Staat, der diese Nationalversammlung verkörpert, ist die bürgerlich-demokratische parlamentarische Republik. Und die Einheits- oder Volksfrontregierung, die diesen Staat leiten soll, ist nichts anders als die Wiederbelebung der alten Weimarer Regierungskoalition aus Zentrum, bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten, nur mit dem kleinen Unterschied, dass jetzt nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Republik, nach dem Bankrott dieser Art von Koalitionspolitik die Komm. Partei sich bereit erklärt, eine solche Koalitionsregierung zu unterstützen oder sogar unter bestimmten Bedingungen an ihr teilzunehmen.

Die Kommunistische Opposition lehnt eine solche flagrante Preisgabe der grundlegenden kommunistischen Aufgaben in der kommenden Revolution un-
b eingt ab.

Wir wissen nicht, ob bei dem Sturze Hitlers die Kommunistische Partei bereits einen solchen überwiegenden Einfluss in der Arbeiterklasse und in den kleinbürgerlichen Schichten sich erobert haben wird, dass die faschistische Diktatur, ~~das~~ Zwischenstufe sogleich durch die proletarische Diktatur, das heisst durch die Rätemacht abgelöst werden kann.

Wir wissen aber, dass die Kräfte, die für die proletarische Diktatur kämpfen, genau so stark sein werden, wie stark der kommunistische Einfluss in den werktätigen Klassen sein wird und dass dies wiederum davon abhängt, dass die kommunistische Partei selbst als ihr Ziel die Rätemacht und nichts anderes propagiert und den Kampf dafür organisiert.

Keine andere Partei, keine andere Kraft ist dafür da. Wenn aber die kommunistische Partei als Etappenziel die Rückkehr zu Weimar, zur bürgerlich-parlamentarischen Republik propagiert, so ist die unmittelbare Ablösung der faschistischen durch die proletarische Diktatur jedenfalls unmöglich, so ist der Sieg der bürgerlichen Republik als Ablösung der faschistischen Diktatur von vornherein gesichert.

Der Vorbehalt, dass die KPD an der "Überzeugung" festhält, dass allein die proletarische Diktatur den werktätigen Klassen die Befreiung bringt, hat keinerlei praktische Bedeutung, da ja die KPD auf Grund dieser Linie darauf verzichtet, unter der faschistischen Diktatur die Rätemacht als eine Regierung zu propagieren, für die die werktätigen Klassen unmittelbar zur Ablösung der faschistischen Diktatur kämpfen sollen. Auch die "Überzeugung" dass diese Nationalversammlung die Fehler der Nationalversammlung von 1919 nicht wiederholen werde, ist nichts als ein frommer Wunsch, wenn die KPD auf die Propaganda für die Räte als revolutionäre Gegenkraft der werktätigen Klassen gegen das Parlament verzichtet. Unter dem Einfluss der Volksfronttaktik ist hier übrigens eine grobe Geschichtsfälschung zustande gekommen. Die entscheidenden Fehler der Arbeiterklasse im Jahre 1919 waren nicht Fehler der Nationalversammlung, sondern war der Umstand, dass die Arbeiter- und Soldatenräte zugunsten der Nationalversammlung auf die Macht verzichteten. Es handelt sich also nicht um Fehler der Nationalversammlung, sondern darum, dass die Nationalversammlung selbst der Fehler war.

Hält die KPD bis zum Sturze der faschistischen Diktatur an dieser katastrophalen grob-opportunistischen Einstellung fest, so wird die Lage noch schlechter sein als 1919.

Damals kam es zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Wie soll es jetzt dazu kommen, wenn die KPD selbst die parlamentarische Nationalversammlung als Etappenziel propagiert? Wie sollen die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, die bereits den Bankrott der bürgerlichen Demokratie begriffen haben und den Gedanken der proletarischen Diktatur

annahmen, für die Räte kämpfen, wenn die KPD die Rückkehr zu Weimar unterstützt? Wie sollen sie sich vom Reformismus, von der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien lösen, wenn die KPD jetzt diese bankrotte Politik wieder in Kurs setzt? Diese Linie der KPD, die ihrerseits nur eine mechanische Kopie der von der KPF herausgegebenen falschen Losung der "Volksfrontregierung" ist, wirft die Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter zum Kommunismus weit zurück.

Aber, wird man fragen, kann man denn für eine Koalition der kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Parteien und Gruppen die Losung der proletarischen Diktatur aufstellen? Natürlich nicht. Der Generalnenner einer solchen Koalition ist in der Tat - die Rückkehr zu Weimar. Und es ist kennzeichnend für die Tiefe des opportunistischen Falls der KPD, dass selbst die Sozialdemokratie nach dem Siege der Hitlerdiktatur darauf verzichtete, wenigstens unmittelbar die Rückkehr zur Weimarer Republik zu proklamieren, dass sie vielmehr als nächstes Ziel die Errichtung der sozialistischen Diktatur der Arbeiterklasse forderte!

Daraus folgt nur, dass eine solche Koalition mit der Vorbereitung der proletarischen Revolution unvereinbar ist und dass das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten nicht auf dem Wege einer Koalition mit bürgerlichen Parteien und Gruppen, sondern nur auf einem ganz anderen Wege, dem der Schaffung von Einheitsfrontorganen gegen die bürgerlichen Oppositionsgruppen zu verwirklichen ist, Einheitsfrontorgane, die im weiteren Verlauf des Kampfes zu Räten (Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte) erweiterte werden müssen.

Können es zu einer solchen Nationalversammlung, was würde sie sein? Der Neue Sammelpunkt aller Kräfte der Konterrevolution gegen die Kräfte der proletarischen Revolution, die ihrerseits ohne das Vorhandensein von Räten zersplittert, unorganisiert und führerlos wären.

Der Hintergrund einer solchen Nationalversammlung wäre die Reichswehr, als die stärkste und permanent organisierte Kraft der bürgerlichen Klassen nach dem Zusammenbruch der faschistischen Partei- und Staatsorganisation. Die Gruppen und Parteien der bürgerlichen Opposition und der Sozialdemokratie würden sich lediglich als die Schatten der Reichswehr entpuppen. Was die Sozialdemokratie anbelangt, so hat sie ja von Anfang der Hitlerdiktatur an auf eine Reichswehرداریtatur als Ablösung Hitlers spekuliert. Die Nationalversammlung, zu deren Unterstützung sich heute die Führung der KPD bereit erklärt, wird eine Festung der Konterrevolution sein.

Was aber die Koalition mit den Parteien und Gruppen der bürgerlichen Opposition gegen den Faschismus für die Arbeiterklasse bedeutet, das lehrt das italienische Beispiel der Aventin-Opposition und später der sogenannten "Konzentration" der Arbeiterparteien mit den Republikanern.

Die Funktion der Aventin-Opposition bestand im Wesentlichen darin, dass sie während der tiefen Erschütterung des faschistischen Regimes durch die Matteotti-Krise mit aller Kraft bestrebt war, die Auslösung revolutionärer Massenkaktionen zu verhindern. Es gelang ihr dies infolge der Schwäche der kommunistischen Partei. Die sogenannte "Konzentration" der Arbeiterparteien mit den Republikanern wirkete sich vor allem in der Richtung aus, dass sie die revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse hemmte, was schliesslich die italienische Sozialdemokratie veranlasste, mit der Konzentration zu brechen.

Aus allen diesen Gründen muss die Losung der Nationalversammlung, also die Rückkehr zu Weimar zusammen mit der Volksfront als eine schwerste opportunistische Entgleisung von den kommunistischen Arbeitern Deutschlands abgelehnt und ihre möglichst schnelle Beseitigung gefordert werden.

Kameraden der KPO (IVKO)

.....

Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr findet eine ausserordentliche Versammlung im bekannten Lokal statt. Erscheint restlos in dieser Zusammenkunft. Bringt Freunde und Sympathisierende mit.

Hitler über Hueber

Die Nazis über die Elsassische Arbeiter- u. Bauernpartei.

Ein Kamerad aus Deutschland sandte uns die Nationalsozialistische Zeitung "Rheinfront" vom 5. November 1935, in der in einem Artikel unter der Überschrift "Abkehr vom Marxismus", "Kommunistische Partei-Opportunisten steuert auf heimatgetreuen Kurs" zur Bildung der "Elsässische Arbeiter- und Bauernpartei" Stellung genommen wird. Der in Deutschland illegal gegen Hitler kämpfende Kamerad der KPD-O bittet uns, die Stellung der Nazis zum offenen Bruch Huebers mit dem Kommunismus, also das Urteil des Totfeindes der revolutionären deutschen Arbeiterklasse über den jüngsten Schritt Hueber-Mouror den Strassburger Arbeitern zur Kenntnis zu geben, damit sie daraus die Konsequenzen ziehen. Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach.

Der strassburger Mitarbeiter der Nazis umschreibt einleitend die Haltung der SFIO und KPF zur elsäss.-lothringischen Politik vom Standpunkt des hitlerdeutschen Imperialismus und sagt dann wörtlich über die Politik Huebers:

"Neben diesen zwei marxistischen Gruppen (SFIO u. KPF) gab es seit 1929 die sogenannte "Kommunistische Partei-Opportunisten", meist abgekürzt KPO genannt. Das sind die Anhänger des früheren Abgeordneten H u e b e r, der von 1929 bis zum Mai dieses Jahres Strassburger Bürgermeister gewesen ist, und den 1932 als Nachfolger Georges Weills gewählten Strassburger Abg. Mouror. Sie haben sich seinerzeit nicht wie die Doeblié pp vom heimatlichen Kurs abhängen lassen und sind deshalb von der Pariser Zentrale der Kommunistischen Partei Frankreichs aus der Partei ausgeschlossen worden. Ihren Kampf führen sie mit einem damals neu gegründeten strassburger Blatt "Die Neue Welt". In diesem Blatt hatten sich 1933 vorübergehend E m i g r a n t e n wie Brandler, Thalheimer und andere breit machen können; aber als sie die "KPO" aus Hass gegen das nationalsozialistische Reich an die Seite der französischen Chauvinisten und in eine Kampffront gegen die Autonomisten steuern wollten, setzten die Anhänger, den landfremden Gästen sehr rasch die Stühle vor die Tür. (Es sieht gerade so aus, als ob der nazistische Mitarbeiter der "Rheinfront" seine Informationen von Hueber-Mouror erhalten hätte. Die Red. der A.P.)

Von dem marxistischen Meinungen hat sich die Partei unter dem volksverbundenen Bürgermeister Hueber immer weiter entfernt, seit diesem Sommer überhaupt geworden, wie er auch im Gemeinderat der Wortführer der starken Minderheit ist, die als "Elsässische Volksfront" dem jetzigen Zufallsbürgermeister Frey sehr zu schaffen macht. Es war daher eine durchaus natürliche Entwicklung, wenn in der "Neuen Welt" Mouror in den letzten Wochen in einer Reihe von Aufsätzen darlegte, dass im Elsass eine wahre Arbeiterpartei nur heimatgetreu sein könne.

auf einem außerordentlichen Vortragsabend hat die "KPO" jetzt den letzten kasserischen Schritt getan und ihre längst sinnlos gewordene Bezeichnung "Kommunistische Partei-Opportunisten" abgelegt. Sie heißt jetzt "Elsässische Arbeiter- u. Bauernpartei" und bekennt offen, dass internationale Bindungen dem werktätigen elsässischen Volke nichts nützen. Die Richtlinie ihrer Arbeit lautet: "Für Volk und Heimat". Eine gründliche Schulung der Anhänger wird erstrebt. An Anschauungsunterricht dazu fehlt es nicht."

Dies das Urteil der Nazis über den ehemaligen Kommunisten Hueber, der sich jetzt endgültig von Mouror an die Hand nehmen und seine letzten Bindungen zum Kommunismus zerrissen hat. Hueber schwindelt seinen Anhängern vor, dass er das alte kommunistische Programm weiter hochhalte, dass er sich weiter mit den antifaschistischen Arbeitern Deutschlands solidarisch fühle. Die Nazis aber sagen: "Von den marxistischen Meinungen hat sich die Partei unter dem volksverbundenen (Mut und Boden nach der nazistischen Terminologie) Bürgermeister Hueber immer weiter entfernt", "deshalb setzten die Anhänger den landfremden Gästen sehr rasch den Stuhl vor die Tür" und "deshalb hat Hueber jetzt den letzten kasserischen Schritt getan und die längst sinnlos geworden"

Bezeichnung "Komm. Partei- Opposition" abgelegt". Dieses Urteil der Hitlerianer wünscht kein Rogen ab. Es zeigt dass der antiimperialistisch dramatisierte Kurs Huebers nichts als ein antifranzösischer und prodeutscher Kurs ist, was mit dem internationalen Standpunkt der Kommunistischen Opposition garnichts gemein hat. Hueber hat erst vor kurzen einen Emigranten, der sich bei der IHV meldete mit 30 Franken abgespeist und ihn dann seinem weiteren Schicksal überlassen und Mourer hat dessen Emigranten vor seiner Wohnungstür abspeisen lassen. Das alles ist durchaus logisch und zeigt ihre Verbundenheit mit den antifaschistischen Kämpfern des deutschen Proletariats. Hueber hat in diesem Jahre auch auf eine Feier der russischen Revolution verzichtet und hat von diesem Ereignis nicht einmal in der "Neuen Welt" Kenntnis genommen. Er hat sich wirklich freigemacht von allen "internationalen Bindungen" und befindet sich restlos und ausschliesslich nur noch an den kleinbürgerlichen und hitlerisch orientierten Autonomismus gebunden, gegen den er einstmals zu Felde zog und vor dem er die Arbeiter warnte. Wenn Hueber sich heute noch den Schein eines konsequenten Vortreters der Arbeiter geben kann, dann hat er dies lediglich den chauvinistisch orientierten Grössen der Strassburger SFIO zu verdanken, die auf Grund ihres engebegrenzten rein französisch-imperialistisch orientierten Standpunktes und ihrer Proporzpolitik Hueber gestatten, sich als die proletarische Opposition zu maskieren.

Es ist an der Zeit, dass die Arbeiter Hueber erkennen wie er geworden ist und sich nicht mehr länger für den hitlerisch orientierten Autonomismus missbrauch lassen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den proletarischen Selbstschutz:

Neue Francisten-Überfälle.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Anlässlich des letzten Überfalls der Francisten, bei dem 3 antifaschisten spitalfähig geschlagen wurden, schrieb die "Humanité":

"Es muss ihnen endlich (Den Provokationen) ein Ende bereitet werden durch die antifaschistische Massenaktion. Die faschistischen Banden müssen aus den Arbeitervierteln verjagt werden, sie dürfen sich nicht weiter zur offenen Gefahr entwickeln. Und es darf nicht weiter geschehen, dass die Polizei ihnen gegenüber machtlos ist? Hat sie Befehl von oben? Oder hat der diensttuende Brigadier sich eigenmächtig geweigert einzugreifen?"

Was für ein armseliges Geschreibsel. "Durch die antifaschistische Massenaktion" sollen die faschistischen Banden aus den Arbeitervierteln verjagt werden. Warum aber weigert sich die Partei beharrlich die einzige wirksame Aktion gegen die organisierten Stosstruppe der Francisten zu organisieren? Die Francisten verachten das "Soldatenspielen" nicht und sie schlagen zu. Die Arbeiter müssen wieder schlagen und um wirkungsvoll zu schlagen müssen sie organisiert schlagen, d.h. sie müssen den proletarischen Selbstschutz organisieren. Will die Partei warten, warten bis der diensttuende Brigadier sich besinnt? Will sie weiter mit Rücksicht auf die Gunst der Radikalen und hier im Elsass der UPR den Beschluss des 7. Weltkongresses der KI sabotieren? Wir werden nicht müde werden, die sich aus den wachsenden Überfällen der Faschisten ergebenden Notwendigkeiten der Bildung von proletarischen Selbstschutzformationen zu propagieren. Jede geglückte Provokation ist eine Ermunterung für das freche Treiben der faschistischen Burschen. Ihnen muss man die Faust entgegen setzen, als das einzig wirksame Argument.

Warum, wo fragen wir, ergreifen die Arbeitersportler nicht endlich die Initiative? Auf was warten sie noch? Was ist die Sportseinheit wert, wenn sie in der Passivität und Neutralität im Kampfe gegen den Faschismus ihren Ausdruck findet?

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Ein voller Erfolg:

Das Stiftungsfest der "Aurora".

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.

Die Feier des 15 jährigen Bestehens der Union de Tourisme "Aurora" im Salle de fleurs" am Samstag, den 9. November war ein voller Erfolg. Dieser Erfolg zeigt, dass sich der Verein allen vorübergehenden Krisen und Widerständen zum Trotz fest mit der gesamten Arbeitersports- u. Kulturbewegung

wegung verbunden hat. Die notwendig gewordenen inneren Auseinandersetzungen über die Orientierung des Vereins und seine weitere Stellung im Rahmen der gesamten Arbeitersports-Bewegung und zum antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse, hat seine Sympathien bei den Arbeitersportlern nur erhöht. Das war auch die Grundtendenz der kurzen Ansprache des Präsidenten des Vereins: Die "Aurora" musste ihre aus ausschliesslich taktischen Differenzen resultierende Autonomie aufgeben, nachdem deren Voraussetzungen liquidiert wurden, wollte sie nicht zu einem Verein werden, der jede Beziehung zur Arbeiterklasse und ihrem Kampf verliert. Die dieser Aufgabe entgegen tretenden Kräfte mit ihrer zünftlerischen Einstellung mussten überwunden werden. Der aus dieser Aufgabe letzten Endes resultierende Erfolg beginnt sich einzustellen und das Stiftungsfest war bereits ein Niederschlag davon. Es ist zu hoffen, dass die Vereinsmitglieder, die sich vorübergehend auf die Opposition gegen den neuen Vereinsvorstand verlegten, jetzt ihre alten Beziehungen zum Verein wiederfinden.

Die Vereinsleitung jedenfalls darf Stolz auf den Erfolg ihres Werkes sein, dass durch den aussergewöhnlichen Erfolg des Festes volle und ungeteilte Anerkennung ihrer sportpolitischen Linie und ihrer unverdrossenen Arbeit ist.

Das Programm war reichhaltig und abwechslungsreich. Neben dem Tendenzstück, kam auch die humorvolle Unterhaltung nicht zu kurz. Die lebenden Bilder waren eindrucksvoll. Die Aufführung "Eine erfolgreiche Begegnung" von den Schiltigheimer Kameraden war eine wirksame Propaganda für die Arbeiter-Touristenbewegung. Die "Gestapo", aufgeführt von den Arbeiterweibern demonstrierte die Verbundenheit mit den antifaschistischen Kämpfern Deutschlands und enthielt zugleich eine Mahnung an uns alle. Aber notwendig ist zum besseren Verständnis des Stückes eine einleitende Erläuterung. Warum sagt man nicht kurz in welcher Lage die deutschen Arbeiter durch den Faschismus versetzt wurden, warum gibt man nicht einige nüchterne Zahlen über die Zahl der Ermordeten, der Hingerichteten, der Verurteilten und das gesamte Strafmass an Gefängnis und Zuchthaus? Warum sagt man den Arbeitern nicht, dass auch bei uns die gleichen Kräfte am Werk sind um uns das Schicksal der deutschen Arbeiter zu bereiten und dass auch die Arbeitersportler aktiv am Kampfe gegen den Faschismus teilnehmen wollen? Das scheint uns sehr notwendig.

"D'r Schambediss fährt Velo" und "Drunter un Drwker", aufgeführt von Mitgliedern der "Aurora" lösten wahre Lechsalven aus, zumal jeder Mitwirkende sein ganzes schauäppelerische Talent an den Tag legte.

Der Arbeitergesangsverein gab einige Tendenzchöre zum Besten, die reichen Beifall fanden. Der Arbeitermandolinenverein Strassbourg zeigte sein Können, wofür ihm stürmischer Applaus zu Teil wurde und die "L'Avenir" gab mit einigen gelungenen Darbietungen eine Probe ihrer vielseitigen sportlichen Betätigung.

Nach Abwicklung des reichhaltigen Programms wurde dann unter den Klängen der vorzüglichen Kapelle das Tanzbein bis zum frühen Morgen geschwungen.

Das Fest zeigt die "Aurora" wieder auf dem Wege nach vorwärts. "Weiter vorwärts auf diesem Wege", muss die Devise des Vereins sein.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Eine Irrführung der proletarischen u. bürgerlichen Jungkatholiken:

"Für Demokratie und gegen jeden Faschismus".

==.

Auf der Tagung der Jungvolkspartei in Colmar forderte Deputé Rossé die Jungvolkspartei auf dem Faschismus den Weg zu versperren und auf keinen Fall auf die Lockmittel der faschistischen Verbände herein zu fallen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution heisst es, dass die Jungvolkspartei sich heute wie gestern zur Demokratie bekenne und mit allen Mitteln für ihre Verwirklichung kämpfen wird.

In der Resolution ist aber mit keinem Wort zur antifaschistischen Einheitsfront Stellung genommen worden. In der Resolution heisst es lediglich, dass die Jungvolkspartei Gegner des Faschismus sei, in welcher Form und von welcher Seite er auch komme. Wer die Haltung des "Els. Kurier"

kennt, weiss, dass Hr. Rossé sogar die Volksfront des Versuchs der Errichtung einer Diktatur anklagt und die UPR gegen jeden Diktaturversuch und gegen den Faschismus von rechts, wie von "links" kämpfen werde. Rossé folgt hier nur seinen grösseren Vorbildern à la Brüning, Stegerwald u. Co, für die der Kampf gegen den Faschismus zugleich ein Kampf für die Staatsreform in faschistischer Richtung und ein Kampf gegen die Arbeiterklasse war. Das Schlagwort vom braunen und roten Faschismus stammen ja aus der Brüning'schen Wunderkiste.

Wie windig es um den Kampf gegen den Faschismus bei der Jungvolkspartei aussieht, zeigt die Forderung auf "Zurückführung der Gesellschaft auf jene Grundlagen, welche nach den Weisungen der päpstlichen Enzykliken allein eine "wahre" Demokratie erlauben und erhalten." Diese päpstlichen Enzykliken sind das Evangelium des klerikalischen Faschismus in Österreich. Die darin verkündeten Abkehr vom liberalistischen Kapitalismus - die Betonung liegt allein auf dem Wörtchen "liberalistischen" - ist nichts als die Anpassung des Klerikalismus an die veränderten Existenzbedingungen des Kapitalismus. Eine wahre Demokratie aber lässt sich auf der Grundlage der Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und auf der Grundlage der Beibehaltung der Klassen nicht verwirklichen. Wahre Demokratie setzt Beseitigung der ökonomischen Ungleichheit voraus, was nur durch den revolutionären Sturz der kapitalistischen Ordnung, gleichgültig welches ihre Staatsform ist, verwirklichen. Aber gerade dagegen wendet sich die Jungvolkspartei. Indem Rossé den Kommunismus als eine Form des Faschismus denunziert, kämpft er für die Beibehaltung von arm und reich und damit für die Beibehaltung jenes gesellschaftlichen Zustandes, der dazu führt, dass in einem Jahre allein 991 000 Waggons Getreide, 144 000 Waggons Reis, 267 000 Säcke Caffee, 2.5 Millionen kg. Zucker, 1.5 Millionen Doppelzentner Fleisch und 1/2 Million Doppelzentner Fleischkonserven unverbraucht vernichtet werden.

Die berufsständische Ordnung, für die Jungvolkspartei eintritt und die auf der Erhaltung der ökonomischen Ungleichheit und daher auf den daraus resultierenden Interessen- und Klassengegensätzen beruht, kann daher keine wirkliche Volksgemeinschaft verwirklichen, keiner wahren Demokratie den Weg ebnen. Sie kann nur wie in Österreich mit einem riesigen polizeilichen Apparat die Interessen- und Klassengegensätze vorübergehend mit Gewalt unterdrücken und muss daher als Voraussetzung dazu, die demokratischen Rechte und alle vom Staat unabhängigen Berufs- und Klassenorganisationen vernichten.

Der Weg zur "Wahren" Demokratie, der nach Rossé über die berufsständische Ordnung führt und dazu noch ein klerikales Müntelchen zugelegt erhalten soll, kann daher nur zur Abschaffung der Demokratie überhaupt führen. Der Kommunismus, der die Aufhebung der ökonomischen Ungleichheit durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Grund und Bodens als Voraussetzung wahrer Demokratie erstrebt, aber wird von Rossé als Linksfaschismus bezeichnet. Ein Beweis dass er unter der Maske der "wahren Demokratie" die Herrschaft des Kapitals und die Ausbeutung der Arbeit verewigen will. Das gilt es den Jungkatholiken zu sagen, sowiet sie nicht nach einem Pfarramt oder sonst einen fetten Posten schießen. Die Lohndiebstahl der "Humanität" aber nutzt nur den klerikalischen Demagogen, die das ehrliche Streben der werktätigen Jungkatholiken unter dem Schlagwort vom "Wahren Christentum" für die Pläne der Reaktion einspannen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten

Die am 30. Okt. stattgefundene Monatsversammlung der KPO wie gerade die doppelte Besucherzahl auf, die Huober uns zugestehen will. Das Referat eines Vertreters der IVKO fand ungeteilten Beifall. 2 Neuaufnahmen wurden getätigt und 25 Frs für den Kampffonds gesammelt. Nach der Wahl eines Delegierten zur IVKO-Konferenz wurde die Versammlung geschlossen.

Die Francisten präsentieren sich jetzt ebenfalls als Heimatrechtler. Sie versprechen Elsass-Lothringen die Verwaltungsautonomie. Dafür wollen sie uns allerdings einen Knobel in den Mund stecken, unsere Organisation zugunsten des totalitären Staates vernichten, das Streikrecht, Koalitionsrecht und die Pressefreiheit beseitigen. So sehen dann unsere "Heimatrechte" aus.

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse: USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N^o 33/II. Jahrgang.

Dritte Novemberwoche 1935.

Zur Lage:

KLARE FRONTEN
oooooooooooooooooooo

Das Finanzkapital, Laval und die Faschisten arbeiten zusammen.

Die reaktionäre Presse ist seit Tagen auf den Ton gestimmt: "Laval muss bleiben!" Beibehaltung der Regierung Laval das ist die Fortsetzung der Politik der Kapitaloffensive auf Kosten der werktätigen Massen in Stadt und Land; das ist die Aufrechterhaltung der Lavalschen Schanddekrete und die Aussicht auf ein paar Schock weiterer Notverordnungen, Beibehaltung der Regierung Laval das ist die weitere Duldung und Förderung der faschistischen Banden u. ihrer Terrorakte; das ist der Ausbau der Querverbindungen zwischen dem Staatsapparat, der Armee, der Polizei, der Justiz und den faschistischen Organisationen, vor allem den Croix de feu.

Die grosskapitalistischen Drahtzieher, die die Politik der Regierungen Frankreichs beherrschen, haben auch nicht gezögert, zu zeigen, dass sie bereit sind, den nötigen ausserparlamentarischen Druck zu erzeugen, um einen Sturz der Regierung Laval zu verhindern. Wie es bei derartigen Gelegenheiten üblich ist und wie das zuletzt auch im Sommer erlebten, drohte die Bank von Frankreich auch diesmal mit einer Panik, mit einem Run auf die Banken, falls an den von dem Grosskapital diktierten Notverordnungen Lavals gerüttelt werden sollte. Die Bank von Frankreich gab bekannt, dass sie von neuem einige Hundert Millionen Francs aus ihrem Goldschatz abgegeben hatte und setzte ihren Diskontsatz ostentativ herauf. Das war ein deutlicher Wink mit dem Zaunfahl. Auf der anderen Seite steigerte die vom Grosskapital ausgehaltenen faschistischen Banden ihr provokatorisches Auftreten und kündigen nach wie vor öffentlich gewaltsame Aktionen für den Fall eines Sturzes Lavals durch das Parlament an. Kerliss, der den Goebels der Croix de feu zu spielen sucht, hat Herriot für den Fall, dass dieser nicht hundertprozentig zu Laval halten sollte, mit Drohungen in einer Tonart bedacht, die lobhaft an die Mordhetze erinnert, die s. Zt. gegen Jaurés in Frankreich und gegen Erzberger und Rathenau in Deutschland betrieben wurde. Die letzte Bluttat der Croix de feu in Limoges zeigt, dass die Banden de la Rodques drauf und dran sind, in Frankreich einen Terrorfeldzug gegen Arbeiterstädte nach dem Muster der Strafexpeditionen, mit denen die italienischen Faschisten in den Jahren 1921/22 die von sozialistischen Mehrheiten verwalteten Gemeinden verwüsteten, durchzuführen.

Wie verhält sich in dieser Stunde der Radikalsozialismus?

Die französische Arbeiterklasse hat allen Grund, sich keinerlei Illusionen hinzugeben, sondern die grossen Gefahren, von denen sie umlauert wird, hundertprozentig klar und im vollen Umfang zu erkennen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit wieder, dass die Politik des Bündnisses mit den Radikalsozialisten, wie sie von der SFIO und KPF betrieben wird, nicht nur kein Mittel ist, um die Kräfte des Proletariats im Kampfe gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive zu vermehren, vielmehr den Blick des Proletariats und der werktätigen Massen überhaupt vernebelt. Gerade in den letzten Tagen hat die radikale Partei von neuem gezeigt, dass sie als Partei, die von Kapitalisten geführt wird, nicht als Bundesgenosse der Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Angriffe des Grosskapitals und des Faschismus in Frage kommt. Die radikale Partei ist zwar "für die Volksfront" nämlich soweit es sich um Wahlbündnisse handelt, weil die Radikalen genau

wissen, dass sie bei den Wahlen des nächsten Jahres ihre Kampagne weder gegen zwei Fronten, gegen rechts und links, noch im Bunde mit der Rechten (Herriot u. Daladier wissen ganz genau, dass Kerillis, de la Rocque und die kirikalischen Politiker der Maringruppe ihnen keine Wahlhilfe leisten werden), sondern nur im Bündnis mit den Arbeiterparteien mit Erfolg führen können. In allen entscheidenden Situationen aber erweisen sich die Radikalen als ein Bleiklotz am Fusse der proletarischen Einheitsfront, der diese an der Entfaltung der Aktion hindert, der sie auch hindert, die kleibürgerlichen Massen, die den Radikalen folgen, zu Aktionen mitzuzwängen. Auf ihrem Kongress hatten die Radikalen es abgelehnt, die Notverordnungen Laval's abzulehnen, sie wollten die nur "humanisieren". In der Finanzkommission der Kammer stimmten die Radikalen dann für einige Verbesserungen der Notverordnungen. Aber kaum begann die Bank von Frankreich zu drohen, kaum begannen die Grosskapitalisten die Stirn zu runzeln und die Faschisten unversöhnt zu werden, da sank den Radikalen das Herz in die Hose. Herriot erklärte sich für die Beibehaltung der Regierung Laval und begann Verhandlungen, um die Finanzkommission mit der Regierung zu "versöhnen", d. h. um die beantragten Reformen zugunsten der Kleinrentner und Beamten zu hintertreiben. Der Mut der radikalen Partei geht so weit, als dadurch nicht das berühmte "Vertrauen" zur Finanzpolitik der Regierung zerstört wird, und dieses "Vertrauen" ist nichts anderes als die vom Grosskapital gewünschte Sicherheit, dass die Politik der Regierung seine Profitwirtschaft nicht im geringsten stört, es ihm vielmehr gestattet, jeweilig alles zu tun, um sein Schachfen auf Kosten der Masse zu sichern. Was sie faschistischen Organisationen anbelangt, so ist die radikale Partei stets bereit, Resolutionen gegen die Faschisten zu beschliessen. In der Praxis aber stattet der Innenminister Paganon, der eine Leuchte der radikalen Partei ist und von ihr dieser Tage zum Senator gewählt wurde, die algerischen Croix de feu mit Polizeibefugnissen aus. Der Führer der Radikalen, Herriot, deutet in einer Rede, die er letzte Woche in Lyon hielt, die Forderung des radikalen Parteikongresses nach Auflösung der faschistischen Ligen in der Weise aus, dass von dieser Forderung praktisch nichts übrig bleibt. Nach Herriot müsste bei einem Vorgehen gegen die Ligen die "republikanische Tradition" gewahrt, die Vereinsfreiheit dürfte nicht angetastet werden. Herriot will kein Verbot der faschistischen Organisationen, sondern nur ein Demonstrationsverbot, das in den Händen der bürgerlichen Justiz und Polizei zu einer Waffe gegen die Arbeiterschaft werden würde.

DIE KPF und die Radikalen.

aus dieser hier zitierten Haltung der Radikalen gilt es für die Arbeiterschaft die Folgerungen zu ziehen.

Die KPF hält leider trotz dem anschauungsunterricht der letzten Tage an der Volksfrontpolitik im Sinne eines Bündnisses mit den Radikalen fest.

Das wird sie daran hindern, die Teilkorrekturen, die sie in letzter Zeit an ihrer opportunistischen Taktik vorgenommen hat, voll auszuwerten. So hat die KPF jetzt die Parole der Schaffung einer Organisation der "Volksverteidigung" gegen den Faschismus ausgesprochen. Wir erinnern, dass Cam. Thorez in seiner Subütte-Versammlung uns scharf angegriffen hat, weil wir die Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes forderten. Wir notieren mit Befriedigung, dass die Leitung der KPF in dieser Frage eine gewisse Korrektur vorgenommen hat. Das ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit und Richtigkeit unserer Kritik an den opportunistischen Fehlern der KPF. Leider wird die Aufstellung der Losung der Organisation der "Volksverteidigung" von der Abkündigung begleitet, dass diese Organisation im Falle eines Verbots der Ligen sofort aufgelöst werden sollte. Wir haben schon oft nachgewiesen, dass jedes Verbot der faschistischen Ligen, solange die Bourgeoisie herrscht, auf dem Papier bleiben wird, wenn nicht eine antifaschistische Massenselbstschutzformation durch ihre Aktion dafür sorgt, dass dieses Verbot in die Tat umgesetzt wird. Ferner wird als Ziel der "Volksverteidigung" der Schutz der Republik, d. h. des bestehenden bürgerlichen Staates bezeichnet und nicht die Verteidigung der Rechte der Werktätigen gegen alle Anschläge, auch wenn diese Anschläge von der bürgerlichen Republik und ihrer Regierung geschickt werden. Man merkt es diesen mangelhaften Formulierungen an, dass die KPF sie mit Rücksicht auf die Erhaltung der guten Beziehungen zu

den Radikalen im Rahmen der Volksfront gebraucht.

Kerner fordert die KPF jetzt die Schaffung antifaschistischer Komitees in den Betrieben und Wohngebieten und schlägt eine ausserparlamentarische Aktion der Arbeiterorganisationen, d. h. der KPF, der SFIO u. der Gewerkschaften gegen die Notverordnungen vor. Auch das ist richtig und auch das ist eine Desavouierung der Stellungnahme, die der Kam. Thorez in der Aubette-Versammlung zu unseren Vorschlägen eingenommen hat. Aber der ausserparlamentarische Kampf gegen den Faschismus und gegen die Notverordnungen kann nicht mit einem Bündnis mit den radikalen Partei im Rahmen der Volksfront vereinbart werden. Die Politik der radikalen Partei ist darauf gerichtet, die Kapitalsoffensive nicht zu stören und wer die Kapitalsoffensive nicht stören will, der kann weder die Notverordnungen bekämpfen, noch dem Faschismus ernsthaft zu Leibe gehen. Die "Humanität" hat sich in ihrer Not in den letzten Tagen damit geholfen, dass sie geflissiglich die Stellung Herriots zu den Beschlüssen der Finanzkommission und zur Frage einer Krise der Regierung Laval verschwiegen, wie sie überhaupt über die Tatsache hinweggeht, dass Laval seine ganze Politik nur machen kann, weil die Radikalsozialisten Herriot, Rogatier, Pagaget mit Einverständnis ihrer Partei ihm zur Seite stehen. Als "Le Lion" im "Populaire" darauf hinwies, dass die Radikalen es ablehnten, eine rein radikale Regierung zu bilden, weil sie bei den Wahlen des nächsten Jahres nicht belastet sein wollten, schlug Duclos in der "Humanité" allen Ernstes vor, dass die KPF und SFIO feierlich erklären sollten, dass "eine Regierung der Linken, die ihre Aktion auf den Kampf gegen die Ligen beschränkt, (auf wirtschaftlichen Gebiet aber in den Spuren Lavals fortwurstelt. Red. d. A. P.) nicht die geringste Überbietung bei den Wahlen" von Seiten der Arbeiterparteien zu befürchten hätte. Duclos schlug also den Radikalen für den Fall, dass sie Laval stürzen und die Regierung übernehmen, einen Nichtangriffspakt vor. Es ist klar, dass man nicht einerseits auf eine Kritik der Radikalen und insbesondere einer radikalen Regierung, die eine bürgerliche Regierung sein würde, verzichtet und gleichzeitig den ausserparlamentarischen Kampf gegen die Notverordnungen, die von den Radikalen aktiv und passiv mit gemacht werden, fördern kann. Duclos berechnete Kritik an den Sozialisten, denen er vorhält, es handle sich nicht darum, bloss gegen die Notverordnungen zu reden,

(Fortsetzung folgt.)

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Regionalrat:

Wir und der Regionalismus.

==.

Kurz vor Ablauf der Dekretvollmachten hat die Lavalregierung noch schnell ein umfangreiches Bouquet Notverordnungen der Öffentlichkeit dargeboten. Eine dieser Notverordnungen betraf Elsass-Lothringen direkt und brachte die Aufhebung der seitherigen Generaldirektion für Elsass-Lothringen mit Herrn Valot an der Spitze. Die Verwaltung der drei Ostdepartements ist jetzt dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt, deren Unterstaatssekretär, H. Blaisot ein Feuerkreuzlerdefilé in Caen angeführt haben soll. Wie verlautet, soll Laval die Absicht haben die Politik gegenüber Elsass-Lothringen umzustellen. Nach einer Mitteilung in einer Pariser Zeitschrift soll Laval die bisherige Verwaltung der elsass-lothringischen Generaldirektion angeklagt haben, dass sie sich auf die Linke (Sozialisten u. Radikale) in Elsass-Lothringen stütze. Eine Reihe politischer Tatsachen (Begrüssungstelegramm des unterelsässischen Generalrats an Laval, Umstellung der Demokraten auf Zusammenarbeit mit der UPR auch im Oberelsass, das Verhalten des unterelsässischen Präfekten anlässlich der Beratung des Wunschantrages auf Regionalverwaltung, dass von M. Walter in reichen Masse ausgestreute Lob für den Präfekten) deuten an, dass die Lavalregierung sich eine neue Massenbasis für ihre Gesamtpolitik und für ihre spezifische Politik gegenüber Elsass-Lothringen in den drei Ostdepartements sucht. Zu diesem Zweck sucht die anscheinend auf dem Wege einiger Scheinkonzessionen in der Frage der Regionalverwaltung und durch Fallenlassen ihrer bisherigen politischen Stützen ihre Basis stärker nach rechts, auf Demokraten und UPR zu verlegen.

Anlässlich der letzten Tagungen der Generalräte wurde die Abschaffung der Generaldirektion benutzt, um in Form einiger Wunschanträge den Ruf nach einer Regionalverwaltung für Elsass-Lothringen zu erheben. Im Wunschantrag des Generalrats des Bas-Rhin heisst es u. a. " ... dass in organischer und rationaler Weise in den Départements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle eine regionale Verwaltungsorganisation aufrechterhalten und entwickelt werde, die durch einen regionalen Verwaltungsmann geleitet, notwendigerweise durch einen aus Volksvertretern zusammengesetzten Regionalrat unterstützt werden muss."

Der Préfekt vom Untorelsass hat im Gegensatz zu seinem Kollegen im Oberelsass, den Antrag sympathisch aufgenommen. Er gab dem Antrage die Auslegung, dass die drei Départemental-Kommissionen Elsass-Lothringens sich versammeln und gemeinsam tagen werden. Sie sollen sich über gewisse gemeinsame Interessen aussprechen und eventuell an einen Modus für regelmässige Zusammenkünfte und über die Präsidentenfrage ausarbeiten. Die Regierung würde dann dieses Reglement prüfen und eventuell genehmigen. Danach würde dann der vereinigten Départemental-Kommission ein verantwortlicher Beamter als Leiter gegeben. Es ist durchaus anzunehmen, dass Laval sich auf diesem Wege die Unterstützung der UPR für seine Gesamtpolitik zu sichern versucht.

Wir Kommunisten sind selbstverständlich für jede Erweiterung der demokratischen Rechte der Massen, also auch für eine Erweiterung der lokalen Selbstverwaltung und damit auch der regionalen Selbstverwaltung. Aber angesichts des Niederganges der bürgerlichen Demokratie und der drohenden Gefahr des Faschismus wäre es falsch, sich auf Reformen im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu konzentrieren und sich der trügerischen Illusion hinzugeben, als könne jetzt eine Ära solcher Reformen anbrechen. Der vorherrschende Zug in der Politik der herrschenden Bourgeoisie ist gerade die entgegengesetzte Entwicklung. Anzunehmen, dass Laval jetzt in Elsass-Lothringen eine Ära demokratischer Reformen in der Richtung des Selbstbestimmungsrechts durchführen werde, heisst Eulen nach Athen tragen. In Wahrheit kann nur die revolutionäre Lösung der Krise der bürgerlichen Demokratie in der Form der Sowjetmacht die demokratischen Rechte der Werktätigen erhalten und erweitern und nur die Sowjetmacht in Frankreich wird eine wirkliche und vollständige Verwirklichung der Selbstverwaltung der Werktätigen. Selbst eine regionale Autonomie, wie sie im Antrag des Generalrats des Haut-Rhin gefordert wird, bedeutet keine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, im Höchsthalle würde ihre Verwirklichung lediglich eine Milderung der nationalen Unterdrückung bringen, denn die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts ist an die siegreiche proletarische Revolution in Frankreich gebunden.

Unsere Autonomisten tun so als ob die regionale Autonomie eine Wunderkiste wäre, in der jene Universalärzney enthalten ist, mittels der alle wirtschaftlichen Nöten des arbeitenden Volkes von Elsass-Lothringen beseitigt werden könnten. So wird z. B. den Bauern eingeredet, dass das Vorhandensein eines Landtages für Elsass-Lothringen die Saarfrage ganz im Sinne der bäuerlichen Interessen geregelt hätte. Als ob Hitler darüber nicht auch etwas mitzureden hätte und er nur darauf gewartet hätte den Saarmarkt der zollfreien Einfuhr der Erzeugnisse der elsass-lothringischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Selbst eine regionale Autonomie und selbst ein eigener Landtag mit eigenem Budgetrecht würde an der kapitalistischen Krise nichts ändern. Das gilt es angesichts der autonomistischen Demagogie mit aller Deutlichkeit zu betonen. Die Lösung der Krise der Landwirtschaft ist nur im Rahmen einer Gesamt-Krisenlösung möglich und ihre Lösung im Interesse der Kleinbauern kann nur im Bunde mit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Herrschaft des Kapitals mit revolutionären Mitteln erfolgen.

Die UPR und die ihr verwandten Elemente wollen die regionale Verwaltung um die werktätigen Massen Elsass-Lothringens von ihren französischen Brüdern zu trennen, um aus dem Elsass einen reaktionären Naturschutzpark zu machen. Die Kommunisten werden für jede Erweiterung der regionalen Selbstverwaltung kämpfen, aber sie werden sie zu dem Zwecke ausnützen, um gemeinsam mit den Werktätigen Innerfrankreichs umso energischer gegen die Kapitaloffensive, gegen die Faschisten, für die proletarische Re-

revolution zu kämpfen. Diese Solidarität und Verbundenheit mit dem werktätigen Volk Innerfrankreichs gebietet das Interesse aller Werktätigen Elsass-Lothringens, denn jeder Erfolg des innerfranzösischen Proletariats ist zugleich ein Erfolg für das arbeitende Volk Elsass-Lothringens. Man braucht hier nur an den Kampf gegen die Notverordnungen zu denken. Gerade gegenwärtig ist es notwendig, dem arbeitenden Volke Elsass-Lothringens zu sagen, dass die UPR und mit ihr französische reaktionär-faschistische Kreise die Regionalverwaltung nur zu dem Zweck wollen, um aus Elsass-Lothringen ein faschistisches Bollwerk zu machen, eine neue Vendée, ein französisches Kahrbayern. Die Francisten um Bucard erklären heute bereits offen und ihre Konzentration auf Elsass-Lothringen, wie ihre neueste Proklamation für die Verwaltungsautonomie für Elsass-Lothringen, ist dafür ein deutlicher Beweis. Das arbeitende Volk Elsass-Lothringens wird und muss allen reaktionären Absichten, die mit dem Gedanken der Regionalverwaltung durch die UPR und die reaktionär-faschistischen Kreisen verbunden sind, den entschlossensten Kampf im Bunde mit der innerfranzösischen Arbeiterklasse entgegensetzen. Mit obensolcher Entschlossenheit muss sie dagegen kämpfen, dass die Regionalverwaltung ein Schutzschild für die reaktionären Besonderheiten Elsass-Lothringens, wie z.B. die Aufrechterhaltung der Sonderstellung der Kirche etc. wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Tarifvertrag für die Bauarbeiter abgelehnt:

Was soll jetzt geschehen?

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

Wie wir bereits in Nr. 63. der "Arbeiterpolitik" berichteten, haben die Bauunternehmer den Abschluss eines allgemeinen Tarifvertrages für das Baugewerbe abgelehnt. In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Herr Maire von dieser Tatsache durch Verlesen eines längeren Schreibens des Präsidenten des Unternehmervverbandes Kenntnis. In diesem Schreiben waren alle reaktionären Argumente gegen den Abschluss eines Tarifvertrages und gegen die Gewerkschaften zusammengetragen worden. Nebenbei wurde in diesem Schreiben auch noch ein kleiner Seitenhieb gegen die Stadtverwaltung ausgeteilt, die die Verantwortung für die Neuregelung der städtischen Mindestlöhne durch das Aufwerfen des Tarifvertrages von sich auf die Bauunternehmer abwälzen möchte.

Aus der Erklärung des H. Maire geht klar hervor, dass die Stadtverwaltung den Abbau der städtischen Mindestlöhne aufrecht zu erhalten gedenkt und im übrigen eine andere, also tarifliche Regelung der Bauarbeiterlöhne in Ruhe abwarten will.

Diese Erklärung, durch die sich Herr Frey erneut zum Mundstück der Interessen der Unternehmer machte, wurde im Gemeinderat debattelos zur Kenntnis genommen. Die Volksfront schwieg und mit ihr schwieg auch H. Imbs, der repräsentativste Vertreter der OGT im Gemeinderat, obwohl er bei Beratung seines Antrages auf Abschluss eines Tarifvertrages für das Baugewerbe erklärt hatte, dass die Fraktion der SPJO auf die Angelegenheit erneut zurückkommen werde, falls die eingeleiteten Verhandlungen über einen Tarifvertrag scheitern sollten. Dieses Schweigen der sogenannten Arbeitervertreter im Gemeinderat in einer so brennenden Arbeiterfrage ist bezeichnend und verdient gebührende Beachtung.

Die Aufgaben die sich aus der ablehnenden Haltung der Bauunternehmer in der Frage eines allgemeinen Tarifvertrages für die Bauarbeiter ergeben, haben wir in aller Ausführlichkeit hier bereits entwickelt. Nachdem der Versuch auf dem Verhandlungswege zu einem Tarifvertrag zu gelangen, gescheitert ist, muss als erster Schritt auf dem Wege des Kampfes für einen im Interesse der Bauarbeiter gelegenen Tarifvertrages in engster Verbindung mit allen Gewerkschaften und den Arbeiterparteien der Kampf für die Wiederherstellung der alten Mindestlöhne geführt werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Gewerkschaftseinheit muss verwirklicht werden:

Eine prächtige Versammlung der Strassburger Holzarbeiter.

==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==.==

In Nr. 60 unserer "AP" haben wir über die Initiative der unitären Holzarbeiter zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit berichtet. Die auf beiderseitiges Einverständnis festgesetzte Verschmelzungs-Versammlung am 17. Nov.

wurde leider nur zu einer CGTU-Versammlung, die jedoch von über 200 Kameraden besucht war, und einen nachhaltigen Eindruck nach innen und ausen hinterliess. Wir sagen leider, weil die CGT-Leitung unverständlicher Weise künstliche Hindernisse aufwarf, nach dem die CGTU-Leitung zu den weitgehendsten Konzessionen bereit war. Die vom CGT-Syndikat gemachten Schulden sollten nach der Absicht der CGT-Leitung vor der Verschmelzung aus eignen Mitteln (Arbeitslosenzuschuss vom Staat) gedeckt werden. Das aber würde bedeuten, die Verschmelzung auf einen völlig unbestimmten Termin hinauszuschieben. Die CGTU-Leitung stand im Gegensatz dazu auf dem Standpunkt, dass die Regelung der Schulden durch die neue gemeinsame Syndikatsleitung erfolgen soll.

Die Versammlung, die durch ein Referat des Kam. Mohn eingeleitet wurde, nahm mit grösster Aufmerksamkeit den Bericht des Vorsitzenden, Kam. S. über die bisher stattgefundenen Verhandlungen mit dem SGT-Syndikat entgegen. Den Standpunkt der CGT suchte eine Delegation zu verteidigen. Durch die dann einsetzende Diskussion der Betriebsproleten musste sich die CGT-Delegation zu einer Revision ihres Standpunktes bequemen und man einigte sich auf die Wiederaufnahme der Verschmelzungsverhandlungen.

Die vom Kameraden R. eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Neben rein beruflichen Forderungen wurde verlangt: Abwälzung der Lasten der Krise auf die Besitzenden, Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände, Kampf gegen den faschistischen Terror, Bildung von Abwehrformationen, ausserparlamentarische Aktion gegen die Kapitaloffensive, Brechung der Preisdiktatur der Kapitalmonopole und Kontrolle der Arbeiter und Angestellten über die Produktion.

Es wird die Aufgabe der Holzarbeiter sein, damit die in ihrer Resolution ausgedrückten Forderungen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern zur Grundlage der Aktion aller Gewerkschaften werden. In diesem Sinne arbeiten wir auch daran, dass die neuesten Verhandlungen die Gewerkschaftseinheit zu einem positiven Resultat führen. Fr.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Ganz nach Hitlermaier:

Die Francisten "für die Heimatrechte".

====

Die Francisten, diese Hitlerianer französischer Prägung haben nun auch die elsass-lothringische Frage entdeckt. "Sie lehnen sich gegen die unsinnige, alles verfälschende jakobinische Zentralisationsmethode auf" und wollen, obzwar der Francismus die Totalität der Staatsmacht - ganz wie Hitler - erstrebt, und er jeder politischen Autonomie feindlich gegenüber steht, die Verwaltungsautonomie für Elsass-Lothringen. Sie versprechen die Kultur des elsass-lothringischen Volkes zu respektieren, worunter sie selbstverständlich nichts anderes als die ins elsassische übersetzte "Kultur" des Francismus, also die kapitalistisch-faschistische Barbarei verstehen. Denn die gleichen Herren, die da die Zweisprachigkeit proklamieren, wollen ja nur eine Sprache, die Sprache der Hitler, Musolini, de la Rocque und Ducard, denn die Sprache eines Karl Marx, eines Jauros, eines Marat wird im totalen Staat des Francismus genau so in Ketten gelegt, wie in Hitlerdeutschland. Die Beamten werden aus der Region rekrutiert, sagen die Francisten. Die Francisten würden also im Falle ihrer Machtübernahme Elsass-Lothringen einen "bodenständigen" francistischen Statthalter bescheren und dafür eintreten, dass die Futterkrippen möglichst den elsass-lothringischen Blauhemden reserviert würden. In den Fragen der Kultur vertreten unsere Francisten ebenfalls den hitlerischen Standpunkt. Der Pfarrer und die Kirche sind gut, solange und soweit sie die totalitäre Diktatur der Francisten als Äquivalent für die Beibehaltung des Konkordats in Elsass-Lothringen und seiner Ausdehnung auf ganz Frankreich restlos bei allen Schandtaten unterstützen. In den Steuerfragen vertreten die Francisten die Assimilierung. Auf dem Gebiete des "Rechtswesens" sollen nur Ausnahmegesetze - die ja vom Führer kraft seiner ihm von Gott übertragenen Mission selbsterherrlich erlassen werden - auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zugelassen werden. Von der Erhaltung der demokratischen Rechte des werktätigen Volkes El-

sass-Lothringens, Vom Koalitions und Streikrecht ist natürlich bei den Francisten keine Rede. Ebensowenig von der Presse- und Versammlungsfreiheit für die Werktätigen. Davon will uns ja der totalitäre Staat der Francisten befreien. Dafür wird dann das Grosskapital wie bei Hitler, noch skrupelöser wie in der bürgerlich-demokratischen Republik, gestützt auf seine materielle Macht ausserhalb jeder Kritik und Kontrolle stehend, das arbeitende Volk ausbeuten. Was der Francismus dem arbeitenden Volke Elsass-Lothringens gegenüber dem gegenwärtigen Zustand bringen würde, lässt sich in die Worte zusammenfassen: Der Francismus will das Volk von Regen in die Traufe führen. Danach aber gelüftet es dem arbeitenden Volke nicht, denn es will in die Sonne. Das arbeitende Volk von Frankreich und Elsass-Lothringen hat nicht in grossen revolutionären Kämpfen den Feudalismus und das absolute Königtum zertrümmert, um sich jetzt einem Ducardschen Feudalismus und einem neuen Bonapartismus in der Form des Faschismus auszuliefern.

Die Lösung der elsass-lothringischen Frage liegt allein in den Händen der siegreichen Arbeiterklasse. Die innerfranzösischen Werktätigen sind der einzig ehrliche Bundesgenosse des elsass-lothringischen Volkes im Kampfe gegen die soziale und die nationale Unterdrückung. Das gilt es überall zu verkünden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Auf dem Wege in den opportunistischen Sumpf:

"Antifaschistische" Volksfront mit der UPR?

==.

Obzwar der Generalsekretär der KPF, Kam. Thorez das Verhalten der Mülhauser Rayonleitung in der Frage der Bilgerschen Versammlungssprungung verurteilt hat und die Kam. Walliser und Genossen in diesem Punkte Recht erhielten, geht der Kurs auf Bildung der antifaschistischen Volksfront mit der UPR mit Genehmigung des ZK ungehindert weiter. Wir haben an dieser Stelle mit aller Ausführlichkeit die Bündnispolitik gegenüber den Radikalen kritisiert und zugleich gezeigt, dass der Weg des Bündnisses mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien nicht zu einer wirklichen Kampffront der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Massen führt. Das was wir über die Radikalen gesagt haben, trifft im gleichen Masse und noch entschiedener auf die UPR zu. Wenn eine solche Bündnispolitik von der SFIO vertreten würde, dann wäre dies noch verständlich, da ja die SFIO der Koalitions politik mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien nicht abgehend gegenübersteht. Wenn dies aber von der KP versucht wird, dann bricht dies doppelte Gefahren in sich, und jeder leninistisch geschulte Kommunist sollte einer solchen Politik begegnen.

Aus den hier entwickelten Gesichtspunkten müssen wir vor der in Mülhausen mit dem Herantreten an die UPR-Führung eingeleiteten neuen Versuch, die UPR in die antifaschistische Volksfront einzubeziehen, eindringlich warnen.

Auf Initiative der KP sind dort die der Volksfront angeschlossenen Organisationen mit der Frage an die UPR herantreten, ob sie auf der Grundlage des Schwurs vom 14. Juli zum Beitritt in die Volksfront bereit ist.

Die UPR hat darauf eine Antwort gegeben, die eigentlich nicht misszuverstehen ist. Trotzdem versucht die KP diese Antwort als geeignete Grundlage für die Einbeziehung der UPR in die Volksfront auszugeben. Dabei ist die ganze Antwort von dem Bestreben diktiert, die proletarische Einheitsfront im Streit um die Bündnisfähigkeit der UPR für die antifaschistische Volksfront zu entzweien und wenn möglich zu zerbrechen, ohne dass die UPR auch nur eine feste Verpflichtung eingeht und ihre Bündnisfähigkeit für die Demokraten usw. verliert.

So heisst es u.a. in dem Antwortschreiben der UPR Mülhausen:

"Die zutage getretenen Missstände in Staat und Verwaltung, welche der faschistischen Bewegung hauptsächlich in den innerfranzösischen Départements Auftrieb gegeben haben, müssen durch eine durchgreifende demokratische Staatsreform beseitigt werden."
Hier bekennt sich die UPR erneut zu den Doumergueschen Staatsreformplänen, die in der Richtung zum Faschismus liegen und den Abbau und die

Einschränkung der bürgerlichen Demokratie enthalten.

In dem Schreiben heisst es weiter:

"Zur Behebung der Anarchie und wirtschaftlichem Gebiet erstrebt die Partei die Schaffung einer berufsständischen Ordnung..."

Die berufsständische Ordnung ist die Entliberalisierung des Kapitalismus im Interesse des Kapitalismus. Sie hebt nicht die Anarchie auf, sondern sie organisiert ist. Die Verwirklichung der berufsständischen Ordnung führt zur Einschränkung und letzten Endes zur Aufhebung der demokratischen Rechte der Werktätigen und aller vom bürgerlichen Staat unabhängigen Klassenorganisationen des Proletariats, wie die Tatsachen beweisen und wie der christliche Ständestaat Österreich zeigt.

Dann heisst es:

"Wir sind Gegner des Faschismus, welcher Farbe er auch sei, und von wo er auch kommen möge. Aus diesem Grunde sind wir Anhänger der Entwarfung aller bewaffneten Ligen und Formationen, die eine gewaltsame Umgestaltung der Dinge (warum sagt man nicht einfach, die die Vernichtung der demokratischen Republik und ihre Ersetzung durch die faschistische Diktatur erstreben? Red. der "AP") und eine Diktatur in irgend einem Sinne erstreben!"

Diese Formulierung mag jeder zweimal lesen und er wird mit uns zugabe müssen, dass sie von den Klerikalen gegen die Kommunisten ausgelegt werden kann. Mit einer solchen Formulierung wurde in Deutschland der Rote Frontkämpferbund verboten.

Wie man eine solche Antwort als eine Voraussetzung für die Einbeziehung der UPR in die antifaschistische Volksfront ausgeben kann, bleibt das Geheimnis der "Humanité". Wenn die "Humanité" zur Rechtfertigung ihrer Stellung auf die Radikalen verweist, gegen deren Einbeziehung die SFIO nichts einzuwenden hat, so zeigt diese Beweisführung nur, wohin man gelangt wenn man erst einmal dem Teufel den kleinen Finger gereicht hat.

Im Grunde will doch die "Humanité" damit sagen: Wenn wir schon mit den Notverordnungs- und Laval-Radikalen in Volksfront machen, warum sollen wir dann nicht auch versuchen mit den Klerikalen trotz ihrer Propaganda für die berufsständische Ordnung und die Doumerguesche Staatsreform Volksfrontpolitik zu machen!

Prinzipiell unterscheidet sich eine solche Politik von der der deutschen Sozialdemokratie schon nicht mehr. Diese Politik aber hat zum Bankrott geführt. Wir haben kein Verlangen danach diesen Bankrott von kommunistischer Seite erneut bestätigt zu erhalten. Deshalb muss jeder Kommunist gegen das Abgleiten der KP in den opportunistischen Sumpf kämpfen und in der Partei den Bruch mit der Bündnispolitik mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien fordern. An deren Stelle muss die Politik der proletarischen Einheitsfront für die gemeinsame ausserparlamentarische Aktion treten und der Zusammenschluss mit der Masse der nicht-proletarischen Werktätigen auf dem Wege über die Schaffung von Einheitsfrontorganen.

ZUM VOLKSKONZERT AM 8. DEZEMBER.

Der "Union Chorale des Ouvriers Libres Strasbourg" veranstaltet am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Union-Theater sein diesjähriges Volkskonzert.

Programme und Eintrittskarten sind zum Preise von 2,50 frs bei allen Vereinsmitgliedern, sowie an der Tageskasse im Union-Theater zu haben.

Die Vereinleitung ladet alle Mitglieder der KPO (IVKO), sowie alle Leser der "Arbeiterpolitik" kameradschaftlichst zu dieser Veranstaltung ein.

Im Hinblick auf die tatkräftige Unterstützung, die bisher sämtliche Partei-, Gewerkschafts-, Sports- und sonstige Arbeiterveranstaltungen durch den Arbeitergesangsverein gefunden haben, appellieren wir an unsere Leser das Volkskonzert am 8. Dezember restlos zu besuchen.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 66/II. Jahrgang.

Vierte Novemberwoche 1935.

Zur Lage: AM VORABEND DER KAMMERDEBATTE.

=====

Was die Lage am Vorabend des Zusammentritts der Kammer kennzeichnet, ist, dass das Grosskapital seine ausserparlamentarischen Machtmittel und Kräfte aufbietet, um das Parlament unter Druck zu setzen, während die Entfaltung einer ausserparlamentarischen Aktion der Arbeiterklasse durch das Bündnis mit der radikalsozialistischen Partei, durch die sogenannte Volksfrontpolitik gehindert wird.

Laval möchte sich machen, als der "Retter" aufzutreten, mit dem der Frank den Bankrott und das Scheitern der Bank von Frankreich in der letzten Zeit ihren Diskontsatz schrittweise bis auf 6 % heraufgesetzt und alles getan um eine Panikstimmung ähnlich wie s.zt. im Juni, in den Tagen vor der Bildung der Regierung Laval, zu inszenieren. Das Verhalten Lavals, der Bank von Frankreich und der kapitalistischen Kreise, die hinter ihnen stehen, sieht ganz danach aus, als ob es ihnen nicht darum gehe, den Franken wirklich zu retten, vielmehr eine Panik auf dem Geldmarkt heraufzubeschwören, um die Schuld für einen Sturz des Franken von sich auf die Antifaschisten abzuwälzen. Im intimen Kreise, wenn sie unter sich sind, sind die Börsianer und Bankiers in bezug auf das Schicksal des Franken sehr skeptisch. Die Lavalsche Deflationspolitik hat ungeachtet aller Opfer, die sie den Werktätigen auferlegt hat, das Loch im Budget nicht beseitigt. Um das Defizit zu decken und so den Franken vor einem Sturz zu bewahren, wäre eine einschneidende Belastung der kapitalistischen Vermögen und Einkommen notwendig, und das ist gerade das, was Laval und seine Hintermänner am wenigsten wollen. Das Grosskapital und sein getreuer Diener Laval spielen also ein höchst unehrliches Spiel. Nicht den Franken wollen die retten, sondern die den Faschisten genehme Regierung und von Politik der Kapitaloffensive.

Neben der Panikmacheri wegen des Franken setzt das Grosskapital die faschistischen Ligen in Bewegung, um einen ausserparlamentarischen Druck auf die Kammer zu erzeugen. Die Croix de Feu ziehen ihre Bürgerkriegsgarden aus verschiedenen Teilen Frankreichs in und um Paris zusammen. Sie bereiten unter dem ihnen wohlwollenden Auge der Behörden der Republik neue bluttaten nach dem Muster von Limoges vor.

In dieser Situation konzentrieren KPF und SFIO ihre Hauptaufmerksamkeit auf das Parlament, dort aber besteht ihre Aktion darin, den radikalen Bundesgenossen aus der Volksfront zum Kampf gegen Laval zu animieren. Dabei hat es sich gezeigt, dass die Radikalen als Partei keinen ernsthaften Kampf gegen Laval und seine Politik wollen und dass die Führung der Radikalen mit Horror an der Spitze auch die zähmste parlamentarische Demonstration gegen Laval vermeiden und mit ihm in der praktischen Politik weiter zusammenarbeiten will. Es ist eine Irreführung der Arbeiter, wenn KPF und SFIO jetzt noch mit der radikalen Partei weiter in der Volksfront zusammengehen, statt die Haltung dieser Partei vor den Massen, insbesondere auch vor den Massen der radikalen Wähler zu demaskieren, indem sie die Radikalen durch eine ultimative Anfrage zwingen, sich eindeutig für oder gegen den antifaschistischen Kampf innerhalb und ausserhalb des Parlaments, für oder gegen Laval und seine Notverordnungen zu entscheiden. Wenn die Radikalen, wie zu erwarten, eine ausweichende Antwort geben, dann wird das den Massen im Lande die Augen öffnen und die wirkliche Organisation einer wirklichen antifaschistischen Volksfront, d.h. einer Sammlung aller Werktätigen um die proletarische Einheitsfront

und die zu schaffenden Organe dieser Einheitsfront erleichtern. So wie die Dinge heute liegen, trägt das Verhalten der KPF und SFIO, die die Zweideutigkeiten und Verrätereien der Radikalen nicht aufdecken, sondern vertuschen, dazu bei, die Massen der antifaschistisch gesinnten Werktätigen mit schädlichen Illusionen zu erfüllen.

Ein breiter und erfolgreicher ausserparlamentarischer Kampf der Arbeiter und der anderen werktätigen Schichten, eine richtige Organisation und Aktion antifaschistischer Selbstschutzverbände, ein wirklicher Kampf gegen die Notverordnungen und die Kapitalseffensive kann nicht dadurch herbeigeführt werden, dass man in den Massen Illusionen über in Zukunft zu erwartende Heldentaten der Radikalen im Parlament, beziehungsweise in einer Linksregierung, über die "republikanische" Polizei, die "republikanische" Armee etc. erweckt. Im Gegenteil: für einen erfolgreichen ausserparlamentarischen Kampf, wie er insbesondere jetzt zur Abwehr der faschistischen Bürgerkriegsabsichten geboten ist, ist es notwendig, mit diesen Illusionen Schluss zu machen.

Was die Arbeiterparteien jetzt tun müssen ist, sich nicht mit parlamentarischen Kombinationen mit der radikalen Partei zu beschäftigen, sondern auf das ausserparlamentarische Aufgebot des Grosskapitals die entsprechende Antwort zu geben. Die KPF und die CGTU fordern von den anderen Arbeiterorganisationen die Durchführung eines Generalstreiks für den Fall eines Putsches der droite de feu. Damit aber ein solcher Streik im Notfall erfolgreich ist, genügt es nicht ihn für die Zukunft ins Auge zu fassen, sondern er muss schon heute durch geeignete Massnahmen und Aktionen vorbereitet werden. Es ist auch keineswegs richtig, die Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks nur für einen Fall, nämlich den eines faschistischen Putsches, zu propagieren. Es ist notwendig, die Gewerkschaften und in die proletarische Einheitsfront hineinzuziehen, zusammen mit den Gewerkschaften wirkliche Einheitsfrontorgane in den Betrieben zu schaffen, in den Betrieben und Gewerkschaften Protestresolutionen gegen Faschismus und Kapitalseffensive, gegen Laval und seine Notverordnungen anzunehmen, Delegationen aus den Betrieben und Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Forderungen an die Behörden, Regierung und Parlament zu entsenden, Massenselbstschutzorganisationen nicht nur fordern, sondern auch organisieren, nicht nur organisieren, sondern auch einsetzen, um den Faschisten ihr Handwerk zu legen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE RUNDSCHAU.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die deutsch-französischen Verhandlungen. Laval hat durch seine Presse die Besprechung zwischen Hitler u. dem französischen Botschafter in Berlin als ein grosses diplomatisches Ereignis ausposaunen lassen. Laval will sich als der Friedensbringer aufspielen, wenn er mit Hitler verhandelt, ebenso wie er und seine faschistischen Freunde die Politik der Liebesdienste für Mussolini als dem Frieden dienend bezelohnen. Nach allen Pressemeldungen hat sich die Besprechung zwischen Hitler und Francois-Poncet um den Pakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion gedreht. Die Nazis machen keinen Hohl daraus, dass sie die Lösung dieses Paktes als eine Voraussetzung für die deutsch-französische Verständigung betrachten. Die Presse von Paris bringt sehr wenig über die Erklärungen, die Francois-Poncet im Auftrage Lavals in bezug auf diesen Pakt Hitler gegenüber abgegeben hat. Nach dem "Manchester Guardian" hatte Francois-Poncet den Auftrag, sich bei Hitler wegen der bevorstehenden Ratifizierung des franko-russischen Paktes zu "entschuldigen". Die Haltung Lavals und der von ihm beeinflussten Presse deutet daraufhin, dass Laval ohne den Pakt zwischen Frankreich und der SU direkt zu zerreißen, ihn praktisch unwirksam zu machen sucht, indem er Hitler unter vier Augen mitteilen lässt, dass dieser Pakt von Seiten der französischen Bourgeoisie nicht allzu ernst gemeint ist. Diese Politik Lavals ist nicht nur keine Friedenspolitik, sondern läuft darauf hinaus, die Nazis in ihren Kriegsplänen gegen die SU zu ermuntern.

Das japanischen Vordringen in Norchina. Die faktische Umwandlung der fünf norchinesischen Provinzen in eine japanische Kolonie zeigt von neuem, wie zugespitzt die imperialistischen Gegensätze heute sind und wie die Gefahr eines neuen Weltkrieges stündlich näher rückt. Der neueste

japanische Vorstoss ist ein schwerer Schlag für den englischen Imperialismus und dass die Japaner ihn überhaupt gewagt haben, ist daraus zu erklären, dass die britische Flotte im Mittelmeer konzentriert und England mit dem abessinischen Konflikt vollauf beschäftigt ist. Auch der amerikanische Imperialismus ist durch das Vorgehen Japans betroffen. Die Ereignisse im Fernen Osten werden auch auf Europa zurückwirken, einmal angesichts der Rolle, die der britische Imperialismus in Europa spielt, zweitens infolge der ziemlich engen Verbindungen zwischen Nazideutschland und Japan.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

KLARE FRONTEN.

oooooooooooooooooooo

(Fortsetzung aus Nr. 65).

Ducloux berechtigte Kritik an den Sozialisten, denen er vorhält, es handle sich nicht bloss darum, bloss gegen die Notverordnungen zu reden, man müsse sie auch praktisch bekämpfen, verliert dadurch jede Wirksamkeit.

Die Stellung der KPF ist umso bedauerlicher, als die letzte Tagung des Nationalrats der SFIO gezeigt hat, dass die Reformisten sehr geschickt die opportunistischen Fehler der KPF zu dem Versuch ausnutzen, sich in den Augen der klassenbewussten französischen Arbeiter, denen das Bündnis mit den Radikalen allmählich auf die Nerven geht, als diejenigen aufzuspielen, die "links" von den Kommunisten stehen. Die Kritik an der Volksfront, die von den verschiedenen Führern der SFIO auf der Tagung des Nationalrats geübt wurde ist wenig ernst gemeint, denn diese Führer waren und sind Anhänger der Zusammenarbeit mit den Radikalen, sie sind schon oft mit den Radikalen gegen die Kommunisten gegangen. In den Resolutionen des Nationalrats der SFIO wird denn auch die Volksfront bejaht. Aber es ist ein ernstes Zeichen, dass die reformistischen Führer der SFIO die opportunistischen Fehler der KPF in der Frage der Volksfront benutzen, um die verblichene Autorität des Reformismus durch gelegentliche kritische Äusserungen über die Volksfrontpolitik wieder aufzufrischen.

Der Nationalrat zeigte, dass bei der Masse der sozialistischen Arbeiter keine besondere Begeisterung für das Zusammengehen mit den Radikalen herrscht. Die reformistischen Führer nutzen diese Missstimmung für ihre Manöver aus, die sie zum Schaden der KPF versuchen. Andererseits zeigte das Auftreten des Vertreters der "Revolutionären Linken" der SFIO Marcou Pivert auf dem Nationalrat, dass gerade diejenigen sozialistischen Arbeiter, die am wenigsten von dem Bündnis mit den Radikalen wissen wollen, zugleich auch diejenigen sind, die einen ausserparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus und Kapitaloffensive fordern.

Die KPF muss zwischen dem Bündnis mit der radikalen Partei und dem ausserparlamentarischen Kampf gegen Faschismus und Kapitaloffensive wählen. Beides zusammen geht nicht und gibt nur den reformistischen Führern der SFIO Gelegenheit zu Manövern auf Kosten der Kommunisten. Zieht aber die KPF klare Fronten, dann wird der Drang der sozialistischen Arbeiter nach links und weg von den Radikalen dem Kommunismus zu gute kommen. Aussprachen was ist, klare Fronten schaffen, das ist das Gebot der Stunde. Es kommt darauf an, dass die KPF ihre Rolle als revolutionäre Führerin der Arbeiter und aller Werktätigen erfüllt. Dazu ist notwendig, dass sie die opportunistischen Fehler ihrer Politik nicht nur teilweise, nicht nur halb-schlächting, sondern konsequent beseitigt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus der Sowjetunion:

Die internationale Bedeutung der Stachanowbewegung.

=====

Ende voriger Woche fand in Moskau der Kongress der "Stachanow"-Leute mit Vertretern der Sowjetregierung der der KPdSU statt. Da diese Bewegung damit auch in den Vordergrund des europäischen Interesses gerückt ist, soll hier kurz ein Überblick über die Stachanowbewegung gegeben werden.

Um was handelt es sich?

Es handelt sich um eine Bewegung, die von einem Kohlenhauer namens Stachanow ausging und sich im stürmischen Tempo über die ganze SU verbreitete. Stachanow studierte sorgfältig den Arbeitsprozess des Kohlenhauers

mit dem Bohrhammer. Er fand, dass durch eine zweckmässige Organisation des Arbeitsprozesses das Arbeitsergebnis sich um ein vielfaches steigern liesse, nicht nur über die bisherige Norm hinaus, die in der Sowjetunion weit unter der Norm der kapitalistischen Länder lag, sondern auch weit über die Norm der am besten organisierten Kohlengruben in den technisch fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern. Er setzte das, was er herausgefunden hatte, in die Tat um. Seine Leistung wurde rasch bekannt. Aus seiner Einzelleistung wurde im Handumdrehen eine Bewegung, die nicht nur eine Industrie um die andere ergriff, sondern auch auf die kollektive Landwirtschaft übergriff. Zum Beispiel erzielte eine Arbeiterin auf den Zuckerrübenfeldern in der Ukraine durch bessere Organisation der Arbeit einen Ertrag von 500 und mehr Doppelzentnern auf den Hektar. Der bisherige Durchschnittsertrag betrug 120 - 150 Doppelzentner. Der fortgeschrittenste Betrag in den kapitalistischen Ländern beträgt 200 - 300 Doppelzentner im Durchschnitt. Die Leistungen der Stachanowleute sind natürlich noch keine Durchschnittsleistung, sondern Spitzenleistungen, aber sie zeigen den beschleunigten Vormarsch der gesamten Produktionsleistung des sozialistischen Staates an.

In seiner von grossen Gesichtspunkten beherrschten Rede auf dem Kongress der Stachanowleute hob Stalin folgende Punkte hervor: Die Stachanowbewegung kommt von unten aus der Arbeiterschaft und musste sich vielfach gegen den Widerstand der Techniker, Behörden u. Betriebsleitungen durchsetzen. Sie ergriff aber dann die ganze Sowjetunion mit Windeseile. Die Hauptwurzeln der Stachanowbewegung sind:

- a.) die allgemeine Hebung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse, die Arbeitsfreude erzeugt;
- b.) der sozialistische Charakter der Wirtschaft der SU, wodurch die Steigerung der Produktion nicht die Ursache von Krisen wird, sondern unmittelbar zur Erhöhung des Einkommens der Arbeiter und zur allgemeinen Steigerung der Lebenshaltung führt. Die Steigerung der Produktivität über den Stand der kapitalistischen Länder hinaus eröffnet die Aussicht auf den Übergang vom Sozialismus, in dem der Einzelne nach seiner Arbeitsleistung belohnt wird, zum Kommunismus, in dem nicht die Arbeitsleistung, sondern die Bedürfnisse kulturell hochstehender entwickelter Menschen der Massstab für die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts unter die Einzelnen ist. Dadurch wird auch die Aussicht auf die Überwindung des Gegensatzes zwischen körperlicher und geistiger Arbeit eröffnet, indem die gesamte Arbeiterklasse auf das Niveau des "Techniker-Ingeneurs" gehoben wird;
- c.) die Stachanowbewegung vollzieht sich auf der Grundlage des Vorhandenseins einer hochentwickelten Technik und der Tatsache, dass diese bereits von Millionen Arbeitern gemeistert worden ist.

Worin bestehen die Lehren der Stachanowbewegung für die Arbeiterklassen der kapitalistischen Länder?

Wir möchten folgende Gesichtspunkte hervorheben:

- 1.) Die Stachanowbewegung kann nicht auf die kapitalistischen Länder übertragen werden, denn in den kapitalistischen Ländern fallen die Früchte erhöhter Arbeitsproduktivität der Ausbeuterklasse in den Schooss. Für die Arbeiterklasse bedeutet sie Steigerung des Ausbeutungsgrades, steigende Arbeitslosigkeit usw.
- 2.) Die Stachanowbewegung zeigt der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern, wie die Umstellung der Wirtschaft auf das sozialistische Geleise in der Masse der Arbeiter neue Antriebe für die Arbeitsleistung schafft. Die Antriebe der kapitalistischen Wirtschaft - die Hungerpeitsche - weit übertrifft, soweit die Wirkung in Betracht kommt. Die soz. Wirtschaft erweist sich als produktiver als die kapitalistische.
- 3.) Die Umstellung der Wirtschaft auf den Sozialismus in der SU hat den Werktätigen der SU ermöglicht in wenigen Jahren gleichsam im Sprung den Weg zurückzulegen, der sie in Bezug auf technische Qualifikation von den Arbeitern der fortgeschrittensten kap. Länder trennte. Jetzt kann bereits die SU die Überflügelung der Leistungen der kapitalistischen Länder ins Auge fassen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in den technisch vorzüglich eingerichteten Sowjetfabriken und in den maschinell arbeitenden landwirtschaftlichen Grossbetrieben Millionen arbeiten, die noch vor wenigen Jahren technisch primitive Bauern waren.

von sich aus zur Tat übergehen und die Parteien und Gewerkschaften durch die praktische Tat ein Beispiel und einer Ermunterung geben. Die Arbeiterbewegung ist stark genug um den faschistischen Banden ihre Überlegenheit zu demonstrieren.

Am Anfang war die Tat. Lasst uns zusammen einen ersten Kader organisieren. Das Beispiel wird weiter wirken und den faschistischen Provokationen ein Ende setzen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Bauarbeiter fordern die Wiederherstellung der Mindestlöhne:

Die SFIO fasst sich in Geduld.
.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.,.

In der letzten kommunalpolitischen Wochenschau der "FP" schreibt Gévé zur ablehnenden Haltung des Unternehmerverbandes auf Abschluss eines Tarifvertrages für das Baugewerbe:

"Die soz. Gemeinderatsfraktion wird sich selbstverständlich nicht mit diesem Resultat der Verhandlungen zufrieden geben. Sollte kein Tarifvertrag zustande kommen, so wird zweifellos die Frage der Mindestlöhne wieder aufgegriffen werden."

Im weiteren heisst es, dass "auch der Maire die Angelegenheit mit der Antwort des Unternehmervertreter nicht als erledigt betrachtet". Die SFIO hofft auf die gegenwärtigen Prüfungen der Stadtverwaltung und ist daher gern bereit, sich "noch etwas zu gedulden". Aber sie versichert uns, dass sie "die Angelegenheit nicht aus dem Auge verlieren werde".

Diese Haltung der SFIO-Gemeinderatsfraktion näher zu kommentieren ist unnötig, denn sie spricht für sich selbst. Wir verweisen nur darauf, dass zwischen dem Standpunkt der SFIO-Gemeinderatsfraktion und dem der Bauarbeiterorganisationen eine auffällige Differenz besteht.

Die beiden Vorstände der Bauarbeiterverbände protestieren gegen das Elaborat des Unternehmerverbandes. Sie bedauern, dass kein Arbeitervertreter gegen die unverschämten Insinuationen des "Fédération des Entrépreneurs" protestiert hat und verlangen mit allem Nachdruck die Wiederherstellung der alten Mindestlöhne durch den Gemeinderat.

Diese Stellungnahme, die auch vom 2. Vorsitzenden der SFIO Hinker als Sekretär der CGT-Bauarbeiter unterstützt wird zeigt, dass ein immer gewichtigerer Teil der sozialistischen Arbeiter von der Proporzpolitik nachgerade die Nase voll hat.

Wir sind mit der Haltung der Bauarbeiterverbände völlig einig. Aber das einfache Ersuchen an den Gemeinderat genügt nicht. Die Intervention beim Gemeinderat muss ausserparlamentarisch unterstützt werden. Die beiden Bauarbeiterverbände müssen die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften bei ihrer Intervention verlangen und erhalten. Die Gewerkschaften müssen ihren Druck auf die Arbeitervertreter im Gemeinderat entfalten. Der Zusammentritt des Gemeinderats muss vom Protest und der Forderung der Bauarbeiterverbände durch die gesamten Gewerkschaften begleitet sein. Die Bauarbeiterverbände müssen prüfen und dafür eintreten ihre Demarcho beim Gemeinderat durch einen befristeten Proteststreik zu unterstützen.

Der Kampf um die Wiederherstellung der alten Mindestlöhne muss bei Lage der Dinge in Kampf um eine Arbeitermehrheit im Gemeinderat ausmünden, d.h. im Bruch der SFIO mit ihren bürgerlichen Bundesgenossen auf der Mairie. Das müssen die kommunistischen Arbeiter ihren sozialistischen Kameraden sagen: Gerade der Kampf um die Mindestlöhne zeigt, wie lächerlich die These von der praktischen Neutralität der Gewerkschaften ist, die jetzt hier und da bei der Wiederverwägung der Gewerkschaften von der CGT aufgeworfen wird. Diese Einstellung erweist sich als ein Bleiklotz an den Füßen der Arbeiter im Kampfe um die Herstellung der Aktionseinheit auf politischem Gebiet, die doch die elementarste Voraussetzung für den Kampf um eine Arbeitermehrheit im Gemeinderat und für die Wiederherstellung der alten Mindestlöhne ist.

Die Leitungsmitglieder der IVKO treffen sich Donnerstag und nicht Mittwoch im bekannten Lokal zu einer wichtigen Sitzung.

Um die Kompensationszulage.
=.=.=.=.=.

Eine Delegation von Eisenbahnern, unter ihnen auch unser Kamerad Hirtzel war in der vergangenen Woche in Paris, um bei den massgebenden Stellen im Interesse der elsass-lothringischen Eisenbahner zu intervenieren. Der zuständige Minister hatte für die Delegation infolge anderweitiger Verpflichtungen keine Zeit. Der mit der Delegation verhandelnde Regierungsvertreter erklärte sich für unzuständig, respktiv über die Fragen der elsass-lothringischen Eisenbahner uninformatiert. Der Präsident der elsass-lothringischen Kammerkommission hörte die Delegation gleichfalls an. Er versprach ihr lediglich in der Finanzkommission einen Antrag in der Sprachenzulage einzubringen, der allerdings infolge Ausserester Bescheidenheit für den bedeutenden Teil der Beamten keine Bedeutung besitzt. Bekanntlich ist die Sprachenzulage von 16 auf 12 und dann auf 8 % herabgesetzt worden.

Der von Herrn Schumann gestellte und in der Finanzkommission der Kammer angenommene Antrag sieht die Wiederherstellung der 12 % Kompensationszulage für Beamte und Eisenbahner vor, die den Nettobetrag von 12 000 Francs im Jahr nicht übersteigen. Der Schumannsche Zusatzantrag errührt aber noch eine weitere Einschränkung dahingehend, dass der für die Realisierung des Antrages bereit gestellte Kredit 6 Millionen nicht überschreiten darf.

Nach diesem Ergebnis der Demarche der Eisenbahner wird es ihre Aufgabe sein, weitere Schritte zur Steigerung ihrer Bewegung gegen die decret-Lois einzuleiten.

Aus den Gewerkschaften:Die Einheit bei den Holzarbeitern.

Am Sonntag, den 23. Nov. tagten die beiden Vorstände der Holzarbeiter um sich gegenseitig die Kassenbilanz vorzulegen. Man einigte sich, die Verschmelzungsgeneralversammlung endgültig auf Sonntag, den 15. Dez. festzulegen. Die gewählte Kommission wird die Vorarbeiten dazu in die Hände nehmen. Es ist zu hoffen, dass jetzt die Einheit der Holzarbeiter zur Erhöhung ihrer gewerkschaftlichen Kampfkraft realisiert wird.

Die Einheit bei den Lebensmittelarbeitern.

Die beiden Lebensmittelarbeiterverbände haben in einer überfüllten Versammlung in der "Glocke" die Verschmelzung ihrer beiden Syndikate durchgeführt. Die von der gemeinsamen Kommission vorgelegten Statuten wurden einstimmig angenommen. Mit der gleichen Einstimmigkeit vollzogen auch die Wahl des Vorstandes.

Um die Einheit bei den Eisenbahnern.

Die Einheit bei den Strasbourger Eisenbahner ist bereits realisiert. Als Vorsitzender wurde unser Kam. Hirtzel einmütig gewählt. Die Einheit in der Region wird ebenfalls reibungslos durchgeführt. In der Fédération treten Schwierigkeiten auf, da von seiten der CGT die gänzlich unmarxistische und reaktionäre Forderung nach Unvereinbarkeit eines politischen Mandats mit einer gewerkschaftlichen Funktion erhoben wird. Es ist zu erwarten, dass die Eisenbahner nicht zulassen werden, dass an einer solchen Forderung die Realisierung der Einheit in der Fédération scheitert.

Schwierigkeiten bei den Metallarbeitern.

Obzwar im beiderseitigen Einvernehmen der Verschmelzungskongress der Metallarbeiter für Bas-Rhin für den 1. Dez. vorgesehen war und die Einladungen dafür bereits an die Delegierten gegangen waren, hat jetzt das CGT-Syndikat in der "Freien Presse" selbstständig diesen Kongress abgesagt. Das CGT-Syndikat behauptet dass die Ursache für diese unverständliche Massnahme darauf zurückzuführen sei, dass die CGTU in der Fédération die für die Herstellung der Einheit notwendigen Formalitäten nicht erfüllen will. Es ist jedoch bezeichnend dass Formalitäten wegen, die beiderseitig vereinbarte Verschmelzung im Bas-Rhin durch das CGT auf unbestimmten Termin verschoben wird. Die Metallarbeiter beider Richtungen müssen hier unbedingt ihr Veto einlegen.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 67/II. Jahrgang.

Erste Dezemberwoche 1935.

Zur politischen Lage:

FINANZEN UND LIGEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Radikalen retten Laval.

Bei den ersten beiden Abstimmungen in der Kammer hat die Regierung Laval eine Mehrheit erhalten. Beide Male verdankte sie ihren Sieg der Haltung der radikalen Partei, von der zwar eine Reihe von Abgeordneten gegen die Regierung stimmten oder sich der Stimme enthielten, die aber sowohl bei der Abstimmung über die Priorität der Finanzdebatte als auch bei der Ratifizierung der Notverordnungen der Regierung Laval Ja-Stimmen stellten, die diese brauchte, um im Amte zu bleiben.

Dass die Radikalen der Lavalschen Notverordnungs politik ihren Segen erteilten, kann nur diejenigen überraschen, die sich Illusionen über die radikale Politik im allgemeinen und die Beschlüsse des letzten radikalen Parteikongresses im besonderen gemacht haben. Die radikale Partei hat wieder einmal gezeigt, dass sie wie Herriot bei jeder Gelegenheit betont, keinen Konflikt mit den Grossbanken wünscht, dass sie vielmehr ein Werkzeug des französischen Grosskapitals ist, dessen hervorragendste Repräsentanten die Grossbanken sind. In der Kammerdebatte hat es sich übrigens gezeigt, wie verfröhen der Versuch Lavals, Herriots und ihrer Getreuen ist, die Notverordnungen mit der Verteidigung des Franken zu rechtfertigen. Zu den Verteidigern der Notverordnungen im Parlament gehörte der Rechtsabgeordnete Reynand, der zugleich ein Propagandist der Devaluation (Abwertung) des Franken ist. Reynands Rede erzielte in der Kammer grossen Beifall, denn die bürgerlichen Politiker wissen ganz gut, dass die Lavalsche Finanzpolitik nichts anderes ist als der mit donksachen über die Verteidigung des Franken gepflasterte Weg zur fränkentrachtung.

Die Radikalen und die KPF-Führung.

Man hätte erwarten können, dass die Haltung der Radikalen bei der Ratifizierung der Notverordnungen der Führung der KPF zum Bewusstsein bringen würde, dass die Radikalen, die die Kapitaloffensive mit durchführen helfen und dadurch mit dazu beitragen, dem Faschismus den Weg zu bahnen, keine Bundesgenossen der Arbeiterschaft sein können. Aber die falsche opportunistische Politik der Führung der KPF schlägt sie mit Blindheit. Auf das Vertrauensvotum, das Laval mit Hilfe der Radikalen erhalten hatte, antwortete die Presse der KPF mit einem Bekenntnis zur Weiterführung der Volksfront. Die Argumente, die z.B. von Duclos ins Feld geführt wurden, um zu beweisen, dass Herriot und die radikale Partei als Bundesgenossen der Arbeiter in Frage kämen, obwohl sie sich von neuem als Handlanger Lavals und des Grosskapitals erwiesen haben, sind im Munde von Kommunisten wahrhaft erstaunlich. Duclos meint, dass die Volksfront eine ausserparlamentarische Bewegung sein solle und dass infolgedessen es nicht so sehr darauf ankäme, wie ihre Mitglieder sich im Parlament verhielten. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge doch so, dass der Umstand, dass die Radikalen nicht einmal einen parlamentarischen Kampf gegen die Notverordnungen wollen, beweist, dass sie erst recht nicht für einen ausserparlamentarischen Kampf in Frage kommen. Dann sagt Duclos, dass das Entscheidende bei der Volksfront das Bündnis mit den Massen der Werktätigen sei, die der radikalen Partei folgen. Aber diese Massen der radikalen Anhänger können für einen Kampf an der Seite der Arbeiter nicht

dadurch gewonnen worden, dass man die Verrätereien der radikalen Führer vertuscht, bagatellisiert und entschuldigt, sondern indem man diese Führer und ihre Taten öffentlich und so deutlich wie möglich anprangert. Die Massen der radikalen Werktätigen können gegen Kapitaloffensive u. Faschismus nur in Bewegung gebracht werden, wenn man sie zum Bruch mit der radikalen Partei veranlasst, deren Führung durch unzählige und unzertrennliche Bünde mit dem Grosskapital verbunden ist. Es ist klar, dass alle Aufrufe und Aufforderungen der Führung der KPF, trotz der Entscheidung des Parlaments den Kampf gegen die Notverordnungen mit aussorparlamentarischen Mitteln zu führen, unwirksam bleiben werden, wenn die KPF gleichzeitig am Bündnis mit den Radikalen in der sogenannten Volksfront festhält. Es ist unmöglich, gleichzeitig die Notverordnungen zu bekämpfen und mit einer Partei zusammenzugehen, die diese Notverordnungen verteidigt. Die Weiterführung der Volksfront muss für die KPF notwendigerweise ein Versagen im Kampfe gegen die Kapitaloffensive mit sich bringen u. das heisst zugleich ein Versagen im Kampfe gegen den Faschismus, denn dieser Kampf kann nicht unabhängig von der Verteidigung der materiellen Interessen der werktätigen Massen geführt werden.

Es ist interessant, dass in der Presse der SFIO die Frage aufgeworfen wurde, ob nach der Haltung der Radikalen in der Debatte über die Notverordnungen die Weiterführung der Volksfront noch möglich sei. Wenn reformistische Führer, wie Lebas die Frage so stellen, so geht es ihnen vor allem darum, den Kommunisten eins auszuwischen, denn die Führung der SFIO denkt nicht daran, auf parlamentarische Abmachungen mit den Radikalen zu verzichten; und während Lebas seinen Artikel schrieb, bemühte sich sein Führer Léon Blum eifrig darum, ministerielle Kombinationen ausfindig zu machen, bei denen auf die Unterstützung der Radikalen zu rechnen wäre. Unzweifelhaft aber wächst in der Masse der sozialistischen, und nicht nur der sozialistischen Arbeiter, der Widerwille gegen das Bündnis mit den Radikalen. Das zeigte sich auch bei den letzten grossen Gewerkschaftskundgebungen gegen die Notverordnungen in Paris, in denen die Bestrebungen gegen die Radikalen laut wurden und Erklärungen über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Notverordnungs politik mit der Waffe des Streiks starken Beifall fanden.

Die Radikalen und der Kampf gegen die Ligen.

Im Augenblick hoffen die Führer der KPF und der SFIO, dass es ihnen gelingen werde, bei der Debatte über die faschistischen Ligen, die Mehrheit der Radikalen dazu zu veranlassen, gegen die Regierung Laval zu stimmen und diese zu Fall zu bringen. Allerdings bemühen sich Herriot und seine Freunde eifrig darum, Laval zu retten. Die Regierung Laval hat die Debatte über die Ligen durch die Verhaftung Bucards in Strasbourg zu beeinflussen versucht. Aber der kleine Provokateur Bucard ist nur ein armseliger Konkurrent des faschistischen Oberhauptlings und Freundes von Laval, de la Rocque und seine Verhaftung (der die Freilassung nach uns zu gegangenen Informationen auf dem Fuss gefolgt sein soll) ist nur ein Beweis dafür, dass die Regierung Laval-Herriot-Paganon nichts gegen die Croix de feu, d.h. die stärkste faschistische Organisation Frankreichs unternommen will. Als eine weitere Geste, mit der die Regierung Laval sich durch Vermittelung Herriots die nötige Unterstützung der Radikalen sichern will, ist die Übernahme einer Reihe von Massnahmen aus dem Antrag Chauvin vorgesehn. Was diesen Antrag anbelangt, so hat die "Humanité" darauf hingewiesen, dass seine Bestimmungen ebenso gut gegen die Kommunisten wie gegen die Faschisten angewandt werden können. Der Antrag Chauvin wird, wenn er Gesetzeskraft erlangt, sich in den Händen des bürgerlichen Staates ebenso als eine Waffe erweisen, die gegen rechts stumpf und gegen links scharf und schneidend ist, wie es z.B. das sogenannte Republikerschutzgesetz im Deutschland von Weimar.

Die Haltung der KPF und SFIO.

Die Debatte über die Ligen zeigt jedoch, dass sowohl die SFIO wie die KPF dem von der Regierung und den Radikalen versuchten Manöver, unter dem Vorwand von Massnahmen gegen den Faschismus der bürgerlichen Polizei und Justiz neue Handhaben gegen die Arbeiterbewegung zu liefern, keineswegs entschieden entgegentreten, vielmehr durch die Art ihres Verhaltens diese Manöver begünstigen. Die Reden der Vertreter der SFIO und der KPF liefen hinaus auf die Aufforderung, dass die bürgerliche

Stratengewalt den Faschismus erledigen sollte. Gerade bei dieser Gelegenheit wäre es erforderlich gewesen, die Notwendigkeit des antifaschistischen Massenselbstschutzes zu betonen und nachzuweisen, dass ohne einen solchen Selbstschutz alle gesetzlichen Massnahmen gegen den Faschismus im bürgerlichen Staat unwirksam bleiben.

Die Arbeiterschaft muss sich darüber im klaren sein, dass es nicht viel an der gegenwärtigen Lage ändern würde, wenn Laval im Parlament gestürzt werden und eine andere parlamentarische Kombination ans Ruder kommen würde. L. Blum schlug dieser Tage in der Delegation der Linken den Radikalen die Bildung einer bürgerlichen Konzentrationsregierung mit einem "zuverlässigen Republikaner" wie z. B. Paul-Boncour an der Spitze vor, d. h. die SFIO ist bereit, eine Regierung Laval ohne Laval zu unterstützen. Es braucht nicht nachgewiesen zu werden, dass dies ein für die Arbeiterklasse verhängnisvolles Experiment sein würde. Ramette kündigte in der Kammer an, dass die Kommunisten bereit seien, eine radikale Regierung zu unterstützen, die das Parlament und die Ligen auflöst. In bezug auf die Politik einer solchen Regierung in den sozialen und wirtschaftlichen Fragen stellte Ramette keine Bedingungen, mit einem Worte: die KPF ist bereit, den Radikalen bis zu den Wahlen freie Hand zur Fortsetzung der Kapitaloffensive zu lassen. Auch ein solches Experiment würde nur den Kampf der Arbeiter hemmen, die KPF kompromittieren und dem Faschismus nützen. Die Arbeiterklasse darf ihr Heil nicht von parlamentarischen Regierungskombinationen mit bürgerlichen Parteien erwarten, sondern muss sich dessen bewusst sein, dass ein wirklicher Fortschritt im Kampfe gegen Kapitaloffensive und Faschismus durch ihr Auftreten ausserhalb des Parlaments erzielt werden kann.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Kampf gegen die faschistische Diktatur:

DER OPPORTUNISTISCHE KURS DER KP-DEUTSCHLANDS.
oo

Der opportunistische Kurs der KP-Deutschlands ist auf einer Auslandskonferenz, die nicht nur bestätigt, sondern auch verstärkt worden. Die Konferenz war allerdings kein wirkliches Spiegelbild der in Deutschland tätigen Parteimitglieder. Sie war willkürlich zusammengesetzt und die Organisationen hatten keine Gelegenheit zu den Beschlüssen des VII. Weltkongresses vor der Parteikonferenz Stellung zu nehmen und dementsprechend ihre Delegierten zu wählen. Die Zusammensetzung der Konferenz wurde so eingerichtet, dass die bisherige ultralinke Mehrheit im ZK beseitigt und eine Mehrheit entgegengesetzter Richtung an ihre Stelle gesetzt werden konnte.

Dass es unter den Bedingungen der Illegalität schwer ist, eine Parteikonferenz unter Heranziehung der Mitgliedschaft vorzubereiten, ist richtig. Dass es möglich ist, hat die KPD(O) bewiesen. Die KPD hat es garnicht versucht. Das innerparteiliche Regime ist geblieben wie es war, nur das Vorzeichen der betriebenen Politik hat sich von ultralinks zum Opportunismus geändert.

Die Verstärkung des opportunistischen Charakters der politischen Linie wie sie im Referat des Ekki-Vertreters Ercoli zutage trat, zeigt sich besonders in folgenden Punkten:

An die Spitze der Losungen für die Einheitsfront wird gestellt die Losung gegen den Krieg und zwar mit der Begründung, dass er zur Niederlage Deutschlands führe, statt wie vom kommunistischen Standpunkt notwendig, weil er ein imperialistischer Raubkrieg ist. Diese Begründung ist offensichtlich eine Anpassung an die "nationale" Opposition gegen den Faschismus, deren Opposition sich daraus ableitet, dass sie fürchtet, dass der deutsche Imperialismus unter der Führung der Nazis keinen erfolgreichen Revanchekrieg führen könne. Wie verträgt es sich aber mit einer solchen Begründung, dass die deutschen Kommunisten im imperialistischen Kriege auf die Niederlage Deutschlands hinarbeiten müssen, dass in diesem konkreten Falle der revolutionäre Defeatismus eine richtige u. praktisch sehr wichtige Losung ist? Eine ähnliche Anpassung an die "nationale" Opposition ist die Forderung, dass versucht werden müsse, einen Keil zwischen "die Armee" und die Nazis zu treiben - als ob die Armee als Ganzes genommen werden könne und als ob es gerade nicht darauf ankomme, in ihr die Klassengegensätze auszureissen.

Eine andere Lösung gleichartigen Charakters ist die der Vereinigung aller von Deutschland getrennten deutschen Volksteile auf dem Wege internationaler Verständigung.

Diese Lösung geht in zweifacher Weise um das Richtige herum. Solange die Nazidiktatur in Deutschland besteht, sind wir als Kommunisten nicht für die Vereinigung deutscher Volksteile, die mit anderen Staaten verbunden sind, mit Hitlerdeutschland, nicht auf dem Wege der Gewalt, aber auch nicht auf dem Wege "internationaler Verständigung". Es ist ja garnicht ausgemacht, dass die Nazis nur auf dem Wege der Gewalt ~~Schlüssen~~ Anschlüssen kommen wollen oder können. Die Nazis werden gewiss nichts dagegen haben, etwa den polnischen Korridor auf dem Wege der Verständigung mit Polen zu bekommen und es ist genügend bekannt, dass diese Frage in der Außenpolitik der Nazis ihre Rolle spielt. Werden wir Kommunisten für eine solche Angliederung des Korridors auf dem Wege internationaler Verständigung sein? Nach der von Ercoli ausgegebenen Formel, müssten wir antworten: ja. Wir antworten: nein!

Hat aber die proletarische Revolution über die Nazidiktatur gesiegt, ist diese Lösung ebenfalls falsch. Denn dann entscheidet nicht die internationale Verständigung der Rätemacht mit den umgebenden bürgerlichen Staaten über den Anschluss an Deutschland, sondern der internationale revolutionäre Klassenkampf - die Ausbreitung der Revolution über die Grenzen des heutigen Deutschlands hinaus.

Eine andere Lösung ist die der normalen wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern.

Was hat diese Lösung mit dem revolutionären Kampf der vom Faschismus unterdrückten Arbeiterklasse in Deutschland zu tun? Es ist eine Lösung, die den Bedürfnissen der bürgerlichen Opposition gegen den Faschismus angepasst sein soll. Wir sagen "soll", denn sie ist das nicht einmal. Diese Lösung wird heute von Schacht ausgegeben. Eine andere Frage ist natürlich, ob sie unter den Verhältnissen der Nazidiktatur auch verwirklicht werden kann.

Weiter wird gefordert die Wiederherstellung aller politischen Parteien. Eine Lösung, die nur verständlich ist, als eine logische Folgerung aus der Lösung der Nationalversammlung, der Rückkehr zur Weimarer Republik. Das ist zweifellos logisch vom Standpunkt des Parlamentarismus, aber es ist sinnlos vom Standpunkt einer kommunistischen Partei, die sich die Errichtung der Rätemacht zum Ziele setzt.

Die Forderung der Reinigung der Armee von faschistischen Elementen gehört ebenfalls in den Rahmen bürgerlich-demokratischer Oppositionsforderungen, die nicht einmal für diesen Zweck taugen. Die Reinigung des leitenden Offizierkorps der Armee von faschistischen Elementen wird heute von ~~Fritsch~~ General Fritsch usw. konsequent und wirksam betrieben. Unter dieser Formel kann die von der alten preussischen Junkers- u. Offizierskaste geführte Armee sich ganz bequem einrichten.

Die Naziswangswirtschaft soll aufgehoben werden, stattdessen wird der freie Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte verlangt. Aber wir können als Kommunisten die faschistische Zwangswirtschaft, nicht einfach durch den Freihandel ersetzen. Die notwendige Gegenlösung ist die Organisation der Lebensmittelversorgung durch die freigewählten Klassenorgane der werktätigen Bevölkerung auf dem Lande und in der Stadt.

Auf organisatorischem Gebiete sind folgende Punkte charakteristisch:

1. Forderung auf Dezentralisation der Parteiorganisation. Das heisst aber nichts anderes, als dass die unteren Organisationen sich von den mittleren und oberen Parteinstanzen unabhängiger machen. Der bürokratische Zentralismus schlägt so in sein Gegenteil um. Notwendig ist eine solche Zentralisation, die gleichzeitig die Initiative der unteren Parteiorganisationen fördert. Eine solche Zentralisation aber setzt die Mitbestimmung aller Parteimitglieder bei der Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Politik der Partei voraus, also den wirkliche Durchführung des demokratischen Zentralismus.

2. Jetzt heisst es auch, dass auch die Parteikader innerhalb der faschistischen Massenorganisationen aufgebaut werden sollen. Die Mitglieder sollen alle erreichbaren Funktionen in der Deutschen Arbeitsfront zu besetzen trachten.

Beide Bestimmungen zusammen genommen sind nicht die Organisation des Parteaufbaus, sie sind die Organisation des Parteierfalls. Diese opportunistischen Beschlüsse sind über den Kopf der Parteimitglieder hinweg gefasst worden. Die KPD-Opposition lehnt sie ab und hält es für ihre Pflicht die Parteimitglieder über ihren Charakter und ihre Wirkung aufzuklären und den Widerstand dagegen zu organisieren. (IVKO)

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Das Genter System soll beseitigt werden:

Eine unerhörte Provokation der Laval-Regierung.

=====
 =====
 =====
 =====

Das Gold holen wo es ist, ist bekanntlich nicht der Grundsatz der Laval-Regierung. Wir haben dafür eine erneute Bestätigung. Gerade bei den Armen der Armen, den Arbeitslosen, will die Laval-Regierung sparen. Durch eine ministerielle Verfügung, die am 29. November allen Gemeinden und Stadtverwaltungen, die das Genter System in Anwendung haben, zugestellt wurde, wird strikt verlangt, dass ab 5. Dezember das Genter System aufgehoben wird.

Bekanntlich bietet dieses System den Arbeitslosen wesentliche Vorteile. So verliert z.B. in Strassburg der Arbeitslose bei Nichtanwendung des Genter Systems 8 Franken pro Tag. Die Brutalität mit der die Regierung vorgeht ergibt sich bereits aus der Tatsache, dass man den Gemeindeverwaltungen genau 6 Tage vor dem Inkrafttreten der Verfügung davon Kenntnis gibt.

Diese Massnahme muss unverzüglich den Protest aller Gewerkschaften auslösen. Das Gemeindeparlament muss sofort gegen diesen Anschlag Stellung nehmen und offen heraus erklären, dass es sich weigert diese Verfügung in Anwendung zu bringen. Der Maire der Stadt Strassburg, der ja ein eifriger Anhänger der Laval'schen Notverordnungs politik ist, hat sich formal gegen diese Verfügung ausgesprochen, wohl wissend, dass er dafür keine Mehrheit erhält. Aber rechnet wohl damit, dass die Regierung die Abschaffung des Genter Systems einfach über den Kopf der Gemeindeverwaltungen verfügt. Die Arbeiterorganisationen müssen daher in allen Orten, wo das Genter System in Anwendung ist, sofort die Aktionseinheit zum gemeinsamen parlamentarischen und ausserparlamentarischen Kampf gegen diesen Anschlag organisieren. Dieser Kampf darf auf keinen Fall nur ein Kampf der Erwerbslosen bleiben. Die Erwerbslosen müssen von der gesamten Arbeiterschaft und ihren Organisationen dabei unterstützt werden und sich auf die Anwendung aller ausserparlamentarischen Kampfmittel gegen diesen Anschlag vorbereiten, der nicht in letzter Linie auch ein Schlag gegen die Gewerkschaften selbst ist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Francisten-Provokation in Strassburg:

Vorgetauschte Aktivität vor der Ligendebatte.

=====
 =====
 =====
 =====

Der Versuch der Francisten am Samstag, den 30. November in Strassburg eine Parade mit den sie begleitenden Provokationen durchzuführen, ist durch zwei Umstände gescheitert. Einmal deshalb, weil die Regierung unmittelbar vor der Ligendebatte in der Kammer ein Alibi für ihre angebliche antifaschistische Aktivität benötigt. Dafür war ihr Bucards Aufmarsch in Strassburg der geeignete Anlass. Zweitens, hatten sich angesichts der Bucardschen Provokation die drei Parteien (KPF, SFIO u. Els. B. u. A. P.) zum ersten Male zur Ankündigung einer gemeinsamen Abwehraktion auf Initiative der KP bereit gefunden. Dies waren die Umstände, die die Regierung veranlassten, das Verbot für die Bucard-Versammlung auszusprechen und die Versuche zur Durchbrechung des ausgesprochenen Verbots unter Einsatz der Polizeikräfte zu unterbinden. Bucard und seine Getreuen aber wurden dabei mit Samthandschuhen angefasst. Sie wurden beim ersten Versuch eine illegale Versammlung abzuhalten gefasst und nach Feststellung ihrer Personalien wieder laufen gelassen. Beim zweiten Versuch wurde nach dem gleichen Rezept verfahren, zumal sich Bucard darin gefiel, Beleidigungen gegen den Préfekten auszustossen. Die Presse behauptet Bucard sei verhaftet und zwecks Aburteilung in die Fadengasse eingeliefert worden. Wir bezweifeln diese Nachricht, da man in Justizkreisen

erzählt, Bucard sei nur zum Schutze seiner Sicherheit vorübergehend in Haft genommen worden, um nach Feststellung seiner Personalien zwecks Einleitung eines Verfahrens wider freigelassen zu werden. Wir können diese Mitteilung nicht im einzelnen nachprüfen, aber es wird sich ja sehr bald zeigen, dass der Justizapparat Bucard mit "ausserster Milde begonnen" wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Strasbourger Aktion gegen Bucard eine Komödie ist, die der schlaue Avergnate Laval eingeleitet hat, um nichts gegen die Croix de feu zu tun, aber dennoch Aktivität gegen die faschistischen Ligen vorzutäuschen.

Auf jeden Fall wäre nichts verderblicher, als wenn die Arbeiterschaft sich durch die Regierungsaktion in Strasbourg gegen den Francismus irgendwie über den Charakter der Regierung Laval täuschen liesse. Die "Humanité" hat bisher unwidersprochen behauptet, dass der Unterstaatssekretär Blaisot den Croix de feu nahesteht und die Zeitung "Lumière" erklärt, dass der Kabinettschef des H. Laval, Olivier de Sardan Mitglied der Croix de feu sei und auf deren Listen figuriere. Von einem solchen Kabinett einen wirklichen, geschweige denn einen wirksamen Kampf gegen die faschistischen Ligen zu erwarten, hiesse Selbstbetrug treiben.

Und die Aktionseinheit?

Der drohende Aufmarsch der Francisten hat für einen Tag die Aktionseinheit von der KP, SFIO und der Hueberpartei zustande gebracht. Was viele für unmöglich hielten und wofür wir seit langer Zeit systematisch eintraten, ist jetzt für eine spezielle Aktion realisiert worden. Wir freuen uns dieser Tatsache, ohne sie zu überschätzen, ohne ihre Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit zu übersehen, die nur dadurch nicht in Erscheinung trat, weil die Aktion der Polizei sie im wesentlichen auf den Schutz der Arbeiterdruckereien beschränkte. Wir registieren den 30. Nov. als einen bescheidenen, aber bedeutungsvollen Anfang, wenn durch die Aktivität der Arbeiter in den Massenorganisationen und ihren Parteien dieser Anfang weitergetrieben und zur wirklichen Aktionseinheit gegen Kapitaloffensive und Faschismus ausgebaut wird. Dazu aber gehört mehr, als uns der 30. Nov. brachte. Dazu gehört der Bruch der SFIO mit ihren bürgerlichen Proporzpartnern, dazu gehört der Bruch Huebers mit seinen Hitlerfreunden von der "Elz" und die Sammlung auf dem Boden eines klaren antifaschistischen Aktionsprogramms, das auch den Kampf gegen die Kapitaloffensive umschliesst. Ein solches - wenn auch in einzelnen Punkten unzulängliches, aber als Grundlage der Aktionseinheit brauchbares Aktionsprogramm zwischen SFIO und KPF existiert bereits im zentralen Massstabe. Die kommunistische Initiative sollte es benutzen um in den Massenorganisationen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit aus der Losen, unzulänglichen und einmaligen Aktion die wirkliche Aktionseinheit zum Besten der Strasbourger Arbeiterschaft erwächst. Die KPO steht bereit die KP hierbei nach Kräften zu unterstützen.

Mit Hueber, aber ohne die KPO?

Was mit Bedauern vermerkt werden muss, ist die Tatsache, dass von der KP-Führung bei ihrer Initiative zum 30. Nov. die KPO (IVKO) übergegangen wurde, obzwar von ihr bekannt ist, dass sie unablässig die KP im Kampfe um die Herstellung einer wirklichen proletarischen Einheitsfront unterstützt. Wenn schon mit Hueber, warum dann nicht erst recht mit der KPO? Wenn man vom Standpunkt der ausserparlamentarischen Aktionsfähigkeit an die Aktionseinheit herantritt, dann darf die KPO mit Recht ihre Berücksichtigung nachdrücklichst verlangen. Und wenn die KP-Militanten mit Befremden die Abwesenheit der KPO-Kameraden beim Schutz der "Humanité" feststellten, so teilen wir dieses Bedauern mit ihnen, müssen aber die Verantwortung dafür der KP-Führung überlassen, die aus engstirnigen Gesichtspunkten (die sie anderen und zwar klassenfeindlichen Elementen gegenüber durchaus nicht an den Tag legt) uns weder zur vorbereitenden Sitzung einlud, noch uns von den ins Auge gefassten Massnahmen verständigte.

Wir registrieren dieses Verhalten der KP-Führung. Soll aber die Aktionseinheit ein wirkliches und brauchbares Instrument der Arbeiterklasse für den ausserparlamentarischen Kampf sein, so wird sich sehr bald zeigen, dass dabei die Kommunisten der KPO nicht ausgeschaltet werden können und dürfen.

Arbeitersportler im Kampfe gegen den Faschismus:

Der Spartenkongress der Arbeiter-Turner E.L.

.....

Am Sonntag, den 30. Nov. tagten, zum ersten Mal seit der Fusion beider Arbeitersportrichtungen, die Arbeiter-Turner unserer Region. Die Beteiligung war besonders stark vom Unter-Elsass; das Ober-Elsass war schwächer vertreten. Die finanziellen Schwierigkeiten scheinen die Hauptursache zu dieser gewissen Flaueheit zu sein. Das selbe scheint ebenfalls für Lothringen festzustellen zu sein.

Der Kongress stellte sich zur Hauptaufgabe die Voraussetzungen und Richtlinien zu prüfen, die dieser wichtigen Sparte der Arbeitersportbewegung den notwendigen Aufschwung geben sollen, der in Anbetracht der heutigen Situation notwendig ist. Nach Prüfung des Vorlaufes der Tagung kann man feststellen, dass in gewisser Hinsicht diese Aufgabe zu lösen versucht wurde.

Der Geschäftsbericht, der einstimmig angenommen wurde, und der technische Bericht (4 Gegenstimmen) zeigten die Schwierigkeiten, die infolge der Fusion eintraten und zu überwinden waren. Die verfllossene Zeit seit der Einigung galt in erster Linie der Wiederherstellung des Vertrauens und der Fühlungnahme. Dieses Hindernis wird nur durch eine klare sportpolitische Schulungs- und aufklärungsarbeit beseitigt werden können. Die Diskussion und besonders die Abstimmung über den technischen Bericht zeigten, dass besonders der Strassburger Verein "Espérance" sich noch stark in kleinlicher Nörgerei und Miesmacherei ergeht. Es sind dies die Überreste jener sozialdemokratischen Politik der Verhinderung der Einheitsfront, die speziell in Strasbourg noch vorherrschen. Fühlungnahme und Diskussion mit den Kameraden dieses Vereins werden diesen Zustand beseitigen.

Drei Aufgaben lenkten die Aufmerksamkeit aller Delegierten auf sich: die Popularisierung des Sports und die Wehrhaftmachung des Proletariats, die hierzu notwendige technisch-methodische Umstellung, die Umänderung der organisatorischen Struktur, die unbedingt notwendig ist um planmäßiger und erfolgreicher arbeiten zu können und in dritter Linie der Abwehrkampf gegen den Faschismus.

Nachdem sich besonders in letzter Frage Kameraden, besonders von sozialistischer Seite, für die Schaffung der Voraussetzungen für den erfolgreichen Abwehrkampf einsetzten, wurde ein Antrag des Arb. Turnvereins "L'Avenir"-Strasbourg, auf Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes, zu der die FSGT den Grundstein legen soll, einstimmig und eifällig aufgenommen. Die FSGT-Leitung wird diese ernste Frage prüfen.

In Zukunft müssen alle von der Notwendigkeit der intensiven Arbeit überzeugt sein, dann werden kommende Zusammenkünfte der Turnersparte auf einem höheren sportpolitischen Niveau stehen und noch besser der Klärung aller entscheidenden Fragen nützen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten: Wir erinnern nochmals an das Volkskonzert, das am Sonntag, den 8. Dezember nachmittags 3 Uhr im Union-Theater stattfindet und zu dem die gesamte Arbeiterschaft eingeladen ist.

Um die Nachfolge des H. Peirotes ist ein Streit innerhalb der SFIO ausgebrochen. Bekanntlich war Peirotes Präsident des Office public d'Habitation a bon marché. Eine Verwaltungskommissionssitzung Mitte November brachte Kam. Hinker (SFIO) in Vorschlag. Ist's weil Kam. Hinker auf dem linken Flügel seiner Partei steht und dem Préfekt unangenehm erschien; auf jeden Fall hat der H. Préfekt eine erneute Sitzung auf den 25. Nov. einberufen lassen. Dort wurde dann, Naegelen in Vorschlag gebracht gegen den Willen einiger seiner eignen Parteikameraden. Darüber herrschte helle Empörung im linken Flügel der SFIO. Der schlaue H. Préfekt hat jedoch eine Lösung dahingehend gefunden, die Nachwahl erst nach Ablauf d. Periode, d. h. zu Beginn des Frühjahrs vorzunehmen.

Die Einheit bei den Gemeindefunktionären ist jetzt ebenfalls realisiert worden. Bei den Spitalarbeitern, im Münsterbau, im Port Autonome ist sie ebenfalls durchgeführt.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op^osition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N^o 58/II. Jahrgang.

Zweite Dezemberwoche 1935.

Nach der Kammerdebatte über die Ligen:

DAS GESETZ ÜBER DIE LIGEN UND DIE ARBEITER.

Die Berichte der Presse über die parlamentarische Rührszene vom 6. Dezember haben sicher bei den klassenbewussten Arbeitern das Gefühl hervorgerufen, dass sie es waren, die bei dieser "Kundgebung der nationalen Veröhnung", wie es in den Artikeln der reaktionären Journalisten hiess, zumarren gehalten wurden. L. Blum versucht, seine schmäbliche Haltung in diesem Tage in einer Reihe von langatmigen Artikeln zu rechtfertigen. Seine Hauptargumente sind einmal der Krach, der jetzt im faschistischen Lager zwischen den Angehörigen und den Rivalen de la Rocques herrscht, andererseits die Opposition der Faschisten gegen das im Anschluss an die Diskussion zwischen Ybarnégaray und Blum beschlossene Gesetz über die Auflösung militärähnlicher Organisationen und solcher, die gewaltsam die republikanische Staatsform ändern, bzw. die territoriale Einheit Frankreichs zerstören wollen. L. Blum versucht jetzt, die Dinge so darzustellen, als habe er die Faschisten in eine Sackgasse getrieben, so dass sie jetzt dank seinem Auftreten von inneren Gegensätzen zerfressen und von der Vernichtung durch das neue Gesetz bedroht seien. In Wirklichkeit ist L. Blum bestenfalls (d.h. in dem Falle, dass er sein Zwiegespräch nicht vorher mit Herriot und Paganon oder einem anderen Lavaltreuen radikalen verabredet hat) einer ganz ordinären parlamentarischen Schiebung zum Opfer gefallen, deren Zweck es war, Laval zu retten, die Mordbanden der Croix de feu als Friedensengel erscheinen zu lassen, ihrem Führer de la Rocque den Ausgangspunkt zu neuen Vorstössen zu geben und die antifaschisten zu diskreditieren.

Der Sinn des faschistischen Manövers.

Um die Radikalen durch Herriots Vermittelung weiter bei der Stange zu halten, musste Laval irgendein Gesetz, das als Schlag gegen die faschistischen Ligen gedeutet werden konnte, hinnehmen. Um seine Autorität aufrechtzuerhalten, musste de la Rocque als derjenige erscheinen, der sich ein solches Gesetz nicht aufzwingen lässt, sondern es aus freien Stücken anbietet. Deshalb schickte er seinen Freund Ybarnégaray im Parlament mit der Friedenspalme vor. Die Friedensphrasen des Faschisten Ybarnégaray verbargen noch eine weitere Absicht der Croix de feu. So wie die Faschisten in Italien und die Nationalsozialisten in Deutschland die Croix de feu als eine militärische Organisation entstanden, die im Gefolge der alten bürgerlichen reaktionären Parteien operierte. So wie s. Z. die italienischen Faschisten und die deutschen Nazis stehen auch die Croix de feu jetzt vor der Frage ihrer Umwandlung in eine selbstständige politische Partei, die nicht mehr bloss mit den alten reaktionären Parteien kooperiert, sondern auch bestrebt ist, sie zu verdrängen. Die Friedensphrasen von Ybarnégaray sind dazu bestimmt, diese Umorganisation der Croix de feu mit zu ermöglichen. Ebenso wie s. Z. in Deutschland die Legalitätsschwüre Hitlers und seine Befehle, in denen er den SA-Leuten das Waffen tragen verbot, ebenso bedeuten auch die jetzigen Versöhnungsreden der Ybarnégaray etc. alles andere als ein Abschwören des faschistischen Terrors gegen die Arbeiter. Ebensowenig wie das in Deutschland der Fall war, ist es eine Abschwächung der faschistischen Gefahr, wenn die faschistischen Organisationen nicht mehr mit Putschen drohen, von denen sie wissen, dass sie im Augenblick aussichtslos wären, sondern sich anschicken, als politische Partei ihrer Terror

mit der Anwendung "legaler", parlamentarischer und sonstiger Methoden zu verbinden. Im Gegenteil, die deutsche und italienische Erfahrung zeigen, dass der Faschismus umso gefährlicher ist, wenn er anfängt als politische Partei zu manövrieren, statt als ausschliesslich militärische Organisation lediglich Putsch vorzubereiten.

Die Haltung der S.F.I.C.

Statt sich mit Ybarnégaray auf Zwiesgespräche einzulassen, hätte Blum einfach erklären sollen, dass er mit Faschisten nicht verhandelt. Es ist in der Tat alles andere als konsequent, auf der einen Seite die Auflösung der faschistischen Organisationen zu verlangen und auf der anderen Seite diese Organisationen bzw. ihren offiziellen Vertreter als Vertragspartner anzuerkennen. L. Blum hat Ybarnégaray gegenüber erklärt, dass die Sozialisten bereit seien, ihre Selbstschutzformationen aufzulösen, falls sich Faschisten ihre militärischen Organisationen gleichfalls auflösen. Diese Idee der gegenseitigen Abrüstung der antifaschisten und Faschisten ist nicht neu, sondern ein alter reformistischer Lehnwörter. Sie ist ist s. Z. in Italien in Gestalt eines Waffenstillstandes zwischen der sozialistischen Partei Italiens und den Faschisten verwirklicht worden und die Folge war, dass die Widerstandskraft der Arbeiter gebrochen wurde und die kurze Zeit nach dem Waffenstillstand neue einsetzende Terrorwelle der Faschisten bei den desorientierten Arbeitern keinen Widerstand fand. Auch Otto Bauer trat in früheren Jahren immer wieder für die gleichzeitige Abrüstung der Heimwehr und des Schutzbundes ein, seine Vorschläge führten nur dazu dass der antifaschistische Kampf gehemmt und die Arbeiterschaft so lange mit Illusionen über die Möglichkeit eines "unparteiischen" Eingreifens der republikanischen Staatsgewalt gegenüber den Faschisten genährt wurde, bis diese republikanische Staatsgewalt an der Seite der Faschisten die Schutzbündler aus Kanonen bombardierte. Die Erklärung L. Blums bedeutet, dass der Führer der SFIC die spontanen Abwehrversuche der Arbeiter gegen den Faschismus, die Bestrebungen, antifaschistische Selbstschutzorganisationen zu gründen, feierlich und offiziell desavouiert.

Die Haltung der KPF-Führung.

Der Führer der KPF Thorez, der es für nötig erachtet hatte, sich in dem Zwiesgespräch Ybarnégaray-Blum mit Blum zu solidarisieren, hat hinterher einen Rückzieher gemacht und erklärt, er habe sich in der Überraschung des Augenblicks gewissenmassen verplappert. Aber Thorez ist nur in Nebenächlichkeiten, aber nicht in der entscheidenden Sache von Blum abgerückt. Thorez wirft Blum vor, dass er den Eindruck erweckt habe, als verfügten die Arbeiter über militärische Organisationen, die mit denen der Faschisten zu vergleichen seien. Aber gegen die Erklärung Blums, dass die Arbeiter auf Selbstschutzformationen verzichten sollten, wenn die militärähnlichen faschistischen Organisationen aufgelöst werden, ist Thorez nicht aufgetreten und aus der ganzen Haltung der KPF ergibt sich, dass auch sie mit dieser Desavouierung und Verleugnung der selbstständigen Aktion und Organisation der Massen im Kampfe gegen den Faschismus einverstanden ist.

Dieser Standpunkt hängt mit der Haltung zusammen, die SFIC und KPF zu dem von der Kammer beschlossenen Gesetz über die Ligen einnehmen. Dieses Gesetz ist keine juristische Neuerfindung, sondern ein abklatsch ähnlicher Gesetze, die in verschiedenen Ländern gültig waren oder gültig sind, so z. B. das Republikenschutzgesetz des Deutschland von Weimar. Das deutsche Republikenschutzgesetz, das s. Zt. von der Sozialdemokratie als eine Waffe gegen rechts gepriesen wurde, hat sich in der Hand der bürgerlichen Polizei und Justiz stets als eine Waffe gegen die revolutionäre Arbeiterschaft erwiesen, während es den Faschisten leicht gelang, Verbote, die auf Grund dieses Gesetzes gegen ihre Organisationen ausgesprochen wurden, dank der Nachsicht der Behörden zu umgehen. Einige Tage vor der Annahme des Gesetzes über die Ligen in der Kammer schrieb die "Humanité" mit Recht, dass die Vorschläge des radikalen Abgeordneten Chauvin, die dem jetzt beschlossenen Gesetz zugrunde liegen, ebenso gut gegen die Kommunisten wie gegen die Faschisten angewandt werden könnten, falls sie Gesetzeskraft erhielten. Das gilt auch für das beschlossene Gesetz. Auf Grund der Gesetzesformel, dass Organisationen, die die republikanische Staatsform gewaltsam ändern bzw. die territoriale Einheit Frankreichs zerstören wollen, kann eine bürgerliche Re-

gierung gegebenenfalls gegen die Kommunistische Partei unter dem Vorwand ihrer revolutionären Agitation für die proletarische Revolution und für das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker und nationalen Minderheiten vorgehen.

Es war richtig, dass die Kommunisten in der Debatte über das Gesetz verlangt haben, dass darin statt einer allgemeinen Formel die zu verbietenden faschistischen Organisationen, also Croix de feu, Jeunesses Patriotes, Solidarité française etc. namentlich aufgeführt wurden. Es war falsch, dass die KPF dann trotzdem für das Gesetz gestimmt hat, nachdem ihr Antrag abgelehnt worden war. Was die jetzige Diskussion anbelangt, ob die Auflösungsbefugnis bei den Gerichten oder bei der Regierung liegen soll, so ist es völlig abwegig, wenn die KPF sich hier kritiklosen Ansichten der Radikalen anschliesst. So richtig es ist, dass die reaktionären Gerichte die faschistischen Organisationen mit allen Mitteln schonen und ein eventueller Lösungsverfahren nach Möglichkeit verschleppen werden, so falsch ist es, eine bürgerliche Regierung mit ausserordentlichen Vollmachten auszustatten und auf diese Weise in der Richtung der von den Faschisten und Halbfaschisten erstrebten Stärkung der Exekutivgewalt hinzuwirken. Welchen Gebrauch ein Laval von seinen Vollmachten machen wird, kann sich jeder vorstellen und was eine bürgerliche Linksregierung anfangen wird, darüber können nur diejenigen im Zweifel sein, denen die opportunistische Volksfrontpolitik den Blick vollkommen getrübt hat.

In jedem Fall muss man sich darüber im klaren sein, dass die faschistische Bewegung mit dem jetzigen Gesetz nicht erledigt werden wird, sondern dass Massnahmen, die auf Grund dieses Gesetzes erfolgen, nur zu einer Umorganisation der faschistischen Verbände führen werden. Damit ein Verbot faschistischer Organisationen im bürgerlichen Staat wirklich wirksam wird, ist die selbstständige Aktion antifaschistischer Selbstschutzorganisationen der Werktätigen notwendig. Aber diese Selbstschutzorganisationen sind jetzt von den Führern der SFIO und KPF desavouiert worden und das neue Gesetz liefert den reaktionären Behörden Handhaben zum Vorgehen gegen derartige Organisationen.

Die innere Auseinandersetzung des Faschismus.

Was die Proteste der Faschisten gegen das neue Gesetz anbelangt, so sind sie nicht, wie das die Zeitungen der Volksfront behaupten, darauf zurückzuführen, dass die Faschisten wirklich vor dem Gesetz panische Angst hätten und ihr Ende kommen sähen, sondern auf andere Umstände. Einmal versuchen die Konkurrenten de la Rocques für den Posten eines französischen "Führers" dessen Manöver auszunutzen, um ihre eigenen Organisationen zu stärken. Zum anderen steht de la Rocque unter dem Druck seiner eignen Mitglieder, denen er Hoffnungen auf einen baldigen erfolgreichen Putsch gemacht hat und die jetzt seinen Übergang zu einer legal verkleideten Taktik nicht verstehen. Aber wenn die Arbeiter und die antifaschistischen Werktätigen überhaupt jetzt auf eine selbstständige ausserparlamentarische Aktion gegen den Faschismus verzichten und Wunderwirkungen von dem neuen Gesetz erwarten, dann wird die faschistische Bewegung hier ihre jetzigen Schwierigkeiten überwinden und der Krach, der jetzt im Lager der französischen Faschisten herrscht, wird sich als eine Wachstumskrise des Faschismus erweisen.

Die Volksfront und der Faschismus.

Die KPF erklärt jetzt, dass die Abstimmung über das Gesetz gegen die Ligen beweise, dass die Volksfront auch im Parlament eine einheitliche Kraft darstelle und dass deshalb die Volksfrontpolitik erst recht fortgesetzt werden müsse. In Wirklichkeit hat ein grosser Teil der Radikalen auch in der Debatte über die Ligen für ein Vertrauensvotum für Laval gestimmt. Was die linken Radikalen anbelangt, so ist es charakteristisch, dass der Abgeordnete Rucart, eine Stütze des linken Flügels der Radikalen und der Volksfront, gegen den Antrag der Kommunisten aufgetreten ist, die zu verbietenden faschistischen Organisationen namentlich zu benennen. Auch dieser ganz linke Radikale war für ein Gesetz, dass auch gegen links angewandt werden kann und von dem bürgerlichen Staatsapparat früher oder später auch gegen links angewandt werden wird. Die Bilanz der Volksfrontpolitik ist, dass die Radikalen Laval u. seine Politik der Kapitaloffensive, die dem Faschismus den Boden bereitet, ge-

rettet haben, ist ein Gesetz, das dem bürgerlichen Staatsapparat Waffen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in die Hand gibt, ist der Verzicht auf den antifaschistischen Massenselbstschutz. Es ist Zeit, mit dieser falschen Volksfrontpolitik Schluss zu machen.

Die UPR gegen die Entwaffnung u. Auflösung der fasch. Ligen.

=====

Die UPR, die von der Regionalleitung der KP bisher als eine antiimperialistische Partei ausgegeben wurde und deren Rossé-Flügel von ihr als bündnisfähig für die antifaschistische Volksfront bezeichnet wurde, hat bei der Ligendebatte in der Kammer wiederum ihr wahres Gesicht enthüllt. Die UPR-Fraktion hat nicht nur den kommunistischen Antrag niedergestimmt, der die zu verbotenden faschistischen Organisationen namentlich aufführte, sie hat im Gegenteil, bei allen entscheidenden Abstimmungen mit den Faschisten und Reaktionsären gestimmt und ihre Stimme gegen jede Auflösung der faschistischen Organisationen überhaupt erhoben. Niemand wird Angesichts dieser Haltung der UPR unterstellen, dass ihr Haltung dadurch bestimmt wurde, dass dieses Gesetz die Möglichkeit enthält gegen links angewandt zu werden. Ein Blick in die UPR-Presse zeigt, dass die UPR sich als Schützling der Croix de feu betätigt, weil sie in den faschistischen Ligen ein wirksames Instrument sieht, die Arbeiterklasse im Schach zu halten.

Die UPR hat damit ein weiteres Mal unterstrichen, was wir von ihr fortlaufend und im Gegensatz zur "Humanité" feststellten, dass sie eine reaktionäre und rechtsbürgerliche kapitalistische Partei ist, mit der die Arbeiterklasse kein Bündnis schliessen kann und darf.

Herr Rossé aber, der von der KP-Führung zum Repräsentanten des "linken" Flügels der UPR gemacht wurde und bei der Winzenheimer Wahl und anderen Gelegenheiten als Gegner Lavals, seiner Netzverordnungen und als brauchbarer antifaschistischer Bundesgenosse im Sinne der antifaschistischen Volksfront ausgegeben wurde, ist in der Ligendebatte nicht von der Seite M. Walters gewichen. Sogar Herr Wallach war in diesem Punkte "radikaler" denn Herr Rossé, dieser angebliche Streiter für die Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Ligen.

Anlässlich der Abstimmung über die Netzverordnungen, suchte die "Huma" die Abstimmung des Herrn Rossé als eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Volksfrontpolitik gegenüber der UPR auszugeben, obzwar H. Rossé im "Kurier" die Haltung seiner Fraktionskollegen rechtfertigte und seine Differenz zu ihnen darauf beschränkte, dass er der Meinung sei, man müsse die Volksfront bereits vor der Kammerwahl an die Regierung lassen, damit sie sich bis dahin abnutze und dann umso leichter erledigt werden könne. Diese Differenz des H. Rossé ist wahrlich wert, dass sie von der "Huma" lobend hervorgehoben und zur Bekräftigung ihrer Volksfrontpolitik gegenüber der UPR herangezogen wird.

Angesichts der Haltung der UPR, einschliesslich des H. Rossé, bei der Ligendebatte, sieht sich die "Huma" endlich veranlasst so etwas wie eine Kritik an dieser Haltung zum besten zu geben. Sie schreibt in ihrer Ausgabe v. 12. Dezember:

"Die UPR hat sich also auf die Seite der Feuerkreuzler, der Jeunesses Patriotes und Royalisten gestellt; sie scheint bereits einzusehen, dass ein derartiges Verhalten nicht dem Willen des els.-loth. Volkes entsprechen kann, und deshalb sucht sie des längeren und des breiteren die Stellungnahme Lavals zu verteidigen, der "Liberalere" Massnahmen vorgeschlagen hatte".

An anderer Stelle heisst es dann:

"Die Kommunisten halten ihre Augen offen, sie überwachen die Tätigkeit der Vertreter der UPR, aber sie werden auch, im Bewusstsein, dass die Haltung der UPR-Vertreter dem Willen des Volkes nicht entspricht, ~~xxxx~~ nicht darauf verzichten, alles zu tun, um auch die Gefolgschaft der UPR in die breite Volksfront hinein zu beziehen."

Diese Haltung der "Huma" offenbart nur die glänzende Verlegenheit, in

die die KP-Führung mit ihrer Volksfrontpolitik und Taktik gegenüber der UPR gerät ist und die bereits soweit führt, dass die "Huma" die Schandtaten der UPR in jeder Form abzuschwächen versucht. Die "Huma" erklärt, dass auch die offen faschistischnfreundliche Haltung der UPR bei der Ligondebatte für sie kein Grund ist, um darauf zu verzichten, die Gefolgschaft der UPR in die breite Volksfront einzubeziehen. Sie sagt aber mit keinem Wort, dass ihre bisherige Politik gegenüber der UPR falsch gewesen ist und nach ihrer ganzen bisherigen Praxis darf man annehmen, dass die Einbeziehung der "Gefolgschaft" der UPR (also nicht nur der werktätigen Gefolgschaft) weiter auf dem Wege über die UPR und ihre Instanzen erfolgen soll.

Angesichts dieser "Folgerungen" aus dem Verhalten der UPR ist es nötig die Haltung der KP-Führung gegenüber der UPR kurz Revue passieren zu lassen.

Es stimmt doch, dass uns gestern noch die UPR als antiimperialistische Partei und als bündnisfähig für den Kampf gegen den französischen Imperialismus dargestellt wurde? Es stimmt doch wohl auch, dass auf Grund der These, wonach die Gesamtaktivität der KP auf die nationale Frage abzustellen sei, die Taktik der KP-Cclmar bei den Generalrats- u. Gemeinderatswahlen durch den Regionalsekretär Walsh öffentlich verurteilt wurde, weil sie nicht auf ein Bündnis mit der "antiimperialistischen" UPR abgestellt war, sondern auf die proletarische Einheitsfront. Heute ist die UPR eine offene Stütze Lavals, des Repräsentanten des französischen Imperialismus!

Es stimmt doch, dass der Sieg der UPR bei den Senatswahlen im Bas-Rhin von der KP-Führung als ein Sieg der Volksfront bezeichnet wurde und das Bedauern darüber ausgedrückt wurde, dass die KP trotz ihrer diesbezüglichen Anstrengungen keine Gelegenheit besass in Haut-Rhin ihre Stimmen für die UPR-Abgeordneten Brom und Brogly abzugeben. Heute sind Brom und Brogly in allen Punkten als Agenten Lavals entlarvt und durch nichts von den Demokraten und der Apna zu unterscheiden.

Es stimmt doch, dass die Bündnispolitik der KP-Führung gegenüber der UPR den Arbeitern damit schmackhaft gemacht wurde, dass die UPR Gegnerin der Notverordnungen sei. Heute ist die UPR als Anhängerin der Notverordnungen entlarvt.

Es stimmt doch, dass uns H. Rossé als ein brauchbares Element der antifaschistischen Volksfront vorgestellt und als Anhänger der Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Organisationen zur Wahl in Winzenheim empfohlen wurde. Heute ist er als Komplize der faschistischen Organisationen entlarvt.

Es stimmt doch, dass die KP-Führung die durch und durch verlogene, doppelzüngige und echt jesuitische, einzig und allein auf die Sprengung der proletarischen Einheitsfront berechnete Antwort der UPR-Mülhausen, als brauchbare und befriedigende Voraussetzung für die Aufnahme der UPR in die antifaschistische Volksfront bezeichnete. Heute kann jeder, selbst der Dummste feststellen, dass man sich damit eine Laus in den Pelz gesetzt und sich der Lächerlichkeit preisgegeben hätte.

Diese Feststellung genügen um den "marxistischen" Weitblick der Regionalleitung der KP ins rechte Licht zu setzen. All diese bedauerlichen Fehlschlüsse, zu deren Erkenntnis sich die Regionalleitung selbst heute noch nicht aufschwingen kann, haben eine gemeinsame Generalursache: die Meinung, man könne mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen wirklichen Kampf gegen Faschismus und Kapitaloffensive führen und durch schonende Behandlung dieser Parteien, durch Volksfrontangebote an ihre Spitzen die werktätigen Anhänger dieser Parteien für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen. In Wahrheit betrügt man sich selbst und die werktätigen Anhänger dieser bürgerlich-kapitalistischen Parteien über den Charakter ihrer Partei und Führung. Damit aber gewinnt man diese Werktätigen nicht. Nur wenn man ihnen die einheitliche Klassenfront der Arbeiterklasse und deren Aktion für die Interessen aller Werktätigen gegenüberstellt, nur wenn man ihnen die volle und ungeschminkte Wahrheit über ihre Parteien und Führer sagt, kann man diese Werktätigen für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen.

Deshalb ist es an der Zeit den opportunistischen Kurs der KP-Führung

zu revidieren und einer Politik in der KF zum Siege zu verhelfen, wie sie von der IVKO, fassend auf den Erfahrungen der internationalen Arbeiterklasse präzisiert und entwickelt wird.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Gemeinderat und das Genter System:

Er nimmt einstimmig die Abschaffung zur Kenntnis.

=====
Die, von uns bereits in der letzten Nummer angekündigte Abschaffung des Genter Systems durch Regierungs-Vorfügung vom 29. Nov. beschäftigte die letzte Gemeinderatssitzung.

Die, von uns bereits in der letzten Nummer angekündigte Abschaffung des Genter Systems durch Regierungs-Vorfügung vom 29. Nov. beschäftigte die letzte Gemeinderatssitzung.

Der H. Maire Frey legte dem Gemeinderat folgenden Vorschlag vor:

Der Gemeinderat:

1. nimmt Kenntnis davon, dass das bisherige Genter System auf Grund der Stellungnahme der Regierung aufgegeben werden muss;
2. beauftragt den Herrn Maire, bei der Aufsichtsbehörde dahingehend vorstellig zu werden, dass der Stadt erlaubt wird, die bisherigen Sätze noch bis zum 31. Dezember 1935 auszuführen;
3. nimmt Kenntnis davon, dass in der nächsten Sitzung des Gemeinderats ein neues System beraten wird ähnlich demjenigen, welches in Mülhausen Anwendung findet.

Dieser Vorschlag fand nach längerer Diskussion einstimmige Annahme. Damit hat das Gemeindeparlament ohne Protest und ohne eine Kampfmassnahme zu erörtern, das Genter System aufgegeben und beordigt. Einstimmig wurde so eine Errungenschaft zu Grabe getragen, die seit dem Jahre 1906 eingeführt und bisher von der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei verteidigt wurde. So sang- und klanglos hat sich H. Frey die Beseitigung des Genter Systems sicher nicht vorgestellt. Aber die Proppkoalition mit den Sozialisten erweist sich vom kapitalistischen Standpunkt als ausserst profitabel. H. Huobor aber verlor im Verlauf der Debatte die Courage, als ihm H. Frey die Frage vorlegte, ob er die Verantwortung dafür übernehmen wolle, wenn im Falle der Ablehnung der Regierungsverfügung die Regierung die Staatszuschüsse für die Erwerbslosen einstelle, Herr Mourer aber gefiel sich darin, statt konkrete Vorschläge und Anträge einzubringen, die Vorzüge eines regionalen Parlaments hervor zu heben.

Die Sozialisten haben in der Gemeinderatssitzung getreu den Weisungen ihres Koalitionspartners gehandelt. Eine Verfügung ist eine Verfügung und muss durchgeführt werden. Das war der Standpunkt des H. Imbs. Wahrlich, die Herren sind unbezahlbar! Irgendeinen Protest, irgendeine Kampfmassnahme dagegen ins Auge fassen, ist für Gewerkschaftsführer vom Schlage eines Imbs anscheinend eine Ungeheuerlichkeit. Nicht einmal dazu konnte er sich aufschwingen, von der Stadtverwaltung zu fordern, dass das neue System keine Verschlechterung der Unterstützungssätze der organisierten Erwerbslosen und keine Mehrbelastung der Syndikate der Arbeiter zur Folge haben darf.

Die Arbeiterschaft darf die Neuregelung des Unterstützungssystems für die organisierten Erwerbslosen nicht dem Gemeindeparlament überlassen. Sie muss gestützt auf ihre gewerkschaftlichen Organisationen neben dem Protest gegen die Abschaffung des Genter Systems, zugleich auch ihre Vorschläge zur Neuregelung präzisieren und von den Arbeiterparteien die unbedingte Vertretung derselben fordern. Keine Verschlechterung der Unterstützungsleistungen, keine Mehrbelastung der Arbeitersyndikate, das muss die Lösung sein, die die Arbeiter der CGTU, der CGT und der christlichen Gewerkschaften vereinigt.

Es ist erfreulich, dass die Union Locale Unitäre von Strasbourg die Initiative zur Herstellen einer Aktionseinheit aller Gewerkschaften gemeinsam mit dem Mittelstand ergriffen hat. Es gilt diese Initiative kräftig zu unterstützen und so eine starke Bewegung gegen die Verschlechterungen gegenüber den organisierten Erwerbslosen ausserhalb des Gemeindeparlaments zu organisieren.

dafür, wie weit die angekündigte Reform der KI und die innerparteiliche Demokratie verwirklicht werden sollen.

Die KPO-Strasbourg solidarisiert sich restlos mit dem Angebot der IVKO auf Wiedervereinigung mit der KI auf der Basis der Beschlüsse des VII. Kongresses, des Programms und der Statuten der KI und erwartet, dass das Angebot auf Verhandlungen zwecks Durchführung der Vereinigung von der KI angenommen wird.

Die KPO-Strasbourg weist jeden Versuch auf anderem Wege zur Wiedervereinigung zu gelangen, entschieden zurück. Sie wird jeden Schritt in der Richtung der Wiedervereinigung nur im engsten Einvernehmen mit der IVKO unternehmen.

Sie beschliesst, die Stellung der IVKO zur Wiedervereinigung und zum VII. Weltkongress der KI der Mitgliedschaft und den Instanzen der KP in geeigneter Form zu unterbreiten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus Hitlerdeutschland:

Ein Terrorurteil gegen 1 KPD-O Kameraden.

Vor dem Jenaer Oberlandesgericht wurde der Kam. Scheler-Titus, wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Komm. Partei-Opposition Deutschlands (KPD-O) und illegaler Betätigung in ihrem Sinne in Verbindung mit den KPD-O-Instanzen in In- und Ausland zu 14 Jahren Zuchthaus, 15 Jahren Ehrverlust und lebenslängliche Unterstellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Dieses Urteil ist so unerhört, dass es den Protest aller herausfordern muss. Es zeigt ein übriges mal, dass ~~schon~~ die faschistische Klassenjustiz immer brutaler um sich schlägt. Die Prozesse des laufenden Jahres gegen die KPD-O in Thüringen sind dafür direkt symptomatisch. So wurde zu Beginn des Jahres der Kam. F. Giessner-Gara zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach ihm wurde neben anderen Kameraden der Kam. W. Kopp-Greiz wegen des gleichen Delikts zu 8 Jahren Zuchthaus, darauf folgend der Kam. Martin-Weimar zu 10 Jahren Zuchthaus und kurz darauf der Kam. Krukel-Jona zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Allen Kameraden konnte nichts als illegale Betätigung im Sinne der KPD-O nachgewiesen werden.

Bezeichnend ist, dass in der nach dem Ausland gehenden deutschen Presse über all diese Prozesse und Urteile nicht ein Sterbenswörtchen veröffentlicht würde. Um so nachhaltiger müssen die Arbeiter des Auslandes ihren kämpfenden Brüdern in Hitlerdeutschland zur Hilfe eilen und ihren Protest gegen die Hitlerbarbarei unermüdlich fortsetzen und steigern.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Die Veranstaltung der Arbeitersänger im Union-Theater am ~~verflossenen~~ Sonntag war ein voller Erfolg. Das Orchester und die Chöre wetteiferten miteinander. Der Verein hat sich seit seinem letzten Konzert nach vorwärts entwickelt, wenn auch solche Darbietungen wie das Waligespräch noch Schwächen offenbarten. Was aber immer wieder, wie bei anderen Arbeiterveranstaltungen festgestellt werden muss, ist, dass auch diese Veranstaltung noch stark in der Sphäre vorkriegszeitlicher Vorstellungen stecken blieb. Hier muss noch eine grosse ideologische Erziehungsarbeit geleistet werden.

Wie man das Geld der Syndikatsmitglieder der CGTU nicht ausgeben soll, zeigt die Syndikatsleitung der unitären Gemeindefarbeiter. Für die Teilnahme am dem Verschmelzungskongress der Services publics und des Transportwesens von Strasbourg zahlte diese Leitung für eine Sitzungsdauer von 4 Stunden ihren ortsansässigen Delegierten pro Kopf 50.-Frs und das Menü, während die CGT ihren Delegierten 15.-Frs gemäss den Satzungen auszahlte. Wir meinen dass 15.-Frs völlig ausreichend sind und das Verhalten der unitären Syndikatsleitung als eine unverantwortliche Verschwendung der Mitgliedsbeiträge der Verbandsmitglieder gebrandmarkt werden muss.

Der kommunistische Gemeinderat von Bischheim hat in einer Sitzung die Abschaffung des Genter Systems abgelehnt, weil die dafür angeführten Gründe auf die Gemeinde Bischheim keine Anwendung finden können.



ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

ADRESSE: USCHE - MÖLLERSTRASSE 3 - STRASBOURG

No. 69/II. JAHRGANG

Dritte Dezemberwoche 1935.

England und Frankreich für Aufteilung Abessinians:

DER RAUBPLAN LAVAL - HOARE,

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Kurz bevor der Völkerbund zu der Frage des Verbots der Petroleumzufuhr nach Italien Stellung nehmen sollte, arbeiteten Laval und der englische Außenminister Hoare einen "Friedensvorschlag" aus, der zeigte, dass die beiden grössten kapitalistischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes nicht nur nicht gewillt sind, gegen den italienischen Faschismus solche Sanktionen zu ergreifen, wie z. B. die Petroleumsanktion geeignet wären, dem Raubkrieg in Abessinien ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten, sondern bereit sind, Mussolinis Angriff, den sie noch kurz zuvor feierlich verurteilt haben, mit dem Preis einer Zerstückelung Abessinians zu belohnen. Bei dem famosen Plan Laval-Hoare handelt es sich um eine direkte Aufteilung Abessinians. Die Verwirklichung dieses Planes würde das Ende Abessinians als eines unabhängigen Staates bedeuten. Die Einwände, die die italienischen Faschisten gegen diesen Plan machen, sind soweit es sich nicht einfach um Schachertricks handelt, mit denen Mussolini noch mehr herausholen will, dagegen gerichtet, dass nach dem Plan von Laval-Hoare der italienische Imperialismus die Herrschaft über Abessinien mit England und Frankreich teilen soll, dass z. B. auch in der sogenannten italienischen "Kolonisationszone" der englische Imperialismus die Möglichkeit haben soll, sich "eingemischt" im Spiele zu haben. Für das abessinische Volk und für das internationale Proletariat sind diese Nuancen in bezug auf die Ausplünderung und Zerstückelung Abessinians unerheblich. Die Tatsache bleibt, dass der französische und der englische Imperialismus trotz allen feierlichen Schwüren auf die Innehaltung des Völkerbündspaktes bereit sind, sich mit dem italienischen Angreifer auf Kosten der vom Pakt garantierten Unabhängigkeit eines schwachen Völkerbundsstaates zu einigen.

Die faulen Argumente der Laval-Hoare.

Die Regierung Laval und auch die englische Regierung verteidigen den Plan Laval-Hoare mit dem Argument, dass die Petroleumsanktion den Krieg bedeutet hätte und dass es deshalb um der Sache des Friedens willen notwendig gewesen sei, Italien entgegenzukommen. Diese Argumentation ist durch und durch vorlogon.

Dass die Völkersanktion (für Petroleum) den Krieg bedeutet hätte, ist eine Behauptung, für die ebenso wenig Beweise vorliegen wie für die Auffassung, die z. B. die französischen Faschisten vor einigen Wochen vertraten, dass nämlich jede Sanktion den allgemeinen Krieg nach sich ziehe. Auch die jetzt von Laval und Baldwin übernommene Argumentation der italienischen Faschisten, dass sie, da die Petroleumsanktion ihnen die Weiterführung des Krieges in Ostafrika unmöglich machen würde, zu "Verzweiflungsmassnahmen" greifen und einen europäischen Krieg entfesseln würden, antwortete der Außenpolitiker des "Echo de Paris" Pertinax vor einiger Zeit mit der Feststellung, dass Italien in dem Falle, dass es nicht mehr fähig sei, den Krieg in Abessinien fortzusetzen, erst recht keine Kraft haben würde, einen Feldzug in Europa zu führen. Alles spricht für die Annahme, dass energische Sanktionen des Völkerbundes das beste Mittel wären, um den Krieg in Afrika ein Ende zu bereiten und Mussolini zum Rückzug zu zwingen.

"Der internationale Klassenkampf"

heisst das von der IVKO Anfang Januar 1936 erscheinende Organ, dass als gedruckte Zeitschrift alle zwei Monate erscheinen wird. Gebt Bestellungen auf.

Dagegen ist die Methode des Plans Laval-Hoare das sicherste Mittel, um den Ausbruch eines europäischen, ja eines Weltkrieges zu beschleunigen. Wenn heute ein imperialistischer Angriff in Afrika sofort durch Zuteilung einer reichen Beute belohnt wird, wenn die führenden imperialistischen Völkerbundstaaten einen Präzedenzfall für imperialistische Raubgeschäfte unter ausdrücklichen Bruch der Völkerbundssatzung schaffen, dann wird derselbe Mussolini morgen auf dem Balkan Beute suchen, dann werden die Nazis sich melden, dann wird alles das, was sich im Lager des Weltimperialismus an Kriegslüsterheit angesammelt hat, direkt zum Losschlagen aufgereizt.

Wie verlogen die Behauptung ist, dass der Plan Laval-Hoare dem Frieden diene, zeigt auch folgende Überlegung. Selbst wenn der Völkerbund und die italienische Regierung diesem Raubplan zustimmen würden, wäre das noch nicht der Friede in Afrika, denn die abessinische Regierung und vor allem das abessinische Volk, das in seiner Masse gezeigt hat und zeigt, dass es gewillt ist, für seine Unabhängigkeit zu kämpfen, lehnen diesen famosen Plan ab. Die Annahme des Projektes Laval-Hoare durch den Völkerbund würde nur bedeuten, dass Mussolini seinen Krieg in Abessinien mit Billigung des Völkerbundes fortsetzen darf, das wäre also nicht der Friede, sondern die Unterstützung eines imperialistischen Raubkrieges durch den Völkerbund.

Die Behauptung der englischen und französischen Regierung, dass sie vor der Alternative gestanden hätten, entweder die Petroleumsanktion zu verhängen oder Abessinien an Mussolini auszuliefern, zeigt, welche Absichten die englischen und französischen Imperialisten verfolgen. Warum haben Laval und Baldwin, wenn sie die Petroleumsanktion nicht verhängen wollen, es so eilig mit der Freigabe Abessiniens an den italienischen Faschismus? Warum können sie die Ergebnisse der bereits vom Völkerbund beschlossenen Sanktionen nicht erst abwarten, die sich bisher noch gar nicht haben auswirken können? Auf diese Fragen kann es nur eine Antwort geben: der englische und französische Imperialismus wollen nicht nur die Petroleumsanktion verhindern, sondern sie wollen überhaupt die Sanktionen abbauen und sich mit Mussolini einigen. Wenn der famose Plan Laval-Hoare, wie zu erwarten, im Völkerbund dank dem Widerstand einer Reihe von Staaten, vor allem der Sowjetunion, abgelehnt wird, so werden Frankreich und England auf alle Fälle bestrebt sein, neue Sanktionen zu hintertreiben und die bereits beschlossenen Sanktionen möglichst unwirksam zu machen, damit sie ihr Schachergeschäft mit dem italienischen Faschismus auf Kosten des abessinischen Volkes weiter fortsetzen können.

DIE URSACHEN DES VERSAGENS DES VÖLKERBUNDES, UND DIE ARBEITER.

XX

Bei der Beurteilung des Planes Laval-Hoare darf die Arbeiterklasse sich nicht darauf beschränken, festzustellen, dass hier der Völkerbundspakt verletzt wird. Es gilt bei dieser Gelegenheit die tieferen Ursachen dieses Versagens des Völkerbundes als eines Friedensinstrumentes festzustellen. Die KPF beschränkt sich leider darauf, zusammen mit den bürgerlichen Pazifisten und der SFIO über die Verletzung des Paktes zu klagen und seine Einhaltung zu fordern. Aber ~~ganz~~ was Kommunisten heute tun müssen, ist den Arbeitern aufzuzeigen, dass der Verrat der französischen und englischen Regierung an den Friedensgelöbnissen, die sie vor kurzem noch abgelegt hatten, nicht zufällig ist, sondern sich aus dem imperialistischen Charakter dieser Staaten ergibt. Die Sowjetunion vertritt als proletarischer Staat im Völkerbund eine konsequente Friedenspolitik, aber die Friedensliebe der imperialistischen Völkerbundstaaten war und ist sehr zweifelhaft, weil sie stets von imperialistischen Raubinteressen bestimmt ist, und mit der Entwicklung der imperialistischen Gegensätze über Nacht ins Gegenteil umschlagen kann. Der englische Imperialismus ist eine Zeitlang ziemlich energisch gegen die italienischen Eroberungspläne in Abessinien aufgetreten. Aber ~~der~~ japanische Vorstoß in China, der wichtige Interessen des britischen Imperialismus bedroht, und die stürmische Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung in Ägypten, die gleichfalls eine Schlüsselstellung Englands gefährdet und die durch den Widerstand Abessiniens gegen die italienischen Eroberungspläne ermutigt und gestärkt wird, haben die englische Regierung jetzt veranlasst, einen Kompromiss mit Italien anzustreben. Die "Ruhe" in Ägypten, ~~die~~ d. h. die britische Herrschaft in diesem Lande, und ihre Interessen in China sind der englischen Bourgeoisie wichtiger als der Friede in Ostafrika und schliesslich und endlich auch als der Weltfriede. Bei der englischen und französischen Bourgeoisie spielt auch noch die Überlegung eine Rolle, dass ein Scheitern des abessinischen Feldzuges mit aller Wahrscheinlichkeit den Sturz der faschistischen

Diktatur in Italien mit sich bringen würde, es sind auch Gesichtspunkte der konterrevolutionären Solidarität, die bewirken, dass die bürgerlichen Demokratien Frankreich und England bestrebt sind, Mussolini unter die Arme zu greifen.

DIE AUFGABEN DER INTERNATIONALEN ARBEITERKLASSE.

oo

Die Arbeiterklasse muss durch ihren Kampf gegen die Regierungen der kapitalistischen Völkerbundstaaten auf diese einen Druck ausüben, damit sie nicht nur alle Versuche einer Verletzung der Unabhängigkeit Abessiniens aufgeben, sondern damit sie auch im Völkerbund für solche Sanktionen eintreten, die geeignet sind, den Krieg in Afrika bald zu beenden und damit auch den Weltfrieden zu sichern. Aber es genügt nicht, dass die Arbeiterklasse die Einhaltung der Völkerbundssatzung verlangt. Gerade jetzt müssen die Kommunisten darauf hinweisen, dass, wenn der Völkerbund infolge der Haltung imperialistischer Regierungen als Mittel zur Erhaltung des Friedens versagt, dies keineswegs, wie das die bürgerlichen Pazifisten behaupten, bedeutet, dass es nunmehr kein Mittel gegen den imperialistischen Krieg gebe, sondern dass dann die selbstständige Aktion der Arbeiter der kapitalistischen Länder an der Seite der Sowjetunion, der stets das entscheidende Mittel zur Verhinderung des imperialistischen Krieges ist, erst recht weitergeführt und verstärkt werden muss; Wenn die kapitalistischen Regierungen die Sanktionen gegen Italien sabotieren, dann müssen die Arbeiter erst recht dafür sorgen, dass kein Kriegsmaterial nach Italien gelangt, dass keine italienischen Waren ins Ausland kommen. Wenn die kapitalistischen Staaten die Petroleumzufuhr nach Italien nicht sperren wollen, dann müssen die Arbeiter selbst dafür sorgen, dass kein Schiff, kein Zug mit Petroleum nach Italien ausfährt.

Im Gefolge ihrer falschen Volksfrontpolitik unterlässt es die KPF völlig, auf die Notwendigkeit der selbstständigen Klassenaktion hinzuweisen, sondern setzt alle ihre Hoffnungen auf die Radikalen und auf Herriot. Die Kammerabstimmung vom 17. Dezember nach der aussenpolitischen Rede Laval hat wiederum gezeigt, dass sich eine genügende Anzahl radikaler Abgeordneter findet, um die Regierung Laval zu retten und dass Herriot trotz seiner beinahe oppositionellen Rede von Montbéliard nicht aus der Regierung austritt, sondern eine manchmal mehr, manchmal weniger gute Miene zum bösen Spiel Laval macht. Vielleicht wird Herriot aus der Regierung austreten, wenn Laval in Genf und in London auf grosse Schwierigkeiten stösst. Aber Herriot selbst will nicht mehr als ein festes Bündnis mit dem englischen Imperialismus. Auf den Absichten Herriots eine kommunistische Aussenpolitik stützen zu wollen, heisst auf Sand bauen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

"Man wird es gegen rechts nicht anwenden:"

DAS GESETZ ÜBER DIE LIGEN.

oo

Das Gesetz über die Ligen wird jetzt im Senat beraten. Bekanntlich hat die zuständige Senatskommission beschlossen, dass nicht (wie im Entwurf der Kammer vorgesehen war) der Innenminister nach Anhörung des Staatsrats (Conseil d'état), sondern das Gesamtministerium die Befugnis haben soll, die unter das Gesetz fallenden Organisationen zu verbieten. Aber es wäre völlig verkehrt, wenn die Arbeiterschaft den Diskussionen über die Auflösungsprozedur allzu grosse Bedeutung beilegte, denn das Gesetz über die Ligen entspricht, ganz gleich ob die Fassung der Kammer, der Regierung oder des Senats angenommen wird, nicht den Interessen der Arbeiterklasse und des antifaschistischen Kampfes, sondern ist gegen diese Interessen gerichtet. Sehr charakteristisch ist folgende Äusserung Laval's, die er nach Angabe der Wochenzeitung "Marianne" über das Ligengesetz gemacht haben soll: "Sie (d.h. Kammer und Senat) können beschliessen, was sie wollen; da man nichts anwenden wird, ist das ohne Bedeutung." Mit dem Nicht-anwenden hat Laval offenbar gemeint, dass gegen die Faschisten nichts geschehen werde. Dagegen ist zu befürchten, dass Laval das Gesetz zum Vorwand für neue Schikanen und Verfolgungen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gegen aktive Antifaschisten nehmen wird.

Die Faschisten machen sich über das Gesetz schon im voraus lustig. Auch diejenigen unter ihnen, die zuerst eine gewisse Angst vor dem Gesetz hatten, haben sich jetzt beruhigt, weil sie sehen, dass das Gesetz ihnen keineswegs Schwierigkeiten bereiten wird. Die Auseinandersetzungen im Lager der Faschis-

men antrag und durch deren Wahl sie angeblich "den Kandidaten der französischen Regierung und der imperialistischen Parteien eine Niederlage" bereitet, haben sich inzwischen auch für "Blinde" als "Kandidaten der französischen Regierung und der imperialistischen Parteien" ontlarvt. Die UPR und ihre parlamentarischen Vertreter haben bei allen entscheidenden Abstimmungen in Kammer und Senat die faschistenfreundliche, den Interessen des Grosskapitals dienende und die Raubinteressen des italienischen Imperialismus fördernde Politik Laval's ihre Unterstützung angeheimlich lassen.

Man stelle diese Tatsachen, die die wirkliche politische Rolle der UPR charakterisieren den Behauptungen der Resolution der Regionalleitung der KP gegenüber und jederman wird mit uns konstatieren müssen, dass die Parteileitung sich nebst ihrem Generalsekretär in allen entscheidenden Punkten gegenüber der UPR fundamental geirrt haben. Die Parteileitung hat infolge ihrer Volksfronttaktik weder in Winzenheim, noch bei den Senatswahlen den "Kandidaten der französischen Regierung und der imperialistischen Parteien" eine Niederlage bereitet. Sie hat im Gegenteil, infolge ihrer Illusionen über den wahren Charakter der UPR als einer kapitalistisch-imperialistisch-bürgerlichen Partei und in Verfolg ihrer Politik des sogenannten kleineren Übels sich selbst, und die Massen über die UPR getäuscht. Infolge dieser Illusionen hat die Partei die Werktätigen aufgefordert der UPR als einer angeblich antiimperialistischen und lavalfeindlichen Partei die Stimme zu geben; Sie befindet sich jetzt gegenüber der UPR in einer ähnlichen Lage, wie die deutschen Sozialisten gegenüber ihrem Hindenburg. So wie jene, klagt auch jetzt die KP und schreibt:

"Und schliesslich hatten die UPR-Députés Verpflichtungen übernommen, die unmissverständlich waren und die gebrochen wurden. Hatte nicht Rossé ausdrücklich in einem Schreiben der Colmarer UPR erklären lassen, dass er für die Entwaffnung und Auflösung der bewaffneten Organisationen eintreten will, wobei die UPR unsere Präzisionen "faschistische Organisationen" dahin interpretierte, "dass es sich nur um Organisationen handelt, die über Waffen verfügen".

Die KP, die diese wendigen und nach jeder Richtung hin ausdeutungsfähigen Sätze Rossés als ausreichende Garantie ansah und darauf fussend Herrn Rossé zum Kandidaten der "wahren" Volksfront avancieren liess, muss also heute mit Botrubnis konstatieren, was wir ihr als unvermeidliches Resultat ihrer Volksfronttaktik bereits damals voraussagten.

Wir haben bereits vor der Winzenheimer Wahl Herrn Rossé als das abkonterfoit, was er ist. Wir haben an Hand seiner Antwort nachgewiesen, dass für Kommunisten eine Bündnispolitik gegenüber solchen bürgerlichen Politikern unstatthaft ist und am Schluss immer die Arbeiter die Geprellten sein werden.

Wir schrieben damals:

"Wir haben nachgewiesen, dass Herrn Rossés Bekenntnis zum Antifaschismus kein Abrücken von den Doumorgueschen Staatsreformplänen der UPR, kein Verzicht auf den "ständisch-christlichen" Gedanken enthielt, sondern deren Befahrung und Verwirklichung betonte. Mithin steht Herr Rossé in der Frage des Antifaschismus auf einer ähnlichen Linie wie die Partei des Herrn Wallach und Frey.

In der Antwort auf die 10 Forderungen der KP hat sich Hr. Rossé in echt jesuitischer Weise um eine klare Antwort herumgedrückt. Rossé ist nicht für die Auflösung der faschistischen Ligen, für die sogar die Radikalen eintreten. Er ist nur für die Auflösung aller bewaffneten Organisationen. Herr Rossé hat sich gehütet klar zu sagen, dass er für die sofortige Einberufung des Parlaments und den Sturz der Regierung Laval ist. Herr Rossé hat sich keineswegs verpflichtet gegen jede Regierung der union nationale oder union sacrée aufzutreten.

Trotz dieser Tatsachen hat die Regionalleitung der KP ihren Kandidaten zurückgezogen und ist mit Begeisterung für Herrn Rossé als wahren Volksfrontkandidaten eingetreten!"

(Arbeiterpolitik Nr. 51.)

Trotz aller Erfahrungen gedenkt die KP ihren Volksfrontkurs gegenüber der UPR fortzusetzen.

In einem Artikel der "Humanité" "Wohin steuert die UPR?" heisst es:

"Wir sind überzeugt, dass sich in der UPR Männer finden, die mit den Députés ein ernstes Wort sprechen. Wir haben für deren Verhalten keine Garantie übernommen und werden sie niemals übernehmen. Was wir noch glauben, bis auch dieser Glaube zerbrochen ist, Red; der A:P.) das ist die Möglichkeit im Kampf.

der FSQT in das Comité National des Sports. Dieser Beschluss wird von der Humanität als das Ereignis des Kongresses aufgemacht. Es handelt sich bei diesem Beschluss um eine Frage, die im Innern zu Meinungsverschiedenheiten geführt hat, zumal auch die roten Sportler bisher den Eintritt in diese Institution geführt hat. Obzwar über diese Frage in den Vereinen noch keine Stellung genommen wurde, erhielten dennoch die Delegierten zum Nationalkongress der FSQT den Auftrag für den Eintritt der FSQT in das Comité National des Sports auf Grundlage der von den Zentralinstanzen gestellten Bedingungen einzutreten.

Wenn in der angenommenen Resolution zu dieser Frage gesagt wird, die Vereine sollten die Frage des Beitritts zum CNS ernsthaft diskutieren, so ist dies ein schlechter Witz, da der Nationalkongress in Lille bereits am 29. und 30. Dez. stattfindet und die Kongressdelegierten unserer Region bereits gewählt und ein festes Mandat erhalten haben.

Mit dieser Art von Erledigung einer äußerst wichtigen Frage, die bisher im Arbeitersport gemäß seiner klassenmäßigen Orientierung und seiner feindlichen Einstellung zu den vom Staat geschaffenen Institutionen ablehnend beschieden wurde, können sich die Arbeitersportler nicht einverstanden erklären; Die Erhaltung der Einheit und die Erziehung der Mitglieder zu bewussten Kämpfern des Klassensports erfordert eine wirkliche Heranziehung der Mitglieder bei der Entscheidung solcher Fragen.

Deshalb müssen die Vereine im Hinblick auf die Bedeutung des Beschlusses auf Beitritt der FSQT zum CNS nachträglich eine wirkliche Diskussion fordern. Erstens muss eine Diskussion im "Sport Ouvrier" verlangt werden und zwar in dem Sinne, dass erst einmal den Mitgliedern der Charakter des CNS klargelagt und die einzelnen Bedingungen der FSQT für ihren Beitritt bekanntgegeben werden. Zweitens muss den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden beide Standpunkte, die in dieser Frage im nationalen Massstab aufgetreten sind, kennen zu lernen. Und zwar in der Weise, dass sowohl ein Vertreter für den Eintritt, als auch ein Gegner des Eintritts im "Sport Ouvrier" zu Wort kommt. Nach Abschluss dieser Diskussion sollen dann die Vereine der FSQT durch einen Beschluss ihre Stellungnahme präzisieren und fassend auf dieser Entscheidung haben die Zentralinstanzen ihr weiteres Verhalten in dieser Frage einzurichten.

Nur auf einem solchen Wege können Fragen solcher Art wie der Eintritt in das Comité National des Sports ohne Gefährdung der Einheit der Organisation entschieden werden und nur auf diesem Wege werden die Mitglieder zu aktiven Trägern der Bewegung am Goite des Klassenkampfes erzogen.

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus den Gewerkschaften:

Das Einheits-Syndikat der Holzarbeiter von Bas-Rhin gebildet.
 ::

Das Patronat und die christlichen Gewerkschaften haben zu früh frohlockt. Noch in der vergangenen Woche haben die Christlichen eine spezielle Mitglieder-versammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zur Verschmelzung der "sozialistischen" und "kommunistischen" Verbände; wie es in ihrer Einladung hiess; Sie haben alle Veranlassung dazu, waren es doch gerade die Christlichen und die Unternehmer, die an der Gewerkschaftsspaltung profitierten.

Am vergangenen Sonntag, den 15. Dez. haben nun die beiden Holzarbeiterverbände ihre effektive Verschmelzung vollzogen. Damit soll die Schlagkraft der Holzarbeiter verstärkt und zugleich die Gewerkschaft zu dem Magneten werden, der also noch abseits Stohenden anzieht. Der vollbesetzte Saal der "Glocke" gab Zeugnis des guten Willens, von dem die Holzarbeiter beseelt sind; gemeinsam zu kämpfen gegen ein immer frecher werdendes Untornehmertum. Nach anfänglich unüberwindbar scheinenden Hindornissen haben sich nun die Holzarbeiter endgültig die einheitliche Organisation und Leitung geschaffen. Die Diskussion war scharf, aber Kameradschaftlich, sowohl zu den Ausführungen der Referenten, wie zu den Kassenberichten und den Statuten. Der neue Vorstand, der sich proportionell zusammensetzt aus 4 CGT und 7 CGTU-Kameraden, ging einstimmig aus der Wahl hervor. Unser Kam. R. wurde 1 Vorsitzender und Kam. S. Kassierer, respkt v; Sekretär. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Mit einem kernigen Schlusswort und dem Gesang der "Internationale" wurde die Versammlung zu Ende geführt.

Kleinigkeiten:

Am Sonntag, den 15. Dez., tagte der Einheitskongress der Services Publics von Elsass-Lothringen, der gemäss seinem Vorlauf im wohlthuenden Gegensatz zum vorausgegangenen Départementalkongress des Bas Rhin stand. Unser Raum verbietet uns die Wiedergabe eines ausführlichen Berichts. Hervorhoben wollen wir nur, dass ein Antrag der CGTU-Kameraden, der eine proportionelle Vertretung in allen Instanzen wünschte, entgegen dem Wunsch von Imbs mit übergrosser Mehrheit angenommen wurde.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch richtig stellen, dass auf dem départementalen Kongress auch die CGT-Delegierten 50,-Frs Sitzungsgelder bezogen. Von Seiten der CGTU-Kameraden wird sogar erklärt, dass sie erst durch das Beispiel der CGT zur Auswerfung eines solchen Betrages angefeuert wurden. Nichts desto weniger halten wir daran fest, dass 50 Frs für potsansässige Delegierte ausbezahlen verschwenderisch ist und von allen Arbeitern verurteilt wird. Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die CGTU auch ihren Ersatzdelegierten den gleichen Betrag ausgezahlt hat.

Nach langwierigen Verhandlungen der beiden Bauarbeiter-Syndikate ist für diese nun ebenfalls die Verschmelzungsversammlung auf Sonntag, den 22. Dez. in der Glocke festgelegt. Wünschen wir, dass den von der Krise mit am empfindlichsten getroffenen Bauarbeiter-Kameraden, damit eine wirksame Waffe zur Verteidigung ihrer Interessen in die Hand gegeben wird.

Die bevorstehende Budgetdebatte im Strasbourger Gemeinderat hat zu allerhand Unstimmigkeiten innerhalb der hiesigen SFIO geführt. Ein anscheinlicher Teil der Mitgliedschaft ist gegen die Bewilligung eines Budgets, das der Arbeiterschaft und besonders den Arbeitslosen wesentliche Verschlechterungen gebracht hat und noch bringen wird, Abbau der städt. Mindestlöhne, Abschaffung des Gontor Systems u; a. M., sind die Bilanz einer 3/4 jährigen Tätigkeit der Proporzmehrheit. Es wird sich zeigen, wie weit der Einfluss der, der Aktionseinheit und dem Kampfe um eine Arbeitermehrheit ergebenen Militanten der SFIO reicht.

Die "Grands Moulins de Strasbourg" haben einen 7 % Lohnabbau für ihre Arbeiter angekündigt. Grund dafür soll die eingetretene wirksame "Senkung" der Lebenshaltungskosten sein. Die Arbeiter haben in einer Versammlung des Einheitsverbandes der Lebensmittelarbeiter diesen Abbau mit Entrüstung zurückgewiesen und die Direktion darauf aufmerksam gemacht, dass die Firma bei einem Aktienkapital von 40 Millionen 29 180 983 Frs Dividende in sechs Jahren ausgezahlt hat, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen und der fetten Tantiemen. Angesichts dieser Summen dürften die Herren, die von ihnen festgestellte Senkung der Lebenshaltungskosten in einer Herabsetzung ihrer Profite zugunsten der Arbeiter ihres Betriebes ausdrücken.

Weil einige Hypotekengläubiger nicht mehr stöhlhalten wollen, soll die Lingolsheimer Lederfabrik veräussert und auf diesem Wege wahrscheinlich stillgelegt werden. Dadurch würden 1000 Arbeiterfamilien und die Gemeinde Lingolsheim in bitterstes Elend gestürzt. Verhandlungen der Regierung mit den Gläubigern sollen bis zur Stunde resultatlos verlaufen sein, obzwar die Sanierung der Fabrik selbst vom Standpunkt der kapitalistischen Rentabilität günstige Resultate gezeitigt hat. Die Herren Gläubiger aber haben anscheinend günstigere Anlagemöglichkeiten für ihr Geld und was spielen da 1000 Arbeiterfamilien für sie eine Rolle.

Angesichts einer solchen Sachlage muss der komm. Gemeinderat in Verbindung mit der Betriebsbelegschaft und allen Organisationen der Werktätigen des Ortes, den entschiedenen Kampf gegen die Stilllegung des Betriebes aufnehmen. Département und Staat müssen Mittel in Form langfristiger Kredite zur Weiterführung des Betriebes zur Verfügung stellen. Um die Fortsetzung der begonnenen Sanierung ohne Belastung der Arbeiterschaft fortzusetzen, muss der Betrieb der Kontrolle der Arbeiter u. Angestellten unterworfen werden. Es ist nötig diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus der Organisation:

Den Mitgliedern der Organisation zur Kenntnis, dass die Leitung der KPO (IKKO) in ihrer Sitzung vom 18. Dez. den Kam. E. W. auf Grund organisationschädigenden Verhaltens der Mitgliederversammlung zum Ausschluss empföhlen hat und die Kam. E. G. wegen des gleichen Verhaltens aller Funktionen enthoben hat.

Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Adresse : USCHÉ - Mollerstrasse 3 - STRASBOURG

N° 70/II, Jahrgang

Vierte Dezemberwoche 1935.

Um den Kampf gegen die Ligen:

WARUM HAT DIE KPF IHRE STELLUNG ZUM GESETZ ÜBER DIE LIGEN
oo
GEÄNDERT ?
oooooooooooooooooooo

Der Senat hat das Gesetz über die Ligen in einer Fassung angenommen, die das Auflösungsrecht dem Ministerrat überlässt. Der von der Regierung unterstützte Vorschlag, dieses Recht den Gerichten zuzusprechen, wurde im Senat abgelehnt. Die Presse der SFIO und der KPF betrachtet die Abstimmung im Senat als einen grossen Erfolg für die Sache des Kampfes gegen den Faschismus. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, dass das Gesetz über die Ligen, so wie es in der Kammer beschlossen wurde und auch in der Fassung des Senats den Kampf gegen den Faschismus nicht fördern, sondern umgekehrt hindern wird, da dieses Gesetz, das dem bürgerlichen Staatsapparat und den bürgerlichen Regierungen erhöhte Vollmachten gibt, gegen rechts, gegen den Faschismus mit Nachsicht und Wohlwollen, gegen kämpfende Arbeiter aber mit aller Kraft, Schärfe und Rücksichtslosigkeit angewandt werden wird.

Drei Tage bevor das Gesetz über die Ligen in der Kammer angenommen wurde, schrieb L. Sampaix in der Pariser "Humanité" (3. Dezember) über den Antrag Chauvin, der bekanntlich dem Gesetz über die Ligen zugrundegelegt wurde:

"Die wesentliche Gefahr dieses Entwurfes besteht darin, dass er nicht nur gegen die faschistischen Organisationen gerichtet ist und dass er alle Deutungen zulässt. Im Artikel 6 wird z. B. spezifiziert, dass alle Gruppen oder Vereinigungen durch Dekret aufgelöst werden können, die 1. bewaffnete Demonstrationen in den Strassen hervorrufen, 2. durch das Tragen von Kleidungsstücken, Uniformen, Abzeichen oder gemeinsame Kennzeichen als Kampftruppen oder Privatmilizen gekennzeichnet sind.

Bewaffnete Demonstrationen? Es wird genügen, dass einige bewaffnete Provokateure sich in eine Volkskundgebung einschleichen, damit man die Führer der Volksfront dafür verantwortlich macht. Man hat auch gesehen, dass das Tragen von Schlüsseln und anderen Gegenständen als waffentragen betrachtet worden ist. Der geringste Vorwand kann benutzt werden, um die Auflösung einer Arbeiterorganisation zu dekretieren.

... Wird nicht eine Regierung wie die Lavals die Texte auf ihre Weise deuten, um einen entschiedenen Angriff gegen die proletarischen Organisationen zu unternehmen?

Endlich soll die Regierung durch Dekret alle Vereinigungen auflösen, "die es versuchen; die Unverschrtheit des nationalen Gebiets oder die republikanische Staatsform anzugreifen." Der vorgeschlagene Text bezieht sich nicht mehr auf Kundgebungen, sondern zielt auf die blosse Äusserung einer Meinung ab. In der Tat würde er der Regierung die Möglichkeit geben, jede Partei und jede Organisation aufzulösen, die über die Verfassung des Staates nicht derselben Meinung sind wie die Regierung. Es würde z. B. unter die Wirkung des Gesetzes fallen, wenn man, wie die Kolonialvölker oder das elsass-lothringische Volk, das Recht der freien Selbstbestimmung fordert.

Sampaix sagt dann noch in seinem Artikel:

"In der Tat bedeutet der Entwurf Chauvin eine grosse Gefahr für die Arbeiterorganisationen und deshalb bleibt die Stellung unserer kommunistischen Partei zu ihm die einer entschiedenen Gegnerschaft. (Notre parti communiste y reste résoluement opposé)... Die kommunistische Fraktion im Parlament wird ;;; im Laufe der grossen Debatte... nicht verfehlen, die Arbeiterorganisationen gegen alle Angriffe und gegen die Drohungen zu verteidigen, die in den den Abgeordneten vorgelegten Berichten enthalten sind."

Bekanntlich hat die Fraktion der KPF es keineswegs für nötig erachtet, entschieden gegen die Bedrohung der Arbeiterorganisationen aufzutreten, die in den Formulierungen des Berichtes Chauvin enthalten sind und die entschiedene Gegnerschaft der KPF gegen die Vorschläge Chauvins hat nicht lange gedauert, denn 3 Tage nach dem Artikel von Sampaix stimmte die KPF im Parlament für das Gesetz über die Ligen, dessen Text im wesentlichen mit dem von Chauvin beantragten übereinstimmt.

Dass das Gesetz über die Ligen -so wie das die "Humanité" am 3. Dezember voraussah, was die KPF inzwischen allordings vergessen zu haben scheint- schwebt Gefahren für die Arbeiterschaft mit sich bringt, zeigt ein Artikel des "Temps" vom 25. Dezember, in dem dieser anlässlich der Beratung des Gesetzes im Senat ein Vorgehen gegen die proletarischen Organisationen fordert. Der "Temps" schreibt:

"Wenn man gelten lässt (das müsste man noch sehen), dass bestimmte angeblich "rechtsstehende" Ligen einen aufrührerischen (factieux) Charakter haben, ist es nicht zweifelhaft, dass Gruppierungen der äussersten Linken denselben Charakter tragen; dass einige unter ihnen sogar durch Bestimmung aufrührerisch sind, da sie den Umsturz des Staates durch die Diktatur des Proletariats erstreben."

Der "Temps" schliesst daran die alte Forderung der Reaktionsäre, die Beamtengewerkschaften auf Grund einer Auslegung der bestehenden Gesetze im Sinne einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu verbieten. Die Reaktionsäre haben also keine Angst vor dem Gesetz über die Ligen. Die faschistischen Organisationen sind drauf und dran, dieses Gesetz durch Namensänderung und Reorganisation zu umgehen. Das Organ der Schwerindustrie, der "Temps" eröffnet bereits eine Kampagne für die Anwendung des Gesetzes gegen links.

Statt die Arbeiterschaft vor den Gefahren zu warnen, die sie noch am 3. Dezember sah, macht die KPF Reklamo für das Ligengesetz. Dieser schmachliche Unfall ist eine Folge der sogenannten Volksfrontpolitik, auf Grund der die KPF die Rettung vor dem Faschismus nicht von der grösstmöglichen Entfaltung der selbstständigen Klassenaktion der Arbeiter, von der Organisation des ausserparlamentarischen Widerstandes gegen die Kapitaloffensive, von der Schaffung eines antifaschistischen Massenselbstschutzes erhofft als von dem Bündnis mit der demokratischen Bourgeoisie, von einer Linksregierung, von der "Republikanischen" Armee und Polizei, d. h. von dem bürgerlichen Staatsapparat, der, wie alle historischen Erfahrungen zeigen, sich im entscheidenden Augenblick stets als eine Stütze des Faschismus gegen die Arbeiterklasse erweist.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Um den Eintritt in das CNS:

VOLKSFRONTPOLITIK IM SPORT.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die KPF versucht jetzt, auch auf dem Gebiet des Sports Volksfrontpolitik zu treiben. Sie macht eine Campagne für den Anschluss der proletarischen Sportförderationen an den CNS, die Spitzenorganisation des bürgerlichen Sports. Angeblich soll dadurch erreicht werden, dass innerhalb des bürgerlichen Sports die antifaschistischen Elemente gestärkt und die Faschisten isoliert werden. In Wirklichkeit wird die Loslösung der Massen der Anhänger des bürgerlichen Sports von ihren reaktionären, mit dem Faschismus sympathisierenden Führern nur gehemmt werden, wenn die Vertreter der proletarischen Sportorganisationen sich mit diesen Führern an einen Tisch setzen. Der Charakter des Arbeitersports als einer proletarischen Klassenorganisation aber wird einen schweren Stoss erleiden, wenn der Arbeitersport sich auf die Zusammenarbeit und das Zusammenspielen mit dem bürgerlichen Sport einstellt. Die Sportler, die der SFIO nahestehen, widersetzen sich dem Anschluss an das CNS. Es bedeutet aber keineswegs, dass der Widerstand gegen die Volksfrontpolitik im Sport deshalb reformistisch sei, weil Reformisten sich gegen die Zusammenarbeit mit den bürger-

lichen Organisationen auf dem Gebiete des Sports wenden und sich am Widerstand gegen diese Politik beteiligen. Wenn die sozialistischen Sportler sich gegen die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Organisationen auf dem Gebiete des Sports wenden, so soll man das begrüßen und ihnen sagen, dass es gilt nicht nur auf diesem Gebiete, sondern auf allen Gebieten die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie abzulohnen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

AUSSENPOLITISCHE ÜBERSICHT.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Ernennung Edens zum englischen Aussenminister.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung musste die Regierung Baldwin den bisherigen Aussenminister Hoare ausschiffen, obwohl sie anfänglich versucht hatte, sowohl Hoare wie den von ihm zusammen mit Laval ausgeheckten Plan zur Aufteilung Abessinien zu decken.

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt Hoares war auch der Plan Laval-Hoare erledigt. Baldwin bezeichnete ihn im englischen Parlament als tot, auch im Völkerbundsrat wurde er durch eine Resolution einstweilen begraben. Bei der Beratung im Völkerbund erklärte der Vertreter der Sowjetunion, dass er diesen Plan aus prinzipiellen Gründen ablehne.

Der Nachfolger Hoares ist der bisherige Völkerbundsminister Eden. Eden wird von der Presse als strikter Anhänger des Völkerbunds Paktes und der Kollektiven Sicherheit gepriesen. Es wäre jedoch völlig falsch, wenn die Arbeiterschaft annähme, dass mit dem Scheitern des Plans Laval-Hoare und der Ernennung Edens eine Garantie gegen die Wiederholung solcher schmutziger imperialistischer Schachergeschäfte, wie es das Abkommen Laval-Hoare war, geschaffen sei. Auch Hoare hat s. Zt. seine Treue zu den Grundsätzen des Völkerbundes geschworen und Eden ist ebenso wie Hoare ein Vertreter des britischen Imperialismus, für den der Völkerbund nicht mehr und nicht weniger als ein Mittel zur Vertretung der Interessen des britischen Imperialismus ist. Wenn es um die imperialistischen Interessen Englands geht, wird Eden ebenso auf alle Völkerbundsprinzipien pfeifen wie Hoare. Die Tatsache, dass die Verhängung der Petrolumsanktion trotz dem Scheitern des Planes Laval-Hoare einstweilen aufgeschoben worden ist, zeigt, dass die britische Regierung die Hoffnung auf ein Schachergeschäft mit Mussolini keineswegs völlig aufgegeben hat.

Zur französischen Aussenpolitik.

Der Misserfolg des Planes Laval-Hoare hat die Stellung Lavals als Ministerpräsident und Aussenminister schwer erschüttert. Der Versuch Lavals, die Front von Stresa, die Zusammenarbeit von Italien, Frankreich und England wieder zustandezubringen, ist einstweilen ziemlich kläglich gescheitert. Auf die Laval'schen Versuche einer Annäherung an Nazi-Deutschland hat die Hitlerregierung mit der Forderung geantwortet, dass Frankreich ihre freie Hand im Osten gewähren solle. Verschiedene französische Faschisten, wie z. B. Taittinger, der Führer der Jeunesses Patriotes, fordern bereits, dass Frankreich den Nazis Blankovollmacht zum Angriff auf die Sowjetunion geben solle. Laval traut sich offenbar aber noch nicht, den franko-russischen Pakt, den er im Stillen sabotiert, offen zu brechen.

In dieser Situation muss die französische Arbeiterschaft auch in den aussenpolitischen Fragen ihren selbstständigen Klassenstandpunkt gegenüber der imperialistischen Bourgeoisie zum Ausdruck bringen. Aber ebenso wie in der Innenpolitik, ist auch hier die Volksfrontpolitik ein Hemmnis. Die KPF stellt die Sache so dar, als ob es für die Arbeiterklasse darauf ankäme, dass statt Laval Herriot die französische Aussenpolitik leitet. Aber auch Herriot ist ein Vertreter des französischen Imperialismus und die zentrale aussenpolitische Idee Herriots ist die Zusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus. Das bedeutet, dass Herriot, wenn es daraufankommt, mit dem britischen Imperialismus ebensolche Schachergeschäfte abschliessen wird wie Laval, um sich die englische Freundschaft zu erhalten und dass er seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stets den Interessen der Zusammenarbeit des britischen und des französischen Imperialismus unterordnen wird. Illusionen in bezug auf

die Aussenpolitik eines Herriot oder eines anderen "linken" Aussenministers zu erwecken, wie das die KPF tut, heisst nur, die Arbeiterklasse auf den Weg schwerer Enttäuschungen führen.

Sowjetfeindliche Provokationen des japanischen Imperialismus.

In der letzten Zeit haben die japanischen Imperialisten eine Reihe von Grenzzwischenfällen an der Grenze der äusseren Mongolei provoziert, die darauf hinweisen, dass sie gegenüber der mongolischen Volksrepublik dasselbe Spiel wiederholen möchten; durch das sie sich in der Mandschurei und in Nordchina eingemischt haben. Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der mongolischen Volksrepublik und der Tatsache, dass diese Republik an die Sowjetunion grenzt, ist das japanische Vorgehen zugleich ein Vorstoss gegen die Sowjetunion, das zeigt, dass innerhalb der imperialistischen Kräfte Japans die Tendenzen zu einem Überfall auf die SU an Boden gewinnen; Die Arbeiterklasse muss sich der Gefahren bewusst sein, die die letzten Ereignisse im Fernen Osten für den Weltfrieden und für die Sowjetunion bedeuten.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

NOTIZEN ZUM ITALIENISCH-ABESSINISCHEN KRIEG.
oo

Wir geben hier einige Notizen wieder, die im Verlauf der bisherigen Kriegshandlungen Italiens gegen Abessinien die bürgerliche Presse passierten.

Innerhalb einer Woche haben Schiffe mit über 8000 kranken italienischen Soldaten und Arbeitern den Suezkanal von Abessinien in Richtung Italien passiert.

Die faschistische Zeitung von Eritrea "Quotidiano Eritero" veröffentlicht im Hinblick auf die wachsende Unzufriedenheit unter den italienischen Arbeitern, die von der faschistischen Regierung nach Afrika geschickt wurden, um dort Strassen zu bauen und andere militär-strategische Arbeiten durchzuführen, eine amtliche Mitteilung, in der es u. a. heisst:

"Die Regierung fordert die strengste Disziplin, besonders jener Werkstätigen, die ihre Heimkehr nach Italien erwarten oder aus nicht gerechtfertigten Gründen verlangen, eingeschifft zu werden, ehe die Reihe an sie kommt. Jene, die daran denken sollten, zu meutern, mögen wissen, dass ihr Führungsblatt demontsprechend ausgefüllt werden wird, und dass ihre Rückkehr nach Italien der Polizei und den politischen Behörden im voraus bekanntgegeben werden würde."

Die Italiener sind im Norden Abessiniens, in den ersten 6 Kriegswochen bis nach Makallo, etwa 75 Meilen von ihrer Grenze, vorgedrungen. Die gegenwärtige Geschwindigkeit des italienischen Feldzuges ist trotz der restlosen Indienststellung der modernen Technik und Verkehrsmittel weit geringer, als die der britischen Truppen, die 1868 unter Führung von Napier in 13 Wochen 300 Meilen vorwärts gekommen sind. Die gegenwärtige Geschwindigkeit der italienischen Truppen, unter Berücksichtigung des Stillstandes in der Regenzeit zu Grunde gelogt, würden die Italiener Addis-Ababa im Jahre 1937 oder 1938 erreichen. Dabei ist der völlige Stillstand der italienischen Angriffsoperationen in der letzten Zeit unberücksichtigt geblieben.

Der Krieg Mussolinis kostet dem italienischen Volke 1 Million Pfund pro Woche 80 Millionen Francs. Wenn der Krieg 2 Jahre dauern würde, würde er rund 10 Milliarden kosten.

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten des Geländes und der modernen technischen Ausrüstung des italienischen Heeres, ist zur Sicherung der Etappe nötig, dass jeder italienische Frontsoldat durch 9 Mann in der Etappe ergänzt wird.

Diese wenigen Tatsachen illustrieren zur Genüge die Schwierigkeiten, denen sich der italienische Faschismus mit seinem abessinischen Abenteuer ausgesetzt hat. Die internationale Arbeiterklasse wünscht die Niederlage des italienischen Imperialismus bei seinem Raubzuge gegen Abessinien. Sie muss ihren Kampf um die restlose Anwendung der Sanktionen gegen den italienischen Imperialismus unbehindert von allen imperialistischen "Vorständigungsversuchen" auf Kosten Abessiniens und unabhängig von ihrer Bourgeoisie fortsetzen. Sie muss ihre selbständige Klassenaktion steigern.

Zur Regionalkonferenz der Partei:

UM DIE IVKO UND DIE VOLKSFRONT MIT DER UPR.

oo

In der Mittwochnummer der "Humanité" vom 25.12. veröffentlicht der ehemalige Kamerad E.M. einen Diskussionsartikel zur Politik der KPF in Strasbourg, in dem er u.a. auch die Frage der Wiederaufnahme der IVKO-Gruppe im positiven Sinne gegenüber den Parteinstanzen stellt und sich - in allerdings unzulänglicher Weise - gegen die Winzenholmer Taktik ausspricht. Wir werden in unserer nächsten Nummer ausführlicher auf den Artikel E.M. zurückkommen. Heute wollen wir uns im wesentlichen mit dem Anhang des Parteisekretariats beschäftigen, der als Antwort der Parteinstanz dem Artikel des Kam. E.M. beigefügt wurde.

Kam. E.M. forderte in seinem Artikel die Parteinstanz auf, eine klare Stellungnahme darüber bekannt zu geben, ob die zwischen der KP und IVKO bestehenden taktischen Differenzen nach dem 7. KI-Kongress innerhalb der Partei ausgetragen werden können, um - wie es im Artikel E.M. so schön heisst - "die fadenscheinigen Ausreden der IVKO unmöglich zu machen."

Die Parteinstanz hat in ihrem Anhang auf diese Frage des Kam. E.M. keine Antwort gegeben, sondern festgestellt, dass die Kameraden der IVKO sich im Laufe der Zeit davon überzeugen konnten, dass die Partei Recht behalten hat. Diese Feststellung steht selbst im Gegensatz zu der Erklärung des Kam. E.M., der in seinem Artikel ausdrücklich hervorhebt, dass er hinter den Auffassungen der IVKO stand und steht und er sich nur aus taktischen Gründen der Partei angeschlossen habe, da er glaube, dass nach dem 7. KI-Kongress die Differenzen zwischen Partei und IVKO offen in der Partei behandelt werden können. Die Erklärung der Parteinstanz zu der Auffassung des Kam. E.M. zeigt, dass die Parteileitung noch heute den aussichtslosen Versuch unternimmt den voraufgegangenen Ultralinken Kurs der Partei zu rechtfertigen und den Übergang des Kam. E.M. zur Partei als eine Verurteilung der Politik der führenden Instanzen der IVKO auszuloggen versucht.

Die Parteinstanz legt Wert darauf hervorzuheben, dass die "Taktik von Winzenheim die Folge einer logischen und konsequenten Politik unserer Partei in der Herstellung einer ant imperialistischen und antifaschistischen Volksfront ist." Wir haben die Unrichtigkeit dieser Politik in den Blättern unserer Zeitschrift zur Genüge bewiesen, so dass es hier nicht notwendig ist diese Beweisführung nochmals ausführlich zu wiederholen.

Bezeichnend für die Kritik des Kam. E.M. aber ist, dass er in seinem Diskussionsartikel nur "gegen die schablonenhafte Anwendung der französischen Volksfrontpolitik auf das Elsass" Stellung nimmt und dadurch den Eindruck erweckt, dass er mit der in Innerfrankreich betriebenen Volksfrontpolitik mit den Radikalen einverstanden ist. Kam. E.M. weiss sehr gut, dass dies nicht der Standpunkt der IVKO ist. Die IVKO hat schon vor dem 7. Weltkongress gegen diese Politik der Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Bourgeoisie zur angeblich wirksamen Bekämpfung des Faschismus Stellung genommen. Wenn der Kam. E.M. jetzt nur noch gegen die "schablonenhafte Anwendung" der innerfranzösischen Volksfrontpolitik auf das Elsass Stellung nimmt, so beweist er damit, dass er schon nicht mehr den Standpunkt der IVKO in der Partei vertritt und in seinem Diskussionsartikel zum Ausdruck bringt. Wenn man mit der innerfranzösischen Volksfrontpolitik der Partei einverstanden ist, kann man nicht prinzipiell gegen die Übertragung dieser Politik auf das Elsass wirksam und überzeugend Stellung nehmen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wenn man für die Bündnispolitik mit den radikalen kapitalistischen Politikern ist, kann man schon nicht mehr grundsätzlich gegen die Politik der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Politikern der UPR vom Bohlage eines Rossé und Walter Stellung nehmen. Wenn man aber nicht prinzipiell gegen die Politik der Zusammenarbeit mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien Stellung nimmt, kann man auch nicht wirksam und überzeugend gegen die Koalitionspolitik der SFIO mit dem linken Flügel der Bourgeoisie und damit auch nicht erfolgreich gegen die Proporzpolitik der Strasbourger SFIO-Führer kämpfen. Deshalb führt nicht nur die schablonenhafte Anwendung der französischen Volksfrontpolitik auf das Elsass hier in eine Sackgasse, sondern sie führt die ganze französische Arbeiterklasse in eine Sackgasse, weil die elsässische Volksfrontpolitik der Partei nur die logische und konsequente Fortsetzung der innerfranzösischen Volksfrontpolitik auf die spezifischen Bedingungen des Elsass ist.

Wenn die Zustimmung der Radikalen zur Lavalschen Dekretpolitik kein Grund zur Aufgabe der Volksfront mit den Radikalen ist, braucht die Sanktion der Lavalschen Verleumdungspolitik durch die UPR auch kein Grund zur Aufgabe der Winzenheimer Taktik der Partei sein. Wenn man aber die bürgerlich-kapitalistische Politik der Radikalen toleriert, kann man nicht wirksam und erfolgreich gegen die bürgerlich-kapitalistische Politik der UPR ankämpfen. Das eine zieht das andere nach sich oder, das eine folgt logisch aus dem anderen. Indem der Kam. E.M. aus anscheinend rein opportunistischen Erwägungen die Volksfrontpolitik der Partei in Innerfrankreich kritiklos zur Kenntnis nimmt, begibt er sich aller wirksamen Argumente gegen die Winzenheimer Politik der Parteinstanzen.

Deshalb ist die Kritik des Kam. E.M. keine Kritik im Sinne der IVKO und deshalb ist die Zulassung seiner Kritik in der Parteipresse als einmaliger Akt und entsprechend der Tendenz seines Artikels vielmehr darauf abgestellt, gegenüber der IVKO den Nachweis zu führen, dass das Diskussionsrecht in der Partei gesichert ist.

Kam. E.M. Kritik an der Politik der Partei in Strasbourg geht bezeichnender Weise Hand in Hand mit einer Kritik der "Obstruktion und einheitsfeindlichen Haltung" der IVKO. Dies wagt Kam. E.M. zu behaupten, obwohl er die unwiderlegbaren Zeugnisse für die wiederholten Anträge der IVKO auf Verhandlungen mit der KI zwecks Wiedervereinigung kennt. Warum verschweigt er die ihm wohl bekannten Tatsachen darüber? Warum verschweigt er, dass die Strasbourg IVK-Gruppe in völliger Übereinstimmung mit aller IVKO-Gruppen einmütig dem Angebot der IVKO auf Verhandlungen zwecks Wiedervereinigung an die KI zugestimmt hat. Die Strasbourg KPO hat nie und zu keiner Zeit die Wiedervereinigung der gesamten IVKO mit der KI und ihren Sektionen abgelehnt. Sie wendet sich nur gegen die Manöver der Parteinstanzen der KI in der Frage der Wiedervereinigung, die sämtlich darauf hinauslaufen, diese Wiedervereinigung unter Umgehung der Instanzen der IVKO und ihrer Sektionen auf dem Wege der Zersetzung herbeizuführen. Solche Zersetzungsversuche allordings lehnt die IVKO geschlossen ab und nur aus diesen Motiven hat sie sich auch gegen den individuellen Übergang des Kam. E.M. in die Partei gewandt, weil auf solchen Wegen keine wirkliche Wiedervereinigung erreicht werden kann. Die Strasbourg IVKO-Gruppe hat im Dezember vorigen Jahres mit der Partei Verhandlungen auf Wiedervereinigung geführt; Das Ergebnis war der Abschluss einer Arbeitsgemeinschaft. Trotz wiederholter Anträge der IVKO-Gruppe auf Anwendung und praktische Betätigung dieser Arbeitsgemeinschaft, hat die Parteileitung auf diese wiederholten Angebote nicht reagiert. Noch nach dem VII. Weltkongress der KI hat die IVKO in einem Briefe an die Parteileitung eine Aussprache über die Aktivierung des Einheitskomitees gefordert. Die Parteileitung hat darauf nicht einmal geantwortet. Im Hinblick auf diese Tatsachen mag Kam. E.M. selbst urteilen, auf wen der Vorwurf der Obstruktion und der einheitsfeindlichen Haltung zutrifft.

Kam. E.M. hält es in seinem Artikel auch für notwendig, zu betonen, dass er es ablehne sich als Versuchsobjekt der IVKO benützen zu lassen. Das lag auch garnicht in unserer Absicht. Nachdem der Kam. E.M. in seinen eignen Erklärungen seine völlige Übereinstimmung mit der Politik der IVKO im elsässischen, französischen und internationalen Massstabe zum Ausdruck gebracht hatte, lag nichts näher, als von ihm zu erwarten, dass er gemäss diesen Erklärungen in der Partei wirken werde. Was wir vom Kam. E.M. forderten, entsprach nur seinen eignen Erklärungen, von denen wir bis heute annahmen, dass sie nicht zur Duplicierung und Zersetzung der IVKO in Übereinstimmung mit der Parteileitung erfolgten. Wenn die Politik der IVKO richtig ist, dann muss man für die geschlossene und rostlose Wiederaufnahme sämtlicher Sektionen der IVKO kämpfen und endlich die aussichtslosen Versuche einstellen, durch Manöverchen und taktische Winkelzüge die IVKO auseinander zu manövrieren. Alle diese Versuche sind in der Vergangenheit und werden auch in der Zukunft an der Festigkeit und politischen Geschultheit der Militanten der IVKO scheitern.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Von den Gemeindearbeitern:

Um ein autonomes Syndikat des Services Publics.

=====
 =====

Gefährliche Tendenzen zeigen sich momentan innerhalb des Services Publics, die darauf hinauslaufen, ein autonomes Syndikat zu gründen. Einige Kameraden lassen sich, von irgendeiner Seite hierzu verleitet, dafür missbrauchen, die

soeben hergestellte gewerkschaftliche Einheit im Service Publics zu gefährden. Unterschriftssammlungen werden ins Werk gesetzt um einen neuen gewerkschaftlichen Laden aus der Taufe zu heben. Als Köder wird den eignen Kameraden versprochen, dass das autonome Syndikat die Beiträge von 2,50 auf 2,00 Frs pro Woche herabsetzen und das Sterbegeld von 400 auf 500 Frs erhöhen wird. Dass man mit solchen Streikbrechermethoden der heutigen Stadtverwaltung einen Bärendienst erweist und der Sache der gesamten Arbeiterschaft einen schweren Schaden zuzügelt, scheinen die Kameraden vollständig zu übersehen.

Mit dem plumpen und oberflächlichen Argument, dass man mit Imbs, Gabel, Zeller usw. nicht gemeinsame Sache machen kann, beweisen die betreffenden Kameraden nichts, als ihren schwachen Kampfwillen im Sinne der Revolutionierung der vereinigten Gewerkschaften und ihren engen syndikalistischen Horizont, sowie ihr niederes politisches Niveau. Die Frage der Gewerkschaftseinheit steht nicht so; mit oder ohne Imbs, sondern gemeinsam gegen Frey und die gesamte von der Bourgeoisie ausgehende Kapitaloffensive. Der erfolgreiche gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter des Services Publics ist nur in Verbindung mit der gesamten gewerkschaftlich organisierten Masse in den städtischen und gemischtwirtschaftlichen Betrieben und mit der gesamten in den vereinigten Gewerkschaften zusammen geschlossenen Arbeiterklasse möglich. Deshalb müssen die Arbeiter des Services Publics jeden Versuch eines verschwindenden Teils von Kameraden, die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu zerstören im Keime ersticken. Durch den Weg der Bildung eines autonomen Syndikats wird Imbs in Wahrheit nur gestärkt, weil er auf diesem Wege von einem Teil der Opposition befreit wird. Wenn die revolutionären Arbeiter des Services Publics sich teilen, wird Imbs herrschen.

Einige dieser Haupttreiber für die Bildung eines autonomen Syndikats entstammen der Hueberpartei. Wird die Parteileitung der Hueberpartei, die sich ja für die Gewerkschaftseinheit ausgesprochen hat, diesem Treiben weiter tatenlos zusehen? Wir appellieren an beiden Instanzen der vereinigten CGT des Services Public aus ihrer bisher geübten Reserve gegenüber dem Treiben der einheitsfeindlichen Elemente hervorzutreten und die Mitglieder über die Schädlichkeit der Bildung eines autonomen Syndikats aufzuklären, sowie die Verantwortlichen für diese Quertreibereien der Verachtung der organisierten Arbeiter preiszugeben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

1000 Arbeiterfamilien von Not und Elend bedroht:

=Die Lingolzheimer Lederfabrik vor der Stilllegung?

Vorberichtet bereits in unserer letzten Nummer über die Gefahr der Stilllegung der Lingolzheimer Lederfabrik. Wir fordern eine gemeinsame Aktion aller Arbeiterorganisationen, der kleinen Geschäftsleute und des Gemeinderats von Lingolzhelm für die Aufrechterhaltung des Betriebes. Diese Aktion müsste sich auf die Forderung nach langfristigen Krediten des Staates und des Départements und die Weiterführung des Betriebes unter der Kontrolle der Arbeiter und Angestellten konzentrieren. Die "NW" beschränkt sich auf die Forderung nach Staatsmitteln, ohne die Frage der Kontrolle der Arbeiter und Angestellten damit in Verbindung zu stellen. Eine solche Beschränkung der Forderungen muss von der Arbeiterschaft entschieden abgelehnt werden. Die Sanierung der bankrotten kapitalistischen Unternehmungen mit den Mitteln des Staates, d. h. auf Kosten der werktätigen Steuerzahler ohne die Kontrolle der Arbeiter und Angestellten, würde nichts anderes bedeuten, als die unvermeidlichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden sang- und klanglos auf die Werktätigen abzuladen und der kapitalistischen Misswirtschaft Tür und Tor öffnen. Deshalb fordern wir ausdrücklich, dass die Forderung nach langfristigen Krediten für die Weiterführung des Betriebes mit der Forderung auf Unterstüchtung des Betriebes unter die Kontrolle der Arbeiter und Angestellten verbunden wird. Diese Kontrolle muss sich auf alle geschäftlichen Transaktionen und die gesamte Produktion erstrecken. Die bloße Forderung auf Staatshilfe führt lediglich dazu, dass die Herren Kapitalisten ihre Profite garantiert erhalten und weiter nach Belieben und Gutdünken mit den Staatsmitteln schalten und walten können. Deshalb fordern wir, dass sowohl die Sanierung des Betriebes, als seine Weiterführung unter Kontrolle und aktiver Beteiligung der gewählten Vertreter der Betriebsbelegschaft erfolgt. Es wäre auf jeden Fall dringend nötig, dass die KP ihre Stellung zu dieser Frage eindeutig präzisiert und darauf verzichtet der Haltung der "NW" indirekt Beistand zu leisten.

An unsere Freunde, Sympathisierende und Mitglieder,

=====
 =====

An der Schwelle des neuen Jahres wünschen wir Euch Allen das Beste und neue Kraft für die bevorstehenden politischen und ökonomischen Kämpfe, die uns das neue Jahr bringen wird.

Von unseren Kameraden wünschen wir, dass sie im Kampf für unsere Sache nicht erlahmen und uns neue Kämpfer und Streiter für den Kommunismus zuführen mögen.

Wir werden im kommenden Jahr neben der praktischen Betätigung im Sinne unserer richtigen Politik in den Massen und dem Kampf um die Durchsetzung einer richtigen kommunistischen Politik in den Reihen der Kommunisten, unsere Schulungsabende weiter fortsetzen, in der Überzeugung, dadurch die Voraussetzungen für die Erweiterung unseres Kreises und Einflusses in der Arbeiterschaft zu vergrössern.

Die Straßburger IVKO-Gruppe wird Hand in Hand mit ihren Bruderorganisationen auch im neuen Jahr ihre Anstrengungen auf die Liquidation des gegenwärtigen opportunistischen Kurses der KI-Sektionen vereinigen, auf dass die kommunistische Bewegung allen Anforderungen im Interesse der Arbeiterklasse Rechnung tragen kann.

In diesem Sinne: Mit neuer Kraft ins neue Jahr!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Kleinigkeiten:

Bei der Ausschusssitzung der Landesversicherungsanstalt wurde bekannt gegeben, dass die Auswirkung der berichtigten décret-lois sich in der Weise äusserte, dass einer Einsparung von 620 000 Frs; eine Mindereinnahme von 2 560 000 F^{rs} gegenübersteht. Das Defizit des laufenden Jahres soll sich auf 12, das des kommenden Jahres voraussichtlich auf 13 Millionen belaufen. Die Anstalt zehrt bereits jetzt von der Vermögenssubstanz und bei Fortgang der Krise wird das Problem der Sanierung konkret vor den Vertretern der Versicherten stehen. Das Patronat hat die Absicht das Defizit auf dem Wege der Leistungsverminderung auszugleichen. Der Staat selber stellt sich gegenüber den Forderungen auf Bereitstellung von Mitteln taub. Die Offensive gegen die Sozialversicherung erhielt bereits seinen konkreten Ausdruck in der Herabsetzung des Zuschusses für den Zahnersatz von 25 auf 20 Frs. Die "FP" propagiert im Hinblick auf die Untätigkeit des Staates und die Abbaubestrebungen des Patronats die Beitragsheraufsetzung als einziges Mittel zur Beibehaltung der seitherigen Leistungen bei weiteren Fortgang der Krise. Die Arbeiter müssen sowohl die Leistungsverminderung, als auch die Beitragserhöhung ablehnen und stattdessen die Heranziehung des Besitzes zur Rettung der Sozialversicherung durch den Staat fordern und dafür die parlamentarische und ausserparlamentarische Aktion aller Gewerkschaften in Verbindung mit den Arbeiterparteien, im Rahmen des allgemeinen Kampfes gegen Kapitaloffensive und Faschismus fordern.

Das Kartell der CGT hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag der CGTU auf Teilnahme einer gemeinsamen Aktion zur Erhaltung des Genter Systems, respktiv; zur Abwehr aller Verschlechterungen für die Erwerbslosen und einer Mehrbelastung der Arbeitersyndikate, abgelehnt. Diese Haltung zeigt wiederum, wie die Proporzpolitik der mit der SFIO-Führung verbundenen CGT-Führer auf ihre syndikalistische Haltung abfährt. Es wird die Aufgabe der vereinigten Gewerkschaftsmitglieder sein, mit der Fortsetzung einer solchen Politik in den vereinigten Gewerkschaften endgültig Schluss zu machen.

Ein allgemeines Stadtgespräch bildeten während den Weihnachtsfeiertagen, die unerhörten Zustände bezüglich der Strassenreinigung. Der reiche Schneefall hätte es unbedingt notwendig gemacht, eine erhöhte Zahl von Arbeitskräften für die Strassenreinigung einzusetzen. Das aber hat die Stadtverwaltung abgelehnt. Im Hinblick auf die grosse Zahl feiernden Arbeitskräfte ist diese Haltung der Stadtverwaltung einfach ein Skandal. So ging und geht denn die Strassenreinigung in einem wahren Schneekentempo vor sich. Wenn nicht der Witterungsumschlag eingetroten wäre, würde man heute noch durch den Morast der "Wunderschönen" waten. H. Frey, der im Interesse seiner Sparpolitik anscheinend auf ausreichende Einstellung Erwerbsloser zum Zwecke beschleunigter Entfernung der Schneemasse verzichtet, arrangiert lieber öffentliche Sammlungen für die "Kinder der Erwerbslosen, anstatt deren Vätern bei diesen Gelegenheiten Verdienstmöglichkeiten zu geben. Wir wundern uns, dass die bürgerliche Presse, im Gegensatz zu früher, zu diesen Zuständen schweigt.

 Verantwortlich: EMIL HIRTZEL.